MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Nummer 7 ROTER OKTOBER 1917

Frankfurt/Main

Preis DM 0,80

INHALT Seite

Roter Oktober - Die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland	1
Rußland am Vorabend der Revolution	2
Revolution!	4
Doppelherrschaft	7
Das Ende der Doppelherrschaft	7
Roter Oktober	12
Der Sieg der Revolution	14
Kontrollfragen	20
Literaturangaben	20

Herausgeber: August-Bebel-Gesellschaft e.V., Frankfurt a.M.

Verantwortlich für den Inhalt: R.Steigerwald, Eschborn a.Ts.

Redaktion – Verlag – Vertrieb:
Marxistische Blätter, 6 Frankfurt a.M. 1, Meisengasse 11

Marxistische Lehrbriefe erscheinen in loser Folge zum Selbstkostenpreis von DM 0,80 je Nummer. Zustellgebühren zu Lasten des Empfängers.

Zahlungen bitte per Postanweisung oder Postscheckkonto 26 10 21 Frankfurt a.M., August-Bebel-Gesellschaft e.V., Frankfurt a.M. Sonderkonto Presse (ML)

Wir bitten um vollständige Angabe der Kto.-Bezeichnung

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a.M., Kurfürstenplatz 42

– Ffm. 1969 –

DIE GROSSE SOZIALISTISCHE OKTOBERREVOLUTION IN RUSSLAND

"O großer Oktober der Arbeiterklasse!
Endliches Sichaufrichten der so lange
Niedergebeugten! O Soldaten, die Ihr
Endlich die Gewehre in die richtige Richtung gerichtet!
Die den Boden bestellten im Frühjahr
taten es nicht für sich selber. Der Sommer
Beugte sich tiefer. Noch die Ernte
Ging in die Scheuern der Herren. Aber der Oktober
Sah das Brot schon in den richtigen Händen!"
(Bertholt Brecht 1937)

Vor fünfzig Jahren erschütterte ein weltgeschichtliches Ereignis unseren Erdball. Revolutionäre Volksmassen im russischen Reich beseitigten im Februar 1917 auf Anhieb die Zarenherrschaft und zerschlugen im Roten Oktober die Ketten der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft. Arbeiter, Soldaten und Bauern, geführt von den Bolschewiki, nahmen die Macht in ihre Hände. Marxisten und Sozialisten aller Länder werteten den Sieg der Revolution als Morgenröte der Menschheit. "Wenn die befreite Menschheit die Daten ihrer Befreiung feiern wird", so schrieb der bekannte französische Schriftsteller Henry Barbusse, "dann wird sie mit dem größten Schwung, mit dem größten Enthusiasmus den 25. Oktober 1917 feiern, den Tag, an dem der Sowjetstaat geboren wurde." [1)]

Selbst eingeschworene Feinde des Roten Oktober betrachten heute das Jahr 1917 als Anfang einer neuen Epoche. Dabei entstellen und verfälschen sie aber dieses große revolutionäre Ereignis und gebrauchen es als Schreckgespenst. Es wird von ihnen ein prinzipieller Gegensatz zwischen den breiten Volksmassen und den Bolschewiki konstruiert. Die Februar-Revolution von 1917 wird als Geburtsstunde der Demokratie - der Rote Oktober aber als ihre Todesstunde - bezeichnet.

Das Geschehen während und nach der Revolution widerlegt die falschen Urteile der Gegner des Roten Oktobers.

---

1) Zitiert in: G.N. Golikow, Geschichte der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Berlin 1962, S. 460

Was also geschah wirklich im Jahre 1917?

RUSSLAND AM VORABEND DER REVOLUTION

Der Krieg hatte den Völkern des russischen Zarenreiches furchtbares Leid gebracht. Zu Beginn des Jahres 1917 war das Land in tiefer Zerrüttung. Die Schulden an das Ausland wuchsen schnell. Das Eisenbahnnetz brach zusammen. Ackerland lag brach und Hungersnot breitete sich aus. Eine Streikwelle erfaßte die Städte. Die grausame Ausbeutung der Arbeiter, das harte Los der Bauern, die politische Rechtlosigkeit des ganzen Volkes, die Unterdrückung der nationalen Minderheiten ließen das Zarenreich zu einem Knotenpunkt revolutionärer Erschütterungen werden.

Bereits Ende 1916 flammten erste Signale des revolutionären Sturmes auf. Die russische Offensive des Sommers 1916 war nach Anfangserfolgen in den Karpaten steckengeblieben, der erhoffte militärische Durchbruch nach Ungarn war mißglückt. Damit war für den Zaren Nikolaus II. und sein Reich die letzte Chance geschwunden, den Krieg siegreich zu beenden. Die wirtschaftlichen und innenpolitischen Schwierigkeiten nahmen rasch zu. Mehr als 200 000 Arbeiter streikten allein im Oktober 1916. Demonstranten zogen unter den revolutionären Parolen "Nieder mit dem Krieg!" und "Nieder mit der Selbstherrschaft!" durch die Städte. Soldaten verließen heimlich die Front. Aufstände der unterdrückten Minderheiten flammten in Mittelasien, Usbekistan, Kasachstan, Turkmenien und Kirgisien auf. Die Lage für den Zaren und seinen höfischen Anhang wurde katastrophal. "Die oppositionelle Stimmung hat gegenwärtig in den breiten Massen ein weit größeres Ausmaß erreicht", berichtete damals die Polizei, "als in der Zeit der Wirren von 1905 bis 1906" [1] Unmut und Unzufriedenheit mit den vorherrschenden Zuständen griffen um sich. Die Revolution war nahe.

Großfürsten und Hochadel, die den völligen Zusammenbruch des Zarismus fürchteten, ließen den Zarenberater und "wundertätigen" Mönch Grigorije Rasputin ermorden, dem sie die Schuld an dem hereingebrochenen Unglück zuschoben. Zugleich bereiteten Verschwörer in der Umgebung des Zaren eine Palastrevolution und Thronwechsel vor.

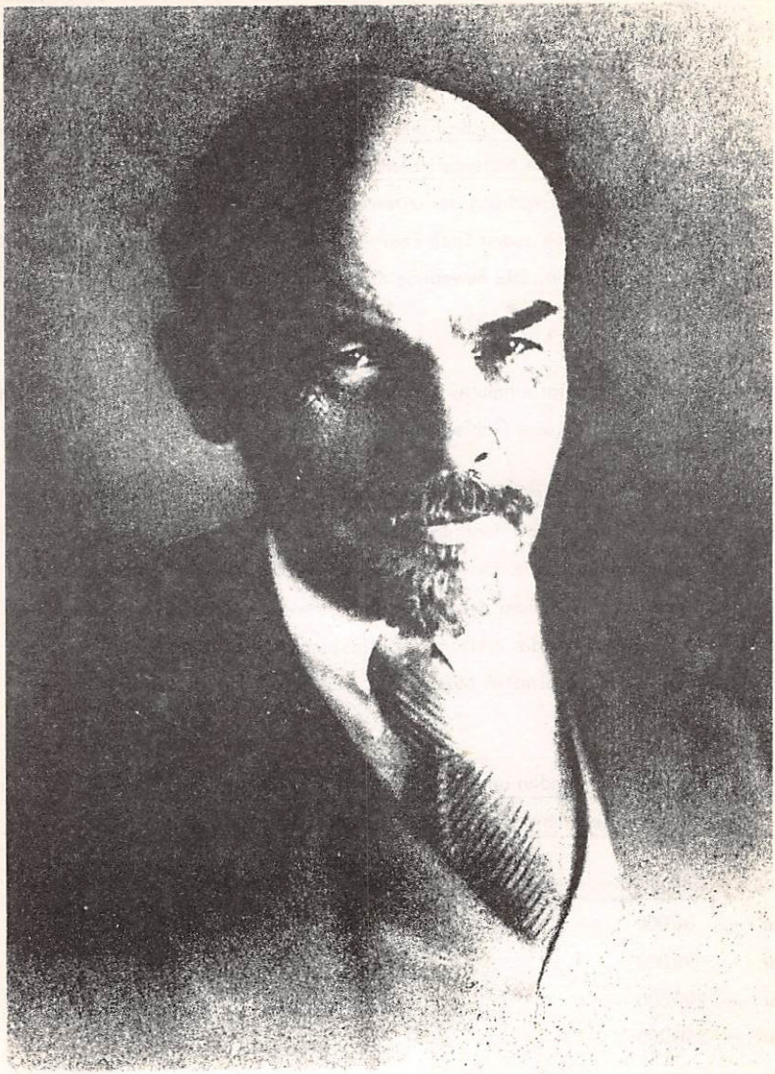
Das liberale Bürgertum, empört über den weitgehenden Zusammenbruch der Versorgung von Industrie, Armee und Bevölkerung mit Lebensmitteln, Rohstoffen und Brennmaterial, besorgt über die militärischen Niederlagen, strebte nach Reformen, in der Hoffnung, so das schwelende revolutionäre Feuer rechtzeitig ersticken zu können.

Vorbote der Revolution war der Streik vom 9. (22.) Januar 1917.[2] Er brach in den wichtigsten

---

1) Geschichte der UdSSR, Teil 3, Moskau 1950, S. 145

2) Die Zeitrechnung des zaristischen Rußlands lag um 13 Tage hinter der international anerkannten zurück.



Wladimir Iljitsch Lenin (Uljanow), der Kopf und Organistor der Oktober-Revolution

Zentren des Zarenreiches aus. Hunderttausende zogen durch die Straßen der Städte, mit roten Fahnen und den Losungen "Nieder mit der Autokratie!", "Es lebe die demokratische Republik!" [1] Polizei trieb die Massen auseinander. Aber es war schon zu spät, den Zarenthron durch Terror zu retten.

Was wollte das Volk? Es wollte Frieden, Brot und Arbeit. Die Bauern verlangten den Boden, den sie bearbeiteten. Die unterdrückten Nationalitäten forderten Freiheit. Das ganze Volk verlangte nach bürgerlichen Rechten. Die Empörung der unteren Volksschichten über die schamlose Ausbeutung und Entrechtung brachen sich zuerst Ende Februar/Anfang März 1917 in den Putilow-Werken Petrograds (heute Leningrad) Bahn. Die Bewegung ergriff in Windeseile das ganze Stadtgebiet.

REVOLUTION !

Die Petrograder Arbeiterschaft trat einmütig in den politischen Generalstreik und setzte damit das Fanal zum Aufstand, der sofort weite Gebiete des Zarenreiches überflutete.

An der Spitze dieser Revolution stand die Arbeiterklasse. Das in harten Klassenkämpfen gestählte und von den Bolschewiki - dem revolutionären Flügel der russischen Sozialdemokratie - geführte russische Proletariat zeichnete sich in den Aktionen durch Ausdauer und Klugheit, Mut und Tapferkeit aus. Es war unbestritten der Führer der revolutionären Massen."Die Revolution war das Werk des Proletariats", schrieb Lenin, "das Proletariat hat heldenmütig gekämpft, das Proletariat hat sein Blut vergossen, es hat die breitesten Massen der werktätigen und armen Bevölkerung mit sich gerissen." [2]

Die Massen der armen Bauern standen an der Seite der revolutionären Arbeiterschaft. Das Proletariat erhielt auch von unzufriedenen kleinbürgerlichen Schichten Unterstützung.

Rasch wuchs die Zahl der Streikenden an. Es streikten am

18. Februar - 30 000
23. Februar - 90 000
24. Februar - 200 000
25. Februar - 250 000

Der Zar und seine Regierung setzten Polizei und Militär ein. Diese "Stützen" der zaristischen Macht waren aber schon morsch. Das Leben der Bauern und Arbeiter im Uniformrock des Zaren unterschied sich kaum vom Leben des Volkes. Als der politische Generalstreik in Petrograd am 26. Februar (11.März) 1917 in den bewaffneten Aufstand hinüberwuchs schlossen sich ihm erhebliche

1) vgl. Enzyklopädie der UdSSR, Bd. I., Berlin 1950, S. 651
2) Lenin, Werke, Bd. 23, Berlin 1957, S. 324

Teile der Petrograder Garnison an. Das Preobrashenski-Garde-Regiment verweigerte ebenso wie das Litauische und das Wolhynische Regiment den Gehorsam, als die Offiziere befahlen, auf die Revolutionäre zu schießen. Die Soldaten jagten ihre Offiziere davon, gingen auf die Straße und verbanden sich mit den aufständischen Arbeitern.

Die Zahl der aufständischen Soldaten wuchs von Tag zu Tag.
Am 26. Februar waren es 600,
am 27. Februar waren es 66700,
am 28. Februar waren es 127000,
am 1. März waren es 170000.

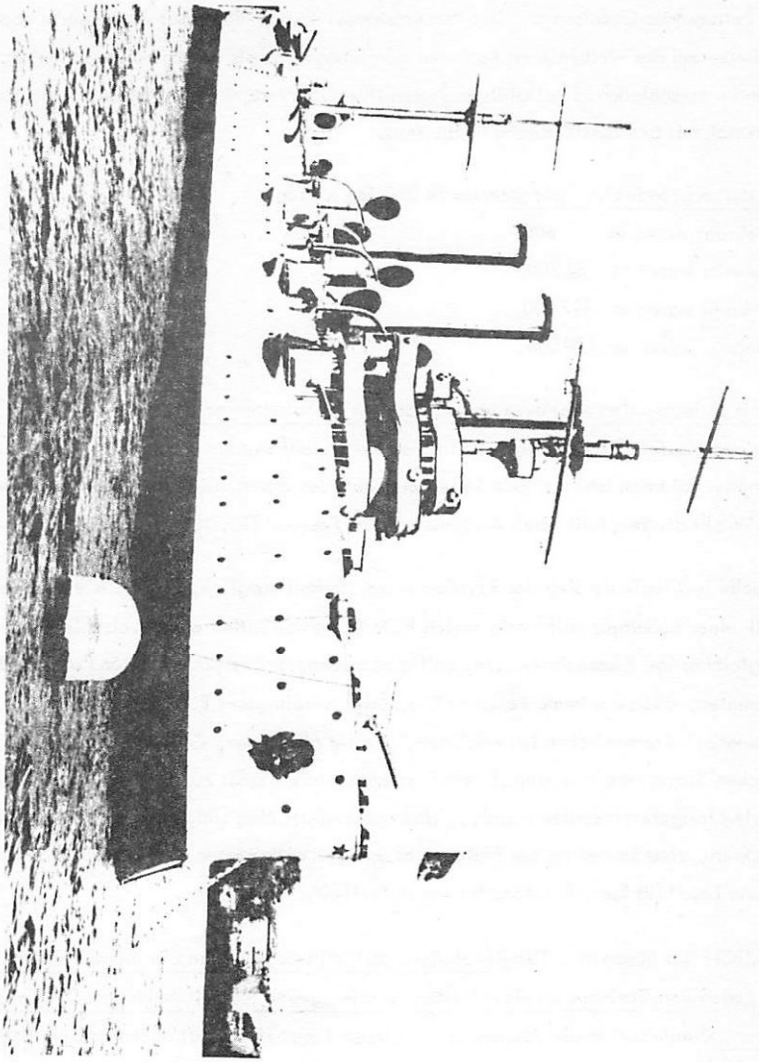
Das Bündnis zwischen den Arbeitern und den Bauern im Soldatenrock brachte der Revolution den Sieg. Die wichtigsten Gebäude der zaristischen Hauptstadt wurden von bewaffneten Arbeitern und revolutionären Soldaten besetzt. Die Selbstherrschaft des Zaren, die Macht des Hochadels brach unter der Wucht des revolutionären Ansturms am 27. Februar (12. März) zusammen.

Dieser rasche und radikale Sieg der Revolution war deshalb möglich, weil - wie Lenin schrieb - "sich dank einer außerordentlich originellen historischen Situation völlig verschiedene Ströme, völlig ungleichartige Klasseninteressen, völlig entgegengesetzte politische und soziale Bestrebungen vereinigten, und zwar bemerkenswert 'einmütig' vereinigten: Einerseits nämlich die Verschwörung der englisch-französischen Imperialisten, die die Miljukows, Gutschkow und Co" (die Führer des russischen Bürgertums - d.Verf.) "dazu drängten, die Macht zu ergreifen, damit der imperialistische Krieg fortgesetzt werden kann ... Und andererseits eine tiefgehende Bewegung revolutionären Charakters, eine Bewegung des Proletariats und der Volksmassen (der gesamten armen Bevölkerung in Stadt und Land) für Brot, Frieden, für wahre Freiheit."[1)]

Unruhe erfaßte das Bürgertum. Die Revolution, so fürchtete es, würde in ihrem Schwung von einem Aufstand gegen den Zarismus zu einer Volksrevolution gegen jede Ausbeutung und Entrechtung weiterschreiten. Darum suchte die Bourgeoisie in diesen Tagen fieberhaft nach einem politischen Ausweg. Zum Feld ihrer Pläne wählte sie das Parlament. Bürgerliche Politiker bildeten aus Vertretern der rechtsbürgerlichen und der oppositionell-liberalen Parteien, (sie nannten sich "Oktobristen" und "Kadetten") ein Provisorisches Komitee zur "Wiederherstellung der Ordnung in Petrograd." Das Bürgertum wollte mit diesem Organ die revolutionäre Entwicklung eindämmen und in ihm genehme Bahnen lenken.

---

1) Lenin, Werke, Bd. 23, Berlin 1957, S. 316/17



Von diesem Kreuzer "Aurora" aus kam das Signal zum Sturm auf den Winterpalast: der Kanonenschuß der "Aurora"

Aber die Revolution ging ihren Weg. Die Arbeiter und Soldaten schufen sich nach dem Beispiel von 1905 ihre eigenen Machtorgane, die Räte - russisch Sowjets. Noch unmittelbar in den Tagen des bewaffneten Aufstands bildete sich in der Hauptstadt der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Zunächst übten in ihm Vertreter kleinbürgerlich-reformistischer Parteien, die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre den entscheidenden Einfluß aus. Sie verfügten über die Mehrheit der Mandate. Lenin war damals noch in der Schweizer Emigration, andere führende Bolschewiki saßen in sibirischer Verbannung. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre wollten die Revolution in bürgerlichen Grenzen halten.

Die Bourgeoisie erkannte rasch diese Chance. Ihre Vertreter trafen sich im März 1917 heimlich mit kleinbürgerlichen Vertretern des Sowjets und vereinbarten die Abdankung des Zaren als "Herrscher aller Russen" sowie die Bildung einer Provisorischen Regierung unter dem Vorsitz des als liberal geltenden Fürsten Lwow.

Die wirklichen Probleme des Landes und der Revolution - die Beendigung des verheerenden Krieges, die Ankurbelung der Wirtschaft, die Verbesserung der Lebensmittelversorgung, die Frage des Bauernlandes, politische Rechte für die unterdrückten nationalen Minderheiten wurden damit nicht in Angriff genommen. Die Revolution hatte zwar mit dem Sturz des Zarismus einen ersten Sieg errungen, aber damit war noch nichts wirklich gelöst.

DOPPELHERRSCHAFT

Wie sah die Machtlage aus? Die Revolution der Arbeiter und Bauern hatte das reiche Bürgertum an die Macht gebracht. Zugleich aber hatte sie die Sowjets - die Arbeiter- und Soldatenräte - hervorgebracht. "Die höchst bemerkenswerte Eigenart unserer Revolution besteht darin", schrieb W.I.Lenin, "daß sie eine Doppelherrschaft geschaffen hat... Worin besteht diese Doppelherrschaft? Darin, daß sich neben der Provisorischen Regierung, der Regierung der Bourgeoisie, eine noch schwache, erst in der Keimform vorhandene, aber dennoch unzweifelhaft wirklich existierende und erstarkende andere Regierung herausgebildet hat: Die Sowjets der Arbeiter und Soldatendeputierten." [1]

So bildete sich in dem weiten russischen Reich vorübergehend ein labiles Gleichgewicht zwischen diesen beiden Polen der Macht. Die bürgerliche Regierung brauchte zur Verwirklichung ihrer Politik die Unterstützung oder zumindest die Duldung durch die Sowjets. Diese Schwäche hätten die Sowjets zur Weiterführung der Revolution nutzen können. Taten sie es? An der Spitze der Sowjets standen immer noch Menschewiki und Sozialrevolutionäre. Sie verzichteten immer mehr auf die

1) Lenin, Werke, Bd. 24, Berlin 1959, S. 20

von den Arbeitern und Soldaten errungene Macht zugunsten der großbürgerlichen Regierung, statt die Gunst der Lage für das Volk zu nutzen. Noch mußte die großbürgerliche Regierung angesichts des revolutionären Elans der Volksmassen und der unsicheren Lage im Lande einige Zugeständnisse an das Volk machen, ihm bestimmte politische Freiheiten gewähren. Den Krieg aber führte sie weiter. So ging auch das sinnlose Sterben der Soldaten weiter. Die Bauern erhielten keinen Boden. Lebensmittelknappheit und Hunger dauerten an. Die provisorische bürgerliche Regierung war unfähig, die Lebensfragen zu lösen.

Die Revolution fand so neuen Nährboden. Arbeiter traten in den Ausstand, Bauern gerieten in Aufruhr. Soldaten verweigerten den Gehorsam und gingen nach Hause. Die Bolschewiki fanden immer mehr Zustimmung und konnten ihren Einfluß unter den Arbeitern und Soldaten erweitern. An ihrer Spitze stand Wladimir Iljitsch Lenin, der im April 1917 aus der Schweiz nach Rußland zurückgekehrt, die Losung ausgab: "Alle Macht den Sowjets!"
Lenin trat in den Thesen, die er bei seiner Heimkehr verkündete, den sogenannten Aprilthesen, gegen Zugeständnisse an die "Vaterlandsverteidiger" und die Provisorische Regierung auf. Statt dessen forderte er den Übergang von der bürgerlich-demokratischen zur sozialistischen Revolution, einen demokratischen Frieden, die Enteignung des Großgrundbesitzes, die Nationalisierung des gesamten Bodens und seine Verteilung an die Bauern, die Kontrolle der Produktion und der Verteilung durch die Sowjets.

Die Parole "Alle Macht den Sowjets" führte zu einem neuen Aufschwung der revolutionären Bewegung, die sich nun fast über ganz Rußland ausbreitete. Bereits im Mai 1917 gab es in 236 von 481 Kreisen des europäischen Rußlands Aufstände und bäuerliche Unruhen. Diese Entwicklung machte die Menschewiki und Sozialrevolutionäre nervös. Da ihre Führer das Anschwellen der revolutionären Flut und damit den zunehmenden Einfluß der Bolschewiki fürchteten, lehnten sie sich immer mehr an die großbürgerlich-reaktionären Kräfte in der Provisorischen Regierung an. Diese hatte unter solchen Umständen leichtes Spiel mit den von Menschewiki und Sozialrevolutionären geleiteten Sowjets. Sie ließ ihnen immer weniger Spielraum. Dabei schwankte der Kurs dieser Regierung zwischen völlig unzulänglichen Reformen und brutaler Unterdrückung des Volkes. Wie schon erwähnt wurde der Krieg noch immer weitergeführt. Die Regierung versicherte in einer Note des Außenministers Miljukow sogar die verbündeten Westmächten ihrer absoluten Vertragstreue und der weiteren aktiven Teilnahme am Krieg - bis zum siegreichen Ende.

Diese Note löste im Volk helle Empörung aus. Das Signal zum offenen Widerstand gab wieder Petrograd. Hunderttausend Arbeiter zogen unter den Losungen "Nieder mit dem Krieg!" und "Alle Macht den Sowjets!" vor das Marienpalais. Angesichts des empörten Volkes rettete das Großbür-

gertum seine Macht nur durch ein geschicktes Manöver. Es entließ Miljukow und nahm rechte Sozialdemokraten - Menschewiki - in die Regierung auf, wobei der Eintritt dieser "sozialistischen" Minister in die bürgerlich-provisorische Regierung nichts an der Lage änderte: die alte, gescheiterte und im Volk verhaßte Politik wurde beibehalten.

DAS ENDE DER DOPPELHERRSCHAFT

Der Krieg kostete von Tag zu Tag mehr. 40 Millionen Rubel täglich wurden allein für die Kriegsführung ausgegeben. Der Wert des Geldes sank rapide, die Waren wurden ständig teurer. Die Hungersnot breitete sich aus. Die Arbeitslosenziffer stieg rasch an. Streiks um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit nahmen zu. Fabriken schlossen ihre Tore. Das Verkehrswesen befand sich in einem Chaos. Der Industrie fehlten Rohstoffe. Bauern griffen zur Selbsthilfe, indem sie Gutshöfe in Brand setzten oder den gutsherrlichen Ackerboden für eigene Rechnung bearbeiteten. Soldaten flohen in Scharen aus der Armee.

Die herrschende Großbourgeoisie und ihre Provisorische Regierung suchten den Ausweg in Erfolgen an der Front. So befahl die Regierung eine militärische Offensive. Anfangs errangen die schlecht ausgerüsteten und kriegsmüden russischen Soldaten in Galizien tatsächlich einige Erfolge. Bald aber brach ihr Angriff unter blutigen Verlusten im Gegenangriff deutscher Heere zusammen.

Die Nachricht vom Ausgang dieses Abenteuers eilte von Mund zu Mund und entfachte neue Empörung im Volke. Der Zorn entlud sich wiederum zuerst in Petrograd. Revolutionäre Soldaten und Matrosen demonstrierten Anfang Juli 1917 mit ihren Waffen auf den Straßen für das Ausscheiden aus dem Kriege und für die Rätemacht.

Diesmal hatte sich die Regierung auf ihre Weise vorbereitet. Die Revolution sollte im Blute erstickt werden. Die Bolschewiki durchschauten die Absichten der herrschenden Kreise. Sie bemühten sich, die machtvolle Demonstration der Arbeiter und Soldaten vor nutzlosem Blutvergießen zu bewahren, stellten sich an die Spitze des Umzuges, um ihn in eine friedliche Demonstration umzuwandeln, da die Situation für einen bewaffneten Aufstand nicht reif war.

Um die Mittagsstunde des 4. (17.) Juli 1917 kam es zu gewaltigen Kundgebungen. Arbeiter aller Fabriken streikten. 500 000 Menschen demonstrierten für Frieden, Freiheit, Brot, Sowjetmacht.

Aber die Regierung stellte sich taub. Sie ließ sich nicht durch die Not des Volkes stören. Schließlich schossen sogar regierungstreue Truppen in die wehrlose Masse. Hunderte von Toten und Verwundeten, darunter Frauen und Kinder, blieben zurück.

Die russische Bourgeoisie und ihr Willensvollstrecker, Kerenski, organisierten nach diesem blutigen Massaker eine Welle von Verfolgungen gegen die revolutionären Kräfte. Viele Revolutionäre wurden verhaftet und in die Gefängnisse geworfen. Selbst vor politischem Mord schreckte die Regierung nicht zurück. Die Partei der Bolschewiki wurde in den Untergrund gedrängt. Ihre Zeitung, "Prawda", wurde verboten. Die Reaktion wollte die revolutionären Kräfte in dieser gefahrvollen Lage zu unbedachten Handlungen provozieren, um sie so zerschlagen zu können, was jedoch mißlang, da die Bolschewiki das Volk vor dieser Absicht warnten und mit ihrer Warnung Gehör fanden.

Lenin mußte damals verkleidet nach Rasliw, an der russisch-finnischen Grenze, fliehen, wo er sich als Landarbeiter vor den Spionen und Polizisten der Regierung verborgen hielt. Von dort leitete er die Tätigkeit der bolschewistischen Partei durch Briefe und Kuriere. Hier beendete er seine berühmte Arbeit "Staat und Revolution".

Die reaktionären Kräfte des Großkapitals und Adels triumphierten. Menschewiki und Sozialrevolutionäre waren jetzt ganz in ihr Lager übergelaufen. Das Zentralexekutivkomitee der Sowjets - es wurde noch von Menschewiki und Sozialrevolutionären beherrscht - übertrug am 9. (22.) Juli 1917 der Provisorischen Regierung des Großkapitals die volle Macht. Kerenski wurde Ministerpräsident. Die Doppelherrschaft war zu Ende. Jetzt, so beurteilte Lenin die Situation, sind "alle Hoffnungen auf eine friedliche Entwicklung der russischen Revolution endgültig geschwunden. Die objektive Lage ist so: Entweder voller Sieg der Militärdiktatur oder Sieg des bewaffneten Aufstandes der Arbeiter".[1]

Der im August 1917 abgehaltene VI. Parteitag der Bolschewiki schrieb dieses Ziel der sozialistischen Revolution auf seine Fahne. Die Losung "Alle Macht den Sowjets!" wurde vorübergehend aufgegeben, weil die von den Menschewiki und Sozialrevolutionären beherrschten Sowjets zu einem Werkzeug der gegenrevolutionären Regierung geworden waren.

Kerenski suchte auch durch parlamentarische Manöver der Revolution den Schwung zu nehmen. Er rief Ende August 1917 im Moskauer Bolschoi-Theater eine Konstituierende Versammlung ein, zu der Vertreter aller politischen Gruppen rechts von den Bolschewiki geladen waren.

Die äußersten reaktionären Kräfte der Bourgeoisie und des Adels aber mißtrauten der Fähigkeit Kerenskis, mit der Revolution fertig zu werden. Sie sahen die einzige Chance im offenen Terror, in der ungeschminkten Konterrevolution. So kam es zur Verschwörung des Generals Kornilow. Kornilow war der russische Oberbefehlshaber. Er hatte Anfang September 1917 Riga nahezu kampf-

1) Lenin, Werke, Bd. 25, Berlin 1960, S. 175



Soldatendemonstration in Petrograd während der Februarrevolution in Rußland, 1917

los geräumt und den vormarschierenden deutschen Truppen den Weg nach Petrograd geöffnet in der Hoffnung, so revolutionäre Kräfte zu fesseln. Nun versuchte er - während der Tage vom 7. bis 12. September - durch einen Putsch die Macht an sich zu reißen und die gesamte Revolution im Blute zu ertränken.

Doch seine Rechnung ging nicht auf. Die Bolschewiki stellten in aller Eile zahlreiche neue Abteilungen der Roten Garde auf, indem sie Petrograder Arbeiter bewaffneten, die sich mutig den Putschisten entgegenwarfen. Eine zielbewußte Aufklärung der Bolschewiki unter den irregeführten Soldaten des "Henkers der Revolution" (Kornilow) unterstützte diese militärischen Maßnahmen. Viele Soldaten verweigerten daraufhin dem General den Gehorsam und traten auf die Seite der Revolutionäre über. Als schließlich noch das gesamte Transportwesen der Kornilowtruppen zusammenbrach, weil klassenbewußte Eisenbahner die Züge der konterrevolutionären Einheiten auf Nebengleisen blockierten, Schienen und Signalanlagen zerstörten, war der Putsch gescheitert. General Krymow, der als Befehlshaber einer aus Angehörigen kaukasischer Bergvölker bestehenden "Wilden Division" auf Petrograd vorrückte, erschoß sich. Kornilow selbst wurde gefangengenommen.

ROTER OKTOBER

Der Widerstand der Arbeiter Petrograds und der mit ihnen solidarischen Arbeiter ganz Rußlands gegen Kornilow gab der Revolution neuen Auftrieb und stärkte das Vertrauen der armen Volksschichten zu den Bolschewiki. Nunmehr stellte sich der Petrograder Sowjet und wenig später auch der Moskauer sowie viele andere Sowjets auf die Seite der Bolschewiki. Die Sowjets wurden also wieder zu echten Organen der revolutionären Volksmassen. "Viele der lokalen Sowjets waren bereits bolschewistisch", berichtete John Reed, "daneben bestanden die Organisationen der Industriearbeiter, die Fabrikkomitees und die revolutionären Organisationen der Armee und Flotte. In einigen Orten hielten die Massen, an der regulären Wahl ihrer Sowjetdelegierten verhindert, Rumpfversammlungen ab, in denen sie aus ihrer Mitte heraus einen bestimmten, der nach Petrograd zu gehen hatte. In anderen jagten sie die alten, Obstruktion treibenden Komitees auseinander und bildeten neue. Die Kruste, die sich an der Oberfläche der seit Monaten schlummernden revolutionären Glut gebildet hatte, kam in Bewegung und begann bedenklich zu krachen." 1) Die Zeit reifte heran, die Volksmassen erneut um die Losung "Alle Macht den Sowjets!" zu scharen.

Nach dem Fehlschlag des Kornilow-Putsches versuchte Kerenski durch eine Art Vorparlament, das

1) John Reed, 10 Tage, die die Welt erschütterten, Berlin 1966, S. 67

Ende September/Anfang Oktober in Petrograd tagte, die Revolution aufzuhalten. Dieses Unternehmen scheiterte aber, weil die Bolschewiki, die bereits den entscheidenden Masseneinfluß errungen hatten, es boykottierten.

Da die Regierung nicht gewillt war, die Forderungen des Volkes zu erfüllen, da sie - im Gegenteil - militärische und terroristische Maßnahmen gegen die revolutionären Kräfte, gegen die Sowjets, vorbereitete, rückte die Stunde des bewaffneten Kampfes unaufhaltsam heran. Lenin legte in seinen berühmten Briefen an das Zentralkomitee der Partei: "Die Bolschewiki müssen die Macht ergreifen" und "Marxismus und Aufstand" dar, daß es notwendig ist, alle Kraft auf die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes zum Sturz der bürgerlichen Herrschaft zu konzentrieren. Es gebe keinen anderen Weg. Nur so könne das Land aus Krieg und Elend herausgeführt und die Revolution siegreich vollendet werden.

Am 7. (20.) Oktober kehrte Lenin heimlich aus Finnland nach Petrograd zurück. Er übernahm unmittelbar die Leitung der Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand. Unter seinem Vorsitz faßte das Zentralkomitee der Bolschewistischen Partei am 10. (23.) Oktober 1917 den historischen Aufstandsbeschluß, der sechs Tage später von einer erweiterten ZK-Tagung gebilligt wurde. Ihm stimmten in diesen Tagen auch alle bedeutenden regionalen Parteiorganisationen - allen voran die Komitees in Moskau und Petrograd - zu. Energisch wurden die politischen und organisatorischen Vorbereitungen vorangetrieben. Das Zentralkomitee der Bolschewiki rief dafür am 10. (23.) Oktober ein Politisches Büro unter Vositz W.I. Lenins ins Leben. Die unmittelbare militärische Vorbereitung übernahm ein beim Petrograder Sowjet gebildetes revolutionäres Militärkomitee.

Eine emsige Aktivität setzte ein. Petrograd bildete verstärkt "Rote Garden" aus, gab den revolutionären Arbeitern Waffen, rüstete zum entscheidenden Schlag. Der revolutionäre Geist griff auch auf die Soldaten der in Petrograd stationierten Regimenter über, erfaßte die Matrosen in Kronstadt, Petrograd, Wyborg und Helsingfors. Die ganze baltische Flotte stand zum Kampf für die Revolution bereit. Agitatoren der Bolschewiki überzeugten noch schwankende Truppenteile. Das revolutionäre Militärkomitee sandte zuverlässige Kommissare zu den Einheiten und sorgte für die exakte Ausführung der Anweisungen und Befehle. "Die Stadt war in höchster nervöser Spannung. Jeder scharfe Laut ließ sie auffahren", schilderte John Reed die Ereignisse. "Ein Panzerauto fuhr langsam auf und nieder, unaufhörlich hupend. An jeder Straßenecke, auf jedem Platz waren undurchdringliche Menschenmassen versammelt, diskutierende Soldaten und Studenten. Die Dunkelheit senkte sich mit großer Schnelligkeit herab, in weiten Zwischen räumen flammten Straßenlaternen auf, und immer noch fluteten in endlosen Wogen die Menschenmassen. So ist es immer in Petrograd, wenn etwas in der Luft liegt."[1]

1) ebenda, S. 103

Hochbetrieb herrschte im Smolny, einem ehemaligen höheren Mädchenpensionat Petrograds. Hier war die revolutionäre Zentrale. "Ununterbrochen kamen und gingen Kuriere und Kommissare. Vor der Tür warteten wohl ein Dutzend Freiwillige, bereit, die Anordnungen des Komitees sofort in die entferntesten Stadtviertel zu tragen. Einer von Ihnen, in der Uniform eines Leutnants, sagte zu mir" (John Reed - d.Verf.) "auf französisch: 'Alles ist bereit. Ein Druck auf den Knopf, und wir marschieren'." [1]

Die Provisorische Regierung zog in dieser Lage regierungstreue Truppen von der Front zurück und verlegte sie nach Petrograd. Aus Offizieren bildete sie Stoßtrupps, in die sie auch die Offiziersschüler eingliederte. Gegen Lenin und die Bolschewiki wurde eine wilde Mordhetze entfacht. Kerenski und seine Helfer hatten nicht nur die Unterstützung der Bourgeoisie und der menschewistischen und sozialrevolutionären Führer, sondern auch die der diplomatischen Vertreter der Westmächte.

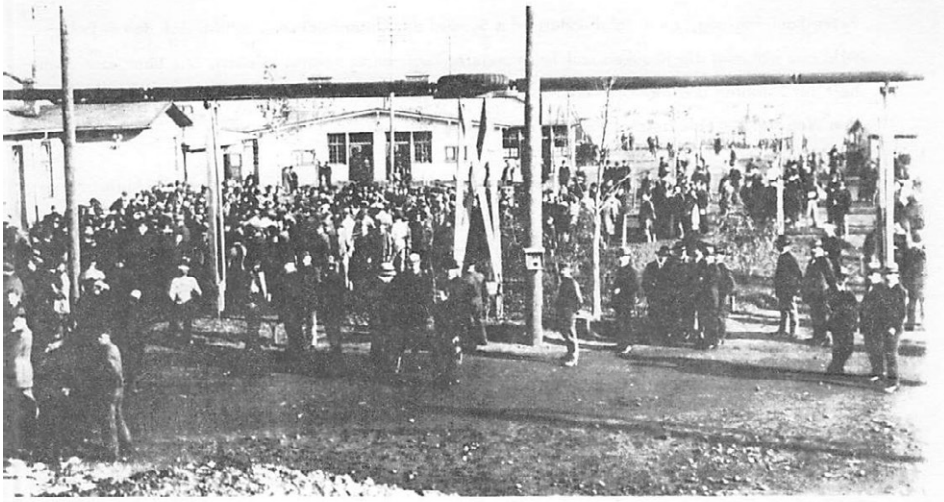
In diesen Tagen, als alles auf des Messers Schneide stand, wurden einige Mitglieder des Zentralkomitees der Bolschewiki wankelmütig. Es waren Kamenew und Sinowjew, die sich in der linksmenschewistischen Zeitung "Nowaja Shisn" öffentlich vom Aufstandsbeschluß lossagten, während Trotzki, der sich 1917 den Bolschewiki angeschlossen hatte, dafür eintrat, den Aufstand bis zum Zusammentritt des II. Gesamtrussischen Sowjetkongresses zu verschieben, dessen Einberufung die Bolschewiki im harten Ringen gegen die menschewistisch-sozialrevolutionäre Mehrheit des alten Zentralexekutivkomitees durchgesetzt hatten. Lenin aber war der Ansicht: "Wir müssen am 25. Oktober" (7. November - d.Verf.) "in Aktion treten, wenn der Kongreß zusammentritt, damit wir ihm sagen können: 'Hier ist die Macht. Was denkt Ihr damit zu tun?'" [2]

DER SIEG DER REVOLUTION

Kerenski, seine Hintermänner und Helfershelfer sahen die Chance, die ihnen der Verrat Kamenews und Sinojews bot, und suchten sie zu nutzen. Offiziersabteilungen besetzten im Morgengrauen des 24. Oktober (6. November) 1917 die Druckereien der "Prawda" und zerschlugen die Einrichtungen. Rote Garden und revolutionäre Soldaten drängten sie gewaltsam zurück.

Der bewaffnete Aufstand begann. In den nächsten Stunden besetzten Rote Garden, revolutionäre Soldaten und Matrosen die wichtigsten Punkte der Stadt: Brücken und Bahnhöfe, die Bank, die Post, das Telegraphenamt und die Telefonzentrale, Ministerien und andere öffentliche Gebäude. Die

1) Ebenda, S. 104
2) Ebenda, S. 99



-eik in den Leuna-Werken, August 1917



bin Köbis, 1892—1917



Max Reichpietsch, 1894—1917

hrer des deutschen Flottenaufstandes im Sommer 1917, die von der Militär-
stiz am 5. September 1917 ermordet wurden

Eine der bedeutendsten Aktionen, die 1917 in Deutschland unter dem Eindruck der Februarrevolution in Rußland stattfanden, war der erste Aufstand in der deutschen Hochseeflotte, zu dem sich klassenbewußte Matrosen im Juli/August 1917 erhoben. Er zeigte, daß die revolutionäre Bewegung auch auf die bewaffneten Formationen des imperialistischen Staatsapparates übergriff. Dieser heldenhafte Aufstand war ein Symptom für das Herannahen der Revolution auch in Deutschland

Peter-Paul-Festung, zwei Jahrhunderte das Symbol der Unterdrückung, schloß sich den Bolschewiki an, während die Kosaken und Teile anderer Regimenter neutral blieben. Die übergroße Mehrheit der Soldaten und Matrosen aber folgte - wie die Arbeiter - den Bolschewiki und kämpfte den Weg frei für eine bessere Zukunft der Völker Rußlands.

Trotz der ungeheuren Erbitterung in der arbeitenden Bevölkerung Petrograds über die katastrophale Lebenslage (die tägliche Brotration betrug 200 g, - Fett, Fleisch und Zucker gab es kaum - die Arbeitslosigkeit wuchs rapide) und über die sinnlosen Kriegsopfer, verlief die Eroberung der Hauptstadt durch die Revolutionäre ohne große Opfer. Die Einheiten der Offiziersschüler und Offiziere waren machtlos vor dem gewaltigen Ansturm der revolutionären Massen. Sie beschränkten sich darauf, den Winterpalast - den Sitz des Zaren und Zufluchtsort der Provisorischen Regierung - zu verteidigen.

Petrograd von innen für die Reaktion zu halten, war aussichtslos. Kerenski erkannte das und floh unter dem Schutz der USA-Flagge, als Frau verkleidet, mit einem Auto in Richtung Pskow, wo sich konterrevolutionäre Truppen befanden. Mit diesen Truppen versuchte er einen Angriff auf Petrograd. Mühsam drangen sie bis Zarskoje Selo, nahe bei Petrograd gelegen, vor. Dort aber wurde der Angriff gestoppt, Rote Garden vernichteten den Gegner.

Der Angriff der revolutionären Truppen konzentrierte sich nun auf die Eroberung des Winterpalastes. Nach einem Signalschuß des Kreuzers "Aurora" begann die Erstürmung des Palastes. "Es war ein heroischer Moment der Revolution", so berichtete später N.I. Podwoiski, einer der Anführer dieses Sturmes, "herrlich und unvergeßlich. Im Dunkel der Nacht, durch blassen, nebelhaften Rauch hindurch, nur beleuchtet vom Licht der Laternen und den feurigen Blitzen der Schüsse, kamen aus allen angrenzenden Straßen und hinter den nächsten Ecken die Ketten von Rotgardisten, Matrosen und Soldaten wie schreckliche, unheildrohende Schatten hervor.... In der Luft stand, das unaufhörliche trockene Knattern der Maschinengewehre übertönend, ein ununterbrochenes sieghaftes 'Hurra', ein gewaltiges, mitreißendes, die ganze verschiedenartige Masse zusammenschweißendes 'Hurra'. Ein Augenblick - und die Barrikaden, ihre Verteidiger und die Angreifer verschmolzen zu einer kompakten dunklen Masse, kochend wie ein Vulkan, und im nächsten Moment erdröhnte der Siegesschrei bereits auf der anderen Seite der Barrikaden. Der Menschenstrom überflutete die Freitreppe, die Eingänge, die Treppen des Palastes." [1]

Es kam zu harten Gefechten. Bald aber streckten die Verteidiger die Waffen und hißten die weißen Fahnen. Die Minister der Provisorischen Regierung, soweit sie nicht geflohen waren, wurden

1) G.N.Golikow, Geschichte der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Berlin 1962, S. 321/322

verhaftet. Petrograd, die Hauptstadt Rußlands, war in den Händen der revolutionären Aufständischen. Die sozialistische Revolution hatte gesiegt. Das revolutionäre Militärkomitee verkündete am 25. Oktober (7. November) 1917, morgens 10.00 Uhr: "Die Provisorische Regierung ist gestürzt. Die Staatsmacht ist in die Hände des Organs der Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, des Revolutionären Militärkomitees, übergegangen, das an der Spitze des Petrograder Proletariats und der Garnison steht. Die Sache, für die das Volk gekämpft: das sofortige Angebot eines demokratischen Friedens, die Aufhebung des Eigentums der Gutsbesitzer an Grund und Boden, die Arbeiterkontrolle über die Produktion, die Bildung der Sowjetregierung - sie ist gesichert. Es lebe die Revolution der Arbeiter, Soldaten und Bauern!" [1]

Den Petrograder Arbeitern und Soldaten folgten in den nächsten Tagen die Werktätigen Moskaus. Sie konnten die Macht erst in längeren blutigen Kämpfen, in denen es einige hundert Tote gab, erobern. Dann folgte das ganze gewaltige Rußland. Die sozialistische Revolution triumphierte in wenigen Monaten, bis Ende Februar 1918 sowohl am Nördlichen Eismeer als auch in den Wüsten und Gebirgen Mittelasiens und Transkaukasiens, in Weißrußland und der Ukraine, am Ob und Jenisei, am Baikalsee und am Amur. Überall entstand die Sowjetmacht. Lokale Aufstände des Gegners, wie die Erhebung von Donkosaken unter demAtaman Kaledin, fanden unter den wuchtigen Schlägen revolutionärer Einheiten schnell ein Ende.

Noch in der Stunde des Aufstandes, während die Schlacht um den Winterpalast in Petrograd tobte, tagte der II. Gesamtrussische Sowjetkongreß. Stolz übergaben die Bolschewiki diesem Volkskongreß die Macht. "Gestützt auf den Willen der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter, Soldaten und Bauern", hieß es dazu in einem Aufruf, "gestützt auf den in Petrograd vollzogenen siegreichen Aufstand der Arbeiter und der Garnison, nimmt der Kongreß die Macht in seine Hände." [2]

Nach der Übernahme der Macht wandte der Sowjetkongreß sich auf der Grundlage eines von Lenin ausgearbeiteten Vorschlags mit dem berühmten "Dekret über den Frieden" an alle kriegsführenden Völker und Nationen und schlug ihnen die sofortige Beendigung des Krieges und einen gerechten Frieden vor. Das erste Wort der Sowjetmacht galt dem Frieden. Sie erfüllte die Sehnsucht von Millionen russischer Soldaten und vieler einfacher Menschen der Welt.

Gleiche Bedeutung für das weitere Schicksal der sozialistischen Revolution hatte das zweite dieser berühmten Leninschen Dekrete, das "Dekret über den Grund und Boden". Es verfügte die entschädigungslose Enteignung allen Großgrundbesitzes und seine Übergabe an die Bauern zur unent-

1) Lenin, Werke, Bd. 26, Berlin 1961, S. 227
2) Lenin, Ausgew. Werke in 2 Bänden, Bd. II, Moskau 1947, S. 254



Verbrüderung deutscher und russischer Soldaten an der Ostfront

geltlichen Nutzung. Ein jahrhundertealter Traum der russischen Bauern vom eigenen Grund und Boden wurde Wirklichkeit. Das Ziel, um das sie in so vielen Bauernaufständen gerungen hatten, ging in Erfüllung. Die russischen Bauern standen von nun an fest an der Seite der Bolschewiki, denn sie verteidigten in der Revolution - gegen alle Angriffe der Weißgardisten und Interventen - ihr Eigentum, ihr Land, ihre Zukunft.

Die Umwälzung der Machtverhältnisse in Rußland, der Sturz der Kapitals- und Grundbesitzerherrschaft-, die Errichtung der Macht der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Bauernschaft, fand in der Bildung der ersten Sowjetregierung, des von Lenin geleiteten Rates der Volkskommissare, ihren Höhepunkt. Ein neues Kapitel der Geschichte Rußlands hatte begonnen.

Das russische Proletariat nahm im Bunde mit den armen Bauern, geführt von den Bolschewiki, die Geschicke des riesigen Landes selbst in die Hände. Die Arbeiter wurden Herren über Fabriken und Werke, die Bauern erhielten Boden. Die reichen Bodenschätze gehörten von nun an dem Volk. Die Zeit des Sozialismus brach an. Es begann eine neue Zeit der Menschheit.

Alle Wahrsagungen und Verdrehungen der Feinde des Roten Oktobers - Churchill prophezeite z. B. einen "völligen Niedergang jeder Lebensform in Rußland" und "das totale Fiasko der sozialistischen und kommunistischen Theorien" - erwiesen sich als Schwarzmalerei und Ammenmärchen. Der Sozialismus bewies seine Lebenskraft. Das Nationaleinkommen der Sowjetunion ist heute, 50 Jahre nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, im Vergleich zu dem Stand, der vor dem Oktober 1917 zu verzeichnen war, auf das 33fache, die Industrieproduktion auf das 70fache, darunter die Produktion des Maschinenbaus auf mehr als das 500fache, angestiegen.

Heute bestimmen die sozialistischen Länder und die fortschrittliche Menschheit immer mehr die Hauptrichtung unserer geschichtlichen Entwicklung. Sichtbarer denn je ist, im 50. Jahr des Roten Oktobers, das Voranschreiten der Völker zu Frieden und gesellschaftlichem Fortschritt. Das ist die Haupttendenz der gesellschaftlichen Entwicklung unserer Zeit, der Zeit des Sozialismus - eingeläutet von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917.

KONTROLLFRAGEN:

1. Worin lagen die Gründe der Februar-Revolution von 1917?

2. Welche Ergebnisse brachte diese Revolution?

3. Warum kam es zur Oktoberrevolution von 1917?

4. Wie entwickelten sich die Sowjets in dieser revolutionären Periode?

5. Wie stellten die Bolschewiki die Frage des friedlichen oder nicht-friedlichen Weges der Revolution?

6. Welche ersten politischen Schritte unternahm die siegreiche sozialistische Revolution?

LITERATURANGABEN:

G.N. Golikow, Geschichte der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Berlin 1962, S. 460

J. Reed, "Zehn Tage, die die Welt erschütterten", Berlin 1966

In der Reihe der vom Verlag der „Marxistischen Blätter" herausgegebenen „Marxistischen Lehrbriefe" liegen vor:

Serie A: Gesellschaft und Staat

Nr. 1 Wie der Mensch zum Menschen wurde
Nr. 2 Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten (I)
(Von der Urgemeinschaft bis zum Untergang des Feudalismus)
Nr. 3 Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf, I (Einführung)
Nr. 4 Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf, II (Einführung)
Nr. 5 Was lehrt der Marxismus über den Staat? *
Nr. 6 Die Entstehung des Kapitalismus*
Nr. 7 Der utopische Sozialismus*

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Nr. 1 Wer beherrscht die Wirtschaft der Bundesrepublik?
Nr. 2 Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?
Nr. 3 Gibt es noch Kapitalismus in der Bundesrepublik?
Nr. 4 Automation – Freund oder Feind?
Nr. 5 Die Wirtschaft der DDR. Teil I: Industrie
Nr. 6 Die Industrie der Sowjetunion. Struktur – Standorte – Zahlen
Nr. 7 Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Nr. 1 Reformation und Bauernkrieg (1517 – 1525)
Nr. 2 Das politische Erwachen des deutschen Bürgertums
Nr. 3 Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert (1815 – 1835)
Nr. 4 Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit
(Die Große Französische Revolution von 1789 und ihre Auswirkungen)
Nr. 5 Wie die deutsche Arbeiterbewegung entstand
Nr. 6 Deutschland in der Revolution von 1848/49
Nr. 7 Roter Oktober 1917
Nr. 8 Die deutsche Arbeiterbewegung 1849 – 1863
Nr. 9 Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland
Nr. 10 Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
Nr. 11 Der Untergang der Weimarer Republik
Nr. 12 Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Nr. 1 Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in Deutschland (1945 – 1947)
Nr. 2 Von Potsdam nach Bonn. Wie Deutschland gespalten wurde (1945 – 1949)
Nr. 3 Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart

Serie E: Das moderne Weltbild

Nr. 1 Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Nr. 2 Die Grundfrage der Philosophie
Nr. 3 Die marxistische Auffassung der Erkenntnis (Erkenntnistheorie)
Nr. 4 Freiheit in marxistischer Sicht, Teil I
Nr. 5 Freiheit in marxistischer Sicht, Teil II (Freiheit im Sozialismus)*
Nr. 6 Einführung in die marxistische Dialektik, I*
Nr. 7 Einführung in die marxistische Dialektik, II*
Nr. 8 Einführung in die marxistische Dialektik, III*

* Erscheinen im 1. Quartal 1969

Preis je Lehrbrief DM 0,80 zuzüglich Porto. Bezug im Abonnement (nur komplett oder einzelne Serien) oder durch Einzelbestellung

Marxistische Blätter – Verlag – 6 Frankfurt a.M. – Meisengasse 11

Marxistische Blätter

Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik – 80 – 96 Seiten je Heft, Preis je Heft DM 2,00 plus Porto

Ausgaben 1968:

Nr. 1	Marxismus und Humanismus	vergriffen
Nr. 2	Demokratie und Sozialismus	vergriffen
Nr. 3	Geschichte und Fortschritt	lieferbar
Nr. 4	Arbeiter im Betrieb	lieferbar
Nr. 5	Autoritäre Herrschaftsstrukturen – Demokratische Alternativen	September 1968
Nr. 6	Bildung und wissenschaftlich-technische Revolution	November 1968

Karl Marx - Aus seinem Leben

Serie C:

Streifzüge durch die neuere Geschichte

12

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

Karl Marx – Aus seinem Leben	Seite
Karl Marx – Aus seinem Leben	1
Kindheit und Jugendjahre	1
Von der Universität zur Politik	2
Von der bürgerlichen Demokratie zum Kommunismus	3
Marx und Engels werden Freunde	5
Der Bund der Kommunisten	7
Kommunistisches Manifest – Geburtsstunde des wissenschaftlichen Sozialismus	8
Revolution	9
Die „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland“	10
Die „Neue Rheinische Zeitung“	10
Emigrationsjahre	13
Treffpunkt der Revolutionäre	14
Marx – führender Kopf der I. Internationale	14
Freunde und Kampfgefährten	15
Marx als Forscher	16
„Unsere Partei“	17
Marx' Werk ist unsterblich	18
Zeittafel	19
Literaturverzeichnis	20
Wichtige Schriften von Marx und Engels	20

Preis DM 1.--

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Heddernheimer Landstr. 78a

Karl Marx – Aus seinem Leben

„Sein Name wird durch die Jahrhunderte fortleben und so auch sein Werk." Diese Worte sprach Friedrich Engels am Grabe seines Freundes und Mitstreiters für eine bessere Zukunft der menschlichen Gesellschaft: Karl Marx. Engels' Voraussage wurde durch die Geschichte bestätigt. Es gibt keinen Winkel dieser Erde, in dem man Karl Marx' Namen nicht kennt. Es gibt in der Welt keine Lehre, die das Leben der Menschheit so beeinflußte, wie der Marxismus. Die Zahl der Menschen, die die Genialität des Marx' schen Werkes, die Allgemeingültigkeit seiner Hauptthesen erkennen und zur Richtschnur ihres Handelns machen, wächst von Tag zu Tag. Auch bei uns in der Bundesrepublik ziehen Marx' Gedanken immer mehr Menschen an.

Wie sah der Lebensweg des Mannes aus, dessen politisches Wirken und geistiges Erbe den Verlauf der Menschheitsgeschichte so stark bestimmte und heute so entscheidend auf das Weltgeschehen einwirkt?

Kindheit und Jugendjahre

Karl Marx wurde am 5. Mai 1818 in Trier an der Mosel geboren. Er war der Sohn eines angesehenen Rechtsanwaltes. Trier liegt im Rheinland, das damals die fortgeschrittenste Provinz im Königreich Preußen war. Dort hatte die französische Revolution um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert den neuen bürgerlichen Verhältnissen den Weg geebnet. Industrie und Handel blühten geradezu auf. Aber auch fortschrittliche Gedanken und freiheitliche Ideen hielten hier ihren Einzug. Der Hauch des revolutionären Sturmes berührte auch Trier und spielte im Leben des jungen Marx und in seinem Vaterhaus eine Rolle. Vater Heinrich Marx, ein Jurist, war humanistischer Gesinnung und vertrat liberale politische Ansichten. In diesem bürgerlichen fortschrittlichen Sinne erzog er auch seine Kinder.

Auf die Entwicklung von Karl Marx wirkte auch der humanistische und aufklärerische Geist ein, der im Hause des Barons von Westphalen, einem Nachbarn der Familie Marx, herrschte. Marx' Spielgefährten dieser Zeit waren Jenny und Edgar von Westphalen. Jenny wurde später seine Frau, Edgar sein politischer Kampfgenosse. Den Baron von Westphalen nannte Marx seinen zweiten Vater. Ihm widmete er seine Doktorarbeit.

Mit zwölf Jahren trat Marx in das Trierer Gymnasium ein. Fünf Jahre später legte er dort das Abitur ab. Spätestens in seinen Abiturarbeiten ließ Marx erkennen, daß er der Menschheit dienen und die Wirklichkeit menschlich gestalten wolle. Besonders sein Deutschaufsatz „Betrachtungen eines Jünglings bei der Wahl seines Berufes" ließ aufhorchen. „Wenn wir den Stand gewählt haben," – schrieb er – „in dem wir am meisten für die Menschheit tun können, dann können uns Lasten nicht niederbeugen, weil sie nur Opfer für alle sind, dann genießen wir keine arme eingeschränkte, egoistische Freude, sondern unser Glück gehört Millionen, unsere Taten leben still, aber ewig wirkend fort, und unsere Asche wird benetzt von der glühenden Träne edler Menschen."

Finden wir hier schon Elemente jener humanistischen Gesinnung, die Marx' Persönlichkeit bis zum Ende seiner Tage auszeichnet, so verdienen auch die sozialen Gedankengänge, die er in seiner Arbeit entwickelte, Beachtung. Er schrieb:

„Wir können nicht immer den Stand ergreifen, zu dem wir uns berufen glauben, unsere Verhältnisse in der Gesellschaft haben einigermaßen schon begonnen, ehe wir sie zu bestimmen imstande sind."

Von 1835 bis 1836 studierte Marx in Bonn, von 1836 bis 1841 in Berlin, zuerst Rechtswissenschaften, dann vor allem Philosophie und Geschichte. Zeugnis über das erste Jahr seines Berlin-Aufenthaltes ist ein langer Brief an seinen Vater. Darin schrieb er: „In Berlin angekommen, brach ich alle bis dahin bestandenen Verbindungen ab . . . und suchte in Wissenschaft und Kunst zu versinken . . . Ich mußte Jurisprudenz studieren und fühlte vor allem Drang, mit der Philosophie zu ringen." Marx schildert den ungeheuren Umfang seiner Studien, die ihn neue Standpunkte erringen und bald darauf wieder überwinden ließen und ihn weiter vorwärts trieben.

„Daß bei diesen mancherlei Beschäftigungen", berichtet Marx weiter, „das erste Semester hindurch viele Nächte durchwacht, viele Kämpfe durchstritten . . ., daß ich am Schlusse doch nicht sehr viel bereichert heraustrat und dabei Natur, Kunst und Welt vernachlässigt, Freunde abgestoßen hatte, diese Reflexion schien mein Körper zu machen, ein Arzt riet mir das Land, und so geriet ich zum ersten Male durch die ganze lange Stadt vor das Tor nach Stralow. Daß ich dort aus einem bleichsüchtigen Schwächling zu einer robusten Festigkeit des Körpers heranreifen würde, ahnte ich nicht."

Von der Universität zur Politik

Marx studierte zunächst die philosophische Lehre von Hegel. Ort des Meinungsstreites der Anhänger Hegels war der sogenannte Doktorclub am Gendarmenmarkt in Berlin. Der junge Marx nahm an diesen Diskussionen teil. Er war in der Diskussion keineswegs nur Nehmender, sondern machte durch seine geistreichen Gedanken und Argumente großen Eindruck auf seine Kameraden, die größtenteils bereits Inhaber der Doktorwürde und oft viel älter waren als er. Einer von ihnen, Moses Heß, äußerte gegenüber einem Freund folgendes über Marx' Fähigkeiten:

„Du kannst Dich darauf gefaßt machen", schrieb Heß, „den größten, vielleicht den einzigen jetzt lebenden eigentlichen Philosophen kennenzulernen, der nächstens . . . die Augen Deutschlands auf sich ziehen wird . . . Dr. Marx . . . ist ein noch ganz junger Mann . . ., der der mittelalterlichen Religion und Politik den letzten Stoß versetzen wird, er verbindet mit dem tiefsten philosophischen Ernst den entschiedensten Witz; denke Dir Rousseau, Voltaire, Holbach, Lessing, Heine und Hegel in einer Person vereinigt, ich sage vereinigt, nicht zusammengeschmissen, – so hast Du Dr. Marx."

In dieser Zeit suchte Marx eine Weltanschauung, die ihm eine feste Grundlage für seine wissenschaftliche Arbeit wie für seine politischen Auffassungen geben konnte. Er war erfüllt von dem Bestreben, die Philosophie auf die Wirklichkeit anwenden zu können. Das alles beschäftigte ihn so sehr, daß er wünschte, Hochschullehrer der Philosophie zu werden.

Vorher, 1841, erwarb Marx an der Universität Jena den Titel eines Doktors der Philosophie. Die jeden freien Gedanken unterdrückende Politik der preußischen Regierung zwang ihn jedoch, seinen Plan, Hochschullehrer zu werden, aufzugeben. Der junge Demokrat wandte sich der politischen Publizistik zu, wurde 1842 Mitarbeiter und bald leitender Redakteur der oppositionellen bürgerlichen „Rheinischen Zeitung" zu Köln.

Leidenschaftlich setzte er sich für die Freiheit der Presse als eine der zentralen Forderungen der liberalen und demokratischen Bewegung ein. Jenen aber, die die Presse zu einem Gewerbe herabwürdigen wollten, hielt er entgegen:

„Der Schriftsteller muß allerdings erwerben, um existieren und schreiben zu können, er muß keineswegs existieren und schreiben, um zu erwerben. Die erste Freiheit der Presse besteht darin, kein Gewerbe zu sein. Dem Schriftsteller, der sie zu materiellen Mitteln herabsetzt, gebührt als Strafe dieser inneren Unfreiheit die äußere, die Zensur oder vielmehr ist schon seine Existenz seine Strafe."

Immer stärker lehrten Marx die Erfahrungen des täglichen Lebens, daß Kritik auf philosophischem Gebiet nicht ausreichte. Pflicht der Philosophen war es, unmittelbar und direkt in den politischen Kampf einzugreifen. Die täglichen Auseinandersetzungen mit den Zensur- und Regierungsbehörden, sein Eintreten für bürgerlich-demokratische Rechte und für das notleidende Volk, stießen Marx auf die Rolle der ökonomischen und sozialen Verhältnisse im Leben der Gesellschaft.

Von der bürgerlichen Demokratie zum Kommunismus

Zum ersten Mal behandelte Marx eine soziale Frage, als er im Herbst 1842 seine Analyse der Landtagsverhandlungen mit einer Artikelserie zu den „Debatten über das Holzdiebstahlgesetz" fortsetzte. Marx machte sich in seinen Artikeln zum Anwalt der Armen. Noch ging seine Kritik von juristischen und moralischen Grundsätzen aus, aber immer öfter klangen neue Töne an. Sie zeugten davon, daß Marx bei seinem Studium sowohl das Vorhandensein von Klasseninteressen als auch die Bedeutung der Arbeiterschaft in der bürgerlichen Gesellschaft zu erkennen begann.

Marx selbst stellte später fest, daß diese Erkenntnisse seine wissenschaftliche Entwicklung stark beeinflußt haben. Rückblickend schrieb er 1859: „Im Jahre 1842/43 als Redakteur der ‚Rheinischen Zeitung' kam ich zuerst in die Verlegenheit, über sogenannte materielle Interessen mitsprechen zu müssen. Die Verhandlungen des Rheinischen Landtages über ‚Holzdieb-

stahl' gaben die ersten Anlässe zu meiner Beschäftigung mit ökonomischen Fragen."

Erneut ging es um soziale Fragen, als Marx 1843 in mehreren Artikeln die Lage der Moselbauern untersuchte. Nach gründlichen Materialstudien in der Redaktionsstube durchwanderte er das Moseltal, um an Ort und Stelle aus dem Munde der Bauern zu hören, was sie quält, worunter sie leiden. Er wies bis ins einzelne nach, daß die Regierung nichts Ernsthaftes unternommen hatte, um den Moselbauern zu helfen. Marx klagte die preußische Bürokratie an, gewissenlos die Kleinbauern zu ruinieren. Statt gemeinsam mit der freien Presse nach Wegen zur Beseitigung der Not zu suchen, unterdrückte sie mit brutaler Gewalt die gerechten Klagen der verarmten Bauern und die Kritik der Presse – ein eindeutiges Spiegelbild – „des herrschenden politischen Geistes und seines Systems".

In dieser Zeit begann Marx, unter dem Einfluß des Philosophen Ludwig Feuerbach, philosophischer Materialist zu werden.

Als die Regierung die „Rheinische Zeitung" 1843 verbot, war Marx in Deutschland die Möglichkeit politischen Wirkens genommen. Eine Anfrage der preußischen Regierung, ob er nicht in den preußischen Staatsdienst eintreten wolle, wies Marx als Korrumpierungsversuch voll Verachtung zurück.

Am 19. Juni 1843 heiratete Marx in Kreuznach Jenny von Westphalen, die trotz mancher Anfeindungen ihrer adligen Verwandten sieben Jahre lang auf ihn gewartet hatte und ihm fortan eine nie versagende kluge Ratgeberin und treue Kampfgefährtin war. Ende 1843 ging das junge Paar nach Paris. Bis dahin lebte es im Hause von Jennys Mutter. Marx beschäftigte sich auch hier mit philosophischen und geschichtlichen Studien und gelangte zu der Gewißheit, daß die Geschichte nicht von Ideen, nicht vom Hegel'schen „Weltgeist" bestimmt wird, **sondern daß die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse die entscheidende Rolle im Leben der Gesellschaft spielen.** Wenige Monate später, in Paris, schrieb er seine neuen Erkenntnisse nieder. (1932 wurden diese zur Selbstverständigung angelegten „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte" veröffentlicht.) Bei diesen Arbeiten spielte der Einfluß einer Schrift des jungen Friedrich Engels eine große Rolle, den Marx schon während seiner Tätigkeit in der „Rheinischen Zeitung" flüchtig getroffen hatte.

In Frankreich lernte Marx die Welt des herrschenden Kapitalismus mit ihren Fortschritten, ihren Widersprüchen und ihrem Elend, lernte er die sich entwickelnde Arbeiterbewegung kennen. „Bei den Arbeitern ist", so schrieb er damals bewegt, „die Brüderlichkeit der Menschen ... keine Phrase, sondern Wahrheit ..., und der Adel der Menschheit leuchtet ... aus den von der Arbeit verhärteten Gestalten."

Für Marx stand fest, daß weder übernatürliche Mächte, noch das menschliche Bewußtsein, noch „Helden" „Geschichte machen", sondern daß allein das Volk der wahre Schöpfer der Geschichte ist.

„Ideen können nie über einen alten Weltzustand, sondern immer nur über die Ideen des alten Weltzustandes hinausführen", schrieb Marx. „Ideen können überhaupt nichts ausführen. Zum Ausführen der Ideen bedarf es der Menschen, welche eine praktische Gewalt aufbieten."

Im Gegensatz zu den utopischen Sozialisten, die in der Arbeiterklasse nur eine hilflose, leidende Masse sahen, erkannte Marx, daß die Arbeiter durch ihre ökonomische und soziale Stellung in der kapitalistischen Gesellschaft als Produzenten der materiellen Werte, als ständig größer und stärker werdende Klasse, die entscheidenden, produktiven Quellen des Kapitalismus zum Versiegen bringen können, berufen sind, **sich selbst und damit alle Menschen von der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen zu befreien, indem sie die Produktionsmittel, die Lebensquellen des Volkes, aus privatem in gesellschaftliches Eigentum überführen.**

„Es (das Proletariat – d.Verf.) kann sich aber nicht selbst befreien, ohne seine eigenen Lebensbedingungen aufzuheben. Es kann seine eigenen Lebensbedingungen nicht aufheben, ohne alle unmenschlichen Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft, die sich in seiner Situation zusammenfassen, aufzuheben." Damit hat Marx den engen Zusammenhang zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und allen anderen, dem Frieden und dem sozialen Fortschritt verpflichteten Menschen begründet, den die Geschichte bestätigt hat.

Mit seinem umfangreichen Wissen und seiner revolutionären Kühnheit erwarb er sich Achtung und Freundschaft unter den Arbeitern. Vom preußischen Staat verfolgt, gewann er in Paris auch immer mehr Freunde unter den besten Vertretern des deutschen Volkes. So war Heinrich Heine einer der häufigsten Gäste der Familie Marx in Paris. Für seine künstlerische Entwicklung war die Freundschaft mit Marx von großer Bedeutung. In dieser Zeit schrieb Heine die satirische Verserzählung „Deutschland, ein Wintermärchen", sein bestes Werk, das „große Gedicht", wie er es selbst nannte, das den feudalen Zuständen in Deutschland den unerbittlichen Kampf ansagte und das „neue Geschlecht" prophezeite, das einst Unterdrückung und Armut für immer aus dem Leben des deutschen Volkes verbannen werde.

Marx und Engels werden Freunde

Im September 1844 lernte Marx den jungen Kaufmann Friedrich Engels kennen. Auch Engels hatte zunächst während seiner Dienstzeit in Berlin eifrig die Universität besucht und dort Philosophie studiert.

Nach der Militärzeit reiste Engels auf Wunsch des Vaters nach Manchester (England). In dieser Stadt begegnete ihm in den Arbeiterbezirken eine Welt des Elends, der Not und der Verzweiflung, aber auch des Protestes und des Widerstandes. Engels sah nicht nur die leidende Masse, sondern vor allem die kämpfende Klasse; bald fand er Anschluß an die englische Arbeiterbewegung. Die Ergebnisse aus dem Studium der politischen Ökonomie und

seiner Anschauung fanden ihren Niederschlag in zwei Schriften: „Die Lage der arbeitenden Klasse in England" und „Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie", die erkennen lassen, daß Engels Kommunist geworden war. Ende August 1844 machte Engels auf der Rückreise von Manchester nach Barmen in Paris Zwischenstation und besuchte Marx. Hier blieb er zehn Tage. Beide führten nächtelange Debatten und wurden Freunde. Sie gingen nun daran, gestützt auf ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse und Erfahrungen, die sozialistische Theorie auszuarbeiten.

Marx und Engels knüpften dabei auch an solche großen Strömungen ihrer Zeit an, wie die klassische deutsche Philosophie von Kant bis Hegel, die englische politische Ökonomie von Adam Smith bis David Ricardo, die französische Aufklärung, den utopischen Sozialismus Owens, St. Simons und Fouriers, die Erkenntnisse französischer Historiker und Politiker wie Mignet, Thierry und anderer, **daß die Gesellschaft in Klassen gespalten ist und die politischen Probleme durch Klassenkämpfe entschieden werden.** Marx und Engels gelangten zu der so außerordentlich wichtigen Erkenntnis, **daß sich die Arbeiterklasse von Ausbeutung und Unterdrückung befreien kann, wenn sie sich im Zeichen des wissenschaftlichen Sozialismus organisiert und den kompromißlosen Klassenkampf führt.**

Friedrich Engels war noch 1844, nach seinem Aufenthalt in England und seinem Besuch in Paris, wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Es war gerade die Zeit, als viele Menschen sich gegen die Herrschaft der fürstlichen Despoten auflehnten. Bürgerliche Wohltätigkeitsvereine zur Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse wuchsen hier und dort aus dem Boden. Das Bürgertum warb auf diese Weise um die Gunst der Arbeiter. Es wollte sie so auf ihre Seite im Ringen gegen die Fürsten ziehen. Engels nutzte die Tätigkeit der bürgerlichen Vereine für sein politisches Wirken aus. Er wandte sich mit seiner sozialistischen Agitation in Wort und Schrift vor allem an die arbeitenden Menschen. Die Unwissenheit über ihre gesellschaftliche Lage war unter ihnen noch erschreckend groß. „Der Mangel an einem gehörigen Rückhalt wird", wie Engels in diesem Zusammenhang an Marx schrieb, „recht fühlbar . . ." „Was uns aber vor allem jetzt nottut", diese Lehre zog er im gleichen Atemzug aus seiner Vortragstätigkeit, „sind ein paar größere Werke, um den vielen Halbwissenden, die gern wollten, aber allein nicht fertig werden können, einen gehörigen Anhaltspunkt zu geben . . . Solange nicht die Prinzipien logisch und historisch aus der bisherigen Anschauungsweise und der bisherigen Geschichte und als die notwendige Fortsetzung derselben in ein paar Schriften entwickelt sind, solange ist es doch alles noch halbes Wissen und bei den meisten ein blindes Umhertappen."

Den Worten folgten Taten. Marx und Engels überwanden in einem grundlegenden, damals nicht veröffentlichten, Werk „Die deutsche Ideologie" die Reste ihrer früheren bürgerlichen Ansichten. Sie erkannten, daß die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft über verschiedene Stufen zum Sozialismus führt. **Jede frühere Gesellschaftsordnung bereitet die folgende vor und wird durch die Revolution beendet.** Marx und Engels leiteten aus dieser materialistischen Geschichtsauffassung unmittelbar die Notwendig-

keit des Sturzes der kapitalistischen Gesellschaft und der Eroberung der Staatsmacht durch das Proletariat ab. Darüber hinaus bauten sie ihre bisherigen Gedanken über eine Arbeiterpartei weiter aus. Parteien, so erkannten sie, vertreten die Interessen bestimmter Klassen, setzen sich zusammen aus ihrem bewußten und politisch aktivsten Teil. Daraus zogen sie die Schlußfolgerungen, daß die proletarische Partei ein Teil der Arbeiterklasse sein muß, deren Kern wiederum die Industriearbeiterschaft bildet.

Entsprechend diesen Erkenntnissen begannen Marx und Engels, zielstrebig für die Gründung einer Arbeiterpartei zu wirken, die auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus steht, den revolutionären politischen Kampf führt, eng verbunden mit den Arbeitern ist – eine Partei, in der Sozialismus auf wissenschaftlicher Grundlage und Arbeiterbewegung miteinander vereinigt sind. „Wir waren nun keineswegs der Ansicht", so schrieb Engels darüber, „die neuen wissenschaftlichen Resultate in dicken Büchern ausschließlich der ‚gelehrten' Welt zuzuflüstern. Im Gegenteil. Wir saßen beide schon tief in der politischen Bewegung, hatten in der gebildeten Welt, namentlich Westdeutschlands, einen gewissen Anhang und reichlich Fühlung mit dem organisierten Proletariat. Wir waren verpflichtet, unsere Ansicht wissenschaftlich zu begründen; ebenso wichtig war es aber auch für uns, das europäische und zunächst deutsche Proletariat für unsere Überzeugung zu gewinnen."

Marx war inzwischen, Anfang 1845, aus Frankreich ausgewiesen worden und hatte sich in Brüssel niedergelassen. Für ihn verband sich das Streben nach Erkenntnis der wissenschaftlichen Wahrheit uneingeschränkt und unlöslich mit dem Eintreten für die politische und soziale Revolution. Das zeigte deutlich seine leidenschaftliche Anteilnahme am Geschehen um die Erhebung der schlesischen Weber im Juni 1844. Groß war sein Zorn, als sein ehemaliger Weggenosse Ruge im Pariser „Vorwärts" die Erhebung der Weber geringschätzig abtat. In einer scharfen Polemik verteidigte Marx, ebenfalls im „Vorwärts", leidenschaftlich diesen Aufstand und würdigte das Proletariat als das „tätige Element" der Befreiung Deutschlands. Er erklärte, daß zu dieser Erkenntnis wie zum Bekenntnis zum werktätigen Volk „allerdings einige wissenschaftliche Einsicht und einige Menschenliebe" gehöre.

So konzentrierte sich Marx neben seiner wissenschaftlichen Arbeit auf enge Kontakte mit Arbeiterorganisationen und progressiven Intellektuellen. In verschiedenen Ländern versuchte er, gemeinsam mit Engels, die von ihnen erarbeitete Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung zu verbinden. Zu diesem Zweck schufen beide in Brüssel ein „Korrespondenzbüro", um ihre Ideen vor allem unter revolutionären Arbeitern zu verbreiten. In Versammlungen dieses „Büros" hielt Marx 1847 seine heute noch berühmte Rede „Lohnarbeit und Kapital".

Der Bund der Kommunisten

Marx und Engels besaßen vor allem starken Einfluß auf die Anhänger des

„Bundes der Gerechten". Die Leiter dieses Bundes revolutionärer Proletarier machten sich die Ansichten von Marx und Engels zu eigen und beriefen sogar einen Bundeskongreß ein. Marx und Engels sollten dort ihre Ansichten den Teilnehmern unterbreiten. Dieser Bundeskongreß trat Anfang Juni 1847 in London zusammen. Geldschwierigkeiten verhinderten die Anwesenheit von Marx. Engels dagegen nahm aktiv teil. Er und Wilhelm Wolff, ein enger Mitstreiter von Marx und Engels, arbeiteten sogar das neue Statut für den „Bund der Kommunisten" aus. Der Kongreß war nämlich zugleich die Geburtsstunde des „Bundes der Kommunisten" und ging sogleich als „erster Kongreß des Bundes der Kommunisten" in die Geschichte ein. „Der Zweck des Bundes ist der Sturz der Bourgeoisie", so schrieb er auf seine Fahne, „die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung der alten auf Klassengegensätzen beruhenden bürgerlichen Gesellschaft und die Gründung einer neuen Gesellschaft ohne Klassen und Privateigentum."

Der nächste Schritt auf dem Wege zur Festigung und Ausbreitung des Bundes mit einem klaren wissenschaftlichen Programm und einer revolutionären politischen Taktik war der zweite Kongreß des „Bundes der Kommunisten" Ende November 1847. Diesmal waren Marx und Engels anwesend und erläuterten den Delegierten ihre Auffassungen. Die Rede von Marx sei dabei kurz gewesen, wie später ein Teilnehmer erzählte. Sie sei zusammenhängend gewesen, logisch, habe kein überflüssiges Wort enthalten. Jeder Satz sei ein Gedanke gewesen, ein notwendiges Glied in einer Kette von Ideen.

Kommunistisches Manifest – Geburtsstunde des wissenschaftlichen Sozialismus

Die revolutionären Stürme der bürgerlichen Epoche wehten jedesmal allerlei Schriften vor sich her, deren Verfasser die Lösung aller Probleme vorgaben, Rezepte feilboten und Mittel und Methoden anpriesen, wie die Übel der Zeit beseitigt und ein paradiesischer Zustand herbeigeführt werden könnten. Buntschillernde Projekte wurden schockweise angeboten; jeder versicherte, den sozialen Stein der Weisen gefunden zu haben. Sie sind heute alle vergessen. Nur ein Dokument jener Zeit wurde nicht von den Spinnweben des Vergessens überdeckt: Das „Manifest der Kommunistischen Partei", ausgearbeitet von Karl Marx und Friedrich Engels. Es erschien Ende Februar 1848 und erlebte im ersten Jahrhundert seines Erscheinens in 36 Ländern und 71 Sprachen der Welt über 750 Auflagen.

Woran lag das? Ganz „einfach": Es stellte mit bestechender Klarheit und großer Ausdruckskraft **allseitig den wissenschaftlichen Sozialismus dar und wies der Arbeiterklasse und der Menschheit den Weg zu einem Leben ohne Elend und Ausbeutung. Und noch eins: Es war in einer Sprache geschrieben, geschliffen und mitreißend. Seine Beweisführung war logisch, knapp und unwiderlegbar.**

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen." So beginnt die unübertroffene Schilderung des historischen

Entwicklungsganges der Bourgeoisie, die seit ihrem Entstehen ungeheuer revolutionär gewirkt hat, die „massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen hat als alle vergangenen Generationen zusammen".

Aber, gesetzmäßig entstanden, wird sie ebenso gesetzmäßig wieder vergehen. Und schließlich hat sie „nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen", sondern auch „die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden – die modernen Arbeiter, die **Proletarier**".

Was wollten die Kommunisten? „Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennte Interessen." Besonders wird hervorgehoben: Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind. Sie sind nur der Ausdruck tatsächlicher Verhältnisse. Die Entwicklung dieser Verhältnisse selbst führt zum „nächsten Zweck der Kommunisten": „Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat." Dann tritt an die Stelle „der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist."

Die Broschüre, die mit dem Ruf: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" schloß, war das erste marxistische Parteiprogramm. Es war die Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Kommunismus und gab den Mitgliedern des Bundes der Kommunisten und dem Proletariat das Ziel und die Richtung für ihr revolutionäres Ringen.

Die Mitglieder des Bundes der Kommunisten wirkten denn auch überall im Sinne des Manifestes aktiv für den Ausbruch der Revolution. Die Mehrzahl der Bundesmitglieder ging direkt nach Deutschland. Der Bund bewährte sich auch in jener Zeit, wie dazu der marxistische Historiker Franz Mehring schrieb, „als eine treffliche Vorschule der Revolution. Wo die Bewegung irgendeinen kräftigen Aufschwung nahm, waren Bundesmitglieder ihre treibenden Kräfte: Schapper in Nassau, Wolff in Breslau, Stephan Born in Berlin, andere anderswo."

Revolution

Die Revolution brach zuerst im Februar 1848 in der Schweiz aus, erfaßte kurz danach auch Italien und nur wenig später, nämlich vom 22. bis 24. Februar 1848, zerschlugen Revolutionäre mit einem Schlag die morsche und verhaßte Tyrannei in Frankreich.

„Das war ein Sieg aus einem Stück.
Das war ein Wurf!
Die Republik!
Und alles in drei Tagen!"

So beschrieb der Dichter Freiligrath in einem Gedicht die französische

Revolution. Marx und Engels lebten bei Ausbruch der Revolution in Brüssel. Beide nahmen sofort daran Anteil. Marx beglückwünschte in einem Schreiben das französische Volk zum Sturz der Monarchie. Gleichzeitig nahmen sie Verbindung mit revolutionären Gruppen in Brüssel auf. Davon erfuhr die belgische Polizei. Deshalb wurde Marx am 3. März 1848 aus Belgien ausgewiesen und übersiedelte nach Paris. Engels und andere führende Mitglieder des Bundes der Kommunisten folgten ihm etwas später und wurden sofort revolutionär tätig. Zunächst gründeten sie einen Arbeiterclub. Darin bereiteten sie sich aktiv auf die Revolution in Deutschland vor.

Bald erreichte die Revolution auch Deutschland. Zunächst wurden die adligen Herrscher in Österreich mit ihrem verhaßten Führer Fürst von Metternich vertrieben. Handwerker und Gesellen griffen überall zu den Waffen und vertrieben ihre Herren. Bauern verjagten ihre verhaßten Ausbeuter von Burgen und Schlössern und befreiten sich meist von den drückenden Bürden und Lasten. Das Bürgertum nutzte die revolutionären Stürme für sich aus und übernahm in vielen Staaten die Macht.

Die „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland"

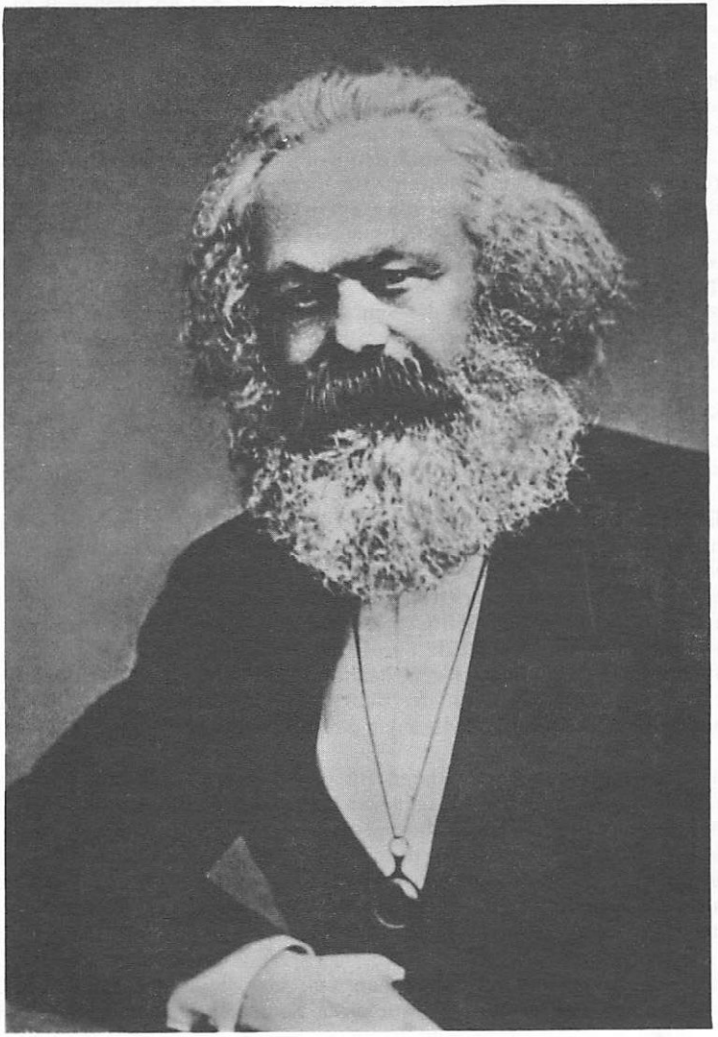
Der Bund der Kommunisten wurde vom Ausbruch der Revolution nicht überrascht. Marx und Engels hatten ja schon im „Manifest der Kommunistischen Partei" auf den heraufziehenden Aufstand des Volkes hingewiesen. Die Zentralbehörde übersiedelte sofort von London nach Paris. Marx wurde ihr Vorsitzender. Er arbeitete zusammen mit Engels umgehend „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland" zur Revolution aus. Sie forderten darin die Schaffung einer einigen demokratischen deutschen Republik, das allgemeine Wahlrecht, die allgemeine Volksbewaffnung, die Abschaffung der Feudallasten „ohne irgendwelche Entschädigung", die Nationalisierung der „fürstlichen und anderen feudalen Landgüter", der Bergwerke, Transportmittel und eine allgemeine Volkserziehung.

Anfang April 1848 übersiedelten Marx und Engels nach Deutschland; das Zentrum ihrer Arbeit wurde Köln.

Die „Neue Rheinische Zeitung"

Der Ausgang und die Ergebnisse der Revolution von 1848 hingen im großen Maße vom Auftreten der Arbeiterklasse ab. Diese war aber noch sehr zersplittert und wenig organisiert. Es gab in Deutschland schon eine Reihe selbständiger Arbeitervereine, und gerade zu dieser Zeit entstanden verstreut eine Vielzahl neuer Arbeitervereine. Marx strebte mit seinen Kampfgefährten den Zusammenschluß dieser Arbeitervereine zu einer schlagkräftigen Arbeiterpartei an. Dieser Versuch schlug zunächst noch fehl. Dazu war die junge deutsche Arbeiterklasse noch zu unreif.

„Das Proletariat", so schrieb Engels dazu später, „unentwickelt, herange-



wachsen in vollständiger geistiger Knechtung, unorganisiert und nicht einmal fähig zu einer Organisation, besaß nur das dunkle Gefühl seines tiefen Interessengegensatzes gegen die Bourgeoisie. So, obgleich der Sache nach ihr drohender Gegner, blieb es andererseits ihr politisches Anhängsel ... Das deutsche Proletariat erschien zunächst auf der politischen Bühne als äußerste demokratische Partei."

Der Bund der Kommunisten war ebenfalls noch sehr schwach. Deshalb nahm Marx zunächst Kurs auf die Gründung einer revolutionären demokratischen Zeitung als Zentrum der revolutionären Kräfte. Denn das war eine reale Möglichkeit für den Bund der Kommunisten, in die revolutionären Ereignisse wirksam einzugreifen, die Interessen der Arbeiterklasse nachdrücklich zu vertreten und ihre Kampfziele geltend zu machen. Trotz aller Schwierigkeiten gelang der Plan. Am 1. Juni 1848 erschien die erste Nummer der „Neuen Rheinischen Zeitung – Organ der Demokratie". Durch ihre prinzipienfeste politische Haltung, ihre Parteinahme für die Volksmassen, ihren Kampf gegen die Schlappheit und Wankelmütigkeit im liberalen Lager wurde sie „zur berühmtesten deutschen Zeitung der Revolutionsjahre".

„Keine deutsche Zeitung", stellte Engels später fest, „weder vorher noch nachher, hat je die Macht und den Einfluß besessen, hat es verstanden, so die proletarischen Massen zu elektrisieren wie die „Neue Rheinische".

Alle Redakteure waren begabte Publizisten und ausnahmslos Mitglieder des Bundes der Kommunisten. Da finden wir Georg Weerth, den ersten Dichter des revolutionären Proletariats; ihm oblag das satirische Feuilleton. Wilhelm Wolff, dem Marx später den ersten Band des „Kapitals" widmete, hatte sich der aktuellen politischen Information über den Verlauf der Revolution angenommen. Auch Ferdinand Wolff und Ernst Dronke trugen das ihrige bei, und nicht zuletzt bestimmte die revolutionäre Lyrik Ferdinand Freiligraths das Niveau des Blattes mit. Friedrich Engels schrieb zahlreiche Leitartikel und war die erste Stütze des Chefredakteurs, Karl Marx.

Marx überragte alle durch klaren Blick und sichere Haltung. Er war die Seele der Zeitung. Seine Ansicht war hochgeachtet. Er redigierte alle Beiträge und ordnete sie ein in die politische Gesamthaltung des Blattes. Die anderen Redakteure wurden durch den Rat von Marx und durch seine Hinweise zu Höchstleistungen befähigt. So stammt das beste, was Freiligrath an politischer Lyrik hervorgebracht hat, aus jenen stürmischen Tagen.

Marx hat mit diesem verschworenen Kollektiv die „Neue Rheinische Zeitung" zum Zentrum der revolutionären Kräfte in Deutschland gemacht, gab ihnen eine richtige Orientierung, vielfältiges Propagandamaterial und wertvolle strategische und taktische Hinweise, gab – wie Lenin einmal schrieb – „der gesamten Demokratie ein Aktionsprogramm".

Das Wirken der Zeitung war der politischen Reaktion ein Dorn im Auge, und als sie sich stark fühlte, die Zentren der revolutionären Erhebungen

niedergeschlagen hatte, da verbot sie das „Organ der Demokratie". Am 19. Mai 1849 erschien, ganz und gar in rotem Druck, die letzte Nummer der „Rheinischen Zeitung". „Wir mußten unsere Festung übergeben", schreibt Engels, „aber wir zogen ab mit Waffen und Bagage, mit klingendem Spiel und mit der fliegenden Fahne der letzten roten Nummer, in der wir die Kölner Arbeiter vor hoffnungslosen Putschen warnten . . ."

Die Volksbewegung selbst wurde von der Übermacht der konterrevolutionären Soldaten endgültig niedergeworfen. Bald verfolgten sie die Freiheitskämpfer mit blutiger Rache und versuchten, das Rad der Geschichte auf den Stand des Vormärz zurückzudrehen.

Emigrationsjahre

Marx selbst mußte Deutschland verlassen. Zunächst ging er nach Paris. Bald aber wurde er auch aus Frankreich ausgewiesen. 1849 (im August) traf Marx in London ein. Für ihn und seine Familie begann nunmehr das Flüchtlingsleben mit all seinen Widrigkeiten und Sorgen, mit Mangel, Not und Entbehrungen, das sie mit Tausenden anderen, aus Deutschland politisch Ausgewiesenen, teilten. Da gab es Tage, ja Wochen, wo Marx mit seiner Familie vor dem Nichts stand. Krankheiten brachen aus. Es mangelte an Geld für Medikamente wie auch für den notdürftigsten Unterhalt. Die meisten halbwegs entbehrlichen Gegenstände wanderten ins Leihhaus. Bald gab es aber nichts mehr zu verpfänden.

Diese Zeit in London untergrub die Gesundheit von Marx. Allein drei seiner Kinder, darunter zwei Jungen, starben im zarten Alter. Darüber berichtet Jenny Marx auf einem losen Tagebuchblatt:

„Ostern desselben Jahres 1852 erkrankte unsre arme kleine Franziska an einer schweren Bronchitis. Drei Tage rang das arme Kind mit dem Tode. Es litt so viel. Sein kleiner entseelter Körper ruhte in dem kleinen hintern Stübchen; wir alle wanderten zusammen in das vordere, und wenn die Nacht heranrückte, betteten wir uns auf die Erde, und da lagen die drei lebenden Kinder mit uns, und wir weinten um den kleinen Engel, der kalt und erblichen neben uns ruhte. Der Tod des lieben Kindes fiel in die Zeit unserer bittersten Armut. Da lief ich zu einem französischen Flüchtling, der in der Nähe wohnte und uns besucht hatte. Er gab mir gleich mit der freundlichsten Teilnahme 2 £. und mit ihnen wurde der kleine Sarg bezahlt, in dem mein armes Kind nun jetzt in Frieden schlummert. Es hatte keine Wiege, als es zur Welt kam, und auch die letzte kleine Behausung war ihm lange versagt . . ."

Unvorstellbare Leiden stand die Familie Marx in dieser Zeit durch. Aber Jenny verzweifelte nicht; wie stark ihr Charakter war, geht aus einem Brief hervor, den sie in diesen bitteren Jahren an Joseph Weydemeyer sandte: „Glauben Sie nicht, daß mich diese kleinlichen Leiden gebeugt haben, ich weiß nur zu gut, wie unser Kämpfen kein isoliertes ist . . ."
Marx war trotz aller Widrigkeiten durchdrungen von der Wichtigkeit seiner

einmal erkannten Aufgabe. Wissenschaftliche Überzeugung und ein unerschütterlicher Glaube an die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse hielten ihn aufrecht. Er arbeitete tagsüber und bis tief in die Nächte unablässig, jahrelang, aufopferungsvoll. Es war ein titanisches Ringen um Erkenntnis. Marx kämpfte mit seiner Arbeit für eine glückliche Zukunft der arbeitenden Menschen. Deshalb drückten ihn noch so große Lasten nicht nieder.

Gleich nach seiner Ankunft in London nahm er sein schon 1844 begonnenes ökonomisches Studium wieder auf und intensivierte die Arbeit an seinem Werk. Allerdings vergrub er sich keineswegs nur in Bibliotheken. Er nahm ständig aktiv Anteil an dem politischen Geschehen.

Treffpunkt der Revolutionäre

Die Wohnung von Marx in der Maitland Park Road lag im ersten Stock. Sein Arbeitszimmer lag am Park und erhielt Tageslicht durch ein großes Fenster. Hier stand ein einfacher Schreibtisch. Die Wände nahmen randvolle Bücherschränke ein, auf denen bis zur Decke Zeitungen und Manuskripte gestapelt waren. Zwei weitere Tische gegenüber dem Kamin waren über und über bedeckt mit Papieren und Büchern, selbst der Kamin war belagert. Dazwischen fand man Zigarren, Streichhölzer, einen Briefbeschwerer und Fotografien. Für Ruhepausen war das Ledersofa gegenüber dem Fenster gedacht, wenngleich Marx auch öfter auf eine andere Weise ausruhte: er schritt im Zimmer auf und ab.

Marx' Schwiegersohn, Paul Lafargue, dem wir die Kenntnis vieler Einzelheiten verdanken, berichtet über dieses historische Zimmer, in dem zu wesentlichen Teilen das „Kapital" entstand: „Marx erlaubte niemandem, seine Bücher und Papiere in Ordnung oder eigentlich in Unordnung zu bringen. Die herrschende Unordnung war auch nur scheinbar: alles war eigentlich auf seinem gewünschten Platze, und ohne zu suchen, nahm er immer das Buch oder Heft, dessen er bedurfte . . . In der Aufstellung seiner Bücher war keine äußere Symmetrie maßgebend: Quart- und Oktavbände und Broschüren standen dicht nebeneinander; er ordnete die Bücher nicht nach ihrer Größe, sondern nach ihrem Inhalt. Die Bücher waren ihm geistige Werkzeuge und nicht Luxusgegenstände."

Im Arbeitszimmer von Marx war aber nicht nur die Wissenschaft zu Hause. Hier strömten aus allen europäischen Ländern, aus allen Richtungen der Welt Arbeiterfunktionäre und Anhänger, auch andere Menschen zusammen, um sich mit Marx zu besprechen und seinen Rat einzuholen. Und allen widmete er sich mit großer Anteilnahme und Geduld. Denn, so äußerte er einmal, ich muß Männer heranbilden, die nach mir die kommunistische Propaganda fortsetzen.

Marx – führender Kopf der I. Internationale

Das Streben der Arbeiter und ihrer Organisationen nach internationalem

Zusammenschluß hatte bereits mit der Herausbildung nationaler Arbeitervereinigungen um die Mitte des 19. Jahrhunderts eingesetzt. Sichtbaren Ausdruck fand diese Entwicklung in der vom Bund der Kommunisten 1848 verkündeten Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

Das Anwachsen der europäischen Arbeiterbewegung und die Auseinandersetzungen zwischen kapitalistischen Staaten führten zu einer stärkeren internationalen Arbeitersolidarität. 1862 wurden auf einer Weltausstellung in London erstmals Fäden geknüpft zwischen der englischen und französischen Arbeiterbewegung. 1864 entstand in St. Martin's Hall (London) schließlich die I. Internationale (genannt Internationale Arbeiterassoziation). Ihr führender Kopf war Karl Marx. Er arbeitete ihr Programm und Statut aus. Marx redigierte fast alle von der I. Internationale erlassenen Schriftstücke. Seine Gedanken und Anregungen finden sich in den meisten ihrer Beschlüsse wieder.

Die unermüdliche Tätigkeit für die Internationale und die gleichzeitige Arbeit am „Kapital" forderten von Marx einen unvergleichlichen Kraft- und Zeitaufwand. Scherzhaft sagte er einmal zu Freunden: „Wir erstreben den achtstündigen Arbeitstag, aber wir selbst arbeiten oft mehr als zweimal so lang innerhalb 24 Stunden ..." Doch Marx nahm für den internationalen Befreiungskampf der Arbeiterklasse diese Last gern auf sich.

Die Arbeit in der Internationale gab Marx viele Anregungen für das „Kapital" – andererseits flossen in ihre Dokumente viele theoretische Kenntnisse aus dem noch in Arbeit befindlichen Hauptwerk ein. Im Generalrat, der Führung der Internationale, hielt Marx mehrere Vorträge über ökonomische Probleme, z.B. über Verkürzung der Arbeitszeit, über das Grundeigentum, über Erbrecht u.a.

Einer dieser Vorträge wurde weithin berühmt: Auf seiner Grundlage entstand die populäre Schrift „Lohn, Preis und Profit". Im Frühjahr 1865 trat das Mitglied des Generalrates, John Weston, mit der Ansicht auf, eine allgemeine Erhöhung des Arbeitslohnes nütze den Arbeitern nicht, daher sei die Gewerkschaft „schädlich" und ihr Kampf zwecklos.

Daraufhin bereitete Marx einen ausführlichen Vortrag vor, der eine kurzgefaßte Darlegung seiner ökonomischen Theorie enthielt und schlüssig bewies, daß die Gewerkschaften zwar die kapitalistische Ordnung nicht beseitigen können, aber von äußerster Wichtigkeit für den organisierten Kampf der Arbeiter um die ständige Verbesserung ihrer Lebenslage sind.

Freunde und Kampfgefährten

Wer wissen will, in welch inniger und produktiver Freundschaft Karl Marx und Friedrich Engels verbunden waren, lese ihren Briefwechsel! Diese Briefe sind spannend und humorvoll, lehrreich und erschütternd, historisch interessant und theoretisch bedeutsam: Kaum ein wissenschaftliches Unternehmen, das nicht besprochen, keine wichtige persönliche Angelegen-

heit, die nicht gestreift, wohl kein wesentliches Zeiterlebnis, das nicht erwähnt und analysiert wird. Der Briefwechsel zeigt, wie unentbehrlich die Freunde einander waren. Er ist ihre Autobiographie.

Während langer Jahre hat Engels seinem Freund und Mitkämpfer umfangreiche materielle Unterstützung gegeben, die er aus seiner Teilhaberschaft an der Firma Ermen & Engels in Manchester ermöglichen konnte. Es gab Situationen, in denen diese Zuwendungen Marx und seine Familie buchstäblich dem Hungertode entrissen.

Marx und Engels haben mehrere Werke gemeinsam geschrieben. Doch auch die meisten von jenen, die nur einen Verfassernamen tragen, sind unter schöpferischer Anteilnahme des anderen entstanden. Unzählige Fragen und Einzelprobleme, die mit dem „Kapital" zusammenhingen, hat Marx seinem Freunde zur Prüfung und Beurteilung vorgelegt; ebenso beriet Marx den Verfasser des „Anti-Dühring" in vielerlei Hinsicht. Marx hat für dieses Werk sogar ein ganzes Kapitel selbst geschrieben, weil er in der Geschichte der politischen Ökonomie „besser zu Hause" war als Engels. Ebenso haben Marx und Engels in ihrer politischen Tätigkeit einander ständig konsultiert. „Was meinst Du dazu? " oder „Ich will nicht entscheiden, bevor ich Deine Meinung kenne" – solche und ähliche Wendungen durchziehen den gesamten Briefwechsel der beiden Freunde.

Arbeit, Leben und Kampf der beiden Klassiker des Marxismus bilden eine unauflösliche Einheit. Marx ist ohne Engels, Engels ist ohne Marx nicht denkbar.

Marx als Forscher

Marx war der Typ des Wissenschaftlers. Er zeichnete sich durch Zielstrebigkeit, eiserne Energie und besonders durch peinliche Gewissenhaftigkeit aus. Hörte er von einem neuen Buch, so suchte er es sich umgehend zu beschaffen. Im Mai 1858 erfuhr er, daß soeben ein neues Buch über Zirkulationsmittel erschienen sei. Er schickte seine Frau zum Buchhändler, doch es stellte sich heraus, daß das Werk mehr kostete, als ihre gesamte Barschaft betrug. „Es wäre mir daher sehr lieb", heißt es in einem Brief an Engels, „wenn Du mir eine post office order für diese Summe zuschicktest. Es ist wahrscheinlich, daß für mich nichts Neues in diesem Buch steht, allein nach dem Wesen, das der Economist damit macht und nach den Auszügen, die ich selbst gelesen, erlaubt mein theoretisches Gewissen nicht, voranzugehen, ohne es zu kennen."

So verarbeitete Marx nach und nach das gesamte damalige menschliche Wissen auf philosophischem, ökonomischem und sozial-politischem Gebiet. Auch in naturwissenschaftlichen und technischen Fragen blieb er auf dem laufenden. Seine besondere Vorliebe aber galt der Weltliteratur. Und so finden wir im „Kapital" nicht nur die Namen von Ökonomen und Philosophen, sondern auch Goethe und Shakespeare, Watt und Fulton, Liebig und Darwin.

1866 hatte Marx aus der Masse der vorliegenden Manuskripte jene zunächst beiseite gelegt, die Themen des zweiten und dritten Bandes des „Kapitals" behandelten, und sich an die Bearbeitung des ersten Bandes für den Druck gesetzt. Ein großer Teil davon war 1866 fertiggestellt. „Es ist eine Freude", schrieb Jenny davon an Engels, „das Manuskript so hoch aufgespeichert und abgeschrieben daliegen zu sehen. Mir ist eine Riesenlast damit vom Herzen gewälzt." Marx schickte das Teilmanuskript im November an seinen Verleger Otto Meißner in Hamburg und brachte den Rest am 27. März 1867 persönlich zum Verlag.

Als Engels den größten Teil des ersten Bandes im Manuskript gelesen hatte, schrieb er an Marx: „... gratuliere zu der kompletten Weise, in der die verzwicktesten ökonomischen Probleme durch bloßes Zurechtrücken und Einstellen in den richtigen Zusammenhang einfach und fast sinnlich klargemacht werden. Desgleichen zu der, der Sache nach, höchst famosen Darstellung der Verhältnisse von Arbeit und Kapital – im vollen Zusammenhange und komplett hier zum ersten Mal."

Den Sommer über las Marx Korrektur. Im August und September wurde das Buch bei Otto Wigand von Leipziger Arbeitern gedruckt. Am 14. September 1867 erschien der erste Band des „Kapitals" im Buchhandel.

Das war ein hervorragendes Ereignis in der Geschichte des menschlichen Denkens. Dieses Werk bedeutete die vollständige Umwälzung aller bisherigen politischen Ökonomie. Das „Kapital" enthüllte präzise und unwiderlegbar das Wesen der kapitalistischen Widersprüche. Marx hatte alle Bewegungsgesetze dieser Gesellschaftsordnung entdeckt und ihren objektiven Charakter nachgewiesen. Er zeigte, daß sich aus ihrem Wirken der unvermeidliche Untergang des Kapitalismus ergeben wird.

„Solange es Kapitalisten und Arbeiter in der Welt gibt", schrieb Friedrich Engels 1868 in einer Rezension des Werkes, „ist kein Buch erschienen, welches für die Arbeiter von solcher Wichtigkeit wäre, wie das vorliegende."

„Unsere Partei"

Rund 100 Jahre sind vergangen, seit deutsche Arbeiter unter Leitung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht die erste marxistische Massenpartei, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands, gründeten. Es war im August 1869 im thüringischen Eisenach. Dieses geschichtliche Ereignis von großer Bedeutung für Deutschland war nicht zuletzt das Verdienst von Marx und Engels. Zeugnis dafür sind Dutzende ihrer Briefe an Bebel, Bracke, Liebknecht, Heppner und andere Führer der „Eisenacher". Marx und Engels selbst bezeichneten diese Partei auch stets als „unsere Partei".

Zahlreiche ihrer Schriften gaben – zum Teil, wie die Kritik am Gothaer Programm von 1875 oder der „Anti-Dühring" von 1878, wurden sie direkt veranlaßt durch Ereignisse in der deutschen Arbeiterbewegung – dieser

ersten marxistischen Partei und der späteren „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" große Hilfe. Sie ersparten der deutschen Arbeiterklasse mühevolle Irr- und Umwege und halfen ihr, schwierige Probleme zu klären und zu lösen.

Die nachhaltigste und immer tiefer gehende Wirkung auf die Ausarbeitung einer richtigen Politik der deutschen marxistischen Partei im 19. Jahrhundert hatte das Hauptwerk von Karl Marx. Die Ideen des „Kapitals" wurden schon zu Beginn der 70er Jahre für viele Fragen des praktischen Klassenkampfes genutzt, so für die Kampagne um verkürzte Arbeitszeit und Festsetzung eines Normalarbeitstages, für eine richtige Stellung gegenüber den Gewerkschaften, für die Bündnispolitik u.a.m., aber vor allem auch für die theoretische Klärung der politischen Zielstellung einer richtigen Strategie und Taktik der deutschen Arbeiterbewegung.

Später, insbesondere während des Sozialistengesetzes 1878 – 1890, setzte sich der wissenschaftliche Sozialismus durch die Schriften von Marx und Engels und mit Hilfe ihrer vielfältigen Ratschläge für die deutschen Arbeiterführer in der geeinten Partei immer stärker durch. Und als die Arbeiterpartei sich 1891 auf ihrem Parteitag in Erfurt ein neues Programm gab, beruhte es in seinen wesentlichen Teilen auf den revolutionären Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels.

Marx' Werk ist unsterblich

Marx hatte während der ganzen siebziger Jahre auch an den weiteren Bänden des „Kapital" gearbeitet; doch es war ihm nicht mehr vergönnt, sie druckfertig zu machen. Zu Ende des Jahrzehnts nahmen die Krankheitszustände überhand. Marx versuchte mit eiserner Energie, dagegen anzugehen. Er arbeitete rastlos. Doch dann brach erneut Elend in der Familie aus. Jenny war unheilbar an Leberkrebs erkrankt. Sie starb am 2. Dezember 1881. Die Spielkameradin der Kindheit, das „Herzensjennychen" der Jugend, die geliebte Gattin und liebevolle Mutter, langjährige Mitarbeiterin und Kampfgefährtin, bester, intimster, treuester Freund – sie war nicht mehr!

Marx geriet in einen derart bedrohlichen Zustand, krank, völlig geschwächt, gebrochen, daß die Ärzte ihm verbieten mußten, am Begräbnis seiner Frau teilzunehmen. Als Engels ihn nach Jennys Tod in dieser Verfassung gesehen hatte, äußerte er erschüttert gegenüber Wilhelm Liebknecht: „Der Mohr (das war Marx' Spitzname) ist auch gestorben".

So war es fast. 1882 unternahm er zwar noch einige Kurversuche in Gegenden milden Klimas, denn er hoffte, für das Werk seines Lebens auch jetzt noch wirken zu können. Doch nur wenige Monate waren ihm noch beschieden.

Am 14. März 1883 starb Karl Marx. Am nächsten Tag schrieb Engels an Johann Philipp Becker: „Gestern nachmittag 2,45, kaum zwei Minuten

allein gelassen, fanden wir ihn sanft entschlafen im Sessel. Der gewaltige Kopf unserer Partei hatte aufgehört zu denken, das stärkste Herz, das ich je gekannt, hatte ausgeschlagen."

Zwei Tage später wurde Karl Marx zu Grabe getragen. Engels hielt eine kurze Grabrede, in der es hieß:
„Was das streitbare europäische und amerikanische Proletariat an diesem Mann verloren hat, das ist gar nicht zu ermessen.

Wie Darwin das Gesetz der Entwicklung der organischen Natur, so entdeckte Marx das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte. Marx entdeckte auch das spezielle Bewegungsgesetz der heutigen kapitalistischen Produktionsweise und der von ihr erzeugten bürgerlichen Gesellschaft. Die Wissenschaft war für Marx eine geschichtlich bewegende, eine revolutionäre Kraft.

Denn Marx war vor allem Revolutionär. Mitzuwirken in dieser oder jener Weise am Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und der durch sie geschaffenen Staatseinrichtungen, mitzuwirken an der Befreiung des modernen Proletariats, dem er zuerst das Bewußtsein seiner eigenen Lage und seiner Bedürfnisse, das Bewußtsein seiner Emanzipation gegeben hatte – das war sein wirklicher Lebensberuf.

Und er ist gestorben, verehrt, geliebt, betrauert von Millionen revolutionärer Mitarbeiter, die von den sibirischen Bergwerken an über ganz Europa und Amerika bis Kalifornien hin wohnen. **Sein Name wird durch die Jahrhunderte fortleben und so auch sein Werk!"**

Zeittafel

5. 5.1818	Karl Marx in Trier als Sohn des Rechtsanwalts Heinrich Marx und seiner Frau Henriette geboren.
28.11.1820	Friedrich Engels in Barmen als Sohn des Baumwollfabrikanten Friedrich Engels und seiner Frau Elisabeth geboren.
24. 9.1835	Marx absolviert in Trier das Gymnasium.
15. 4.1841	Marx erhält das Doktordiplom der philosophischen Fakultät der Universität Jena.
19. 6.1843	Marx heiratet Jenny von Westphalen.
Ende Okt. 43	Marx übersiedelt nach Paris.
28. 8.1844	Marx trifft sich erstmals mit Friedrich Engels.
3. 2.1845	Übersiedlung Marx' nach Brüssel.
Juni 1847	Erster Kongreß des Bundes der Kommunisten. Engels nimmt teil.
29.11.1847	Teilnahme von Marx und Engels am zweiten Kongreß des Bundes der Kommunisten in London.
28. 2.1848	Herausgabe des „Manifestes der Kommunistischen Partei". – Verfasser Karl Marx und Friedrich Engels.
18. 3.1848	Barrikadenkämpfe in Berlin.

31. 5.1848	Herausgabe der ersten Nummer der „Neuen Rheinischen Zeitung“
8.11.1848	Beginn des konterrevolutionären Staatsstreiches in Preußen.
19. 5.1849	Erscheinen der letzten Nummer der „Neuen Rheinischen Zeitung”.
3. 6.1849	Übersiedlung von Marx nach Paris.
26. 8.1849	Ausweisung Karl Marx' aus Paris und Übersiedlung nach London.
28. 9.1864	Gründungsversammlung der Internationalen Arbeiterassoziation (I. Internationale) in der St. Martin's Hall in London.
14. 9.1867	Herausgabe des ersten Bandes „Das Kapital”.
7. - 9.8.1869	Gründungskongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands in Eisenach.
22. - 27.5.1875	Vereinigungskongreß in Gotha. Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.
2.12.1881	Tod von Jenny Marx in London.
14. 3.1883	Marx stirbt und wird einen Tag später auf dem Highgate-Friedhof in London beigesetzt.

Literaturverzeichnis

1. H. Gemkow, Karl Marx – Eine Biographie, Berlin 1967
2. Franz Mehring, Karl Marx – Geschichte seines Lebens, Gesammelte Schriften, Bd. 3, Berlin 1964
3. J. Lewis, Karl Marx, Leben und Lehre, Berlin 1968
4. Auguste Cornu, Karl Marx und Friedrich Engels, 3 Bände, Berlin 1954, 1962, 1968
5. Luise Dornemann, Jenny Marx, Berlin 1968
6. Marxistische Lehrbriefe, „Streifzüge durch die neuere Geschichte”, Serie C, Heft 5, 6 und 8

Wichtige Schriften von Marx und Engels

1. Marx:	Das Kapital Das Elend der Philosophie Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte Kritik des Gothaer Programms Lohnarbeit und Kapital Lohn, Preis, Profit Zur Kritik der politischen Ökonomie
2. Engels:	Der Deutsche Bauernkrieg Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates Dialektik der Natur
3. Marx/Engels:	Manifest der Kommunistischen Partei Die deutsche Ideologie

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Serie A: Gesellschaft und Staat

Wie der Mensch zum Menschen wurde
Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten
Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf I.
Was lehrt der Marxismus über den Staat?
Die Entstehung des Kapitalismus
Der utopische Sozialismus
Wie Lenin den Marxismus weiterentwickelte
Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus
Der wissenschaftliche Sozialismus

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?
Gibt es noch Kapitalismus in der BRD?
Automation – Freund oder Feind?
Die Wirtschaft in der DDR
Die Industrie der Sowjetunion
Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?
Probleme des Kampfes um die Mitbestimmung
Das neue ökonomische System der DDR

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Reformation und Bauernkrieg (1517 – 1525)
Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert
Das politische Erwachen des deutschen Bürgertums
Die Große Französische Revolution von 1789 und ihre Auswirkungen
Wie die deutsche Arbeiterbewegung entstand
Deutschland in der Revolution von 1848
Die Pariser Kommune 1871
Die deutsche Arbeiterbewegung 1849 – 1863
Roter Oktober 1917
Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
Der Untergang der Weimarer Republik
Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx
Friedrich Engels, Leben und Werk

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in Deutschland (1945 – 1949)
Von Potsdam nach Bonn – wie Deutschland gespalten wurde (1945 – 1949)
Die Bundesrepublik auf dem Wege zur Militarisierung (1949 – 1955)
Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart

Serie E: Das moderne Weltbild

Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Die Grundfrage der Philosophie
Die marxistische Auffassung der Erkenntnis (Erkenntnistheorie)
Freiheit in marxistischer Sicht I – Freiheit im Kapitalismus
Freiheit in marxistischer Sicht II – Freiheit im Sozialismus
Einführung in die marxistische Dialektik I – III

Serie F: Kultur in unserem Leben

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Reihe: Sozialistische Klassiker

K. Marx:	Kritik des Gothaer Programms
F. Engels:	Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie
F. Engels:	Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
F. Engels:	Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates
W.I. Lenin:	Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus
W.I. Lenin:	Staat und Revolution
W.I. Lenin:	Marx / Engels / Marxismus
W.I. Lenin:	Was tun?
W.I. Lenin/ K.Liebknecht:	Militarismus – Antimilitarismus

Reihe: Marxismus aktuell

H. Schäfer:	Lohn, Preis und Profit heute
W. Schellenberg:	Wie lese ich das Kapital?
F. Schuster:	Die September-Streiks. Auf den Arbeiter kommt es an!
Autorenkollektiv:	Lenin und die Arbeiterbewegung heute
F. Krause:	Arbeitereinheit rettet die Republik (Kapp-Putsch 1920)
Autorenkollektiv:	Spätkapitalismus ohne Perspektive
Heiseler/ Schleifstein:	Lenin über Trotzki
L. Salini:	Frankreichs Arbeiter – Mai 1968
Heiseler/Schleifstein/ Steigerwald:	Die „Frankfurter Schule" im Lichte des Marxismus
W. Hollitscher:	Aggression im Menschenbild
M. Conforth:	Marxistische Wissenschaft – Antimarxistisches Dogma
H. Adamo:	Antileninismus in der BRD
Autorenkollektiv:	Leninismus und die Gegenwart
Scheringer/Sprenger:	Arbeiter und Bauern gegen Bosse und Banken
Bartel u.a.:	Revolutionäre Sozialdemokratie und Reichsgründung 1871
F. Krause:	Antimilitaristische Opposition in der BRD (1949-55)

VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11

Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands

Serie C:

Streifzüge durch die neuere Geschichte

13

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands	Seite
Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands	1
Was führte zur Gründung der KPD?	1
Die Geburt der Kommunistischen Partei Deutschlands	2
Die Stellung der KPD zur Nationalversammlung 1919	6
„Wir sind wieder bei Marx“	6
Das Programm – Grundstein der Partei neuen Typus	8
Die Führung der jungen Partei	11
Die historische Bedeutung der Gründung der KPD	11
Zeittafel	13
Literaturangaben	13
Fragen für die Diskussion des Lehrbriefes	14
Anmerkungen	14

Preis DM 1.–

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Heddernheimer Landstr. 78a

Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands

Ein halbes Jahrhundert lang zogen sich Mitglieder und Anhänger der KPD immer wieder den Haß des bürgerlichen Staates und seiner tragenden großkapitalistischen Klasse zu. Tausende ihrer Mitstreiter wurden im Verlauf ihrer Geschichte von der politischen Reaktion drangsaliert, arretiert und ermordet. Die KPD selbst wurde durch Verbote zwei Jahrzehnte in den Untergrund gedrängt – und trotzdem war sie nicht aus dem Leben unseres Volkes auszuschalten.

Wegweisend für die Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands war vor allem ihr Gründungskongreß, der nunmehr vor mehr als fünfzig Jahren, vom 29. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919, in Berlin stattfand. Dieses Ereignis, das unter dem unmittelbaren Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1) und im Feuer der Novemberrevolution 1918 2) erfolgte, ist ein wichtiger Einschnitt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und verdient auch heute noch unsere Aufmerksamkeit.

Was führte zur Gründung der KPD?

Der Verlauf der Novemberrevolution 1918 in Deutschland hatte gezeigt, daß der deutschen Arbeiterklasse eine **revolutionäre, marxistische Partei** fehlte, die konsequent die Interessen der Arbeiter und anderer werktätiger Schichten des Volkes vertrat und wahrnahm. 3) Die rechten sozialdemokratischen Führer wie Ebert, Scheidemann und Noske waren während der Novemberrevolution vollends dem deutschen Großkapital zur Seite getreten und vermochten dabei selbst große Teile der Arbeiterklasse irrezuführen, ja sie benutzten ihren Einfluß in der Arbeiterbewegung sogar dazu, um die Machtgrundlagen des Großkapitals zu retten. Die entscheidenden Führer in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) wiederum führten gegen diese Politik keinen entschiedenen Kampf.

Die USPD war infolge der zentristischen Positionen ihrer Führungsspitze nicht die Partei, die vermocht hatte, entschlossen für die Lebensinteressen des werktätigen Volkes zu ringen, obgleich es in ihren Reihen viele revolutionäre Kämpfer und nicht wenige hervorragende Führer gab.

Die deutschen Linken, die seit 1916 vor allem in der Spartakusgruppe und in der Gruppe „Internationale" ihre politische Heimat gefunden hatten, hofften lange Zeit, die USPD auf revolutionäre Bahnen lenken zu können. Vor allem Leo Jogiches und Rosa Luxemburg waren der Meinung, durch eine offene Auseinandersetzung mit den Halbheiten in der Politik der USPD die Mehrheit der Mitglieder für die Ziele des Spartakusbundes zu gewinnen, die rechten Führer zu isolieren und die USPD auf diesem Wege in eine revolutionäre Partei umzuwandeln. Noch am 29. November 1918 schrieb Rosa Luxemburg in der „Roten Fahne": „Das deutsche Proletariat braucht heute an seiner Spitze eine sozialistische Partei, die der großen Stunde gewachsen ist. Für eine Partei der Halbheit und Zweideutigkeit ist

in der Revolution kein Platz . . . Die schleunigste Einberufung des Parteitages, der Klärung und Entscheidung bringen wird, ist eine unabweisbare Forderung geworden!" 4)

Die Erfahrungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der revolutionären Massenkämpfe in Deutschland jedoch ließen die deutschen Linken zu der Erkenntnis gelangen, daß die endgültige Trennung von der USPD und die Schaffung einer revolutionären marxistischen Partei zur vordringlichsten Aufgabe geworden war.

Am 14. Dezember 1918 wurde das von Rosa Luxemburg ausgearbeitete Programm des Spartakusbundes unter dem Titel „Was will der Spartakusbund? " in der „Roten Fahne" veröffentlicht. Dieses Dokument, das mit den Leitsätzen Karl Liebknechts vom 28. November 1918 für eine konsequente Weiterführung der Revolution übereinstimmte, gab eine marxistische Antwort darauf, wie die Arbeiterklasse zur Macht gelangen und sie zum Nutzen der arbeitenden Menschen handhaben muß. Es bildete das geistige und politische Gerüst für den Kampf der revolutionären Kräfte und war ein wichtiger Schritt zur Schaffung der marxistischen Partei der deutschen Arbeiterklasse.

Die Außerordentliche Generalversammlung der USPD von Groß-Berlin, die am 15. Dezember 1918 stattfand, machte sichtbar, daß die USPD nicht von innen heraus in eine revolutionäre Partei umzuwandeln war. Besonders Karl Liebknecht trat nach dem konterrevolutionären Putsch der alten Generalität vom 6. Dezember 1918 und dem Ausgang des Reichsrätekongresses zugunsten der Mehrheitssozialisten für eine schnelle organisatorische Trennung von der USPD ein. Deshalb rief die Zentrale des Spartakusbundes für den 29. Dezember 1918 eine Reichskonferenz des Bundes nach Berlin ein.

Drei Hauptthemen standen auf dieser Konferenz zur Beratung: erstens die Krise in der USPD, zweitens das Programm des zu gründenden Bundes, drittens die Stellung zu den Wahlen zur Nationalversammlung. Die „Rote Fahne" veröffentlichte in einem Beschluß (23. Dezember 1918) die wesentlichsten Punkte des politischen Programms.

Es fanden in den darauffolgenden Tagen in den Gruppen des Spartakusbundes in ganz Deutschland Versammlungen statt. Dort wurden die politischen und organisatorischen Hauptfragen erörtert und die Delegierten für die Reichskonferenz gewählt.

Die Geburt der Kommunistischen Partei Deutschlands

Am 29. Dezember 1918 versammelten sich im Festsaal des preußischen Abgeordnetenhauses in Berlin 83 Delegierte aus 46 Orten, drei Vertreter des Roten Soldatenbundes, ein Vertreter der revolutionären Jugend und 16 Gäste zur Reichskonferenz des Spartakusbundes. Die meisten Delegierten kamen aus den wichtigsten Industriegebieten Deutschlands. Die Konfe-

renz beriet zunächst in geschlossener Sitzung über die Trennung von der USPD und die Gründung einer eigenen Partei. Schon einen Tag danach, am 30. Dezember 1918, vormittags um 10.00 Uhr, konstituierten sich die Delegierten der Reichskonferenz als Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, der bis zum 1. Januar 1919 tagte. „Auf dem Gründungsparteitag herrschte große Begeisterung", erinnerte sich Hermann Duncker. „Der ganze Parteitag stand noch unter dem Einfluß der Revolution. Wir freuten uns darüber, daß wir endlich die Partei schufen, die nun die Revolution weiterführen sollte." 5)

Zu Vorsitzenden des Parteitages wurden Wilhelm Pieck, Berlin, und Jacob Walcher, Stuttgart, gewählt.

Am Gründungsparteitag nahmen unter anderem folgende Delegierte teil:
Karl Becker, Hermann Duncker, Käte Duncker, Hugo Eberlein, Paul Frölich, Fritz Globig, Georg Handke, Fritz Heckert, Leo Jogiches, Karl Klein, Paul Lange, Paul Levi, Max Levien, Eugen Levine, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Meyer, Karl Minster, Edwin Morgner, Wilhelm Pieck, Otto Rühle, Felix Schmidt, Karl Schulz, August Thalheimer, Jacob Walcher.

Der Gründungsparteitag behandelte folgende Tagesordnung:
- Die Krisis in der USPD (Referent Karl Liebknecht)
- Die Nationalversammlung (Referent Paul Levi)
- Unser Programm und die politische Situation (Referentin Rosa Luxemburg)
- Unsere Organisation (Referent Hugo Eberlein)
- Wirtschaftliche Kämpfe (Referent Paul Lange)
- Internationale Konferenz (Referent Hermann Duncker)

Ernst Meyer eröffnete den Parteitag und begrüßte im Namen der Zentrale die Delegierten und Gäste. In einem kurzen Rückblick würdigte er die Entwicklung und den Kampf der Spartakusbewegung seit Beginn des ersten Weltkrieges. An Franz Mehring und Clara Zetkin, „die treuen Berater und Vorkämpfer des Spartakusbundes von seiner Entstehung ab", die wegen Erkrankung nicht am Parteitag teilnehmen konnten, wurden Begrüßungstelegramme gesandt.

Karl Liebknecht attackierte in seinem mit stürmischem Beifall aufgenommenen Referat zum ersten Punkt der Tagesordnung scharf die kleinbürgerliche zentristische Politik der Führung der USPD und begründete zugleich die Notwendigkeit, entschieden mit dieser Partei zu brechen. Er wies nach, daß die USPD „im Laufe der Zersetzung der alten Sozialdemokratie" als ein „Gelegenheitsprodukt des Krieges" entstanden war und „weder theoretische klare Grundsätze noch ein Aktionsprogramm" besaß. Daraus ergab sich auch ihr Verhalten während der Revolution. Besonders seit Beginn der Revolution und dem Eintritt in die Regierung Ebert hatte sich die Prinzipienlosigkeit der USPD-Führung noch gesteigert. Karl Liebknecht charakterisierte diese Politik als „Hochverrat an der Revolution". „Ein weiteres Verbleiben in der USPD", erklärte er, „wäre Solidarisierung mit der Gegen-

revolution. Keine Solidarität ist mehr möglich mit Haase-Barth-Dittmann. Es muß sofort gehandelt werden. Es gilt heute, in aller Öffentlichkeit zu konstituieren, entschlossen und rücksichtslos, geschlossen und einheitlich im Geist und Willen, mit klarem Programm, Ziele und Mittel zusammengestimmt nach den Interessen der sozialistischen Weltrevolution." 6)

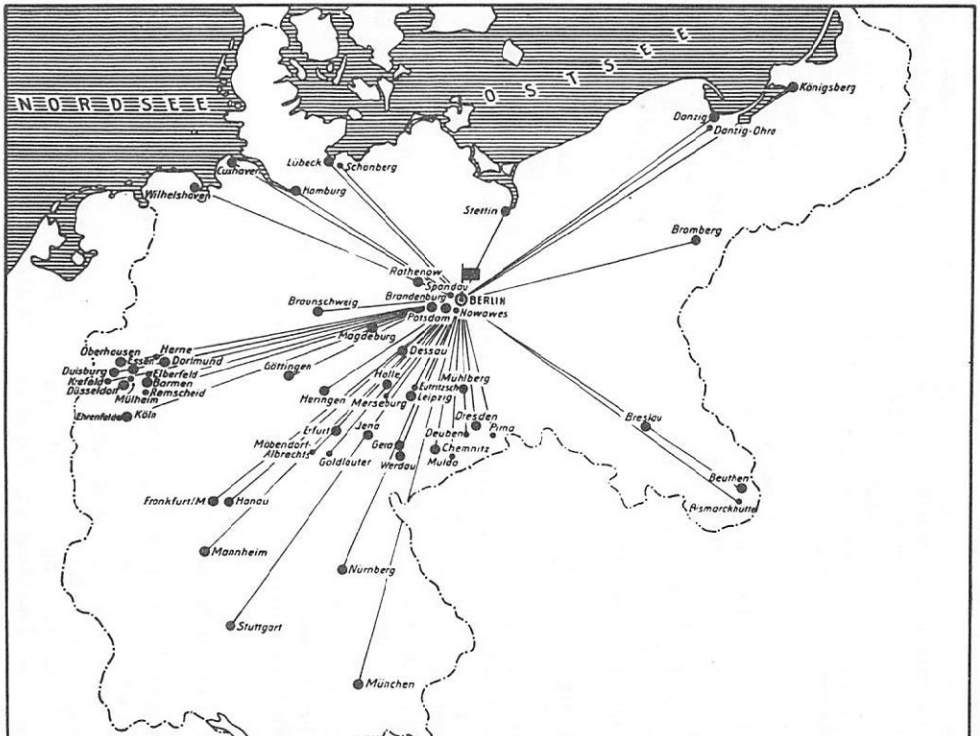
Der Gründungsparteitag stimmte den Ausführungen Karl Liebknechts ohne weitere Diskussion zu und faßte noch in der Vormittagssitzung des 30. Dezember 1918 mit einer Gegenstimme den historisch bedeutungsvollen Beschluß über die Gründung der revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse: „Unter Lösung seiner organisatorischen Beziehungen zur USPD konstituiert sich der Spartakusbund als selbständige politische Partei unter dem Namen: Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)." 7)

Hermann Duncker, einer der Mitbegründer der Partei, schrieb später: „Die Grundlage für uns war das Kommunistische Manifest, und unsere Vorbilder waren die Bolschewiki. Sie hatten ihre Partei in Kommunistische Partei umbenannt, und daher hat dann auch Fritz Heckert. . . den Vorschlag gemacht, unsere Partei Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) zu nennen. Der Zusatz ‚Spartakusbund' sollte unterstreichen, daß der Spartakusbund die stärkste Wurzel der Partei war." 8) Aber auch noch andere Gruppen aus der Arbeiterbewegung fanden in der neu gegründeten KPD ihre politische Heimat. So schlossen sich zum Beispiel die linksradikalen Gruppen, die sich auf ihrer Reichskonferenz Mitte Dezember 1918 unter dem Namen „Internationale Kommunisten Deutschlands" vereinigt hatten, der Kommunistischen Partei Deutschlands an. 9)

Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck verhandelten zum anderen auch mit Vertretern der revolutionären Obleute über deren Beitritt zur Kommunistischen Partei. Aber die Mehrheit der Obleute stand immer noch unter zentristischem Einfluß. Deshalb lehnten sie auch den sofortigen Beitritt ab. Viele revolutionäre Obleute traten allerdings später in die KPD ein.

Karl Radek begrüßte als Vertreter der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) und der jungen Sowjetrepublik den Gründungsparteitag. Er zeichnete in seiner Rede in mitreißenden Worten ein Bild von der gewaltigen revolutionären Umwälzung in Rußland und charakterisierte die internationale Bedeutung der Oktoberrevolution und der Revolution in Deutschland.

Der Parteitag selbst sandte ein Begrüßungstelegramm an die sozialistische Sowjetrepublik, in dem es hieß: „Die Reichskonferenz des Spartakusbundes, die heute die Kommunistische Partei Deutschlands gegründet hat, sendet die aufrichtigsten Grüße der russischen Räterepublik, den russischen Mitkämpfern gegen den gemeinsamen Feind der Unterdrückten aller Länder. Das Bewußtsein, daß bei euch alle Herzen für uns schlagen, gibt uns in unserem Kampfe Kraft und Stärke. Es lebe der Sozialismus! Es lebe die Weltrevolution!" 10)



Organisationen des Spartakusbundes, die Delegierte zum Gründungsparteitag der KPD entsandten

Die Stellung der KPD zur Nationalversammlung 1919

Über die Stellung der Partei zur Nationalversammlung, über die im zweiten Punkt der Tagesordnung beraten wurde, kam es zu prinzipiellen Auseinandersetzungen. Im Auftrag der Zentrale begründete Paul Levi, daß die Partei sich an den für den 19. Januar 1919 ausgeschriebenen Wahlen zur Nationalversammlung beteiligen müsse. Die meisten Delegierten wandten sich jedoch gegen jede Wahlbeteiligung. Otto Rühle sprach aus, was viele dachten, als er darlegte, daß die Beteiligung an den Wahlen die Arbeiter nur verwirre und von den dringenden Aufgaben, besonders der Stärkung der Arbeiter- und Soldatenräte, ablenke. Statt dessen solle der Kampf gegen die Nationalversammlung mit Massenstreiks und anderen Aktionen geführt werden. Gegen diese Auffassung wandten sich vor allem Käte Duncker, Fritz Heckert, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Obwohl auch sie davon ausgingen, daß bald neue revolutionäre Kämpfe um die Macht bevorstünden, forderten sie, daß die Partei sich auch auf eine längere Periode der Revolutionierung der Massen einrichten und den Wahlkampf und die Tribüne der Nationalversammlung zur Aufrüttelung der Arbeiterklasse ausnutzen müsse.

Diese Argumente fanden aber bei der Mehrzahl der Delegierten kein Gehör. Als es zur Abstimmung kam, lehnte der Parteitag mit 62 gegen 23 Stimmen die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ab. Dieser Beschluß war angesichts der starken parlamentarisch-demokratischen Illusion unter den deutschen Arbeitern ein schwerwiegender Fehler. Ein Teilnehmer des Gründungsparteitages schrieb später: „Uns war damals der Parlamentarismus auf Grund des Verrats der Rechtssozialisten genauso verhaßt wie dem Stier das rote Tuch, hatten wir doch monatelang in unseren Versammlungen dagegen gesprochen und waren mit gebundenen Mandaten nach Berlin gefahren. Wir hatten von unseren Genossen der örtlichen Parteiorganisation den Auftrag erhalten, gegen die Teilnahme an den Wahlen zur Nationalversammlung zu stimmen." 11)

„Wir sind wieder bei Marx"

Den Höhepunkt des Parteitages bildeten die Beratung und der Beschluß über das Programm der Partei, das Rosa Luxemburg in ihrer bedeutungsvollen Rede „Unser Programm und die politische Situation" begründete. Rosa Luxemburg ging dabei von den neuen geschichtlichen Bedingungen aus, die durch die Entwicklung des Kapitalismus und die Herausbildung des Imperialismus, die Ergebnisse des Weltkrieges, die Oktoberrevolution in Rußland und die Revolution in Deutschland entstanden waren. Diese Bedingungen erforderten, wie sie hervorhob, daß das „sozialistische Programm des Proletariats überhaupt auf eine neue Basis gestellt werden muß." 12)

An das „Manifest der Kommunistischen Partei" anknüpfend, setzte sich Rosa Luxemburg entschieden mit den revisionistischen Entstellungen des Marxismus durch die Führer der SPD und die rechten USPD-Führer auseinander. Unter dem Beifall der Delegierten rief sie aus: „Nun, Parteigenos-

sen, heute erleben wir den Moment, wo wir sagen können: Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner. Wenn wir heute in unserem Programm erklären, die unmittelbare Aufgabe des Proletariats ist keine andere, als... den Sozialismus zur Wahrheit und Tat zu machen und den Kapitalismus mit Stumpf und Stiel auszurotten, so stellen wir uns auf den Boden, auf dem Marx und Engels 1848 standen und von dem sie prinzipiell nie abgewichen waren." 13)

Im zweiten Teil ihrer Rede entwickelte Rosa Luxemburg allgemeine taktische Richtlinien zur Verwirklichung der Ziele der Arbeiterklasse. Sie legte vor allem drei grundlegende Aufgaben dar, die von der KPD, „der einzigen revolutionären sozialistischen Partei des deutschen Proletariats", gelöst werden müßten. Sie wies zunächst darauf hin, daß der Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann und ihre Ersetzung durch eine „ausgesprochen sozialistisch-proletarisch-revolutionäre Regierung" nicht unmittelbar auf der Tagesordnung stünde, weil „wir leider noch nicht soweit sind, um durch den Sturz der Regierung den Sieg des Sozialismus zu sichern". Die nächstliegende Aufgabe sei, die Regierung durch einen „sozialen, revolutionären Massenkampf des Proletariats auf Schritt und Tritt" zu unterminieren. Große Bedeutung in diesem Ringen maß Rosa Luxemburg den Kämpfen der Arbeiterklasse um **demokratische Mitbestimmung in den Betrieben** bei, die mit aller Kraft gefördert werden sollten.

Als eine der größten Schwächen der Revolution bezeichnete Rosa Luxemburg die Tatsache, daß sie im wesentlichen nur die Städte erfaßt hatte, während das flache Land von ihr fast unberührt geblieben war. **„Es wäre ein Wahn, den Sozialismus ohne Landwirtschaft zu verwirklichen"**, erklärte sie. „Wenn wir Ernst machen wollen mit einer sozialistischen Umgestaltung, müssen sie ihr Augenmerk ebenso auf das flache Land richten wie auf die Industriezentren, und hier sind wir leider noch nicht einmal beim Anfang des Anfangs." Rosa Luxemburg forderte, die Landarbeiter und Kleinbauern in das Rätesystem einzubeziehen. Dessen ungeachtet gab es in den Fragen der Bündnispolitik mit den anderen Schichten der Bauernschaft damals noch große Unklarheiten, die sich auch im Programm niederschlugen.

Als **Hauptaufgabe** bezeichnete Rosa Luxemburg, „das System der Arbeiter- und Soldatenräte, in der Hauptsache das System der Arbeiterräte..." auszubauen, „indem wir überall die öffentliche Macht, Gesetzgebung und Verwaltung nicht mehr trennen, sondern vereinigen, in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte bringen." Es käme darauf an, „in jedem Staat, in jeder Stadt, in jedem Dorf, in jeder Gemeinde" zu kämpfen, „um alle Machtmittel des Staates, die der Bourgeoisie Stück um Stück entrissen werden müssen, den Arbeiter- und Soldatenräten zu übertragen." 14)

Am Schluß ihrer Rede rief Rosa Luxemburg den Delegierten zu:
„Ich glaube, es ist gesund für uns, wenn wir uns mit voller Klarheit alle Schwierigkeiten und Komplikationen dieser Revolution vor Augen führen... je größer die Aufgabe, um so mehr werden wir alle Kräfte zusammenfassen; und wir vergessen nicht: Die Revolution versteht, ihre Werke mit ungeheurer Geschwindigkeit zu vollziehen.

Ich übernehme es nicht zu prophezeihen, wieviel Zeit dieser Prozeß braucht. Wer rechnet von uns, wen kümmert das, wenn nur unser Leben dazu ausreicht, es dahin zu bringen." 15)
Mittelpunkt der sich anschließenden Diskussion zur Rede Rosa Luxemburgs und zum Programm bildeten vor allem Probleme der Umgestaltung auf dem Lande, der Schulreform und der Anwendung der revolutionären Gewalt.

Der Parteitag nahm eine Protestresolution gegen das „Vorgehen der deutschen Regierung im Osten" an, in der das „Zusammengehen deutscher Truppen mit denen baltischer Barone und englischer Imperialisten" als ein „niederträchtiger Verrat an den russischen Proletariern und an der russischen Revolution" gebrandmarkt wurde. Karl Liebknecht rief dazu auf, „die Solidarität mit unseren russischen Brüdern angesichts der neuesten Schandtat der Ebert-Scheidemann-Regierung dadurch praktisch" zu bestätigen, „daß wir die Proletarier im Waffenrock auffordern, die schändliche Zumutung abzulehnen und sich offen gegen ihre Führer zu wenden." 16)

Das Programm – Grundstein der Partei neuen Typus

Die Worte Rosa Luxemburgs „Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner" trafen vollgültig auf das vom Gründungsparteitag angenommene Programm der KPD zu. In diesem Programm knüpfte die Partei an das „Manifest der Kommunistischen Partei" von 1848, an das Eisenacher Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1891 an. In diesem Programm wurde die marxistisch-leninistische Lehre auf die neue weltgeschichtliche Situation angewandt, die mit der Oktoberrevolution 1917 in Rußland begonnen hatte.

Das Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands gehört deshalb zu den bedeutendsten Dokumenten der deutschen Arbeiterbewegung.
Darin wurden die Lehren aus der deutschen Geschichte seit Beginn unseres Jahrhunderts, aus Weltkrieg und Oktoberrevolution gezogen und die Notwendigkeit begründet, den deutschen Imperialismus und Militarismus zu stürzen und den Sozialismus zu errichten. **Das Programm ging aus von der Erkenntnis, daß Deutschland als imperialistischer Staat keinerlei Perspektive hatte und daß nur die Arbeiterklasse einen Ausweg aus der Katastrophe zeigen konnte.** „Nur die Weltrevolution des Proletariats kann in dieses Chaos Ordnung bringen, kann allen Brot und Arbeit verschaffen, kann der gegenseitigen Zerfleischung der Völker ein Ende machen, kann der geschundenen Menschheit Frieden, Freiheit, wahre Kultur bringen." 17)

Die KPD stellte den von den rechten Führern der SPD und der USPD verbreiteten reformistischen Theorien vom „demokratischen Sozialismus" die marxistische Auffassung vom Sozialismus entgegen. Das Programm kennzeichnete als Ziel des politischen Kampfes der Arbeiterklasse eine Gesellschaftsordnung, in der die Produktionsmittel in Gemeineigentum überführt, die Lohnarbeit durch die genossenschaftliche Arbeit ersetzt und

die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt werden. In der Verwirklichung dieses Zieles sah die KPD die Voraussetzung für eine wahrhaft demokratische, freiheitliche und menschliche Ordnung, in der die Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse im Interesse aller Mitglieder geregelt und jedem Arbeitenden ein menschenwürdiges Leben gesichert ist.

Das Programm behandelte ausführlich die geschichtliche Rolle der Arbeiterklasse und der Volksmassen bei der „Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung", der „gewaltigsten Aufgabe, die je einer Klasse und einer Revolution der Weltgeschichte zugefallen ist. Diese Aufgabe erfordert einen vollständigen Umbau des Staates und eine vollständige Umwälzung in den wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft." Im Gegensatz zu den rechten Führern der SPD und der USPD, die in demagogischer Weise die Erwartungen der Werktätigen auf die Sozialisierungskommission und die Nationalversammlung ablenkten, erklärte das Programm, daß die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft „nur von der Volksmasse selbst in Angriff genommen und durchgeführt werden" kann. Weiter wurde dargelegt, daß das Wesen der sozialistischen Gesellschaft gerade darin besteht, „daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt." 18) Dazu müßten „von der obersten Spitze des Staates bis zur kleinsten Gemeinde" die Organe der kapitalistischen Klassenherrschaft beseitigt und „durch eigene Klassenorgane, die Arbeiter- und Soldatenräte, ersetzt" werden, deren Tätigkeit allein „den Staat mit sozialistischem Geiste erfüllen" kann.

Die KPD grenzte sich in ihrem Programm scharf von den revisionistischen Theorien des „dritten Weges", des „friedlichen Hineinwachsens" in den Sozialismus ab und erklärte: „Es ist ein toller Wahn zu glauben, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlaments, einer Nationalversammlung fügen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzichten. Alle herrschenden Klassen haben um ihre Vorrechte bis zuletzt mit zähester Energie gerungen... sie haben alle Ströme von Blut vergossen, sie sind über Leichen, Mord und Brand geschritten, sie haben Bürgerkrieg und Landesverrat angestiftet, um ihre Vorrechte und ihre Macht zu verteidigen." 19) Um den Widerstand der Ausbeuterklassen zu brechen, müsse sich die Arbeiterklasse in der proletarischen Revolution „das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen – zu Kämpfen und Siegen.

Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgabe der Revolution, das ist die **Diktatur des Proletariats** und deshalb die wahre Demokratie." 20) Um diese programmatischen Forderungen verwirklichen zu können, wurden im zweiten Teil des Programms **Maßnahmen und Aufgaben für die Sicherung und Weiterführung der Revolution** aufgestellt. **Als sofortige Maßnahmen waren unter anderen vorgesehen:**
Entwaffnung der Polizei, der Offiziere sowie aller Angehörigen der herrschenden Klasse; Bewaffnung des Proletariats und Bildung einer Arbeitermiliz und einer Roten Garde; Aufhebung der Kommandogewalt der Offi-

ziere und Unteroffiziere; Ersetzung aller politischen Organe und Behörden des früheren Regimes durch Vertrauensmänner der Arbeiter- und Soldatenräte; Einsetzung eines Revolutionstribunals zur Aburteilung der Hauptschuldigen am Kriege und aller Verschwörer der Gegenrevolution; Beschlagnahme aller Lebensmittel zur Sicherung der Volksernährung.

Die wichtigsten politischen und sozialen Forderungen waren:
Abschaffung aller Einzelstaaten und Errichtung einer einheitlichen deutschen sozialistischen Republik; Beseitigung aller Parlamente und Gemeinderäte und Übernahme ihrer Funktionen durch Arbeiter- und Soldatenräte; Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten in ganz Deutschland und Wahlen von Delegierten für den Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der den Vollzugsrat als oberstes Organ der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt zu wählen hat; völlige rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter; umfassende soziale Gesetzgebung, Verkürzung der Arbeitszeit, sofortige gründliche Umgestaltung des Ernährungs-, Wohnungs- und Erziehungswesens.

Die vordringlichsten wirtschaftlichen Forderungen waren:
Einziehung aller Vermögen und Einkünfte der Herrscherhäuser; Annullierung der Staats- und anderer öffentlicher Schulden; Enteignung aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe, der Banken, Bergwerke, Hütten sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel; Verstaatlichung des gesamten öffentlichen Verkehrswesens; Wahl von Betriebsräten in allen Betrieben, die in Zusammenarbeit mit den Arbeiterräten die Arbeitsverhältnisse zu regeln, die Produktion zu kontrollieren und schließlich die Betriebsleitung zu übernehmen haben; Einsetzung einer zentralen Streikkommission zur einheitlichen Leitung der Streikbewegung im ganzen Lande.

Auf internationalem Gebiet wurde gefordert:
sofort die Verbindung mit den Bruderparteien des Auslands aufzunehmen, „um die sozialistische Revolution auf internationale Basis zu stellen und den Frieden durch die internationale Verbrüderung und revolutionäre Erhebung des Weltproletariats zu gestalten und zu sichern." 21)

Diese sofort in Angriff zu nehmenden Aufgaben orientierten die revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterklasse im wesentlichen richtig auf die Aktivierung, die Stärkung und den Ausbau der Arbeiter- und Soldatenräte, auf die Entwaffnung der konterrevolutionären Kräfte und die Bewaffnung der Arbeiter, auf die Säuberung des Staatsapparates und auf die Bestrafung der Schuldigen am Kriege sowie auf die Entmachtung der Monopolherren und Junker. Als schädlich erwies sich jedoch die Forderung, nicht nur die Großgrundbesitzer, sondern auch die landwirtschaftlichen Mittelbetriebe zu enteignen und sofort „sozialistische Landwirtschaftliche Genossenschaften unter einheitlicher zentraler Leitung" zu bilden. Diese Forderung entsprach nicht den realen Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland und erschwerte es, die Massen der werktätigen Bauern, die für eine Bodenreform waren, für den gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse zu gewinnen. Die weitere Entwicklung zeigte, daß die jahrzehntelange Un-

terschätzung der Bedeutung des Bündnisses mit der werktätigen Bauernschaft in der deutschen Arbeiterbewegung auch von der KPD erst allmählich überwunden werden konnte.

Die Führung der jungen Partei

Der Parteitag einigte sich nach längerer Diskussion, die im November 1918 gebildete Zentrale des Spartakusbundes unverändert bestehen zu lassen und sie lediglich durch Paul Frölich von den sich der KPD anschließenden Internationalen Kommunisten Deutschlands zu ergänzen. **Die Zentrale der KPD bestand demnach aus folgenden zwölf Mitgliedern:**
Hermann Duncker, Käte Duncker, Hugo Eberlein, Paul Frölich, Leo Jogiches, Paul Lange, Paul Levi, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Meyer, Wilhelm Pieck und August Thalheimer.

Der feige, hinterhältige Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 fügte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung einen schweren Verlust zu. Die deutsche Arbeiterklasse und ihre revolutionäre, gerade erst geschaffene Partei, verloren in Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ihre hervorragendsten und erfahrensten Führer.

Die historische Bedeutung der Gründung der KPD

Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands war das Ergebnis der Entwicklung in der deutschen Arbeiterbewegung. Sie bestätigte die Richtigkeit der Lehre W.I. Lenins, daß in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus die Entstehung marxistisch-leninistischer Parteien, **Parteien neuen Typus**, in allen Ländern eine objektive Aufgabe ist.

Nachdem durch den Sieg des Opportunismus in der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg die deutsche Arbeiterklasse gespalten worden war, sammelten sich die besten Kräfte im Kampf gegen die verhängnisvolle politische Entwicklung und schufen auf dem Höhepunkt des Ringens um die nationalen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes, in der Novemberrevolution, die Kommunistische Partei Deutschlands. **Deshalb war die Gründung der KPD ein Wendepunkt nicht nur in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, sondern des ganzen deutschen Volkes.** Mit ihr entstand ein entscheidender Faktor in der Auseinandersetzung mit dem deutschen Großkapital im Ringen um Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt.

Die Gründung der KPD zeugte von dem starken Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der Lehren des Begründers der Partei der Bolschewiki und des Sowjetstaates, W.I. Lenin, auf die deutsche Arbeiterbewegung. Die KPD bekannte sich von ihrer Gründung an zum Sowjetstaat als dem Hauptverbündeten der deutschen Werktätigen in ihrem Kampf um nationale und soziale Befreiung sowie zur brüderlichen Zusammenarbeit mit der Partei Lenins.

Die KPD bekannte sich in ihrem Gründungsprogramm zu der marxistischen Erkenntnis, **daß die Machtfrage die entscheidende Frage in der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus ist.** Mit der KPD war in Deutschland wieder eine Partei entstanden, die sich auf den Boden der Marx'schen Lehre von der Diktatur des Proletariats stellte und danach handelte.

Es entsprach dem Lauf der Geschichte, daß die KPD bei ihrer Gründung und in den ersten Jahren ihres Bestehens noch nicht alle Fragen des Kampfes um die Gewinnung der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten richtig beantworten konnte. Unter den Bedingungen schärfster Klassenauseinandersetzungen in der Weimarer Republik lernte die KPD, sich den Marxismus-Leninismus anzueignen und ihn anzuwenden. Dabei sammelte sie Erfahrungen, die sie befähigten, stets eine den Interessen des werktätigen Volkes und der ganzen Nation dienende Politik zu betreiben.

Mit der Gründung der KPD wurde der Prozeß der Loslösung der Arbeiterklasse vom Einfluß der bürgerlichen Ideologie, des Opportunismus, eingeleitet. Die antikommunistisch orientierten Historiker versuchen bis auf den heutigen Tag, die Gründung der KPD als Ursache und Ausdruck der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung hinzustellen. Die Wahrheit aber ist, daß die – im 19. Jahrhundert unter dem Banner des Marxismus entstandene – deutsche Arbeiterbewegung lange zuvor vom deutschen Imperialismus mit Hilfe des Opportunismus rechter SPD-Führer gespalten worden war. Mit der Konstituierung der KPD als selbständige, von jeglichem bürgerlichen Einfluß freie Partei, wurde vielmehr eine entscheidende Voraussetzung für die Wiederherstellung der Einheit der deutschen Arbeiterklasse auf revolutionärer, marxistisch-leninistischer Grundlage geschaffen.

Die Gründung der KPD war auch ein wichtiges Ereignis in der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung. Sie war die erste Partei, die nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in einem hochentwickelten imperialistischen Land entstanden war, in einem Land, das nach dem Sieg der Arbeiter und Bauern in Rußland zum Brennpunkt der internationalen Klassenauseinandersetzung geworden war. Es ist deshalb kein Zufall, daß von der Gründung der KPD starke Impulse auf die revolutionäre Arbeiterbewegung in anderen kapitalistischen Staaten ausgingen und daß sie die Herausbildung weiterer kommunistischer Parteien beschleunigte. Die Gründung der KPD erleichterte den nach dem Zusammenbruch der II. Internationale notwendig gewordenen internationalen Zusammenschluß der Kommunisten. Mit Hochachtung schrieb W.I. Lenin in seinem „Brief an die Arbeiter Europas und Amerikas": „Als der deutsche ‚Spartakusbund' ... den Namen ‚Kommunistische Partei Deutschlands' annahm, da war die Gründung einer wahrhaft proletarischen, wahrhaft internationalistischen, wahrhaft revolutionären III. Internationale der Kommunistischen Internationale, Tatsache geworden. 22)

Zeittafel

2. Dez. 1914	Entlarvung des imperialistischen Charakters des Krieges und Ablehnung der Kriegskredite durch Karl Liebknecht im Reichstag
1915	Bildung der Gruppe „Internationale"
1. Jan. 1916	Erste Reichskonferenz der Gruppe „Internationale" und Annahme der Leitsätze über die Aufgabe der internationalen Sozialdemokratie
1916	Herausbildung der „Spartakusgruppe"
1917	Bekenntnis der Spartakusgruppe zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution
7. Okt. 1918	Reichskonferenz der Spartakusgruppe mit Vertretern der Linksradikalen in Berlin
9. Nov. 1918	Erscheinen der ersten Nummer der Zeitung „Die rote Fahne" in Berlin
11. Nov. 1918	Gründung des „Spartakusbundes" in Berlin und Bildung eines Zentralsekretariats des Bundes
23. Nov. 1918	Die Linksradikalen Bremens geben sich den Namen „Internationale Kommunisten Deutschlands", Gruppe Bremen
14. Dez. 1918	Veröffentlichung des von Rosa Luxemburg ausgearbeiteten Programms des Spartakusbundes in der „Roten Fahne"
15.–17. Dez. 1918	Die 1. Reichskonferenz der Internationalen Kommunisten Deutschlands erklärt als Ziel des Kampfes die unmittelbare Herbeiführung des Kommunismus, der über die Diktatur des Proletariats vorbereitet werden soll
24. Dez. 1918	Die 2. Reichskonferenz der Internationalen Kommunisten Deutschlands in Berlin beschließt die Vereinigung mit dem Spartakusbund und spricht sich für die Gründung einer Kommunistischen Partei aus
30. Dez. 1918/ 1. Jan. 1919	Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) im Festsaal des preußischen Abgeordnetenhauses in Berlin

Literaturangaben:

- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 3, Berlin 1966
- Illustrierte Geschichte der Novemberrevolution in Deutschland, Berlin 1948
- Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 o.O., o.J.
- Vorwärts und nicht vergessen, Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer an der Novemberrevolution 1918/1919, Berlin 1958
- Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II: 1914–1945, Band 2: November 1917 – Dezember 1917, Berlin 1957
- J.S. Drabkin: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Berlin 1968

Fragen für die Diskussion des Lehrbriefes:

1. Wodurch wurde die Gründung einer neuen, revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse notwendig?
2. Wie vollzog sich in den Jahren 1914 bis 1918 die Formierung der linken Kräfte in der deutschen Arbeiterbewegung?
3. Inwiefern ist die Gründung der KPD das gesetzmäßige Ergebnis der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung?
4. Wie ist das vom Gründungsparteitag der KPD beschlossene Programm einzuschätzen?
5. Welche geschichtliche Bedeutung hat die Gründung der KPD für die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus auf deutschem Boden?

Anmerkungen

1) Vgl. Marxistischer Lehrbrief, Roter Oktober 1917, Serie C, Nr. 8
2) Vgl. Marxistischer Lehrbrief, Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Serie C, Nr. 9
3) Vgl. Ebenda
4) Die Rote Fahne (Berlin), 29. November 1918
5) Hermann Duncker: Ein Geleitwort zum 9. November 1918. In: Erinnerungen von Veteranen der deutschen Gewerkschaftsbewegung an die Novemberrevolution (1914–1920), Berlin 1958, S. 24
6) Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919, o.O., o.J., S. 6
7) Ebenda, S. 8
8) Hermann Duncker, a.a.O., S. 23
9) Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, 1914–1945, Band 2, November 1917, Dezember 1918, Berlin 1957, S. 690
10) Bericht über den Gründungsparteitag der KPD, S. 8
11) Bruno Müller: Als Delegierter auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands. In: Vorwärts und nicht vergessen. Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/1919, Berlin 1958, S. 228
12) Bericht über den Gründungsparteitag der KPD, S. 19
13) Ebenda, S. 24/25
14) Ebenda, S. 40
15) Ebenda, S. 42
16) Ebenda, S. 42
17) Ebenda, S. 50
18) Ebenda, S. 51
19) Ebenda, S. 52
20) Ebenda, S. 53 (Hervorhebung im Zitat vom Verf.)
21) Ebenda, S. 55
22) W.I. Lenin: Brief an die Arbeiter Europas und Amerikas in: Werke, Band 28, S. 442

Zum 150. Geburtstag von F. Engels

Engels und die ökonomische Lehre des Marxismus

Von L. A. Leontjew

Etwa 440 S., Ganzleinen, etwa 14,– DM

Das Buch enthält eine historisch-ökonomische Darstellung der Tätigkeit und der Arbeiten von Engels. Es verfolgt an Hand der Entwicklung zahlreicher Kategorien der marxistischen Ökonomie den komplizierten Gang der Erkenntnis der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus und vermittelt den Eindruck von dem Umfang entsagungsvoller und harter wissenschaftlicher Arbeit von Marx und Engels. Es ist ein wertvolles Hilfsmittel zum Studium der marxistischen politischen Ökonomie und ergänzt die Marx-Engels-Forschung. Der Leser erhält durch den guten und flüssigen Stil sowie zahlreiche persönliche Daten aus dem Leben von Engels ein abgerundetes Bild des großen Sozialisten und Forschers.

Akademie-Verlag Berlin
108 Berlin · Leipziger Straße 3–4
Deutsche Demokratische Republik

Marxistische Blätter

Die „Marxistischen Blätter" sind eine Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Sie erscheint bereits im 8. Jahrgang. Der Umfang jeder Ausgabe liegt zwischen 86 und 106 Seiten.

Die Zeitschrift behandelt Schwerpunkt-Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, Lehre, Entwicklung und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus in den einzelnen Ausgaben.

Sie bringt Berichte über wissenschaftliche Tagungen und politische Konferenzen, und es werden wichtige Neuerscheinungen wissenschaftlicher und politischer Literatur ausführlich besprochen.

Die Autoren sind bekannte Praktiker und Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung.

Beiträge für die Marxistischen Blätter schrieben bisher so namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik wie A. Berg (Moskau), J. Duclos (Paris), S. Segre (Rom), J.D. Bernal (London), H. Aptheker (New York), F. Castro (Havanna), E. März (Wien), G. Klaus (Berlin), W. Abendroth, W. Hofmann (Marburg), M. Reimann (Essen), J Schleifstein (Köln) u.a.

Themen des Jahrgangs 1970:

Heft 1 Neofaschismus und Rechtsentwicklung in der BRD
Heft 2 Probleme der Prognose und Futurologie
Heft 3 Eigentumsverhältnisse und Vermögensbildung
Heft 4 Die Sozialdemokratie im Spätkapitalismus
Heft 5 Friedrich Engels / Zu ökonomischen Problemen in der BRD
Heft 6 Weltstrategie des Imperialismus — antiimperialistischer Kampf

Themen des Jahrgangs 1971:

Heft 1 Gewerkschaften im Spätkapitalismus
Heft 2 Probleme der europäischen Sicherheit

VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Serie A: Gesellschaft und Staat

Wie der Mensch zum Menschen wurde
Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten
Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf I.
Was lehrt der Marxismus über den Staat?
Die Entstehung des Kapitalismus
Der utopische Sozialismus
Wie Lenin den Marxismus weiterentwickelte
Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus
Der wissenschaftliche Sozialismus

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?
Gibt es noch Kapitalismus in der BRD?
Automation – Freund oder Feind?
Die Wirtschaft in der DDR
Die Industrie der Sowjetunion
Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?
Probleme des Kampfes um die Mitbestimmung
Das neue ökonomische System der DDR

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Reformation und Bauernkrieg (1517 – 1525)
Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert
Das politische Erwachen des deutschen Bürgertums
Die Große Französische Revolution von 1789 und ihre Auswirkungen
Wie die deutsche Arbeiterbewegung entstand
Deutschland in der Revolution von 1848
Die Pariser Kommune 1871
Die deutsche Arbeiterbewegung 1849 – 1863
Roter Oktober 1917
Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
Der Untergang der Weimarer Republik
Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx
Friedrich Engels, Leben und Werk

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in Deutschland (1945 – 1949)
Von Potsdam nach Bonn – wie Deutschland gespalten wurde (1945 – 1949)
Die Bundesrepublik auf dem Wege zur Militarisierung (1949 – 1955)
Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart

Serie E: Das moderne Weltbild

Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Die Grundfrage der Philosophie
Die marxistische Auffassung der Erkenntnis (Erkenntnistheorie)
Freiheit in marxistischer Sicht I – Freiheit im Kapitalismus
Freiheit in marxistischer Sicht II – Freiheit im Sozialismus
Einführung in die marxistische Dialektik I – III

Serie F: Kultur in unserem Leben

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Reihe: Sozialistische Klassiker

K. Marx:	Kritik des Gothaer Programms
F. Engels:	Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie
F. Engels:	Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
F. Engels:	Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates
W.I. Lenin:	Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus
W.I. Lenin:	Staat und Revolution
W.I. Lenin:	Marx / Engels / Marxismus
W.I. Lenin:	Was tun?
W.I. Lenin/ K.Liebknecht:	Militarismus – Antimilitarismus

Reihe: Marxismus aktuell

H. Schäfer:	Lohn, Preis und Profit heute
W. Schellenberg:	Wie lese ich das Kapital?
F. Schuster:	Die September-Streiks. Auf den Arbeiter kommt es an!
Autorenkollektiv:	Lenin und die Arbeiterbewegung heute
F. Krause:	Arbeitereinheit rettet die Republik (Kapp-Putsch 1920)
Autorenkollektiv:	Spätkapitalismus ohne Perspektive
Heiseler/ Schleifstein:	Lenin über Trotzki
L. Salini:	Frankreichs Arbeiter – Mai 1968
Heiseler/Schleifstein/ Steigerwald:	Die „Frankfurter Schule" im Lichte des Marxismus
W. Hollitscher:	Aggression im Menschenbild
M. Conforth:	Marxistische Wissenschaft – Antimarxistisches Dogma
H. Adamo:	Antileninismus in der BRD
Autorenkollektiv:	Leninismus und die Gegenwart
Scheringer/Sprenger:	Arbeiter und Bauern gegen Bosse und Banken
Bartel u.a.:	Revolutionäre Sozialdemokratie und Reichsgründung 1871
F. Krause:	Antimilitaristische Opposition in der BRD (1949-55)

VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11

Die Pariser Kommune 1871

Serie C:

Streifzüge durch die neuere Geschichte

14

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

Seite

Die Pariser Kommune 1871

Das Proletariat unter der Julimonarchie	1
Aufstieg und Untergang der zweiten Republik	2
Der Staatsstreich Bonapartes und das zweite Kaiserreich	2
Der Einfluß der Internationale auf das französische Proletariat	3
Der Deutsch-Französische Krieg	4
Die Republik des 4. September – Prolog der proletarischen Revolution	5
Die Revolution des 18. März 1871 – Die erste proletarische Revolution der Geschichte	6
Die Ausrufung der Kommune	8
Die politischen, ökonomischen und sozialen Maßnahmen der Kommune	9
Die Vorbereitungen der Konterrevolution zum Sturz der Kommune	10
Der Verlauf der Kämpfe	11
Nach dem Kampf	13
Führer der Kommune	13
Kritik an der Kommune	14
Die Pariser Kommune – ihre Bedeutung für die Gegenwart	16
Anmerkungen	18

Preis DM 1.–

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Heddernheimer Landstr. 78a

Das Proletariat unter der Julimonarchie

Das Verständnis der Pariser Kommune, eines der bedeutendsten Ereignisse der Geschichte des 19. Jahrhunderts, ist eng verknüpft mit der Kenntnis der ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung Frankreichs seit 1830, besonders der Rolle, die das französische Proletariat dabei einnahm.

Mit der Julirevolution des Jahres 1830 wurden die seit 1815 herrschenden Legitimisten 1) gestürzt. An ihre Stelle traten die Orleanisten 2), eine Gruppierung um Louis Philipp aus dem Hause Orlean. Was sich faktisch hinter der Bezeichnung „Orleanisten" verbarg, enthüllte der Bankier Lafitte 3), als er unmittelbar nach dem Sturz des letzten Bourbonenkönigs Karl X. äußerte: „Von nun an werden die Bankiers herrschen." In der Tat war die Julirevolution nichts anderes als die Machtübernahme durch die sogenannte Finanzaristokratie, also nur einer Fraktion der Bourgeoisie.

Obgleich die überwiegende Mehrheit der eigentlich industriellen Bourgeoisie zunächst von der politischen Machtausübung ausgeschlossen blieb, verlief die industrielle Umwälzung in beschleunigtem Tempo. Der Schwerpunkt der industriellen Entwicklung verlagerte sich – ähnlich wie in England – von der Textilindustrie auf die Kohlen- und Eisenindustrie.

Das Ansteigen der industriellen Produktion und der wachsende Reichtum der Bourgeoisie korrespondierte mit seinem Gegensatz: der rapiden Verschlechterung der Lebensbedingungen der französischen Arbeiterklasse. Die zunehmenden Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat entluden sich erstmals in Lyon im Jahre 1830, als die Seidenweber unter der Losung „Arbeitend leben oder kämpfend sterben" einen Aufstand entfachten, der jedoch, infolge mangelnder Organisation der beteiligten Massen, bereits nach zehn Tagen von Regierungstruppen niedergeschlagen wurde. Auch die erneute Auflage des Kampfes im Jahre 1834 endete mit einer Niederlage der Arbeiter. Ebenso wie die Arbeiteraufstände in Lyon, wurde auch ein republikanischer Aufstand im Jahre 1832 und eine von Blanqui 4) geführte Erhebung 1839 in Paris vom Militär niedergeworfen.

Die Niederschlagung der Aufstände durch die militärischen Diener der Julimonarchie konnte indessen nicht verhindern, daß die revolutionären Gesellschaften verschiedenster Richtung in der Arbeiterklasse – wie auch im Kleinbürgertum – zunehmend an Einfluß gewannen.

Trotz offensichtlicher theoretischer Schwächen in diesen Gesellschaften, die erst durch den von Marx und Engels entwickelten wissenschaftlichen Sozialismus überwunden wurden, zeigte sich doch, daß die Arbeiterklasse immer bewußter als selbständige politische Kraft in Erscheinung trat.

Auch die oppositionellen Fraktionen der Bourgeoisie verstärkten ihren Widerstand gegen das orleanistische Regime.

Aufstieg und Untergang der zweiten Republik

„Die Kartoffelkrankheit und Mißernten von 1845 und 1846 steigerten die allgemeine Gärung im Volke. Die Teuerung von 1847 rief in Frankreich wie auf dem Kontinent blutige Konflikte hervor." 5) Ein weiteres bedeutendes wirtschaftliches Ereignis war der Ausbruch einer allgemeinen Handels- und Industriekrise in England, die sich im Herbst 1845 ankündigte. „Noch war die Nachwirkung dieser Krise auf dem Kontinent nicht erschöpft, als die Februarrevolution ausbrach." 6)

Am 24. Februar 1848 wurde die Regierung Louis Philipps gestürzt und die zweite französische Republik ausgerufen. An der Spitze der kämpfenden Volksmassen, die der Julimonarchie ein gewaltsames Ende bereiteten, stand das Pariser Proletariat. Waren in der gebildeten provisorischen Regierung auch zunächst alle Gesellschaftsklassen vertreten, so zeigten spätestens die Wahlen zur Nationalversammlung, daß die Klassenwidersprüche kein bloßes Mißverständnis waren. Die Februarrevolution des Jahres 1848 brachte die bis dahin oppositionellen Bourgeoisfraktionen mit an die Macht, dem Proletariat aber wurde der Platz zugewiesen, der ihm in dem engen Rahmen einer bürgerlichen Republik nur zukommen kann: der des Zuschauers.

So erwiesen sich die der Arbeiterklasse anfänglich gemachten Konzessionen, die Einrichtung nationaler Werkstätten und einer ständig tagenden Arbeiterkomission, in wachsendem Maße als Gefahr für den Bestand der bürgerlichen Republik. Der faktische Ausschluß der Arbeitervertreter aus einer von der Nationalversammlung ernannten Exekutivkommission und die endgültige Auflösung der nationalen Werkstätten am 21. Juni 1848, ließen dem Proletariat keine andere Wahl als den gewaltsamen Aufstand, der am 23. Juni begann. Die Arbeiter sahen sich von Anbeginn einer geschlossenen Front aller übrigen gesellschaftlichen Kräfte gegenüber. Der bürgerliche General **Cavaignac** 7) und der monarchistisch gesonnene Politiker und Historiker **Thiers** 8), die entschlossen waren, die revolutionären Kräfte zu vernichten, leiteten die Aktionen der Reaktion und schlugen schließlich mit militärischer Gewalt die Erhebung blutig nieder. Selbst nach der Niederlage wurden noch 3000 Arbeiter bestialisch niedergemetzelt. Obgleich das Proletariat nun wieder in den Hintergrund der revolutionären Bühne trat, hatte es sich den Handlungsraum seiner zukünftigen Emanzipation geschaffen.

Die Niederlage des Proletariats war gleichzeitig die Niederlage der bürgerlichen Republik. Die Wahl **Louis Napoleon Bonapartes**, des Neffen Napoleons I., zum Präsidenten am 10. Dezember 1848, war ein Sieg aller antirepublikanischer Kräfte, angefangen von den Bauern über die Armee bis zu den Fraktionen der Orleanisten und Legitimisten. Damit war die Restauration der Monarchie nur noch eine Frage der Zeit.

Der Staatsstreich Bonapartes und das zweite Kaiserreich

Den ersten Schritt zur Beseitigung des Parlaments vollzog das Parlament selbst. Aus Angst vor der wachsenden Opposition der Montagne (äußerste

linke Fraktion in der Nationalversammlung – meist kleinbürgerlich geprägt) beschloß die Nationalversammlung (rund zwei Drittel der Abgeordneten waren Legitimisten oder Orleanisten) im Mai 1850 eine Änderung des Wahlgesetzes, die der Aufhebung des allgemeinen Wahlrechtes gleichkam. Diesem Staatsstreich der Bourgeoisie folgte der Staatsstreich Bonapartes. Am 2. Dezember 1851 konnte Bonaparte das Parlament, das sich seine eigene Überflüssigkeit gesetzlich bescheinigt hatte, auflösen und alle Exekutivgewalt auf seine Person vereinigen.

Eine von den Bonapartisten am 21. November 1852 durchgeführte Volksabstimmung über die Wiederherstellung des Kaiserreiches führte am 2. Dezember des gleichen Jahres zur Proklamation **Louis Bonapartes** zum „Kaiser der Franzosen".

„Das Kaisertum, mit dem Staatsstreich als Geburtsschein, dem allgemeinen Stimmrecht als Beglaubigung und dem Säbel als Zepter, gab vor, sich auf die Bauern zu stützen, auf jene große Masse der Produzenten, die nicht unmittelbar in den Kampf zwischen Kapital und Arbeit verwickelt waren. Es gab vor, die Arbeiterklasse zu retten, indem es den Parlamentarismus brach . .,. Es gab vor, die besitzenden Klassen zu retten durch Aufrechterhaltung ihrer ökonomischen Hoheit über die Arbeiterklasse; schließlich gab es vor, alle Klassen zu vereinigen durch das Trugbild des nationalen Ruhms. In Wirklichkeit war es die einzig mögliche Regierungsform zu einer Zeit, wo die Bourgeoisie die Fähigkeit, die Nation zu beherrschen, schon verloren und wo die Arbeiterklasse diese Fähigkeit noch nicht erworben hatte." 9)

Der staatlichen Subventionierung der Großbourgeoisie und der Begünstigung von Boden- und Finanzspekulationen standen wachsende Steuerlasten und Hypothekenschulden der Bauernschaft und die durch Rechtlosigkeit und intensivierte Ausbeutung gekennzeichnete Lage der Arbeiterklasse gegenüber. Nicht zuletzt diese inneren Widersprüche veranlaßten das Regime Napoleons III., sich schon frühzeitig in kriegerische Auseinandersetzungen einzulassen.10) Das kostspielige Scheitern, in Mexiko ein Kaiserreich von Napoleons Gnaden zu installieren, bewirkte, daß sich die Opposition der industriellen Bourgeoisie verstärkte. Die Bonapartisten sahen sich durch die außenpolitischen Mißerfolge und den zunehmenden Unwillen der Massen gezwungen, im Inneren Konzessionen zu machen. So kam es im Rahmen der offiziell geduldeten Arbeiterorganisationen (Produktivvereine), trotz ihrer Abhängigkeit von der Regierung, zu illegalen republikanischen und sozialistischen Verbindungen.

Der Einfluß der Internationale auf das französische Proletariat

Die unter Leitung von Karl Marx am 28. September 1864 in London gegründete „Internationale Arbeiterassoziation" (IAA), die erste umfassende internationale Organisation des Proletariats, fand auch in der französischen Arbeiterschaft starken Widerhall. Die Gründung von Sektionen der Internationale an den verschiedensten Orten konnte aber nicht verhindern,

daß der Einfluß der Organisation auf das französische Proletariat für die anstehenden historischen Aufgaben relativ gering blieb, da es der Regierung gelang, durch Verfolgungen und Prozesse die Organisation in ihren wesentlichen Teilen zu zerschlagen.

Bestimmend in der französischen Arbeiterklasse blieben die Anhänger **Blanquis** und **Proudhons** 11) sowie ein erneuertes Jakobinertum, das die Traditionen der ersten Französischen Revolution mit dem Kampf gegen das Kapital zu verbinden suchte. Für die Blanquisten war charakteristisch, daß sie mit Hilfe kleiner bewaffneter Organisationen die politische Macht erobern wollten, jegliche Organisation der revolutionären Massen aber ablehnten. Die Proudhonisten strebten nicht den Sturz der kapitalistischen Ordnung an, sondern versprachen sich von der Durchsetzung kleinbürgerlicher Reformen, wie Einführung von „Tauschbanken" und zinsfreiem Kredit, den Sturz der Herrschaft des Großkapitals. Alles in allem fehlte der französischen Arbeiterklasse die theoretische Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus, um für den Endkampf gegen die Bourgeoisie hinreichend gerüstet zu sein.

Der Deutsch-Französische Krieg

Eine von **Napoleon III.** veranlaßte allgemeine Volksabstimmung im Mai 1870 über die Änderung verschiedener Artikel der Verfassung erwies sich nachträglich als Auftakt zu einem neuen kriegerischen Abenteuer des bonapartistischen Regimes. Das Ergebnis der Abstimmung (ca. 7,4 Millionen Ja-Stimmen gegenüber ca. 1,6 Millionen Nein-Stimmen) wurde von nahezu der gesamten europäischen Presse als Sieg über die französische Arbeiterklasse gefeiert. In der Tat hatte Napoleon III. einen Sieg über die Arbeiter errungen, weil allein die Arbeiterklasse den wahren Charakter dieses Manövers von Anfang an durchschaut hatte.

Als offiziellen Grund, Preußen am 19. Juli 1870 den Krieg zu erklären, deklarierten die Bonapartisten die Ablehnung der französischen Forderung nach einem Ausgleich für die Ausdehnung Preußens seit 1866. Die wirklichen Ursachen lagen jedoch mehr in den zunehmenden innenpolitischen Schwierigkeiten des bonapartistischen Regimes, vor allem dem drohenden Staatsbankrott und der Unzufriedenheit der Massen. Zu dem Plan der französischen Militärstrategen, die preußische Armee (deren Friedensstärke nur ein Drittel der Kriegsstärke umfaßte) durch einen schnell vorgetragenen Angriff zu desorientieren, bemerkte Engels: „Jeden solchen Plan vereitelte indessen der plötzliche und ungestüme Ausbruch des deutschen Nationalgefühls. Louis Napoleon stand nicht König Wilhelm ‚Annexander' 12), sondern der deutschen Nation gegenüber." 13)

In seiner Schrift „Erste Adresse über den Deutsch-Französischen Krieg" schrieb Karl Marx: „Was immer auch der Verlauf des Krieges Louis Napoleon Bonapartes mit Preußen sein möge, die Totenglocke des zweiten Kaiserreiches hat bereits in Paris geläutet." 14) Das definitive Urteil über die politische Zukunft des despotischen Regimes Napoleons III. sprach die

preußische Armee, die den französischen Verbänden eine Niederlage nach der anderen beibrachte. An der Spitze einer großen Armee mußte schließlich Bonaparte selbst in deutsche Gefangenschaft, nachdem die Festung Sedan am 2. September 1870 kapituliert hatte.

Die Republik des 4. September – Prolog der proletarischen Revolution

Die **Kaiserin Eugenie**, die nach der Gefangennahme Louis Napoleons zunächst die Regentschaft übernommen hatte, floh bereits am 4. September nach England. Am gleichen Tage wurde unter dem Druck der Volksmassen die dritte französische Republik proklamiert und eine „Regierung der nationalen Verteidigung" gebildet, die ihren bourgeoisen Charakter nur schwer verleugnen konnte. Bezeichnend ist, daß der **Orleanist Keratry** 15) die erste offizielle Kundgebung der Regierung eröffnete.

Der Krieg selbst hatte seit dem Sturz des bonapartistischen Regimes seinen Charakter verändert. Aus dem abenteuerlichen Eroberungskrieg Napoleons III. und dem Verteidigungskrieg des deutschen Volkes war nun ein Raubkrieg der deutschen Bourgeoisie gegen die französische Republik geworden. Aus dieser Veränderung der Sachlage ergaben sich auch Änderungen für die Aufgaben des Proletariats. Schon aus der Zusammensetzung der „Regierung der nationalen Verteidigung", die aus Orleanisten und Bourgeoisrepublikanern bestand, war abzuleiten, daß eine wirkliche Verteidigung gegen die preußische Militärkamarilla kaum zu erwarten war. Als sich die Regierung vor die Notwendigkeit der Entscheidung gestellt sah, entweder das Proletariat zu bewaffnen oder die französische Republik den Generalen auszuliefern, schlug sie den zweiten Weg ein und verwandelte sich in eine „Regierung des nationalen Verrats". Schon zuvor hatten Marx und Engels den konterrevolutionären Charakter dieser Regierung analysiert und daraus abgeleitet, daß nur die Arbeiterklasse die Aufgaben der nationalen Verteidigung übernehmen könne.

Den französischen Arbeitern gelang es, trotz des Widerstandes der Regierung, 200 neu aufgestellte Bataillone der Nationalgarde zu bewaffnen, nachdem die Deutschen die Belagerung von Paris am 19. Dezember begonnen hatten. Das Oberkommando der Nationalgarde hatte aber noch immer der reaktionäre General Trochu. 16)

Die Angst der Bourgeoisie vor dem eigenen Volk war so groß, daß das Oberkommando der Nationalgarde dazu überging, militärische Operationen bewußt so anzulegen, daß sie besonders verlustreich scheitern mußten. Das Ziel dieser „Verteidigung" war die Ausblutung der revolutionären Massen, besonders des bewaffneten Proletariats der Nationalgarde.

Als die „Regierung der nationalen Verteidigung" schließlich damit begann, offene Kapitulationsverhandlungen mit Bismarck einzuleiten, unternahmen die Blanquisten zwei Aufstandsversuche, die jedoch infolge der unzureichenden Massenbasis scheiterten.

Nach der Kapitulation am 28. Januar 1871 und der Unterzeichnung des Waffenstillstandes, wurde der größte Teil der französischen Armee entwaffnet. Bei der Wahl zur Nationalversammlung, die im Waffenstillstandsvertrag vorgesehen war, kam eine monarchistische Mehrheit zustande. Mit der Leitung der neugebildeten Regierung wurde Thiers beauftragt, eine der niederträchtigsten Figuren der französischen Politik des 19. Jahrhunderts.

Die erste Amtshandlung dieser Regierung war die Unterzeichnung eines vorläufigen Friedensvertrages am 26. Februar, in dem die räuberischen Forderungen der deutschen Bourgeoisie, die Lostrennung Elsaß-Lothringens von Frankreich und die Zahlung einer hohen Kriegsentschädigung, vertraglich fixiert wurden. Für die französische Bourgeoisie hatte sich die Abtrennung Elsaß-Lothringens, welches ein beachtliches industrielles Potential darstellte, vorteilhafter erwiesen, als eine Bewaffnung des Pariser Proletariats und die damit verbundene Gefährdung der eigenen Herrschaft.

Unterdessen verschärfte sich die innere Lage zusehends, als die Regierung die Eintreibung der rückständigen Mieten und die sofortige Einlösung der überfälligen Handelswechsel anordnete. Das Ergebnis dieser Maßnahme war der Ruin unzähliger Kaufleute und Handwerker sowie eine stark ansteigende Arbeitslosigkeit. Innerhalb der Nationalgarde 17) war man aber nicht bereit, den nationalen Verrat und die Abwälzung der Kriegsschulden auf Proletariat und Kleinbürgertum hinzunehmen. Unmittelbare Reaktion war die Bildung eines Zentralkomitees, in dem die überwiegende Anzahl der Bataillone der Garde repräsentiert wurden. Der Versuch der Regierung, die Garde durch die Ernennung eines reaktionären Generals zum Oberbefehlshaber wieder in ihre Hände zu bekommen, wurde von den Massen als konterrevolutionäres Manöver durchschaut. Anstatt dessen wählten sie den italienischen Freiheitskämpfer **Giuseppe Garibaldi** 18) zu ihrem neuen Kommandeur. Einen erneuten Versuch, die Macht der revolutionären Massen zu brechen, unternahm die Regierung mit dem Verbot der demokratischen Presse sowie der Verhängung von Todesurteilen gegen Blanqui und Flourens 19) , die Führer der Aufstände vom 31. Oktober 1870 und vom 22. Januar 1871. Aber auch diese Repressalien und Einschüchterungsversuche verfehlten ihren Zweck, so daß die Reaktion nur noch ein Mittel sah: die Entwaffnung der Nationalgarde.

Die Revolution des 18. März 1871 – die erste proletarische Revolution der Geschichte

„Paris war das einzige Hindernis auf dem Wege der konterrevolutionären Verschwörung. Paris mußte also entwaffnet werden." 20)

Thiers selbst erteilte den Auftrag, mit Hilfe von ehemaligen bonapartistischen Polizisten und Regierungstruppen die Artillerie der Nationalgarde zu beschlagnahmen und wegzuführen. Als die Truppen in der Nacht zum 18. März 1871 in die Stadt eindrangen, stießen sie auf heftigen Widerstand der Nationalgarde. Zudem verbrüderte sich ein Großteil der Regierungstruppen mit dem Volk von Paris. Regierung und Klerus flohen nach dem Scheitern



Kommunarden

der Aktion nach Versailles, während die Antwort der Nationalgarde in der Besetzung aller Regierungs- und Verwaltungsgebäude bestand. „Die ruhmvolle Arbeiterrevolution nahm unbestritten Besitz von Paris. Das Zentralkomitee war ihre provisorische Regierung." 21)

In einer Proklamation des Zentralkomitees der Nationalgarde vom 18. März 1871 heißt es: „Die Proletarier von Paris, inmitten der Niederlagen und des Verrats der herrschenden Klassen, haben begriffen, daß die Stunde geschlagen hat, wo sie die Lage retten müssen, dadurch, daß sie die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in ihre Hände nehmen... Sie haben begriffen, daß es ihre höchste Pflicht und ihr absolutes Recht ist, sich zu Herren ihrer eigenen Geschicke zu machen und die Regierungsgewalt zu ergreifen."

Schon einen Tag später setzte das Zentralkomitee einen Termin für die Wahl des Gemeinderates der Stadt Paris fest und betonte damit den eigenen provisorischen Charakter. In einer Reihe von Maßnahmen zeigte sich das Zentralkomitee als wahre Volksregierung. So wurden in einem Beschluß vom 20. März 1871 sämtliche Beamtengehälter gestrichen und der hierdurch freiwerdende Betrag in Höhe von einer Million Franken in 22 Stadtbezirken zur Linderung der Not von Teilen der Bevölkerung verwandt. Ebenso handelte das Zentralkomitee, als es alle während der Belagerungszeit entstandenen Mietschulden, die eine Höhe von 250 Franken nicht überschritten, strich und den kleinen Gewerbetreibenden die Zahlung der Hypothekenzinsen sowie die Einlösung überfälliger Handelswechsel auf 6 Monate aussetzte.

Die Ausrufung der Kommune

Das Zentralkomitee, das den Wahltermin ursprünglich auf den 22. März 1871 festgesetzt hatte, mußte diesen revidieren, weil eine Reihe von Bürgermeistern aus den bürgerlichen Bezirken die Vorbereitungen der Wahlen sabotierte. Erst auf den entschiedenen Druck der Volksmassen hin wurden schließlich die Wahlen am 26. März 1871 durchgeführt. Von den 84 gewählten Delegierten gehörten 68 Vertreter zu verschiedenen linken Gruppierungen, während 16 Vertreter der liberalen Bourgeoisie zuzurechnen waren. 17 Delegierte waren Mitglieder der „Internationalen Arbeiterassoziation", von denen wiederum mehr als zwei Drittel Anhänger Proudhons waren. Die Majorität aber bildeten die Anhänger Blanquis, die sich zwar durch revolutionären Mut auszeichneten, jedoch kaum zu einer echten proletarischen Politik fähig waren, nicht zuletzt infolge ihrer Ablehnung der marxistischen Theorie – der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus.

Am 28. März 1871 erfolgte die Ausrufung und **Konstituierung der Pariser Kommune**, des ersten proletarischen Staates der Welt.

Arthur Arnould, ein Mitglied der Kommune, schilderte dieses historische Ereignis mit den Worten: „Als das Zentralkomitee die Namen der gewähl-

ten Kommunemitglieder verkündete, als die Geschütze mit ihren plötzlichen Salven die ganze Stadt erzittern ließen, drang aus 100 000 Kehlen ein solcher Jubelschrei, eine so einmütige, so auffallende Zustimmung zur Republik und zur Kommune, daß keiner, der an dieser Feier teilgenommen hat, sie wird je vergessen können, und möge er Jahrhunderte leben."

Die 16 Deputierten der Bourgeoisie verließen bereits am 1. April 1871, kurz nach dem Zusammentreten der Kommune, den Rat. Die am 2. April 1871 einsetzenden Kämpfe mit Truppen der Versailler Regierung führten sehr bald zu Spannungen zwischen den Kommunefraktionen. Als nach einem mißlungenen Ausfall von Truppen der Nationalgarde das Kommunemitglied **Flourens**, General **Duval** 22) sowie zwei Bataillonskommandeure von Regierungstruppen ohne jegliches Urteil erschossen wurden, verließen 4 republikanische Kommunemitglieder den Rat.

Die politischen, ökonomischen und sozialen Maßnahmen der Kommune

„Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit. Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. Ebenso die Beamten aller anderen Verwaltungszweige. Von den Mitgliedern der Kommune an abwärts, mußte der öffentliche Dienst für **Arbeiterlohn** besorgt werden... Das stehende Heer und die Polizei, die Werkzeuge der materiellen Macht der alten Regierung einmal beseitigt, ging die Kommune sofort darauf aus, das geistliche Unterdrückungswerkzeug, die Pfaffenmacht zu brechen; die dekretierte die Auflösung und Enteignung aller Kirchen, soweit sie besitzende Körperschaften waren ... Sämtliche Unterrichtsanstalten wurden dem Volk unentgeltlich geöffnet ... und gleichzeitig von aller Einmischung des Staats und der Kirche gereinigt." 23)

Auch die Richter verloren ihre Unantastbarkeit und wurden der Kontrolle des Volkes unterstellt, d.h., sie verloren ihre Privilegien und waren jederzeit abwählbar. In weiteren Dekreten wurde es Verwaltungen und Fabriken untersagt, irgendwelche Abzüge an Löhnen und Gehältern vorzunehmen, was unter den früheren bürgerlichen Regierungen immer wieder dazu gedient hatte, verschleierte Lohnherabsetzungen vorzunehmen. In einem Beschluß der Kommunemitglieder vom 20. April 1871 wurde die Nachtarbeit der Bäckergesellen verboten.

Für die Fabriken, die von den nach Versailles und anderswohin geflohenen Kapitalisten verlassen und stillgelegt worden waren, setzte die Kommune eine Kommission ein, die einen Plan für die Inbetriebnahme durch die „kooperative Assoziation der Arbeiter" auszuarbeiten hatte. Leerstehende Wohnungen wurden durch Kommunebeschluß beschlagnahmt und obdachlosen Bewohnern zur Verfügung gestellt.

Am 5. April 1871 beschloß die Kommune die Verhaftung von Geißeln vorzunehmen, um den täglichen Erschießungen von gefangenen Kommunekämpfern durch Versailler Truppen vorzubeugen. Dieses Dekret wurde jedoch nur unvollständig in die Praxis umgesetzt. Mehr symbolischen Charakter hatte die öffentliche Verbrennung der Guillotine und der Umsturz der Siegessäule auf dem Vendome-Platz, des Wahrzeichens, das als Sinnbild des Chauvinismus und der Völkerverhetzung galt.

Eine der bemerkenswertesten Maßnahmen der Kommune bestand in einer in der bisherigen Geschichte in ihrem Umfang unbekannten Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau. So wurde jeder gesetzlichen und „illegitimen" Frau eines gefallenen Kämpfers eine Pension von 600 Franken zugestanden. Auch für jedes eheliche und uneheliche Kind der Witwen wurde gleichermaßen eine Pension zugesichert. Aus dieser realen Gleichberechtigung, die den Frauen während der Tage der Kommune zuteil wurde, erklärt sich der große Anteil der Frauen an der Arbeit und an der Verteidigung der Kommune. Viele Frauen hatten von Anfang an die Bedeutung der Diktatur des Proletariats für ihre politische und soziale Emanzipation erkannt.

Die Vorbereitungen der Konterrevolution zum Sturz der Kommune

„Der erste Versuch der Sklavenhalterverschwörung zur Unterwerfung von Paris, wonach die Preußen es besetzen sollten, scheiterte an Bismarcks Weigerung. Der zweite Versuch, am 18. März, endigte mit der Niederlage der Armee und der Flucht der Regierung nach Versailles, wohin ihr die gesamte Verwaltungsmaschinerie folgen mußte. Durch Vorspiegelung von Friedensverhandlungen mit Paris gewann Thiers jetzt die Zeit, den Krieg gegen Paris vorzubereiten." 24)

Thiers wollte die Kommune erst zu einem solchen Zeitpunkt überfallen, an dem ihm der Sieg zur vollen Gewißheit wurde. Nach der Flucht der Verräterregierung nach Versailles war ein derartiges Vorgehen aber unmöglich, da zum einen die Stadtverwaltung völlig desorganisiert war, zum anderen die Armee sich in einem Zustand totaler Resignation befand und auch zahlenmäßig sehr schwach war. „Gleichzeitig wurden seine (Thiers' – der Verf.) Beziehungen zu den Provinzen immer schwieriger. Nicht eine einzige Billigungsadresse lief ein, um Thiers und seine Krautjunker aufzuheitern." 25) Sich des traurigen Zustands seiner Situation durchaus bewußt, schlug Thiers deshalb von Anfang an eine Doppeltaktik ein, um die Situation zu seinen Gunsten umgestalten zu können.

Auf der einen Seite kollaborierte er mit der preußischen Besatzungsmacht, um sich vor allem militärische Vorteile gegenüber dem proletarischen Paris zu verschaffen, andererseits spielte er der Welt eine Versöhnungskomödie vor, die, wie Marx bemerkte, „mehr als einem Zweck dienen sollte. Sie sollte die Provinzen hinters Licht führen, die Mittelklasse in Paris anlocken und vor allem den angeblichen Republikanern der Nationalversammlung

die Gelegenheit geben, ihren Verrat gegen Paris hinter ihrem Glauben an Thiers zu verbergen." 26) Um die konterrevolutionären Vorhaben der Reaktion gegen das proletarische Paris realisieren zu können, schickte Thiers **Jules Favre** 27) und **Pouyer-Quertier** 28) als Bevollmächtigte für den endgültigen Friedensschluß mit Preußen nach Frankfurt. Sie erhielten dabei von Bismarck die Zusage, für den Kampf gegen Paris die Gefangenen der bonapartistischen Armee zu benutzen, wie auch direkte Unterstützung von preußischen Truppen zu bekommen. Zudem wurde die Zahlung der ersten Rate der Kriegsentschädigung bis zur Niederwerfung von Paris ausgesetzt. So spielten französische und deutsche Bourgeoisie zusammen gegen das revolutionäre Proletariat.

Die Komplizenschaft der deutschen und französischen Reaktion stellten August Bebel 29) und Wilhelm Liebknecht 30) die internationalistische Haltung des deutschen Proletariats gegenüber. Sie betonten ihre Solidarität mit dem kämpfenden Pariser Proletariat und verurteilten in scharfer Form die Annexion Elsaß-Lothringens sowie die konterrevolutionäre Unterstützung der französischen Reaktion.

Der Verlauf der Kämpfe

Die Maßnahmen der Kommune zur Errichtung einer neuen Gesellschaftsordnung, die durch die Tatsache, daß Paris eine belagerte Stadt war, ohnehin schon behindert wurden, mußte infolge des zunehmenden Drucks durch die Versailler Truppen in noch stärkerem Maße eingeschränkt werden.

Nach den ersten Kämpfen am 2. April 1871 gelang es den Versaillern, sich am 7. April eines Seine-Überganges bei Neuilly zu bemächtigen. „Paris wurde fortwährend bombardiert, und zwar von denselben Leuten, die das Bombardement derselben Stadt durch die Preußen als eine Heiligtumsschändung gebrandmarkt hatten." 31)

Die anhaltende Beschießung der Stadt durch Artillerie konnte allerdings die militärische Lage nicht zugunsten der Versailler verändern, geschweige denn die Moral der Pariser Bevölkerung in ihrem gerechten Kampf brechen. Ein Versuch der Regierungstruppen, am 12. April in das südliche Paris einzudringen, wurde von **General Eudes** 32) und seinen Truppen erfolgreich verhindert. Eine entscheidende Veränderung des bis dahin relativ ausgeglichenen Kräfteverhältnisses trat erst ein, als in ständig zunehmender Zahl aus deutscher Gefangenschaft Soldaten nach Frankreich zurückkehrten und die Reihen der Versailler Truppen verstärkten. Zuverlässiger Anzeiger der Kräfteumverteilung war das Verhalten Thiers'. Das Angebot der Kommune, den als Geißel festgehaltenen Bischof von Paris mitsamt seinem klerikalen Anhang gegen Blanqui auszutauschen, schlug Thiers aus. Auch seine bisherige doppelzüngige Sprache wich eindeutigen, brutalen Drohungen gegen das revolutionäre Paris. Der Antrag eines Abgeordneten der Nationalversammlung, die Kampfhandlungen gegen die Kommune einzustellen, wurde am 20. April 1871 abgelehnt.

Ihr wahres Gesicht enthüllte die Versailler Clique, als es am 3. Mai 1871 zu einem regelrechten Massenmord an gefangenen Kommunekämpfern gekommen war. Thiers, der mit nicht mehr zu übertreffender Unverschämtheit die Kommunemitglieder als „Lumpen, Diebe und Mörder" diffamiert hatte, pries seine Armee, die sich des permanenten Mordens schuldig machte, als „die Bewunderung der Welt und die schönste Armee, die Frankreich je gehabt."

Am 21. Mai 1871 gelang es Versailler Truppen in die Stadt einzudringen, nachdem mehrere Forts gefallen waren. Die Kommunekämpfer waren jedoch nicht nur mit den eingedrungenen Versailler Truppen konfrontiert, sondern auch mit den Agenten der äußeren Konterrevolution. Eine derartige Rolle kam dem amerikanischen Botschafter **Washburne** 33) zu, der durch seinen Sekretär der Kommune am 24. Mai 1871 ein angebliches Vermittlungsangebot Preußens unterbreitete. Im Kreise seiner Untergebenen dagegen äußerte er: „Alle, die der Kommune angehören, auch die, die mit ihr sympathisieren, werden erschossen." 24) Erst nach zwei Tagen, am 26. Mai 1871, wurde das Manöver des USA-Botschafters klar, als nämlich der Unterhändler der Kommune von den preußischen Stellen überhaupt nicht empfangen wurde. Die Wirkung dieser Täuschungsaktion aber war eine zweitägige Desorientierung der revolutionären Verteidigungsstreitkräfte.

Mit dem Kampf um Montmartre am 23. Mai begann eines der dunkelsten Kapitel der französischen Geschichte, geschrieben von der Soldateska Thiers' mit dem Blut der Kommunekämpfer. **MacMahon** 35), der Kommandeur der Versailler Truppen, ließ zwei vollständige Armeekorps, das waren zwanzigtausend Mann (!), gegen die Stellung der Kommunekämpfer antreten, deren Zahl noch keine zweihundert betrug. Nachdem es dieser Übermacht mit Artillerieunterstützung schließlich gelungen war, die Stellung zu erklettern, wurden die Überlebenden, darunter Frauen und Kinder, erschossen. Doch dies war nur der Anfang der Metzeleien in Paris. Nach dem Fall jeder Barrikade kam es zu Blutbädern, die selbst den Massenmord nach der Niederlage des Juni-Aufstands von 1848 vergessen ließen. Sogenannte Hausdurchsuchungen durch Versailler Truppen arteten in blindwütiges Morden aus. „Wen der Versailler nur anblickt, der muß sterben. Wenn er ein Haus durchsucht, läßt er alles über die Klinge springen... Das Paris der Versailler hat kein zivilisiertes Aussehen mehr. Die Angst, der Zorn, die wilde tierische Dummheit ersticken jedes menschliche Gefühl... Das Leben der Bürger wiegt nicht schwerer als ein Haar. Eines Ausrufs, eines Wortes wegen wird man verhaftet und erschossen." 36)

Am 25. Mai 1871 waren nur noch zwei Bezirke von Paris vollständig unter der Kontrolle der Kommune. Während Männer wie Frauen aufopferungsvoll ihre letzten Stellungen gegen die Regierungstruppen verteidigten, war ein Großteil von letzteren nur noch damit beschäftigt, Gefangene zu erschießen. Seit dem Nachmittag des 27. Mai 1871 belagerten 5000 Versailler Soldaten den letzten Zufluchtsort von noch 200 verbliebenen Kämpfern des revolutionären Paris, den Friedhof Pere la Chaise. Zum letzten Mal erhoben sich die Heroen des Proletariats unter der roten

Fahne, bis alle im verzweifelten Kampf, Mann gegen Mann, den Tod gefunden hatten. Einen Tag später, am 28. Mai 1871, verkündete MacMahon das Ende der Kampfhandlungen.

Nach dem Kampf

„Nach beendigtem Kampfe verwandelte sich die Armee in ein ungeheures Exekutionspeleton... Es waren so viele Opfer da, daß die müde gewordenen Soldaten ihre Flinten auf die Verurteilten stützen mußten. Auf der Terrasse schwamm das Gehirn umher. Die Mörder wateten in einem Sumpf von Blut." 37)

Der Massenmord an der Pariser Bevölkerung ging in unverminderter Stärke weiter, gleichgültig ob sie aktiv in den Reihen der Kommune gekämpft hatte oder nicht. Über 30 000 Einwohner wurden von der entfesselten Soldateska ermordet, die die wieder eingekehrte „Ordnungspartei" als „tapfere Soldaten" zu bezeichnen wagte. Nicht minder viele wurden zu Zuchthausstrafen und Deportation verurteilt. Selbst noch Jahre nach den Ereignissen wurden von der französischen Klassenjustiz Todesurteile gegen Kommunarden verhängt. Im Juni 1871 schrieb die „Tagwacht", das Organ der Internationale in Bern: „Die gegenwärtige Form der Revolution, die Commune, fällt wie ein Märtyrer, aber die Bourgeois werden die revolutionäre Idee nicht töten können, die sterbende Gestalt der Commune flößt nur dem Unwissenden Furcht und Schrecken ein. Der revolutionäre Geist kann nicht getötet werden, er spottet des Wütens des Tyrannen. Und wenn jetzt die entartete Armee auf den Leichen der sozialen Republikaner und auf den rauchenden Trümmern von Paris triumphiert, um der alten abgeängstigten Gesellschaft einige Ruhe zu geben, so ist das nur ein kurzer der Unterdrückung und der Unsittlichkeit bewilligter Aufschub, und was jetzt geschieht, ist nur ein Vorbote der Stürme, welche die Zukunft in ihrem Busen trägt... Die Bourgeoisie schwelgt jetzt in törichten Bacchanalien wegen des augenblicklichen Sturzes der Commune, bis die Donnerschläge einer neuen und mächtigeren Revolution sie in die ewige Nacht versenken werden."

Führer der Kommune

Trotz der Spaltung der Pariser Kommune in Proudhonisten und Blanquisten, und der praktischen Fehler, die aus den theoretischen Schwächen beider Strömungen resultierten, verdient eine Reihe von Kämpfern, die energisch und mit unbestrittener Fähigkeit die Interessen der arbeitenden Klassen vertraten, in besonderem Maße hervorgehoben zu werden.

Eugene Varlin 38), von Beruf Buchbinder und Mitglied der Internationale, gehörte schon während des 2. Kaiserreiches zu den hervorragenden Führern der sozialistischen Bewegung. In der Zeit der Kommune war er Mitglied der Militär- und Finanzkommission. In vorderster Reihe der Ver-

teidiger des revolutionären Paris wurde er am 28. Mai 1871 von Versaillern bestialisch ermordet.

Eugene Pottier 39), ebenso wie Varlin Mitglied der Pariser Sektion der Internationale, kämpfte schon im Revolutionsjahr 1848 auf den Barrikaden. Als Mitglied der Kommune arbeitete er aktiv in der Kommission für die Hilfe der armen Bevölkerung und verteidigte die Kommune gegen die Konterrevolution bis zur Niederlage. Auf seiner Flucht nach Belgien entstand der Text der Internationale, des Kampfliedes des Weltproletariats.

Einer der fähigsten Führer der Kommune war der Deutsch-Ungar **Fränkel** 40), der mit Karl Marx in enger Verbindung stand. Bei der Organisierung der Gewerkschaftsverbände spielte er eine hervorragende Rolle. Es gelang ihm trotz seiner schweren Verwundung, die er sich bei der Verteidigung zuzog, ins Ausland zu fliehen. Die Reaktion verurteilte ihn in Abwesenheit zum Tode.

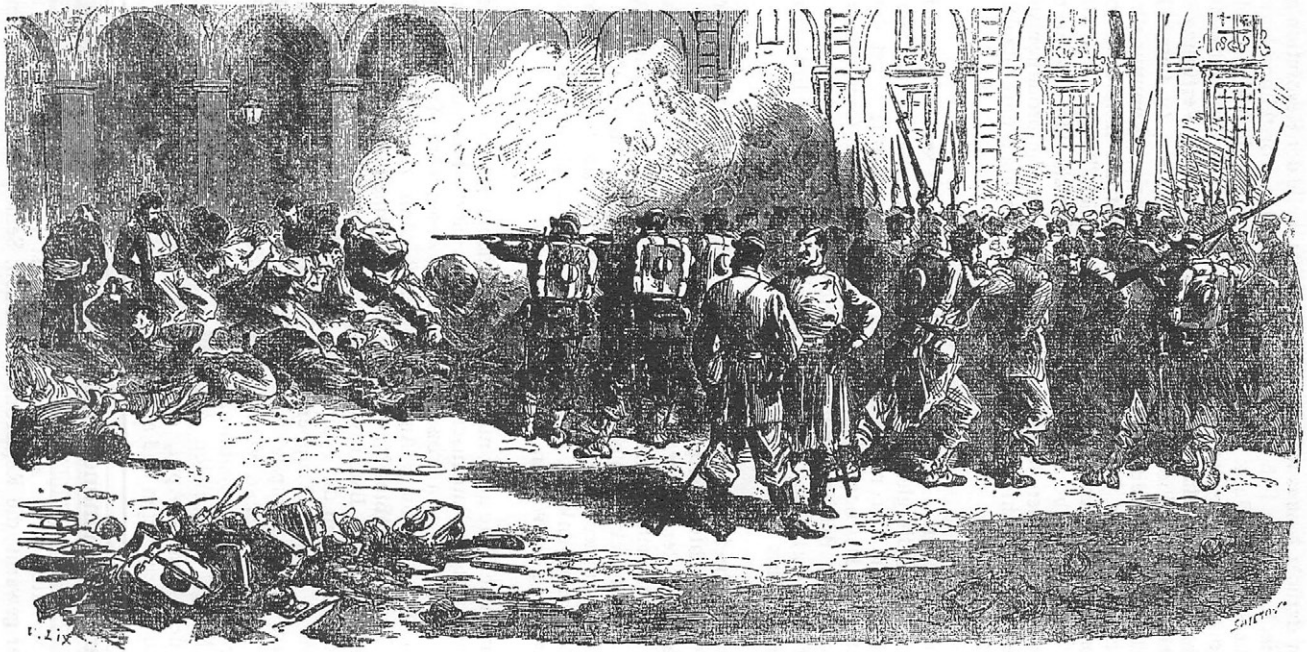
Auch der Name des polnischen Revolutionärs **Jaroslav Dombrowski** 41) ist eng mit der Pariser Kommune verbunden. Schon in frühester Jugend beteiligte er sich an dem Kampf gegen den Zarismus. Als wahrer Internationalist nahm er an dem Freiheitskampf Garibaldis in Italien teil. In den Tagen der Kommune wurde er zum General der Nationalgarde und schließlich zum Oberbefehlshaber aller revolutionären Verteidigungsstreitkräfte ernannt.

Hier sei noch die große russische Revolutionärin **Elisaweta Dmitrijewa** genannt, die im Auftrage von Marx am Kampf des Pariser Proletariats teilnahm. Unter ihrer Leitung konstituierten sich in allen Teilen von Paris Frauenkomitees, denen eine wichtige Aufgabe bei dem Aufbau des proletarischen Staates zukam. An der Spitze eines Frauenbataillons kämpfte sie heldenmütig bis zur Niederwerfung gegen die Henker der Kommune.

Kritik an der Kommune

„Die Mitglieder der Kommune spalteten sich in eine Majorität, die Blanquisten, ... und eine Minorität: die vorwiegend aus Anhängern der proudhonschen sozialistischen Schule bestehenden Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation... nur wenige (Blanquisten – der Verf.) waren durch Vaillant 42), der den deutschen wissenschaftlichen Sozialismus kannte, zu größerer prinzipieller Klarheit gelangt. So begreift es sich, daß in ökonomischer Beziehung manches unterlassen wurde, was nach unseren Ansichten die Kommune hätte tun müssen. Am schwersten begreiflich ist allerdings der heilige Respekt, womit man vor den Toren der Bank von Frankreich ehrerbietig stehenblieb. Die Bank in den Händen der Kommune – das war mehr wert als zehntausend Geißeln. Das bedeutete den Druck der ganzen französischen Bourgeoisie auf der Versailler Regierung im Interesse des Friedens mit der Kommune." 43)

Die Übernahme der Bank von Frankreich durch die Kommune hätte in der Tat nicht nur ein Faustpfand gegen die Versailler Regierung bedeutet,



Massenerschießung von gefangenen Kommunarden im Hof der Kaserne Lobau

sondern darüber hinaus wäre sie zu einer Hilfsquelle der Revolution geworden. Die Kommune ließ sich von der illusionären Vorstellung leiten, die Nichtantastung der Bank sei ein Garant für die Neutralität eines Teiles der Bourgeoisie. Wie irrig diese Vorstellung war, zeigt die Tatsache, daß die Bank der Konterrevolution 257 Millionen Franken zur Verfügung stellte, gegenüber nur 16 Millionen, die die Kommune erhielt. Zu diesem Fehler bemerkte Lenin in seiner Schrift „Über die Pariser Kommune": „Das Proletariat blieb auf halbem Wege stehen: statt die ‚Expropriation der Expropriateure' in Angriff zu nehmen, gab es sich Träumen hin über die Verwirklichung der höchsten Gerechtigkeit... Solche Einrichtungen z.B., wie die Bank, wurden nicht in Besitz genommen, die proudhonistischen Theorien des ‚gerechten Austausches' herrschten noch unter den Sozialisten." 44)

In einem Brief vom 12. April 1871 schrieb Marx an seinen Freund Kugelmann: „... .Es galt gleich nach Versailles zu marschieren, nachdem erst Vinoy 45), dann der reaktionäre Teil der Nationalgarde selbst das Feld geräumt hatte. Der richtige Moment wurde versäumt aus Gewissensskrupel. Man wollte den Bürgerkrieg nicht eröffnen, als ob der mischievous avorton (boshafte Zwerg) Thiers den Bürgerkrieg nicht mit seinem Entwaffnungsversuch von Paris bereits eröffnet gehabt hätte!"

Im gleichen Brief sprach Marx davon, daß das Zentralkomitee überhaupt zu einem verfrühten Zeitpunkt die Macht aus den Händen gegeben hatte. Die Übergabe der Macht an den Rat der Kommune bereits nach zehn Tagen proletarischer Herrschaft war zwar aus der damaligen Situation heraus verständlich, denn ein Teil der Arbeiterorganisationen zögerte noch, das Zentralkomitee zu unterstützen, doch die Diktatur des Proletariats war zu diesem Zeitpunkt noch zu ungenügend gefestigt, als daß schon die Ausschreibung der Wahlen gerechtfertigt war.

Die Kommune hatte auch nur in unzureichendem Maße die Wichtigkeit des Bündnisses mit der Bauernschaft erkannt, das für die Festigung der proletarischen Herrschaft von großer Bedeutung gewesen wäre. Trotzdem gab es auch in der Kommune Ansätze, dieses Bündnis zu realisieren. Ein zu diesem Zweck verfaßtes Manifest, in dem die gemeinsamen Interessen von Arbeiterklasse und Bauernschaft ausgedrückt wurden, sandte man mit Hilfe von Ballons in die Provinz, da alle Landverbindungen durch preußische und Versailler Truppen blockiert waren. Die Verwirklichung des Bündnisses aller antikapitalistischen Kräfte der Nation scheiterte nicht nur an den unterbrochenen Verbindungen, sondern vor allem an dem Fehlen einer einheitlichen revolutionären Partei. Die Konterrevolution hatte diesen Mangel vom ersten Augenblick an erkannt. So gelang es ihr im Laufe des Monats April, die kleinbürgerlichen Republikaner von der Kommune abzuspalten und auf ihre Seite zu ziehen.

Die Pariser Kommune – ihre Bedeutung für die Gegenwart

Einige Monate vor der Kommune, im Herbst 1870, hatte Marx die Pariser Arbeiter gewarnt, die Regierung zu stürzen. Seine pessimistische Einschät-

zung der Lage bestätigte sich bekanntlich, aber er selbst gehörte nach der Märzrevolution 1871 zu den begeistertsten Anhängern der Kommune, nicht aus unreflektierter Solidarität, sondern weil Marx sofort erkannte, daß der Staat der Pariser Arbeiter ein Staat neuer Art war. Mit dem Übergang der Herrschaft an die Arbeiterklasse war ein völlig neuer Typus von Staat entstanden. Im Vorwort der Ausgabe des „Kommunistischen Manifestes" von 1872 schrieben Marx und Engels, die Autoren der 1844 verfaßten Schrift u.a.: „. . .Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann!" 46) Noch während der Pariser Kommune, am 12. April 1871, schrieb Marx an Kugelmann: „Wenn Du das letzte Kapitel meines ‚Achtzehnten Brumaire' nachsiehst, wirst Du finden, daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in eine andere zu übertragen, sondern sie zu **zerbrechen**, und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent. Dies ist auch der Versuch unserer heroischen Pariser Parteigenossen." Lenin bemerkte dazu: „Er (Marx – der Verf.) erblickte in der revolutionären Massenbewegung, obgleich sie ihr Ziel nicht erreichte, einen gewissen Schritt der proletarischen Weltrevolution nach vorwärts, einen praktischen Schritt, der wichtiger war als Hunderte von Programmen und Betrachtungen." 47)

Marx und Engels hatten die Erfahrungen der Kommune verallgemeinert und damit die proletarische Bewegung in der ganzen Welt einen mächtigen Schritt weitergebracht. Besonders war es die Erkenntnis, daß die Staatsform der proletarischen Herrschaft die Diktatur des Proletariats ist. Gerade diese Formulierung, „Diktatur des Proletariats", dient der bürgerlichen Kritik dazu, auf den angeblich totalitären Charakter des Sozialismus und Kommunismus hinzuweisen, wobei man allerdings von jedem Inhalt dieses Begriffs absieht, und unterschwellig die Erfahrungen ausnutzt, die das Volk mit blutigen, terroristischen Diktaturen des Kapitals machen mußte. Lenin zeigt in seiner Schrift „Staat und Revolution", daß diese Kritik vollkommen an der Sache vorbeigeht, daß vielmehr die Diktatur des Proletariats eine weitaus vollständigere Demokratie ist, als jede nur denkbare bürgerliche Demokratie. Er schrieb: „. . .die mit solcher Vollständigkeit und Folgerichtigkeit durchgeführte Demokratie (in Hinsicht auf die Kommune – d. Verf.) verwandelt sich aus der bürgerlichen Demokratie in die proletarische, aus dem Staat (= einer besonderen Gewalt zur Unterdrückung einer Klasse) in etwas, was schon kein eigentlicher Staat mehr ist. Es ist immer noch notwendig, die Bourgeoisie und ihren Widerstand zu unterdrücken. Für die Kommune war das ganz besonders notwendig, und einer der Gründe ihrer Niederlage ist, daß sie dies nicht entschlossen genug getan hat. Aber das unterdrückende Organ ist hier bereits die Mehrheit und nicht, wie dies bisher immer, . . . die Minderheit der Bevölkerung." 48) Lenin weist hier gerade nach, daß von einer Demokratie im eigentlichen Sinne, im Sinne von Volksherrschaft, erst unter Bedingungen gesprochen werden kann, wenn die Macht, wie Marx es ausdrückte, das „als herrschende Klasse organisierte Proletariat" innehat.
Mit der Erkenntnis, daß die Kommune eine neue Qualität des Staates

repräsentierte, verband Marx auch gleichzeitig eine radikale Kritik am bürgerlichen Parlamentarismus, zeigte er die Überlegenheit der Volksvertretung im proletarischen Staat. Er schrieb: „Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem anderen Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen." 49)

Seit dem Jahre 1917 ist das, was sich in den zwei Monaten der Pariser Kommune zu entwickeln begann, zunächst in Rußland durch den Sieg der Sozialistischen Oktoberrevolution, später auch in zahlreichen anderen Gebieten der Erde verwirklicht worden. Die Arbeiter und Bauern sowie alle anderen werktätigen Schichten haben, geführt von ihrer marxistischen Partei, in vielen Teilen der Welt ihre Geschicke in die eigenen Hände genommen. Die Fehler der Kommune wurden aufgrund der Erkenntnisse von Marx, Engels und Lenin überwunden. Auch im Geburtsland von Marx und Engels, in Deutschland, hat die Entwicklung des Sieges der arbeitenden Klassen über ihre Unterdrücker, die mit der Kommune ihren ersten Ausdruck fand, ihren Niederschlag in der Gründung und Festigung der Deutschen Demokratischen Republik gefunden.

Die wachsende Stärke der proletarischen und antiimperialistischen Massenbewegungen in den Hochburgen des Kapitalismus wie in den unterjochten Ländern der Dritten Welt, die Existenz des Sozialismus in weiten Teilen der Welt künden davon, daß die Bourgeoisie unvermeidlich ihrem Untergang entgegengeht, und daß das Weltproletariat sich des Erbes der Pariser Kommune bewußt ist.

Anmerkungen

1) Die Legitimisten waren die Anhänger des „legitimen" Königshauses Bourbon, vor allem Großgrundbesitzer.
2) Die „Anhänger" Louis Philipps, des Herzogs von Orlean, des späteren Königs von Frankreich, werden als Orleanisten bezeichnet. Es waren dies Bankiers, Börsen- und Eisenbahnkönige sowie Bergwerksbesitzer.
3) Lafitte, Jaques (1767 - 1844); französischer Bankier und Politiker; Orleanist; Vertreter der französischen Finanzaristokratie.
4) Blanqui, Louis-Auguste (1805 - 1881); französischer Revolutionär; utopischer Kommunist; Organisator mehrerer revolutionärer Geheimgesellschaften und Aufstände, verbrachte 36 Jahre im Gefängnis.
5) Marx/Engels-Werke; Bd. 7; Berlin 1968; S. 15
6) Ebenda; S. 16
7) Cavaignac, Louis-Eugene (1802 - 1857); französischer General und Politiker; bürgerlicher Republikaner; einer der Unterdrücker des Juni-Aufstandes 1848; Ministerpräsident Juni – Dezember 1848.
8) Thiers, Louis-Adolphe (1797 - 1877); französischer Historiker und Staatsmann; Ministerpräsident 1836 und 1840; „Henker der Pariser Kommune"; Präsident der Republik 1871 - 1873.

9) Marx/Engels-Werke; Bd. 17; S. 337 f
10) 1854 - 1856 Teilnahme am Krimkrieg gegen Rußland
1858 Krieg gegen Österreich um die „Einigung Italiens"
1860 Kolonialkrieg gegen China mit England
1861 Militärische Expedition in Syrien
1861 - 1867 Mexikanisches Abenteuer
11) Proudhon, Pierre-Joseph (1809 - 1865); französischer Publizist; Soziologe und Ökonom; Ideologe des Kleinbürgertums; einer der Begründer des Anarchismus.
12) „Annexander" – ironische Wortverknüpfung von Annexion und Alexander der Große, die Marx und Engels des öfteren für König Wilhelm I. von Preußen verwandten.
13) Marx/Engels-Werke; Bd. 17; S. 12
14) Ebenda; S. 5
15) Keratry, Emile; Graf (1832 - 1905); französischer reaktionärer Politiker; Orleanist; Sept./Okt. 1870 Präfekt der Pariser Polizei; maßgeblich an der Niederschlagung der Kommune in Toulouse beteiligt.
16) Trochu, Louis-Jules (1815 - 1896); französischer General und Politiker; Orleanist.
17) Die Nationalgarde wurde nach der weitgehenden Entwaffnung der regulären Armee zum bestimmenden militärischen wie vor allem auch politischen Faktor im Frankreich der Jahre 1870/71. Besonders die 200 neu aufgestellten Bataillone veränderten durch ihren proletarischen Charakter die Funktion der Garde von einem vormaligen Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie zu einem Vollstreckungsorgan des Volkswillens.
18) Garibaldi, Giuseppe (1807 -1882); italienischer Revolutionär; Führer der nationalen Befreiungsbewegung in Italien; befehligte die Vogesenarmee im Deutsch-Französischen Krieg, die sich aus Nationalgarde und ausländischen Freiwilligen zusammensetzte.
19) Flourens, Gustave (1838 - 1871); französischer Naturforscher; Revolutionär; Blanquist; Mitglied der Kommune; von den konterrevolutionären Truppen Thiers' ermordet.
20) Marx/Engels-Werke; Bd. 17; S. 328
21) Ebenda; S. 330
22) Duval, Emile-Victor (1818 - 1871); Arbeiter; Mitglied der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA); Mitglied der Kommune; General der Nationalgarde.
23) Marx/Engels-Werke; Bd. 17; S. 339
24) Ebenda; S. 350
25) Ebenda, S. 315
26) Ebenda; S. 352
27) Favre, Claude-Gabriel-Jules (1809 - 1880); französischer Advokat und Politiker; bürgerlicher Republikaner; Außenminister der sog. Regierung der nationalen Verteidigung; „Henker der Kommune".
28) Pouyer-Quertier, Augustin-Thomas (1820 - 1891); Fabrikant und Politiker; Finanzminister 1871/72.
29) Bebel, August (1840 - 1913); Marxist; Mitbegründer und einer der bedeutendsten Führer der deutschen Sozialdemokratie; Freund und Schüler von Marx und Engels.

30) Liebknecht, Wilhelm (1826 - 1900); Marxist; Mitbegründer und einer der bedeutendsten Führer der deutschen Sozialdemokratie; Mitglied der Internationalen Arbeiterassoziation; Freund von Marx und Engels.
31) Marx/Engels-Werke; Bd. 17; S. 620
32) Eudes, Emile (1843 - 1888); Revolutionär; Blanquist; Mitglied und General der Kommune; emigrierte in die Schweiz und später nach England; in Abwesenheit zum Tode verurteilt.
33) Washburne, Elihu Benjamin (1816 - 1887); amerikanischer Politiker und Diplomat; Mitglied der Republ. Partei; 1869 - 1871 amerik. Gesandter in Paris; Gegner der Kommune.
34) Zitiert aus: „Literaturnaja Gaseta" vom 17. März 1951
35) MacMahon, Marie-Edme-Patrice-Maurice; Graf; Herzog von Magenta (1808 - 1893); reaktionärer Militär und Politiker; Bonapartist; Oberbefehlshaber der Versailler Armee; „Henker der Pariser Kommune"; Präsident der Dritten Republik.
36) Lissagaray; Geschichte der Kommune 1871; Paris
37) Ebenda
38) Varlin, Louis-Eugene (1839 - 1871); Buchbinder; linker Proudhonist; Führer der Pariser Sektion der Internationale; Mitglied des ZK der Nationalgarde und der Pariser Kommune; am 28. Mai 1871 von Soldaten der Konterrevolution erschossen.
39) Pottier, Eugene (1816 - 1887); Mitglied der Pariser Sektion der Internationale; Mitglied der Kommune.
40) Fränkel, Leo (1844 - 1896); Goldschmied; Vertreter der internationalen ungarischen Arbeiterbewegung; Mitglied der Kommune.
41) Dombrowski, Jaroslaw (1836 - 1871); polnischer revolutionärer Demokrat; seit Mai 1871 Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Pariser Kommune.
42) Vaillant, Edouard (1840 - 1915); Sozialist; Blanquist; Mitglied der Kommune und des Generalrates der Internationale; Mitbegründer der Sozialistischen Partei Frankreichs.
43) Marx/Engels-Werke; Bd. 17; S. 662
44) W.I. Lenin; Über die Pariser Kommune
45) Vinoy, Joseph (1800 - 1880); französischer General; Bonapartist; Teilnehmer am Deutsch-Französischen Krieg; „Henker der Kommune".
46) Marx/Engels; Manifest der Kommunistischen Partei; Berlin 1967; S. 10
47) W.I. Lenin; Ausgew. Werke in drei Bänden; Bd. 2; Berlin 1967; S. 347
48) Ebenda; S. 352 f
49) Marx/Engels, Werke; Bd. 17; S. 340

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Leitfaden und Grundlage zum Erwerb von Elementarkenntnissen der marxistischen Theorie. Gegliedert in sechs Serien. Geeignet für Zirkel, Studien- und Bildungsgemeinschaften, Jugendgruppen, für Schüler, junge Arbeiter und Angestellte.

AUS UNSEREM ANGEBOT

Serie A: Gesellschaft und Staat

Wie der Mensch zum Menschen wurde
Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf
Was lehrt der Marxismus über den Staat?

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
Automation – Freund oder Feind?
Warum gibt es noch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Wie die Arbeiterbewegung entstand
Deutschland in der Revolution von 1848/49
Der Untergang der Weimarer Republik
Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx
Das Leben Lenins

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Der Weg von Potsdam nach Bonn. Wie Deutschland gespalten wurde
Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
Worin besteht die faschistische Gefahr in der Bundesrepublik?

Serie E: Das moderne Weltbild

Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Freiheit in marxistischer Sicht
Einführung in die marxistische Dialektik

Serie F: Kultur in unserem Leben

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Broschiert, 20 bis 25 S., Einzelheft DM 0,80 zuzüglich Zustellgebühr. Bezug im Abonnement oder durch Einzelbestellung über Buchhandel oder Verlag. Bisher 33 Einzelhefte erschienen.

VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11

Marxistische Taschenbücher

In der Reihe
Sozialistische Klassiker

Karl Marx
Lohnarbeit und Kapital / Lohn, Preis und Profit
Paperback · 144 Seiten

W. I. Lenin
Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus
Paperback · 168 Seiten

In der Reihe
Marxismus aktuell

Walter Schellenberg
Wie lese ich „Das Kapital"?
Einführung in das Hauptwerk von Karl Marx
Paperback · ca. 130 Seiten

Lenin über Trotzki
Mit einem Vorwort von Josef Schleifstein und Johannes von Heiseler
Paperback · ca. 140 Seiten

Die DDR — Entwicklung, Aufbau und Zukunft
Beiträge u. a. von Walter Ulbricht, Manfred Gerlach, Günter Wirth und Kurt Wünsche
Paperback · ca. 160 Seiten

Juri N. Dawydow
Freiheit und Entfremdung
Paperback · ca. 140 Seiten

Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution
Hrsgb.: Jutta von Freyberg und Kurt Steinhaus
Band I: SÜDVIETNAM
Band II: NORDVIETNAM
Paperback · ca. 120 bis 130 Seiten

Verlag Marxistische Blätter
6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11

Die deutsche Arbeiterbewegung 1919 bis 1923

Serie C:

Streifzüge durch die neuere Geschichte

16

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

Die deutsche Arbeiterbewegung 1919 bis 1923

	Seite
Gründung der kommunistischen Internationale	1
Die KPD in der Aufbauphase	1
Die Konsolidierung der bürgerlichen Macht	2
Rolle der SPD	3
Versailler Vertrag	3
Die revolutionären Massenbewegungen Anfang 1919	4
Die Entwicklung der KPD	4
Der Kapp-Putsch	5
Die Entwicklung der KPD zur Massenpartei	7
Die Ausarbeitung der Einheitsfrontpolitik der KPD	8
Die Märzaktion	9
Die „Offensivtheorie" und ihre Überwindung	10
Die weitere Entwicklung der Einheitsfrontpolitik	11
Der IV. Weltkongreß der Komintern	12
Kampf gegen die Ruhrbesetzung	12
Der 8. Parteitag der KPD	13
Der Einheitswille in der Arbeiterklasse	13
Generalstreik gegen Cuno	14
Die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen	15
Literaturangaben	16

Preis DM 1,-

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main, Heddernheimer Landstr. 78a, Tel.: (0611) 571051.

Druck: F. Freyeisen, 6 Frankfurt am Main, Gutleutstraße 17a

Die deutsche Arbeiterbewegung 1919 bis 1923

Deutschland war nach dem 1. Weltkrieg zum schwächsten Kettenglied im internationalen imperialistischen System geworden. Doch während die Oktoberrevolution in Rußland den ersten sozialistischen Staat hatte entstehen lassen, gelang es der Arbeiterklasse in Deutschland nicht, die Staatsmacht zu erobern und ein sozialistisches Regime aufzurichten.

Das deutsche Proletariat hatte in der Novemberrevolution eine schwere Niederlage erlitten; doch war andererseits die Herrschaft der Bourgeoisie noch nicht wieder gefestigt.[1] In den zahlreichen revolutionären Massenkämpfen, die die erste Hälfte des Jahres 1919 kennzeichneten, zeigte sich, wie wenig sich das bürgerliche Regime hatte konsolidieren können. Zudem hatte die revolutionäre Nachkriegskrise internationalen Charakter: denn gleichzeitig kam es in Ungarn, Bulgarien und Polen zu gewaltigen revolutionären Kämpfen; in Großbritannien, Spanien, Italien, Frankreich und den USA gab es Massenstreiks für ökonomische und soziale Forderungen, vielfach sogar für die Nationalisierung der Großunternehmen; in Ländern wie China, Indien und Korea regten sich nationale Befreiungsbewegungen.

Gründung der kommunistischen Internationale

Im Zuge dieser Entwicklung verschärfte sich auch die Auseinandersetzung zwischen den beiden Grundrichtungen in den internationalen Arbeiterbewegungen: der in der Haltung der II. Internationale zum Ersten Weltkrieg zum Ausdruck gekommene Opportunismus hatte den konsequenten, auch organisatorischen Bruch der revolutionären Arbeiter mit der Sozialdemokratie nötig gemacht; der Sieg der Bolschewiki in der Oktoberrevolution hatte den Opportunismus auch in der Praxis widerlegt.

In einigen Ländern entstanden Kommunistische Parteien, die zunächst noch ideologisch und organisatorisch schwach waren, in vielen anderen europäischen und außereuropäischen Ländern existierten revolutionäre Gruppen, die einer klaren Orientierung und der Hilfe für die Gründung Kommunistischer Parteien bedürften. Im März 1919 gründeten Delegierte aus rund 30 Ländern in Moskau die Kommunistische Internationale, die diese Aufgaben wahrnehmen sollte. Mit der Schaffung dieses internationalen Führungsorgans der kommunistischen Weltbewegung war die Voraussetzung geschaffen, dem Imperialismus eine geschlossene Front entgegenzusetzen.

Die KPD in der Aufbauphase

Die um die Jahreswende 1918/19 gegründete KPD befand sich in ihrer Aufbauphase. Sie war fast überall gezwungen, unter den Bedingungen der Illegalität zu kämpfen. Eine ideologische Einheit gab es in der jungen Partei noch nicht. Hinzu kam, daß ihre profiliertesten Führer Rosa Luxem-

burg und Karl Liebknecht ermordet worden waren. Das Scheitern der Novemberrevolution hatte gezeigt, daß es in Deutschland unmöglich war, in einem Sprung zur Diktatur des Proletariats zu kommen. Doch die KPD erkannte nicht, daß mit der Niederlage der Arbeiterklasse eine neue Situation eingetreten war. Statt dessen glaubte man, daß neue Kämpfe um die Macht unmittelbar bevorstünden und daß die Zuspitzung der Klassenkämpfe innerhalb weniger Wochen oder Monate eine revolutionäre Situation herbeiführen werde. Vielfach herrschte der Glaube an den unvermeidlichen Zusammenbruch des Kapitalismus und die spontane Erhebung des Proletariats. Auf dem Gründungsparteitag vom 30.12.1918 bis 1.1.1919 waren starke linkssektiererische Tendenzen in der Partei sichtbar geworden; die Erkenntnis, daß der Klassenkampf von der Partei geführt und organisiert werden muß und daß dabei an den sozialen Tagesinteressen und demokratischen Teilforderungen der Massen anzusetzen war, hatte sich noch nicht durchgesetzt.

Die KPD stand vor der Aufgabe, eine Strategie und Taktik auszuarbeiten, mit deren Hilfe breite Massen vom Einfluß des Opportunismus befreit werden konnten, um sie dann anhand ihrer eigenen Erfahrungen auf den Weg zur Eroberung der politischen Macht zu führen. Die Partei mußte es lernen, im Kampf um die Verteidigung und Erweiterung der in der Novemberrevolution errungenen demokratischen Rechte die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen, um so die Voraussetzungen für die Errichtung einer Arbeiterregierung als Vorstufe zur Diktatur des Proletariats zu schaffen.

Die Konsolidierung der bürgerlichen Macht

Wenn die herrschende Klasse in Deutschland ihre durch Krieg und Revolution angeschlagene Macht festigen wollte, mußte sie auf der einen Seite die revolutionäre Arbeiterbewegung zerschlagen, auf der anderen den Aufbau der bürgerlichen Republik vorantreiben. So kam es denn auch, daß im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland und in Berlin große Streikbewegungen mit Waffengewalt niedergeschlagen wurden, während gleichzeitig in Weimar die aus den Wahlen vom Januar 1919 hervorgegangene Nationalversammlung tagte und Mitte Februar eine Regierung aus Vertretern der SPD und bürgerlichen Parteien mit Friedrich Ebert von der SPD an der Spitze gebildet wurde. Die sozialdemokratische Führungsspitze diente dabei als arbeiterfreundliches Aushängeschild der neuen „Demokratie"; ohne ihre Einbeziehung in die Regierung wäre es der Bourgeoisie nicht gelungen, ihre alten Machtpositionen in Armee, Verwaltung, Justiz und Staatsapparat wiederherzustellen.

Als im August 1919 die Weimarer Verfassung verkündet wurde, war der Prozeß des Wiederaufbaus der bürgerlichen Herrschaft in der Form der parlamentarischen Republik weitgehend abgeschlossen. Der Inhalt der Weimarer Verfassung war im wesentlichen bestimmt durch den Sieg der Bourgeoisie über das Proletariat in der Novemberrevolution von 1918; dennoch stellte sie gegenüber dem Halbabsolutismus der Hohenzollernmonarchie einen wichtigen Fortschritt dar, denn sie bot durch ihre bürgerlich-parlamentarische Struktur der Arbeiterbewegung günstigere Bedingun-

gen zur Entfaltung ihrer Politik. Eine ganze Reihe von demokratischen Zugeständnissen (gleiches Wahlrecht, auch für Frauen; Rede-, Presse-, Koalitions- und Versammlungsfreiheit usw.) konnten durchaus für eine revolutionäre Politik genutzt werden.

Rolle der SPD

Trotz des Fortschritts, den die Weimarer Republik gegenüber der Hohenzollernmonarchie darstellte, hatte sich an dem Klassencharakter des deutschen Staates nichts geändert: noch immer war die Bourgeoisie die herrschende Klasse in Deutschland, ihre Position gegenüber dem Großgrundbesitz hatte sich gegenüber dem Kaiserreich sogar verbessert.

Demgegenüber behaupteten die sozialdemokratischen Führer, daß die Arbeiterklasse in der Novemberrevolution die politische Macht ergriffen hätten. Die SPD war größte Regierungspartei, stellte Reichspräsident und Reichskanzler und hatte wichtige Positionen im Staatsapparat inne; in den Diskussionen auf dem Weimarer Parteitag der SPD (Juni 1919) spielte demgemäß die Stellung der Sozialdemokratie zur Staatsmacht die zentrale Rolle. Der Kern dieser Frage bestand darin: hat sich mit dem Sturz der Hohenzollernmonarchie und der Errichtung der bürgerlichen Republik, also mit der Umwandlung der Staatsform, auch der Klasseninhalt des deutschen Staates gewandelt? Die opportunistische Ideologie jedoch ersetzte den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen Kapitalismus und Sozialismus durch den Schein-Widerspruch zwischen Demokratie und Diktatur. Indem so das Problem des Klassencharakters des Staates völlig ausgeklammert war, konnte die sozialdemokratische Führungsspitze den Sturz der Monarchie als eine grundlegende Veränderung der Macht- und Klassenverhältnisse ausgeben. In dem Bericht des Parteivorstandes für den Parteitag hieß es dementsprechend, die Arbeiterklasse habe in der Novemberrevolution die politische Macht erobert und „mit der Durchführung der politischen Demokratie ist Deutschland zum freiesten Staate der Welt geworden".[2] Diese Demokratie müsse gegen alle Versuche der KPD und Anhängern der USPD, eine „Diktatur der Minderheiten" zu errichten, verteidigt werden.

Versailler Vertrag

Schwerwiegende Folgen für die weitere Entwicklung in Deutschland hatte der Friedensvertrag von Versailles. Die Siegermächte des Ersten Weltkrieges legten dem niedergeworfenen Deutschland außerordentlich hohe ökonomische und politische Lasten auf, um Deutschland als Konkurrenten auf dem Weltmarkt und auch politisch auszuschalten. Andererseits aber beabsichtigten sie keineswegs, die Machtgrundlagen des deutschen Imperialismus anzutasten; im Gegenteil: der herrschenden Klasse in Deutschland sollte soviel Macht erhalten bleiben, daß sie einen Sieg der revolutionären Kräfte verhindern konnte.

Die Lasten des Krieges und des Versailler Vertrages wurden auf die werk-

tätigen Massen abgewälzt. Gleichzeitig aber nutzten die reaktionären Kräfte diese zusätzliche Ausbeutung des deutschen Volkes durch die Siegermächte für nationale Hetze. So sollte allein das Friedensdiktat der Westmächte verantwortlich sein für das soziale Elend, für Hunger und Arbeitslosigkeit in Deutschland. In Wirklichkeit war der Versailler Vertrag das folgerichtige Ergebnis der Politik der deutschen Bourgeoisie, denn sie hatte ja den Ersten Weltkrieg angezettelt. Durch die nationalistische Propaganda wollten sie die herrschenden Kreise dieser Verantwortung entziehen und das deutsche Proletariat vom Klassenkampf im eigenen Land abhalten.

Die revolutionären Massenbewegungen Anfang 1919

Die erste Hälfte des Jahres 1919 war von zahlreichen revolutionären Aktionen der Arbeiterklasse gekennzeichnet. Bis in den April hinein kam es in ganz Deutschland immer wieder zu regionalen Generalstreiks, die stets mit Waffengewalt niedergeschlagen wurden. Im Februar liquidierten konterrevolutionäre Truppen die Räterepublik in Bremen. In Berlin ermordeten im März die Truppen unter dem Vorwand, „Spartakisten" hätten 60 Polizeibeamte getötet, 1200 Arbeiter und Soldaten. Im April wurde in München nach der Ermordung des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner (USPD) die Räterepublik proklamiert. Die KPD lehnte zunächst eine Beteiligung ab, da eine wirkliche Räterepublik nur aus Massenaktionen der Arbeiterklasse hervorgehen könne. Die Situation hierfür war nach der Zerschlagung der revolutionären Bewegung im übrigen Deutschland äußerst ungünstig. Als aber die Arbeiter einen Putschversuch der Münchener Garnison erfolgreich niedergeschlagen hatten, übernahm Eugen Leviné (KPD) die Leitung der Räteregierung. Es wurde eine Rote Armee gebildet und Maßnahmen zur Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte, zur Besetzung wichtiger Funktionen in der Verwaltung und zur Nationalisierung der Banken getroffen. Doch auch hier wurde die revolutionäre Bewegung im Zusammenspiel von Reichswehr und rechter SPD-Führung mit militärischen Mitteln niedergeworfen.

Die Entwicklung der KPD

Erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 wirkte sich die Niederlage des deutschen Proletariats in der Novemberrevolution voll aus: die revolutionären Massenaktionen flauten allmählich ab. Angesichts dieser Entwicklung bestand die Aufgabe der KPD darin, die Massen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten über die Auseinandersetzung um ihre unmittelbaren ökonomischen und politischen Interessen an Aktionen zum Sturz der Bourgeoisie heranzuführen.

Doch die Versuche, den objektiven Gegebenheiten angemessene Kampfformen und Taktiken zu entwickeln, scheiterten an den linkssektiererischen Auffassungen großer Teile der Mitglieder und der Führung der Partei. Vielfach wurde die Arbeit in reformistischen Gewerkschaften und die Ausnutzung bürgerlicher Parlamente abgelehnt. Es herrschten Vorstellungen

von syndikalistischer und einer politisch-gewerkschaftlichen Einheitsorganisation. Die Abgrenzung von diesen „linken" Auffassungen begann erst auf der Reichskonferenz der KPD vom Juni 1919, die illegal in Berlin tagte: hier wurde das erste Parteistatut der KPD verabschiedet. Weiterhin faßte die Konferenz einen Beschluß gegen den Syndikalismus und hob die Notwendigkeit der zentralistisch organisierten politischen Partei des Proletariats hervor.

Dieser ideologische Klärungsprozeß wurde auf dem 2. Parteitag der KPD, der im Oktober 1919 illegal in Heidelberg, Mannheim und der Umgebung dieser Städte tagte, fortgesetzt. Wichtigstes Dokument für die taktische Neuorientierung der Partei waren die mit 31 : 18 Stimmen angenommenen „Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik". Die „Leitsätze" gingen davon aus, „daß die soziale Revolution nicht in einem raschen Sturmlauf vollendet werden könne"[3], sondern nur durch den politischen Kampf des Proletariats unter der Führung der Kommunistischen Partei. In zwei weiteren Dokumenten zum Parlamentarismus und zur Gewerkschaftsfrage wurden die falschen Orientierungen, die der Gründungsparteitag gegeben hatte, korrigiert und bessere Voraussetzungen für die Massenarbeit der KPD geschaffen. Die Auseinandersetzung mit linkssektiererischen Tendenzen fand ihren Höhepunkt auf dem wiederum illegal in Karlsruhe im Februar 1920 tagenden 3. Parteitag der KPD. Die Heidelberger „Leitsätze" wurden bestätigt; diejenigen Bezirksorganisationen, die auch nach dem 2. Parteitag die „Leitsätze" abgelehnt hatten, wurden aus der KPD ausgeschlossen. Die Gesamtmitgliederzahl der KPD sank um über ein Drittel. Lenin erklärte in seinem Buch „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" folgendes zu diesem Schritt: „Spaltung ist immerhin besser als Konfusion, die sowohl das ideologische, theoretische, revolutionäre Wachstum, den Reifeprozeß der Partei als auch ihre einmütige, wirklich organisierte, wirklich die Diktatur des Proletariats vorbereitende, praktische Arbeit hemmt."[4] Die ausgeschlossene Fraktion bildete im April 1920 die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD), die nur vorübergehend an Einfluß gewinnen konnte und schon bald zur politischen Bedeutungslosigkeit herabsank.

Der Kapp-Putsch

Das innerdeutsche Kräfteverhältnis hatte sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 und Anfang 1920 weiter zugunsten der Reaktion verschoben. Die aufgrund des Versailler Vertrages geforderte Reduzierung des Landheeres und die Auflösung der Marinebrigaden Ehrhardt und Loewenfeld nahmen die reaktionären Kreise zum Anlaß für einen geplanten Putsch, der die bürgerlich-parlamentarische Republik beseitigen sollte. Am 13. März zog die Marinebrigade Ehrhardt in Berlin ein und besetzte das Regierungsviertel. Die Regierung war schon am Tag zuvor geflohen. Die Reichswehr hatte sich geweigert, gegen die Putschisten vorzugehen.

Noch am gleichen Tag riefen die SPD, die USPD und die Gewerkschaften zum Generalstreik auf. Die Zentrale der KPD hatte sich zunächst diesem

Aufruf nicht angeschlossen. Sie sah im Putsch lediglich eine Auseinandersetzung innerhalb der herrschenden Klasse. Dieser Beschluß, der unter dem Einfluß ultralinker Führer der Berliner Bezirksleitung gefaßt worden war, wurde allerdings schon am folgenden Tag korrigiert. Die KPD rief ebenfalls zum Generalstreik auf.

Der Generalstreik legte überall in Deutschland die Produktion, den Verkehr und das Nachrichtenwesen lahm. Insgesamt standen etwa 12 Millionen Arbeiter und Angestellte im Kampf. In etlichen Gebieten kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Reichswehrtruppen oder Freikorps, die zum Teil siegreich für die Arbeiter ausgingen. Das Zentrum des Kampfes war das Ruhrgebiet: hier wurde eine Rote Armee gebildet, die etwa 100.000 Mann stark war und nur Werktätige umfaßte. In erbitterten Kämpfen wurde bis zum 23. März das ganze Ruhrgebiet von Reichswehrverbänden, Freikorps und Polizei befreit.

Am 17. März mußte die Regierung Kapp unter der Wucht der Schläge einheitlicher Aktionen der Arbeiterklasse, von Sozialdemokraten, Kommunisten und christlichen Arbeitern, und ihrer schärfsten Waffen: des politischen Generalstreiks und militärischer Aktionen, abdanken. Damit hatte die Arbeiterklasse ihre ganze Macht offenbart. Sofort richtete daher die herrschende Klasse ihr Hauptaugenmerk auf die Zerschlagung der Kampffront der Arbeiter: die Regierung setzte Reichswehrtruppen und Freikorps in Marsch, die die Arbeiterklasse und ihre bewaffneten Verbände niederwerfen sollten. Dabei scheute sich diese sozialdemokratisch geführte Regierung nicht, auch solche Reichswehrverbände einzusetzen, die es noch wenige Tage vorher abgelehnt hatten, gegen die Kapp-Putschisten einzuschreiten. Diese Reichswehreinheiten gingen mit brutaler Gewalt gegen die Arbeiter vor und schreckten nicht vor Massenmord zurück.

Die SPD-Führung rief am 18. März 1920 dazu auf, den Generalstreik abzubrechen; demgegenüber forderte die KPD am nächsten Tag die Fortsetzung des Streiks, bis die reaktionären Truppen entwaffnet seien und die Waffen sich in den Händen der Arbeiter befänden. In dieser Situation, nach dem Sieg der Arbeiterklasse über die Putschisten, wäre es möglich gewesen, die Fortsetzung der verhängnisvollen Koalitionspolitik der SPD zu verhindern und die Bildung einer Arbeiterregierung unter Beteiligung der USPD und der Gewerkschaften zu erzwingen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) hatte ein 9-Punkte-Programm ausgearbeitet, das die Plattform einer solchen Arbeiterregierung hätte bilden können. Der Vorstand des ADGB begann auch unter dem Druck der Massen sofort mit Verhandlungen über die Bildung einer aus Vertretern der SPD, der USPD und der Gewerkschaften bestehenden Regierung. Doch die Führung der USPD lehnte die Beteiligung an einer solchen Arbeiterregierung mit linkssektiererischen Phrasen ab; einer ihrer Vorsitzenden, Artur Chrispien, erklärte: „Niemals werde ich mich mit Arbeitermördern an einen Tisch setzen!“[5] Nach heftigen Diskussionen sprach sich die Zentrale der KPD schließlich für die Bildung einer Arbeiterregierung aus; in dieser Erklärung der Zentrale heißt es unter anderem: „3. Das gegenwärtige Stadium des Kampfes... ist ein Zeichen dafür, daß die objektiven Grundlagen

für die proletarische Diktatur im gegenwärtigen Moment nicht gegeben sind. 4. Für die weitere Eroberung der proletarischen Massen für den Kommunismus ist ein Zustand, wo die politische Freiheit unbegrenzt ausgenützt werden, die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könnte, von der größten Wichtigkeit für die Entwicklung in der Richtung zur proletarischen Diktatur. 5. Die KPD sieht in der Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluß von bürgerlich-kapitalistischen Parteien einen erwünschten Zustand für die Selbstbestätigung der proletarischen Massen und ihr Heranreifen für die Ausübung der proletarischen Diktatur."[6]

Trotz der Richtigkeit der praktischen Orientierung, die diese Erklärung gab,[7] reichten die Erfahrungen der KPD und der revolutionären Kräfte in der USPD noch nicht aus, um die Bildung einer solchen Regierung zu erzwingen. Die SPD setzte ihre bisherige Koalitionspolitik fort und traf nur einige personelle Veränderungen (u.a. Entlassung Noskes).

„Der Sieg über den Kapp-Putsch vermittelte die geschichtliche Lehre, daß die einheitlich handelnde Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen werktätigen Massen eine gewaltige Kraft ist."[8] Doch dieser Sieg konnte aufgrund der opportunistischen und arbeiterfeindlichen Haltung der SPD-Führung und der schwankenden Position der USPD einerseits sowie der organisatorischen Schwäche und unzureichenden Erfahrung der KPD andererseits nicht zu weitergehenden politischen und sozialen Errungenschaften ausgebaut werden.

Die Entwicklung der KPD zur Massenpartei

Schon im Verlauf der Kämpfe gegen den Kapp-Putsch hatte sich ein Prozeß der Annäherung der KPD und der revolutionären Kräfte in der USPD vollzogen. Dieser Prozeß hatte seine Fortsetzung in den Massenaktionen der deutschen Arbeiterklasse Mitte 1920 gegen den dritten Interventionskrieg des Weltimperialismus gegen die junge Sowjetunion gefunden. Der II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der in den Monaten Juli und August 1920 in Moskau tagte, gewann für den weiteren Verschmelzungsprozeß der revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse große Bedeutung. Der Kongreß orientierte die Kommunistischen Parteien auf die Auseinandersetzung mit dem Opportunismus sowohl in seiner rechten Spielart als auch in Form des weit verbreiteten linken Radikalismus. Der Kongreß beschloß nach einer scharfen Auseinandersetzung mit den rechten Vertretern der USPD, die neben der Delegation der KPD an der Konferenz teilnahmen, die 21 Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale. Diese forderten von allen Parteien die Anerkennung der Diktatur des Proletariats, Anwendung des demokratischen Zentralismus, aktive Unterstützung aller Staaten, in denen die Macht von der Arbeiterklasse ausgeübt wurde, und der nationalen Befreiungsbewegungen.

Während des Parteitages der USPD vom Oktober 1920 fanden die Auseinandersetzungen zwischen der zentristischen und der revolutionären Linie

in der Partei ihren Abschluß: mit 237 gegen 156 Stimmen sprachen sich die Delegierten für den sofortigen Anschluß an die Kommunistische Internationale und damit für den Zusammenschluß mit der KPD aus.

Auf dem im Dezember 1920 in Berlin tagenden Vereinigungsparteitag wurde der Zusammenschluß endgültig vollzogen. Die KPD, die sich nun vorübergehend Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands (VKPD) nannte, war damit in verhältnismäßig kurzer Zeit als erste Kommunistische Partei in einem hochindustrialisierten Land zu einer Massenpartei herangewachsen. Zu Vorsitzenden der Partei wurden Paul Levi und Ernst Däumig gewählt. Die Beschlüsse dieses Parteitages orientierten auf eine breite Massenarbeit sowie auf die Arbeit in den Gewerkschaften: Die neuen Organisationsprinzipien berücksichtigten den demokratischen Zentralismus in stärkerem Ausmaß.

Die Mitgliederentwicklung der KPD:[9]

Herbst 1919	Anfang 1920	November 1920	Dezember 1920	August 1921	Januar 1923	Herbst 1923
107.000	70.000	100.000	300.000	180.000	200.000	300.000

Die Ausarbeitung der Einheitsfrontpolitik der KPD

In der zweiten Hälfte des Jahres 1920 spitzte sich die soziale Lage der deutschen Arbeiterklasse infolge der Inflation immer mehr zu. Das Leben wurde immer teurer. Arbeitslosigkeit griff verstärkt um sich. In den Vordergrund trat daher der Kampf um die ökonomischen Tagesforderungen der werktätigen Massen und die Verteidigung der demokratischen Rechte gegen die immer deutlicher werdende Offensive der herrschenden kapitalistischen Klasse.

Im Januar des Jahres 1921 leitete die VKPD mit ihrem „Offenen Brief" an die Leitungen der Gewerkschaften, der SPD, der USPD und der KAPD eine Wende in ihrer Massenarbeit ein. Dieser Brief, der an die Forderungen der Stuttgarter Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes anknüpfte, enthielt die Aufforderung an die Arbeiterparteien, gemeinsam für die unmittelbaren Lebensinteressen der Lohnabhängigen zu kämpfen. „Die fortschreitende Zersetzung des Kapitalismus, die Rückwirkungen der einsetzenden Weltkrise zu den Wirkungen der besonderen deutschen Krise, die fortschreitende Entwertung des Geldes und die in Deutschland noch immer fortschreitende Steigerung der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, die zunehmende Arbeitslosigkeit und Verelendung breiter Massen machen es notwendig, daß die proletarische Klasse sich als Gesamtheit zur Wehr setzt und dabei nicht nur der Industrieproletarier gedenkt, sondern all der Schichten, die, erst jetzt erwachend, sich ihres proletarischen Charakters bewußt werden."[10]

Der Offene Brief schlug die Aufnahme einheitlicher Lohnkämpfe und ge-

meinsame Aktionen für eine ganze Reihe sozialer und politischer Forderungen vor. Doch die rechten Führer der SPD, USPD und der Gewerkschaften lehnten diese Vorschläge ab unter dem Vorwand, es handele sich um ein Manöver, das der VKPD allein Vorteile bringen solle.

Zwar war mit der Politik des „Offenen Briefes" eine bedeutsame taktische Wendung vollzogen worden, doch stand die Entwicklung einer marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik durch die VKPD noch in den Anfängen. Die Partei besaß noch keine erfahrene und geschlossene Führung; noch immer unter dem Einfluß des Kampfes gegen den Rechtsopportunismus stehend, verstanden viele Parteimitglieder die Einheitsfrontpolitik der Partei nicht: sie glaubten, nach der Vereinigung sei die KPD stark genug, um auch ohne die SPD und die USPD Kämpfe führen zu können.

Auf dem Boden derartiger Unklarheiten trat einerseits eine neue ultralinke Tendenz hervor, die vor allem durch die Führer der Berliner Parteiorganisation Ruth Fischer, Arkadi Maslow und Ernst Reuter-Friesland repräsentiert wurde; auf der anderen Seite erschien die Gefahr des Rechtsopportunismus, als der Parteivorsitzende Paul Levi die konsequente Politik der KI gegenüber dem Zentrismus kritisierte. Die Mehrheit der Mitglieder des Zentralausschusses lehnte die Position Levis ab, da sie den eigenen Erfahrungen der KPD, die ja erst nach dem endgültigen Bruch mit dem Zentrismus zu einer Massenpartei geworden war. Die beiden Vorsitzenden, Paul Levi und Ernst Däumig, traten daraufhin zurück und wurden durch Heinrich Brandler und Walter Stoecker ersetzt.

Die Märzaktion

Bevor noch die Politik des „Offenen Briefes" bedeutendere Massenwirksamkeit erlangen konnte, startete die sozialdemokratisch geführte preußische Regierung in Zusammenarbeit mit den mitteldeutschen Kapitalisten eine militärische Aktion gegen das mitteldeutsche Proletariat. Im Gegensatz zu den übrigen Gebieten Deutschlands war es hier nämlich nicht gelungen, die Arbeiter vollständig niederzuwerfen und zu entwaffnen. Hinzu kam, daß die KPD in Mitteldeutschland über einen sehr großen Einfluß verfügte; so konnte sie bei den preußischen Landtagswahlen vom Februar 1921 allein im Wahlkreis Merseburg fast 200.000 Stimmen gewinnen, während für die SPD und USPD zusammen nur 145.000 Wähler stimmten; im Mansfelder Gebiet hatte die KPD sogar über 40 % aller Stimmen auf ihrer Seite.

Unter dem Vorwand, ein „kommunistischer Aufstand" müsse verhindert werden, ließ der preußische Innenminister am 19. März 1921, einem Samstag, bewaffnete Polizeieinheiten in das mitteldeutsche Industriegebiet einmarschieren. Das geschah mit dem Ziel, die Arbeiter zum bewaffneten Kampf zu provozieren, um sie dann endgültig niederschlagen zu können.

Am 21. März 1920 wurde der Generalstreik ausgerufen; und nachdem die Polizei gewaltsam gegen Protestversammlungen eingeschritten war, gingen

die Arbeiter am 23. März zum bewaffneten Kampf über. Doch die objektiven Voraussetzungen für den bewaffneten Kampf fehlten: die KPD und die Arbeiterklasse waren nicht darauf vorbereitet, außerhalb des Mansfelder Gebietes war der Generalstreik uneinheitlich und zersplittert, im übrigen Deutschland kam es nur in Hamburg und im Ruhrgebiet zu größeren Solidaritätsaktionen. Es gelang den Polizeitruppen relativ rasch, die Arbeiter niederzuschlagen; am 1. April rief die KPD auf, den Generalstreik abzubrechen; das Proletariat hatte eine blutige Niederlage erlitten.

Die „Offensivtheorie" und ihre Überwindung

Die Abwehr dieser Provokation hatte die KPD vor eine komplizierte Aufgabe gestellt: es wäre nötig gewesen, die Politik des „Offenen Briefes" unbeirrt fortzusetzen und breite Kreise der Arbeiterklasse in den Kampf zur Verteidigung ihrer demokratischen und sozialen Rechte zu führen. Statt dessen hatte sich schon vor den Märzkämpfen die ultralinke „Offensivtheorie" in der Parteiführung durchgesetzt, die die revolutionäre Partei darauf verpflichten wollte, ohne Rücksicht auf das reale Kräfteverhältnis der Klassen, auf die objektive Situation und die Größe ihres Einflusses, „offensive" Aktionen zu führen. Erst nachdem die Konzernherren zusammen mit der SPD-Führung die Märzkämpfe provoziert hatten, zeigte sich die Gefährlichkeit der „Offensivtheorie": Sie nahm der KPD ihre taktische Beweglichkeit und führte dazu, daß sie sich den bewaffneten Kampf aufzwingen ließ, ohne daß die objektiven Voraussetzungen dafür gegeben waren.

Erst in den folgenden Monaten setzte sich die Einsicht in die Schädlichkeit der „Offensivtheorie" in der KPD durch. Clara Zetkin kritisierte die Taktik der Partei in den Märzkämpfen und bezeichnete die Aufgabe der Politik des „Offenen Briefes" als den Hauptfehler. Sie erklärte, daß jede Aktion der Partei „durch die genaue Klarheit des Kampfes, durch enge Fühlung mit den Massen" vorbereitet und unter Losungen aufgenommen werden müsse, „die so konkrete Lebensmotwendigkeiten der proletariwerden müsse, „die so konkrete Lebensnotwendigkeiten der proletarischen Massen betreffen, daß sie sie eben aufrütteln und zu uns führen."[11)]

Im August 1921 tagte in Jena der 7. Parteitag der VKPD. Er orientierte die Partei wieder auf den konsequenten Kampf für die Einheitsfront der Arbeiterklasse und beendete damit die monatelangen Auseinandersetzungen um die politische Linie. Diese taktische Neuorientierung der KPD war entscheidend vorbereitet worden durch den III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der im Juni/Juli 1921 in Moskau stattgefunden hatte. Hier war die Taktik der VKPD in der Märzaktion kritisiert und demgegenüber die Politik des „Offenen Briefes" hervorgehoben worden. W.I. Lenin hatte in einem Referat erklärt: „Je organisierter das Proletariat in einem kapitalistisch entwickelten Lande ist, um so mehr Gründlichkeit verlangt die Geschichte von uns bei der Vorbereitung der Revolution und mit um so größerer Gründlichkeit müssen wir daran arbeiten, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern."[12)]

Die weitere Entwicklung der Einheitsfrontpolitik

Im Herbst 1921 kam die KPD durch ihre Aktionen anläßlich der Ermordung des Zentrumspolitikers Matthias Erzberger und ihre Unterstützung der zehn Forderungen des ADGB zur Steuer- und Wirtschaftspolitik aus der Isolation, in die sie während der Märzaktion geraten war, allmählich wieder heraus. Die verstärkte Tätigkeit ultrarechter militaristischer Organisationen (Angehörige solcher Organisationen hatten Erzberger ermordet) stellte die KPD vor die Frage, wie sie sich zu den Angriffen dieser Gruppen auf die demokratischen Errungenschaften der Weimarer Republik verhalten sollte. Statt die Massen auf das Parlament zu vertrösten, wie es die Politik der SPD-Führung war, richtete die KPD ihren Kampf auf die Verteidigung und Erweiterung der Demokratie und beschränkte sich damit bewußt auf Ziele, die auch den breiten Massen der Lohnabhängigen verständlich waren. Allerdings konnten diese Grundsätze leninistischer Strategie und Taktik nur langsam in der Partei durchgesetzt werden.

Als im Juni 1922 wieder ein bürgerlicher Politiker, diesmal Walther Rathenau, von konterrevolutionären Organisationen ermordet wurde, kam es zu ersten Ansätzen einer Aktionseinheit der drei Arbeiterparteien, die das sogenannte „Berliner Abkommen" schlossen. Dieses Abkommen „Zur Verteidigung der Republik und der Grundrechte der Arbeitnehmerschaft" forderte vom Reichstag die Auflösung aller monarchistischen und antidemokratischen Organisationen sowie die Säuberung des Staatsapparates von allen antirepublikanischen Elementen. Als es jedoch in großen Teilen Deutschlands zu Generalstreiks und zu riesigen Demonstrationen kam, sah die Führungsspitze der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften ihre Politik der Kooperation mit der herrschenden Klasse gefährdet und kündigten das Abkommen unter dem Vorwand, die KPD habe durch weitergehende Forderungen die gemeinsame Plattform verlassen.

Auch in den Gewerkschaften forcierten die Kommunisten die Bemühungen um die Herstellung der Aktionseinheit. Dabei gewannen sie durch ihr entschiedenes Eintreten für die Arbeiterinteressen immer größeren Einfluß. So zeichnete sich auch in den Gewerkschaften der Gegensatz zwischen reformistischen und revolutionären Positionen immer deutlicher ab. Auf dem ersten Bundestag des ADGB, der im Juni 1922 in Leipzig tagte, sprach sich eine knappe Mehrheit der Delegierten für den Austritt aus der im November 1918 entstandenen Zentralarbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern aus. Doch setzten sich die rechten Führer des ADGB in der Folgezeit über diesen Beschluß hinweg.

Auf diese Weise verhinderten die Führer der SPD, der USPD und der Gewerkschaften die Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen die verstärkte Offensive der herrschenden Klasse. Langsam verschob sich das Kräfteverhältnis zugunsten der rechten Kräfte. Diese Entwicklung ging einher mit der fortschreitenden Verschlechterung der Lebenslage der Volksmassen. Infolge der Inflation erhöhten sich die Lebenshaltungskosten in immer schnellerem Tempo.

Der IV. Weltkongreß der Komintern

Im November/Dezember 1922 tagte in Moskau der IV. Weltkongreß der Komintern, der als letzter Kongreß unter der Leitung Lenins stand. Aus den Erfahrungen der Arbeiterbewegung seit dem Ersten Weltkrieg wurde das Facit gezogen: „Zwischen der gegenwärtigen Periode der Herrschaft der offenen bürgerlichen Reaktion und dem vollen Sieg des revolutionären Proletariats über die Bourgeoisie liegen verschiedene Etappen und sind verschiedene vorübergehende Episoden möglich. Die Kommunistische Internationale und ihre Sektionen müssen auch diese Eventualitäten ins Auge fassen; sie müssen verstehen, bei jeder Lage, die revolutionären Positionen zu verteidigen."[13]

Die Arbeiterregierung wurde auf dem Kongreß als Entwicklungsstufe auf dem Wege zur Diktatur des Proletariats eingeschätzt. Die Losung der Arbeiterregierung entsprach einem Kräfteverhältnis, wo einerseits die Macht der Bourgeoisie noch nicht gefestigt war, andererseits aber das Proletariat noch nicht bereit war, unmittelbar um die Diktatur des Proletariats zu kämpfen.

Kampf gegen die Ruhrbesetzung

Zu Beginn des Jahres 1923 spitzten sich die Widersprüche zwischen dem deutschen und dem französischen Monopolkapital zu. Um die Gegensätze zwischen den Siegermächten zu verschärfen, stellten die deutschen Kapitalisten Anfang 1923 ihre Reparationszahlungen an Frankreich ein. Frankreich besetzte daraufhin – wie beabsichtigt – das Ruhrgebiet, ohne Zustimmung der USA und Großbritanniens.

Die Regierung Cuno rief zum „passiven Widerstand" gegen die Besatzungsbehörden auf. Unter der Parole der „nationalen Einheitsfront" sollte die Arbeiterklasse davon abgelenkt werden, daß ihr Hauptfeind im eigenen Land stand. Während die herrschende Klasse versuchte, ihre eigenen Profitinteressen als die nationalen Interessen des ganzen deutschen Volkes auszugeben, wälzte sie gleichzeitig die durch die Ruhrbesetzung verschärfte Wirtschaftskrise auf die lohnabhängige Masse ab, indem sie die Inflation beschleunigt vorantrieb.

Ende Januar 1923 beschloß die Zentrale der KPD den berühmten Aufruf „Schlagt Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree!". In diesem Dokument enthüllte die Partei den imperialistischen Charakter des Ruhrkampfes. Die Ursache der Besetzung war nämlich in der Weigerung der französischen Monopole zu suchen, ihren deutschen Partnern nur 40 % der Anteile an dem geplanten französisch-deutschen Kohlen- und Stahlsyndikat zu überlassen. Nachdem dieses Projekt gescheitert war, provozierten die deutschen Monopolherren die Ruhrbesetzung, indem sie ihre Reparationszahlungen einstellte. Die KPD rief die Arbeiterklasse dazu auf, den Kampf gegen den französischen Imperialismus nicht mit, sondern gegen die deutsche Bourgeoisie zu führen; die hob hervor, daß die nationalistischen Stimmungen, die die herrschende Klasse zu wecken versuche, nur ihr nütze.

Der 8. Parteitag der KPD

In dieser Situation fand Ende Januar/Anfang Februar 1923 der 8. Parteitag der KPD in Leipzig statt. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Probleme der Einheitsfront und der Arbeiterregierung. Aufgrund der sich im Zuge der Ruhrbesetzung verschärfenden Klassenwidersprüche in Deutschland gewannen diese Fragen eine besondere praktische Bedeutung. In der Diskussion dieser Fragen zeigte sich, daß der Prozeß der Aneignung des Leninismus in der KPD noch immer nicht abgeschlossen war. Schließlich nahm der Parteitag mit 118 gegen 59 Stimmen die „Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung" an, die mit den Ergebnissen des IV. Weltkongresses übereinstimmten, aber auch Ansätze rechtsopportunistischer Orientierungen enthielten. Die „Leitsätze" berücksichtigten in ungenügendem Maße die Notwendigkeit für eine Arbeiterregierung im Zuge des sich verschärfenden Klassenkampfes über den Rahmen der bürgerlichen Legalität hinauszugehen. Diese Unklarheiten, die auf dem Parteitag nicht restlos ausdiskutiert wurden, hatten in der Folgezeit noch ernste Folgen.

Der Einheitswille in der Arbeiterklasse

Die rasche Verelendung der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Schichten führte zu zahllosen örtlichen Streiks und Bewegungen für die Verbesserung der materiellen Situation des Volkes. Der wachsende Einheitswille der Arbeiterklasse kam in dem raschen Aufschwung verschiedener Massenbewegungen und Einheitsfrontorgane wie der **revolutionären Betriebsrätebewegung** zum Ausdruck, die immer häufiger als organisierende Kraft in den Kämpfen der Arbeiterklasse gegen die Verelendungspolitik der herrschenden Klasse auftrat. Eine andere Form der Einheitsfront waren die Kontrollausschüsse, die als Selbsthilfeorganisationen gegen Preiswucher und Schwarzhandel auftraten; an dieser Bewegung nahmen besonders viele werktätige Frauen teil; die Kontrollausschüsse kämpften für die Herabsetzung überhöhter Preise, die kostenlose Verteilung oder den verbilligten Verkauf von beschlagnahmter Schieberware oder die Umquartierung von Arbeitern aus Kellerlöchern in leerstehende Wohnungen. Auf Initiative der KPD und der revolutionären Betriebsräte entstanden vielerorts die **proletarischen Hundertschaften**, die kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter vereinten. Sie dienten dem Schutz von Streiks und Demonstrationen und als Selbstschutzformation des Proletariats gegen die wachsende faschistische und militaristische Gefahr.

Die Streikbewegung wurde in der zweiten Maihälfte immer stärker: Ende Mai 1923 standen im Ruhrgebiet 380.000 Arbeiter im Ausstand; in Schlesien streikten 100.000 Berg- und Hüttenarbeiter sowie 120.000 Landarbeiter; in Berlin legten über 130.000 Metallarbeiter die Arbeit nieder. Im Zuge dieser Bewegung polarisierten auch innerhalb der Arbeiterbewegung die beiden Klassenlinien immer mehr. Während die reformistische Strömung, verkörpert in den Führungen der SPD und der Gewerkschaften, immer mehr an Boden verloren, konnte die KPD ihren Einfluß vertiefen.

Auf der anderen Seite aber wuchs auf dem Hintergrund der durch die Ruhrbesetzung ausgelösten nationalistischen Welle die faschistische Gefahr immer mehr an.

Generalstreik gegen Cuno

Als während des Sommers 1923 die Inflation immer katastrophalere Ausmaße annahm, verstärkte sich der Druck der Massen gegen die Verschlechterung der Lebenssituation einerseits und für die Arbeitereinheit andererseits.

Am 1. August beschloß eine Berliner Betriebsrätevollversammlung einen dreitägigen Generalstreik zum Sturz der Regierung Cuno und zur Durchsetzung einer Reihe von ökonomischen, sozialen und politischen Forderungen, darunter die Sicherung der Ernährung des Volkes, die Festsetzung eines Minimalstundenlohnes und die Aufhebung des Demonstrationsverbotes. Am nächsten Tag erklärte Cuno seinen Rücktritt; wiederum einen Tag später, am 13. August, wurde eine Regierung der großen Koalition unter Führung Gustav Stresemanns gebildet. Die Berliner Arbeiter setzten ihren Streik mit dem Ziel fort, alle ihre Forderungen durchzusetzen und auch die Regierung Stresemann zu stürzen. Ihnen schlossen sich die Arbeiter vieler anderer Gebiete in Deutschland an, so daß am 13. und 14. August 1923 ca. 3.000.000 Arbeiter im Generalstreik standen. Doch der Streik bröckelte bald ab, da die SPD und die Gewerkschaftsführung alles daran setzten, die Streikfront zu spalten.

Im Gegensatz zu der Haltung der reformistischen Führer war der Wille zur gemeinsamen Aktion unter den Mitgliedern der SPD und der Gewerkschaften groß. Als nach dem Abbruch des Streiks die Unternehmer zusammen mit der neuen Regierung zum massiven Angriff übergingen, als Tausende von Arbeitern wegen ihrer Beteiligung an dem Generalstreik entlassen wurden, die Inflation im Herbst 1923 auf den Höhepunkt getrieben wurde, bildeten sie gemeinsam mit Kommunisten Aktionsausschüsse, um sich auf die Pläne der herrschenden Klasse eine Militärdiktatur zu errichten, vorzubereiten. Mitte August 1923 wurden in Preußen die revolutionären Betriebsräte verboten; dem Beispiel folgte in den folgenden Wochen die Mehrzahl der deutschen Länderregierungen. Einen Monat später verhängte Friedrich Ebert den militärischen Ausnahmezustand über das ganze Reich. Diese Schritte zeugten von einer tiefen Krise der bürgerlichen Staatsmacht. Die Bourgeoisie war nicht mehr in der Lage, ihre Herrschaft mit herkömmlichen demokratischen Mitteln aufrechtzuerhalten.

Die KPD ging davon aus, daß sich Ende 1923 eine revolutionäre Situation anbahnte und begann daher, Maßnahmen für die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes zu treffen. Es wurde ein Militärischer Rat geschaffen, an dessen Spitze Ernst Schneller trat; in den Grundorganisationen wurden militärische Übungen abgehalten. Doch während die Partei diese Vorbereitungen für den bewaffneten Aufstand sorgfältig traf, vernachlässigte sie die Entfaltung breiter Massenkämpfe um soziale Verbesserungen. Die großen Sympathien, die große Teile der Arbeiterklasse der KPD entgegen-

brachten, wurde mit der Bereitschaft der Massen gleichgesetzt,unter Führung der KPD „in den Entscheidungskampf zu treten".

Die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen

Mitte Oktober 1923 wurden in Sachsen und in Thüringen Landesregierungen unter Beteiligung der KPD gebildet, die im ganzen Reich ein lebhaftes Echo fanden und von den Arbeitermassen als eine Antwort auf die Sammlung der faschistischen Kräfte aufgefaßt wurde. Doch die Unklarheiten in der Staatsfrage, die auf dem 8. Parteitag der KPD hervorgetreten waren, zeigten hier ihre Auswirkungen: die Arbeiterregierungen unternahmen nichts, um den Staatsapparat zu verändern, oder um die materielle Situation der Lohnabhängigen zu verbessern. Georgi Dimitroff kritisierte auf dem VII. Weltkongreß die Fehler der Kommunisten in der mitteldeutschen Arbeiterregierungen mit folgenden Worten: „. . . die Kommunisten, die sich an der Regierung beteiligten, hätten ihre Positionen vor allem zur **Bewaffnung des Proletariats** ausnützen müssen. Sie haben das nicht gemacht. Sie haben nicht einmal eine einzige Wohnung der Reichen beschlagnahmt, obwohl die Wohnungsnot der Arbeiter so groß war, daß viele mit Frau und Kind kein Obdach hatten. Sie unternahmen auch nichts, um die revolutionäre Massenbewegung der Arbeiter zu organisieren. Überhaupt verhielten sie sich wie gewöhnliche parlamentarische Minister im Rahmen der bürgerlichen Demokratie".[14]

Die Erwartungen der Massen wurden nicht befriedigt. Es gelang den Arbeiterregierungen nicht, sich rasch eine Vertrauensbasis zu schaffen. Elf Tage nach Antritt der Regierung begann der Einmarsch der Reichswehr in Sachsen, um die verfassungsmäßig zustandegekommenen Regierungen in Mitteldeutschland zu beseitigen.

Am Vorabend hatte die Führung der KPD beschlossen, den Generalstreik einzuleiten, aus dem sich der seit längerem vorbereitete bewaffnete Aufstand entwickeln sollte. Der Aufruf dazu sollte von einer Konferenz der sächsischen Regierung mit Vertretern der Betriebsräte und der Gewerkschaften ausgehen, der für den 21. Oktober 1923 nach Chemnitz einberufen war. Am 23. Oktober sollte in Hamburg der bewaffnete Kampf ausgelöst werden, als Signal für die Erhebung in ganz Deutschland. Als der Vertreter der KPD auf der Chemnitzer Konferenz den sofortigen Generalstreik forderte, zeigte sich, daß die Aktion völlig ungenügend vorbereitet war: die linken Sozialdemokraten zogen nicht mit. Die Zentrale der KPD sah sich daher gezwungen, den Beschluß über den Generalstreik und den bewaffneten Kampf aufzuheben.

In Unkenntnis des Ausgangs der Chemnitzer Konferenz jedoch löste die Hamburger Parteiorganisation am 23. Oktober 1923 die Erhebung aus. Trotz anfänglicher Erfolge mußte der Kampf der Hamburger Arbeiter nach zwei Tagen abgebrochen werden, da der Aufstand isoliert geblieben war und die Polizeitruppen von außerhalb verstärkt worden waren.

Auch in Mitteldeutschland erlitten die Arbeiter eine schwere Niederlage: die Reichswehrtruppen gingen brutal gegen die Werktätigen vor; die revolutionären Arbeiter wurden verfolgt. Tausende wurden eingesperrt und verurteilt. Am 23. November 1923 wurde die Kommunistische Partei Deutschland verboten.

Literaturangaben:

(1) Vgl. Marxistischer Lehrbrief: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Serie C, Nr. 9

(2) Zitiert nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 3, Berlin 1966, S. 247

(3) Zitiert nach: Ebenda, S. 259

(4) Zitiert nach: Ebenda, S. 264

(5) Zitiert nach: Fritz Krause, Arbeitereinheit rettet die Republik, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1970, S. 32

(6) Ebenda, S. 126

(7) Lenin hat diese Erklärung „sowohl ihrer Hauptvoraussetzung nach als auch ihrer praktischen Schlußfolgerung nach vollkommen richtig" eingeschätzt, aber auch einige schwere theoretische Mängel kritisiert (vgl. hierzu: „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1970.

(8) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 284

(9) Ebenda

(10) Zitiert nach: Ebenda, S. 611

(11) Zitiert nach: Ebenda, S. 328 f.

(12) Zitiert nach: Ebenda, S. 333

(13) Zitiert nach: Ebenda, S. 369 f.

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Die „Marxistischen Lehrbriefe" vermitteln in sechs Serien populärwissenschaftlich — nicht in verflachter Form! — anhand der konkreten politischen Praxis die Hauptwissensgebiete des Marxismus.

Serie A: Gesellschaft und Staat

1 Wie der Mensch zum Menschen wurde
2 Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten I. (Von der Urgemeinschaft z. Entwicklg. d. Feudalismus)
3 Die marxistische Lehre v.d. Klassen und d. Klassenkampf (Einführung)
4 Die marxistische Lehre vom Klassenkampf II
5 Was lehrt der Marxismus über den Staat?
6 Die Entstehung des Kapitalismus
7 Der utopische Sozialismus
8 Wie Lenin den Marxismus weiterentwickelte
9 Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus
10 Der wissenschaftliche Sozialismus
Der Marxismus zur nationalen Frage (in Vorbereitung)

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

1 Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
2 Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?
3 Gibt es noch Kapitalismus i. d. BRD?
4 Automation — Freund oder Feind?
5 Die Wirtschaft in der DDR
Teil I. Industrie
6 Die Industrie der Sowjetunion
Struktur — Standorte — Zahlen
7 Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?
8 Probleme des Kampfes um die Mitbestimmung
9 Das neue ökonomische System in der DDR

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

1 Reformation u. Bauernkrieg (1517-25)
2 Das politische Erwachen des deutschen Bürgertums
3 Deutschland im 17. u. 18. Jahrhundert
4 Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit
Die Große Französische Revolution von 1789 und ihre Auswirkungen
5 Wie d. deutsche Arbeiterbewegung entstand
6 Deutschland i. d. Revolution v. 1848
7 Roter Oktober 1917
8 Die deutsche Arbeiterbewegung 1849-63
9 Die Novemberrev. 1918 i. Deutschland
10 Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg
11 Der Untergang d. Weimarer Republik
12 Aus d. Leben u. Wirken v. Karl Marx
13 Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
14 Die Pariser Kommune 1871
15 Friedrich Engels, Leben und Wirken
16 Die deutsche Arbeiterbewegung von 1919-1923

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

1 Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in Deutschland (1945-1949)
2 Von Potsdam nach Bonn
Wie Deutschland gespalten wurde (1945-1949)
3 Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
4 Probleme des Dialogs zwischen Marxisten und Christen
5 Worin besteht die faschistische Gefahr in der BRD?
6 Die Militarisierung der BRD (1949-56)
7 Der Kampf der arabischen Völker gegen Imperialismus und Zionismus
Der Befreiungskampf der Völker Angolas, Guineas und Mocambiques gegen den portugiesischen Kolonialismus (in Vorbereitung)
Der Befreiungskampf der Schwarzen in den USA (in Vorbereitung)

Serie E: Das moderne Weltbild

1 Geschichte - Zufall oder Gesetz?
2 Die Grundfrage der Philosophie
3 Die marxistische Auffassung der Erkenntnis (Erkenntnistheorie)
4 Freiheit in marxistischer Sicht I.
5 Freiheit in marxistischer Sicht II.
6, 7, 8 Einführung in die marxistische Dialektik I — III

Serie F: Kultur und Fortschritt

1 Wer hat Kultur?
Aber wer macht sie?
(wird fortgesetzt)

Jeder Marxistische Lehrbrief hat einen Umfang von rund 20 Seiten und kostet 1,— DM zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellungen über den Buchhandel oder den Verlag.

MARXISTISCHE BLÄTTER

Die „Marxistischen Blätter" sind eine Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Sie erscheint bereits im 8. Jahrgang. Der Umfang jeder Ausgabe liegt zwischen 86 und 106 Seiten.
Der Preis je Einzelheft beträgt ab Januar 1972 DM 3,— plus Zustellgebühr und im Abonnement DM 15,— plus Zustellgebühr.

Die Zeitschrift behandelt Schwerpunkt-Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, Lehre, Entwicklung und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus in den einzelnen Ausgaben.

Sie bringt Berichte über wissenschaftliche Tagungen und politische Konferenzen, und es werden wichtige Neuerscheinungen wissenschaftlicher und politischer Literatur ausführlich besprochen.

Die Autoren sind bekannte Praktiker und Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung.

Beiträge für die Marxistischen Blätter schrieben bisher so namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik wie A. Berg (Moskau), J. Duclos (Paris), S. Segre (Rom), J.D. Bernal (London), H. Aptheker (New York), F. Castro (Havanna), E. März (Wien), G. Klaus (Berlin), W. Abendroth, W. Hofmann (Marburg), M. Reimann (Essen), J. Schleifstein (Köln) u.a.

Themen des Jahrgangs 1971:

Heft 1 Gewerkschaften im Spätkapitalismus
Heft 2 Probleme der europäischen Sicherheit
Heft 3 Neue Erscheinungen im Imperialismus
Heft 4 Politische Parteien in der BRD
Heft 5 Methoden zur Integration der Arbeiterklasse in den staatsmonopolistischen Kapitalismus
Heft 6 Arbeiterklasse und Kultur

Themen des Jahrgangs 1970:

Heft 1 Neofaschismus und Rechtsentwicklung in der BRD
Heft 2 Probleme der Prognose und Futurologie
Heft 3 Eigentumsverhältnisse und Vermögensbildung
Heft 4 Die Sozialdemokratie im Spätkapitalismus
Heft 5 Friedrich Engels/Zu ökonomischen Problemen in der BRD
Heft 6 Weltstrategie des Imperialismus — antiimperialistischer Kampf

Bestellungen über den Buchhandel oder den

VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt/Main, Heddernheimer Ldstr. 78a

Der Faschismus an der Macht und der antifaschistische Widerstandskampf 1933 - 1939

Serie C:

Streifzüge durch die neuere Geschichte

17

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

	Seite
Die Machtergreifung des deutschen Faschismus	1
Die historische Bedeutung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und der Brüsseler Parteikonferenz der KPD	3
Der Kampf der deutschenAntifaschisten unter der Führung der KPD gegen Faschismus und Kriegsvorbereitung	6
Die Berner Konferenz der KPD und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse am Vorabend des zweiten Weltkrieges	10
Anmerkungen	11
Literaturhinweise	12

Preis DM 1,-

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main, Heddernheimer Landstr. 78a, Tel.: (0611) 571051.

Druck: H. Zohner, 63 Gießen-Klein-Linden, Hegweg 3

Die Machtergreifung des deutschen Faschismus

Mit der am 30. Januar 1933 erfolgten Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und der Vereidigung der von ihm „gebildeten" Regierung auf die Weimarer Verfassung hatte sich in Deutschland nicht nur ein Regierungswechsel vollzogen, sondern dieser Akt vollendete den Übergang von der parlamentarisch-demokratisch verschleierten Form der Herrschaft der Bourgeoisie zur offenen, faschistischen Gewaltherrschaft der reaktionärsten und aggressivsten Kreise des deutschen Finanzkapitals. Diese Form der Machtausübung entsprach damals am besten den Interessen der Rüstungsindustriellen, Großgrundbesitzer und reaktionären Reichswehrgeneräle. Die sich aus der Schwäche und Zersplitterung der demokratischen Kräfte, vor allem der Arbeiterbewegung, ergebenden Möglichkeit zur Errichtung der faschistischen Diktatur bedeutete für das deutsche Monopolkapital einen Ausweg aus der tiefen innen- und außenpolitischen Krise. Deshalb war die faschistische Machtergreifung keineswegs ein „Betriebsunfall" hinsichtlich der Form der Machtausübung der deutschen Monopolbourgeoisie, sondern krönte die schon in den letzten Jahren davor systematisch betriebene Aushöhlung und Durchlöcherung der bürgerlichen Demokratie der Weimarer Republik.

Weil der deutsche Faschismus die schärfste Form des Antikommunismus und Antisowjetismus in der Innen- und Außenpolitik verkörperte, fand die Hitlerregierung bei einflußreichen Kreisen des internationalen Finanzkapitals unverhülltes Wohlwollen. Besonders die reaktionären Finanzkreise in England, in Frankreich und in den USA spekulierten darauf, Hitlerdeutschland für ein antisowjetisches Abenteuer und für die Niederschlagung der revolutionären und demokratischen Bewegungen ausnutzen zu können.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hatte bereits lange vor 1933 vor der Gefahr der faschistischen Machtübernahme gewarnt — hier sei nur erinnert an die Losung „Hitler — das ist der Krieg" — und mit der Politik der „Antifaschistischen Aktion" 1932 zur Sammlung der Kräfte der Arbeiterklasse aufgerufen. Auch nach der Errichtung der Hitlerdiktatur war sie die einzige politische Partei in Deutschland, die konsequent den Kampf gegen das volksfeindliche faschistische Regime weiterführte. Am 30. Januar 1933 wandte sich das Zentralkomitee der KPD mit einem Angebot zur Aktionseinheit an den Parteivorstand der SPD, in dem es hieß: „Die Kommunistische Partei Deutschlands wendet sich vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit mit diesem Aufruf zugleich an den ADGB, an den AfA-Bund, an die SPD und die christlichen Gewerkschaften mit der Aufforderung, gemeinsam mit den Kommunisten den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur der Hitler, Papen, Hugenberg, gegen die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, für die Freiheit der Arbeiterklasse durchzuführen!" 1) Verblendet vom Antikommunismus und befangen in der Auffassung, daß die faschistische Herrschaft nur von kurzer Dauer sein würde, lehnte der Parteivorstand der SPD dieses Angebot ab, wie er auch alle vorhergehenden abgelehnt hatte. Ungeachtet dessen kam es in vielen Teilen Deutschlands dennoch zu gemeinsamen Aktionen von Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilosen Gewerkschaftern.
In Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen, die fast in allen größeren

Städten Deutschlands stattfanden, brachten die Werktätigen ihren Protest gegen die Hitler-Papen-Hugenberg-Diktatur zum Ausdruck. In diesen Aktionen zeigte sich, daß ein großer Teil der Sozialdemokraten und Gewerkschafter bereit war, an der Seite der Kommunisten den Kampf gegen den Faschismus aufzunehmen. Sie warteten jedoch vergeblich auf das Signal zum Generalstreik. Obwohl dem Parteivorstand der SPD die Stimmung der Massen bekannt war, setzte er seine Politik des Stillhaltens und Abwartens fort. Diejenigen sozialdemokratischen Führer, die für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten eintraten, konnten sich nicht durchsetzen. Das Fehlen der Aktionseinheit der Arbeiterklasse war auch ausschlaggebend dafür, daß es nicht zu einer Verständigung und zum gemeinsamen Handeln der Hitlergegner aller sozialen Schichten und politischen Richtungen kam. So konnten die Faschisten fast ungehindert den Terror gegenüber ihren politischen Gegnern ausüben.

Unter diesen Bedingungen war eine weitere legale Tätigkeit der KPD nicht mehr möglich. Sie war gezwungen, ihre Kampftaktik schnellstens den neuen Bedingungen anzupassen und ging organisiert in die Illegalität. Auf der illegalen Tagung des ZK der KPD am 7. Februar 1933 im Sporthaus Ziegenhals bei Zeuthen (im südlichen Randgebiet von Berlin) zog Ernst Thälmann — knapp vier Wochen vor seiner Verhaftung — die Schlußfolgerungen aus der neuen Lage. Er warnte vor jeglichen Illusionen hinsichtlich eines baldigen Zusammenbruchs der Hitlerdiktatur und schlug ein Kampfprogramm vor, das vorsah, die Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der Werktätigen mit dem politischen Kampf gegen die faschistische Diktatur zu verbinden und jegliche Form des illegalen antifaschistischen Kampfes, bis hin zum Massenwiderstand, anzuwenden.

Die faschistische Herrschaft stellte die KPD vor die größte Bewährungsprobe in ihrer Geschichte. Bereits in den Jahren 1933/1934 waren etwa 2000 Funktionäre und Mitglieder der KPD von den Faschisten ermordet und mehr als 60 000 Kommunisten in Konzentrationslager und Zuchthäuser verschleppt worden.

Am 22. Juni 1933 verbot die Hitlerregierung der Sozialdemokratie jegliche politische Betätigung. Der nach Prag emigrierte Parteivorstand veröffentlichte im Januar 1934 ein Manifest unter dem anspruchsvollen Titel „Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus", in dem er zu den Ergebnissen von 14 Jahren sozialdemokratischer Politik in der Weimarer Republik Stellung nahm. Dieses Manifest war Ausdruck der tiefen Krise, in die der Reformismus der Sozialdemokratie geraten war, und ein indirektes Eingeständnis des Bankrotts der SPD-Politik. Es enthielt die Erkenntnis, daß es für ein künftiges neues Deutschland notwendig sei, „den Staatsapparat in ein Herrschaftsinstrument der Volksmassen zu verwandeln" [2] und den alten politischen Apparat zu zerschlagen. Es folgten eine Reihe von Forderungen, die auf die Entmachtung der reaktionärsten Kreise der Großbourgeoisie hinzielten, sowie Schlußfolgerungen für eine selbständige, antifaschistische Arbeiterpolitik. Diese Erkenntnisse wurden jedoch nicht zur Grundlage der weiteren Politik des Parteivorstandes der SPD gemacht. Einige der maßgeblichen Führer der SPD rückten sogar schon wenig später offen von den

Grundgedanken des Manifestes ab. Dies kam besonders in der weiteren hartnäckigen Ablehnung jeglichen Zusammengehens mit der KPD zum Ausdruck.

Für die Ausarbeitung der weiteren Strategie und Taktik des Klassenkampfes gegen Faschismus und Imperialismus war es vor allem notwendig, die Umstände zu analysieren, unter denen der Faschismus in Deutschland zur Macht kommen konnte, und Antwort darauf zu geben, mit welchen Kräften das Hitlerregime gestürzt werden konnte und welchen Charakter der zukünftige deutsche Staat haben sollte. Eine der Kernfragen dabei war die Frage nach dem Klassencharakter des Faschismus, weil von der Klärung dieser Frage die Gewinnung der für diesen Kampf notwendigen Bündnispartner der Arbeiterklasse abhing.

Die historische Bedeutung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und der Brüsseler Parteikonferenz der KPD

Nach gründlicher Vorbereitung durch die leitenden Organe der Kommunistischen Internationale und der einzelnen kommunistischen Parteien tagte im Juli/August 1935 in Moskau der VII. Weltkongreß der KI. Er hatte die Aufgabe, die bedeutenden Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis zu analysieren, die in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre eingetreten waren, sowie die notwendigen Schlußfolgerungen aus dem internationalen Vordringen des Faschismus und der damit verbundenen Vergrößerung der Kriegsgefahr zu ziehen.

Große Aufmerksamkeit widmete der VII. Weltkongreß der Entlarvung des Klassencharakters und des Wesens des Faschismus allgemein und des deutschen Faschismus als seiner krassesten Form im besonderen. Georgi Dimitroff charakterisierte den Faschismus folgendermaßen: „Der Faschismus an der Macht . . . ist . . . die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“ [3] Diese Definition deckte den Klassencharakter und die Hauptfunktion der faschistischen Diktatur auf und richtete sich zugleich gegen die besonders von sozialdemokratischen Führern vertretene Auffassung, daß der Faschismus seinem Wesen nach eine kleinbürgerliche radikalistische Bewegung sei.

Diese Auffassung findet sich auch noch heute in der bürgerlichen Geschichtsliteratur. Eine solche Auffassung kann angesichts der vielfach erwiesenen Schuld der reaktionärsten Kreise des deutschen Monopolkapitals in unserer Zeit nur ein Ziel verfolgen: Die Männer von Kohle und Stahl, die Herren der Chemie- und Elektrokonzerne, die Hitler und seine Paladine an die Macht brachten, reinzuwaschen und schließlich sogar zu Opfern des faschistischen Systems zu erklären.

Im Referat Georgi Dimitroffs wurden die Ursachen des Sieges des Faschismus in einigen Ländern, vor allem in Deutschland, analysiert. Er wies dar-

auf hin, daß der Faschismus vor allem deshalb zur Macht kommen konnte, „weil die Arbeiterklasse durch die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, die von den Führern der Sozialdemokratie betrieben wurde, gespalten, gegenüber der angreifenden Bourgeoisie politisch und organisatorisch entwaffnet war“ [4]. Die kommunistischen Parteien allein waren nicht stark genug, „um ohne und gegen die Sozialdemokratie“ die Massen zum entscheidenden Kampf gegen den Faschismus zu mobilisieren. Eine weitere Ursache bestand darin, daß die gespaltene Arbeiterklasse nicht in der Lage war, ein festes Bündnis mit allen anderen antifaschistisch-antiimperialistischen Kräften herzustellen. Daß die faschistische Bewegung zurückgeschlagen werden kann, hatten vor allem die französischen Werktätigen unter Führung der FKP und der einheitlich handelnden Arbeiterklasse im Februar 1934 bewiesen. Aus all dem zog der VII. Weltkongreß die Schlußfolgerung, daß der Sieg des Faschismus keineswegs eine Gesetzmäßigkeit des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus darstellt, sondern daß er hätte verhindert werden können und in anderen Ländern zu verhindern ist.

Der VII. Weltkongreß entwickelte die Grundzüge einer Strategie und Taktik, die den einzelnen kommunistischen Parteien halfen, eine der Situation im jeweiligen Land entsprechende Politik auszuarbeiten. Vor allem Georgi Dimitroff begründete in seinem Referat die Notwendigkeit, als wichtigste Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf gegen Faschismus, Imperialismus und Krieg die Einheitsfront der Arbeiterklasse zu schaffen und alle demokratischen Kräfte in der antifaschistischen Volksfront zusammenzuschließen.

Der Kongreß zeigte der internationalen Arbeiterklasse, mit welchen Formen und Methoden unter den gegebenen Bedingungen der Kampf um die Eroberung der politischen Macht geführt werden mußte. Er orientierte die kommunistischen Parteien auf die Anwendung der Leninschen Lehre von der demokratischen und sozialistischen Revolution und besonders auf die Notwendigkeit der Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten der Werktätigen und ihrer sozialen Interessen gegen die Angriffe des Monopolkapitals. In den Ländern, in denen es dem Faschismus gelungen war, seine blutige Herrschaft zu errichten, stand die Aufgabe, diese zu stürzen und eine antiimperialistische Demokratie zu erkämpfen. Im Kampf um die Verteidigung oder Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse sah die Komintern die beste Möglichkeit, die Völker vor Faschismus und Krieg zu retten. Dies war auch der Weg, die eigenen Klassenkräfte zu sammeln und sie auf den Kampf um die Errichtung der Macht der Arbeiterklasse vorzubereiten.

Wie in ihrer gesamten Tätigkeit, widmete die Komintern auch auf dem VII. Weltkongreß dem Kampf um die Erhaltung des Friedens große Aufmerksamkeit. Der Kongreß warnte die Völker eindringlich vor der Gefahr eines — vor allem vom deutschen Faschismus — drohenden neuen imperialistischen Raubkrieges. Daraus ergab sich als vordringlichste Aufgabe für alle Kommunisten, den Kampf um die Erhaltung des Friedens und zur Verteidigung der Sowjetunion zu verstärken. In seinem Referat zu diesem

Punkt der Tagesordnung erklärte Palmiro Togliatti: „Es kann für niemanden Zweifel darüber bestehen, daß der kommende Krieg, selbst wenn er als Krieg zwischen zwei imperialistischen Großmächten oder als ein Krieg irgendeiner Großmacht gegen ein kleines Land beginnt, zwangsläufig die Tendenz haben wird, sich zu verbreitern, und unbedingt auf einen Krieg gegen die Sowjetmacht hinauslaufen wird." 5)

Von den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Komintern sowie von den eigenen und den Erfahrungen der kommunistischen Bruderparteien ausgehend, erarbeitete die Kommunistische Partei Deutschlands auf ihrer Parteikonferenz im Oktober 1935, die als Brüsseler Konferenz bekannt wurde, ihre Strategie und Taktik für den Kampf zum Sturz der Hitlerdiktatur und für die Errichtung eines demokratischen deutschen Staates. Sie gab Antwort auf die Frage, wie die deutsche Arbeiterklasse, verbündet mit den anderen werktätigen Schichten, die Herrschaft des faschistischen Imperialismus stürzen und die politische Macht erobern konnte. Auf der Grundlage der Referate von Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin, Walter Ulbricht, Anton Ackermann und Franz Dahlem wurden im Verlaufe einer sehr gründlichen und kritischen Diskussion, an der sich vor allem auch Funktionäre beteiligten, die unter den Bedingungen tiefster Illegalität im Lande selbst kämpften, die bisherige Politik der Partei einer Prüfung unterzogen und dogmatische und sektiererische Ansichten und Hemmnisse in der Parteiführung überwunden.

Die Brüsseler Konferenz nahm eine gründliche Analyse der Lage und der Klassenkräfte in Deutschland vor und kam zu der Schlußfolgerung, daß die Aufgabe, den Hitlerfaschismus zu stürzen, nicht durch den Kampf um die sofortige Errichtung der Diktatur des Proletariats zu lösen war. Die Konferenz orientierte deshalb darauf, die friedliebenden und demokratischen Kräfte aus allen Schichten des Volkes im Kampf um das nächstliegende Ziel, den Sturz des Hitlerregimes und die Verhinderung des Krieges, zu vereinigen. In der Resolution der Konferenz wurde als die „zentrale Aufgabe der nächsten Zukunft" formuliert: „die Herstellung der Aktionseinheit aller Teile der deutschen Arbeiterklasse und die Schaffung der antifaschistischen Volksfront aller Werktätigen zum Kampf gegen die faschistische Diktatur und für ihren Sturz". 6) Damit richtete sich der Hauptstoß des Kampfes nicht schlechthin gegen die Bourgeoisie als Ganzes, sondern gegen die reaktionärste und aggressivste Gruppierung des deutschen Monopolkapitals und ihr ausführendes Organ, die Hitlerregierung. Daraus folgte weiterhin, daß die nach dem Sturz des Faschismus zu bildende Regierung nur eine Koalitionsregierung der verschiedenen politischen Richtungen der Arbeiterklasse oder der antifaschistisch-demokratischen Kräfte des ganzen Volkes sein konnte, d.h. eine Einheitsfront- oder Volksfrontregierung. Die zu erkämpfende antifaschistisch-demokratische Ordnung mußte auf der vollständigen politischen und ökonomischen Entmachtung der Naziaktivisten und ihrer Hintermänner in Staat und Wirtschaft beruhen.

Diese notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen konnten nur unter der Führung der einheitlich handelnden Arbeiterklasse gesichert werden. Deshalb war die entscheidende Frage im Kampf um die Schaffung der anti-

faschistischen Volksfront die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Wilhelm Pieck erklärte hierzu: Solange es nicht gelungen sei, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu schaffen, „wird die Arbeiterklasse für die Mittelschichten nicht der Magnet sein, der sie anzieht, wird die Arbeiterklasse nicht die Kraft sein, auf die sie sich orientieren . . ." 7)

Das Kernproblem bei der Herstellung der Aktionseinheit der gesamten Arbeiterklasse war nach wie vor die Aktionseinheit zwischen der KPD und der SPD. Deshalb verpflichtete die Brüsseler Konferenz alle Parteiorganisationen und jeden einzelnen Kommunisten, alle Anstrengungen zu unternehmen, diese Aktionseinheit überall, in jeder Stadt, jedem Betrieb und jedem Dorf herzustellen. Der gemeinsame Kampf sollte um solche Forderungen geführt werden, über die grundsätzliche Übereinstimmung bestand. Gleichzeitig sollten die Bemühungen zur Gewinnung der Massen der parteilosen, christlich eingestellten und auch der in die faschistischen Massenorganisationen eingegliederten Arbeiter und Angestellten verstärkt fortgeführt werden.

Von großer Bedeutung für die Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterklasse und der antifaschistischen Volksfront waren die von der KPD erarbeiteten Vorschläge zur Bildung einheitlicher freier Gewerkschaften und einer einheitlichen Jugendorganisation. Als Perspektive der sich im gemeinsamen Kampf festigenden Aktionseinheit beider Arbeiterparteien sah die Brüsseler Konferenz schließlich die politische und organisatorische Vereinigung, die Schaffung einer revolutionären Einheitspartei der Arbeiterklasse, die allerdings erst nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus im April 1946 in Gestalt der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Wirklichkeit wurde.

Mit der einstimmigen Annahme dieser Generallinie der Partei, die in der Resolution „Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen für den Sturz der Hitlerdiktatur" niedergelegt war, brachte die KPD zum Ausdruck, daß sie sich ihrer Verantwortung für das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes voll bewußt war. Wilhelm Pieck bezeichnete in seinem Schlußwort die Resolution der Brüsseler Konferenz als „das bedeutendste Dokument, das die Partei bisher geschaffen hat." 8)

Der Kampf der deutschen Antifaschisten unter der Führung der KPD gegen Faschismus und Kriegsvorbereitung

Nach der Brüsseler Konferenz der KPD, Ende 1935 / Anfang 1936, war ein Aufschwung des antifaschistischen Kampfes in Deutschland zu verzeichnen. Angesichts des verstärkten aggressiven Auftretens des deutschen Faschismus in der internationalen Arena und der unmittelbaren Kriegsvorbereitung konzentrierte die von der KPD geführte Widerstandsbewegung ihre Aktivität besonders auf die Rüstungsbetriebe. In einer großen Anzahl illegaler Zeitungen, Broschüren und Flugblätter sowie im „Deutschen Freiheitssender 29,8" enthüllte die KPD den antinationalen und volksfeindlichen

Charakter der faschistischen Innen- und Außenpolitik und rief unermüdlich zum Zusammenschluß aller Hitlergegner auf. Die KPD trat konsequent für die Sicherung des Friedens ein und unterstützte die von der Sowjetunion betriebene Politik zur Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa. In einer Reihe wichtiger Betriebe, z.B. im Berliner Siemens-Werk, auf vier Zechen in Wanne-Eickel und bei der Adam Opel AG in Rüsselsheim, kam es zu Streiks und anderen Protestaktionen der Arbeiter gegen die verstärkte Ausbeutung, gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Unternehmerwillkür. In Verbindung mit dem Protest gegen das faschistische „Führer- und Gefolgschaftsprinzip" in den Betrieben gestalteten sich diese Streiks zu politischen Demonstrationen gegen das faschistische Regime.

Ungeachtet der persönlichen Gefahren, die sie damit auf sich nahmen, unterstützten Kommunisten gemeinsam mit Sozialdemokraten und anderen Hitlergegnern Angehörige von politischen Gefangenen und religiös und rassisch Verfolgte. Viele Antifaschisten konnten unter Ausnutzung der von der KPD geschaffenen Verbindungswege ins Ausland dem Zugriff der braunen Schergen entzogen werden. In einer Reihe von Betrieben, z.B. im Berliner und Wppertaler Raum, gelang es, unter Ausnutzung der sich in den faschistischen Massenorganisationen bietenden Möglichkeiten Gruppen der freien Gewerkschaften wiederaufzubauen, in denen Kommunisten, Sozialdemokraten, Angehörige der von den faschisten aufgelösten freien und christlichen Gewerkschaften, Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront und Vertrauensleute zusammenzuarbeiten. Es gelang jedoch nicht, diesen lokalen Ansätzen zur Verwirklichung der Einheitsfront einen größeren Raum zu geben.

In Deutschland wie auch in verschiedenen Emigrationsländern, vor allem in Frankreich und Skandinavien, konnte die KPD Fortschritte und bestimmte Erfolge in ihrer Einheitsfront- und Volksfrontpolitik erzielen. In den Jahren 1936 bis 1939 kämpften über 5000 deutsche Kommunisten, Sozialdemokraten, parteilose Arbeiter, Angestellte und Intellektuelle in den Internationalen Brigaden an der Seite des spanischen Volkes gegen den internationalen Faschismus. Mehr als die Hälfte von ihnen gaben ihr Leben für die Freiheit Spaniens und des eigenen Landes. In Spanien entstanden die ersten bewaffneten Formationen der sich herausbildenden antifaschistischen deutschen Volksfront. Legendären Ruhm erwarben sich das Thälmann-Bataillon und solche Kämpfer wie Hans Beimler, Artur Becker und andere.

Unter dem Einfluß der Erfahrungen des französischen und des spanischen Volkes bei der Verwirklichung der Volksfrontpolitik kam es Anfang 1936 zur Bildung des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront in Paris, in dem unter dem Vorsitz Heinrich Manns Kommunisten, Sozialdemokraten, parteilose Angehörige der Intelligenz und bürgerliche Politiker zusammenarbeiteten. Die Führung der KPD legte dem Ausschuß im Juni 1936 „Richtlinien für die Ausarbeitung einer politischen Plattform der deutschen Volksfront" vor. In diesen Richtlinien entwickelte die KPD ein Aktionsprogramm zum Sturz der faschistischen Diktatur und verfassungsmäßige Grundsätze einer neuen deutschen demokratischen Republik. Als

Aufgaben der deutschen Volksfront wurden in diesen Richtlinien vorgeschlagen: „Rettung Deutschlands vor der herannahenden Kriegskatastrophe, Auslöschung der Schande der faschistischen Barbarei, Sturz der undeutschen, faschistischen Diktatur Hitlers, Errichtung und Sicherung einer demokratischen Republik, eines freien und glücklichen Deutschlands." 9) Es begann sich eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Antifaschisten verschiedener Richtungen anzubahnen, die auf dem gemeinsamen Interesse am Sturz der Hitlerdiktatur und an der Erhaltung des Friedens beruhte.

Als der deutsche faschistische Imperialismus mit der systematischen Verwirklichung seiner aggressiven Pläne begann und im März 1936 die entsprechend dem Versailler Vertrag entmilitarisierte Zone des Rheinlandes besetzte, richteten der Sozialdemokrat Rudolf Breitscheid, der bürgerliche Patriot Heinrich Mann und der Kommunist Walter Ulbricht eine Botschaft an das deutsche Volk, in der es hieß: „Es ist nicht zu spät, das drohende Unheil eines neuen entsetzlichen Krieges zu verhindern, wenn sich alle Friedenskräfte zur Erreichung dieses Zieles vereinen." 10)

Im Dezember 1936 veröffentlichte der Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront einen „Aufruf für die deutsche Volksfront. Für Frieden, Freiheit und Brot!" Er hatte programmatischen Charakter und basierte auf dem Manifest der Brüsseler Parteikonferenz der KPD und den „Richtlinien für die Ausarbeitung einer politischen Plattform der deutschen Volksfront". Er löste besonders unter der deutschen antifaschistischen Emigration ein lebhaftes Echo aus und fand die Zustimmung der besten Vertreter des deutschen Geisteslebens. Über das Wesen der Volksfront wurde in diesem Aufruf gesagt, daß diese keine neue Partei sein soll, sondern ein Bund all derer, die entschlossen sind, ihre Kraft für Freiheit und Wohlstand des deutschen Volkes einzusetzen. In dem Aufruf bekannten sich die Unterzeichner, zu denen neben Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und anderen führenden Vertretern der KPD auch Rudolf Breitscheid und andere Sozialdemokraten gehörten, zu der gemeinsamen Aufgabe, nach dem Sturz des Hitlerregimes eine antifaschistisch-demokratische Republik zu errichten, in der die Macht der Rüstungsmonopole, Banken, Junker und Militaristen gebrochen werden und das Volk selbst über sein Schicksal bestimmen sollte.

Die Volksfrontpolitik der KPD und ihre ersten Erfolge in der Emigration hatten auch sichtbare Auswirkungen in Deutschland selbst. Eine Delegation von Sozialdemokraten aus Berlin fuhr im Februar 1937 nach Prag, um dem sozialdemokratischen Emigrationsvorstand den Entwurf eines Volksfrontprogramms zu überbringen, der in seiner Grundlinie mit dem Aufruf des Pariser Ausschusses vom Dezember 1936 übereinstimmte. Auch aus anderen Gegenden Deutschlands sind Aufrufe und Flugblätter von Volksfrontgruppen und -ausschüssen bekannt, so der „Rheinische Freiheitsbrief der deutschen Volksfront" vom Oktober 1937, der an die Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront gerichtet war. Ein Flugblatt der Saar-Volksfront vom Dezember 1937 wandte sich an die Bauern des Saargebietes. Ähnliche Aufrufe zur Bildung der Einheits- und Volksfront sind aus Rheinland-Westfalen und mehreren Großstädten bekannt.
Das Zentralkomitee der KPD ließ nichts unversucht, um auch mit dem so-

zialdemokratischen Emigrationsvorstand zu zentralen Einheitsfrontabkommen zu gelangen. Bereits am 10. November 1935, kurz nach Beendigung der Brüsseler Konferenz, richtete das ZK der KPD einen entsprechenden Brief an den PV der SPD. Walter Ulbricht und Franz Dahlem führten im Auftrag des ZK der KPD in Prag Verhandlungen mit den Mitgliedern des sozialdemokratischen Parteivorstandes Hans Vogel und Friedrich Stampfer. In diesen Verhandlungen, die am 23. November 1935 in Prag stattfanden, begründeten die Vertreter der KPD noch einmal ausführlich die Beweggründe und Einheitsfrontvorschläge ihrer Partei. Die KPD erklärte ihre Bereitschaft, im Interesse der lebensnotwendigen Aktionseinheit beider Parteien alle Meinungsverschiedenheiten der Vergangenheit zurückzustellen. Die Vertreter der Sozialdemokratie lehnten auch diesmal alle KPD-Vorschläge ab, wobei sie unter Entstellung der Tatsachen behaupteten, daß die Sozialdemokratie in Deutschland selbst ein Zusammengehen mit den Kommunisten ablehnen würden.

Ein weiteres ihrer Argumente war, daß durch ein Abkommen zwischen der KPD und dem SPD-Vorstand bürgerliche und andere Kräfte von der SPD abgestoßen würden. Diese Haltung machte deutlich, daß sich die rechten Kräfte in der SPD-Führung auch weiterhin auf politische Kreise außerhalb der Arbeiterbewegung orientierten. Im Gegensatz dazu wuchs bei einer großen Anzahl von sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären die Erkenntnis, gemeinsam den Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu führen. Besonders nach der Brüsseler Konferenz schlossen sozialdemokratische Gruppen, die in vielen Teilen Deutschlands wiedererstanden waren, Aktionsvereinbarungen mit KPD-Parteiorganisationen und Widerstandsorganisationen ab.

Mit der Okkupation Österreichs im März 1938, der Angliederung des Sudetengebietes im Herbst 1938, die mit Zustimmung der englischen und der französischen Regierung sowie des faschistischen Italiens vorgenommen wurde (Münchener Abkommen) und schließlich der Besetzung der gesamten Tschechoslowakei im März 1939 schuf sich das deutsche Monopolkapital eine maximale Ausgangsbasis für die Entfesselung des zweiten Weltkrieges. Dadurch rückte der Kampf um die Erhaltung des Friedens immer zwingender in den Mittelpunkt der Einheits- und Volksfrontpoliti. Ungeachtet der antikommunistischen Position der Mehrheit der sozialdemokratischen Führer rief die KPD alle Sozialdemokraten und Antifaschisten dazu auf, sich zusammenzuschließen, um der Kriegsvorbereitung Einhalt gebieten zu können. Gemeinsam mit den kommunistischen Bruderparteien in den vom Faschismus überfallenen oder bedrohten Ländern wandte sich die KPD, die in dieser Situation das Gewissen des ganzen Volkes verkörperte, an die Weltöffentlichkeit. Sie prangerte in ihren Aufrufen das verbrecherische Wesen des Hitlerfaschismus und sein Bündnis mit Mussolini-Italien und dem bis an die Zähne bewaffneten japanischen feudalen Militarismus an.

Die chauvinistische Verhetzung des Volkes erreichte 1938 ihren Höhepunkt. Auf Geheiß Hitlers schalteten Rundfunk und Presse von der bisher betriebenen Friedenspropaganda um auf eine neue Welle. Millionen Deutscher sollte eingetrichtert werden, daß nun die Anwendung militärischer

Gewalt gerechtfertigt und der Ausbruch eines Krieges fast unvermeidbar sei. Zur ideologischen und psychologischen Kriegsvorbereitung gehörten auch die Hetze und der Terror gegen die jüdische Bevölkerung. Mit der berüchtigten „Kristallnacht" (9./10. Nov. 1938) erreichte dieser Terror ein bisher nicht gekanntes Ausmaß. In der Erklärung „Gegen die Schmach der Judenprogrome" entlarvte die KPD den Zweck der Judenhetze und erklärte: „Es sind nicht die Juden, die . . . den Frieden gefährden und Deutschland in einen neuen Weltkrieg treiben. Es sind die Krupp, Thyssen, Mannesmann, Flick u.a., die alten imperialistischen Verderber Deutschlands, die Kriegsgewinnler vom letzten Weltkrieg, die Inflationsgewinnler in der Republik, die Rüstungsgewinnler von heute, in deren Auftrag Hitler bereit ist, das deutsche Volk wieder in einem Krieg hinzuopfern." 11)

Die Berner Konferenz der KPD und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse am Vorabend des zweiten Weltkrieges

In dieser Situation höchster Zuspitzung der internationalen Widersprüche und größter Kriegsgefahr führte die KPD vom 30. Januar bis 1. Februar 1939 in Draveil bei Juvisy an der Seine, südlich von Paris, eine erweiterte Sitzung des Zentralkomitees durch, die als Berner Konferenz in die Geschichte eingegangen ist. An der Konferenz nahmen 12 der 15 Mitglieder und 3 Kandidaten des ZK, darunter die Abschnittsleiter für Berlin und Wasserkante, weiter die Abschnittsleiter für Mittelrhein, Saargebiet, Süd und West, weitere Beauftragte der Abschnittsleitungen, Jugendvertreter, je ein Vertreter der Zeitung „Die Rote Fahne" und der Zeitschrift der KPD, „Internationale", sowie Johann Koplenig als Vertreter der Kommunistischen Partei Österreichs teil. In den Referaten, Diskussionsbeiträgen und in den Beschlüssen der Konferenz wurden die von der Brüsseler Konferenz beschlossene Strategie und Taktik des Kampfes gegen Faschismus und Krieg, für die Errichtung eines neuen antifaschistischen Deutschlands weiterentwickelt und die seitdem gesammelten Erfahrungen im Ringen um die Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterklasse und der antifaschistischen Volksfront verallgemeinert, Wilhelm Pieck erklärte in seinem Referat, daß es angesichts der akuten Kriegsgefahr notwendiger denn je sei, die Aktionseinheit aller Kräfte der deutschen Arbeiterklasse und die Volksfront aller sich in Opposition zum Hitlerregime befindlichen Kräfte des deutschen Volkes zu schaffen. Um diese Ziele zu erreichen, beschloß die Berner Konferenz ein Programm für ein neues demoraktsiches Deutschland, in dem auch die Vorstellungen anderer Hitlergegner, wie sie im Manifest des Prager Emigrationsvorstandes der Sozialdemokratie und in den Diskussionen des Pariser Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront zum Ausdruck gekommen waren, berücksichtigt wurden.

In der neuen Republik mußten im Gegensatz zur Weimarer Republik die Macht vom Imperialismus und Militarismus gebrochen und ihr Einfluß auf die Politik beseitigt werden. Die geeinte Arbeiterklasse sollte im Bündnis mit den Bauern, den städtischen Mittelschichten und der Intelligenz die Macht ausüben. Durch die Verwirklichung der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse sollten unter der

Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei die politischen, ökonomischen und geistig-kulturellen Voraussetzungen für den späteren Übergang zum Sozialismus geschaffen werden. Eine der wichtigsten Aufgaben sah die Konferenz in einer grundlegenden Demokratisierung des gesamten Staatsapparates. Die Konferenz orientierte auf die Notwendigkeit einer neuen deutschen Außenpolitik im Geiste des Friedens und der Völkerfreundschaft, insbesondere der engen freundschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Die KPD war sich darüber im klaren, daß die sozialen und politischen Umwälzungen nach dem Sturz des Faschismus nur unter der Führung einer einheitlichen, revolutionären Arbeiterpartei gesichert werden konnten. Unter Berufung auf die Vorschläge vieler Kommunisten und Sozialdemokraten, die im gemeinsamen Widerstandskampf die Spaltung faktisch bereits zu überwinden begannen, stellte die KPD auf der Berner Konferenz vor der gesamten deutschen Arbeiterklasse die Frage nach der Schaffung einer sozialistischen Einheitspartei. Die Konferenz beschloß ferner eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der politischen und organisatorischen Arbeit der Partei und wählte ein neues Zentralkomitee. Wilhelm Pieck wurde für die Zeit der Kerkerhaft Ernst Thälmanns als Vorsitzender der Partei wiedergewählt.

Die Beschlüsse der Berner Konferenz wiesen allen Kommunisten den Weg und die Möglichkeiten des Kampfes gegen die Kriegsvorbereitung des deutschen Faschismus, für seinen Sturz und für die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Deutschland. Mit den Beschlüssen der Brüsseler und der Berner Konferenz hatte die KPD als einzige organisierte gesellschaftliche Kraft in Deutschland allen Antifaschisten und Hitlergegnern ein reales Programm des Kampfes gegen die Hitlerdiktatur, für ein neues demokratisches Deutschland gewiesen.

Anmerkungen

1) Zit. in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Band 5, Berlin 1966, S. 13.

2) Ebenda, S. 459.

3) Pieck/Dimitroff/Togliatti, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus. Referate auf dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale (1935), Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M., 1971, S. 75.

4) Ebenda, S.

5) Ebenda, S.

6) Wilhelm Pieck, Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur (Referat und Schlußwort auf der Brüsseler Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, Oktober 1935), Berlin 1957, S. 151.

7) Ebenda, S. 118.

8) Ebenda, S. 140.

9) Vgl. Die Internationale, Nr. 1/2, Jg. 1937, S. 75.

10) Vgl. Die Rote Fahne, 1936, Nr. 4, S. 1.

11) Zit. in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Band 5, S. 510.

Literaturhinweise

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 5 (von Januar 1933 bis Mai 1945, Berlin 1966.

Horst Laschitza / Siegfried Vietzka: Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung 1933 — 1945. Mit einem Dökumentenanhang. Berlin 1964.

Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Herausgegeben und eingeleitet von Lothar Berthold und Ernst Diehl. Berlin 1964.

Pieck/Dimitroff/Togliatti: VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale — Referate — Aus der Diksussion — Schlußwort — Resolutionen. Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt am Main 1971.

Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur. Referat und Schlußwort auf der Brüsseler Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, Oktober 1935. Berlin 1960.

Wilhelm Pieck: Im Kampf um die Arbeitereinheit und die deutsche Volksfront 1936 — 1938. Berlin 1955.

Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen. Band II: 1933 — 1946. Berlin 1963.

ders.: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen. Band II: 1933 — 1946, Zusatzband. Berlin 1966.

ders.: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen. Band II: 1933 — 1946, 2. Zusatzband. Berlin 1968.

Wolfgang Abendroth: Historische Funktion und Umfang des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen das Dritte Reich. In: Festschrift für Otto Brenner zum 60. Geburtstag. Frankfurt/M. 1937, S. 307 ff.

Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Hrsg. v. Werner Berthold, Gerhard Lozek, Helmut Meier und Walter Schmidt. Köln 1970 (2. Auflage 1971).

Aus der Resolution des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale zum Bericht Georgi Dimitroffs vom 20. August 1935

2. Die reaktionärste Abart des Faschismus – das ist der Faschismus deutschen Schlages, der sich dreist als Nationalsozialismus bezeichnet, der aber weder mit dem Sozialismus noch mit der Verteidigung der wirklichen nationalen Interessen des deutschen Volkes irgend etwas gemein hat, sondern lediglich die Rolle eines Lakaien der Großbourgeoisie spielt, und der kein bloßer bürgerlicher Nationalismus, **sondern bestialischer** Chauvinismus ist.

Vor den Augen der ganzen Welt zeigt das faschistische Deutschland anschaulich, was die Volksmassen bei einem Siege des Faschismus zu gewärtigen haben. Das rasende faschistische Regime rottet in den Gefängnissen und Konzentrationslagern die Blüte der Arbeiterklasse, ihre Führer und Organisatoren aus. Es hat die Gewerkschaften, die Genossenschaften und alle legalen Organisationen der Arbeiter, auch alle anderen nichtfaschistischen politischen und kulturellen Organisationen vernichtet. Es hat den Arbeitern die elementarsten Rechte der Verteidigung ihrer Interessen geraubt. Es hat ein kulturell hochstehendes Land in geistige Finsternis gestürzt und in einen Herd der Barbarei und des Krieges verwandelt. Der deutsche Faschismus ist der Hauptanstifter eines neuen imperialistischen Krieges und tritt als Stoßtrupp der internationalen Konterrevolution auf.

3. Der VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale unterstreicht die wachsende Gefahr des Faschismus in allen kapitalistischen Ländern und warnt vor jeder Unterschätzung der faschistischen Gefahr. Der Kongreß verwirft auch die fatalistischen Anschauungen von der Unvermeidlichkeit des Sieges des Faschismus; diese Anschauungen sind grundfalsch, sie können nur Passivität erzeugen und den Massenkampf gegen den Faschismus schwächen. Die Arbeiterklasse kann den Sieg des Faschismus verhindern, wenn sie ihre Kampfeinheit verwirklicht und durch rechtzeitige Entfaltung ihrer Kampfaktionen nicht zuläßt, daß der Faschismus erstarkt, wenn sie es dank einer richtigen revolutionären Führung versteht, die breiten Schichten der Werktätigen in Stadt und Land um sich zu scharen.

5. Im Zusammenhang mit dem Sieg des Faschismus in Deutschland und dem Anwachsen der faschistischen Gefahr in den anderen Ländern verschärfte und verschärft sich der Klassenkampf des Proletariats, das immer mehr zum entschiedenen Widerstand gegen die faschistische Bourgeoisie übergeht. In allen kapitalistischen Ländern entfaltet sich die Einheitsfrontbewegung gegen die Offensive des Kapitals und des Faschismus. Die Entfesselung des nationalsozialistischen Terrors in Deutschland hat den stärksten Anstoß auch zur internationalen Einheitsfront des Proletariats gegeben. (Der Leipziger Prozeß – die Kampagne für die Freilassung Dimitroffs und seiner Genossen, die Verteidigung Thälmanns usw.)

Aus dem Aufruf der KPD „Wir Kommunisten und die deutsche Nation", verfaßt nach der Berner Parteikonferenz der KPD 1939

Die Nazis versuchen uns deutsche Kommunisten als Feinde der Nation zu denunzieren. Sie wollen damit einen Keil zwischen die revolutionären Arbeiter und die übrigen Deutschen treiben, um den Zusammenschluß des ganzen Volkes gegen die Hitlerdiktatur zu verhindern. Darum wollen wir in unserem heutigen Vortrag die Stellung der deutschen Kommunisten zur Nation auch allen jenen klarmachen, die noch die Naziverleumdungen glauben.

Wir deutschen Kommunisten lieben unser Deutschland, wir sind stolz, Deutsche zu sein, deshalb sind wir die Todfeinde des Hitlerregimes. Wir deutschen Kommunisten wollen unser deutsches Volk frei und glücklich sehen, deshalb sind wir die Todfeinde des Hitlerregimes. Wir deutschen Kommunisten wollen ein Volk aufrechter Männer, die die Wahrheit sagen und die Wahrheit anhören können, deshalb sind wir die Todfeinde des Hitlerregimes. Wir deutschen Kommunisten wollen nicht, daß unser Land das verhaßteste in der Welt wird, deshalb sind wir die Todfeinde des Hitlerregimes, das Deutschland verhaßt macht. Wir deutschen Kommunisten wollen nicht, daß Millionen deutscher Männer in einem neuen Krieg umkommen, daß unsere schönen Städte in einem Krieg verwüstet werden, daß das Kriegselend durch unser Land und durch andere Länder stampft. Deshalb sind wir die Todfeinde des Hitlerregimes, das unser Land in die Katastrophe des Krieges führt.

Darum heißt's heute tapfer sein und Deutschland dienen, der Todfeind des Hitlerregimes sein und dieses Regime mit allen Mitteln bekämpfen.

Wer ist tapfer? So fragen wir alle Deutschen. Der hochbezahlte Nazibonze, der in Saus und Braus lebt, dessen Reden sich jeder anhören muß, ohne das Recht zu haben, widersprechen zu können, geschützt durch die Gestapo – oder der deutsche Kommunist, der unter Lebensgefahr seine Arbeitsgefährten, seine Freunde und Bekannten aufklärt, ermutigt und, wenn er von den Schergen der Gestapo ergriffen wird, aufrecht sein furchtbares Schicksal erträgt?

Wer ist ein wahrer, ein treuer Diener des deutschen Volkes? Die Krupp, Thyssen, Mannesmann, die Rüstungsmillionäre, die sich vom deutschen Volke Milliarden für Rüstungen zahlen lassen, die vom Hitlerregime mit Ehren überschüttet werden, die sich Führer nennen, weil sie Milliarden besitzen – oder der deutsche Kommunist, der unbestechlich, unbeirrt, tagaus, tagein unter größter persönlicher Gefahr die Wahrheit an das Volk heranbringt, den Widerstand gegen die Ausbeutung, gegen den Krieg organisiert, der keinen anderen Lohn kennt als das Bewußtsein, für die Befreiung Deutschlands, für die Rettung Deutschlands vom Hitlerregime zu kämpfen?

Wer ist tapfer? Die Goebbels, die das Radio und die Presse ausnützen, um die Wahrheit vor dem Volke zu verbergen, um das Volk mit chauvinistischen Phrasen in den Krieg zu hetzen, die unser Volk blind machen wollen, um es in den Abgrund zu führen – oder der deutsche Kommunist, der die Wahrheit durch die Flüsterpropaganda verbreitet, der illegale Sender bedient, der Flugblätter verbreitet, der Verbindungen mit allen Volksschichten herstellt, der jeder Lüge der Nazipropaganda die Wahrheit entgegenstellt?

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, St 3/708, Bl. 173.
Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Berlin),
1960, Heft 3, S. 564/565.

Autorenkollektiv

Deutschland im ersten Weltkrieg

Band 1	Band 2	Band 3
Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914.	Januar 1915 bis Oktober 1917.	November 1917 bis November 1918.
515 S., Leinen, 25,— M.	800 S., Leinen, 35,— M.	604 S., Leinen, 25,— M.



Akademie Verlag · Berlin
Deutsche Demokratische Republik













Trybuna Ludu

International beachtet!
Arbeiterzeitungen -
Kommunistische Zeitungen

UZ
Unsere Zeit
Zeitung der DKP

Dr. Wenzel-Verlag GmbH
4100 Duisburg-Beeck · Pothmannstraße 12

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Die „Marxistischen Lehrbriefe" vermitteln in sechs Serien populärwissenschaftlich – nicht in verflachter Form! – anhand der konkreten politischen Praxis die Hauptwissensgebiete des Marxismus.

Serie A: Gesellschaft und Staat

1 Wie der Mensch zum Menschen wurde
2 Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten I. (Von der Urgemeinschaft z. Entwicklg. d. Feudalismus)
3 Die marxistische Lehre v.d. Klassen und d. Klassenkampf (Einführung)
4 Die marxistische Lehre vom Klassenkampf II
5 Was lehrt der Marxismus über den Staat?
6 Die Entstehung des Kapitalismus
7 Der utopische Sozialismus
8 Wie Lenin den Marxismus weiterentwickelte
9 Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus
10 Der wissenschaftliche Sozialismus
Der Marxismus zur nationalen Frage (in Vorbereitung)

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

1 Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
2 Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?
3 Gibt es noch Kapitalismus in der BRD?
4 Automation – Freund oder Feind?
5 Die Wirtschaft in der DDR
Teil I. Industrie
6 Die Industrie der Sowjetunion
Struktur – Standorte – Zahlen
7 Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?
8 Probleme des Kampfes um die Mitbestimmung
9 Das neue ökonomische System in der DDR

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

1 Reformation u. Bauernkrieg (1517-25)
2 Das politische Erwachen des deutschen Bürgertums
3 Deutschland im 17. u. 18. Jahrhundert
4 Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit
Die Große Französische Revolution von 1789 und ihre Auswirkungen
5 Wie d. deutsche Arbeiterbewegung entstand
6 Deutschland i.d. Revolution v. 1848
7 Roter Oktober 1917
8 Die deutsche Arbeiterbewegung 1849-63
9 Die Novemberrev. 1918 i. Deutschland
10 Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg
11 Der Untergang d. Weimarer Republik
12 Aus d. Leben u. Wirken v. Karl Marx
13 Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
14 Die Pariser Kommune 1871
15 Friedrich Engels, Leben und Wirken
16 Die deutsche Arbeiterbewegung von 1919-1923
17 Der Faschismus an der Macht u.d. antifaschistische Widerstand 1933-1939
18 Der zweite Weltkrieg und der Widerstandskampf d. deutschen Arbeiterklasse

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

1 Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in Deutschland (1945-1949)
2 Von Potsdam nach Bonn
Wie Deutschland gespalten wurde (1945-1949)
3 Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
4 Probleme des Dialogs zwischen Marxisten und Christen
5 Worin besteht die faschistische Gefahr in der BRD?
6 Die Militarisierung der BRD (1949-56)
7 Der Kampf der arabischen Völker gegen Imperialismus und Zionismus
Der Befreiungskampf der Völker Angolas, Guineas und Mocambiques gegen den portugiesischen Kolonialismus (in Vorbereitung)
Der Befreiungskampf der Schwarzen in den USA (in Vorbereitung)

Serie E: Das moderne Weltbild

1 Geschichte – Zufall oder Gesetz?
2 Die Grundfrage der Philosophie
3 Die marxistische Auffassung der Erkenntnis (Erkenntnistheorie)
4 Freiheit in marxistischer Sicht I.
5 Freiheit in marxistischer Sicht II.
6 Einführung in die marxistische
7 Dialektik
8 I – III

Serie F: Kultur und Fortschritt

1 Wer hat Kultur?
Aber wer macht sie?
(wird fortgesetzt)

Jeder Marxistische Lehrbrief hat einen Umfang von rund 20 Seiten und kostet 1,– DM zuzüglich Zustellgebühr.

Bestellungen über den Buchhandel oder den Verlag.

MARXISTISCHE BLÄTTER

Die „Marxistischen Blätter" sind eine Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Sie erscheint bereits im 8. Jahrgang. Der Umfang jeder Ausgabe liegt zwischen 86 und 106 Seiten.
Der Preis je Einzelheft beträgt ab Januar 1972 DM 3,— plus Zustellgebühr und im Abonnement DM 15,— plus Zustellgebühr.

Die Zeitschrift behandelt Schwerpunkt-Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, Lehre, Entwicklung und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus in den einzelnen Ausgaben.

Sie bringt Berichte über wissenschaftliche Tagungen und politische Konferenzen, und es werden wichtige Neuerscheinungen wissenschaftlicher und politischer Literatur ausführlich besprochen.

Die Autoren sind bekannte Praktiker und Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung.

Beiträge für die Marxistischen Blätter schrieben bisher so namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik wie A. Berg (Moskau), J. Duclos (Paris), S. Segre (Rom), J.D. Bernal (London), H. Aptheker (New York), F. Castro (Havanna), E. März (Wien), G. Klaus (Berlin), W. Abendroth, W. Hofmann (Marburg), M. Reimann (Essen), J. Schleifstein (Köln) u.a.

Themen des Jahrgangs 1971:

Heft 1 Gewerkschaften im Spätkapitalismus
Heft 2 Probleme der europäischen Sicherheit
Heft 3 Neue Erscheinungen im Imperialismus
Heft 4 Politische Parteien in der BRD
Heft 5 Methoden zur Integration der Arbeiterklasse in den staatsmonopolistischen Kapitalismus
Heft 6 Arbeiterklasse und Kultur

Themen des Jahrgangs 1972:

Heft 1 Umweltschutz und Gesellschaft
Heft 2 Bürgerliche und sozialistische Demokratie
Heft 3 Kapitalistische und sozialistische Integration
Heft 4 Wirtschaftskrisen unter den Bedingungen des staatsmonopolitischen Kapitalismus
Heft 5 Arbeiterklasse und Bündnispolitik
Heft 6 Zur Europapolitik

Bestellungen über den Buchhandel oder den

VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt/Main, Heddernheimer Ldstr. 78a

Der zweite Weltkrieg und der Widerstandskampf der deutschen Arbeiterklasse



Serie C:

Streifzüge durch die neuere Geschichte

18

VMB

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

	Seite
Der Charakter des zweiten Weltkrieges	1
Die Hauptperioden des zweiten Weltkrieges	2
Der Kampf der KPD nach der Entfesselung des zweiten Weltkrieges	4
Das Nationalkomitee „Freies Deutschland" — die deutsche Antihitlerkoalition	7
Der 20. Juli 1944	9
Die Vorbereitungen der KPD auf den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau Deutschlands	10
Anmerkungen	12
Literaturhinweise	12

Preis DM 1,-

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main, Heddernheimer Landstr. 78a, Tel.: (0611) 571051.

Druck: H. Zohner, 63 Gießen-Klein-Linden, Hegweg 3

Der Charakter des zweiten Weltkrieges

Kriege entspringen nicht der Laune einer einzelnen Person oder bestimmter Personengruppen, schon gar nicht der „Vorsehung" eines Führers. Kriege haben reale und handfeste Klasseninteressen. Von W. I. Lenin wissen wir „Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln. Jeder Krieg ist unlosbar mit der politischen Ordnung verbunden, der er entspringt. Dieselbe Politik, die eine bestimmte Großmacht, eine bestimmte Klasse innerhalb dieser Großmacht lange Zeit hindurch vor dem Krieg verfolgte, setzt diese selbe Klasse unvermeidlich und unausbleiblich während des Krieges fort, wobei sie nur die Form des Handelns ändert." 1)

Der zweite Weltkrieg entsprang wie der erste dem Schoß des Imperialismus, seinem Wesen, der Jagd der Monopole nach Maximalprofit, nach Rohstoffgebieten und Absatzmärkten, nach Sicherung und Erweiterung ihrer Herrschaft. Hinter den Legenden des deutschen Faschismus vom Kampf um die „Gleichberechtigung", um „fehlenden Lebensraum", von der „Neuordnung Europas" verbarg sich die nackte Raubgier der Monopole. Im Kreis seiner Vertrauten faßte Hitler einmal diese Ziele gegenüber der Sowjetunion in die Worte: „Grundsätzlich kommt es also darauf an, den riesenhaften Knochen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können " 2)

Der zweite Weltkrieg entstand als bewaffnete Auseinandersetzung innerhalb des kapitalistischen Systems, als Krieg zwischen zwei imperialistischen Staatengruppierungen, die sich in den Vorkriegsjahren herausgebildet hatten. Er setzte die langjährigen Auseinandersetzungen zwischen den kapitalistischen Großmächten in der Vorkriegszeit mit anderen Mitteln fort. Die ungleichmäßige Entwicklung der kapitalistischen Länder hatte die Widersprüche unter ihnen verschärft. Hitlerdeutschland hatte in kurzer Zeit die damals stärkste und modernste Armee der kapitalistischen Staaten aufgestellt und war zu einem gefährlichen Konkurrenten geworden. Der Block der faschistischen Staaten mit Deutschland, Italien und Japan strebte die Neuaufteilung der Welt auf Kosten Großbritanniens, Frankreichs und der USA an. Der britische, französische und amerikanische Imperialismus verfolgte ebenfalls imperialistische Kriegsziele. Sie wollten diese Konkurrenz ausschalten und die eigene Großmachtstellung ausbauen.

Die Widersprüche unter den imperialistischen Ländern waren 1939 zeitweilig größer als der gemeinsame Haß gegen den Sozialismus, als das gemeinsame Ziel, das Rad der Geschichte in der weltweiten Klassenauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus durch die Vernichtung der Sowjetunion zurückzudrehen. So begann der zweite Weltkrieg als ein beiderseits imperialistischer Krieg, entfesselt vom deutschen Imperialismus. An ihm trug das imperialistische System insgesamt die Schuld.

Am 1 September 1939 überfiel Hitlerdeutschland Polen. Zwei Tage später erklärten Frankreich und Großbritannien Deutschland den Krieg. Es gelang der faschistischen Kriegsmaschinerie, sich in kurzer Zeit großer Teile Europas zu bemächtigen. Am 9. April 1940 erfolgte der Überfall auf Dänemark und

Norwegen, am 10. Mai 1940 auf Frankreich, Belgien, Luxemburg und die Niederlande. Schließlich wurden am 6. April 1941 Jugoslawien und Griechenland angegriffen.

Der als imperialistischer, als ungerechter Krieg von beiden Seiten der kriegführenden Mächte begonnene Krieg trug von Anfang an Elemente des gerechten Befreiungskampfes gegen den Hitlerfaschismus, für die nationale Unabhängigkeit in sich. So führte das polnische Volk und auch andere überfallene Völker vom ersten Tage an einen gerechten nationalen Befreiungskrieg, der sich gleichzeitig gegen die reaktionäre eigene Bourgeoisie und ihre Politik richtete. Entgegen den Bestrebungen ihrer herrschenden Klasse trat ein großer Teil des französischen Volkes mit der Kommunistischen Partei an der Spitze dafür ein, den Krieg gegen Hitlerdeutschland in einen nationalen, antifaschistischen Befreiungskrieg umzuwandeln.

Der entscheidende Faktor für die völlige Umwandlung des Krieges gegen Hitlerdeutschland und seine Satelliten in einen gerechten nationalen Befreiungskrieg war der Eintritt der Sowjetunion in den Krieg. Er erfolgte als Antwort auf den heimtückischen Überfall der faschistischen Armeen am 22. Juni 1941 und war der Beginn des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion. Damit hatte sich der zweite Weltkrieg zur bisher stärksten und erbittertsten Auseinandersetzung zwischen der sozialistischen und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung entwickelt.

Die Teilnahme des ersten sozialistischen Staates der Welt am Kampf gegen den Faschismus veränderte grundlegend die Lage und die Perspektiven des Krieges und schloß den Prozeß der Umwandlung des Charakters des Krieges in einen gerechten Befreiungskrieg der Völker ab.

Die Hauptperioden des zweiten Weltkrieges

Der allgemeine Verlauf des zweiten Weltkrieges läßt sich in 6 Hauptperioden gliedern:

1. Hauptperiode: Vom 1. September 1939 bis zum 22. Juni 1941
Sie beginnt mit der Entfesselung des zweiten Weltkrieges durch den deutschen Imperialismus und endet mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion. In diese Zeit fällt auch die Periode des „seltsamen Krieges" von September 1939 bis Mai 1940, in der der anglo-französische Block untätig blieb, seine Streitkräfte Gewehr bei Fuß standen, um so in Fortsetzung der Vorkriegspolitik doch noch die Aggression Hitlerdeutschlands sofort gegen die Sowjetunion zu lenken. In dieser Periode konnte Hitlerdeutschland seine Blitzkriegspläne im überwiegenden Teil der europäischen Länder verwirklichen und sich damit günstige Ausgangsbedingungen für die Vorbereitung des geplanten Überfalls auf die Sowjetunion schaffen. Das faschistische Deutschland hatte sich die ökonomischen und militärischen Kräfte und Reserven fast ganz Europas angeeignet und mit der sogenannten Neuordnung Europas begonnen. Diese Periode ist gekennzeichnet durch die allmähliche Umwandlung des Charakters des Krieges in einen gerechten natio-

nalen Befreiungskrieg seitens der gegen Hitlerdeutschland und seine Satelliten kämpfenden Länder.

2. Hauptperiode: 22. Juni 1941 bis Dezember 1941
Sie umfaßt den Zeitraum vom Beginn des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion bis zum Scheitern der faschistischen Blitzkriegspläne. Der erzwungene Kriegseintritt der Sowjetunion vollendete den Prozeß der Umwandlung des Krieges gegen Hitlerdeutschland und seine Satelliten in einen gerechten nationalen Befreiungskrieg. Die Antihitlerkoalition als antifaschistisches Bündnis der Völker und Regierungen entstand. Die nationale Befreiungsbewegung nahm immer mehr Massencharakter an und gewann zunehmend an Bedeutung für den weiteren Verlauf des Krieges. In der Schlacht vor Moskau wurden die faschistischen Truppen endgültig zum Stehen gebracht. Damit scheiterten die Blitzkriegspläne des deutschen Imperialismus, und die Legende von der Unbesiegbarkeit der faschistischen Armee wurde zerschlagen. Die Voraussetzungen für den Beginn der grundlegenden Wende im Kriege waren geschaffen worden.

3. Hauptperiode: Dezember 1941 bis November 1942
Diese Periode wird zeitlich begrenzt vom Beginn der sowjetischen Gegenoffensive vor Moskau und an der gesamten deutsch-sowjetischen Front und durch das Scheitern der faschistischen Sommeroffensive 1942. Unter der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hatte die Rote Armee die strategische Initiative ergriffen und die grundlegende Wende des zweiten Weltkrieges eingeleitet. Die USA und Japan traten in den Krieg ein, der damit fast alle Erdteile erfaßte. Unter dem Einfluß der Kämpfe an der Hauptfront des zweiten Weltkrieges, der deutsch-sowjetischen Front, entwickelte und festigte sich die Antihitlerkoalition der Völker und Regierungen. Die antifaschistische Widerstandsbewegung in den okkupierten und in den faschistischen Ländern erstarkte weiter. Die faschistische Wehrmacht war jedoch noch in der Lage, die sowjetische Offensive aufzuhalten und selbst wieder zur Offensive überzugehen. Die Sommeroffensive der faschistischen Wehrmacht wurde an der Wolga zum Stehen gebracht.

4. Hauptperiode: November 1942 bis Mitte 1944
Diese Periode reicht von der Stalingrader Schlacht bis zur Sommeroffensive der Roten Armee, der Zerschlagung der faschistischen Heeresgruppe Mitte. Mit der Stalingrader und der Kursker Schlacht wurde endgültig die strategische Initiative in die Hände der sowjetischen Streitkräfte genommen und die Wende im Verlauf des zweiten Weltkrieges erreicht. Der größte Teil des sowjetischen Territoriums wurde befreit und auch die Voraussetzungen für die Befreiung der anderen unterjochten und okkupierten Völker geschaffen. Unter der Führung der kommunistischen Parteien hatten sich in den meisten Ländern die nationalen Widerstands- und Partisanenbewegungen zu Massenbewegungen entwickelt, die sich immer stärker auf den weiteren Verlauf des Krieges auswirkten. Das faschistische Lager begann zu zerfallen.

5. Hauptperiode: Mitte 1944 bis Mai 1945
Diese Periode reicht bis zur Kapitulation Hitlerdeutschlands am 8. Mai 1945.

In diesem Zeitraum befreite die Sowjetunion im Zusammenwirken mit den Volksbefreiungsbewegungen die Länder Ost- und Südosteuropas. Das faschistische Lager brach auseinander, und in vielen Ländern kam es zu antifaschistischen Volksaufständen (Tschechoslowakei, Rumänien, Polen, Bulgarien, Frankreich, Italien). Nach Eröffnung der zweiten Front durch die Landung der westlichen Alliierten in der Normandie mußte Hitlerdeutschland einen Zweifrontenkrieg führen. Der Krieg in Europa wurde auf deutschem Territorium geführt und endete mit der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation durch Hitlerdeutschland am 8. Mai 1945.

6. Hauptperiode: Mai 1945 bis September 1945
Diese Periode umfaßt die Endphase der Kriegshandlungen im Fernen Osten, die mit der bedingungslosen Kapitulation des japanischen Militarismus abschloß. Nach Beendigung der Kampfhandlungen in Europa trat die Sowjetunion in den Krieg gegen Japan ein, befreite die Mandschurei, Nordkorea, Sachalin und die Kurilen. Von den USA wurde erstmalig, auch als Einschüchterung gegenüber der Sowjetunion gedacht, die Atombombe eingesetzt. In diese Zeit fällt die Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens der Großmächte der Antihitlerkoalition, in der völkerrechtlich die Voraussetzungen für die Entwicklung eines neuen demokratischen und antifaschistischen Deutschlands fixiert wurden.

Der Kampf der KPD nach der Entfesselung des zweiten Weltkrieges

Die Entfesselung des zweiten Weltkrieges veränderte wesentlich die Bedingungen für den antifaschistischen Kampf in Deutschland. Die KPD und alle anderen Antifaschisten standen vor neuen, unermeßlichen Schwierigkeiten. Die Faschisten verstärkten die brutale Unterdrückung der antifaschistischen Kräfte und bauten ihr verzweigtes Terrorsystem weiter aus. Es war ihnen — nicht zuletzt mit Hilfe des Antikommunismus und Antisowjetismus — gelungen, die Mehrheit des deutschen Volkes für die Durchsetzung ihrer Kriegspolitik zu mißbrauchen. Die „Blitzsiege" der Hitlerwehrmacht vertieften die faschistische Beeinflussung großer Teile der deutschen Bevölkerung, deren Gewissen zunächst von den Siegesfanfaren der „Sondermeldungen" übertönt wurde. Die illegale Arbeit war auch dadurch erschwert, daß Angehörige antifaschistischer Widerstandsorganisationen zur Wehrmacht einberufen oder dienstverpflichtet wurden.
Auch unter den neuen Bedingungen des Krieges war die KPD die einzige politische Kraft in Deutschland, die vom ersten Tage des Krieges an konsequent den antifaschistischen Kampf fortsetzte, ihn organisierte und führte. Als Kern der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung übte die KPD — wenn auch unter großen Opfern — ihre führende Rolle im Kampf gegen Faschismus und Krieg, für ein friedliebendes und antifaschistisch-demokratisches Deutschland aus. Mit den Beschlüssen ihrer Brüsseler und ihrer Berner Parteikonferenz 1935 und 1939 sowie mit der „Politischen Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands" vom Dezember 1939 verfügte die KPD als einzige gesellschaftliche Kraft in Deutschland über ein realistisches, antifaschistisch-demokratisches Kampfprogramm.

In Erklärungen zur Entfesselung des Krieges verurteilte die Führung der KPD den Krieg als einen von beiden kapitalistischen Mächtekoalitionen geführten imperialistischen Raubkrieg. Sie gab allen Kommunisten und anderen Antifaschisten Anleitung für den Kampf zum Sturz der faschistischen Diktatur und für die Beendigung des Krieges. Das Zentralkomitee der KPD orientierte darauf, den Kampf gegen das faschistische Regime und den Krieg zu verstärken, weitere Hitlergegner in ihn einzubeziehen, die Nazidiktatur durch die deutsche Volksfront zu stürzen und einen den Interessen des Volkes entsprechenden Frieden herbeizuführen. Vor allem galt es, die Versuche des faschistischen deutschen Imperialismus und des internationalen Finanzkapitals zu durchkreuzen, Deutschland in einen Krieg gegen die Sowjetunion zu treiben. „Die entscheidende Kraft in allen diesen Kämpfen", erklärte die Führung der KPD, „ist die Arbeiterklasse, deren politische und organisatorische Kraft auf das höchste gesteigert werden muß. Deshalb ist die wichtigste Aufgabe die Schaffung der Aktionseinheit durch die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter und der nationalsozialistischen Werktätigen für den gemeinsamen Kampf." 3) Von Moskau aus leitete das Politbüro des ZK der KPD den antifaschistischen Kampf der Partei und der mit ihr verbundenen Antifaschisten aus den verschiedenen Klassen und Schichten sowohl in Deutschland wie in der Emigration. Über den deutschsprachigen Sender des Moskauer Rundfunks und seit September 1941 über den Deutschen Volkssender, durch Beauftragte des ZK, Kuriere und illegal nach Deutschland gebrachte antifaschistische Materialien erhielten die Mitglieder und Funktionäre der KPD Kenntnis von den Beschlüssen der Parteiführung. Auf ihrer Grundlage organisierten sie den illegalen Kampf.

Schon in den ersten Jahren des Krieges erfolgte verstärkt der Zusammenschluß von Kommunisten, von Parteigruppen in Wohngebieten und faschistischen Massenorganisationen sowie von Zellen der KPD in Betrieben zu größeren Parteiorganisationen. Das war ein Prozeß, der bereits vor dem Kriege begonnen hatte. Schon auf der Berner Parteikonferenz der KPD Anfang 1939 war beschlossen worden, die Dezentralisierung der Kräfte der Partei zu überwinden, die Mitglieder in größeren Organisationen zusammenzufassen und ein dichtes Netz von Verbindungen zwischen den Parteiorganisationen in verschiedenen Gebieten Deutschlands einerseits und zur Parteiführung in Moskau andererseits herzustellen. Große Parteiorganisationen wirkten vor allem in Zentren revolutionärer Klassenkämpfe in Deutschland, so in Berlin, Hamburg, im Rhein- und Ruhrgebiet, in Süddeutschland, Bayern, Sachsen, Thüringen, Magdeburg-Anhalt und Schlesien. Auch darin zeigt sich, daß die deutsche Widerstandsbewegung ihren stärksten Rückhalt in den Industriegebieten hatte, daß aus der Arbeiterklasse die meisten und standhaftesten Kämpfer gegen Faschismus und Krieg kamen. An der Spitze der illegalen Parteiorganisationen der KPD standen aufrechte, im Klassenkampf erfahrene und vom Thälmannschen Zentralkomitee erzogene Kader der Partei, unter ihnen Robert Abshagen, Bernhard Bästlein, Walter Empacher, Wilhelm Guddorf, Franz Jacob, Werner Krause, Georg Lechleiter, Theodor Neubauer, Magnus Poser, Anton Saefkow, Georg Schumann, Martin Schwantes, John Sieg und Robert Uhrig. Durch die Gewinnung von sozialdemokratischen, ehemals gewerkschaftlich organisierten, parteilosen und christlichen Arbeitern, Angehörigen der Intelligenz, der Mittelschichten

und des Bürgertums für den gemeinsamen antifaschistischen Kampf entwikkelten sich um die kommunistischen Parteiorganisationen teilweise weitverzweigte antifaschistische Widerstandsorganisationen. Trotz des verschärften Terrors gelang es den Faschisten niemals, den Kampf der von der KPD geleiteten Widerstandsorganisationen zu unterbinden. Zu jeder Zeit traten an die Stelle der verhafteten Antifaschisten neue Kämpfer, die bereit waren, für die Befreiung des deutschen Volkes vom faschistischen deutschen Imperialismus das Leben einzusetzen.

Vielfältig waren die Formen und Methoden des antifaschistischen Kampfes. Die Widerstandsorganisationen leisteten eine ausgedehnte mündliche und schriftliche antifaschistische Propaganda. Nachrichten des Moskauer Rundfunks und des Deutschen Volkssenders wurden abgehört und verbreitet, illegale Flugblätter verfaßt, Zeitungen hergestellt und verteilt. Kommunisten und andere Antifaschisten organisierten in den Betrieben das langsame Arbeiten, kurzfristige Streiks und Sabotageakte, um die Rüstungsproduktion zu stören. Den vom Naziregime Verfolgten und deren Familien wurden in verschiedenster Art solidarische Hilfe geleistet. In allen Gebieten Deutschlands stellten Widerstandskämpfer Verbindungen zu ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen her, unterstützten sie materiell und politisch und kämpften mit ihnen gemeinsam gegen Faschismus und Krieg. Kommunisten und andere Antifaschisten leisteten in faschistischen Massenorganisationen und in der Wehrmacht antifaschistische Arbeit. Die Tatsachen widerlegen jene Verleumdungen, daß die KPD nach der Entfesselung des Krieges im antifaschistischen Kampf nachgelassen, ihn nicht ernsthaft geführt habe, daß nur einzelne Kommunisten, nicht aber Parteiorganisationen, angeleitet vom ZK der KPD, gekämpft hätten.

In Aktionseinheit mit Kommunisten kämpften in allen großen Widerstandsorganisationen klassenbewußte Sozialdemokraten. Sie, die die richtigen Lehren aus der geschichtlichen Entwicklung gezogen hatten und ihrer Verantwortung nachkamen, handelten jedoch gegen den Willen der rechten sozialdemokratischen Führer. Diese hielten den antifaschistischen Kampf in Deutschland für aussichtslos. Nach wie vor orientierten sie sich auf Kreise des Monopolkapitals und der Generalität sowie auf die Westmächte, von denen sie die Beseitigung Hitlers erhofften. Ihre Konzeption für die Erhaltung der kapitalistischen Ordnung war der Nährboden für ihren wütenden Antikommunismus und Antisowjetismus, für die Ablehnung aller vom ZK der KPD unterbreiteten Vorschläge für den gemeinsamen antifaschistischen Kampf. Damit verhinderten die rechten sozialdemokratischen Führer auch während des zweiten Weltkrieges das Zustandekommen der antifaschistischen Front aller antifaschistischen Arbeiter und anderer Hitlergegner.

Neben der Sicherung der anleitenden und koordinierenden Tätigkeit der Parteiführung waren deren Anstrengungen schon in der ersten Phase des Krieges darauf gerichtet, eine operative Leitung der KPD und des antifaschistischen Kampfes in Deutschland selbst zu schaffen. Gestützt auf die illegalen Parteiorganisationen, gelang es der Parteiführung bereits 1940 eine solche operative Leitung im Lande aufzubauen. Durch Verhaftungen 1941 und 1942 veränderte sich ihre personelle Zusammensetzung, wurde auch

ihre Tätigkeit immer wieder erschwert — die Kontinuität ihres Wirkens und damit die unmittelbare Führungstätigkeit des ZK der KPD konnte jedoch nicht unterbrochen werden. Die operative Leitung trug wesentlich dazu bei, daß in den Partei- und Widerstandsorganisationen entsprechend den Beschlüssen und Direktiven des Zentralkomitees der antifaschistische Kampf organisiert wurde. Sie unterstützte den Prozeß der Zusammenfassung der Parteigruppen im Bezirksmaßstab und die Bildung von Bezirksleitungen der KPD, wie sie beispielsweise in Berlin, an der Wasserkante, im Rhein- und Ruhrgebiet, in Thüringen und Sachsen wirkten. Durch die Schaffung eines dichten Verbindungsnetzes zwischen diesen und anderen Organisationen schuf sie die Voraussetzung für die Ausweitung des antifaschistischen Kampfes. Zu jeder Zeit stand die operative Leitung mit der Parteiführung in Moskau über Funk, Kuriere und auf anderem Wege in Verbindung.

Mit dem Überfall auf die Sowjetunion entstanden neue Bedingungen für den antifaschistischen Kampf in Deutschland. Schlagartig verschärfte sich der faschistische Terror. In der Zeit vom 22. Juni bis Ende Dezember 1941 wurden nach bisher unvollständigen Ermittlungen über 70.500 Antifaschisten und Kriegsgegner verhaftet. Auch jetzt richtete sich der Terror vor allem gegen die KPD. Das Zentralkomitee der KPD wies die Unvermeidlichkeit der Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus nach und forderte das deutsche Volk auf, sich mit allen Mitteln der Aggression zu widersetzen. „Unser größter und stärkster Freund", hieß es in dem Aufruf, „ist und bleibt das Sowjetvolk, dessen Banner das Wahrzeichen der gerechten Sachen aller für Freiheit, Glück und Ehre kämpfenden Menschen geworden ist." 4)

Das Nationalkomitee „Freies Deutschland" — die deutsche Antihitlerkoalition

Die Siege der Sowjetarmee in der Schlacht um Stalingrad und im Kursker Bogen demonstrierten augenscheinlich die Veränderungen im militärischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnis zugunsten der Sowjetunion und der Völker der Antihitlerkoalition. Sie wirkten sich unmittelbar auf die außen- und innenpolitische Lage Hitlerdeutschlands aus, die von einer sich ständig vertiefenden Krise gekennzeichnet war. Damit verbesserten sich auch die Bedingungen für den Zusammenschluß aller antifaschistischen Kräfte des deutschen Volkes.

Am 12. und 13. Juli 1943 wurde auf Initiative des ZK der KPD in Krasnogorsk bei Moskau das Nationalkomitee „Freies Deutschland" (NKFD) gegründet. Führende Kommunisten, Reichstagsabgeordnete, Schriftsteller, antifaschistisch eingestellte Arbeiter, Bauern, Angehörige der Intelligenz, Christen beider Konfessionen, kriegsgefangene Soldaten und Offiziere schlossen sich zum gemeinsamen Kampf zur Rettung des deutschen Volkes aus der Katastrophe des faschistischen Krieges zusammen. Die Gründungskonferenz wählte einstimmig 38 Persönlichkeiten in das Nationalkomitee, Erich Weinert zu dessen Präsidenten und beschloß das Programm der deutschen Antihitlerkoalition, das „Manifest des Nationalkomitees

‚Freies Deutschland' an die Wehrmacht und an das deutsche Volk". 5) Es gab Antwort auf die grundlegenden Lebensfragen des deutschen Volkes und war eine folgerichtige Anwendung und Weiterentwicklung der Beschlüsse der Brüsseler und der Berner Konferenz der KPD. Die Politik des NKFD bestand darin, den Krieg durch den Sturz der Hitlerregierung zu beenden, den Friedensschluß durch die Kräfte der Arbeiterklasse, der bürgerlichen Antihitlerkoalition und der Opposition in der Armee herbeizuführen und den Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands vorzubereiten. Einen weiteren Erfolg ihrer Volksfrontpolitik errang die KPD mit der Bildung des „Bundes deutscher Offiziere" am 14. September 1943, mit dem es zum ersten Mal gelang, in breiterem Umfang Offiziere und Generale für den Kampf um ein freies, unabhängiges Deutschland zu gewinnen.

Die Bewegung „Freies Deutschland" war ihrem Wesen nach die deutsche Antihitlerkoalition. Sie verkörperte ein festes antifaschistisches Kampfbündnis verschiedener Volksschichten und auch oppositioneller Kräfte in der Armee. Das Programm des NKFD stimmte vollständig mit den Grundsätzen und Zielen der Antihitlerkoalition der Völker überein und entsprach auch ihren Vorstellungen über den Nachkriegsaufbau Deutschlands, wie sie später im Potsdamer Abkommen vereinbart wurden.

Die Bewegung „Freies Deutschland" fand unter den antifaschistischen deutschen Emigranten in der ganzen Welt breites Echo. Zahlreiche Persönlichkeiten, politische und kulturelle Vereinigungen deutscher Emigranten begrüßten die Entstehung eines Zentrums der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung und erklärten ihr Einverständnis mit dem Programm und den Zielen des NKFD. Unter der Führung der Organisationen der KPD und nach dem Beispiel des NKFD entwickelte sich in der folgenden Zeit die Bewegung „Freies Deutschland" in Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Jugoslawien, Lateinamerika, Schweden, in der Schweiz, in den USA und in anderen Ländern.

Die Bildung des NKFD leitete auch einen neuen Abschnitt des antifaschistischen Kampfes in Deutschland ein. Immer neue Kämpfer reihten sich in die antifaschistische Widerstandsbewegung ein, Vertreter aus allen Klassen und Schichten der Bevölkerung, organisiert und unorganisiert. Die illegale Parteiorganisation der KPD und die von ihnen geführten Widerstandsorganisationen verbreiterten entsprechend der vom ZK der KPD und dem Programm des NKFD gegebenen Orientierung die antifaschistische Kampffront. Sie dehnten ihre Tätigkeit auf weitere Betriebe der Rüstungsindustrie aus, verstärkten ihre Arbeit in den Reihen der faschistischen Wehrmacht und unter bürgerlichen Hitlergegnern sowie unter den nach Deutschland verschleppten ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen. Geführt von der operativen Leitung aktivierten die großen Bezirksorganisationen der KPD und die von ihnen geleiteten Widerstandsorganisationen ihre Tätigkeit und bauten ein weit verzweigtes Netz von Verbindungen zu anderen Industriezentren in ganz Deutschland aus. Für das einheitliche und geschlossene Handeln aller Kommunisten und anderen Antifaschisten war die von der operativen Leitung ausgearbeitete Plattform „Wir Kommunisten und das Nationalkomitee ‚Freies Deutschland'" 6) von großer Bedeutung. Die

Hauptlosungen dieser Plattform, Hitler zu stürzen, den Krieg rasch zu beenden und ein freies, unabhängiges, demokratisches Deutschland zu schaffen, waren auch die Losungen des NKFD. Sie bildeten den Hauptinhalt der Politik und des Kampfes der illegalen Organisationen der KPD in Deutschland.

Der 20. Juli 1944

Die katastrophalen Niederlagen an der deutsch-sowjetischen Front hatten das Hitlerregime immer tiefer in die Krise gestürzt. Führenden Kreisen der deutschen Monopolbourgeoisie, Großagrariern und einem Teil der Militärs war es bewußt geworden, daß die unausbleibliche Niederlage nicht mehr aufzuhalten, daß der von ihnen entfesselte Krieg verloren war. Angesichts dessen versuchten diese Kreise, wobei sie auf Unterstützung durch die imperialistischen Westmächte hofften, die Existenz des deutschen Imperialismus zu retten. Deutsche Monopolisten inszenierten mit Hilfe der Generale und bürgerlicher Politiker eine Verschwörung, um Hitler, der abgewirtschaftet hatte und nun eine Belastung für ihre Politik darstellte, zu beseitigen. Dadurch wollten sie sich vor der totalen Niederlage retten und ihre Existenzgrundlagen erhalten. Diese Verschwörung sollte gleichzeitig eine ähnliche Entwicklung, wie sie nach der Niederlage im ersten Weltkrieg mit dem Ausbruch der Novemberrevolution 1918 entstanden war, verhindern. Die innen- und außenpolitischen Ziele der bestimmenden Mehrheit der Verschwörer waren auf die Erhaltung der imperialistischen Herrschaft, auf die Errichtung einer Militärdiktatur in Deutschland, den Friedensschluß mit den Westmächten und die Fortsetzung des Krieges gegen die Sowjetunion gerichtet. Das waren eindeutig reaktionäre, antinationale, den Interessen des deutschen Volkes widersprechende Ziele.

Die Teilnehmer an der Verschwörung des 20. Juli 1944, dem Tag, an dem das Attentat auf Hitler scheiterte, setzten sich jedoch aus den verschiedensten Volksschichten und Anschauungen zusammen. Neben ehrlichen, patriotisch gesinnten Menschen, die einen echten Ausweg aus dem Krieg und der drohenden Katastrophe wollten, standen ausgesprochene Reaktionäre und führende Nazis, denen es nur um die Veränderung der Methoden, um eine Anpassung an die neue Lage ging. Die reaktionären Kräfte, die an Einfluß überwogen, als es zur Tat kam jedoch völlig versagten, gruppierten sich um den ehemaligen Reichskommissar für Preisüberwachung und Leipziger Oberbürgermeister Dr. Carl Goerdeler und Generaloberst Beck. Hinter ihnen standen führende Kreise der imperialistischen Bourgeoisie, Hitlergenerale und -offiziere, Beamte des Auswärtigen Amtes, rechte Sozialdemokraten, reaktionäre christliche Kreise und selbst berüchtigte Faschisten wie der Polizeipräsident von Berlin, Graf Helldorf, der SS-General und Chef der Kriminalpolizei, Nebe, und der Chef der Abwehr im OKW, Admiral Canaris. Sie verfügten über teils jahrelange Verbindungen zu den herrschenden Kreisen der Westmächte.

Eine an Einfluß geringere, aber desto aktivere und vorwärtstreibende Minderheit waren ehrliche, patriotische Widerstandskämpfer um Graf Schenk

von Stauffenberg, der das Attentat auch ausführte. Sie traten für die Beendigung des Krieges, die Rückziehung der deutschen Truppen an die Reichsgrenzen, die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der okkupierten Länder, für gutnachbarliche Beziehungen zur Sowjetunion und die Bildung einer demokratischen Regierung in Deutschland unter Mitwirkung aller Widerstandskräfte ein. In ihrer Zielstellung näherten sie sich in wichtigen Grundfragen den Zielen der Bewegung „Freies Deutschland". Der Gruppe um Stauffenberg gehörten zumeist junge Offiziere, bürgerliche Kreise und linke Sozialdemokraten an, die bereit waren, mit der Arbeiterklasse und den Kommunisten zur Rettung Deutschlands zusammenzuarbeiten. Der selbstlose Einsatz dieser Gruppe, der im Attentat Stauffenbergs am 20. Juli 1944 in der „Wolfsschanze", dem Hauptquartier Hitlers bei Rastenburg, seine Krönung fand, war eine antinazistische Tat. Sie zählt zu den Ruhmestaten der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung und zu den fortschrittlichen Traditionen des deutschen Volkes. Die Pläne der reaktionären Verschwörer jedoch waren zum Scheitern verurteilt, weil sie nur eine andere Variante der antinationalen Politik des Monopolkapitals darstellten, weil der Siegeszug der Sowjetarmee und damit auch die Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus nicht mehr aufzuhalten war.

Die Vorbereitungen der KPD auf den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau Deutschlands

Es ist ein unbestrittenes historisches Verdienst der Kommunistischen Partei Deutschlands, als Vorhut der Arbeiterklasse den antifaschistischen Widerstandskampf organisiert und geführt zu haben. Sie gab ihm Ziel und Richtung. Dabei ließ sie sich davon leiten, daß der antifaschistische Widerstandskampf seinem Wesen nach Klassenkampf zwischen der Arbeiterklasse, den sich mit ihr verbündenden anderen demokratischen Kräften des deutschen Volkes einerseits und der Monopolbourgeoisie andererseits war. Zugleich war er Teil der weltweiten Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus mit der imperialistischen, militärischen und faschistischen Reaktion.

Es ist eine große wissenschaftliche und theoretische Leistung der Führung der KPD, in den dreißiger Jahren und während des zweiten Weltkrieges nicht nur die jeweiligen konkreten Aufgaben des antifaschistischen Kampfes bestimmt, sondern auch programmatisch die Errichtung eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands vorbereitet zu haben. Das widerspiegelt sich in den historischen Beschlüssen sowohl der Brüsseler und der Berner Konferenz als auch in der programmatischen Tätigkeit während des zweiten Weltkrieges. So begründete die KPD in der „Politischen Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands" vom 30. Dezember 1939 [7] die Notwendigkeit, den Kampf gegen das faschistische Regime und den Krieg zu verstärken, weitere Hitlergegner in ihn einzubeziehen, die Hitlerdiktatur zu stürzen und einen den Interessen des Volkes entsprechenden Frieden herbeizuführen. Ebenso bedeutete die Annahme des Programms des Nationakomitees „Freies Deutschland", das auf alle Grundfragen der Entwicklung des deutschen Volkes Antwort gab, die konsequente kontinuierliche

Weiterentwicklung und praktische Verwirklichung der antifaschistischen Volksfrontpolitik entsprechend der neuen Lage. Diese programmatische Tätigkeit der KPD wurde auch in den letzten beiden Kriegsjahren fortgesetzt.

Seit Februar 1944 war eine vom Politbüro des ZK der KPD eingesetzte Arbeitskommission tätig, der alle in Moskau anwesenden Mitglieder der Parteiführung angehörten. Diese Kommission beriet Grundfragen des Kampfes gegen das faschistische Regime und der Gestaltung eines neuen Deutschlands. Dabei berücksichtigte sie — wie es die KPD immer getan hatte — Vorstellungen und Vorschläge anderer demokratischer Kräfte, die über das NKFD in diese verantwortungsvolle Tätigkeit einbezogen wurden. Im Ergebnis entstanden das „Kampfprogramm für Beendigung des Krieges, Frieden und Schaffung eines neuen, freien Deutschlands" und das „Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie". 8) Beide Grundsatzdokumente enthielten prinzipielle Vorschläge für die Beendigung des Krieges, den Sturz der Hitlerdiktatur und den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau nach der Beseitigung des faschistischen Regimes. Wichtigste Forderungen und Leitsätze beider Programme waren unter anderem: Schaffung einer einheitlichen Front aller Hitlergegner, Zerschlagung des faschistischen Staatsapparates, Brechung der Allmacht des Monopolkapitals und Enteignung der Kriegsverbrecher, Errichtung eines starken demokratischen Volksregimes und Umstellung der Wirtschaft in den Dienst des Volkes, Ausrottung aller Wurzeln des Imperialismus, Faschismus und Militarismus und Umerziehung des deutschen Volkes im Geiste der Demokratie und des Friedens. Zur Lösung dieser Aufgaben sollte ein Block der kämpferischen Demokratie geschaffen werden, dem alle für die Errichtung einer Volksmacht kämpfenden demokratischen Organisationen, Parteien und Persönlichkeiten angehören sollten. Eine wichtige Voraussetzung dafür war, die Einheit der Arbeiterklasse, die die führende Rolle in diesem Block ausüben mußte, herzustellen.

Dieses Programm der Führung der KPD, dem demokratische Kräfte aus allen Klassen und Schichten des deutschen Volkes zustimmten, erstrebte die revolutionär-demokratische Umgestaltung auf breiter Basis, die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage und bestimmte die konkrete Form der Bündnispolitik der KPD für die Nachkriegszeit. Die KPD war die einzige Partei in Deutschland, die ein solches zielklares Kampfprogramm besaß, das die historischen Lehren und die Erfahrungen aus den Kämpfen aller demokratischen Kräfte des deutschen Volkes wie auch der internationalen Arbeiterbewegung berücksichtigte und der geschichtlichen Aufgabe entsprach, die nationale Frage des deutschen Volkes endgültig zu lösen.

Trotz aller Anstrengungen und Opfer ist es der KPD und den mit ihr kämpfenden anderen demokratischen Kräften des deutschen Volkes nicht gelungen, das faschistische Regime aus eigener Kraft zu stürzen und den Krieg zu beenden. Das deutsche Volk wurde durch den Sieg der Sowjetunion und der anderen Völker der Antihitlerkoalition vom faschistischen Joch befreit. Der opferreiche Kampf der deutschen Kommunisten und aller anderen An-

tifaschisten ist jedoch nicht sinnlos gewesen. Vielmehr war er ein wichtiger Beitrag der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes im internationalistischen Kampf, bei der Auseinandersetzung zwischen den Kräften der Demokratie, des Friedens und des Sozialismus mit der imperialistischen Reaktion im Weltmaßstab. Der deutsche antifaschistische Widerstandskampf hat mit dazu beigetragen, daß in Deutschland nach dem weltgeschichtlichen Sieg über den Hitlerfaschismus der Weg zu einem neuen, demokratischen Leben eingeschlagen werden konnte.

Anmerkungen

1) W. I. Lenin: Werke, Bd. 24, Berlin 1959, S. 397.

2) Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg. 14. November 1945 bis 11. Oktober 1946, 42 Bde., Nürnberg 1947 bis 1949, Bd. XXXVIII, S. 88

3) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, Berlin 1966, S. 535 (Dokumente).

4) Ebenda, S. 547.

5) Vgl. ebenda, S. 575 ff.

6) Vgl. ebenda, S. 597 ff.

7) Vgl. ebenda, S. 532 ff.

8) Vgl. ebenda, S. 607 ff.

Literaturhinweise:

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Band 5, Von Januar 1933 bis Mai 1945, hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1966.

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik Teil II: Von 1917 bis 1945, Berlin 1966.

Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg. Materialien der wissenschaftlichen Konferenz der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR zum Thema „Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg" vom 14. bis 19. Dezember 1959 in Berlin, 5 Bd., Berlin 1960/1961.

Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges. Hrsg. und eingel. von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin 1969.

Im Kampf bewährt. Erinnerungen deutscher Genossen an den antifaschistischen Widerstand von 1933 bis 1945. Hrsg. von Heinz Voßke, Berlin 1969.

Karl Heinz Biernat / Luise Kraushaar: Die Schulze-Boysen/Harnack-Organisation im antifaschistischen Kampf, Berlin 1970.

Willi Bohn: Stuttgart: Geheim! Ein dokumentarischer Bericht. Frankfurt/Main 1969.

J.A. Brodski: Die Lebenden kämpfen. Die illegale Organisation. Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen (BSW), Berlin 1968.

Kurt Finker: Stauffenberg und der 20. Juli 1944. Berlin (1967).

Ursel Hochmuth / Gertrud Meyer: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933 — 1945. Berichte und Dokumente, Frankfurt/Main 1969.

Karl-Heinz Jahnke: Weiße Rose contra Hakenkreuz. Der Widerstand der Geschwister Scholl und ihrer Freunde.

Horst Laschitza: Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Die programmatische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD, Berlin 1969.

Max Oppenheimer: Der Fall Vorbote. Zeugnisse des Mannheimer Widerstandes. Frankfurt/Main 1969.

Aus dem „Manifest des Nationalkomitees ‚Freies Deutschland' an die Wehrmacht und an das deutsche Volk" vom 12./13. Juli 1943

Die Ereignisse fordern von uns Deutschen eine unverzügliche Entscheidung.

In dieser Stunde höchster Gefahr für Deutschlands Bestand und Zukunft hat sich das Nationalkomitee „Freies Deutschland" gebildet.

Dem Nationalkomitee gehören an: Arbeiter und Schriftsteller, Soldaten und Offiziere, Gewerkschaftler und Politiker, Menschen aller politischen und weltanschaulichen Richtungen, die noch vor einem Jahre einen solchen Zusammenschluß nicht für möglich gehalten hätten.

Das Nationalkomitee bringt die Gedanken und den Willen von Millionen Deutscher an der Front und in der Heimat zum Ausdruck, denen das Schicksal ihres Vaterlandes am Herzen liegt.

Das Nationalkomitee erachtet sich als berechtigt und verpflichtet, in dieser Schicksalsstunde im Namen des deutschen Volkes zu sprechen, klar und schonungslos, wie die Lage es erfordert.

Hitler führt Deutschland in den Untergang . . .

Kein äußerer Feind hat uns Deutsche jemals so tief ins Unglück gestürzt wie Hitler.

Die Tatsachen beweisen: Der Krieg ist verloren. Deutschland kann ihn nur noch hinschleppen um den Preis unermeßlicher Opfer und Entbehrungen. Die Weiterführung des aussichtslosen Krieges würde das Ende der Nation bedeuten.

Aber Deutschland darf nicht sterben! Es geht jetzt um Sein oder Nichtsein unseres Vaterlandes . . .

Das deutsche Volk braucht und will unverzüglich den Frieden.

Aber mit Hitler schließt niemand Frieden. Niemand wird auch nur mit ihm verhandeln. Daher ist die Bildung einer wahrhaft deutschen Regierung die dringendste Aufgabe unseres Volkes. Nur sie wird das Vertrauen des Volkes und seiner ehemaligen Gegner genießen. Nur sie kann den Frieden bringen.

Eine solche Regierung muß stark sein und über die nötigen Machtmittel verfügen, um die Feinde des Volkes, Hitler und seine Gönner und Günstlinge, unschädlich zu machen, mit Terror und Korruption rücksichtslos aufzuräumen, eine feste Ordnung zu schaffen und Deutschland nach außen hin würdig zu vertreten. Sie kann nur aus dem Freiheitskampf aller Volksschichten hervorgehen, gestützt auf Kampfgruppen, die sich zum Sturz Hitlers zusammenschließen. Die volks- und vaterlandstreuen Kräfte in der Armee müssen dabei eine entscheidende Rolle spielen.

Eine solche Regierung muß den Krieg sofort abbrechen, die deutschen Truppen an die Reichsgrenzen zurückführen und Friedensverhandlungen einleiten, unter Verzicht auf alle eroberten Gebiete. So wird sie den Frie-

den erzielen und Deutschland in die Gemeinschaft gleichberechtigter Völker zurückführen. Erst sie schafft dem deutschen Volke die Möglichkeit, im Frieden seinen nationalen Willen frei zu bekunden und seine Staatsordnung souverän zu gestalten.

Das Ziel heißt: Freies Deutschland.

Das bedeutet:

Eine starke demokratische Staatsmacht, die nichts gemein hat mit der Ohnmacht des Weimarer Regimes, eine Demokratie, die jeden Versuch des Wiederauflebens von Verschwörungen gegen die Freiheitsrechte des Volkes oder gegen den Frieden Europas rücksichtslos schon im Keim erstickt.

Restlose Beseitigung aller auf Völker- und Rassenhaß beruhenden Gesetze, aller unser Volk entehrenden Einrichtungen des Hitlerregimes, Aufhebung aller gegen die Freiheit und Menschenwürde gerichteten Zwangsgesetze der Hitlerzeit.

Wiederherstellung und Erweiterung der politischen Rechte und sozialen Errungenschaften der Schaffenden, Freiheit des Wortes, der Presse, der Organisation, des Gewissens und der Religion.

Freiheit der Wirtschaft, des Handels und des Gewerbes. Sicherung des Rechtes auf Arbeit und des rechtmäßig erworbenen Eigentums, Rückgabe des durch die nationalsozialistischen Machthaber geraubten Hab und Guts an die Eigentümer, Beschlagnahme des Vermögens der Kriegsschuldigen und der Kriegsgewinnler, Güteraustausch mit anderen Ländern als gesunde Grundlage eines gesicherten nationalen Wohlstandes.

Sofortige Befreiung und Entschädigung aller Opfer des Hitlerregimes.

Gerechtes, schonungsloses Gericht über die Kriegsverbrecher, über die Anführer, ihre Hintermänner und Helfer, die Deutschland ins Verderben, in Schuld und Schande stürzten, Amnestie jedoch für alle Hitleranhänger, die sich rechtzeitig durch ihre Taten von Hitler lossagten und der Bewegung für ein freies Deutschland anschließen.

Vorwärts, Deutsche, zum Kampf für ein freies Deutschland!

Wir wissen: Opfer sind unvermeidlich. Aber sie werden um so geringer sein, je entschlossener der Kampf gegen Hitler geführt wird. Die Opfer im Kampf um Deutschlands Befreiung werden tausendfach geringer sein als die sinnlosen Opfer, die eine Fortsetzung des Krieges erfordert.

Deutsche Soldaten und Offiziere an allen Fronten!

Ihr habt die Waffen! Bleibt unter den Waffen! Bahnt Euch mutig unter verantwortungsbewußten Führern, die eins sind mit Euch im Kampf gegen Hitler, den Weg zur Heimat, zum Frieden.

Schaffende Männer und Frauen in der Heimat!

Ihr seid die Mehrheit! Macht sie zur Stoßkraft durch Organisation! Bildet Kampfgruppen im Betrieb, im Dorf, im Arbeitslager, auf den Hochschulen, überall, wo Ihr zusammenkommt! Leistet Hitler keine Gefolgschaft mehr! Laßt Euch nicht mehr mißbrauchen zur Mithilfe an der Verlängerung des Krieges! Kämpft mit allen Mitteln, jeder auf seine Weise an seinem Platz im gesellschaftlichen Staats- und Wirtschaftsleben! . . .

Der Kampf für ein freies Deutschland erfordert Mut, Tatkraft und Entschlossenheit. Vor allem Mut. Die Zeit drängt. Rasches Handeln tut not. Wer aus Furcht, Kleinmut oder blindem Gehorsam weiter mit Hitler geht, handelt feige und hilft Deutschland in die nationale Katastrophe treiben. Wer aber das Gebot der Nation höher stellt als den Befehl des „Führers" und Leben und Ehre für sein Volk einsetzt, handelt mutig und hilft das Vaterland vor seiner tiefsten Schmach erretten.

Das Nationalkomitee „Freies Deutschland".
Manifest und Protokoll der Gründungstagung.
Juli 1943, o. O. u. J., S. 5–11.
Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III: ab 1945.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Bd. 1, Mai 1945–April 1946,
Berlin 1959, S. 3–6.

Autorenkollektiv

Deutschland im ersten Weltkrieg

Band 1	Band 2	Band 3
Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914.	Januar 1915 bis Oktober 1917.	November 1917 bis November 1918.
515 S., Leinen, 25,— M.	800 S., Leinen, 35,— M.	604 S., Leinen, 25,— M.



Akademie Verlag · Berlin
Deutsche Demokratische Republik

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Die „Marxistischen Lehrbriefe" vermitteln in sechs Serien populärwissenschaftlich – nicht in verflachter Form! – anhand der konkreten politischen Praxis die Hauptwissensgebiete des Marxismus.

Serie A: Gesellschaft und Staat

1 Wie der Mensch zum Menschen wurde
2 Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten I. (Von der Urgemeinschaft z. Entwicklg. d. Feudalismus)
3 Die marxistische Lehre v.d. Klassen und d. Klassenkampf (Einführung)
4 Die marxistische Lehre vom Klassenkampf II
5 Was lehrt der Marxismus über den Staat?
6 Die Entstehung des Kapitalismus
7 Der utopische Sozialismus
8 Wie Lenin den Marxismus weiterentwickelte
9 Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus
10 Der wissenschaftliche Sozialismus
Der Marxismus zur nationalen Frage (in Vorbereitung)

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

1 Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
2 Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?
3 Gibt es noch Kapitalismus in der BRD?
4 Automation – Freund oder Feind?
5 Die Wirtschaft in der DDR
Teil I. Industrie
6 Die Industrie der Sowjetunion
Struktur – Standorte – Zahlen
7 Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?
8 Probleme des Kampfes um die Mitbestimmung
9 Das neue ökonomische System in der DDR

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

1 Reformation u. Bauernkrieg (1517-25)
2 Das politische Erwachen des deutschen Bürgertums
3 Deutschland im 17. u. 18. Jahrhundert
4 Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit
Die Große Französische Revolution von 1789 und ihre Auswirkungen
5 Wie d. deutsche Arbeiterbewegung entstand
6 Deutschland i.d. Revolution v. 1848
7 Roter Oktober 1917
8 Die deutsche Arbeiterbewegung 1849-63
9 Die Novemberrev. 1918 i. Deutschland
10 Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg
11 Der Untergang d. Weimarer Republik
12 Aus d. Leben u. Wirken v. Karl Marx
13 Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
14 Die Pariser Kommune 1871
15 Friedrich Engels, Leben und Wirken
16 Die deutsche Arbeiterbewegung von 1919-1923
17 Der Faschismus an der Macht u.d. antifaschistische Widerstand 1933-1939
18 Der zweite Weltkrieg und der Widerstandskampf d. deutschen Arbeiterklasse

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

1 Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in Deutschland (1945-1949)
2 Von Potsdam nach Bonn
Wie Deutschland gespalten wurde (1945-1949)
3 Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
4 Probleme des Dialogs zwischen Marxisten und Christen
5 Worin besteht die faschistische Gefahr in der BRD?
6 Die Militarisierung der BRD (1949-56)
7 Der Kampf der arabischen Völker gegen Imperialismus und Zionismus
Der Befreiungskampf der Völker Angolas, Guineas und Mocambiques gegen den portugiesischen Kolonialismus (in Vorbereitung)
Der Befreiungskampf der Schwarzen in den USA (in Vorbereitung)

Serie E: Das moderne Weltbild

1 Geschichte – Zufall oder Gesetz?
2 Die Grundfrage der Philosophie
3 Die marxistische Auffassung der Erkenntnis (Erkenntnistheorie)
4 Freiheit in marxistischer Sicht I.
5 Freiheit in marxistischer Sicht II.
6 Einführung in die marxistische
7 Dialektik
8 I – III

Serie F: Kultur und Fortschritt

1 Wer hat Kultur?
Aber wer macht sie?
(wird fortgesetzt)

Jeder Marxistische Lehrbrief hat einen Umfang von rund 20 Seiten und kostet 1,– DM zuzüglich Zustellgebühr.

Bestellungen über den Buchhandel oder den Verlag.

MARXISTISCHE BLÄTTER

Die „Marxistischen Blätter" sind eine Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Sie erscheint bereits im 8. Jahrgang. Der Umfang jeder Ausgabe liegt zwischen 86 und 106 Seiten.
Der Preis je Einzelheft beträgt ab Januar 1972 DM 3,— plus Zustellgebühr und im Abonnement DM 15,— plus Zustellgebühr.

Die Zeitschrift behandelt Schwerpunkt-Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, Lehre, Entwicklung und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus in den einzelnen Ausgaben.

Sie bringt Berichte über wissenschaftliche Tagungen und politische Konferenzen, und es werden wichtige Neuerscheinungen wissenschaftlicher und politischer Literatur ausführlich besprochen.

Die Autoren sind bekannte Praktiker und Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung.

Beiträge für die Marxistischen Blätter schrieben bisher so namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik wie A. Berg (Moskau), J. Duclos (Paris), S. Segre (Rom), J.D. Bernal (London), H. Aptheker (New York), F. Castro (Havanna), E. März (Wien), G. Klaus (Berlin), W. Abendroth, W. Hofmann (Marburg), M. Reimann (Essen), J. Schleifstein (Köln) u.a.

Themen des Jahrgangs 1971:

Heft 1 Gewerkschaften im Spätkapitalismus
Heft 2 Probleme der europäischen Sicherheit
Heft 3 Neue Erscheinungen im Imperialismus
Heft 4 Politische Parteien in der BRD
Heft 5 Methoden zur Integration der Arbeiterklasse in den staatsmonopolistischen Kapitalismus
Heft 6 Arbeiterklasse und Kultur

Themen des Jahrgangs 1972:

Heft 1 Umweltschutz und Gesellschaft
Heft 2 Bürgerliche und sozialistische Demokratie
Heft 3 Kapitalistische und sozialistische Integration
Heft 4 Wirtschaftskrisen unter den Bedingungen des staatsmonopolitischen Kapitalismus
Heft 5 Arbeiterklasse und Bündnispolitik
Heft 6 Zur Europapolitik

Bestellungen über den Buchhandel oder den

VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt/Main, Heddernheimer Ldstr. 78a

Die deutsche Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende

Herausbildung des Revisionismus und der revolutionären Linken

DKP
Karl Liebknecht Schule
Am Stadtpark 68
5090 Leverkusen
Telefon 0 21 72 / 4 54 18

Serie C:

Streifzüge durch die neuere Geschichte

19

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

	Seite
Wie sah die politische Lage in Deutschland um die Jahrhundertwende aus ?	2
Worum ging es jetzt ?	3
Lage der Sozialdemokratie	4
Bernsteins Revisionismus	5
Wo lagen die Ursachen für den Revisionismus ? Was sind seine sozialen Wurzeln ?	6
Wie und mit welchem Ergebnis erfolgte die Auseinandersetzung mit dem Revisionismus ?	7
Was charakterisierte diese Strömungen ?	9
Die Stellung der Sozialdemokratie zum Krieg !	11

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt am Main, verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeberkreis: Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main, Heddernheimer Landstr. 78a, Telefon (0611) 571051

Druck: F. Freyeisen, 6 Frankfurt am Main, Mainluststr. 13

Die Reichsgründung 1871 hatte dem Kapitalismus in Deutschland günstige Voraussetzungen für seine Weiterentwicklung geschaffen – wenn auch über eine „Revolution von oben!". Tatsächlich erfolgte denn auch ein sprunghafter Anstieg der Produktion. Die Jahre nach 1871 waren zunächst durch ein rapides Wachstum von Kleinbetrieben charakterisiert. Unmittelbar vor und nach der Jahrhundertwende entstanden dann aber schon in beachtlichem Umfang Großbetriebe mit mehr als 1000 Arbeitern. 1885 gab es – um nur einige Zahlen zu nennen – 252 dieser Unternehmungen mit 448 731 Arbeitern. Und 1907 dann schon 506 mit 954 654 Arbeitern.

Diese Entwicklung wirkte sich natürlich auch auf die Struktur der Bevölkerung aus. 1871 lebten noch 63,9 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande und dementsprechend nur 36,1 Prozent in der Stadt. 1910 dagegen stellen wir eine Umkehrung dieser Zahlen fest. Jetzt wohnten nur noch 40 Prozent der Menschen in den ländlichen Gebieten und schon 60 Prozent davon in den Städten. Das ist vor allem auf das Anwachsen der Industriearbeiterschaft zurückzuführen.

Der Kapitalismus trat in Deutschland, und das galt auch für andere Länder Europas – aber auch für die USA – in eine neue Epoche seiner Entwicklung ein. Er war aus der Phase der freien Konkurrenz in das imperialistische Stadium der Herrschaft der Monopole hinübergewachsen. W.I. Lenin hat ja in seinem Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" gerade diese Stufe der Entwicklung des Kapitalismus exakt analysiert. Er kam dabei auf folgende Ergebnisse: Das Wesen des Imperialismus wird durch fünf grundlegende Merkmale deutlich, nämlich: „1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe ereicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses ‚Finanzkapitals'; 3. der Kapitalexport, zum Unterschied von Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalsistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet."[1] Gravierender und dominierender Widerspruch blieb nach wie vor der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Er erfuhr aber durch den Grad der Konzentration der Produktion und des Kapitals eine Verschärfung.

Der Imperialismus wurde zum beherrschenden System in der Welt. Die Welt war um die Jahrhundertwende territorial unter die einzelnen Großmächte aufgeteilt. Es setzte von diesem Zeitpunkt an ein ständiges Ringen dieser Länder untereinander um eine Neuaufteilung der Machtsphären ein – und zwar mit wirtschaftlichen, politischen und militärischen Mitteln.

Gleichzeitig schuf dieser Monopolkapitalismus durch die gigantische Vergesellschaftung der Produktion aber auch die materielle Voraussetzung für den Übergang zum Sozialismus. Die Zeit war nunmehr durch den hohen Grad der Konzentration der Produktion und des Kapitals reif für sozialistische Produktionsverhältnisse.

Daraus ergab sich für die Arbeiterbewegung eine neue Aufgabenstellung – nämlich die Erringung der politischen Macht. Das war wiederum ohne die Schaffung einer festgefügten, gut organisierten Arbeiterpartei, die sich von der Theorie des Marxismus leiten ließ, die aber aufs engste mit den proletarischen Massen verbunden war, nicht möglich. Gerade die zurückliegenden Erfahrungen der Arbeiterbewegung drängten zu dieser Erkenntnis. Lenin prägte hierzu den Begriff der „Partei neuen Typus". Auch die deutsche Arbeiterbewegung stand allgemein vor dieser Aufgabe. Dabei mußte sie sich natürlich von den gegebenen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen leiten lassen.

Wie sah die politische Lage in Deutschland um die Jahrhundertwende aus ?

Deutschland war der Staatsform nach eine halbabsolutistische Monarchie. Über allem thronte formal Kaiser Wilhelm II. Die herrschende Schicht war junkerlich-bourgeois. Das Monopolkapital spielte darin die ausschlaggebende Rolle. Es hatte sich nur im Verlauf weniger Jahre durch eine Verflechtung des Junkertums, besonders des kapitalistisch wirtschaftenden Junkertums, mit der imperialistischen Großbourgeoisie, ein Ausbeuterblock herausgebildet, der durch gemeinsame wirtschaftliche und politischen Interessen sowie durch den gemeinsamen Kampf gegen die Arbeiterbewegung zusammengehalten wurde. Diese Verflechtung hatte für lange Zeit eine politische und gesellschaftliche Vormachtstellung des reaktionären Junkertums in Deutschland zum Ergebnis. Die wichtigsten Positionen in der Regierung, im Heer und in der Diplomatie hielt der Adel fest in seinen Händen. Die Beamten waren neben der kaiserlichen Armee die Hauptstütze des imperialistischen Systems.

Der preußisch-deutsche Militarismus gab diesem System ein spezielles Gepräge. Karl Liebknecht charakterisierte diesen Militarismus im Jahre 1905 – und zwar auf dem Jenaer Parteitag der SPD – international „als Gefährdung des Völkerfriedens – und national als Bollwerk und Sturmbock gegen den ‚inneren Feind', das kämpfende Proletariat". Ein Jahr später umriß er das Wesen des Militarismus in seinem berühmten Aufsatz „Rekrutenabschied" als „Quintessenz und die Summe aller Volksfeindlichkeit . . . als der blutige Schutzwall des Kapitalismus . . . Er ist der Würgeengel der Kultur; er barbarisiert die Zivilisation und frißt, das Volk aussaugend, alle Mittel auf, die einen wahrhaftigen Fortschritt dienen könnten". Der Militarismus tritt auf: „Erstens als Armee selbst, sodann als ein über die Armee hinausgehendes System der Umklammerung der ganzen Gesellschaft durch ein Netz militärischer und halbmilitärischer Einrichtungen (. . .), ferner als ein System der Durchtränkung unseres ganzen öffentlichen und privaten Volkslebens mit militaristischem Geiste . . ." Seiner harrt als Aufgabe, „die mit Zuspitzung der Klassengegensätze und mit dem Anwachsen des proletarischen Klassenbewußtseins immer näher in den Vordergrund rückt, die äußere Form des Militarismus und seinen inneren Charakter mehr und mehr bestimmend, : die Aufgabe des Schutzes der herrschenden Gesellschaftsordnung, einer Stütze des Kapitalismus und

aller Reaktionen gegenüber dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse. Hier zeigt er sich als reines Werkzeug des Klassenkampfes, als Werzeug in den Händen der herrschenden Klassen, dazu bestimmt, im Verein mit Polizei und Justiz, Schule und Kirche die Entwicklung des Klassenbewußtseins zu hemmen und darüber einer Minderheit, koste es, was es wolle, selbst gegen den aufgeklärten Willen der Mehrheit des Volkes die Herrschaft im Staat und die Ausbeutungsfreiheit zu sichern".[2] Diese Charakterisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland ergab sich aus der politischen Wirklichkeit um die Jahrhundertwende. Deutschland unter der Herrschaft der schon genannten Kräfte strebte in dieser Phase der Entwicklung den Übergang zu „Weltpolitik" an. Es war durch die relativ späte nationale Einigung bei der Aufteilung der Welt in Machtsphären zu kurz gekommen. Der Drang des deutschen Großkapitals nach einer Neuaufteilung der Macht auf internationaler Ebene war in jenen Jahren unverkennbar. Programmatische Losungen wie vom „Platz an der Sonne" und „Frankreich als Erbfeind" unterstrichen sichtbar den Anspruch des deutschen Imperialismus nach Expansion.

Die inneren Verhältnisse in Deutschland wurden gekennzeichnet durch eine rigorose Ausplünderung des Volkes. Die Ausgaben für den expansionistischen Kurs – vor allem für die Rüstung – und der daraus erwachsende Druck auf die Lebenshaltung der Massen führte zu härteren Auseinandersetzungen, zu Streiks und auch Aussperrungen, die alle bisherigen Kämpfe der Arbeiterklasse in Deutschland im Ausmaß und auch an Heftigkeit übertrafen, so im Crimmitschauer Textilarbeiterstreik 1903, dem Streik der Ruhrbergarbeiter 1905, in machtvollen politischen Kämpfen gegen das Dreiklassenwahlrecht 1906 und 1910, in starken Sympathien für die russische Revolution 1905 und in zahlreichen anderen Bewegung gegen Militarismus und Kriegsvorbereitung.

Die Teuerungen, insbesondere die steigenden Lebensmittelpreise, bildeten ein ständiges Thema der Arbeiterpresse und der Arbeiterversammlungen in diesen Jahren.

Das Deutsche Reich war noch immer, wie Marx es wenige Jahre nach seiner Gründung genannt hatte, ein „bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus."[3] Charakteristisch für diese Zeit und für die Absichten der herrschenden Kreise ist hier eine Randnotiz, die Wilhelm II. auf einer Regierungsakte vermerkte, die an den damaligen Kanzler, den Fürsten von Bülow, zurückging: „Erst die Sozialisten abschießen, köpfen und unschädlich machen, wenn nötig per Blutbad, und dann Krieg nach außen. Aber nicht vorher und nicht à tempo." Die neuen ökonomischen und politischen Verhältnisse, also der Imperialismus als System, und speziell die reaktionäre und kriegslüsterne Politik der herrschenden Kreise in Deutschland verlangte natürlich auch eine Neuorientierung der Strategie und Taktik der deutschen Arbeiterbewegung.

Worum ging es jetzt?

Nach Jahren, in denen es vor allem um die Sammlung der Kräfte gegangen

war, wo ja zum anderen die Einigung Deutschlands auf dem Wege durch eine Revolution von unten im Mittelpunkt der Politik der Arbeiterbewegung gestanden hatte, kam es jetzt angesichts der Zuspitzung der gesellschaftlichen Gegensätze darauf an, konkrete Antworten auf die Fragen der Zeit zu geben. Sie mußte die neuen sozialökonomischen und politischen Erscheinungen analysieren und auf dem Boden des Marxismus theoretisch verallgemeinern und gleichzeitig ihre Linie für den proletarischen Befreiungskampf entwickeln, daraus dann die unmittelbaren Aufgaben stellen.

Hier sei in diesem Zusammenhang kurz auf die Stellung der deutschen Sozialdemokratie eingegangen.

Lage der Sozialdemokratie

Die deutsche Sozialdemokratie hatte sich in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, und das trotz Verfolgung und Unterdrückung – sie war ja von Bismarck durch das sogenannte Sozialistengesetz von 1878 bis 1890 verboten worden und mußte im Untergrund wirken –, zu einer revolutionären Arbeiterpartei auf marxistischer Grundlage entwickelt und spielte in der sozialistischen Internationale eine wichtige Rolle. Ihr Einfluß unter den Massen wuchs stetig. 1898 – bei den Reichstagswahlen – erhielt sie bereits 2,1 Millionen Stimmen – das war die höchste Stimmenzahl aller Parteien. Die Partei selbst zählte zu dieser Zeit 100 000 eingetragene Mitglieder. Die SPD besaß 73 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von rund 400 000 Exemplaren. 49 Zeitungen erschienen täglich. Gleichzeitig waren 580 000 Arbeiter in den freien Gewerkschaften organisiert.

Die sozialistische Arbeiterbewegung war also um die Jahrhundertwende eine bedeutende politische Macht in Deutschland.

Nach der Jahrhundertwende nahm auch die Streikbewegung – wie schon kurz erwähnt – als Ausdruck dieser Entwicklung und der Verschärfung des Klassenkampfes beträchtlich zu. Sie nahmen vor allem stärkeren politischen Charakter an. Das imperialistische Stadium des Kapitalismus in Deutschland und die damit verbundene reaktionäre Innen- und Außenpolitik verlangte, wie schon angedeutet, nunmehr auch von der deutschen Arbeiterbewegung konkrete Antworten, Antworten auf solche Fragen: wie will sie gegen die Kriegsvorbereitung kämpfen? Wie gedenkt sie die Macht der Monopole zurückzudrängen und einzuschränken? Wie will die SPD die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes sichern und ausbauen? Wie soll der Weg zum Sozialismus aussehen?

Darüber, und auch noch über andere politische Probleme entbrannte innerhalb der deutschen Sozialdemokratie alsbald ein heftiger Meinungsstreit.

Bernsteins Revisionismus

Gegenstand der Auseinandersetzung waren vor allem Angriffe von Eduard Bernstein (er lebte seit dem Sozialistengesetz in London und war ehemals Chefredakteur des „Sozialdemokrat") auf die politische Linie der SPD, besonders auf ihre marxistischen Aussagen im Programm. Bernstein bezeichnete den wissenschaftlichen Sozialismus als falsch und überholt. Er versuchte, die SPD in eine Partei friedlicher Reformarbeit auf dem Boden und im Rahmen der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu drängen. „Das, was man gemeinhin Endziel des Sozialismus nennt, ist mir nichts" – diesen markanten Ausspruch prägte er eigens hierfür – „die Bewegung alles!"[4] Die SPD sollte nach seiner Ansicht friedlich in den Sozialismus hineinwachsen – eben auf dem Weg von Reformen. „‚Die Bewegung ist alles, das Endziel nichts' – dieses geflügelte Wort Bernsteins läßt das Wesen des Revisionismus besser erfassen," so schrieb Lenin in seinem Artikel „Marxismus und Revisionismus" im April 1908, „als viele langatmige Ausführungen. Die Haltung von Fall zu Fall festlegen, sich an Tagesereignissen, an das Auf und Ab im politischen Kleinkram anpassen, die Grundinteressen des Proletariats, die Grundsätze der ganzen kapitalistischen Ordnung und die gesamte kapitalistische Entwicklung vergessen, diese Grundinteressen um wirklicher oder vermeintlicher Augenblicksvorteile willen opfern – darin besteht die revisionistische Politik".[5]

Angriffe auf die Positionen der Arbeiterbewegung hatte es ja schon vorher gegeben – auch Richtungskämpfe – es sei hier nur an Lassalle erinnert. Marx und Engels sowie ihre Mitstreiter haben einen ständigen theoretischen und praktischen Kampf gegen den Opportunismus in der Arbeiterbewegung sowohl auf deutscher als auch auf internationaler Ebene geführt. Sie haben auch klar das Wesen des Opportunismus skizziert. Das geschah vor allem in ihrem berühmten „Zirkularbrief an Bebel, Liebknecht, Bracke u.a. Führer der deutschen Sozialdemokratie aus dem Jahre 1879 – einem der heute noch wichtigsten Dokumente zum Problem des Opportunismus. Darin wird die Grundhaltung des Opportunismus so beschrieben: „Statt entschiedener politischer Opposition – allgemeine Vermittlung; statt des Kampfes gegen Regierung und Bourgeoisie – der Versuch, sie zu gewinnen und zu überreden; statt trotzigen Widerstands gegen Mißhandlungen von oben – demütige Unterwerfung und das Zugeständnis, man habe die Strafe verdient. Alle historisch notwendigen Konflikte werden umgedeutet in Mißverständnisse und alle Diskussion beendigt mit der Beteuerung: in der Hauptsache sind wir ja alle einig."[6] Dieser hier knapp skizzierte Opportunismus widerspiegelt die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Einflüsse in die Arbeiterbewegung generell. Typisch für ihn ist der Verlust oder besser ausgedrückt der bewußte Verzicht auf jede revolutionäre Perspektive, das ausgesprochen oder unausgesprochen praktizierte Preisgeben des Ziels, die politische Macht zu erobern und die kapitalistische Gesellschaft in die sozialistische umzuwälzen, also die theoretische und praktische Beschränkung auf Forderungen, die das kapitalistische System nicht überschreiten.

Bernsteins Versuche, den Marxismus zu revidieren – sein Revisionismus –

war eine neue Schattierung oder Strömung des Opportunismus in der Arbeiterbewegung, dessen Hauptziel die Revision der Grundlagen des Marxismus in der Arbeiterbewegung war – daher ist die Sprache vom Revisionismus.

Wo lagen die Ursachen für den Revisionismus? Was sind seine sozialen Wurzeln?

Die Wurzeln des Revisionismus liegen im imperialistischen System. Der Revisionismus ist eine gesetzmäßige Erscheinung des Imperialismus. „Dadurch", so führte Lenin dazu aus, „daß die Kapitalisten eines Industriezweiges unter vielen anderen oder eines Landes unter vielen anderen usw. hohe Monopolprofite herausschlagen, bekommen sie ökonomisch die Möglichkeit, einzelne Schichten der Arbeiter, vorübergehend sogar eine ziemlich bedeutende Minderheit der Arbeiter zu bestechen und sie auf die Seite der Bourgeoisie des betreffenden Industriezweiges oder der betreffenden Nation gegen alle übrigen hinüberzuziehen. Diese Tendenz wird durch den verschärften Antagonismus zwischen den imperialistischen Nationen wegen der Aufteilung der Welt noch verstärkt. So entsteht der Zusammenhang zwischen Imperialismus und Opportunismus."[7]

Der deutsche Imperialismus zog sich darüber hinaus mit Hilfe seiner Überprofite nicht nur eine Arbeiteraristokratie groß und unterwarf sie sich, sondern er verstand es auch eine Arbeiterbürokratie, die sich vor allem im Bereich gewerkschaftlicher Arbeit entwickelte, zu fördern. Lenin schrieb hierzu noch: „Auf der geschilderten ökonomischen Grundlage haben die politischen Institutionen des neuesten Kapitalismus – Presse, Parlament, Verbände, Kongresse usw. – die den ökonomischen Privilegien und Almosen entsprechenden politischen Privilegien und Almosen für die respektvollen, braven, reformistischen und patriotischen Angestellten und Arbeiter geschaffen."[8]

Tatsächlich gewährte das Großkapital in Deutschland manchen sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführern materielle Vergünstigungen, verschaffte ihnen einträgliche und ruhige Posten in den Redaktionen „solider" Zeitungen oder in den Vorständen der zahlreichen Arbeiterverbände. Gerade diese Kräfte waren für die Ideologie der herrschenden Schichten anfällig. Sie nahmen bereitwillig die Ansichten über die bürgerliche Demokratie, die Abschwächung des Klassenkampfes, die friedliche Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit usw. an und trugen sie in die Arbeiterklasse. Diese Gruppe war angesichts vieler Organisationen zahlenmäßig stark und dementsprechend gab es auch eine starke Arbeiterbürokratie in Deutschland.

Darüber hinaus gaben die vielen kleinbürgerlichen „Mitläufer" in der Arbeiterbewegung einen günstigen Nährboden für die Entwicklung des Opportunismus ab.

Alle diese Schichten unterlagen immer mehr dem Druck der Imperialisten und wurden zu Verfechtern bürgerlicher Politik.

Diese Kräfte bildeten die soziale Grundlage oder Nährboden für den Opportunismus. „Opportunismus bedeutet", wie W.I. Lenin in einer anderen Arbeit („Der Opportimismus und der Zusammenbruch der II. Internationale") schrieb, „daß die grundlegenden Interessen der Masse den vorübergehenden Interessen einer verschwindenden Minderheit von Arbeitern zum Opfer gebracht werden oder, anders ausgedrückt, daß ein Teil der Arbeiter mit der Bourgeoisie ein Bündnis gegen die Masse des Proletariats eingeht".[9]

Zugleich gab Lenin auch wichtige Hinweise auf den politisch-ideologischen Inhalt des Opportunismus. Danach bedeutet Opportunismus „Zusammenarbeit der Klassen, Lossagung von der Diktatur des Proletariats, Verzicht auf revolutionäre Aktionen, Anbetung der bürgerlichen Legalität, Mißtrauen gegen das Proletariat, Vertrauen zur Bourgeoisie".[10]

Der Revisionismus als neue Strömung des Opportunismus innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung trat – um noch einmal zusammenzufassen – mit dem Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz in das imperialistische Stadium auf die politische Bühne. Er verzichtete bewußt auf eine revolutionäre Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft und wollte auf dem Wege von Reformen und Anpassung an das imperialistische System lediglich die Gesellschaft verbessern. Der Revisionismus – später dann öfter auch als Reformismus bezeichnet – reflektierte das kleinbürgerliche Denken und auch bürgerliche Ideologie und hatte seine sozialen Wurzeln in der neu entstandenen „Arbeiteraristokratie" und „Arbeiterbürokratie".

Wie und mit welchem Ergebnis erfolgte die Auseinandersetzung mit dem Revisionismus?

Der Angriff Eduard Bernsteins auf die marxistischen Grundlagen der sozialdemokratischen Politik führte in der deutschen Arbeiterbewegung – aber auch auf internationaler Ebene – zu heftigen Meinungskämpfen. Lenin, der sich damals gerade in Sibirien in Verbannung befand, schrieb zum Beispiel in diesem Zusammenhang: „Die berüchtigte Bernsteiniade . . . bedeutet den Versuch, die Theorie des Marxismus einzuengen, den Versuch, die revolutionäre Arbeiterpartei in eine Reformpartei zu verwandeln".[11] Genau das war der Kern des Revisionismus. Und darum entbrannte auch in erster Linie die Auseinandersetzung.

Sie erfolgte zunächst in der Arbeiterpresse. Franz Mehring, Historiker und auch ein führendes Mitglied der Sozialdemokratie, der vor allem auf dem linken Flügel der SPD stand, widerlegte in einer Artikelserie in der „Neuen Zeit" insbesondere die philosophischen Ansichten des Revisionismus. Bernstein diffamierte nämlich auch den historischen Materialismus als primitiv und antiquiert und unterstellte ihm völlig unbegründet die Verneinung der aktiven Rolle der Ideen und Persönlichkeiten in der Gesellschaft.

Rosa Luxemburg wies in einem längeren Aufsatz unter dem Titel „Sozialreform oder Revolution", der 1899 in der „Leipziger Volkszeitung" erschien, nach – daß Bernsteins revisionistischen Anschauungen den Boden des proletarischen Klassenkampfes verlassen hatte. „Wer sich", so schrieb sie darin, „. . . für den gesetzlichen Reformweg anstatt und im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt tatsächlich nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum gleichen Ziel, sondern auch ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß unwesentliche Veränderungen der alten".[12] Zugleich erläuterte sie in hervorragender Weise die gesellschaftliche Funktion von Reform und Revolution – von Bernstein geradezu durch seinen Ausspruch „Das, was man gemeinhin Endziel des Sozialismus nennt, ist mir nichts, die Bewegung alles!"[13] provoziert worden war. Rosa Luxemburg wies in ihrem Aufsatz nach, daß Reform und Revolution zwei Momente in der Entwicklung der Klassengesellschaft kennzeichnen, die untrennbar miteinander verbunden sind und sich auch gegenseitig durchdringen. In der Revolution sah sie den politischen Schöpfungsakt einer neuen Gesellschaftsordnung, wogegen die Reform diesen Akt vorbereitet. Dagegen, so führte sie weiterhin dazu aus, hatte Bernstein mit seiner Auffassung über die Sozialreform auf die Verwirklichung des Sozialismus verzichtet, trat er nur für die Reformierung der kapitalistischen Ausbeuterordnung ein, verzichtete er auf die Selbständigkeit der Partei als politische Klassenorganisation. „Für die Sozialdemokratie", so unterstrich Rosa Luxemburg, „besteht zwischen Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, indem ihr der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist".[14]

Auch Karl Kautsky, ein führender Theoretiker der Sozialdemokratie, der später – wie wir noch sehen werden – auch die Positionen des Marxismus nicht mehr konsequent vertrat, trug vor allem mit seinem Buch „Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik" wesentlich zur theoretischen Auseinandersetzung mit den revisionistischen Auffassungen Bernsteins und seines Anhanges in der Partei bei.

Karl Liebknecht prägte in diesem Zusammenhang die Worte: „Das Endziel muß stets und überall energisch in den Vordergrund gerückt werden. Bei jedem noch so kleinem Schritt ist das Auge fest auf das Endziel zu richten".[15]

Die teils leidenschaftlich geführten Meinungskämpfe, die auch in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit gefunden hatten, waren auch Gegenstand heftiger Debatten auf den Parteitagen der Sozialdemokratie in den Jahren von 1898 bis 1903, aber auch danach. Hier setzten sich vor allem August Bebel, der Führer der SPD, Clara Zetkin und Rosa Luxemburg mit den revisionistischen Auffassungen scharf auseinander. „Eine Partei", so argumentierte August Bebel 1898 auf dem Parteitag in Hannover, „die kämpft, will siegen, und dazu braucht sie Begeisterung, braucht sie Opfermut und Kampfesfreudigkeit, und dies nimmt man ihr, wenn man nach allen Richtungen hin künstlich Schwierigkeiten auftürmt. Wenn man

ihr immer sagt, seid vorsichtig, ... damit ihr ja nicht das liebe Bürgertum erschreckt ... Darin kann sich Bernstein nicht genug tun, uns zu sagen: Ihr seid doch unfähig, eure Aufgaben zu lösen".[16] 1903 dann, auf dem Parteitag in Dresden, nahm er den Revisionismus noch einmal unter die Lupe: „Die Vertuschung", so führte dort aus, „Die Überbrückung der Gegensätze zwischen Proletariat und bürgerlicher Gesellschaft. Das ist das Streben, das die Männer, die sich Revisionisten nennen, in der Partei haben. Es ist immer und ewig der alte Kampf, hier links, dort rechts, und dazwischen der Sumpf. Das sind die Elemente, die nie wissen, was sie wollen, oder besser gesagt, die nie sagen, was sie wollen".[17]

Lenin würdigte Bebels Kampf gegen den Revisionismus so: „Seine Reden gegen die Opportunisten auf den Parteitagen in Hannover und Dresden werden lange Zeit ein Musterbeispiel bleiben dafür, wie man marxistische Anschauungen verfechten und für den wahrhaft sozialistischen Charakter kämpfen muß".[18]

Am Ende dieser Auseinandersetzung auf den Parteitagen stand eine Verurteilung des Revisionismus und der Sieg der sogenannten orthodoxen Marxisten wie Bebel, Kautsky, Mehring, Zetkin, Luxemburg u.a. Das war zweifelsohne ein großer Erfolg der revolutionären Kräfte in der deutschen Sozialdemokratie. Allein die theoretische Verurteilung reichte aber, wie sich bald erweisen sollte, nicht aus, um die Einheit der sozialdemokratischen Partei zu sichern, denn Bernstein und seine Anhänger verblieben weiterhin als Mitglieder in der SPD und agierten weiter, obwohl sie auf den Parteitagen sich nach außen hin den Ansichten der Mehrheit der Delegierten, die eindeutig den Revisionismus in einer Resolution verurteilt hatten, verbreiteten wortbrüchig ihre revisionistischen Anschauungen innerhalb der Sozialdemokratie weiter.

Das Gift des Revisionismus breitete sich trotz der Debatten und Verurteilung dieser Strömung nach dem Dresdener Parteitag weiter aus. Die SPD durchlebte in dieser Zeit einen schärferen Scheidungsprozeß der verschiedenen politischen Strömungen. Die Einwirkungen internationaler Klassenkämpfe, so die Massenstreiks in Belgien, Holland, Schweden und Italien, besonders nachdrücklich aber die russische Revolution von 1905, aber auch die Zuspitzung der sozialen Kämpfe in Deutschland selbst – es sei hier nur noch einmal der Ruhrbergarbeiterstreik von Januar 1906 genannt – beschleunigten diesen Prozeß. So kam es etwa seit 1905/06, als insbesondere die russische Revolution erstmals sehr konkret die Frage nach der Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung unter den Bedingungen des Imperialismus in aller Schärfe aufgeworfen hatte, sichtbar zur Herausbildung von drei Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie, nämlich der Revisionisten, der Zentristen und der revolutionären Linken.

Was charakterisierte diese Strömungen?

Das Wesen und auch die sozialen Wurzeln des Revisionismus haben wir bereits herausgearbeitet. Die Revisionisten erhielten damals starken

Zuwachs aus den Reihen der obersten Schicht von Parlamentsabgeordneten, Redakteuren und von Gewerkschaftsfunktionären. Er war nach wie vor auf dem Vormarsch und vermochte auch innerhalb der Partei wichtige Positionen zu erringen.

Der Zentrismus begann sich zunächst hauptsächlich in der Praxis des Klassenkampfes zu äußern – hier insbesondere auf den Parteikongressen, wo er versuchte, die innerparteilichen Meinungskämpfe zwischen Revisionismus und Marxismus um der Einheit der Sozialdemokratie willen „auszusöhnen".

Die wichtigste Ursache für seine Herausbildung war, wie es in der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" hieß, „die Zuspitzung des Kampfes zwischen Revisionismus und Marxismus in den Grundfragen des proletarischen Klassenkampfes, die die neue, imperialistische Epoche aufgeworfen hatte und die sich besonders deutlich während der Revolution in Rußland zeigten. Die Herausbildung des Zentrismus kennzeichnete den weiteren Differenzierungsprozeß in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Der Zentrismus entstand als Ideologie der Versöhnung und Verschleierung der prinzipiellen Gegensätze zwischen beiden Klassenlinien in der Arbeiterbewegung und verdeckte viele Jahre die Krise, die sich in der Sozialdemokratie seit dem Beginn der Epoche des Imperialismus zu entwickeln begonnen hatte. Selbst ein Produkt der bürgerlichen Ideologie innerhalb der Arbeiterbewegung, betrachteten sich die Zentristen als Hüter der ‚Einheit der Partei' und bedienten sich dabei pseudomarxistischer und scheinrevolutionärer Phraseologie."[19] Der Zentrismus erschwerte die klare Orientierung der Arbeiter durch die revolutionäre Sozialdemokratie. Er untergrub in Wirklichkeit die Einheit der Partei und ermöglichte die Umwandlung der deutschen Sozialdemokratie durch sein Versöhnlertum in eine reformistische Partei.

Diese politische Strömung des Opportunismus erhielt in der Praxis und auch in der Sozialdemokratie immer stärker die Oberhand. Der Zentrismus anerkennt in Worten die revolutionären Ziele der Sozialdemokratie und auch die revolutionäre Taktik. Das erschwerte natürlich die Auseinandersetzung im starken Maß. Zugleich berief sich diese Strömung des Opportunismus auf die „alte bewährte Taktik" und noch mehr auf die „alten Autoritäten". Die einflußreichsten und unter den Massen beliebtesten Führer der Vorkriegssozialdemokratie – August Bebel und Paul Singer –, die dem Sozialismus treu ergebene Revolutionäre geblieben waren, glaubten, daß Festhalten an den alten Grundsätzen und Kampfformen genüge. Sie fürchteten, durch vorzeitige Aktionen könnten die in Jahrzehnten gewonnenen Positionen und die Einheit der Partei aufs Spiel gesetzt werden. Dabei erkannten sie nicht, daß die Partei durch ein bloßes Beharren auf der alten Taktik nicht vor dem opportunistischen Verfall gerettet werden konnte. Als Singer 1911 und Bebel 1913 starben, erleichterte das wesentlich die Eroberung der Sozialdemokratie durch die Opportunisten Ebert, Scheidemann, David, Südekum und Noske. Die Linken, repräsentiert durch Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin, traten für die Wahrung der revolutionären

Traditionen der Sozialdemokratie ein. Sie verteidigten in der deutschen Sozialdemokratie konsequent den Marxismus und forderten angesichts der veränderten ökonomischen und politischen Verhältnisse eine Neuorientierung sozialdemokratischer Politik. So verlangten sie insbesondere die Anwendung neuer Kampfformen, so die Verbindung des parlamentarischen mit dem außerparlamentarischen Kampf, den Massenstreik, einen konsequenten Kampf gegen Militarismus und Kriegsvorbereitung.

Das war angesichts wachsender internationaler Spannungen, hervorgerufen durch einen kaum verhüllten Kurs auf Krieg des deutschen Imperialismus, dringend erforderlich.

Die Stellung der Sozialdemokratie zum Krieg!

Der Kampf um eine Neuaufteilung der Machtsphären in der Welt war zu dieser Zeit in voller Stärke entbrannt. Es hatten sich zwei konkurrierende imperialistische Machtgruppen herausgebildet: nämlich die Triple-Entente – bestehend aus England, Frankreich und dem zaristischen Rußland – und der Dreibund, zusammengesetzt aus Deutschland, Österreich, Ungarn und Italien. Beide Gruppierungen nahmen strikt Kurs auf den Krieg. „Die englischen Chauvinisten wollen die Stärke des gefährlichen Konkurrenten untergraben", wie Lenin die Lage damals beurteilte, „indem sie Deutschlands Seemacht zerschlagen, das einstweilen auf diesem Gebiet noch unvergleichlich schwächer ist als England. Die deutschen Junker und Generale mit dem Kommißstiefel Wilhelm II. an der Spitze brennen auf einen Kampf gegen England, wobei sie hoffen, das Übergewicht an Landstreitkräften ausnützen zu können und davon träumen, mit dem Rummel militärischer Siege die ständig wachsende Unzufriedenheit der Arbeitermassen und die Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland eindämmen zu können".[20]

Gerade unter diesen wachsenden Kriegsgefahren wurde für die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung die Beantwortung der Frage, wie die Arbeiterklasse gegen Militarismus und Kriegsvorbereitung kämpfen und wie sie sich im Falle eines Kriegsausbruchs und Krieges verhalten muß, zur wichtigsten Aufgabe.

Die Revisionisten bezogen hier eindeutig die Positionen von „Vaterlandsverteidigern". Noske hatte diese Haltung 1907 auf dem Parteitag in Essen klar ausgesprochen. Dort hatte er erklärt, das „im Falle ernstlicher Bedrohung unseres Landes die Sozialdemokraten ihr Vaterland begeistert verteidigen wollen".[21]

Die Zentristen schwankten in ihrer Stellungnahme zum Krieg. Karl Kautsky trennte die Politik des Imperialismus von seiner Ökonomik und kam dadurch zu falschen Schlußfolgerungen, daß Kriege möglicherweise entstehen können, aber nach seiner Meinung „mutwillig keine Regierung heute einen Krieg anzetteln wird".[22] Sie verzichteten dann auch auf eine eigene Programmatik zur Verhinderung des Krieges.

Nur die Linken hatten diese Aufgabenstellung erkannt und daraus konkrete Schlußfolgerungen gezogen. Sie wiesen vor allem auf den Zusammenhang zwischen Imperialismus und Militarismus hin und hoben besonders die Rolle des Militarismus bei der Erhaltung der Macht des Monopolkapitals hervor.

Es sei an dieser Stelle noch einmal an die Schrift von Karl Liebknecht – eingangs schon knapp skizziert – „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung" aus dem Jahre 1907 erwähnt. Er hatte darin nicht nur das Wesen des Militarismus enthüllt, nein – zugleich hatte er in dieser Arbeit konkrete Vorschläge für eine antimilitaristische Taktik herausgearbeitet. Er forderte von der Sozialdemokratie Aufklärung über das Wesen des Militarismus.

Rosa Luxemburg wiederum hatte hervorragenden Anteil bei der Ausarbeitung der Entschließung der II. Internationale von 1907 in Stuttgart gegen Militarismus und Krieg. „Droht ein Ausbruch des Krieges", so lautete ihr entscheidender Absatz, „so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen".[23]

Die Linken in der Sozialdemokratie handelten in den nachfolgenden Jahren nach diesen revolutionären Grundsätzen und setzten alle Kräfte und Fähigkeiten ein, um den Imperialismus mit seinen Schrecken für die Menschheit zu bezwingen. Sie führten darum einen aufopferungsvollen Kampf, und ihre Führer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden mehrmals von der reaktionären Klassenjustiz ins Gefängnis gesteckt. Doch weder Terror noch Unterdrückung vermochte die Linken in der deutschen Sozialdemokratie einzuschüchtern und von ihrem Kampf gegen Imperialismus und Militarismus – gegen die konkreten Kriegsvorbereitungen abzuhalten.

Die Schwäche der Linken bestand darin, daß sie die Kräfte in der Sozialdemokratie, die auf ihrer Seite standen, und das waren nicht wenige, nicht schon damals, also noch vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, auf einer gemeinsamen politisch-ideologischen Plattform gegen die Opportunisten in der SPD formierten, um so der Zersetzung der deutschen Arbeiterbewegung durch den Opportunismus verschiedener Schattierung, besser entgegenwirken zu können. Sie hatten aber gehofft, von innen her, also als Mitglieder der SPD, die Partei zu erneuern. Das war ein Trugschluß.

Erst im Feuer der Novemberrevolution wurde ihnen von Tag zu Tag klarer: Die kämpfenden Arbeitermassen brauchten angesichts der vom Opportunismus zerfressenen alten Sozialdemokratie eine neue, wahrhaft revolutionäre Partei.

Zusammenfassend sei nochmals W.I. Lenin zitiert: „Der verhältnismäßig ‚friedliche' Charakter der Epoche 1871 bis 1914 nährte den Opportunismus anfangs als Stimmung, dann als Richtung, schließlich als Gruppe oder Schicht der Arbeiterbürokratie und der kleinbürgerlichen Mitläufer. Diese Elemente konnten die Arbeiterbewegung nur beherrschen, indem sie in Worten die revolutionären Ziele und die revolutionäre Taktik anerkannten. Sie konnten das Vertrauen der Massen erringen, weil sie schworen, daß die ganze ‚friedliche' Arbeit nur eine Vorbereitung der proletarischen Revolution sei. Dieser Widerspruch war eine Geschwulst, die einmal bersten mußte, und sie ist geborsten . . ."

Anmerkungen:

1) W.I. Lenin, Werke, Band 22, Berlin 1960, S. 269
2) Karl Liebknecht, Reden und Aufsätze in zwei Bänden, Band 1, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1971, S. 60, 74 ff
3) Marx/Engels, Werke, Band 19, Berlin 1962, S. 29
4) Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899, S. 169; zit. in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 2, Berlin 1966, S. 33
5) W.I. Lenin, Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Band II, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1971, S. 270/71; vgl. auch: Kleines Leninwörterbuch, hg. J. Schleifstein, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1971, S. 60/61
6) Marx/Engels, Werke, Band 22, S. 234; vgl.auch: J. Schleifstein, Engels im Kampf gegen Opportunismus und Sektierertum, in: Friedrich Engels — Denker und Revolutionär, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1971, S. 69
7) W.I. Lenin, Werke, Band 22, Berlin 1960, S. 306/307
8) ebenda, Band 23, Berlin 1964, S. 112/113
9) W.I. Lenin, Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Band II, S. 628 ff
10) ebenda, S. 633
11) Zitiert in: Deutsche Geschichte von 1789 bis 1917, Band 2, Berlin 1965, S. 695

12) Rosa Luxemburg, Ausgewählte politische Schriften in drei Bänden, Band 1, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1971, S. 98
13) Eduard Bernstein, a.a.O., S. 169
14) Rosa Luxemburg, a.a.O., S. 50 ff
15) Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Band I, S. 26/27
16) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – abgehalten zu Stuttgart vom 3. bis 8. Oktober 1898, reprinted by Niho Shosaki, Ltd., Osaka, Japan 1970, S. 93
17) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903, a.a.O., S. 319
18) W.I. Lenin, Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Band II, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1970, S. 347
19) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 2, Berlin 1966, S. 109
20) W.I. Lenin, Werke, Band 20, Berlin 1965, S. 205
21) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – abgehalten zu Essen vom 15. bis 21. September 1907, a.a.O., S. 229
22) Karl Kautzky, Patriotismus und Sozialdemokratie, Leipzig 1902, Vorwort, S. 2
23) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 2, Berlin 1966, Dokument Nr. 28, S. 370

Literatur:

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 2, Berlin 1966, S. 29 bis 187

Deutsche Geschichte von 1789 bis 1917, Band 2, Berlin 1965, S. 679 bis 768

Heinz Wohlgemuth, Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung von der Jahrhundertwende bis 1917, Berlin 1963

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
in 15 Kapiteln
Hrsg.: Institut für Marxismus-Leninismus
beim ZK der SED

Kapitel I – Von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis 1849; 167 S., Broschur 1,40 DM

Kapitel II – Von 1849 bis 1871; 150 S., Broschur 1,00 DM

Kapitel III – Von 1871 bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts; 192 S., Broschur 1,20 DM

Kapitel IV – Vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1914; 216 S., Broschur 1,40 DM

Kapitel V – Von 1914 bis 1917; 136 S., Broschur 1,00 DM

Kapitel VI – Vom November 1917 bis Januar 1919; 208 S., Broschur 1,20 DM

Kapitel VII – Vom Januar 1919 bis Ende 1923; 256 S., Broschur 1,40 DM

Kapitel VIII – Von 1924 bis Herbst 1929; 224 S., Broschur 1,40 DM

Kapitel IX – Vom Herbst 1929 bis Januar 1933; 200 S., Broschur 1,20 DM

Kapitel X – Vom Januar 1933 bis August 1939; 252 S., Broschur 1,40 DM

Kapitel XI – Vom September 1939 bis Mai 1945; 224 S., Broschur 1,40 DM

Kapitel XII – Vom Mai 1945 bis 1949; 360 S., Broschur 2,20 DM

Kapitel XIII – Von 1949 bis 1955; 338 S., Broschur 2,20 DM

Kapitel XIV – Von 1956 bis 1961; 314 S., Broschur 1,80 DM

Kapitel XV – Ende 1961 bis Anfang 1963; 144 S., Broschur 1,00 DM



DIETZ VERLAG BERLIN
Deutsche Demokratische Republik
DDR – 1025 Berlin, Wallstraße 76–79



Marx schreibt mit!

Manchmal auch Engels. Häufig übrigens Lenin. Um nur wenige Köpfe zu nennen, die für unsere Zeitung arbeiten.

Also steht der Kapitalismus in jeder Nummer vor dem Röntgenschirm. Die Befunde stehen in der UZ. Also wird der Imperialismus in jeder Nummer durchleuchtet. Auch diese Befunde stehen in der UZ. Und was in den Betrieben los ist, in den Schulen und Universitäten, steht ebenfalls in der UZ. Übrigens auch, warum einiges los ist. Denn das ist noch wichtiger. Und schließlich: Arbeiter, Schüler und Studenten schreiben selbst in der UZ.

Dr. Wenzel-Verlag GmbH

A 60 — Abteilung 41
Duisburg 12 — Pothmannstraße 12

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Die „Marxistischen Lehrbriefe" vermitteln in sechs Serien populärwissenschaftlich — nicht in verflachter Form! — anhand der konkreten politischen Praxis die Hauptwissensgebiete des Marxismus.

Serie A: Gesellschaft und Staat

1 Wie der Mensch zum Menschen wurde
2 Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten I. (Von der Urgemeinschaft zur Entwicklung des Feudalismus)
3 Die marxistische Lehre von den Klassen und d. Klassenkampf (Einführung)
4 Die marxistische Lehre vom Klassenkampf II
5 Was lehrt der Marxismus über den Staat?
6 Die Entstehung des Kapitalismus
7 Der utopische Sozialismus
8 Wie Lenin den Marxismus weiterentwickelte
9 Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus
10 Der wissenschaftliche Sozialismus

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

1 Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
2 Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?
3 Gibt es noch Kapitalismus in der BRD?
4 Automation — Freund oder Feind?
5 Die Wirtschaft in der DDR — Teil I, Industrie
6 Die Industrie der Sowjetunion Struktur — Standorte — Zahlen
7 Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?
8 Probleme des Kampfes um die Mitbestimmung
9 Das neue ökonomische System in der DDR

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

1 Reformation und Bauernkrieg (1517-25)
2 Das politische Erwachen des deutschen Bürgertums
3 Deutschland im 17. u. 18. Jahrhundert
4 Freiheit — Gleichheit — Brüderlichkeit Die große Französische Revolution von 1789 und ihre Auswirkungen
5 Wie die deutsche Arbeiterbewegung entstand
6 Deutschland i. d. Revolution v. 1848
7 Roter Oktober 1917
8 Die deutsche Arbeiterbewegung 1849 bis 63
9 Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland
10 Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg
11 Der Untergang d. Weimarer Republik
12 Aus d. Leben u. Wirken v. Karl Marx
13 Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
14 Die Pariser Kommune 1871
15 Friedrich Engels, Leben und Wirken
16 Die deutsche Arbeiterbewegung von 1919 - 1923
17 Der Faschismus an der Macht und der antifaschistische Widerstandskampf 1933 - 1939
18 Der zweite Weltkrieg und der Widerstandskampf der deutschen Arbeiterklasse
19 Die deutsche Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

1 Die Wiederherstellung der alten Besitz- u. Machtverhältnisse in Deutschland (1945 - 1949)
2 Von Potsdam nach Bonn — Wie Deutschland gespalten wurde (1945 bis 1949)
3 Chinas Weg — vom Marxismus zum Maoismus, Teil I und Teil II
4 Probleme des Dialogs zwischen Marxisten und Christen
5 Worin besteht die faschistische Gefahr in der BRD?
6 Die Militarisierung der BRD (1949-56)
7 Der Kampf der arabischen Völker gegen Imperialismus und Zionismus
8 Der Befreiungskampf in Indochina Teil I
9 Der Befreiungskampf in Indochina Teil II
10 Revolutionäre Kämpfe in Lateinamerika
11 Die nationale Befreiungsbewegung u. Entwicklungsprobleme Schwarzafrikas
12 Der Befreiungskampf der Schwarzen in den USA
13 Der Befreiungskampf Angolas, Guineas und Mocambiques gegen den portugiesischen Kolonialismus

Serie E: Das moderne Weltbild

1 Geschichte — Zufall oder Gesetz?
2 Die Grundfrage der Philosophie
3 Die marxistische Auffassung der Erkenntnis (Erkenntnistheorie)
4 Freiheit in marxistischer Sicht I.
5 Freiheit in marxistischer Sicht II.
6, 7, 8 Einführung in die marxistische Dialektik I — III

Serie F: Kultur und Fortschritt

1 Wer hat Kultur? Aber wer macht sie? (wird fortgesetzt)

MARXISTISCHE BLÄTTER

Die „Marxistischen Blätter" sind eine Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Sie erscheint bereits im 8. Jahrgang. Der Umfang jeder Ausgabe liegt zwischen 86 und 106 Seiten.
Der Preis je Einzelheft beträgt ab Januar 1972 DM 3,— plus Zustellgebühr und im Abonnement DM 15,— plus Zustellgebühr.

Die Zeitschrift behandelt Schwerpunkt-Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, Lehre, Entwicklung und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus in den einzelnen Ausgaben.

Sie bringt Berichte über wissenschaftliche Tagungen und politische Konferenzen, und es werden wichtige Neuerscheinungen wissenschaftlicher und politischer Literatur ausführlich besprochen.

Die Autoren sind bekannte Praktiker und Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung.

Beiträge für die Marxistischen Blätter schrieben bisher so namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik wie A. Berg (Moskau), J. Duclos (Paris), S. Segre (Rom), J.D. Bernal (London), H. Aptheker (New York), F. Castro (Havanna), E. März (Wien), G. Klaus (Berlin), W. Abendroth, W. Hofmann (Marburg), M. Reimann (Essen), J. Schleifstein (Köln) u.a.

Themen des Jahrgangs 1973:

Heft 1	**Natopolitik und Bundeswehr**
Heft 2	**Kampfbedingungen und -bewegungen der westdeutschen Arbeiterklasse im betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich 1970 — 1972**
Heft 3	**Probleme der national-revolutionären Befreiungsbewegung**
Heft 4	**Reformen im staatsmonopolistischen Kapitalismus**
Heft 5	**Zur Ideologie des Imperialismus heute**
Heft 6	**Zum Bildungswesen in der BRD**

Themen des Jahrgangs 1972:

Heft 1	**Umweltschutz und Gesellschaft**
Heft 2	**Bürgerliche und sozialistische Demokratie**
Heft 3	**Kapitalistische und sozialistische Integration**
Heft 4	**Wirtschaftskrisen unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus**
Heft 5	**Arbeiterklasse und Bündnispolitik**
Heft 6	**Zur Europapolitik**
Sonderheft	**Die Verträge von Moskau und Warschau und ihre Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft**

Bestellungen über den Buchhandel oder den

VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt/Main, Heddernheimer Ldstr. 78a

Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in den drei Westzonen Deutschlands (1945 – 1947)

Serie D:
Politische Probleme unserer Zeit

1

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in den drei Westzonen Deutschlands (1945 – 1947)

	Seite
1945: Deutschland steht am Scheideweg	1
Was wollten damals die Deutschen in Ost und West?	4
Was hat es mit dem Potsdamer Abkommen auf sich?	7
Wallstreet schaltet sich ein	8
Wie die Prozesse gegen Konzernherren verhindert wurden	9
Wie sie wieder nach oben kamen	11
Die Wurzel allen Übels: Die Zwietracht in der Arbeiterbewegung	15
Der Schlußabschnitt der Restauration	18
Anhang	19

Preis DM 1,-

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Heddernheimer Landstr. 78a

Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in den drei Westzonen Deutschlands (1945 – 1947)

1945: Deutschland steht am Scheideweg

„Auf Einladung des Angeklagten Göring kamen ungefähr fünfundzwanzig der führenden Industriellen Deutschlands 1) sowie der Angeklagte Schacht am 20. Februar 1933 zu einer Sitzung in Berlin zusammen. . . . In dieser Sitzung verkündete Hitler die Absicht der Verschwörer, die totalitäre Kontrolle über Deutschland an sich zu reißen 2), das parlamentarische System zu zerstören, jede Opposition mit Gewalt zu unterdrücken und die Stärke der Wehrmacht wiederherzustellen."
(Aus den Akten des Nürnberger Prozesses, Ausgabe Nürnberg 1947, Verh. v. 23.11.45, S. 253)

Die deutschen Großindustriellen kannten Hitlers antidemokratisches und militärisches Programm. Sie billigten und finanzierten es. **Thyssen** hat darüber unter dem Titel „I paid Hitler" („Ich finanzierte Hitler") ein Buch geschrieben. Das Vorstandsmitglied der IG-Farben, **Georg v. Schnitzler**, schrieb über die obengenannte Besprechung der Nazigrößen mit den Spitzen des Großkapitals und der Hochfinanz: „Krupp von Bohlen dankte Hitler für die Rede . . . . Dr. Schacht schlug vor, einen Wahlfonds . . . zu schaffen . . ." (ebenda).

Das waren nach dem Krieg allgemein bekannte Tatsachen. Darum verstand damals auch die Masse des Volkes, daß die Alliierten Kriegsverbrecherlisten aufstellten und auf diese die Namen der deutschen Konzernherren setzten. Der amerikanische Kongreß nannte dabei u.a. **Flick, Henkel, Hugenberg, Klöckner, Reemtsma, Röchling, Siemens, Stinnes, Pferdmenges, Pleiger, Pönsgen, Quandt, Thyssen, Voegler, Zangen.** Das amerikanische Justizministerium nannte **Abs** einen „der acht Finanz- und Industriegewaltigen, die den stärksten Einfluß auf den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft" (für den zweiten Weltkrieg) „und auf die Orientierung der Hitlerpolitik nach Totalitarismus ausgeübt haben." Und über **Flick** sagten hohe US-Beamte, er sei „ **die wahrscheinlich stärkste Einzelmacht hinter Hitlers Kriegsmaschine** – noch stärker als Gustav Krupp von Bohlen und Halbach." (George S. Wheeler, „Die amerikanische Politik in Deutschland", S. 130)

Selbstverständlich gingen auch die Arbeiterparteien von diesen Erkenntnissen aus. Der erste **sozialdemokratische Parteitag von Hannover (1946)** stellte fest:

„Das Zeitalter des Imperialismus wurde von den Sozialisten stets als ein besonderes historisches Stadium des Kapitalismus bezeichnet. Die gesamte Wirtschaft nahm monopolistisch-parasitäre Formen an. An die Stelle des freien Unternehmers, als der beherrschenden Gestalt der freien Wirtschaft, traten Kartelle, Syndikate und Trusts. Die Wirtschaftslage der großen Staaten wurde von einigen Großbanken beherrscht, und

mächtige internationale Kartelle begannen mit der Neuaufteilung der Welt ... Die Besitzergreifung der Rohstoffquellen durch das Finanzkapital führte zu wirtschaftlichen Kämpfen, die jeden Augenblick ins Politische umschlagen konnten." (Parteitagsprotokoll, S. 57)

Sie schlugen tatsächlich ins Politische um, und zwar in Form von furchtbaren Weltkriegen, denen die Vorbereitung des Hinterlandes vorausgegangen war: Die Ausschaltung des Widerstandes demokratischer und friedliebender Menschen durch die sogenannte Burgfriedenspolitik im I. Weltkrieg und die Ausschaltung der Gewerkschaften und Arbeiterparteien durch eine terroristische, faschistische Innenpolitik in der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges.

Darum – folgerte der SPD-Parteitag damals mit Recht – ist der Imperialismus schuld an der Zerstörung der Demokratie im Inneren des Landes und an den fürchterlichen Angriffskriegen mit all ihren Kriegsverbrechen.

Das war Gemeingut der Arbeiterbewegung. Die **KPD** nahm in ihrer **Erklärung** vom 11. Juni 1945 so Stellung:

„Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher ... Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens."

Dies stimmt bis in die Einzelheiten überein mit der offiziellen amerikanischen Erklärung:

„... es wäre völlig falsch, das Dritte Reich als die Tyrannei Hitlers und seiner mächtigen Parteipaladine allein hinzustellen. Eine Diktatur ist erfolgreich ..., weil mächtige Gruppen sie unterstützen ...

Krupp, Flick, Thyssen und ein paar andere beherrschten die undustrielle Gruppe, Beck, von Fritsch, Rundstedt und andere Militärs die Militärclique. Gestützt auf diese Gruppen schritt Hitler zur Macht und von der Macht zur Eroberung.

Eine Duldung derartiger gemeiner und verruchter Verbrechen würde die menschliche Selbstachtung zerstören, ihre Wiederholung die Menschheit selbst vernichten." (Wheeler, ebenda, S. 136)

Unser Volk hat in diesem Krieg schreckliche Opfer an Gut und Blut bringen müssen, nachdem es vorher im Interesse der Kriegsvorbereitung bereits seine politische Freiheit verloren hatte. Aber das Großkapital und die Großbankiers verdienten an diesem Krieg Milliardensummen. Sie verdienten an jedem Schuß, der abgegeben wurde, an jeder Waffe. Sie plünderten die Reichtümer fremder Völker und beuteten Millionen von Zwangsarbeitern aus.



Ein amerikanischer Plan zur Zerstückelung Deutschlands, der von der Sowjetunion zurückgewiesen wurde. Die deutschen Ostgrenzen sollten nach den damaligen amerikanischen Vorstellungen dort verlaufen, wo sie heute verlaufen – an der Oder und Neiße.

Das Kriegsende, die Niederlage des Hitlerfaschismus, war also auch für das deutsche Volk eine **Befreiung vom Faschismus.** Für unser Volk gab es die Chance auf ein Leben in Frieden und Freiheit, sofern es die Lehren aus der jüngsten deutschen Geschichte zog.

Deutschland stand am Scheidewege. Nach zwei Weltkriegen, die das deutsche Großkapital verursacht, mit denen es unser Volk in schreckliche Katastrophen gestürzt hatte, mußten die Schuldigen einer solchen furchtbaren Politik bestraft, mußten ihnen die Möglichkeiten entzogen werden, das alte „Spiel" fortzusetzen. Praktisch bedeutete das, daß das Volk sich nicht mehr länger durch die **Krupp, Flick, Abs, Thyssen** usw. führen lassen durfte, sondern sein Geschick in die eigenen Hände nehmen mußte. Nur so war ein echter Neubeginn im Geiste des Friedens und wahrer Volksfreiheit möglich.

Was wollten damals die Deutschen in Ost und West?

Lassen wir die Dokumente sprechen!

Kurt Schumacher erklärte im Sommer 1945:

> „Das Monopolkapital hat Hitler zur Macht verholfen, und in seinem Auftrag hat er den großen Raubkrieg gegen Europa vorbereitet und geführt ... Der Großbesitz hat damit ... seine Unfähigkeit bewiesen, Deutschland zu regieren."
>
> Deshalb sagte Schumacher, sei die „Verstaatlichung der Großindustrie, der Großfinanz" und die Aufgliederung des Großgrundbesitzes notwendig. („Turmwächter der Demokratie", Bd. 2, Berlin 1953, S. 37 ff)

Diese Forderungen fanden auch in das **Aktionsprogramm** Aufnahme, das vom **Parteitag der westdeutschen SPD,** der vom 9. bis 11. Mai 1946 in Hannover stattfand, verabschiedet wurde.

Eine **zentrale Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone,** die vom 21. bis 23. August 1946 in **Bielefeld** tagte, nahm gegen nur zwei Stimmen eine **„Entschließung zur Beseitigung der Monopole"** an, in der eine Verstaatlichung der Kartelle, Trusts und Konzerne bei „gleichzeitigem Aufbau einer staatlichen Planung" unter Mitbestimmung der Gewerkschaften gefordert wurde. Gleiche Forderungen wurden auch auf den Gewerkschaftskonferenzen der Länder der amerikanischen und französischen Zone erhoben.

Die **KPD** hatte in ihrer Erklärung vom 11. Juni 1945 gefordert, die für Faschismus und Krieg verantwortlichen Kräfte des Großkapitals und der Hochfinanz wirtschaftlich zu entmachten, um ihnen so auch die Möglichkeit politischer Machtausübung zu entziehen.

Angesichts der Volksstimmung forderte damals sogar die CDU – wenn

auch aus demagogischen Gründen 3) – in ihrem **Ahlener Programm vom 3.2.1947** die Auflösung der Konzerne, da sie den „furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik" verschuldet hätten.

Bei einer solchen Übereinstimmung war es völlig klar, daß die Bevölkerung in **Hessen**, gegen amerikanischen Willen, noch 1947 in einer **Volksabstimmung** mit über 71 % die Auflösung der Monopolbetriebe in den Schlüsselindustrien verlangte.

Das wollten die „einen" Deutschen, die unteren Millionen. Und **was erstrebten die „anderen" Deutschen, die oberen Zehntausend** des Großkapitals, der Hochfinanz, der Großgrundbesitzer und der Generalität? Ihnen war es klar, daß der Kriegsausgang das Gewicht des Sozialismus in der Welt vermehrt hatte. Sie spürten handgreiflich, daß ihr militärischer, polizeilicher und juristischer, ihr bürokratischer und auch meinungsbildender Apparat zerstört war. Sie sahen sich durch ihre Schuld für Faschismus und Krieg isoliert und gehaßt. Sie mußten untertauchen oder befanden sich sogar in Haft. In einem Teil Deutschlands stand eine antikapitalistische Besatzungsmacht. Kurzum: Die Lage der deutschen Reaktionäre war recht verzweifelt.

Aber diese Kräfte waren nicht bereit abzutreten und die Geschicke unseres Landes in die Hände des Volkes übergehen zu lassen. Sie unternahmen im Gegenteil alles, um ihre bedrohte Macht zu retten und wiederherzustellen. Angesichts des Volkswillens war das nur möglich, wenn es ihnen einerseits gelang, unter die Fittiche der „westlichen" Besatzungsmächte zu kriechen und, andererseits, die Volkskräfte durch **Spaltung** ihres eigentlichen Zentrums, der **Arbeiterbewegung**, zu schwächen. Für beide Ziele war der **Antikommunismus**, jetzt demokratisch herausgeputzt, das beste Mittel.

Mit dem Schüren dieser Gegensätze konnte sich dann die Möglichkeit ergeben, Deutschland so zu teilen, daß im Westen Maßnahmen gegen die Schuldigen für Krieg und Faschismus unterbunden werden konnten. **Adenauer** hatte das schon damals so geschrieben:

> „Damit ist die Trennung in Osteuropa, das russische Gebiet, und Westeuropa eine Tatsache . . . Der nicht von Rußland besetzte Teil Deutschlands ist ein integrierender Teil Westeuropas . . . Es liegt im eigensten Interesse nicht nur des nicht von Rußland besetzten Teils Deutschlands, sondern auch von England und Frankreich . . .,den nicht russisch besetzten Teil Deutschlands politisch und wirtschaftlich zu beruhigen . . ." (Aus „Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945 – 1953", Stuttgart 1965, Brief vom 31.10.1945 an Weitz)

Wenige Tage vorher, am 5. Oktober, hatte er in einem AP-Interview gesagt: **„Am besten wäre es, wenn man aus den drei Westzonen sofort eine Bundesrepublik bilden könnte."**

Die Volkskräfte hatten aber gute Aussichten, sich gegen das Großkapital durchzusetzen, wenn sie die geschichtlichen Lehren beachteten.



Churchill (Großbritannien), Roosevelt (USA) und Stalin (UdSSR) während der Krim-Konferenz im Februar 1945

„Ohne Zweifel ist der Hauptträger der deutschen Zukunft die Arbeiterklasse. Auf ihren Schultern lag die Hauptlast des Krieges. In ihr lebte der Wille nach der antifaschistischen Demokratie am brennendsten. Aus ihrer gesammelten Kraft und mit der Unterstützung der Arbeiter aller Länder muß und wird sie in einem einheitlichen Deutschland neu erstehen.

Die blutige Lehre der 12-jährigen Hitlerdiktatur im Innern, des Hitlerkrieges nach außen und seiner großen sozialen Umwälzungen heißt für alle schaffenden Männer und Frauen eindeutig: ‚Einigkeit – Einheit! Und nie wieder Spaltung und Bruderkampf!' "

Dies erklärten die **SPD und die KPD Hamburgs** gemeinsam.

Was hat es mit dem Potsdamer Abkommen auf sich?

Im Osten Deutschlands verloren bekanntlich die für Faschismus und Krieg verantwortlichen Konzernherren, Großbankiers und Großgrundbesitzer ihre wirtschaftliche und damit ihre politische Macht. Hier förderte die sozialistische Besatzungsmacht die von den deutschen demokratischen Kräften geforderten antifaschistischen Forderungen. Dies entsprach auch den Festlegungen, die von den Besatzungsmächten im August 1945 im Potsdamer Abkommen getroffen worden waren.

Heute stellen die Sprecher des Großkapitals, ihre Zeitungsmanager und Politiker, dieses Abkommen als ein Diktat gegen Deutschland hin. Mit welchem Recht? Etwa darum, weil es im Abkommen hieß:

„Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen".

Das Abkommen legte fest, daß Deutschland nicht zerstückelt werden, sondern als einheitliches Ganzes zu behandeln sei. Die Bildung einer deutschen Regierung, der Abschluß eines Friedensvertrages, die Aufnahme Deutschlands in die UN wurden in Aussicht gestellt. In Deutschland seien Militarismus und Nazismus auszurotten, damit Deutschland „niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann." („Sammlung von Urkunden", Amtsblatt des Kontrollrates, 30. April 1946, S. 14)

Darum sollten die für Faschismus und Krieg hauptschuldigen Konzernherren und Großbankiers ebenso wie die führenden Hitler-Politiker und -Militärs bestraft werden.

Das sind die wahren Gründe, warum die noch einmal davongekommenen Stützen der Naziherrschaft und des Hitlerkrieges gegen das Potsdamer Abkommen hetzten!

Wallstreet schaltet sich ein

Das Abkommen war abgeschlossen, aber drei Unterzeichnerstaaten wurden von kapitalistischen Konzerngruppen beherrscht. Im September 1946 hielt der **USA-Außenminister Byrnes in Stuttgart** eine Rede, worin er erklärte, die Westmächte hätten sich vorgenommen, den Sozialismus aus Osteuropa zu vertreiben („Rollback"-Politik). Sehr aufschlußreich sind sicher solche Tatsachen:
Am 26.11.49 berichtete das „Wall Street Journal", daß amerikanische Konzerne mindestens 500 Millionen Dollar – nach anderen Schätzungen sogar mehr als eine Milliarde Dollar – in deutschen Großbetrieben investiert hätten. 4)

Es leuchtet ein, daß unter solchen Bedingungen die US-Konzerne weder an einer völligen Klärung der Schuld der Konzerne am Faschismus und seinem Krieg, noch an der Auflösung der deutschen Monopole interessiert sein konnten! Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.

So wundert es niemanden, wenn die Firma **Dillon Read & Co.** bei Kriegsende ihre wichtigsten Leute in den Staatsapparat delegierte: Der Aufsichtsratsvorsitzende dieser Riesenbank, **Forrestal**, wurde Kriegsminister. Der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende dieser Großbank, **Draper jr.**, ging als „General" nach Deutschland, in den Kontrollrat. Dort übernahm er ausgerechnet die Funktion des für die Auflösung der deutschen Konzerne Verantwortlichen! Sein britischer Kollege im Kontrollrat war **Sir Cecil Weir**. Dieser Mann war Vertreter der englischen Schiffbaukonzerne. Englands **Militärgouverneur, Sir Brian Robertson** (von der Labour-Regierung gestellt!) gehörte der Führung des britischen Gegenstücks zur deutschen IG-Farben an, der Führung der „**Imperial Chemical Industries**"!

Solche Leute zu bestellen, um die deutschen Konzernherren, die Verantwortlichen für den deutschen Faschismus und seinen Krieg, zu entmachten und zu bestrafen, das bedeutete wahrlich, den Bock zum Gärtner zu machen. Die Ergebnisse schilderte später ein US-Beamter namens **Nixon** in einem Verhör **vor dem amerikanischen Kongreß**:

> „Nach monatelangen Besprechungen und Verhandlungen gibt es in Deutschland noch immer kein Gesetz zur Beseitigung der gewaltigen Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen weniger Leute ... Ich bin davon überzeugt, daß Deutschland nur dann wirtschaftlich abgerüstet werden kann, wenn seine inländischen Monopole und Industrietruste und seine ausländischen Kartellverbindungen ausgeschaltet werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müßte unverzüglich ein umfassendes Programm in die Wege geleitet werden, mit dessen Verwirklichung allerdings nur solche Beamte betraut werden dürften, die an der Durchführung der Potsdamer Beschlüsse ... interessiert sind – und nicht an der Erhaltung ihrer alten Geschäftsverbindungen und ihrer eigenen wirtschaftlichen Positionen." (W. Burchett, „Der Kalte Krieg in Deutschland", Berlin, S. 198/9)

Das braucht nicht kommentiert zu werden! Nixon sagte dann noch, daß die Sowjetunion dieses Spiel nicht mitmache und daß darum versucht werde, die Alliierten zu spalten: „Die intensiven und unverantwortlichen Bemühungen, Uneinigkeit zwischen den vier Mächten zu stiften, lassen den Verdacht aufkommen, daß gewisse Elemente im State Department, im Foreign Office und im französischen Außenministerium darauf ausgehen, einen gegen die Sowjetunion gerichteten Westblock zu schaffen. (ebenda, S. 220)

Nach alledem wird wohl verständlich, daß **James Martin, der Leiter des amerikanischen Amtes für die deutsche Entkartellisierung**, schließlich resignierte und mit der Erklärung zurücktrat:

> „Ich bin aus Protest gegen die Machenschaften der großen amerikanischen Gesellschaften in Deutschland, vor allem der **General Electric Company, der General Motors und der Standard Oil Company** zurückgetreten. Das amerikanische Volk wird von monopolistischen Gruppen geleitet, die ihre eigenen Vorstellungen darüber haben, wie Deutschland zu behandeln ist. Meine Bemühungen sind durch die interessierten amerikanischen Gruppen, die im Herzen Europas ein monopolistisch kontrolliertes Deutschland errichten wollen, zunichte gemacht worden."

Wie die Prozesse gegen Konzernherren verhindert wurden

Es genügte natürlich nicht, die wirtschaftliche und damit politische Entmachtung der Konzerngewaltigen zu verhindern. Es war auch notwendig, ihre braunen Westen reinzuwaschen. Nicht nur, weil man befürchtete, daß bei solchen Prozessen unweigerlich die Schuld auch der amerikanischen Konzerngewaltigen zutage getreten wäre, die einst nicht nur Hitlers Wirtschaftsmacht mitfinanzierten und seine politischen Bestrebungen eines „Ostlandrittes" wohlwollend betrachtet hatten. Sondern vor allem darum, weil man Deutschlands wirtschaftliche und militärische Macht für einen neuen, diesmal amerikanisch geführten antikommunistischen Kreuzzug größten Ausmaßes dringend brauchte!

Also mußten die deutschen Industrieritter reingewaschen, in kürzester Frist zu „Demokraten" oder zu „Irregeleiteten" gemacht werden, die ihren Irrtum „eingesehen haben". Internationale Prozesse, mit sowjetischer Beteiligung geführt, waren dazu denkbar ungeeignet. So wurden zur Beruhigung der Öffentlichkeit nur wenige Prozesse – wie der gegen Flick – durchgeführt. Dann mußte die ganze Sache möglichst schnell abgeblasen werden.

Es gibt zahlreiche Dokumente, die beweisen, daß es haargenau so geplant wurde. So sagte der **amerikanische Hauptankläger von Nürnberg, Jackson**, ganz offen, daß die amerikanischen Konzernherren diese Prozesse nicht wollten. Sie wollten ihre eigenen Beziehungen zu Hitler und ihre Versuche, den amerikanischen Kriegseintritt gegen Hitler zu verhindern, verbergen. Der für diese Prozesse vorgesehene **Hauptankläger, Pommerantz**, fuhr nach

MILITARY GOVERNMENT–GERMANY
SUPREME COMMANDER'S AREA OF CONTROL

PROCLAMATION No. I

TO THE PEOPLE OF GERMANY:

I, General Dwight D. Eisenhower, Supreme Commander, Allied Expeditionary Force, do hereby proclaim as follows:—

I.

The Allied Forces serving under my command have now entered Germany. We come as conquerors, but not as oppressors. In the area of Germany occupied by the forces under my command, we shall obliterate Nazi-ism and German Militarism. We shall overthrow the Nazi rule, dissolve the Nazi Party and abolish the cruel, oppressive and discriminatory laws and institutions which the Party has created. We shall eradicate that German Militarism which has so often disrupted the peace of the world. Military and Party leaders, the Gestapo and others suspected of crimes and atrocities will be tried and, if guilty, punished as they deserve.

II.

Supreme legislative, judicial and executive authority and powers within the occupied territory are vested in me as Supreme Commander of the Allied Forces and as Military Governor, and the Military Government is established to exercise those powers under my direction. All persons in the occupied territory will obey immediately and without question all the enactments and orders of the Military Government. Military Government Courts will be established for the punishment of offenders. Resistance to the Allied Forces will be ruthlessly stamped out. Other serious offences will be dealt with severely.

III.

All German courts and educational institutions within the occupied territory are suspended. The Volksgerichtshof, the Sondergerichte, the SS Police Courts and other special courts are deprived of authority throughout the occupied territory. Re-opening of the criminal and civil courts and educational institutions will be authorized when conditions permit.

IV.

All officials are charged with the duty of remaining at their posts until further orders, and obeying and enforcing all orders or directions of Military Government or the Allied Authorities addressed to the German Government or the German people. This applies also to officials, employees and workers of all public undertakings and utilities and to all other persons engaged in essential work.

DWIGHT D. EISENHOWER,
General,
Supreme Commander,
Allied Expeditionary Force.

MILITAERREGIERUNG–DEUTSCHLAND
KONTROLLGEBIET DES OBERSTEN BEFEHLSHABERS

PROKLAMATION Nr. I

AN DAS DEUTSCHE VOLK:

Ich, General Dwight D. Eisenhower, Oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte gebe hiermit Folgendes bekannt:

I.

Die Alliierten Streitkräfte, die unter meinem Oberkommando stehen, haben jetzt deutschen Boden betreten. Wir kommen als ein siegreiches Heer, jedoch nicht als Unterdrücker. In dem deutschen Gebiet, das von Streitkräften unter meinem Oberbefehl besetzt ist, werden wir den Nationalsozialismus und den deutschen Militarismus vernichten ... Den deutschen Militarismus, der so oft den Frieden der Welt gestört hat, werden wir endgültig beseitigen

II.

Die gesamte gesetzgebende, rechtsprechende und vollziehende Machtbefugnis und Gewalt in dem besetzten Gebiet ist in meiner Person als Oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte und als Militär-Regierungsbeauftragter übertragen. Die Militärregierung ist eingesetzt, um diese Gewalten unter meiner Weisung auszuüben. Alle Personen in dem besetzten Gebiet haben unverzüglich und widerspruchslos allen Befehlen und Anordnungen der Militärregierung zu gehorchen. Gerichte der Militärregierung werden eingesetzt zur Bestrafung von Rechtsbrechern. Widerstand gegen die Alliierten Streitkräfte wird unnachsichtlich bestraft. Andere schwere strafbare Handlungen werden sehr streng gestraft.

III.

Alle deutschen Gerichte, Oberstufen- und Erziehungsanstalten hiermit bis zum weiteren Befehle ausser Betrieb gesetzt. Der Volksgerichtshof, die Sondergerichte, die SS Polizei-Gerichte und anderen ausserordentlichen Gerichte sind überall im besetzten Gebiet als Gerichtsbarkeit verboten. Die Wiedereröffnung der Strafgerichte und Zivilgerichte und die Wieder-Eröffnung der Unterstufen- und Erziehungsanstalten wird genehmigt, sobald die Zustände es erlauben.

IV.

Alle Beamten sind verpflichtet, bis auf Widerruf auf ihren Posten zu verbleiben und alle Befehle und Anordnungen der Militärregierung oder der Alliierten Behörden, die an die deutsche Regierung oder an das deutsche Volk gerichtet sind, zu befolgen und durchzuführen. Dies gilt auch für die Beamten, Arbeiter und Angestellten sämtlicher öffentlicher Betriebe und gemeinwirtschaftlichen Betriebe, sowie für sonstige Personen, die notwendige Tätigkeiten verrichten.

DWIGHT D. EISENHOWER
General
Oberster Befehlshaber
Alliierte Streitkräfte

SHAEF

Solche Proklamationen kündigten die Befreiung des deutschen Volkes von der nazistischen Gewaltherrschaft an. Wir empfehlen den ersten Absatz dieser Erklärung Eisenhowers genau zu lesen

I.

Die Alliierten Streitkräfte, die unter meinem Oberkommando stehen haben jetzt deutschen Boden betreten. Wir kommen als ein siegreiches Heer, jedoch nicht als Unterdrücker. In dem deutschen Gebiet, das von Streitkräften unter meinem Oberbefehl besetzt ist, werden wir den Nationalsozialismus und den deutschen Militarismus vernichten ... Den deutschen Militarismus, der so oft den Frieden der Welt gestört hat, werden wir endgültig beseitigen

Deutschland und kehrte, nach halbjährigem Aufenthalt, erschüttert in die Staaten zurück: Er habe **Göring, Ribbentrop, Streicher** und die anderen Nazikriegsverbrecher gesehen. Was jedoch wichtiger sei: Er habe auch die stilleren, aber gefährlicheren Kriegsverbrecher, die deutschen Konzernführer, gesehen und die dokumentarischen Beweise ihrer furchtbaren Verbrechen in den Händen gehabt. **Sie hätten den Krieg vorbereitet, Hitler die Waffen gegeben, seine Partei finanziert,** Abermillionen von Menschen als Sklaven benutzt und – sobald sie ausgepumpt waren, in die Vernichtung geschickt, wie sie mit jenen Giftgasen getötet worden seien, welche die Konzerne selbst erzeugt hätten. Vieles davon sei gar nicht an die Öffentlichkeit gekommen. „Einige wenige **Industrielle** werden vor Gericht gestellt und möglicherweise auch verurteilt werden. Die übrigen werden straffrei ausgehen!"

Das US-Kriegsministerium trage dazu mit Absicht bei. Es organisiere ein völliges Chaos, wähle nur unzulängliches und zahlenmäßig viel zu geringes Personal aus.

„Als ich in Nürnberg ankam – bedenken Sie, das ist der riesigste Justizkomplex der Welt – fand ich nicht ein einziges Gesetzbuch, das mir bei der Prüfung der zahlreichen verwickelten und schwierigen Anträge einer findigen Verteidigung – und die hatte Gesetzbücher – hätte helfen können. Meine eifrige Bemühung, eine Zuweisung der notwendigen Etatmittel zu erhalten, schlug fehl. So erfuhren wir einen Fehlschlag nach dem anderen – bis die anständigen, befähigten Leute in Nürnberg völlig demoralisiert und von Widerwillen erfüllt waren.

Und wer sind die Richter, die das Kriegsministerium (man erinnert sich: Forrestal, von Dillon Read & Co. war Kriegsminister!) zur Verhandlung dieser bedeutenden Fälle hinübergeschickt hat? Ich verrate Ihnen ein Geheimnis, das bisher noch nicht an die Öffentlichkeit gedrungen ist: Man hat eine Sonderverfügung erlassen, die es jedem Bundesrichter in den Vereinigten Staaten verbietet, eine juristische Funktion in Nürnberg zu übernehmen. Diese Verfügung schließt automatisch die besten Kräfte der amerikanischen Justiz aus. Ich empfehle Ihnen, die Leistungen der Männer zu untersuchen, die das Kriegsministerium als Richter hinüberschickt." (Wheeler, ebenda, S. 131/132)

Wie sie wieder nach oben kamen

Aber hatten die westlichen Alliierten nicht, gemeinsam mit der Sowjetunion, das **Kontrollratsgesetz Nr. 9** erlassen, das die **Beschlagnahme und Kontrolle der IG-Farben** festlegte? Ließen sie nicht den Ruhrkohlenbergbau, die Eisen- und Stahlkonzerne, die Großbanken, die Betriebe von **Bosch, Röchling** usw. unter Kontrolle stellen?

Durch die Beschlagnahme-Politik der Generale von Dillon Read & Co. 5), Dupont 6), General Motors 7), wurden die Konzerne so lange „kontrolliert", bis man später den Rüstungskönigen von Rhein und Ruhr die Betrie-

be wieder zurückgeben konnte. Es handelte sich im wahrsten Sinne des Wortes um Beschlagnahmungen zum Schutze der großkapitalistischen Eigentümer vor den Nationalisierungsforderungen des arbeitenden Volkes. Darum bestätigten die westlichen Beschirmer und Schützer der Herren **Krupp, Abs, Flick** usw. auch einfach die alten Konzernleitungen. Diese setzten nur ihre „normale Tätigkeit" unter alliierter Oberkontrolle fort und wurden vor Entnazifizierungsmaßnahmen geschützt.

Mit der Bildung einer deutschen **Treuhandverwaltung für die Eisen- und Stahlkonzerne** im Oktober 1946 unter **Heinrich Dinkelbach, bis dahin Direktor der Vereinigten Stahlwerke**, wurde die als angebliches Ziel verkündete Liquidierung der Konzernvereinigungen der verantwortlichen Mitwirkung ihrer Interessenvertreter anvertraut!

Auf dem Lande wurden die alten Besitzverhältnisse und die **Machtpositionen des Großgrundbesitzes** nicht angetastet, obwohl auch in den Westzonen Hunderttausende Bewerber um Boden auf eine **Bodenreform** harrten. In der britischen Zone blieb darüber hinaus sogar der Apparat des sogenannten Reichsnährstandes Hitlers als Instrument für die Durchführung der Landwirtschaftspolitik bestehen.

Unter diesen Bedingungen bedeutete die Überwindung des wirtschaftlichen Chaos' und der Wirtschaftsaufbau in den Westzonen zugleich die Wiederaufrichtung der 1945 gelähmten wirtschaftlichen Macht von Großkapital, Großbanken und Großgrundbesitz. Diese Entwicklung wurde durch die Wiedererrichtung von Unternehmerorganisationen und die Bildung von Wirtschaftsverwaltungen, in denen die Interessenvertreter des Konzernkapitals entscheidenden Einfluß ausübten, wirksam unterstützt. Seit Herbst 1945 gestatteten die Militärregierungen der Westmächte die Wiedererrichtung von Industrie- und Handelskammern in ihrer alten Zusammensetzung. In den Präsidien übten Vertreter der Konzerne ihren beherrschenden Einfluß aus, z.B. **Dr. Herbert Dicke** (Deutsche Bank), in Essen **Dr. Ernst Hilbert** (Gutehoffnungshütte), **Direktor Ludwig Kruse** (Deutsche Bank), **Direktor Wilhelm Unger** (Hugo Stinnes GmbH) usw. Nach dem Schema der „Organisation der gewerblichen Wirtschaft" vom 31. Dezember 1944, also aus der Nazizeit, entstand ein System von sogenannten **Wirtschaftsvereinigungen.**

Diese setzten die Gepflogenheiten der im **Reichsverband der Deutschen Industrie** zusammengeschlossenen Unternehmerverbände fort. Sie torpedierten mit ihrer ganzen Macht alle Maßnahmen, die auf einen demokratischen Wirtschaftsaufbau in den westlichen Besatzungszonen hinzielten. Die gleichzeitige Wiedergründung sogenannter **Arbeitgeberverbände** führte **bis 1947** – trotz der Proteste von seiten der Gewerkschaften – zur Bildung zonaler Arbeitsgemeinschaften, wie der „Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber in der britischen Zone" mit dem **Multimillionär Wilhelm Vorwerk** an der Spitze.

Das Bild rundet sich ab, wenn wir berücksichtigen, daß erst **im März 1946** in der britischen Zone eine **Gewerkschaftskonferenz auf zonaler Ebene**

stattfinden durfte! Erst im April 1947 durften sich die drei Landesgewerkschaftsorganisationen der britischen Zone vereinigen. Ähnlich war es in der US-Zone. Als im März **1946 in Bayern Gewerkschaften** erst auf örtlicher Ebene genehmigt wurden, gab es dort bereits Lizenzen für 21 Unternehmer-Verbände auf Landesebene.

Der Aufbau der wirtschaftlichen Verwaltungsämter der britischen Zone bzw. beim Länderrat der amerikanischen Zone wurde von den Militärregierungen in die Hände solcher Wirtschaftskönige wie **Abraham Frowein** und solcher führender Köpfe der alten Wirtschafts- und Staatsbürokratie, wie **Otto Pettersen, Hans Schlange-Schöningen, Rudolf Mueller, Hermann Dittrich, Gesandtschaftsrat Karl Werkmeister** usw. gelegt. Ihr Personal rekrutierte sich zum überwiegenden Teil aus ehemaligen Mitarbeitern des nazistischen **Reichswirtschaftsministeriums, des Amtes für Rüstung** und Kriegsproduktion. Kein Wunder, daß diese Ämter – durch Enthüllungen der demokratischen Kräfte – ständig von Entnazifizierungsskandalen heimgesucht wurden. Einige besonders Belastete mußten daraufhin entlassen werden, aber die Nachrückenden waren in der Regel auch nicht besser. Auch auf der Länderebene waren es nicht vorrangig neue demokratische Kräfte, die im Justiz- und Verwaltungsapparat den Ton angaben, sondern die alten „bewährten" Reaktionäre. **Im Gegensatz zu Proklamation Nr. 3 und Gesetz Nr. 4 des Alliierten Kontrollrates** vom Oktober 1945 über die Demokratisierung des Gerichtswesens und des Justizapparates lag die Rechtssprechung zum weitaus überwiegenden Teil in den Händen derjenigen, die bis 1945 „Recht" gesprochen hatten. Selbst 1948 waren – wie der damalige **Innenminister von NRW, Menzel,** mitteilte (Stenographische Berichte des Parlamentarischen Rates, Bd. 1. Bonn 1948/49, S. 31) – nicht weniger als 76 Prozent der Staatsanwälte und der Richter in der britischen Zone ehemalige Angehörige der NSDAP.

Im **Polizeiapparat** waren die Verhältnisse ähnlich. Unter diesen Umständen sah sich auch der **Vorstand der Sozialdemokratischen Partei** veranlaßt, am 25. September 1946 kritisch festzustellen: **„In Politik, Wirtschaft und Verwaltung herrschen wieder die gleichen Kräfte, die uns zu den heutigen Zuständen geführt haben."** („Jahrbuch der SPD 1947", S. 13)

Mit der **Bildung der Bizone** im Herbst 1946 - eine Maßnahme, die sich gegen die Vier-Mächte-Verwaltung in Deutschland richtete und das Ziel hatte, aus der britisch-amerikanischen Zone, der sich später die französische anschließen sollte, einen westdeutschen Teilstaat vorzubereiten, also Deutschland zu spalten! – fanden die reaktionären Verhältnisse und Strömungen, die auf eine Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse hinwirkten, eine weitere Stärkung.

Dennoch ist die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse nicht allein das Werk ausländischer Kräfte. Das geschlagene deutsche Großkapital war selbst äußerst aktiv. Seine Kräfte sammelten sich in solchen Parteien wie der CDU, CSU und FDP. In Zusammenarbeit mit den westlichen Besatzungsmächten verdrängten sie Antifaschisten aus den kommunalen und Landesdienststellen, besetzten sie immer mehr führende Positio-

Für Hitler wollten sie die Welt erobern – in Reims (Frankreich) und Berlin mußten sie die bedingungslose Kapitulation unterzeichnen.

nen im neu entstehenden Staats- und Wirtschaftsapparat. Durch antikommunistische Hetze wirkten sie in der Richtung, die Arbeiterbewegung spalten zu helfen usw.

Diese reaktionären deutschen Kräfte hatten es in den westlichen Besatzungszonen – abgeschirmt und gefördert durch die Besatzungsbehörden – verstanden, sich neu zu sammeln, ihre gesellschaftlichen Positionen zu erhalten bzw. wieder auszubauen und damit eine Vorentscheidung in der bei Kriegsende offenen Frage herbeizuführen, wer die politische Macht ausüben soll. Damit verlief die Entwicklung in den westlichen Besatzungszonen in eine Richtung, die derjenigen in Ostdeutschland entgegengesetzt war. Und zwar geschah dies, das muß betont werden, in völligem Widerspruch zu den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und den politischen Vorstellungen der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung. Diese unterschieden sich auch im zweiten Nachkriegsjahr grundsätzlich nicht von den antifaschistisch-demokratischen Zielen der Werktätigen Ostdeutschlands.

Die Wurzel allen Übels: Die Zwietracht in der Arbeiterbewegung

Doch in den drei Westzonen waren wesentliche Voraussetzungen für die Durchsetzung dieser Forderungen nicht geschaffen worden. Die politische Reaktion, die im Verlauf des Jahres 1946 in den bürgerlichen Hauptparteien CDU/CSU und FDP die Führung an sich zu reißen vermochte, knüpfte demagogisch an die antikommunistischen Stimmungen an, die bereits vom Nazismus gezüchtet worden waren. Mit dem Antikommunismus wurden die antidemokratischen Ziele verschleiert. Von den bedeutenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und staatlichen Positionen aus, die sie in den Westzonen besaßen, gelang es ihnen, eine verhängnisvolle Wirksamkeit zu entwickeln. Und dennoch hätte das nicht ausgereicht, die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse zu ermöglichen. **Eine einheitlich handelnde, an einem Strang ziehende Arbeiterbewegung wäre fähig gewesen, die großkapitalistischen Pläne zur Wiedererrichtung der alten Besitz- und Machtverhältnisse zu verhindern und eine demokratische Entwicklung zu erzwingen.**

Warum war – und ist! – dieses einheitliche Vorgehen der Arbeiter nötig?

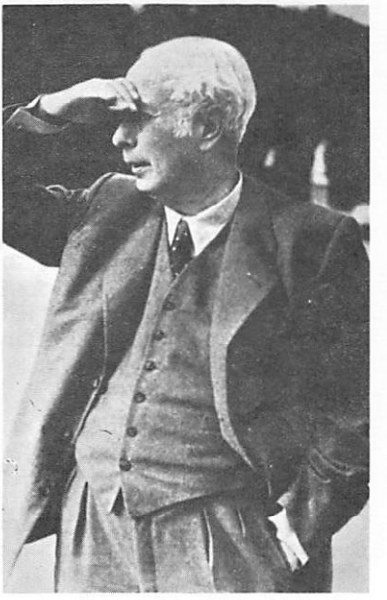
Nur die einheitlich wirkende Arbeiterschaft hätte für ganz Deutschland eine neue, wahrhaft friedliche und freiheitliche Politik durchsetzen können. Nur sie konnte die anderen Klassen und Schichten zum gemeinsamen Handeln gegen das Konzernkapital vereinen. Die Arbeiter verteidigen in ihrem Kampf keine Vorrechte für sich. Sie beuten niemanden aus. Sie können also Forderungen entwickeln, die das Lebensinteresse aller Volksschichten ausdrücken.

So können sie sich allen Volksschichten als vertrauenserweckende Kraft empfehlen, der die Zukunft gehört. Aber dazu dürfen sie nicht ein Bild der Zwietracht bieten, sondern müssen gemeinsam handeln, um so andere

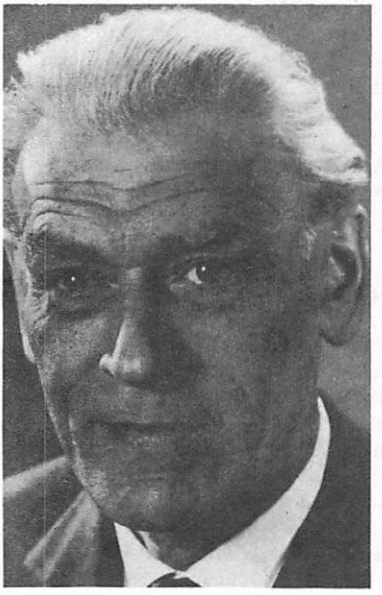
Die führenden Politiker der Westzonen nach Kriegsende



Kurt Schumacher



Theodor Heuss



Max Reimann



Konrad Adenauer

Volksschichten als kraftvoller Magnet an sich ziehen, die Kraftlinien zerreißen zu können, die das Großkapital mit bestimmten, rückständigen Volksschichten verbindet. Das Großkapital ist nur so zu überwinden.

Aber dieses gemeinsame Vorgehen der Arbeiterorganisationen kam nicht zustande. Die KPD und zahlreiche SPD-Organisationen hatten sich zwar dafür ausgesprochen. Mit vollem Recht stellt der sozialdemokratische Partei-Historiker Albrecht Kaden fest:

> „Die Schockwirkung der Niederlage von 1933, die gemeinsam erlittene Verfolgung, der gemeinsam geführte Widerstand ließen bei Kommunisten und Sozialdemokraten das Verständnis für die einstigen gegenseitigen Vorwürfe schwinden, so daß 1945 die Notwendigkeit der Arbeitereinheit kaum in Frage stand. Es mußte die einheitliche Organisation der Arbeiterklasse aufgebaut werden – eine Organisation, die keine Richtungskämpfe mehr kannte, die über das Trennende der Vergangenheit die Gemeinsamkeit der zukünftigen Aufgabe stellte: die Einheitspartei aller Sozialisten als Bollwerk für die Demokratisierung .... Nicht nur in der sowjetischen Besatzungszone, sondern auch in den Westzonen regte sich unter den sozialdemokratischen Funktionären der Wille, das Gegeneinander von Sozialdemokraten und Kommunisten, wie es sich vor 1933 entwickelt hatte, für die Zukunft auszuschließen." (A. Kaden, „Entscheidung in Wennigsen. Die Wiedergründung der SPD 1945 und die ‚Einheit der Arbeiterklasse' " in „Die neue Gesellschaft", 1960, Heft 6, S. 485/6)

Wo das gemeinsame Handeln sich anbahnte, wurde es im Ansatz unterbunden.

Es kam anders, nicht weil die Arbeiter, die Gewerkschafter, die Parteimitglieder der SPD und KPD das wollten. Die westlichen Besatzungsmächte, die alten deutschen gesellschaftlichen Kräfte von Besitz und Macht taten, was in ihren Kräften stand, um die Arbeitervereinigung zu hintertreiben. Sie stützten sich auf die antikommunistische Einstellung des sozialdemokratischen **Führungskreises um Kurt Schumacher.** Geschickt nutzten sie die daraus entspringende Bereitschaft aus, bei der Bildung eines antikommunistischen Blockes mitzuwirken. So gelang es, das Zusammenwirken der Arbeiterorganisationen abzubauen, das sich unmittelbar nach Kriegsende in breitem Maße entwickelt hatte. Die alten Auseinandersetzungen wurden wieder belebt.

Es war richtig, was Beschlüsse von SPD-Parteitagen damals über die Schuld des deutschen Großkapitals an Faschismus und Krieg feststellten. Es stimmte, was darin über Wiedererstehen der Macht der schlimmsten Schuldigen an der Katastrophe von 1933 bis 1945 gesagt wurde. Aber es genügt nicht, **Entwicklungen richtig einzuschätzen, man muß auch Wege weisen, wie dem zu begegnen ist.** Die genannten SPD-Beschlüsse zeigten die Größe der Gefahr, aber sie enthielten keine Vorschläge darüber, wie man sie abwenden könne. Die entscheidende Schlußfolgerung aus dem Sieg der Nazis wurde umgangen: Da dieser Sieg nur infolge des Bruderkampfes der

Arbeiterparteien möglich war, erfordert es die Verteidigung der Demokratie und des Friedens, daß die Arbeiterbewegung einheitlich vorgeht. Der gemeinsamen Front des Großkapitals hätte die gemeinsame Arbeiterfront begegnen müssen. So wäre das Großkapital isoliert und geschlagen worden. Dies geschah nicht. Die Ergebnisse einer solchen falschen Politik finden wir in der Einleitung des **DGB-Grundsatzprogramms** festgehalten: **„Die Entwicklung .... hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt."**

Der Schlußabschnitt der Restauration

Mit der Entfesselung des kalten Krieges im Frühjahr 1947 setzte sich endgültig ein scharfer antisowjetischer Kurs bei den Westmächten durch. Damit wurde zugleich ein neuer Abschnitt bei der Wiederherstellung der alten Machtverhältnisse in den drei Westzonen und ihrer Zusammenfassung zu einem einheitlichen Staat eingeleitet.

Diese Tatsache kam vor allem in der Bildung des **bizonalen Wirtschaftsrates** vom 25. Juni 1947, in der Übernahme seiner Exekutivfunktion durch die CDU sowie in der von ihm verfolgten wirtschaftspolitischen Linie und in der Erörterung über die Verfassung eines aus den drei Westzonen zu bildenden deutschen Teilstaates deutlich zum Ausdruck.

Der **Parteivorstand der SPD** sah sich veranlaßt, dazu festzustellen: „Im Laufe der ersten 8 Monate der Tätigkeit des Wirtschaftsrates schälte sich diese Konzeption immer klarer heraus. **In allen entscheidenden Fragen der Wirtschaftspolitik vertrat die CDU die Linie der kapitalistischen Restauration ...**" (SPD-Jahrbuch 1947, S. 13 f)

Mit der **Währungsreform** für die drei Westzonen trat die Wiedererrichtung der großkapitalistischen, der alten Besitz- und Machtverhältnisse im Juni 1948 – zusammen mit den Vorbereitungen zur Bildung der Bundesrepublik – in ihr abschließendes Stadium. Während die Währungsreform das Guthaben der Bevölkerung im Verhältnis 100 RM : 6,50 DM abwertete, konnten die Monopole ihr Aktienkapital im Verhältnis 1 RM : 1 DM oder sogar 1 : 3 und höher umstellen. Sie sicherten damit ihre Kriegs- und Nachkriegsprofite und eigneten sich die Früchte des entbehrungsreichen Wiederaufbaus der westdeutschen Wirtschaft durch die Werktätigen an.

Nachdem die alte wirtschaftliche Macht, die alten gesellschaftlichen Klassenverhältnisse bis 1948/49 im wesentlichen wiederhergestellt worden waren, schufen sich die Kräfte der Vergangenheit schließlich im September 1949 in Gestalt der Bundesrepublik Deutschland erneut einen zentralisierten staatlichen Machtapparat.

Damit war die Phase, in der die Weichen der Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik gestellt wurden, abgeschlossen. Die Kräfte der großkapitalistischen Restauration hatten mit Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte die Grundlagen ihrer Macht gesichert. Das Gift des Antikom-

munismus erwies sich wie in früheren Perioden der deutschen Geschichte als ihre wirksamste Waffe. Die Spaltung der Arbeiterbewegung und die Uneinigkeit der demokratischen Kräfte verhinderte die Durchführung grundlegender antifaschistisch-demokratischer Reformen in den damaligen drei Westzonen, der späteren Bundesrepublik Deutschland.

Anhang

1) Unter ihnen waren Krupp, vier leitende Herren der IG Farben, Voegler von den Vereinigten Stahlwerken u.a.
2) Damals war Hitler erst Reichskanzler einer Koalitionsregierung seiner Partei – der NSDAP – und anderer rechtsradikaler Kräfte, die in der Deutschnationalen Volkspartei vereinigt waren.
3) Auf dem Hamburger CDU-Parteitag des Jahres 1961 erklärte der damalige stellvertretende CDU-Vorsitzende und Ministerpräsident von NRW, Meyers: „Die Ahlener Grundsätze waren nur zeitbedingt. Sie ergaben sich aus der Notwendigkeit, die Sozialisierung zu verhindern." (Deutsche Volkszeitung vom 19. Mai 1961)
4) Allein die Riesenbank Dillon Read & Co. hatte nach 1918 mehr als eine Milliarde Mark nach Deutschland fließen lassen und sich dabei eben jenes Herrn Abs bedient, den verantwortliche amerikanische Stellen zwar einen der deutschen Hauptkriegsverbrecher genannt haben, der aber von der amerikanischen Militärregierung wieder in seine Machtstellung gebracht worden ist.
5) Führende amerikanische Bank
6) Führender amerikanischer Chemiekonzern
7) Führender amerikanischer Automobilkonzern

Textausgaben zur frühen sozialistischen Literatur in Deutschland

Die Bände dieser Reihe vermitteln Kenntnisse über ein Gebiet deutscher Literaturentwicklung, das noch fast völlig unerforscht ist und dessen nur schwer zugängliche Quellen nicht oder kaum bekannt sind. Es handelt sich um die Herausgabe von lyrischen, epischen und dramatischen Dichtungen, die den Kampf der deutschen Arbeiterbewegung etwa von der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und von der Zeit der Pariser Kommune an bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution unterstützten oder begleiteten.

Die Schöpfer der frühen sozialistischen Literatur sind vielfach Dichter von Rang, denen die herkömmliche Literaturgeschichtsschreibung bewußt die Anerkennung versagte.

Der Apparat bringt ausführliche bibliographische Angaben sowie Kommentare und Anmerkungen, soweit sie für das Verständnis notwendig erscheinen.

Bisher liegen vor:

Minna Kautsky — Auswahl aus ihrem Werk
187 Seiten, DM 19,50

Rudolf Lavant — Gedichte
161 Seiten, DM 17,50

Aus dem Schaffen früher sozialistischer Schriftstellerinnen
Herausgegeben von Cäcilia Friedrich
236 Seiten, DM 12,50

Weitere Veröffentlichung aus unserem Verlagsprogramm

Die USA und Westeuropa
Ihre ökonomischen Beziehungen nach dem zweiten Weltkrieg
Von A. W. Kirsanow (Aus dem Russischen)
297 Seiten, 25 Tabellen, Leinen, DM 12,–

Bestellungen einzelner Bände oder zur Fortsetzung durch eine Buchhandlung erbeten



AKADEMIE-VERLAG — BERLIN
108 Berlin, Leipziger Straße 3–4
Deutsche Demokratische Republik

Auslieferung für die Bundesrepublik KUNST UND WISSEN,
Erich Bieber, 7 Stuttgart, Wilhelmstraße 4-6

Der Verlag gibt Interessenten bei Bekanntgabe der Fachgebiete und der Anschrift unverbindlich Informationen über lieferbare und kommende Veröffentlichungen.

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Serie A: Gesellschaft und Staat

Wie der Mensch zum Menschen wurde
Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten
Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf I.
Was lehrt der Marxismus über den Staat?
Die Entstehung des Kapitalismus
Der utopische Sozialismus
Wie Lenin den Marxismus weiterentwickelte
Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus
Der wissenschaftliche Sozialismus

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?
Gibt es noch Kapitalismus in der BRD?
Automation – Freund oder Feind?
Die Wirtschaft in der DDR
Die Industrie der Sowjetunion
Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?
Probleme des Kampfes um die Mitbestimmung
Das neue ökonomische System der DDR

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Reformation und Bauernkrieg (1517 – 1525)
Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert
Das politische Erwachen des deutschen Bürgertums
Die Große Französische Revolution von 1789 und ihre Auswirkungen
Wie die deutsche Arbeiterbewegung entstand
Deutschland in der Revolution von 1848
Die Pariser Kommune 1871
Die deutsche Arbeiterbewegung 1849 – 1863
Roter Oktober 1917
Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
Der Untergang der Weimarer Republik
Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx
Friedrich Engels, Leben und Werk

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in Deutschland (1945 – 1949)
Von Potsdam nach Bonn – wie Deutschland gespalten wurde (1945 – 1949)
Die Bundesrepublik auf dem Wege zur Militarisierung (1949 – 1955)
Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart

Serie E: Das moderne Weltbild

Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Die Grundfrage der Philosophie
Die marxistische Auffassung der Erkenntnis (Erkenntnistheorie)
Freiheit in marxistischer Sicht I – Freiheit im Kapitalismus
Freiheit in marxistischer Sicht II – Freiheit im Sozialismus
Einführung in die marxistische Dialektik I – III

Serie F: Kultur in unserem Leben

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Reihe: Sozialistische Klassiker

K. Marx:	Kritik des Gothaer Programms
F. Engels:	Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie
F. Engels:	Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
F. Engels:	Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates
W.I. Lenin:	Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus
W.I. Lenin:	Staat und Revolution
W.I. Lenin:	Marx / Engels / Marxismus
W.I. Lenin:	Was tun?
W.I. Lenin/ K.Liebknecht:	Militarismus – Antimilitarismus

Reihe: Marxismus aktuell

H. Schäfer:	Lohn, Preis und Profit heute
W. Schellenberg:	Wie lese ich das Kapital?
F. Schuster:	Die September-Streiks. Auf den Arbeiter kommt es an!
Autorenkollektiv:	Lenin und die Arbeiterbewegung heute
F. Krause:	Arbeitereinheit rettet die Republik (Kapp-Putsch 1920)
Autorenkollektiv:	Spätkapitalismus ohne Perspektive
Heiseler/ Schleifstein:	Lenin über Trotzki
L. Salini:	Frankreichs Arbeiter – Mai 1968
Heiseler/Schleifstein/ Steigerwald:	Die „Frankfurter Schule" im Lichte des Marxismus
W. Hollitscher:	Aggression im Menschenbild
M. Conforth:	Marxistische Wissenschaft – Antimarxistisches Dogma
H. Adamo:	Antileninismus in der BRD
Autorenkollektiv:	Leninismus und die Gegenwart
Scheringer/Sprenger:	Arbeiter und Bauern gegen Bosse und Banken
Bartel u.a.:	Revolutionäre Sozialdemokratie und Reichsgründung 1871
F. Krause:	Antimilitaristische Opposition in der BRD (1949-55)

VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11

Von Potsdam nach Bonn
Wie wurde Deutschland gespalten?

Serie D:
Politische Probleme
unserer Zeit

2

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

	Seite
Was geschah nach dem Krieg?	1
Der Kontrollrat	2
Der Wandel westlicher Politik	3
Was soll aus Deutschland werden?	4
Moskau im Frühjahr 1947	5
Marksteine der Spaltung	5
Großkapital gegen deutsche Einheit	7
Die Kräfte gegen Deutschlands Spaltung regen sich	10
Londoner Empfehlungen, einseitige Währungsreform, Grundgesetz	11
Wie kam das Grundgesetz zustande?	12
Eine Chance für die deutsche Einheit	13
Die Entwicklung in Ostdeutschland	14
Der Hintergedanke der deutschen Spaltung	15

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeberkreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main, Heddernheimer Landstr. 78a, Telefon (0611) 571051

Druck: F. Freyeisen, Frankfurt am Main, Mainluststr. 13

Der Abschluß des Grundlagenvertrages zwischen der BRD und der DDR leitete eine neue Phase des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten ein. Die politische Wirklichkeit zwang Bonn zur Anpassung an die tatsächliche Lage in Europa. Noch aber weigert sich die Bundesrepublik, die vorhandenen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse, so wie sie wirklich sind, restlos anzuerkennen. Die Bundesregierung aus SPD und FDP hält z.B. noch „an der völkerrechtlichen Nichtanerkennung der DDR fest". Genauso wirklichkeitsfremd ist die ständig vertretene These von „innerdeutschen Beziehungen". Denn die DDR ist ein eigenständiger Staat und als industriell hochentwickeltes Land ein unübersehbarer Friedensfaktor in der Welt. Sie übt als sozialistisches Land eine wachsende Anziehungskraft aus. Das sind die Tatsachen. Deshalb ist auch die von Bonn immer wieder strapazierte Formel von der „Einheit der Nation" nichts mehr als eine Fiktion.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang auch die wieder stärker diskutierte Frage: Wie wurde Deutschland überhaupt gespalten?

Die Schuld für die Teilung Deutschlands wird in der BRD nach wie vor der Sowjetunion angelastet. Moskau habe angeblich, so wird meistens argumentiert, durch die „Bolschewisierung der sowjetischen Besatzungszone die Grundlagen der deutschen Einheit zerstört".

Stimmen diese und ähnlich lautende Argumente aber auch mit den Tatsachen überein? Was geschah nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wirklich?

Was geschah nach dem Krieg?

Hitlerdeutschland lag 1945 am Boden. General-Feldmarschall Keitel unterschrieb in Berlin die Urkunde der bedingungslosen Kapitulation. Die führenden Staaten des Anti-Hitler-Bündnisses, UdSSR, USA, England und Frankreich, übernahmen die Macht in Deutschland. Die „großen Drei" – Roosevelt, Stalin und Churchill – hatten sich bereits früher, in Jalta, über die Grundsätze ihrer Politik gegenüber Deutschland geeinigt. „Es ist unser unbeugsamer Wille", so beschlossen sie auf der Krim, „den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören ... Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten", so hieß es weiter, „aber nur dann, wenn der Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und ein Platz in der Völkergemeinschaft bestehen."[1]

Diese Grundsätze der Siegermächte enthielt auch das von ihnen auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) beschlossene Abkommen. Wichtig und hervorzuheben ist vor allem der Grundsatz: Deutschland als politische und wirtschaftliche Einheit zu betrachten und als Ganzes zu behandeln. Deshalb wurde die Errichtung von gesamtdeutschen zentralen Verwaltungsstellen mit Staatssekretären an der Spitze festgelegt.

Weiterhin bestimmte das Abkommen: die Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage. Dazu war nötig:

– die völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands;
– die Vernichtung der NSDAP[2] und aller nazistischer Organisationen und Einrichtungen;
– die Aufhebung aller wichtigen Nazigesetze;
– die Verhaftung und Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher;
– die Entfernung aller aktiven Nazis, Nutznießer und Förderer des Nazismus und aller Militaristen aus dem öffentlichen Leben, aus leitenden Stellungen in Wirtschaft und Politik, ihre Ersetzung durch Demokraten;
– die Vernichtung der Kartelle, Syndikate und Trusts[3] .

Pläne zur Zerstückelung Deutschlands – so Churchills Idee, Deutschland staatlich in Nord und Süd zu trennen; das Verlangen französischer Staatsmänner, das linke Rheinufer „ ein für allemal" vom Reich abzuspalten; der Vorschlag des amerikanischen Unterstaatssekretärs Sumner Welles, Deutschland in verschiedene Staaten aufzuteilen – scheiterten in Potsdam am Widerstand der Sowjetunion. Der amerikanische Admiral Leahy, der an den Verhandlungen teilnahm, berichtete später in seinen Erinnerungen: „Auf der Seite der Passiva ist zu buchen, daß unsere Vorschläge für die Zerstückelung Deutschlands und die Internationalisierung des industriereichen Rheinlandes der Ablehnung verfielen."[4]

Potsdam brachte in der Tat am Ende eine Niederlage der westlichen Pläne, Deutschland zu spalten. Das Abkommen gab grünes Licht für eine bessere, demokratische Zukunft unseres Volkes. Es enthielt das Recht auf Selbstbestimmung und auf eine friedliche, unabhängige Entwicklung in der europäischen Völkerfamilie. Die Beschlüsse von Potsdam bildeten das völkerrechtlich verbindliche Dokument für eine gemeinsame Besatzungspolitik der Siegermächte und waren zugleich der Gradmesser für jede deutsche Nachkriegspolitik.

Noch standen diese Grundsätze allerdings nur auf dem Papier. Wie war ihnen Leben einzuhauchen?

Der Kontrollrat

Die Sicherung der in Potsdam gemeinsam beschlossenen Politik war die Aufgabe des Alliierten Kontrollrates. Er wurde aus den vier Oberbefehlshabern der Besatzungstruppen und ihren Stellvertretern gebildet. Verschiedene Stäbe mit Fachleuten ergänzten ihn. Dieser Kontrollrat besaß die Regierungsgewalt in Deutschland. Er hatte zugleich die Besatzungspolitik in allen Zonen aufeinander abzustimmen und auch durchzusetzen. Es ist üblich geworden, die Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates von vornherein als unfruchtbar hinzustellen. Sein späterer Zerfall wird auf den Umstand zurückgeführt, daß eine Zusammenarbeit der Westmächte mit der Sowjetunion auf Grund der unterschiedlichen Auffassungen in fast allen Fragen des politischen und wirtschaftlichen Lebens einfach nicht möglich

war. Ein solches Urteil mißachtet ganz offensichtlich die durchaus erfolgreiche Arbeit des Kontrollrates in der ersten Zeit seines Bestehens, etwa vom Sommer 1945 bis weit in das Jahr 1946 hinein. Trotz mancher unterschiedlicher Meinungen war innnerhalb dieses Zeitraums zwischen den vier Siegermächten eine ersprießliche Zusammenarbeit durchaus möglich. Der Kontrollrat erließ eine Reihe von Gesetzen, Befehlen, Aufrufen und Weisungen. Er lenkte mit ihnen das Leben wieder in einigermaßen normale Bahnen. Das Gesetz Nr. 4 regelte zum Beispiel die demokratische Umgestaltung des Rechtswesens. Die Verordnung Nr. 29 bestimmte die Entfernung von aktiven Nazis und Militaristen aus allen öffentlichen Ämtern. Das Gesetz Nr. 9 verfügte die Beschlagnahme des Eigentums der IG Farben. Alle diese Maßnahmen dienten der Verwirklichung des Potsdamer Abkommens.

Das Räderwerk des Kontrollmechanismus geriet später ins Wanken. Wie kam es dazu?

Der Wandel westlicher Politik

Das Anwachsen des sowjetischen Einflusses in der Weltpolitik nach 1945 war den verantwortlichen Politikern des Westens ein Dorn im Auge. Daß mehrere Staaten, vor allem Ost- und Südosteuropas, aus dem kapitalistischen System ausbrachen, erregte ihren Unwillen und versetzte sie in Unruhe. Die neue Welle nationaler Befreiungsbewegungen in den Kolonien bereitete ihnen ernsthafte Sorgen. Selbst in den eigenen Ländern gewannen die fortschrittlichen Kräfte – die Arbeiterparteien und Gewerkschaften – an Boden. In vielen Ländern entstanden antifaschistische Regierungskoalitionen unter Einschluß der Kommunisten. Diese Entwicklung in der Welt veranlaßte die westlichen Großmächte zu einer Überprüfung und Veränderung ihrer Politik.

Erste Ansätze dazu wurden unmittelbar nach dem Tode Roosevelts sichtbar. Roosevelt stand bis April 1945 als Präsident an der Spitze der USA. Harry Truman, sein Nachfolger, wollte den wachsenden Einfluß der Sowjetunion eindämmen und brechen. In diesem Bemühen fühlte er sich durch den Glauben bestärkt, Rußland militärisch überlegen zu sein. So erblickte die Politik des kalten Krieges das Licht der Welt. Die führenden Kreise in den USA und Großbritannien kalkulierten damals selbst das Risiko eines Krieges in ihre Pläne ein.

Der amerikanische Alleinbesitz der Atombombe spielte im Denken dieser Politiker eine wesentliche Rolle. Er gab ihnen das Gefühl der Übermacht. Sie glaubten, der ganzen Welt ein „pax americana" aufzwingen zu können. Der Abwurf der ersten beiden Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki im Herbst 1945 war als eine militärische Demonstration gegenüber der Sowjetunion gedacht. Japan hatte den Amerikanern ja bereits die Kapitulation angeboten. Die USA erreichten mit dem Abwurf der Atombomben in der Tat keine militärischen Vorteile. Die toten Greise, Kinder und Frauen der beiden großen Städte waren die ersten Opfer des kalten

Krieges. Zu Recht verweist Robert Jungk in seinem Buch „Heller als tausend Sonnen" darauf.

Was soll aus Deutschland werden?

Diese Wende in der Politik der Westmächte, die im Verlauf des Jahres 1946 immer sichtbarer hervortrat, blieb naturgemäß nicht ohne Einfluß auf das Geschehen in Deutschland. Der Westen sah in unserem Land mit seinen großen wirtschaftlichen und militärischen Kräften einen möglichen Verbündeten gegen die Sowjetunion. „Deutschland", so schrieb Professor Dr. Matthias aus der Sicht des Jahres 1954 im „Neuen Vorwärts", dem Zentralorgan der SPD, „sollte zu einem Bollwerk gegen Rußland werden!"[5]

Die Siegermächte standen sich an der Elbe gegenüber. Große Gebiete Deutschlands mit dem gewaltigen Potential des Ruhrgebietes waren in der Hand der Westmächte. Dieser Umstand bestimmte wesentlich ihren Kurs auf deutschem Boden. Wie sah er aus?

Ziel der amerikanischen Politik war nach Meinung von George S. Wheeler, einem ehemaligen Abteilungsleiter der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, Verfasser des Buches „Die amerikanische Politik in Deutschland", eine weitgehende Dezentralisierung (Aufspaltung) Deutschlands.

Diese Ansicht vertritt auch der Amerikaner Warburg in seinem Buch „Deutschland – Brücke oder Schlachtfeld".[6] Lassen wir einen einflußreichen Zeugen sprechen. Byrnes, amerikanischer Außenminister zu dieser Zeit, erklärte in einer Rede am 6. September 1946 in Stuttgart: „Das Ziel unserer eigenen Verwaltung sei, das Land politisch zu dezentralisieren und regionale Verantwortung zu entwickeln".[7] „Die Byrnes-Rede markiert den Wendepunkt der westalliierten Deutschlandpolitik". So wertete Heinrich Jaenacke im „stern" vom 1. März 1973 Byrnes Aktivitäten. „Amerikaner und Engländer entschlossen sich, auf eigene Faust zu handeln und ihr Stück Deutschland als Bollwerk gegen die Sowjets auszubauen."

Byrnes Gedanken fanden bei seinen britischen Partnern offene Ohren und auch bald Widerhall. Das Ergebnis war die Zusammenlegung der amerikanischen und britischen Zone am 2. Dezember 1946 zur Bizone (Zweizone). Dieser Schritt des Westens war der erste schwere Schlag gegen die deutsche Einheit. Er unterhöhlte das Potsdamer Abkommen, das den völkerrechtlichen Anspruch Deutschlands auf seine Einheit enthielt. Bizonesien – so taufte der Volksmund dieses Gebilde – unterhielt eigene Verwaltungsorgane wie den Wirtschaftsrat, den Länderrat, das Oberste Gericht und die Länder-Unions-Bank. Alle Institutionen besaßen weitgehende politische und wirtschaftliche Vollmachten. Proteste der sowjetischen Stellen stießen auf taube Ohren. Die Westmächte überlegten bald neue Züge gegen die deutsche Einheit.

Moskau im Frühjahr 1947

Die sowjetische Hauptstadt rückte im Frühjahr 1947 ins Interesse der ganzen Welt. Moskau war Tagungsort einer Außenministerkonferenz. Wird das Treffen uns der Einheit näherbringen? Dieser Gedanke bewegte damals viele Deutsche.

Anfangs schien es so. Der Vertreter der UdSSR, Molotow, schlug die Einsetzung der im Potsdamer Abkommen vorgesehenen Staatssekretäre für ganz Deutschland vor. Der Vorschlag scheiterte jedoch an der Haltung der Westmächte. Er entsprach nicht ihren Vorstellungen. „Eine Einigung war in Moskau deshalb unmöglich", erklärte der damalige amerikanische Außenminister Marshall nach seiner Rückkehr aus Moskau im Rundfunk, „weil nach unserer Ansicht die Sowjetunion auf Vorschlägen beharrte, durch die in Deutschland eine Zentralregierung errichtet worden wäre".[8] Moskau brachte kein Ergebnis. Das Treffen schlug fehl.

„Als unsere Delegation Moskau nach dem Fehlschlagen der Deutschlandkonferenz von 1947 verließ", so berichtete später der langjährige politische Berater des amerikanischen Militärgouverneurs in Deutschland, Robert Murphy, „vereinbarten die drei Westmächte mit den Westdeutschen die Errichtung der deutschen Bundesrepublik".[9]

Der Westen begann mit der Verwirklichung seiner Politk, die wenig später John Foster Dulles, langjähriger Außenminister der USA, mit den Worten umschrieb: Westdeutschland müsse „ein großer Trumpf in den Händen des Westens sein. Indem es Ostdeutschland in den Machtbereich des Westens zurückzieht, kann es eine vorgeschobene strategische Position in Mitteleuropa gewinnen, welche die sowjetkommunistischen militärischen und politischen Positionen in Polen, der Tschechoslowakei, in Ungarn und anderen Gebieten unterminiert."[10] Tatsächlich wurde dieser Politik die Einheit Deutschlands geopfert. Der Graben mitten durch Deutschland wurde dieser Ziele wegen immer weiter vertieft.

Marksteine der Spaltung

1947, es war im Juni, hoben die Politiker in der Bizone den Wirtschaftsrat aus der Taufe und bezogen die westzonalen Gebiete in den Marshallplan ein. Das war ein neuer Schritt auf dem Wege von Potsdam nach Bonn. Lucius D. Clay, der als Hoher Kommissar der USA maßgeblich am Bau eines „westlichen" Deutschlands beteiligt war und insofern ein Kronzeuge ist, gliedert in seinem Buch „Entscheidung in Deutschland" den Wandel der westlichen Besatzungspolitik in drei Abschnitte: „Byrnes Vorschlag, die Zonen wirtschaftlich zu verschmelzen, wurde von Großbritannien am 30. Juni 1946 angenommen. Damit begann der zweite der drei Abschnitte, in denen sich der politische Wiederaufbau Deutschlands vollzog. Der erste hatte dem Wiederbeginn des politischen Lebens innerhalb der (amerkanischen — d.Verf.) Zone gegolten, der dritte hatte die Bildung der westdeutschen Regierung zum Ziel".[11] Die Zerreißung Deutschlands ist also für Clay gleichbedeutend mit dem „politischen Wiederaufbau".

Weitere Marksteine auf dem von Lucius D. Clay gezeichneten Weg waren zunächst die Londoner Konferenzen.

1947, es war diesmal im November, kam der Rat der vier Außenminister erneut zusammen. Ort des Treffens war London. Wiederum stand die Deutschlandfrage zur Debatte. „Die Bildung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung darf nicht länger hinausgeschoben werden."[12] Hartnäckig beharrte Molotow als Vertreter der UdSSR auf diesem Standpunkt. Er stellte den Antrag: „Der Außenministerrat hält Vorschläge, Regierungen dieser oder jener Zonen Deutschlands zu bilden, für falsch, weil das den Ansichten der Regierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Frankreichs widerspricht, die es für notwendig halten, eine gesamtdeutsche Regierung zu bilden, die Deutschland als einen einheitlichen, demokratischen Staat vertritt."[13]

Die drei Westmächte widersprachen erneut dieser Ansicht und lehnten jede Übereinkunft dieser Art rundweg ab. Wiederum verlief die Außenministerkonferenz ergebnislos. Der amerikanische Außenminister Marshall kehrte London noch vor seinen Gesprächspartnern am 15. Dezember 1947 den Rücken. Das Vierertreffen platzte. Damit hörte der Rat der Außenminister auf zu existieren. „Wir sind am Ende der Straße angelangt. Das Zeitalter von Jalta ist vorbei", so berichtete die einflußreiche amerikanische Zeitung „New York Herald Tribune" damals ihren Lesern und fuhr fort, „die Aufteilung Deutschlands wird uns freie Hand geben, Westdeutschland in ein System der Westmächte einzubauen."[14] Deutschland wurde von da an endgültig zur Arena des kalten Krieges. „Jeder, der dabei war", so erklärte General Clay — US-Hochkommissar in Deutschland — „sah, daß jetzt ein Kampf begonnen hatte, der zwar nicht mit Waffen, wohl aber mit wirtschaftlichen Mitteln, mit Ideen und Idealen ausgetragen werden mußte".[15]

Wenige Monate später machte London als Tagungsort einer Konferenz der westlichen Außenminister mit Vertretern aus Belgien, Holland und Luxemburg erneut Schlagzeilen in der Weltpresse. Worüber wurde auf dieser Tagung beraten?

Über die Gründung eines westdeutschen Staates. Die deutsche Einheit auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens wurde offiziell von westlicher Seite begraben. Der Alliierte Kontrollrat, bisher Zeichen gemeinsamer Besatzungspolitik der Siegermächte in Deutschland, brach am 20. März 1948 auseinander. Die Verwaltungsorgane der Bizone wurden inzwischen durch eine Erklärung der anglo-amerikanischen Militärregierungen in eine Art Regierung mit Gesetzgebungsbefugnis ausgebaut. „Wir hatten zwar keine Regierung, aber doch einen Regierungsapparat", schrieb Lucius D. Clay in seinen Erinnerungen.[16] Das Gebäude eines westdeutschen Staates wuchs aus dem Stadium der Projektierung heraus und nahm reale Gestalt an.

Großkapital gegen deutsche Einheit

Wie verhielten sich die deutschen Politiker aus dem bürgerlichen Lager? Sahen sie die aufziehenden Gefahren für unsere Nation? War die Spaltung Deutschlands wirklich nur auf Spannungen zurückzuführen, „die zwischen den Siegermächten entstanden sind", wie Konrad Adenauer in seiner Regierungserklärung vom 20. September 1949 behauptete?

Gewiß, etwas Wahres ist daran, wir sahen es ja! Aber Adenauer spricht weniger als die halbe Wahrheit aus! Er bleibt mit seiner Erklärung nur an der Oberfläche haften. Was führte dann zu den Spannungen? Wir fassen nochmals zusammen: Das Verlassen der gemeinsam vereinbarten Beschlüsse von Potsdam durch die Westmächte, der Wandel in ihrer Besatzungspolitik gegenüber Deutschland zugunsten eines separaten Staates als Ausdruck ihres Bemühens, die Sowjetunion zu schwächen, schufen die Gefahr der Spaltung für unser Land!

Führende Politiker des deutschen Großkapitals betrachten das Potsdamer Abkommen in der Regel als glücklicherweise in der Versenkung verschwundenes Schreckgespenst vergangener Jahre. Adenauer verriet seinem Leibjournalisten, Ernst Friedländer, einmal: „Ich habe auch meinen Alpdruck, er heißt Potsdam".[17] Wer aber hatte Potsdam zu fürchten? Wir Deutschen allesamt?

Die Beschlüsse von Potsdam waren keine Verbotstafeln für ein neues und besseres Leben unseres Volkes in Frieden und Freiheit. Allerdings tasteten sie teilweise sogar entscheidende Rechte der im Dritten Reich einflußreichen Leute wie Krupp, Flick, Abs, Thyssen und anderer Großkapitalisten und Kriegsverdiener an. Das Potsdamer Abkommen enthielt Bestimmungen, deren Verwirklichung bei uns nicht zu dem Zustand geführt hätte, den das Grundsatzprogramm des DGB ausdrücklich in seiner Präambel verurteilt: „Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt. Die Großunternehmer sind erstarkt, die Konzentration des Kapitals schreitet ständig fort."[18]

Die Tinte, mit der die Siegermächte das Potsdamer Abkommen unterschrieben hatten, war noch nicht trocken, da trat Adenauer schon mit einem Vorschlag auf die politische Bühne. „Das beste wäre", so empfahl er damals den Westmächten, „sofort aus den drei westlichen Zonen einen Bundesstaat zu bilden und ihn wirtschaftlich so eng wie möglich mit Frankreich und Belgien zu verflechten."[19]

Adenauer wollte wirklich Deutschland spalten! 1954, also schon nach der Gründung der Bundesrepublik, äußerte er in Brüssel zu Mendes France, dem französischen Minsterpräsidenten: „Vergessen Sie nicht, daß ich der einzige deutsche Kanzler bin, der die Einheit Europas der Einheit seines eigenen Vaterlandes vorzieht."[20]

Diese Ansichten wurden mit der Abkehr der Westmächte von den Pots-

damer Grundsätzen immer mehr Allgemeingut der entscheidenden deutschen bürgerlichen Politiker. So sprach sich zum Beispiel der Leiter des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft der britischen Zone, führendes Mitglied der CDU und ehemaliger Großgrundbesitzer in Pommern, Hans Schlange-Schöningen, Mitte Mai 1946 in einer Denkschrift an die britische Militärregierung ebenfalls für die unmittelbare staatliche Zusammenfassung der drei Zonen aus. Er schrieb darin, es sei jetzt „notwendig, die drei Westzonen im Sinne einer zielklaren Weltpolitik unter einer deutschen Zentralregierung mit Exekutivgewalt zu organisieren und damit einen wirtschaftlich gesunden und gefestigten Block gegen die russischen Bestrebungen zu schaffen, der einen festen Anschluß an die westeuropäische Kultur und Politik findet."[21]

Hallstein, der als außenpolitischer Ratgeber Adenauers eine wichtige Rolle spielte, hat später wiederholt erklärt – ausführlich auf dem CDU-Parteitag 1965 –, die CDU habe von den drei Möglichkeiten, die nach 1945 bestanden hätten, mit dem Westen, mit dem Osten zu gehen oder ein neutralisiertes, abgerüstetes Gesamtdeutschland zu wählen, sich bewußt für den Anschluß an den Westen entschieden. Diese Ansichten gewannen vor allem nach der Außenministerkonferenz der Westmächte in London immer mehr Anhänger im führenden Lager bürgerlicher Politiker der CDU/CSU und FDP. Woraus ist das zu erklären?

Die Großkapitalisten und ihre politischen Manager witterten wieder Morgenluft. Zunächst hatte Furcht vor Strafe für ihre Rädelsführerschaft hinsichtlich der Naziherrschaft und des Krieges viele von ihnen nach 1945 in den Untergrund getrieben. Der Dschungel der Nachkriegswirren gewährte ihnen Unterschlupf. Das „große Donnerwetter", die erwarteten Maßnahmen gingen im wesentlichen an den Herren der Industrie und Banken vorbei, ohne tiefere Spuren zu hinterlassen.

Der Wandel in der Politik der westlichen Besatzungsmächte erweckte in ihnen neue Hoffnungen. Dieser Kurswechsel brachte ihnen unmittelbare Vorteile. Die Großkapitalisten aus dem Westen und ihre Vertreter in Deutschland schonten die deutschen Großkapitalisten. Sie gaben ihnen sogar in den Westzonen schrittweise die Schalthebel der Wirtschaft und Politik in die Hände.[22] Dazu stellte der Parteivorstand der SPD der drei Westzonen bereits am 25. September 1946 fest: „In der Politik, in Wirtschaft und Verwaltung herrschen wieder die gleichen Kräfte, die Deutschland zu den heutigen Zuständen geführt haben."[23] Der Preis dafür war der Verzicht des Großkapitals auf die deutsche Einheit zugunsten eines engen Bündnisses mit den Westmächten gegen die Sowjetunion. Diesen Preis zahlten die deutschen Großkapitalisten bereitwillig. Und warum? Weil die Waage der Macht in der Welt und in Deutschland sich zu ihren Ungunsten neigt. Weil sie die Auseinandersetzung mit den Demokraten und ihren Organisationen in einem einheitlichen Deutschland fürchteten. Weil sie schließlich ihre Macht nur mit Hilfe der kapitalistischen Westmächte in deren Besatzungsbereich wieder zu errichten und auszubauen vermochten. Deshalb traten die deutschen Großkapitalisten auch gegen die Beschlüsse von Potsdam auf. Aus diesem Grund unterstützten sie bereitwillig und aktiv die Maßnahmen der Westmächte gegen die deutsche Einheit.

Ihre Spekulation ist ja auch aufgegangen. Heute sitzen bei uns die Großkapitalisten doch alle wieder obenauf, besitzen sie mehr Macht als je zuvor!

Verzichteten die bürgerlichen Politiker des Großkapitals für ewig auf die Gebiete jenseits von Elbe und Oder-Neiße? Diese Absicht hatten sie nie. „Die CDU wird", so hieß es schon 1946 in einem Dokument dieser großbürgerlichen Partei, „immer wieder mit Nachdruck die Forderung auf Rückgabe der Ostprovinzen erheben".[24] 1948 meldete Adenauer öffentlich einen „Anspruch auf Ostdeutschland" an.[25]

Und wie sollte das geschehen? Der beste Weg, um den deutschen Osten zurückzugewinnen – so erklärte Adenauer in der Zeitung „Daily Mail" vom 11. Februar 1952 – sei die Wiederbewaffnung (West-) Deutschlands, wobei er als den deutschen Osten nicht nur die DDR, sondern auch das Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie ansah.

Die bürgerlichen Politiker in Westdeutschland hofften, mit Hilfe der westlichen kapitalistischen Staaten ihre Ziele später durchzusetzen. Deshalb unterstützten sie aktiv auch die Maßnahmen der westlichen Alliierten und deren Kurs auf die Spaltung Deutschlands. Nur wenige von ihnen leisteten Widerstand. Der Ausbau der „Zwei-Zonen-Körperschaft" zu regierungsähnlichen Organen im Februar 1948 „ging weitgehend auf deutsche Anregungen zurück", schrieb Wilhelm Dörr, ehemals leitender Beamter des Wirtschaftsrates.[26] Einflußreiche Vertreter der Westmächte ermunterten sie hierbei und sprachen ihnen Mut zu. Die Rettung Deutschlands liegt in Ihrer Hand", so rief der britische Militärgouverneur, Sir Brian Robertson, im nordrhein-westfälischen Landtag aus, „Sie können sie erzielen", so fuhr er fort, „oder Sie können sie von sich werfen. Haben Sie Mut, und Sie werden sie erzielen. Gehen Sie vorwärts in dem Entschluß, für den größten Teil Ihres Vaterlandes, der auf der rechten Seite des Eisernen Vorhanges liegt, das beste zu erzielen. Wir bieten Ihnen unseren guten Willen und unsere Zusammenarbeit."[27]

Ein Appell Karl Arnolds, des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, vom 25. März 1948 an alle vier Besatzungsmächte, den Weg für die staatliche Einheit Deutschlands freizugeben, mußte bei diesen Leuten zu dieser Zeit schon als eine Donquichotterie erscheinen. Er blieb selbst bei seinen Freunden aus der CDU ungehört. Adenauer, damals bereits Vorsitzender der CDU, erklärte am 1. April 1948 auf einer Vorstandsitzung der CDU in der britischen Zone dazu unmißverständlich, „daß die deutsche Einheit vom Westen her wieder aufgebaut werden müsse".[28] „Meine Damen und Herren", so argumentierte er dann nochmals sehr massiv vor einem ausgewählten Gremium westdeutscher Politiker, das eine Verfassung auf Anweisung der westlichen Besatzungsmächte ausarbeiten sollte, am 1. September 1948 in Bonn, „einmal muß ein Anfang gemacht werden, und einmal muß Schluß sein mit dem ewigen Weiterwursteln und Auseinanderfallen. Wir gehen an unsere Arbeit in der festen und unerschütterlichen Absicht, auf diesem Wege wieder zur Einheit von ganz Deutschland zu gelangen". „Es ist äußerst fraglich", so interpretierte 25

Jahre später der „stern" Adenauers Ausspruch, „ob Konrad Adenauer selbst an diesen Satz geglaubt hat... Der Satz sollte die Gründerväter der Republik (BRD – d.Verf.) vom Vorwurf der Spaltung freisprechen."[29]

Die Kräfte gegen Deutschlands Spaltung regen sich

War Arnold nur ein Rufer in der Wüste? Nahm unser Volk diese Politik ruhig hin? Nein! Schon Mitte 1946 waren aus dem Osten unseres Landes Stimmen gegen die wachsenden Gefahren der Zerreißung Deutschlands zu hören. Anfang 1947, am Vorabend der Moskauer Außenministerkonferenz, schlug die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) die Durchführung eines Volksentscheides über die Bildung eines deutschen Einheitsstaates vor. Bürgerliche Persönlichkeiten der Ostzone hatten ähnliche Ideen der Öffentlichkeit unterbreitet. Diese Politiker traten für die Bildung einer nationalen Vertretung aus den Reihen aller deutschen Parteien ein. Die Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone wollten über diese Gedanken und Vorschläge mit ihren westdeutschen Partnern im Juli 1947 in München verhandeln. Die Initiative zu dieser Zusammenkunft ging von Bayerns Ministerpräsidenten Ehard aus. „Zuvor hatte er dem mißtrauischen General Clay versprechen müssen, daß politische Fragen von den Deutschen nicht erörtert werden würden. Die fünf Länderchefs der Ostzone kamen" so schildert der „stern" (8.3.1973) dieses Treffen. „Aber sie verlangten, daß als Punkt I der Tagesordnung, die Bildung einer deutschen Zentralverwaltung zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaates' behandelt werde. Ehard lehnte mit Hinweis auf das amerikanische Verbot ab. Auch die Vertreter der französischen Zone erklärten, sie dürften über solch brisante Dinge nicht reden. Da baten die Ostzonen-Sprecher, wenigstens in einer einseitigen Erklärung ihren Standpunkt verlesen zu dürfen. Auch das wurde abgelehnt. Darauf reisten die Ministerpräsidenten von Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen wieder ab."

Ende 1947, als die Teilung Deutschlands immer mehr Gestalt annahm, machten die politischen Repräsentanten der Ostzone einen neuen Vorschlag. Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, die beiden Vorsitzenden der SED, luden zu einem deutschen Volkskongreß für „Einheit und gerechten Frieden" ein. Die CDU/CSU, die FDP und SPD der Westzone machten es sich sehr leicht, indem sie diesen Volkskongreß und die daraus entstandene Bewegung als „kommunistisches Manöver" bezeichneten und ihren Mitgliedern eine Teilnahme daran untersagten. Die westlichen Besatzungsmächte verboten 1948 in ihrem Bereich sogar die Volkskongreßbewegung.

Als auf Anweisung der Militärregierung der Zwei-Zonen-Wirtschaftsrat gebildet wurde – dessen Abgeordnete nicht gewählt, sondern von den Landtagen ernannt wurden – wandte sich Max Reimann namens der Kommunisten an das Gremium, es möge beschließen, „die Abgeordneten treten für eine gesamtdeutsche Regierung ein, die sich aus Vertretern aller demokratischen Parteien und der Gewerkschaften zusammensetzt."

Keiner der nichtkommunistischen Abgeordneten bekannte sich zu diesem Antrag. Diese Tatsache kennzeichnet das Verhalten der damaligen westdeutschen Politiker zur deutschen Einheit.

Ungeachtet dessen trafen sich viele Anhänger der Volksbewegung aus allen Teilen Deutschlands am 19. März 1948 auf dem Deutschen Volkskongreß in Berlin und sprachen über Wege zur deutschen Einheit. Der Volkskongreß schlug die Durchführung eines Volksbegehrens vor, mit dem Ziel, zu einem Volksentscheid für die deutsche Einheit zu kommen. Das Volk sollte selbst in einer Abstimmung über das weitere Schicksal Deutschlands entscheiden.

Die Bevölkerung der Ostzone stimmte in diesem Volksbegehren für die deutsche Einheit. Der Bevölkerung in den Westzonen wurde eine Abstimmung untersagt. Die Besatzungsmächte duldeten kein Volksbegehren. Maßgebende Politiker der bürgerlichen Parteien und auch der SPD, wie Konrad Adenauer (CDU), Josef Müller (CSU), Heinrich von Brentano (CDU) und Carlo Schmid (SPD) halfen den Militärregierungen dabei, indem sie die Volksbefragung als „Täuschung", „Mißbrauch nationaler Empfindungen" und „Versuch eines Schwindels" charakterisierten. Eine Chance, unser ganzes Volk für ein Bekenntnis zur Einheit unseres Vaterlandes zu gewinnen, wurde vertan.

Londoner Empfehlungen, einseitige Währungsreform, Grundgesetz

Bald zogen neue Gefahren für die deutsche Einheit herauf. Am 7. Juni 1948 wurde die Bevölkerung durch eine wichtige Nachricht überrascht. Die Westmächte hatten im Ergebnis ihrer Verhandlungen die „Londoner Empfehlungen" erlassen. Wie sahen sie aus? Sie gaben die Weisung zur Bildung eines westdeutschen Bundesstaates. Dieser Staat sollte fest im Bündnissystem der Westmächte verankert sein. Das waren die Kerngedanken des Dokuments.[30] Obwohl in diesem Dokument auch von Deutschland als Ganzes geredet wurde, ging es in den praktischen Maßnahmen darum, Deutschland politisch zu spalten. Selbst Politiker aus den Reihen der westdeutschen CDU waren unwillig über diesen Beschluß. „Der Berliner Bürgermeister, Dr. Friedensburg (CDU), sagte", so schrieb der „Tagesspiegel" vom 8. Juni 1948, „er sei über den Wortlaut des Londoner Kommuniques ‚tief erschrocken'. Er gab ‚seiner Sorge' Ausdruck, daß durch den ‚ehrlich erhofften Versuch einer Staatskonstruktion für Westdeutschland' die Teilung Deutschlands besiegelt wäre."

Den Worten des Dokumentes folgte bald die Tat. Die Westmächte vollzogen nur wenige Tage später eine Handlung größter Tragweite. Ihre Vertreter befahlen am 18. Juni 1948 die Durchführung einer selbständigen Währungsreform in den Westzonen. Das war der bisher folgenschwerste Schritt zur Zerstörung eines einheitlichen deutschen Wirtschaftskörpers. Die Grenze zwischen den Westzonen und der sowjetischen Besatzungszone erhielt mit der Währungsspaltung von da an den Charakter einer Grenze zwischen zwei Wirtschaftsgebieten.

Der Westen war bei der Herauslösung von einzelnen Zonen aus dem bis dahin einheitlichen Deutschland „vorangegangen". Schritt für Schritt schuf er Gesetzgebungskörperschaften und Länderverfassungen. Nun vollzog er die wirtschaftliche Trennung Deutschlands. Es fehlte zur Vollendung der Spaltung nur noch eine Verfassung und Regierung für das westdeutsche Gebiet. Dieser „Mangel" wurde bald „beseitigt".

Wie kam das Grundgesetz zustande?

„Am Anfang", so schrieb Professor Giese, Kommentator des Grundgesetzes, „war die Weisung. Eine solche (zur Ausarbeitung des Grundgesetzes – der Verf.) ging aus von den Militärgouverneuren der drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands."[31] Tatsächlich geschah es so. Die Militärgouverneure überreichten am 1. Juli 1948 den westdeutschen Länderministerpräsidenten die sogenannten Frankfurter Direktiven. Was sahen sie vor? Sie enthielten den Auftrag an die Ministerpräsidenten, innerhalb kurzer Zeit eine Verfassung für den zukünftigen westdeutschen Staat auszuarbeiten. Dieser Staat sollte föderativ aufgebaut sein. Das ganze war von einer verfassungsgebenden Versammlung – einem „Parlamentarischen Rat" – zu bestätigen, dessen Vertreter jedoch nicht gewählt, sondern ernannt wurden.[32] „stern" (8. 3. 1973) schildert diese für die Spaltung Deutschlands verhängnisvolle Aktivität der Westmächte so: „Am 1. Juli bestellten die Militärgouverneure die elf westdeutschen Länderchefs ins amerikanische Hauptquartier nach Frankfurt. Sie übergaben ihnen drei Papiere: 1. den Auftrag zur Ausarbeitung einer Verfassung, 2. den Auftrag zur Neugliederung der westdeutschen Länder, 3. die Ankündigung eines Besatzungsstatuts, mit dem sich die Alliierten Kontrollbefugnisse über den zukünftigen Staat vorbehielten."

Das war ein folgenschwerer Auftrag. Die westdeutschen Politiker hatten das auch erkannt. Reinhold Maier, langjähriger Länderchef in Württemberg-Baden, machte daraus später in einem „Spiegel"-Interview kein Hehl: „Die Herren, mit denen ich damals zu tun hatten, sagen wir Herr Kaisen aus Bremen, Herr Hinrich Wilhelm Kopf aus Hannover, Herr Arnold aus Düsseldorf – wir haben alle miteinander, als uns da am 1. Juli 1948 die Militärgouverneure die Dokumente übergaben, wonach wir die Möglichkeit hatten, die Bundesrepublik zu begründen, wir haben alle miteinander, auch ich, wirkliche Manschetten davor gehabt, einen deutschen Beitrag zur Teilung Deutschlands zu leisten."[33]

Bei diesen Zweifeln blieb es aber. Sie leisteten ihren Beitrag auf Weisung der Besatzungsmächte zur Spaltung unseres Vaterlandes. Die einzigen, die sich entschieden der deutschen Spaltung widersetzten, waren die Kommunisten. Ihre Vertreter verweigerten die Unterschrift unter das Grundgesetz mit der Erklärung: „Wir unterschreiben nicht die Spaltung Deutschlands!"[34] Die bürgerlichen Politiker beruhigten bald ihr Gewissen und deuteten den Auftrag zur Spaltung in ein gesamtdeutsches Anliegen um, nannten die Verfassungsgebende Versammlung bescheiden „Parlamentarischer Rat" und die Verfassung „Grundgesetz". Der Parlamenta-

rische Rat, der sich aus 65 ernannten Abgeordneten zusammensetzte, nahm seine Arbeit sofort auf. Denn die Westmächte mahnten zur Eile. Schon am 10. August 1948 trat ein vorbereitender Ausschuß unter Leitung des Sozialdemokraten Carlo Schmidt auf der Insel Herrenchiemsee in Oberbayern zusammen und arbeitete in knapp vierzehn Tagen die Grundzüge einer Verfassung aus. Bereits am 1. September 1948 begann er mit Beratungen über die westdeutsche Verfassung. Vorschläge der Vertreter der KPD – Max Reimann und Heinz Renner – die Diskussion einzustellen, statt dessen mit Vertretern der Ostzone zu verhandeln, einen Volksentscheid über die deutsche Einheit durchzuführen, eine gesamtdeutsche verfassungsgebende Nationalversammlung wählen zu lassen, verwarf die Mehrheit dieser Institution.[35]

Schon im Juli 1948 hatten sich die Ministerpräsidenten gegen eine Volksabstimmung über die Verfassung ausgesprochen. Anträge darüber erhielten im Parlamentarischen Rat nie eine Mehrheit. War die Spaltung Deutschlands schon besiegelt?

Eine Chance für die deutsche Einheit

1949, im Frühjahr, blickten viele Menschen, vor allem aus Deutschland, hoffnungsvoll nach Paris. Was ging an der Seine vor sich? Deutschlands Zukunft stand zur Debatte. Die Außenminister der vier Siegermächte verhandelten erneut über Deutschland.

Diese gute Gelegenheit für gesamtdeutsches Handeln nahm der Deutsche Volksrat der Ostzone beim Schopf. Er wandte sich am 7. Mai 1949 an den Parlamentarischen Rat und empfahl gemeinsame Verhandlungen zwischen beiden Gremien. Worüber sollte gesprochen werden? Die Vertreter der sowjetischen Besatzungszone wollten zusammen mit Politikern aus den Westzonen noch vor dem Zusammentreffen der Außenminister in Paris gemeinsame Ansichten der Deutschen über die Zukunft ihres Landes erarbeiten. Ein gemeinsam erarbeitetes Dokument sollte Einfluß auf den Gang der Ereignisse in Paris nehmen.

Der Vorschlag aus dem Osten fand bei den westdeutschen Politikern wiederum keine Gegenliebe. Verhandlungen mit den Deutschen ostwärts der Elbe wurden abgelehnt. Den Politikern aus dem Parlamentarischen Rat fehlte der Mut zu solchen Gesprächen. Der Parlamentarische Rat selbst antwortete auf das Verlangen des Deutschen Volksrates nur einen Tag nach der Aufforderung zu gemeinsamen Verhandlungen, nämlich am 8. Mai 1949, mit der Verabschiedung der Verfassung für den westdeutschen Staat. In der Abschlußdebatte bat Konrad Adenauer als Präsident des Parlamentarischen Rates die Militärgouverneure und die Länderparlamente, das Grundgesetz schnell zu genehmigen, weil er noch vor Beginn der Außenministerkonferenz vollendete Tatsachen schaffen wollte. „Diese Außenministerkonferenz aber, meine Damen und Herren", mit diesen Worten wandte er sich an die Mitglieder des Parlamentarischen Rates, „wird auch dann, wennn wir noch keine Bundesregierung haben, nicht

achtlos an der Tatsache vorübergehen können, die wir heute durch unseren Beschluß hier in Bonn geschaffen haben."[36]

Die Pariser Außenministerkonferenz brachte keine Einigung. Die Westmächte waren nicht bereit, ihre Politik gegen die Grundlagen der Vier-Mächte-Politik von 1945 zu ändern, auf die Bildung des westdeutschen Staates zu verzichten. Die Sowjetunion ihrerseits verweigerte aus verständlichen Gründen einen Anschluß der Zone an den westdeutschen Staat. Die Westzonen waren faktisch zu diesem Zeitpunkt bereits ein Bestandteil des westlichen Militärblocks gegen die Sowjetunion. Die bürgerlichen Schöpfer des Grundgesetzes standen völlig auf der Seite der Westmächte. „Wir wollen nicht, daß durch die Verhandlungen in Paris etwa eine Annäherung der Zustände in den Westzonen an die in der Ostzone erreicht wird. Wir wollen keine Vermischung, sondern wir möchten, daß die Ostzone zu den gleichen Zuständen gelangt, in denen wir leben, damit wir dann die Einheit und die Freiheit Deutschlands als gesichert ansehen können."[37]

Dieses freimütige Bekenntnis gab kein anderer als Konrad Adenauer ab. Darum ging es ihm und den hinter ihm stehenden Kreisen des deutschen Monopolkapitals.

Rasch legte das Großkapital die letzte Wegstrecke von Potsdam nach Bonn zurück. Die Geburtsstunde der Bundesrepublik nahte. Am 12. Mai 1949 legten die politischen Vertreter des deutschen Großkapitals den westlichen Militärgouverneuren das kurzfristig ausgearbeitete Grundgesetz zur Genehmigung vor. Es war US-General Clays stolzeste Stunde. Er kommentierte sie in seinen Memoiren so: „Als die Sitzung beendet war, stießen wir mit den Deutschen auf den Erfolg der neuen Regierung an. Nun war der Bau des westdeutschen Staates fertig geworden. . ."[38] Wahlen zum Bundestag am 14. August 1949 standen am Ende dieses Weges. Die Spaltung Deutschlands wurde an diesem Tage Wirklichkeit. „Der neue Staat entstand ohne demokratische Legitimation" – so resümierte rückschauend der oben schon zitierte „stern". „Das Volk wurde weder gefragt, ob es überhaupt einen Teilstaat wollte, noch, wie er aussehen sollte. Kein Wähler hatte die Mitglieder des Parlamentarischen Rats zu ihren schwerwiegenden Entscheidungen ermächtigt. Sie waren nach alliierter Anweisung von den elf Länderparlamenten nach Bonn delegiert worden, sie arbeiteten eine Verfassung nach alliierten Richtlinien aus, und sie ließen diese Verfassung – und damit die Staatsgründung – von ihren Landtagen (also praktisch durch sich selbst) ratifizieren."[39] Diese Verfassung „beurkundete die Spaltung Deutschlands".[40]

Die Entwicklung in Ostdeutschland

Wie sah die ostdeutsche Entwicklung zwischen 1945 und 1949 aus? Welche Zustände herrschten dort? Was gefiel den Großkapitalisten daran nicht? Was wollten sie verändern?

In Ostdeutschland vollzog sich in diesen Jahren eine Umwälzung. Es be-

gann 1945 mit der Säuberung des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft von Kriegsverbrechern und allen führenden Nazis sowie von den großen Nutznießern und Förderern des Hitlerregimes. Die Errichtung neuer demokratischer Selbstverwaltungsorgane von den Gemeinden bis zu den Ländern war der nächste Schritt. Es folgte die Aufteilung des Großgrundbesitzes zugunsten der Umsiedler und Kleinbauern. Eine Volksabstimmung erwirkte im Juni 1946 mit weit über 70 Prozent der abgegebenen Stimmen die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecherbetriebe und ihre Überführung in Volkseigentum. Eine Bildungs- und Schulreform brach die Bildungsvorrechte der besitzenden Klassen und Schichten.

Alle diese und andere Maßnahmen standen im Einklang mit den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, das kein „bolschewistisches" oder „sowjetisches" Abkommen war, sondern von allen Siegermächten beschlossen wurde. Zugleich handelte es sich um längst fällige gesellschaftliche Reformen, die übrigens nach 1945 in ganz Deutschland von der Volksmehrheit gefordert wurden, so zum Beispiel in Hessen, Nordrhein-Westfalen und auch in Berlin. Dort hatten die Volksvertretungen Gesetze zur Sozialisierung bestimmter Industriezweige beschlossen, die jedoch am Verbot der Besatzungsmächte scheiterten. Auf der Moskauer Außenministerkonferenz hatten sich die Westmächte zur Durchführung einer Bodenreform in ihren Zonen verpflichtet. Aber diese und andere Verpflichtungen standen lediglich auf dem Papier oder wurden sogar schrittweise in ihr Gegenteil verkehrt.

Träger der genannten Umwälzungen in der Ostzone waren die dortigen Parteien und Organisationen, vor allem die SED, die aus der Vereinigung von KPD und SPD hervorgegangen war. Die sowjetische Besatzungsmacht unterstützte, im Unterschied zu den Westmächten, diese Reformbestrebungen der demokratischen und antifaschistischen Kräfte in der Ostzone.

Über die innere Ordnung in einem einheitlichen Deutschland gab es natürlich unterschiedliche, ja sogar entgegengesetzte Ansichten. Die Parteien der Ostzone strebten die Auseinandersetzung hierüber im Rahmen eines einheitlichen deutschen Staates an. Die Interessenvertreter des deutschen Großkapitals in den Parteien und Einrichtungen der westlichen Besatzungszonen waren jedoch damit nicht einverstanden. Sie fühlten sich damals offenbar nicht stark genug, eine solche Auseinandersetzung in den Grenzen eines einheitlichen deutschen Staates zu bestehen. Statt dessen entschieden sie sich, wie schon erwähnt, für die Entwicklung eines westdeutschen Staates unter den Fittichen der westlichen Besatzungsmächte. Die Bildung der Bundesrepublik sollte die Westzone von den zweifellos revolutionären Einflüssen aus dem Osten unseres Landes abschirmen und die Herstellung der alten kapitalistischen Staats- und Gesellschaftsordnung wieder ermöglichen.

Der Hintergedanke der deutschen Spaltung

Ein langjähriger politischer Gegenspieler Konrad Adenauers im Parlamentarischen Rat und im Bundestag, der bekannte kommunistische Politiker

und erste Oberbürgermeister Essens nach 1945, Heinz Renner, umriß einmal folgendermaßen die Politik Adenauers und der hinter ihm stehenden Kreise: „Ihre Politik der Unterwerfung unter die Pläne der Westmächte – alles das geht darauf zurück, daß Ihnen dieser politische und wirtschaftliche Kurs auf den Leib geschrieben ist, Herr Konrad Adenauer. Zwei Prozent Gewinn im Schatten des Dollars – das ist besser als Sozialisierung und Enteignung der Betriebe der Kriegsverbrecher. Das ist der Inhalt Ihrer Politik. Ich habe schon einmal gesagt, daß Sie bewußt zu einer für Sie im Augenblick bösen Politik gute Miene machen, weil Sie auf den Augenblick warten, da Sie als Vertreter des deutschen imperialistischen Kapitals wieder offensive imperialistische Politik machen können."[41]

Tatsächlich war ihre Devise nicht Wiedervereinigung mit dem anderen Teil Deutschlands, nicht Vermischung der bestehenden Verhältnisse in Ost und West, „sondern Befreiung des Verlorenen". Beseitigung der im Osten Deutschlands entstandenen neuen Ordnung, Wiedererrichtung der alten Besitz- und Machtverhältnisse auch dort. Der Weg dahin sollte über die Gründung der Bundesrepublik, über ihre Eingliederung in das wirtschaftliche und militärische Bündnissystem des Westens, schließlich über die Wiederaufrüstung Westdeutschlands führen.

So sollte das Rad der Geschichte zurückgedreht und verhindert werden, daß aus der Niederlage der Nazidiktatur auch eine Niederlage des Großkapitals wurde, das Hitler finanziert und an die Macht gebracht und am Kriege profitiert hatte.

Die hier angeführten Tatsachen sind in den Schulbüchern gewöhnlich nicht zu finden. Aber so sah wirklich der Weg von Potsdam nach Bonn aus. Die Politiker und Parteien in der Bundesrepublik, die heute vom „Unglück der deutschen Spaltung" sprechen, haben in einem gar nicht weit zurückliegenden Zeitraum, als die Einigung Deutschlands noch leicht möglich war, selbst entscheidend dazu beigetragen, die nationale Spaltung herbeizuführen. Das ist die geschichtliche Wahrheit.

Anhang

1) Dokumentation zur Deutschlandfrage. Von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Berlin-Sperre 1961. Hauptband 1, zusammengestellt von Dr. Heinrich Siedler, Bonn – Wien – Zürich 1961, Seite 14
2) Abkürzung für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Hitlers
3) Kartelle, Syndikate und Trusts sind große wirtschaftliche Zusammenschlüsse bzw. Vereinigungen kapitalistischer Firmen
4) William D. Leahy „Ich war dort", New York 1959, S. 499
5) Neuer Vorwärts, Hannover, 3.12.1954
6) James P. Warburg, Deutschland – Brücke oder Schlachtfeld, Stuttgart 1949, S. XI
7) J.F. Byrnes, In aller Offenheit, Frankfurt a.M. 1949, S. 254
8) Lucius D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt a.M. 1950, S. 33
9) Europa-Archiv, Bonn 1959, 14. Jahrgang, Spalte D 89
10) J. F. Dulles, War or Peace, New York 1950, deutsche Ausgabe: Humboldt-Verlag, Wien 1950, S. 229
11) Lucius D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt a.M. 1950, S. 189
12) Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. 1, Berlin 1959
13) Ebenda, S. 130
14) New York Herald Tribune vom 30.12.1947
15) Lucius D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt a.M. 1950, S. 130
16) stern, Hamburg, 1.3.1973
17) Bulletin des Presse- und Informationsdienstes der Bundesregierung, Bonn, 13.6.1953
18) Handbuch für die Vertrauensleute der IG Metall, Frankfurt a.M. 1965, S. 492
19) Associated Press vom 5.10.1945
20) Der Spiegel, Hamburg, Nr. 41/1963, S. 80/81
21) Vgl. Im Schatten des Hungers, Hrsg. Hans Schlange-Schöningen, bearbeitet von Justus Rohrbach, Hamburg-Berlin 1955, S. 97
22) Näheres in „Marxistische Lehrbriefe" D 1 „Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in den drei Westzonen Deutschlands"
23) Jahrbuch der SPD 1946, Göttingen o.J., S. 77
24) Kölnische Rundschau vom 6.8.1946
25) Der Tag, Berlin (West), 29.8.1948
26) Vgl. Walter Vogel, Westdeutschland 1945 bis 1950, Teil 1, Koblenz 1956, S. 30
27) Vgl. Landtag Nordrhein-Westfalen, I. Wahlperiode, Stenographischer Bericht, 40. Sitzung, S. 275
28) Die Neue Zeit, Berlin, 3.4.1948
29) stern vom 8.3.1973
30) Vgl. Die Neue Zeitung, München, 8.6.1948
31) Giese, Kommentar zum Grundgesetz, Frankfurt a.M. 1951

32) Vgl. Dokumente der deutschen Politik und Geschichte, Hrsg. Johannes Hohlfeld, Bd. 6, Berlin, S. 320
33) Der Spiegel, Hamburg, 27.2.1957, S. 23
34) Vgl. Parlamentarischer Rat, Stenographischer Bericht, Bd. I, Nr. 10, 10. Sitzung am 8.5.1949, S. 210
35) Parlamentarischer Rat, Stenographischer Bericht, 1. Band, Nr. 1, 1. Sitzung vom 1.9.1948
36) Parlamentarischer Rat, Stenographischer Bericht, 1. Band, Nr. 10, 10. Sitzung am 8.5.1949, S. 242
37) Ebenda, S. 242
38) Zit. in stern vom 8. 3. 1973
39) stern vom 8. 3. 1973
40) Ebenda

Zeittafel

17.7.–2.8.1945	Potsdamer Konferenz. Veröffentlichung des Potsdamer Abkommens.
30.7.1945	Bildung des Alliierten Kontrollrates in Berlin
2.12.1946	Zusammenschluß der amerikanischen und britischen Besatzungszone zur Bizone
6.6.1947	Verkündung des Marshallplanes
23.2.1948	Londoner Konferenz der Westmächte berät die Bildung eines westdeutschen Staates
18./19.3.1948	II. Deutscher Volkskongreß für Frieden und Einheit in Berlin
7.6.1948	Veröffentlichung der „Londoner Empfehlungen"
20.6.1948	Währungsreform in den Westzonen
1.7.1948	Militärgouverneure der Westmächte übergeben den westdeutschen Länderministern die „Frankfurter Direktiven"
1.8.1948	Zusammenschluß der Bizone mit der französischen Besatzungszone zur Trizone
1.9.1948	Einsetzung eines Parlamentarischen Rates in den Westzonen
8.5.1949	Annahme des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland durch den Parlamentarischen Rat
14.8.1949	Wahl des Deutschen Bundestages
7.9.1949	Bildung des Bundestages und des Bundesrates

SOZIALISTISCHE POLITIK

Erscheint zweimonatlich in Westberlin

18 Zu Rosa Luxemburgs ökonomischer Erklärung des Imperialismus / Einige Perspektiven der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Errichtung der fortschrittlichen Demokratie / Wissenschaft im Interesse des Kapitals oder der Arbeiterklasse / Klassenkämpfe in Großbritannien

19 Entwicklung und Organisation der Wirtschaft in der fortschrittlichen Demokratie, der Übergangsphase zum Sozialismus / Sozialistische ökonomische Integration /

20 Politik und Ökonomie in Westberlin nach dem Vierseitigen Abkommen: Sackgassen und Perspektiven für Westberlin, Die Westberliner Arbeiterklasse / Dockerstreik in Großbritannien / Klassenkämpfe in Frankreich heute

21 Zur Diskussion neuerer Probleme der Imperialismus-Analyse / Zur Entwicklung Westberlins 1945 - 1972 / Klassenkämpfe im Ruhrgebiet 1920 / Kapitalismustheorie in der DDR

Einzelheft DM 4,– Abonnement DM 20,–

Verlag u. Vertrieb SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH
1 Westberlin 41 Postf. 270 Postsch. 620 10 - 107















International beachtet!
Arbeiterzeitungen -
Kommunistische Zeitungen



Dr. Wenzel-Verlag GmbH
4100 Duisburg-Beeck · Pothmannstraße 12

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Die „Marxistischen Lehrbriefe" vermitteln in sechs Serien populärwissenschaftlich — nicht in verflachter Form! — anhand der konkreten politischen Praxis die Hauptwissensgebiete des Marxismus.

Serie A: Gesellschaft und Staat

1 Wie der Mensch zum Menschen wurde
2 Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten I. (Von der Urgemeinschaft z. Entwicklg. d. Feudalismus)
3 Die marxistische Lehre v.d. Klassen und d. Klassenkampf (Einführung)
4 Die marxistische Lehre vom Klassenkampf II
5 Was lehrt der Marxismus über den Staat?
6 Die Entstehung des Kapitalismus
7 Der utopische Sozialismus
8 Wie Lenin den Marxismus weiterentwickelte
9 Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus
10 Der wissenschaftliche Sozialismus

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

1 Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
2 Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?
3 Gibt es noch Kapitalismus i. d. BRD?
4 Automation — Freund oder Feind?
5 Die Wirtschaft in der DDR
Teil I. Industrie
6 Die Industrie der Sowjetunion
Struktur — Standorte — Zahlen
7 Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?
8 Probleme des Kampfes um die Mitbestimmung
9 Das neue ökonomische System in der DDR

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

1 Reformation u. Bauernkrieg (1517-25)
2 Das politische Erwachen des deutschen Bürgertums
3 Deutschland im 17. u. 18. Jahrhundert
4 Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit
Die Große Französische Revolution von 1789 und ihre Auswirkungen
5 Wie d. deutsche Arbeiterbewegung entstand
6 Deutschland i. d. Revolution v. 1848
7 Roter Oktober 1917
8 Die deutsche Arbeiterbewegung 1849-63
9 Die Novemberrev. 1918 i. Deutschland
10 Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg
11 Der Untergang d. Weimarer Republik
12 Aus d. Leben u. Wirken v. Karl Marx
13 Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
14 Die Pariser Kommune 1871
15 Friedrich Engels, Leben und Wirken
16 Die deutsche Arbeiterbewegung von 1919-1923

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

1 Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in Deutschland (1945-1949)
2 Von Potsdam nach Bonn
Wie Deutschland gespalten wurde (1945-1949)
3 Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
4 Probleme des Dialogs zwischen Marxisten und Christen
5 Worin besteht die faschistische Gefahr in der BRD?
6 Die Militarisierung der BRD (1949-56)
7 Der Kampf der arabischen Völker gegen Imperialismus und Zionismus
8 Der Befreiungskampf der Völker Angolas, Guineas und Mocambiques gegen den portugiesischen Kolonialismus

Der Befreiungskampf der Schwarzen in den USA (in Vorbereitung)

Serie E: Das moderne Weltbild

1 Geschichte - Zufall oder Gesetz?
2 Die Grundfrage der Philosophie
3 Die marxistische Auffassung der Erkenntnis (Erkenntnistheorie)
4 Freiheit in marxistischer Sicht I.
5 Freiheit in marxistischer Sicht II.
6 } Einführung in die marxistische
7 } Dialektik
8 } I — III

Serie F: Kultur und Fortschritt

1 Wer hat Kultur?
Aber wer macht sie?
(wird fortgesetzt)

Jeder Marxistische Lehrbrief hat einen Umfang von rund 20 Seiten und kostet 1,— DM zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellungen über den Buchhandel oder den Verlag.

MARXISTISCHE BLÄTTER

Die „Marxistischen Blätter" sind eine Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Sie erscheint bereits im 8. Jahrgang. Der Umfang jeder Ausgabe liegt zwischen 86 und 106 Seiten.
Der Preis je Einzelheft beträgt ab Januar 1972 DM 3,— plus Zustellgebühr und im Abonnement DM 15,— plus Zustellgebühr.

Die Zeitschrift behandelt Schwerpunkt-Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, Lehre, Entwicklung und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus in den einzelnen Ausgaben.

Sie bringt Berichte über wissenschaftliche Tagungen und politische Konferenzen, und es werden wichtige Neuerscheinungen wissenschaftlicher und politischer Literatur ausführlich besprochen.

Die Autoren sind bekannte Praktiker und Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung.

Beiträge für die Marxistischen Blätter schrieben bisher so namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik wie A. Berg (Moskau), J. Duclos (Paris), S. Segre (Rom), J.D. Bernal (London), H. Aptheker (New York), F. Castro (Havanna), E. März (Wien), G. Klaus (Berlin), W. Abendroth, W. Hofmann (Marburg), M. Reimann (Essen), J. Schleifstein (Köln) u.a.

Themen des Jahrgangs 1972:

Heft 1 Umweltschutz und Gesellschaft
Heft 2 Bürgerliche und sozialistische Demokratie
Heft 3 Kapitalistische und sozialistische Integration
Heft 4 Wirtschaftskrisen unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus
Heft 5 Arbeiterklasse und Bündnispolitik
Heft 6 Zur Europapolitik
Sonderheft Die Verträge von Moskau und Warschau und ihre Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft

Themen des Jahrgangs 1971:

Heft 1 Gewerkschaften im Spätkapitalismus
Heft 2 Probleme der europäischen Sicherheit
Heft 3 Neue Erscheinungen im Imperialismus
Heft 4 Politische Parteien in der BRD
Heft 5 Methoden zur Integration der Arbeiterklasse in den staatsmonopolistischen Kapitalismus
Heft 6 Arbeiterklasse und Kultur

Bestellungen über den Buchhandel oder den

VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt/Main, Heddernheimer Ldstr. 78a

Chinas Weg — vom Marxismus zum Maoismus

Teil II

Serie D:
Politische Probleme unserer Zeit

3

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

	Seite
Die Kulturrevolution	1
Lin Piao säubert die Armee	1
Machtergreifung statt Revolutionierung der Kultur	2
Die Jugend als Avantgarde ?	3
Die Partei wird zerschlagen	3
Der IX. Parteitag	4
Nur „eine Handvoll Konterrevolutionäre ..." ?	4
Die maoistische Außenpolitik	5
Friedliche Koexistenz — Kollaboration oder Klassenkampf ?	5
Krieg und Revolution	6
Die Auswirkungen der konterrevolutionären Politik des Maoismus	7
Prinzipienlose „Offensive des Lächelns"	8
F.J. Strauß und China	10
Wie soll es weitergehen ?	12

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeberkreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main, Heddernheimer Landstr. 78a, Telefon (0611) 571051

Druck: F. Freyeisen, Frankfurt am Main, Mainluststr. 13

Die Kulturrevolution

Im „Großen Sprung" hatte man die Begeisterung mit der Aussicht auf einen besonderen, einen schnelleren, einen „chinesischen Weg" zum Kommunismus zu wecken versucht. Als sich nach anfänglichen Erfolgen Rückschläge einstellten und die Erkenntnis um sich griff, daß es bis zum Kommunismus doch noch eine weite Strecke ist, hatte die chinesische Führung zwei Möglichkeiten: dies zuzugeben und auch theoretisch den Anspruch auf ein spezifisch chinesisches „Modell" fallenzulassen, also jeglicher nationalistischer Propaganda zu entsagen, oder aber weiterhin die Ratschläge der übrigen sozialistischen Länder zu mißachten, ihre Erfahrungen und vor allem ihre konkrete Praxis zu leugnen und später sogar als „revisionistisch" anzugreifen. Der Kampf zwischen diesen beiden Linien mußte sich notgedrungen in der Partei immer mehr zuspitzen. Wollte Mao seine nationalistische Konzeption durchsetzen, so mußte er zunächst seinen Einfluß zur Ausschaltung des mächtigsten Kontrollorgans, des Zentralkomitees der Partei, geltend machen. Dies war ihm bis August 1966 bereits zum Teil gelungen, als das ZK, das nach fünf Jahren erstmalig wieder zusammentrat, die Kulturrevolution „beschloß". Ein Teil seiner Mitglieder war damals bereits ausgeschlossen und entgegen allen Parteinormen saßen „Rote Garden" auf den Rängen, die das Rest-ZK unter Druck setzen sollten.[1]

Voraussetzung für die von nun an in aller Offenheit betriebene Zerschlagung der innerparteilichen Opposition durch die Maoisten waren allerdings die schon lange vorher eingeleiteten einschneidenden Veränderungen in der Armee, die diese zur Hauptstütze des Maoismus werden ließen.

Lin Piao säubert die Armee

Bereits 1959 waren dafür die Weichen gestellt worden, als der aus den Partisanenkämpfen des Bürgerkrieges hervorgegangene Marschall Peng Teh-huai als Verteidigungsminister durch Lin Piao ersetzt wurde. Peng hatte die Mißerfolge und die voluntaristische Politik des „Großen Sprungs" und der Volkskommunen scharf kritisiert und eine Rückkehr zu den Leninschen Prinzipien des sozialistischen Aufbaus gefordert. Was die Armee betraf, so trat er unter den neuen Bedingungen der Volksrepublik für eine verstärkte Technisierung und Anlehnung an die Armeen des sozialistischen Lagers ein. Lin Piao dagegen betrieb sofort eine Umstrukturierung der VBA in eine Guerillaarmee großen Ausmaßes. Entscheidend ist dabei nicht, daß sie z.B. Feldarbeit leistete – das tun die Soldaten aller Armeen der sozialistischen Staaten –, sondern, daß an eine historische Mission der VBA appelliert wurde, wie sie in den dreißiger und vierziger Jahren bestanden hatte. Die Armee sollte – das machen besonders die kurz vor Beginn der Kulturrevolution in ihren Reihen betriebenen ideologischen Kampagnen deutlich – zur eigentlichen Avantgarde werden und damit der angeblich von „Revisionisten" okkupierten Partei den Rang streitig machen. Maos Weisung lautete: „Die VBA muß eine große Schule sein, eine Schule, die sich sowohl mit politischer, als auch mit kultureller Aus-

bildung, als auch mit Landwirtschaft und Nebengewerben befaßt . . ."[2]

Im Gefolge dieser Umorientierung unter Lin Piao wurde 1965 ein Großteil des Offizierskorps ausgewechselt mit der Begründung, die Linie Peng Tehhuais verfolgt zu haben. Die zu diesem Zeitpunkt durchgeführte – und von westlichen Maoisten in Diskussionen gern angeführte – Abschaffung der Rangabzeichen und Sonderuniformen erscheint insofern unter einem völlig anderen Licht, als man mit dieser Maßnahme die Autorität vieler Offiziere, die im Bürgerkrieg und in Korea gezeigt hatten, daß sie auf der Seite des Sozialismus stehen, untergraben wollte. Da es sich bei der VBA um eine Freiwilligenarmee handelt, fiel auch die Säuberung der unteren Ränge und die Filtrierung der neuen Rekruten nicht schwer. Auf diese Weise schufen sich die Maoisten, mit Mao und Lin an der Spitze, ein zuverlässiges Machtorgan, dem sie in den oftmals konfusen Situationen der Kulturrevolution stets die Rolle des „Schiedsrichters" (natürlich zugunsten der Mao-Anhänger) zuweisen konnten.

Machtergreifung statt Revolutionierung der Kultur

Was Ende 1965 unter der Bezeichnung „Kulturrevolution" anlief, hatte mit einer kulturellen Revolution im Leninschen Sinn, d.h. der Organisierung und planmäßigen Überwindung des Analphabetismus, der ideologischen und kulturellen Qualifizierung der Werktätigen und der Entfaltung einer sozialistischen Kunst und Literatur wenig zu tun. Vielmehr ging es im wesentlichen um einen handfesten Machtkampf der Maoisten gegen alle diejenigen in Partei und Staat, die sich dem seit 1957 eingeschlagenen Kurs in dieser oder jener Form widersetzten. Auch gab man dieses Ziel später offen zu. „Die große proletarische Kulturrevolution war gleich von Anfang an ein Kampf zur Machtergreifung. Wir rebellieren, um die Macht zu ergreifen. Das bedeutet, daß die Macht jener Handvoll Leute in der Partei, die in Machtpositionen sind und den kapitalistischen Weg gehen, unter der Diktatur des Proletariats zurückerobert wird und in die Hände der proletarischen Revolutionäre gelangt."[3]

Die Bewegung begann allerdings – und das ist wohl einer der Gründe, warum ihr wahrer Charakter oftmals nur schwer durchschaut wird – mit Auseinandersetzungen innerhalb von Intellektuellen, die ab Herbst 1965 sich verdichteten und zu einer allgemeinen „Kunstdiskussion" führten. Dabei wurden von vornherein diejenigen Publizisten angegriffen, die – wie auch immer getarnt – an der subjektivistischen Politik der Mao-Gruppe Kritik geübt hatten. Diese Debatten, bei denen sich zeigte, daß die maoistische Kunstkonzeption im wesentlichen eine Rückkehr zu den bereits von Lenin kritisierten „revolutionär-romantischen" Positionen des „Proletkult" bedeutete und demnach fast die gesamte Kunst der bürgerlichen, feudalen und vorfeudalen Zeit als „konterrevolutionär" eingeordnet werden mußte, waren aber im Grunde nur ein Vorgeplänkel. Sie bewirkten immerhin, daß Hongkong eine Zeitlang zu einem Tummelplatz für geschickte Kunsthändler wurde, die äußerst billig „revisionistische" Kunstwerke chinesischer Klassiker erwerben konnten, die der Bilderstürmerei der „Roten Garden" zum Opfer gefallen waren.

Die Jugend als Avantgarde?

Als Mitte 1966 der gesamte Schul- und Hochschulbetrieb eingestellt wurde und Millionen Jugendliche sich in „Roten Garden" organisierten, bedeutete dies, daß (wie auch aus dem ZK-Beschluß vom August 1966 hervorgeht) die Jugend zur Avantgarde der anlaufenden Massenkampagnen gemacht werden sollte. Tatkräftig unterstützt wurde dies von Armeekadern und sogenannten Parteiarbeitsgruppen z.B. an den einzelnen Universitäten. Der Eifer der „Rebellengruppen", dem Vorsitzenden Mao zu dienen, ging dabei so weit, daß mehrfach Berichtigungskampagnen und Aufrufe gegen das Sektierertum und den „Fraktionismus" organisisert werden mußten, weil die Ausschreitung der verschiedenen Gruppen zu einer Gefahr über die Maoisten selbst zu werden drohten. Offiziell ging es ja den chinesischen Führern darum, dem reinen proletarischen Bewußtsein zum Siege zu verhelfen. Träger dieses Bewußtseins waren in der Kulturrevolution jedoch vor allem die Jugend und die sie anleitende Armee, die letztlich die Arbeiterklasse „revolutionieren" sollten. Diese ließ sich aber die politische Bevormundung durch die „Rebellengruppen" nicht gefallen. In allen wichtigen Industriezentren (Peking, Mandschurei, Shanghai, Wuhan, Szetschuan-Becken usw.) kam es daher zu sehr harten, manchmal blutigen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitermassen und „Roten Garden". Mehrmals griff die Armee ein. Zumeist, um die maoistischen „Rebellen" vor dem Zorn der Arbeiter zu schützen, in einigen Fällen aber auch – wie in Wuhan und Kanton – indem sie sich auf die Seite des örtlichen Parteikomitees und der Werktätigen stellte.

Daß die chinesische Arbeiterklasse nach 1927 im Verlauf der revolutionären Ereignisse nur eine untergeordnete Rolle spielen konnte, ist unbestritten: dennoch muß sie in zunehmendem Maße und da die Industrialisierung fortschreitet, die ihr aufgrund ihrer objektiven Lage als einziger bis zuletzt revolutionären Klasse zukommenden Funktionen übernehmen. Eine derartige Führungsrolle der Arbeiterklasse, wie sie die Marxisten vertreten, ist aber unvereinbar mit der maoistischen Politik der Indoktrinierung der Arbeiterklasse mit kleinbürgerlichem, gleichmacherischem Bewußtsein, mit der Zerschlagung des Pan-Chinesischen-Gewerkschaftsbundes (dessen Ehrenvorsitzender nicht zufällig Liu Shao-chi war) und schließlich der Kommunistischen Partei als politischer Organisation des Proletariats.

Die Partei wird zerschlagen

Der schrittweisen Entmachtung und Absetzung fast sämtlicher örtlicher und überregionaler Parteikomitees folgte vom Sommer 1967 an die Bildung sogenannter „revolutionärer Dreierverbindungen" bzw. „Revolutionskomitees", in denen ein Drittel Soldaten, ein Drittel „Rebellen" und ein Drittel Parteifunktionäre vertreten waren. Ende 1968 war der antimaoistische Widerstand schließlich überall gebrochen, und die letzten Komitees konnten gebildet werden. Damit waren die Voraussetzungen geschaffen zum endgültigen Ausschluß des Staatspräsidenten und stell-

vertretenden Parteivorsitzenden Liu Shao-chis und des Generalsekretärs der Partei, Teng Hsiao-ping, gegeben. Auch liefen nun die Vorbereitungen zum 9. Parteitag an, der bereits 1967 angekündigt worden war, aber wegen des starken Widerstandes gegen den Mao-Kurs bis 1970 verschoben werden mußte.

Der IX. Parteitag

Dieser Parteitag war gleichzeitig der Höhepunkt und Abschluß der Kulturrevolution. Vorbereitet durch die Grenzprovokationen am Ussuri und die damit entfachte chauvinistische Hetze gegen die Sowjetunion, gab er den Rahmen ab für die Akklamation der im Zuge der vorangegangenen Kämpfe erfolgten Veränderungen. Die 1500 Delegierten waren ohnehin nicht gewählt, sondern von oben nach unten bestimmt worden.

In seiner Rede, die an sich mit einem marxistischen Rechenschaftsbericht wenig gemein hat, faßte Lin Piao die maoistischen Parolen zur Begründung der Kulturrevolution und des Kampfes gegen den „modernen Revisionismus" noch einmal zusammen. Dabei setzte er zum ersten Mal in dieser Schärfe US-Imperialismus und „Sowjetrevisionismus" als Hauptfeinde Chinas gleich.[4]

Das verabschiedete Statut, das in geradezu monarchistischer Weise Maos Parteiamt und seine Nachfolge regelt, fixiert nicht nur die Vorherrschaft der „Mao Tse-tung-Ideen" und des Antisowjetismus, sondern schafft auch in seinen formalen Bestimmungen die innerparteiliche Demokratie „auf dem Papier" ab. Die KPCh hat, vergleicht man dieses Statut etwa mit dem von 1956 oder dem anderer kommunistischer Parteien, nichts mehr mit einer Partei Leninschen Typs gemein. Geradezu lächerlich erscheinen daher die Vorwürfe der Maoisten gegenüber den „revisionistischen Parteien", diese seien „autoritär strukturiert". Auch die neue Zusammensetzung der Leitungsorgane dokumentiert die völlige Ausrichtung auf eine kleine Führungsgruppe um Mao, dessen Vertraute sämtliche Schlüsselpositionen besetzen. Eindeutig ist zudem die starke Überrepräsentation der Armee.

Nur „eine Handvoll Konterrevolutionäre . . ."?

Ein Zahlenvergleich macht deutlich, daß die Kulturrevolution nicht eine „kleine Handvoll" hinweggesäubert hat, wie es in der offiziellen Propaganda heißt, sondern die Mehrheit in sämtlichen wichtigen Parteigremien betroffen war: 17 der 26 Mitglieder und Kandidaten des Politbüros, 11 der 16 Mitglieder und Kandidaten des ZK-Sekretariats, 112 der 172 Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees, 54 der 67 Sekretäre oder Stellvertreter der Regionalbüros und 23 der 28 ersten und zweiten Sekretäre der Provinzkomitees. Die Mehrheit der qualifizierten Parteikader ist also ausgeschaltet worden, um der subjektivistischen und gegen die übrigen sozialistischen Länder gerichteten Politik der Mao-Gruppe zum Siege zu verhelfen.

Daß man heute in China den „Wiederaufbau" der „Partei" betreibt, bestätigt nur zu gut die These, daß die KPCh in ihrer alten Form zerschlagen und die Macht im Lande von der Armee übernommen worden ist. Die Armee blieb nämlich durch alle Wirren hindurch „unangetastet". „Ultramaoistische" Versuche einiger Rotgardisten, auch in die Armee den Kampf zweier Linien hineinzutragen, wurden mit aller Schärfe unterdrückt. Der verstärkt geschürte Chauvinismus und Antisowjetismus – unter dem Deckmantel einer angeblich von Seiten der Sowjetunion bestehenden Kriegsdrohung – schaffte hierfür das ideologische Klima.

Die maoistische Außenpolitik

Seit Ende der fünfziger Jahre hat sich eine tiefgreifende Wende in der chinesischen Außenpolitik vollzogen. Obwohl die chinesische Parteiführung nach 1960 dem Hauptdokument der internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien zustimmte, revidierte sie Schritt für Schritt die darin festgelegten Positionen und entwickelte zunehmend eine eigene nationalistisch gefärbte, gegen die anderen sozialistischen Länder und besonders die Sowjetunion gerichtete Politik. Diese neue „Generallinie" versuchten die Maoisten den einzelnen Bruderparteien aufzuzwingen und gingen, als ihnen das nicht gelang, dazu über, maoistische Spaltergruppen zu organisieren, die Bruderparteien in einer bisher nur von den Imperialisten einerseits und den Trotzkisten und Anarchisten anderseits bekannten Weise zu verleumden und zu bekämpfen. Damit wurde und wird täglich der antiimperialistischen Kampffront in allen Teilen der Erde großer Schaden zugefügt, und der Imperialismus erhält völlig unverhofft Unterstützung bei seinen Versuchen, die antiimperialistische Bewegung zu spalten und die sozialistischen Länder gegeneinander auszuspielen.

Welches waren die Grundfragen, die von der maoistischen Polemik angesprochen wurden und bei denen sich Differenzen zwischen der KPChinas und der Partei der Arbeit Albaniens auf der einen und der übrigen kommunistischen Bewegung auf der anderen Seite ergaben?

Friedliche Koexistenz – Kollaboration oder Klassenkampf?

Grundlage der Außenpolitik der sozialistischen Länder ist die von Lenin entwickelte Strategie der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung. Diese Politik, die auf der Einsicht fußt, daß ein Export der Revolution (wie ihn z.B. Trotzki propagierte) in noch nicht vom kapitalistischen Joch befreite Länder prinzipiell nicht möglich ist und jedes Volk seine Revolution selbst organisieren und durchführen muß, bedeutet aber keineswegs – wie es die Maoisten aufgrund der von der bürgerlichen Presse geschürten Vorurteile verbreiten – eine Aufgabe des Klassenkampfes zugunsten einer „friedlichen Koexistenz" mit dem Imperialismus:

„Die Politik der friedlichen Koexistenz widerspricht nicht dem Recht der

unterdrückten Völker, im Kampf um die Befreiung die Mittel anzuwenden, die sie für richtig erachten, den bewaffneten oder nichtbewaffneten Weg zu beschreiten. Sie bedeutet in keiner Weise die Unterstützung reaktionärer Regimes. Ebenso unbestritten ist das ... Recht jedes Volkes auf militärische Verteidigung...[5] Vielmehr macht sich diese Politik sämtliche Möglichkeiten zunutze, die durch die Existenz einer sozialistischen Staatengemeinschaft und die weltweiten Erfolge der gesamten antiimperialistischen Bewegung ergeben, um den Spielraum des Imperialismus zu verringern und die Kampfpositionen der revolutionären Kräfte zu verbessern. Sie „wirkt den Versuchen des Imperialismus entgegen, seine inneren Widersprüche durch die Verschärfung der internationalen Spannungen und durch das Schüren von Kriegsherden zu überwinden."[6] Dennoch „bedeutet (sie) weder die Aufrechterhaltung der bestehenden sozialen und politischen Verhältnisse noch eine Abschwächung des ideologischen Kampfes."[7]

Daß die polemischen Attacken der Maoisten nur leere Demagogie sind, zeigt deutlich die Reaktion jener aggressiven, imperialistischen Kräfte selbst – die es ja wissen müssen – auf diese Politik. Konkret: wieso bekämpfen die Rechtskräfte mit Franz Joseph Strauß an der Spitze so hartnäckig die Verträge von Moskau und Warschau, die Anerkennung der DDR, eine europäische Sicherheitskonferenz usw.? Weil die Durchführung dieser Maßnahmen nicht nur ein Erfolg der Friedenspolitik der sozialistischen Länder wäre, sondern auch der Bewegung in der BRD und den anderen kapitalistischen Ländern, ja auch den antiimperialistischen Volkskräften von Kuba bis Vietnam in ihrem Kampf nützen würde. Wie anders ist es auch zu verstehen, daß im Gegensatz zur KP Chinas Nordvietnam, Kuba und alle Befreiungsbewegungen diese Politik als richtig unterstützen?

Krieg und Revolution

Wie bereits aus dem oben gesagten hervorgeht, geht die internationale kommunistische Bewegung davon aus, daß die Frage, ob bewaffneter oder unbewaffneter Kampf, in jedem Land selbst entschieden werden muß. Und zwar auf der Grundlage einer genauen Analyse der historischen und geographischen Bedingungen. Demgegenüber propagieren die Maoisten eine einzige gültige Kampfform für die Machtergreifung des Proletariats: „Die zentrale Aufgabe und die höchste Form der Revolution ist die bewaffnete Machtergreifung, ist die Lösung des Problems durch den Krieg. Dieses revolutionäre Prinzip des Marxismus-Leninismus hat allgemeine Gültigkeit, es gilt überall, in China wie im Ausland."[8]

Dieses „Prinzip", das Mao verkündet, ist aber dem Marxismus fremd. Marx und Lenin haben an vielen Stellen betont, daß es darum gehen müsse, unter möglichst friedlichen Bedingungen die Macht zu ergreifen, daß die konkreten Bedingungen und Kampfformen aber nicht abhängig sind vom guten Willen der Revolutionäre, sondern von den vorgefundenen objektiven Bedingungen und den aktuellen Klassenkonstellationen. Danach bestimmen sich sämtliche Kampfformen und -methoden: illegal-legal,

parlamentarisch-außerparlamentarisch, friedlich-bewaffnet usw. Allerdings: freiwillig tritt die Bourgeoisie nie von der historischen Bühne ab. Der endgültige Charakter der Revolution hängt insofern davon ab, ob das Kräfteverhältnis bereits zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten verändert ist, so daß die herrschende Klasse nicht mehr bzw. nicht mehr mit Erfolg Gewalt gegen das Volk anwenden kann. Dies sind die marxistischen Prinzipien, die denen Maos entgegenstehen und deren Richtigkeit anhand von sämtlichen siegreichen oder gescheiterten revolutionären Kämpfen überprüft werden.

An die Stelle der konkreten Analyse setzen aber die Maoisten nur die abstrakte Revolutionsphrase. So schreiben sie z.B.: „Vorsitzender Mao sagte: ‚Der revolutionäre Krieg ist ein Krieg der Volksmassen; man kann ihn nur führen, indem man die Volksmassen mobilisiert, indem man sich auf die Volksmassen stützt. . . Vorsitzender Mao hat den Volksmassen in Asien, Afrika, Lateinamerika und aller anderen Länder die leuchtenden Aussichten der Revolution gezeigt und ihnen den ruhmvollen Kampfauftrag, der sie erwartet, gewiesen'."[9] Und sie fahren fort: „Gleichzeitig sind viele Revolutionäre aufgetreten, um die ‚Maul-Marxisten-Leninisten' in Lateinamerika wegen ihrer verbrecherischen Zusammenarbeit mit den Sowjetrevisionisten bei der Sabotage des revolutionären bewaffneten Kampfes zu verurteilen. . . Sie haben bewiesen, daß der bewaffnete Kampf nur dann siegreich geführt werden kann, wenn die vom Vorsitzenden Mao gewiesene revolutionäre Linie eingehalten wird: Gestützt auf die Bauern, Stützpunktgebiete auf dem Lande errichten und die Städte von den Dörfern her einkreisen."[10]

Derartige Thesen zeigen überdeutlich, wie weit sich die Maoisten von einer materialistischen Position entfernt haben. Denn untersucht man die wirklichen Bedingungen Lateinamerikas, so stellt man z.B. fest, daß in Argentinien drei Viertel der Gesamtbevölkerung in den Städten leben, von einer Einkreisung durch die „Dörfer" also keine Rede sein kann. Ebenso ist bekannt, daß einige kommunistische Parteien (z.B. in Kolumbien) unter bestimmten Bedingungen zum (bewaffneten) Guerillakampf aufgerufen haben und an der Spitze der Volkskräfte dem Regime entgegengetreten sind. Schließlich aber zeigt das Beispiel Chiles, daß unter spezifischen Bedingungen selbst in Lateinamerika der „friedliche Weg" möglich ist, zwar nicht immer gewaltlos, aber doch ohne Bürgerkrieg hat dieses Land unter der Führung Präsident Allendes und der „Unitat Popular" seit 1970 einen nichtkapitalistischen Weg eingeschlagen mit dem Ziel des Sozialismus. All das paßt nicht in das ultrarevolutionäre Schema der Maoisten hinein.
Es kann nicht sein, was nicht sein darf!

Die Auswirkungen der konterrevolutionären Politik des Maoismus

Die zunehmende Entfernung der maoistischen Führung von einer klassenmäßigen Außenpolitik hat dem Lager des Antiimperialismus bereits schweren Schaden zugefügt.

Das deutlichste Beispiel hierfür war die maoistische Haltung gegenüber den Angeboten der Sowjetunion, die Hilfsaktionen für das heldenhaft kämpfende vietnamesische Volk und die Patrioten von Laos und Kambodscha gemeinsam zu besprechen und zu verstärken. Die chinesische Führung handelte nach ihrem verhängnisvollen Beschluß von 1966, der zwar eine „möglichst breite Einheitsfront" zur Unterstützung der völker Indochinas forderte, die Sowjetunion jedoch davon ausschloß: „Sie darf selbstverständlich nicht in diese Einheitsfront eingeschlossen werden."[11]

Heute steht die Außenpolitik der VR China selbst in Widerspruch zu den „anti-revisionistischen" Erklärungen der KP-Chinas von 1963. Hatte man damals noch Jugoslawien und die „Tito-Clique" als „Handlanger des USA-Imperialismus" bezeichnet, und aus der Tatsache, daß die Sowjetunion ihre Beziehungen zu Jugoslawien verbesserte, geschlossen, die KPdSU wolle eine ähnliche Politik wie die Titos einleiten, so versucht man gegenwärtig mit allen Mitteln (Austausch von Botschaftern, Handels- und Militärdelegationen) die Kontakte zu Jugoslawien wieder zu intensivieren, um längerfristig ein antisowjetisches Militärbündnis auf dem Balkan zu errichten.

Prinzipienlose „Offensive des Lächelns"

Es wird immer offenkundiger, daß nicht irgendeine Analyse oder der wissenschaftliche Sozialismus Grundlage der diplomatischen Schachzüge des Maoismus ist, sondern einzig und allein der immer unverhüllter auftretende Nationalismus und Großmachtchauvinismus der maoistischen Führungsgruppe. Dafür ist Beweis die Unterstützung Pakistans mit Waffen und Beratern im Befreiungskampf von Bangla Desh. Das beweist zum anderen die Gratulation Tschou En-lais an den Kommunistenhenker Numeiri zur Zerschlagung der antiimperialistischen Bewegung im Sudan.

Früher wurde jeder Staatsbesuch eines nichtsozialistischen Politikers in Moskau als Beweis für den „Verrat" der „sowjetrevisionistischen Sozialfaschisten" gewertet, jedes Foto, das nebeneinander lächelnd einen Staatschef und den bei ihm akkreditierten sowjetischen Botschafter zeigte, als Beleg für volksfeindliche Ränke und Kollaboration hergezeigt, heute empfangen die chinesischen Führer selbst Persönlichkeiten von der Schah-Schwester Ashraf über Couve de Murville und Haile Selassie bis hin zu Richard Nixon. Zu kritisieren sind dabei weniger diese Besuche selbst, als die Bedingungen, unter denen sie stattfinden. So bedeutete die Einladung an Nixon zu einem Zeitpunkt, da dieser die amerikanische Aggression in Vietnam verstärkte und erneut die Friedensvorschläge der FNL ablehnte, ein klares Entgegenkommen für den US-Imperialismus. Nixon konnte auf diese Weise sein Image aufpolieren und mit Hilfe der China-Schlagzeilen von den Verbrechen der USA in Indochina ablenken.[12]

Neuerdings haben die chinesischen Führer wiederholt ihr positives Interesse an der Erweiterung und Festigung der EWG zum Ausdruck gebracht. In einem Beitrag von „Hsinhua" wird dazu gesagt: Mit der Erweiterung

ihrer Gemeinschaft vergrößerten die westeuropäischen Staaten den Schutz ihrer eigenen Interessen. Die EWG entwickele sich zu einem echten Gegengewicht zu den beiden Supermächten.[13]

Zunächst fällt hier auf, daß die chinesischen Führer, während sie noch verbal vom Klassenkampf reden, in ihrer Stellung zur EWG jede Klassenposition vermissen lassen. Sie gehen nicht von der Tatsache aus, daß die EWG das Europa der Monopole ist, daß in der EWG-Behörde die großen Monopole, insbesondere solche mit übernationalem Charakter, bestimmen, daß sich dieses Instrument gegen die Interessen der Arbeiterklasse und aller werktätigen Schichten innerhalb der EWG als auch im internationalen Maßstab richtet. Mit ihrer „unverhohlenen Sympathie für die europäische Wirtschaftsgemeinschaft"[14] geraten die chinesischen Führer in Kampfposition gegen die Arbeiterbewegung in den EWG-Staaten. So gaben die chinesischen Führer dem von den Konservativen betriebenen Anschluß Englands an die EWG ihre betonte Unterstützung, während die Kommunisten, die Gewerkschaften und selbst die Labour-Party diesen Anschluß ablehnten.

Wenn „Hsinhua" schreibt, mit der Erweiterung der EWG vergrößerten die westeuropäischen Staaten den Schutz ihrer eigenen Interessen, so muß man doch daran erinnern, daß es sich um Staaten handelt, in denen das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus voll ausgebildet ist. Bei „ihren eigenen Interessen" kann es sich also nur um monopolkapitalistische Interessen handeln.

Dieses Verlassen der Klassenposition kommt auch in der Behauptung zum Ausdruck, die EWG entwickele sich zu einem echten Gegengewicht zu den beiden Supermächten, werden doch damit zwei Staaten mit entgegengesetzten gesellschaftlichen Systemen, die Sowjetunion und die USA, gleichgesetzt. Weiter wird die Tatsache außer acht gelassen, daß die EWG aufs engste mit dem unter Führung der USA stehende Militärblock der NATO verbunden ist.

Auch bei Anwachsen der imperialistischen Widersprüche zwischen der EWG und den USA ist das gemeinsame Interesse an der Erhaltung des monopolkapitalistischen Gesellschaftssystems doch der nähergeordnete Gesichtspunkt. Gerade das haben die Monopole der BRD und alle westdeutschen Regierungen bisher immer bewiesen: Mit der Unterstützung des US-Krieges gegen die Völker Indochinas, durch die Devisenausgleichszahlungen, durch die Stützungskäufe für den Dollar usw.

Die außenpolitische Wendung der chinesischen Führung in ihren Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern hat zur Abschwächung ihrer Kritik an den USA geführt und deutlich werden lassen, daß mit der Formel von den Supermächten faktisch die UdSSR zum Hauptgegner Chinas erklärt werden soll. In dem Artikel von drei chinesischen Redaktionen vom 1. Oktober 1972 wird denn auch offen erklärt, die UdSSR sei für China ein „mehr gefährlicher Feind" als die „imperialistischen Staaten alten Stils". Dementsprechend erklärte auch Tschou En-lai im Gespräch mit Redak-

teuren der Times im Oktober 1972: „Die Sowjetunion ist mehr zaristisch als die Zaren, mehr imperialistisch als der alte Imperialismus. Wenn die Sache so liegt, so muß man die Vereinigten Staaten dem sogenannten sozialistischen System von Rußland vorziehen."[15]

Da kann man sich auch nicht wundern, wenn die Frankfurter Allgemeine Zeitung, ein Sprachrohr des Großkapitals in der BRD, zu den Verhandlungen Kissingers mit Tschou En-Lai unter der Überschrift „Amerika ist Chinas bester Freund" schreibt, daher sei „ein zwischenstaatliches Verhältnis geschaffen, für das ‚Entente cordiale' schon das richtige Wort ist, wenn man die europäische Wortassoziation ausklammert und das Ritual des Klassenkampfes, das auf Chinas außenpolitischen Nebenbühnen natürlich weiterlaufen muß, einmal übersieht... Die beiden pazifischen Großmächte paraphierten in Peking fast genau ein Jahr nach Nixons China-Besuch die schon 1969 entdeckte Gemeinsamkeit ihrer globalen Interessen. Beide besitzen jetzt eine damals ungeahnte Handlungsfreiheit."[16]

F. J. Strauß und China

Daß der Imperialismus seit längerer Zeit bereits die maoistische Politik in seiner Globalstrategie berücksichtigt, ist nur logisch. Da er durch das Anwachsen der antiimperialistischen Front in die Defensive gedrängt ist, kommt es ihm darauf an, mit „Hilfe" Chinas verlorenen Spielraum wiederzugewinnen. So schreibt auch Franz Josef Strauß, der Repräsentant der aggressivsten Teile des westdeutschen Großkapitals, sehr deutlich: „Pragmatisches Denken sollte in der Lage sein, zu erkennen, daß Rot-China ein Interesse an einer Potenz an der Westgrenze des sowjetischen Imperiums in Mitteleuropa hat, während wir an der stärkeren Bindung der Sowjets an ihrer asiatischen Ostgrenze interessiert sind. Partiell und zeitweilig begegnen sich daher unsere und die chinesischen Interessen... Und es ist zum anderen, daß wir – nicht zuletzt angesichts eben dieses sowjetisch-chinesischen Konflikts – Chancen zur politischen Offensive haben werden, sobald sich Europa auf der Basis der langfristigen Parallelität seiner fundamentalen Interessen geeint hat und dadurch kräftig genug geworden ist, in der Welt nicht mehr nur Objekt – Leidender oder allenfalls Störenfried –, sondern Subjekt – also politisch Handelnder – zu sein.[17]

Diese Konzeption wird von der Reaktion mit besonderem Nachdruck vertreten, da die CDU/CSU hofft, sich an die neue amerikanische China-Politik anlehnen zu können. Gleichzeitig stellt sie ihre Strategie einer stärkeren Annäherung an China der Brandtschen Ostpolitik entgegen und versucht unter Aufbietung sämtlicher antisowjetischer Gefühle, eine mehr auf Entspannung gerichtete Politik der Bundesregierung zu verhindern. Der Hauptfeind ist dabei immer die Sowjetunion, deren Position es zu schwächen gilt, sowohl militärisch-strategisch wie politisch.

Strauß, Schröder und die chinesische Parteiführung sind sich einig gegen ein System gesamteuropäischer Sicherheit und Zusammenarbeit, einig in

dem Versuch, die sozialistischen Länder Osteuropas von der Sowjetunion zu lösen. Natürlich bei Strauß mit dem Ziel, die kapitalistische Ausbeuterordnung in diesen Ländern wieder herzustellen und die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus in Europa zu errichten, bei den chinesischen Führern, um dem chinesischen Großmacht-Chauvinismus zu dienen.

Eine ähnliche Situation ergibt sich immer wieder auch in anderen Bereichen der internationalen Politik. So zum Beispiel in den Vereinten Nationen. Gegen alle Vorschläge der Sowjetunion zur Sicherung des Friedens, wie zum Beispiel auf Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz, Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen, ein unbefristetes Verbot der Kernwaffen, einen Appell an die Kernwaffenmächte, spätestens ab 5. August 1973 alle Kernwaffen-Versuche einzustellen, Einstellung der unterirdischen Kernwaffenversuche im Stillen Ozean und so weiter, wandte sich die Vertretung der VR China. Hierbei geriet sie immer wieder in der Abstimmung auf eine Position mit den Vertretungen der USA, des kolonialistischen Portugal, des rassistischen Südafrika, mit den schlimmsten Feinden der Völker.

Wer sein Handeln in den Fragen der internationalen Politik vom Antisowjetismus und Nationalismus bestimmen läßt, der verläßt den Boden des Klassenkampfes, der wird zum Schädling am Kampf der Völker für Frieden, Demokratie und Sozialismus, der ordnet sich ein in die Weltstrategie des Imperialismus, insbesondere seiner Hauptmacht, der USA.

Die Springer-Zeitung „Welt am Sonntag" beantwortete im Zusammenhang dieser Problematik die Frage, wer der Hauptgegner der Imperialisten sei, China oder die UdSSR, eindeutig: „Es bedurfte erst eines Machtwechsels im Weißen Haus, um die Einsicht reifen zu lassen, daß nicht das kommunistische China, sondern die Sowjetunion Amerikas eigentlicher Gegner in Vietnam ist. Denn ohne den beständigen Strom sowjetischer Waffen und Hilfslieferungen an den Vietkong hätte auch die taktische Beweglichkeit des nordvietnamesischen Generals Giap wenig gegen den militärisch weit überlegenen Amerikanern auszurichten vermocht... Sowohl Amerikaner als auch Chinesen müssen danach trachten, sich aus der gegenseitigen Umklammerung zu lösen, die nur Moskau nützt."[18] Aus dieser Passage geht indirekt hervor; die Sowjetunion, als erster Staat, in dem die sozialistische Revolution gesiegt hat, ist gleichzeitig tägliche Demonstration für die Stärke und Wirksamkeit des Sozialismus. Ihre Truppen haben in erster Linie den Hitlerfaschismus in die Knie gezwungen und ihr Potential ist es, das den Imperialismus in die historische Defensive gedrückt hat und ihm nicht mehr den Spielraum ermöglicht, den er sich bis dahin in der Geschichte herausgenommen hat. Wenn heute ein revolutionäres Kuba Wirklichkeit ist und ein Chile auf antiimperialistischem Weg vorwärts schreitet, beides nicht durch die unmittelbare bewaffnete Intervention des US-Imperialismus verhindert werden konnte, dann ist dies der Existenz der Sowjetunion und der mit ihr im Geiste des proletarischen Internationalismus verbündeten sozialistischen Staaten zu verdanken.

Die Anwesenheit von über hundert ausländischen Delegationen auf dem

XXIV. Parteitag der KPdSU hat erneut demonstriert, daß diese Tatbestände den Revolutionären in der ganzen Welt bewußt sind und damit gerade den antisowjetischen Ausfällen der maoistischen Führung eine Abfuhr erteilt. Es sei hier nur einer der Führer der antiimperialistischen Bewegung der „Dritten Welt" genannt, der Erste Sekretär der Partei der Werktätigen Vietnams, Le Duan, der in seiner Grußadresse erklärte: „Die bedeutenden Erfolge der Sowjetunion auf allen Gebieten stärken in noch größerem Maße ihr Wirtschafts- und Verteidigungspotential und leisten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Kräfte des Sozialismus und der internationalen revolutionären Bewegung. Sie dienen den Völkern in ihrem Kampf gegen den Imperialismus, für die Hauptziele unserer Epoche – Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus – als anspornender Faktor. . . Die Arbeiterklasse und das Volk Vietnams werden der Partei des großen Lenin und dem heldenhaften Sowjetvolk ewig für ihre Hilfe dankbar sein."

Kein Wunder, daß die Maoisten den XXIV. Parteitag mit Stillschweigen übergehen, ja sein Stattfinden in China überhaupt nicht bekanntgegeben worden ist!

Wie soll es weitergehen?

Trotz vielfältiger sowjetischer Angebote, die Beziehungen mit der KP Chinas oder zumindest – auf zwischenstaatlicher Ebene – mit der Regierung der Volksrepublik zu normalisieren, hat die maoistische Führung in den letzten Jahren ihre antisowjetische Propaganda nur noch verstärkt und keine Gelegenheit verpaßt, um die Sowjetunion, die sozialistischen Länder und die meisten kommunistischen Parteien zu verleumden. Sie verbreitet den Maoismus als „Marxismus-Leninismus unserer Zeit" und entfaltet permanente spalterische Aktivitäten innerhalb der antiimperialistischen Bewegung.

Die Haltung der Marxisten gegenüber dieser Praxis ist jedoch bestimmt durch ein einziges Kriterium: die Stärkung der antiimperialistischen Front im Weltmaßstab. Dem widerspricht keineswegs, daß nur in der offenen Auseinandersetzung mit dem ultralinken maoistischen Spaltertum die Einheit der internationalen Arbeiter- und Befreiungsbewegung gefestigt werden kann.

Den chinesischen Werktätigen selbst aber obliegt es, dafür zu kämpfen, daß in China der Marxismus-Leninismus wieder den bestimmenden Einfluß erhält und die führende Rolle der Arbeiterklasse und der kommunistischen Partei wiederhergestellt wird.

Für weitere Informationen über China und den Maoismus sowie Literaturhinweise siehe: Farle/Schöttler, Chinas Weg – Marxismus oder Maoismus? , Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt 1971.

Fußnoten

1) Vgl. G. Blumer, Die chinesische Kulturrevolution 1965/67, Frankfurt am Main 1968, S. 172
2) Peking Rundschau, 3. Jg./1966, Nr. 52, S. 8 f.
3) Zit. nach: J. Schickel (Hrsg.), Mao Tse-tung, Der Große strategische Plan, Voltaire-Handbuch, S. 237 f.
4) Peking Rundschau, 6. Jg., 1969, Nr. 18, S. 17
5) Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Prag 1969, S. 37
6) Ebenda
7) Ebenda
8) Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung, Peking 1967, S. 74
9) Peking Rundschau, 4. Jg. 1967, Nr. 45, S. 20 f.
10) Ebenda
11) Schickel, a.a.O., S. 173
12) Vgl. zu dieser aktuellen Frage: Herbert Lederer, Friedliche Kollaboration – Zur neuen US-Politik der Mao Tse-tung-Gruppe, in: Marxistische Blätter, Frankfurt am Main, Nr. 5/1971.
13) Zit. in: Unsere Zeitung, Düsseldorf, 9.3.1973
14) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.1.1973
15) Zit. in: Unsere Zeit vom 9.3.1973
16) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.2.1973
17) Franz Josef Strauß, Herausforderung und Antwort, Stuttgart, S.96 ff.
18) Welt am Sonntag, 18.4.1971

Literatur

Farle/Schöttler, Chinas Weg – Marxismus oder Maoismus, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1971

Autorenkollektiv, Die Außenpolitik der VR China, Dietz-Verlag, Berlin '72

Marxistische Blätter, Nr. 3/1973, S. 67 f (Genia Nobel: Die antimarxistische Politik des Maoismus)

Konstantinow, Kritik der theoretischen Konzeption Maos, Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt am Main 1973



Bitte verlangen Sie ein ausführliches Angebot und Bezugsquellennachweis direkt beim Verlag.

DIETZ VERLAG BERLIN

DDR-102 Berlin
Wallstraße 76-79

Kleines Politisches Wörterbuch

2., überarbeitete und erweiterte Auflage

1016 Seiten, Leinen 12,80 M

Best.-Nr. 736 00700

Bestell-Wort: Kl.Pol.Wörterbuch

Das „Kleine Politische Wörterbuch" enthält eine Auswahl von rund 1200 Grundbegriffen aus den Bereichen der marxistisch-leninistischen Philosophie, der politischen Ökonomie, des wissenschaftlichen Sozialismus, der Innen- und Außenpolitik und der Strategie und Taktik der marxistisch-leninistischen Parteien. Behandelte Themenkreise sind des weiteren Grundlagen der marxistisch-leninistischen Staats- und Rechtstheorie, der Kulturpolitik sowie wichtige internationale Verträge und Abkommen. Der Leser wird nicht nur mit den den neuesten Erkenntnissen der marxistisch-leninistischen Wissenschaft entsprechenden Definitionen der Begriffe bekannt gemacht, diese werden ihm auch in gedrängter Form an Hand typischer Beispiele erläutert. Ein Stichwortverzeichnis erleichtert die Orientierung in dem auch typografisch übersichtlich gestalteten Werk.

Ein Gemeinschaftswerk namhafter Wissenschaftler und Praktiker auf dem Gebiet der internationalen Politik und Wirtschaft aus der UdSSR und der DDR.

Jahrbuch der Internationalen Politik und Wirtschaft 1973

Herausgegeben vom Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen, Moskau, und Institut für Internationale Beziehungen der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR, Potsdam-Babelsberg.

Etwa 480 Seiten, Leinen 45,— M

Bis 1. 8. 1973 zum Subskriptionspreis von 30,— M

Generelles Anliegen des Jahrbuches ist es, die jeweils wichtigsten Prozesse und Ereignisse im internationalen Geschehen der Gegenwart von der Position des Marxismus-Leninismus aus zu betrachten.

Das Jahrbuch der Internationalen Politik und Wirtschaft erscheint ab 1973 regelmäßig im Juli jeden Jahres.

Themen des Jahresbandes 1973 sind:

Sowjetisches Friedensprogramm in Aktion / Internationale Beziehungen im Jahre 1972 / Festigung der Einheit der sozialistischen Gemeinschaft in Europa / Für Frieden und Sicherheit in Europa / Komplexprogramm der sozialistischen ökonomischen Integration und seine bisherigen Ergebnisse / Aktivität und Effektivität der abgestimmten Außenpolitik der sozialistischen Länder / Informatorische Einzelübersichten über innere Entwicklung und Außenpolitik aller Staaten des sozialistischen Weltsystems / Analytische Abhandlungen über Entwicklungsprozesse in der NATO, der EWG, über die kapitalistische Weltwirtschaft, die Währungs- und Finanzkrise, die USA-Aggression in Indochina und die Arbeiterbewegung in der kapitalistischen Welt; ferner Länderübersichten über die BRD, Frankreich, Japan, Schweden, Finnland, Italien, Österreich, die Schweiz, Großbritannien und die USA / Für Unabhängigkeit — gegen Neokolonialismus / Die Nahostkrise 1972 / Lateinamerika 1972 / Länderübersichten über Ägypten, Chile, Indien, Irak, Zaire, Brasilien und Bangladesh / Einen Beitrag zur Arbeit der UNO im Jahre 1972 sowie informatorische Artikel über die III. Tagung der UNCTAD sowie die Organisation der Erdöl-Exportländer.

Eine Chronik der internationalen Ereignisse im Jahre 1972 bildet den Abschluß des Jahrbuches.

Sichern Sie sich mittels Fortsetzungsbezug die weiteren Bände und einen frühen Liefertermin.

Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik

DDR - 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17

Neokeynesianismus

Kritische Untersuchung einer modernen staatsmonopolistischen Wirtschaftslehre
Von Klaus O. W. Müller

1972. VI, 256 Seiten, 2 Abb., 5 Tab., 8°, 18,— M
Bestell-Nr. 751 893 1 (5904)

Vorliegende kritische Auseinandersetzung mit dem Neokeynesianismus bezieht sich auf eine der einflußreichsten Strömungen der gegenwärtigen bürgerlichen politischen Ökonomie, insbesondere in der BRD. Besonderes Gewicht wird der Analyse der wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Grundzüge sowie der ideologisch-apologetischen Zielsetzung des Neokeynesianismus beigemessen.



Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten

AKADEMIE-VERLAG BERLIN

Deutsche Demokratische Republik

Arbeiterzeitungen - Kommunistische Zeitungen



uz
Unsere Zeit
Zeitung der DKP

Dr. Wenzel-Verlag GmbH
4100 Duisburg-Beeck · Pothmannstraße 12

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Die „Marxistischen Lehrbriefe" vermitteln in sechs Serien populärwissenschaftlich — nicht in verflachter Form! — anhand der konkreten politischen Praxis die Hauptwissensgebiete des Marxismus.

Serie A: Gesellschaft und Staat

1 Wie der Mensch zum Menschen wurde
2 Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten I. (Von der Urgemeinschaft z. Entwickig. d. Feudalismus)
3 Die marxistische Lehre v.d. Klassen und d. Klassenkampf (Einführung)
4 Die marxistische Lehre vom Klassenkampf II
5 Was lehrt der Marxismus über den Staat?
6 Die Entstehung des Kapitalismus
7 Der utopische Sozialismus
8 Wie Lenin den Marxismus weiterentwickelte
9 Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus
10 Der wissenschaftliche Sozialismus

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

1 Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
2 Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?
3 Gibt es noch Kapitalismus i. d. BRD?
4 Automation — Freund oder Feind?
5 Die Wirtschaft in der DDR
Teil I. Industrie
6 Die Industrie der Sowjetunion
Struktur — Standorte — Zahlen
7 Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?
8 Probleme des Kampfes um die Mitbestimmung
9 Das neue ökonomische System in der DDR

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

1 Reformation u. Bauernkrieg (1517-25)
2 Das politische Erwachen des deutschen Bürgertums
3 Deutschland im 17. u. 18. Jahrhundert
4 Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit
Die Große Französische Revolution von 1789 und ihre Auswirkungen
5 Wie d. deutsche Arbeiterbewegung entstand
6 Deutschland i. d. Revolution v. 1848
7 Roter Oktober 1917
8 Die deutsche Arbeiterbewegung 1849-63
9 Die Novemberrev. 1918 i. Deutschland
10 Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg
11 Der Untergang d. Weimarer Republik
12 Aus d. Leben u. Wirken v. Karl Marx
13 Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
14 Die Pariser Kommune 1871
15 Friedrich Engels, Leben und Wirken
16 Die deutsche Arbeiterbewegung von 1919-1923

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

1 Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in Deutschland (1945-1949)
2 Von Potsdam nach Bonn
Wie Deutschland gespalten wurde (1945-1949)
3 Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
4 Probleme des Dialogs zwischen Marxisten und Christen
5 Worin besteht die faschistische Gefahr in der BRD?
6 Die Militarisierung der BRD (1949-56)
7 Der Kampf der arabischen Völker gegen Imperialismus und Zionismus
8 Der Befreiungskampf der Völker Angolas, Guineas und Mocambiques gegen den portugiesischen Kolonialismus

Der Befreiungskampf der Schwarzen in den USA (in Vorbereitung)

Serie E: Das moderne Weltbild

1 Geschichte - Zufall oder Gesetz?
2 Die Grundfrage der Philosophie
3 Die marxistische Auffassung der Erkenntnis (Erkenntnistheorie)
4 Freiheit in marxistischer Sicht I.
5 Freiheit in marxistischer Sicht II.
6 } Einführung in die marxistische
7 } Dialektik
8 } I — III

Serie F: Kultur und Fortschritt

1 Wer hat Kultur?
Aber wer macht sie?
(wird fortgesetzt)

Jeder Marxistische Lehrbrief hat einen Umfang von rund 20 Seiten und kostet 1,— DM zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellungen über den Buchhandel oder den Verlag.

MARXISTISCHE BLÄTTER

Die „Marxistischen Blätter" sind eine Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Sie erscheint bereits im 8. Jahrgang. Der Umfang jeder Ausgabe liegt zwischen 86 und 106 Seiten.
Der Preis je Einzelheft beträgt ab Januar 1972 DM 3,— plus Zustellgebühr und im Abonnement DM 15,— plus Zustellgebühr.

Die Zeitschrift behandelt Schwerpunkt-Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, Lehre, Entwicklung und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus in den einzelnen Ausgaben.

Sie bringt Berichte über wissenschaftliche Tagungen und politische Konferenzen, und es werden wichtige Neuerscheinungen wissenschaftlicher und politischer Literatur ausführlich besprochen.

Die Autoren sind bekannte Praktiker und Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung.

Beiträge für die Marxistischen Blätter schrieben bisher so namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik wie A. Berg (Moskau), J. Duclos (Paris), S. Segre (Rom), J.D. Bernal (London), H. Aptheker (New York), F. Castro (Havanna), E. März (Wien), G. Klaus (Berlin), W. Abendroth, W. Hofmann (Marburg), M. Reimann (Essen), J. Schleifstein (Köln) u.a.

Themen des Jahrgangs 1972:

Heft 1 Umweltschutz und Gesellschaft
Heft 2 Bürgerliche und sozialistische Demokratie
Heft 3 Kapitalistische und sozialistische Integration
Heft 4 Wirtschaftskrisen unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus
Heft 5 Arbeiterklasse und Bündnispolitik
Heft 6 Zur Europapolitik
Sonderheft Die Verträge von Moskau und Warschau und ihre Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft

Themen des Jahrgangs 1971:

Heft 1 Gewerkschaften im Spätkapitalismus
Heft 2 Probleme der europäischen Sicherheit
Heft 3 Neue Erscheinungen im Imperialismus
Heft 4 Politische Parteien in der BRD
Heft 5 Methoden zur Integration der Arbeiterklasse in den staatsmonopolistischen Kapitalismus
Heft 6 Arbeiterklasse und Kultur

Bestellungen über den Buchhandel oder den

VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt/Main, Heddernheimer Ldstr. 78a

Probleme des Verhältnisses von Marxisten und Christen

Serie D:
Politische Probleme unserer Zeit

4

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

Probleme des Verhältnisses von Marxisten und Christen

	Seite
Dialog und antiimperialistischer Kampf	1
Sind Sozialismus und Christentum unvereinbar?	3
Kapital und Kirche – der politische Klerikalismus	6
Erneuerungsbestrebungen in der Kirche	8
Marxistische Religionskritik	12

Preis DM 1,-

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main, Heddernheimer Landstr. 78a, Tel.: (0611) 571051.

Druck: F. Freyeisen, 6 Frankfurt am Main, Gutleutstraße 17a

Dialog und antiimperialistischer Kampf

Probleme des Dialogs zwischen Christen und Marxisten wurden in den letzten Jahren verstärkt in der internationalen Arbeiterbewegung diskutiert, wobei man das Gebiet „Marxismus und Religion" nicht mehr allein unter dem Gesichtspunkt des Gegensatzes von dialektisch-materialistischer und christlich-idealistischer Weltanschauung faßte, sondern zunehmend Fragen gemeinsamer gesellschaftlicher Praxis von Marxisten und Christen – um es weiter zu fassen – von religiös-weltanschaulichen Gruppierungen und Marxisten in die Überlegungen einbezog. Im Grunde genommen war eine einheitliche gesellschaftliche Praxis – zumindest Teilbündnisse – von Marxisten und breiten Massen von Gläubigen in Staaten mit religiös-weltanschaulich gebundener Bevölkerung schon immer eine Notwendigkeit, jedoch wirkte eine Reihe von Gründen der Verwirklichung eines so verstandenen Dialogs entgegen.

Wenn in unserer heutigen Zeit eine neue Entwicklung im Verhältnis von Marxisten und Christen eingesetzt hat, so beruht dies – um es zunächst allgemein auszudrücken – auf der ungeheuer raschen Veränderung und Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die solche Ausmaße annimmt, daß die herkömmlichen Ordnungen und Vorstellungen in den Religionsgemeinschaften in nicht gekanntem Maße in Frage gestellt werden.

Unsere Zeit ist die des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die Widersprüche des Kapitalismus haben sich im internationalen Maßstab durch die Herausbildung und Festigung des sozialistischen Weltsystems und durch den Zusammenbruch des Kolonialsystems entscheidend verschärft. Hinzu kommt natürlich, daß die durch die wissenschaftlich-technische Revolution freigesetzten und sich immer schneller entwickelnden Produktivkräfte den Widerspruch zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften innerhalb des Kapitalismus weiter verschärft haben. Zugleich hat das die Folge einer zunehmenden Verwissenschaftlichung des Weltbildes, was für die Angehörigen der Religionsgemeinschaften von großer Bedeutung ist. Viele Vorstellungen, die bisher als gesichert angesehen wurden, müssen deshalb preisgegeben werden.

„Infolge der ernsten Verschärfung der sozialen Widersprüche haben sich in vielen kapitalistischen Ländern Möglichkeiten für ein Bündnis der revolutionären Arbeiterbewegung mit breiten Massen von Gläubigen auf antimonopolistischer und antiimperialistischer Grundlage ergeben." (1) „Die Aufrechterhaltung des Profitziels als letztem Kriterium aller ökonomischen und gesellschaftlichen Prozesse " macht es erforderlich, daß „die Monopolisierung im Maßstab des Privatmonopols. . . zu einer Monopolisierung im Maßstab der gesamten Gesellschaft erweitert werden" muß. (2) Anhand dieser objektiven gesellschaftlichen Entwicklungen wird deutlich, daß die Veränderung des Bewußtseins vieler Gläubigen nicht aus dem „Wesen der Religion" erklärbar ist, sondern daß diese Entwicklung ihre Ursache in der Verschärfung der Widersprüche des imperialistischen Ausbeutersystems und den daraus notwendig resultierenden revolutionären Umgestaltungen hat.

Für eine wachsende Zahl von Christen wird immer offensichtlicher, daß die drei Hauptkräfte im antiimperialistischen Kampf – das sozialistische Weltsystem, die revolutionäre Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern und die nationalen Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt" – am konsequentesten für die Interessen der Unterdrückten und Ausgebeuteten eintreten, daß sich ihr Kampf gegen die imperialistischen Kriegstreiber und Ausbeuter richtet, die auch die christlich-humanistischen Ideale der Gläubigen mit Füßen treten, wenn sie der Realisierung des Profits und den Machtansprüchen im Wege stehen. Barzel oder Strauß sind andere Christen als Heinrich Böll und Gollwitzer. Zwischen den Arbeitern in den CDU-Sozialausschüssen, ihren gesellschaftspolitischen Vorstellungen und denjenigen des großkapitalistischen CDU-Wirtschaftsrates bestehen tiefgreifende Differenzen. Pastor Niemöller, der dem Komitee vorsteht, der die Hilfe für Nordvietnam organisiert, und jener Kardinal Spellmann, der den amerikanischen Vietnam-Krieg segnete – das sind zwei Welten.

Die kolonialistische und neokolonialistische Praxis vieler kapitalistischer Staaten zeigte sowohl den Christen in den betroffenen Ländern als auch jenen in den entwickelten kapitalistischen Staaten die Unwirklichkeit und Demagogie der Losung von der „christlich-westlichen Zivilisation", deren wirkliche Inhalte in Ausbeutung, Unterdrückung und Völkermord bestehen. Aber auch in den kapitalistischen Hauptländern selbst gingen die Imperialisten und ihre Lakaien gegenüber breitesten Schichten der Bevölkerung zum Angriff über, um die an den Sozialismus verlorene historische Initiative wiederzuerlangen. Die staatsmonopolistischen Formierungsmaßnahmen, der Abbau demokratischer Freiheiten, die Notstandsverfassung und andere Anschläge auf die noch bestehenden Freiheiten der bürgerlichen Demokratie bedrohen Marxisten wie Christen in gleichem Maße.

Auf der Basis der bestehenden Möglichkeiten, was sowohl die allgemeingesellschaftlichen Behauptungen als auch die politisch aktiven Kräfte betrifft, besteht für Marxisten und Christen bei uns die gemeinsame Aufgabe, die Macht der Monopole zurückzudrängen und auf die Errichtung einer antimonopolistisch-demokratischen Ordnung hinzuarbeiten. Wie notwendig der Kampf gegen die faschistischen Erscheinungen in den kapitalistischen Staaten ist, zeigen die volksfeindlichen Aktivitäten des Imperialismus, allen voran des USA-Imperialismus, der nicht davor zurückschreckt, durch die Faschisierung und Militarisierung der Gesellschaft seine parasitäre Herrschaft aufrechtzuerhalten. In allen entwickelten kapitalistischen Staaten sind derartige Faschisierungsprozesse zu beobachten, in anderen Staaten, wie in Griechenland, Brasilien und vergleichbaren Ländern, gingen die Imperialisten bereits gemeinsam mit den nationalen Verrätercliquen zum offenen faschistischen Terror über, um sich vor den Volksmassen zu schützen. Der erfolgreiche Kampf gegen solche Entwicklungen wird nur auf der Basis einer breiten antiimperialistischen und antimonopolistischen Front möglich sein.

Die Erweiterung der Massenbasis der Volksbewegungen gegen den Imperialismus in Ländern mit traditionell christlicher Bevölkerung ist auch an

die Intensivierung des Dialogs zwischen Marxisten und Christen geknüpft. Mit Hilfe des Dialogs – das hat die Erfahrung bereits gezeigt – können Gemeinsamkeiten der Auffassung in vielen Bereichen herausgearbeitet werden, die eine günstige Grundlage für eine gemeinsame, fortschrittlich-gesellschaftsverändernde Praxis bieten. Wird der Dialog als Verbindung von Diskussion und Aktion verstanden, als dialektische Einheit von Theorie und Praxis, eröffnen sich neue Aussichten im Verhältnis von Marxisten und Christen, vor allem auch neue Perspektiven für den antiimperialistischen Kampf, der die Vereinigung aller antiimperialistischen Kräfte erfordert, da der Gegner – das internationale Monopolkapital – hochorganisiert und bis an die Zähne bewaffnet ist, um seine längst überholten Herrschaftsansprüche zu verteidigen. Eine Spaltung der antimonopolistischen und antiimperialistischen Kräfte kann sich somit nur zugunsten der Reaktion auswirken. Daraus folgt, daß wir nicht für jeden Dialog eintreten. Soweit er den Kampf für den Frieden – nicht der Phrase vom Frieden, sondern dem Kampf gegen imperialistische Aggression, der Verteidigung und Erweiterung der Volksrechte, dem Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung dient, bejahen wir den Dialog. Aber wir kämpfen gegen die Versuche, unter dem Tarnmantel des Dialogs eine „neue Weltanschauung" zu erzeugen, die von den Klassen, dem Klassenkampf zugunsten „allgemeiner" Menschlichkeit absieht, den Marxismus verfälscht, ihn revidiert und damit den Verteidigern des Systems dient.

Die Forderung der Marxisten nach Entwicklung und Vertiefung des Dialogs wird nicht zuletzt auch durch die Einsicht bestimmt, daß ein Vertrauen auf die gleichsam automatische Entwicklung breiter christlicher Massen nach links hin nicht zur Grundlage eines wirkungsvollen antiimperialistischen Kampfes gemacht werden kann. Automatisch geschieht nichts. Die sich verschärfenden Widersprüche des Spätkapitalismus lassen zweifellos spontane Aktionen von Gruppen erwarten, die der marxistischen Arbeiterbewegung bisher fernstanden. Jedoch kann das die Praxis von Kräften sein, die den Rahmen des spätkapitalistischen Systems nicht sprengen wollen, die noch keine Verbindung zu jenen Kräften besitzen – den marxistischen – die aufgrund ihrer Einsicht in die objektiven gesellschaftlichen Bewegungsgesetze letztlich die entscheidenden Kräfte des Erfolges der antiimperialistischen Massen über die internationale Reaktion verkörpern: das sozialistische Weltsystem, die revolutionäre Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern und die nationalen Befreiungsbewegungen.

Sind Sozialismus und Christentum unvereinbar ?

Ein wesentlicher Hinderungsgrund für eine positive Bestimmung des Verhältnisses von Christen und Marxisten ist die bei der Mehrheit der Christen noch immer dominierende Vorstellung, Christentum und Sozialismus seien prinzipiell unvereinbar. Für die herrschende Klasse und ihre Verteidiger in den kapitalistischen Staaten war es so ein Leichtes, den Sozialismus als antichristlich zu diffamieren und die Gläubigen mit einer demagogischen Phraseologie an das eigene System zu binden, was sich in Wortverbindungen wie „christlich-abendländische Kultur" oder „christlich-

westliche Zivilisation" wörtlich ausdrückt. Nur verhältnismäßig wenige Christen durchschauten diese von den reaktionären Kräften gezüchtete, „christlich" verbrämte Ideologie und erkannten die dahinter stehenden Profit- und Machtinteressen der herrschenden Monopolbourgeoisie.

Bei der Untersuchung des wahren Verhältnisses zwischen den humanistischen Kräften in den Reihen des Christentums und dem Sozialismus sind wir heute nicht mehr auf rein theoretische Erörterungen angewiesen, sondern am Beispiel der sozialistischen Staaten läßt sich der wirkliche Charakter des Verhältnisses bestimmen. Für die Christen und Marxisten in den kapitalistischen Staaten, besonders aber in der Bundesrepublik, ist gleichermaßen von Interesse, wie in der DDR die Stellung des Christen zum sozialistischen Staat sich entwickelte und welche Möglichkeiten der Entfaltung für das Christentum im Sozialismus bestehen.

Die konsequente Verwirklichung des Potsdamer Abkommens und die Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung auf dem Territorium der damaligen Ostzone machten es für die Christen wie für die Kirche erforderlich, sich eindeutig von der Vergangenheit abzugrenzen. d.h. mit dem protestantisch-junkerlichen Nationalismus zu brechen, die Verbindung von Kapital und Kirche zu lösen und die antikommunistischen und antisowjetischen Vorstellungen zu überwinden. Darüber hinaus bedeutete es aber für viele Christen eine Hinwendung zu neuen Zielen, „die den humanistischen Idealen des Christentums ebenso entsprachen, wie sie die Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung ausdrückten". (3) Schon 1945 kam in der Unterstützung der eingeleiteten Bodenreform durch zahlreiche Kirchenleitungen ein Wandlungsprozeß zum Ausdruck, der für die positive Entwicklung des Verhältnisses von Marxisten und Christen in der DDR Voraussetzung war.

Zahlreiche Christen betätigten sich später in den Organisationen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und trugen durch ihre Arbeit nicht unwesentlich dazu bei, daß sowohl die antifaschistisch-demokratische Umwälzung als auch die sozialistische Revolution siegreich vollzogen werden könnten.

Behindernd auf eine fortschrittliche politische und gesellschaftliche Neuorientierung vieler Christen und auf den Wandlungsprozeß innerhalb der Kirche machten sich weniger weltanschauliche Differenzen zwischen den einzelnen beteiligten Gruppen und Organisationen bemerkbar – auch hier ergaben sich natürlich Probleme – vielmehr waren diese Schwierigkeiten vorrangig durch die Wiederbelebung des Imperialismus in Westdeutschland und der daraus unmittelbar folgenden Wiederbelebung der konterrevolutionären Kräfte bedingt. Aber selbst die kirchenpolitischen Verfechter der auf Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse gerichteten Politik, die sich in der EKD (Evangelischen Kirche Deutschlands), der Fuldaer Bischofskonferenz und der CDU/CSU vereinigten, vermochten es nicht, die nach 1945 im Osten Deutschlands gewachsenen Bindungen zwischen Marxisten und Christen, zwischen Kirche und sozialistischem Staat zu zerstören, obgleich bei vielen Christen eine Neubestim-

mung ihres Verhältnisses zum Sozialismus verzögert und erschwert oder gar verhindert wurde.

In der Programmatischen Erklärung des Staatsrates der DDR vom 4. Oktober 1960 hieß es: „Das Christentum und die humanistischen Ideale des Sozialismus sind keine Gegensätze. Nur ist das Christentum, einst als Religion der Armen und des Friedens begründet, seit Jahrhunderten von den herrschenden Klassen mißbraucht worden. . . Die alte Sehnsucht der christlich gesinnten Bevölkerung, die sich in der Botschaft: ‚Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen' äußert, kann ihre Erfüllung nur durch die Verwirklichung der hohen Ideale des Humanismus und Sozialismus finden." (4) Walter Ulbricht unterstrich in einem Gespräch mit einer Delegation christlicher Persönlichkeiten am 9. Februar 1961 die Rolle des Sozialismus bei der Verwirklichung der christlichen Ideale: „Kapitalismus und das ursprüngliche Christentum", bemerkte Ulbricht, „sind doch – so will mir scheinen – recht eigentlich unversöhnliche Gegensätze. Wohingegen der Sozialismus – bei allen Unvollkommenheiten, die ihm hier und da noch anhaften mögen – doch die Verwirklichung der christlichen Ideale bringt." (5) Durch zahlreiche Gespräche zwischen Repräsentanten des sozialistischen Staates und Vertretern der christlichen Kirchen in der DDR wurde ein Klärungsprozeß herbeigeführt, der heute eine sinnvolle Zusammenarbeit zwischen den Kirchen und dem Staat garantiert. Nicht zuletzt waren es jedoch die gemeinsamen Erfolge von Christen und Marxisten in der täglichen gesellschaftlichen Praxis des Sozialismus, die die Neubestimmung des Verhältnisses von Marxisten und Christen ermöglichten. Es zeigt sich ferner, daß sich stärkere Kräfte in den Kirchen der DDR immer mehr von ihrer kapitalistischen Bindung lösen, d.h., daß der den Kapitalismus kennzeichnende Klassenantagonismus, der sich auch in den Kirchen im Gegensatz von hohem Klerus und den breiten Massen der Gläubigen ausdrückt, für Massen von Kirchenangehörigen im sozialistischen Staat – durch die Überwindung des Klassenwiderspruchs zwischen Bourgeoisie und Proletariat infolge der sozialistischen Revolution – an Bedeutung einbüßt.

Der von „Kreuzzugstheologen" und bürgerlichen Politikern in der Bundesrepublik und anderen kapitalistischen Staaten verbreitete Legende einer „schweigenden Kirche hinter dem eisernen Vorhang" wird durch das Wirken der Kirchen und jedes einzelnen Christen im Sozialismus für den gesellschaftlichen Fortschritt der neuen Ordnung der Boden entzogen. Die schweigende Kirche ist doch jene, die nicht Partei ergriff gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam, gegen die Herausbildung des bundesdeutschen Rechtskartells. Die gesellschaftliche Praxis zeigt vielmehr, daß erst im Sozialismus die Grundlagen für ein einheitliches, humanistisch orientiertes Handeln von breiten Massen der Gläubigen sowie zwischen Marxisten und Christen geschaffen wurden. Obgleich die Voraussetzungen für ein einheitliches Handeln von Christen und Marxisten im Sozialismus, verglichen mit denen im Kapitalismus, grundsätzlich verschieden sind, offenbart sich darin doch die Möglichkeit, auch unter kapitalistischen Bedingungen zu einem gemeinsamen Handeln im Kampf für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt zu gelangen.

Kapital und Kirche – der politische Klerikalismus

„Die Kirche Christi geht den Weg, den ihr der göttliche Erlöser vorgezeichnet hat. . . Sie mischt sich nicht in rein . . . wirtschaftliche Fragen ein." (Pius XII.) (6) Die hier von Pius XII. aufgestellte Behauptung einer „Enthaltsamkeit" der Kirche auf ökonomischem Gebiet und die darin enthaltene politische Neutralitätserklärung war und ist eine Täuschung. Diese „Parteilosigkeit" bedeutet unter der Bedingung, wo das Großkapital herrscht, Kritiklosigkeit an dieser Macht. Mindestens seit dem 3. Jahrhundert durchzieht auch die Kirche die Spaltung in Herrschende und Beherrschte, in Besitzende und Besitzlose – der für alle vorsozialistischen Gesellschaftsordnungen kennzeichnende Klassenwiderspruch. Die Parteinahme der hohen kirchlichen „Repräsentanten" auf ökonomischem und politischem Gebiet bedeutete nicht allein die Verflechtung von hohem Klerus – angefangen von den Sklavenhaltern über die Feudalherrn bis hin zu den modernen Kapitalisten – sondern auch eine Umwertung des ursprünglich humanistisch-revolutionären Inhalts der christlichen Religion zu einem „christlich"-reaktionären Inhalt zwecks ideologischer Rechtfertigung bestehender gesellschaftlicher Ausbeutungsverhältnisse.

Wenn es heute berechtigt ist, innerhalb der Kirchen in den sozialistischen Staaten stärkere Tendenzen zur Bejahung des Sozialismus festzustellen, so gilt dies für die Kirchen in den kapitalistischen Staaten kaum, zumindest handelt es sich um äußerst schwache Tendenzen. Die Großkirchen, namentlich die katholische, gehören nicht allein zu den größten Grundbesitzern in den entwickelten kapitalistischen Staaten und der „Dritten Welt", (soweit diese christlich ist) sondern sie verfügen auch über beträchtlichen Aktienbesitz sowie sonstige Beteiligungen an kapitalistischen Unternehmungen. Der Gesamtbesitz an Aktien und Kapitalbeseitigungen der Kurie wurde 1958 auf 50 Milliarden (!) DM geschätzt. (7)

Die Entfaltung der Produktivkräfte infolge der industriellen und wissenschaftlichen Revolution zog zwar eine Verweltlichung vieler gesellschaftlicher Bereiche nach sich, in denen Theologie und Geistlichkeit früher vorherrschend waren, jedoch entstanden auch zwischen Kapital und Kirche neue Formen der Verflechtung, die die gesellschaftlichen Auswirkungen dieser „unheiligen Allianz" keineswegs als zweitrangig erscheinen lassen. Besonders drastisch zeigte sich dies in dem Prozeß, in dem sich die Kirchen in den dreißiger und vierziger Jahren unseres Jahrhunderts mit einem Kapitalismus auf Gedeih und Verderb verbanden, der sich nur noch durch die faschistische Diktatur vor dem endgültigen Zusammenbruch zu retten vermochte. Vor allem die bestimmenden Kreise der katholischen Kirche nutzten die vorübergehende Schwächung der fortschrittlichen Kräfte aus, um mit den Faschisten in Italien und Deutschland vertragliche Abmachungen zu treffen (Konkordate), in denen der Kirche finanziell (staatliche Kirchensteuererhebung) und ideologisch (Erziehungswesen, Familie usw.) bedeutende Vorrechte eingeräumt wurden. Ihrerseits versicherten sich die Faschisten der Loyalität der Kirche gegenüber ihrer Herrschaft, wodurch die Basis einer möglichen Widerstandsbewegung gegen den faschistischen Terror von vornherein eingeschränkt wurde. Bekannt ist das Schweigen

des Vatikans zu Hitlers Vernichtungslagern. Soweit Christen gegen den Faschismus aktiv Widerstand leisteten, handelten sie in erster Linie als Einzelpersonen und nicht als Vertreter ihrer Kirche, die sich entweder passiv oder vollkommen ablehnend gegenüber derartigen Aktivitäten verhielt.

Das vollständige Versagen der Kirchen im Faschismus erklärt sich nicht nur aus dem besonderen Charakter und der Brutalität der faschistischen Herrschaft, sondern auch aus einem, dem Klassenwiderspruch der arbeitenden Teile des Volkes, (welchem die meisten Gläubigen angehören) und den die Ergebnisse dieser Arbeit sich aneignenden Großeigentümern (mit denen vor allem der hohe Klerus verbunden ist) entspringenden Entfremdungsprozeß zwischen Klerus und Gläubigen. Dieser Widerspruch verstärkte in den christlichen Massen Bemühungen zur Wahrnehmung ökonomischer, politischer und ideologischer Eigeninteressen auch gegen einen verselbständigten Klerus.

Auf der gleichen Grundlage, auf der sich die offizielle Kirche mit den faschistischen Diktaturen in Deutschland, Italien und Spanien verbündet hatte, nämlich der Verquickung von Monopolkapital und Kirche, entwickelten sich auch in der Nachkriegszeit die Beziehungen zwischen kapitalistischem Staat und den Kirchen. Da schon an anderer Stelle auf die Nachkriegsentwicklung in der DDR hingewiesen wurde, ist es von Interesse, die Parallelentwicklung in der Bundesrepublik, also unter kapitalistischen Verhältnissen, kurz in die Betrachtung einzubeziehen.

Daß die Niederlage des deutschen Imperialismus im Jahre 1945 und die Greueltaten der Faschisten auf die katholische Kirche keinen besonderen Eindruck machten, geht schon aus einer Forderung der Bischofskonferenz in Fulda im August des gleichen Jahres hervor, wo sie ihr „durch Gesetz und Konkordat verbürgtes Recht" (!) forderte (8) und keineswegs kritisch ihr eigenes Verhalten im Faschismus untersuchte. Mit Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte wurde das Bündnis zwischen Kapital und Kirche in Gestalt des politischen Klerikalismus der CDU/CSU unter dem Mantel der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" in der Bundesrepublik wiederhergestellt. Dagegen hatte man innerhalb der EKD anfangs den Eindruck zu erwecken gesucht, daß man gewisse Lehren aus der faschistischen Barbarei ziehe, wie die „Stuttgarter Schulderklärung" vom 18. Oktober 1945 beweist. Daß die gewonnenen Einsichten jedoch auch innerhalb der EKD wieder verwässert wurden, war der Wiedererrichtung des Imperialismus und der Neubelebung des Antikommunismus in der Zeit des Kalten Krieges zuzuschreiben, wodurch auch die evangelische Kirche in das Fahrwasser der revanchistischen CDU/CSU-Politik gebracht wurde. Gegen die progressiv-pazifistischen Protestanten, die sich um Persönlichkeiten wie Niemöller und Mochalski vor allem in der Bekennenden Kirche sammelten, setzte sich so der traditionell-restaurative Teil der EKD um Dibelius durch und unterstützte in der Folge die reaktionären Kräfte in Westdeutschland.

Kein anderer als Franz-Josef Strauß deutete 1963 auf der CSU-Landes-

versammlung den Charakter des Bündnisses zwischen den Kirchen und dem Monopolkapital an, als er äußerte: „Ich möchte wohl darauf hinweisen, daß durch unsere Wirtschaftspolitik den Kirchen die materiellen Mittel zur Erfüllung ihrer großen Aufgaben zufließen konnten." (9) Eine der „großen Aufgaben" der Kirchen besteht vor allem darin, sich für die großzügige Bereitstellung der „materiellen Mittel" durch die ideologische Beeinflussung der Gläubigen im Sinne der reaktionären Kräfte erkenntlich zu zeigen. Als Beispiel hierfür seien nur die „seelsorgerische" Tätigkeit der Kirchen in der Bundeswehr, die Bekenntnisschulen und die Wahlkampfhilfen für die CDU/CSU in Form sonntäglicher Kanzelbeschwörungen angeführt, wodurch die Gläubigen im Interesse des Monopolkapitals beeinflußt wurden und noch werden.

Nicht nur in der BRD versuchten die reaktionären Kräfte die Bindung eines großen Bevölkerungsteils an das Christentum durch die Schaffung von politischen Organisationen auszunutzen, die mit dem Anspruch auftreten, „christlich" zu sein bzw. eine „christliche Politik" zu betreiben, in Wirklichkeit aber nichts anderes sind, als bloße Filialen der reaktionären Kräfte. Auch in anderen Staaten verbanden sich Kirche und herrschende Klasse „zu beiderseitigem Nutzen" mehr oder weniger offen. Die Praxis dieser „christlichen" Parteien und Gruppierungen beweist jedoch, daß ihre Politik in eklatantem Widerspruch zur christlichen Moral und Ethik steht, daß das Wort „christlich" lediglich zu einem Aushängeschild degradiert wird, hinter dem die Interessen einer gesellschaftlichen Minderheit stehen, deren einziges Ziel die Aufrechterhaltung ihrer eigenen politischen und ökonomischen Herrschaft ist.

Erneuerungsbestrebungen in der Kirche

Für die marxistische Einschätzung der gegenwärtigen Entwicklungen in den Kirchen sind zwei Erwägungen bestimmend. Zum einen kann aus der weiten Verbreitung des Christentums über die Klassenschranken hinweg nicht geschlossen werden, daß die Kirchen „klassenneutrale" Institutionen sind, die unabhängig von politischen und ökonomischen Interessen der Gläubigen allein deren religiöse Gefühle zum Ausdruck bringen. Die Kirchen unterliegen vielmehr – wie andere Institutionen der Gesellschaft auch – der Dialektik der konkreten historischen Prozesse, was nichts anderes heißt, als daß die unterschiedlichsten Klasseninteressen der Gläubigen und des Klerus auch in der Kirche ihren Ausdruck finden, wenn auch in verkappter theologischer und religiöser Form. Die Spaltung der Gesellschaft in sich feindlich gegenüberstehende Klassen findet so auch in der Kirche ihre Entsprechung in jener tiefen Kluft zwischen dem hohen Klerus und den Interessen der Masse der Gläubigen. Sie bringt objektiv bestehende Klassenunterschiede der Gesellschaft zum Ausdruck.

Die in mannigfaltigen Formen bestehende Verbindung zwischen hohem Klerus und der herrschenden Klasse darf aber zum anderen nicht dazu verleiten, die Kirche als ganzes mit dem Klerus einfach gleichzusetzen, ebenso wie die Spitzen und Zentren des Kapitalismus nicht mit dem

Kapitalismus als ganzes identisch sind. Auch die bestimmenden Kräfte in der Kirche, die mit der herrschenden Klasse in vielfältiger Weise verbunden sind oder ihr selbst zugehören, sind gezwungen, objektiven gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung zu tragen, d.h. die Entfaltung des Klassenkampfes zieht auch innerhalb der Kirche Veränderungen nach sich. Das Christentum und die Kirchen haben somit keine eigene, von der wirklichen Geschichte getrennte Entwicklung, vielmehr waren die tiefgreifenden Veränderungen in der Kirche, wie die Kirchenspaltung im Mittelalter, an die Entfaltung der Klassenkämpfe gebunden. „. . . als das Bürgertum aufkam," schrieb Engels in seinem Werk „Ludwig Feuerbach. . .", „entwickelte sich im Gegensatz zum feudalen Katholizismus die protestantische Ketzerei . . . Das Mittelalter hatte alle übrigen Formen der Ideologie: Philosophie, Politik, Jurisprudenz, . . . zu Unterabteilungen der Theologie gemacht. Es zwang damit jede gesellschaftliche und politische Bewegung, eine theologische Form anzunehmen;" (10) Konnte der Protestantismus im Mittelalter die Interessen des aufstrebenden Bürgertums noch zum Ausdruck bringen, so war dies im Zeitalter der Französischen Revolution nicht mehr möglich. „. . . das Christentum", bemerkte Engels an anderer Stelle, „(war) in sein letztes Stadium getreten. Es war unfähig geworden, irgendeiner progressiven Klasse fernerhin als ideologische Verkleidung ihrer Strebungen zu dienen; es wurde mehr und mehr Alleinbesitz der herrschenden Klassen, und diese wenden es an als bloßes Regierungsmittel, womit die unseren Klassen in Schranken gehalten werden." (11) Die von Engels dargelegte Entwicklungsrichtung des Christentums und der Kirchen macht es einsichtig, daß die tiefgreifenden revolutionären Prozesse des 20. Jahrhunderts nicht zu einer mächtigen fortschrittlichen Strömung im Christentum und den Kirchen führten. Die Kirchen wurden dagegen durch die weltweite Verschärfung des Klassenkampfes und den Siegeszug des Sozialismus in eine tiefe ideologische Krise gebracht.

Die Verschärfung der inneren Widersprüche des Kapitalismus, die Herausbildung und Festigung des sozialistischen Weltsystems und die Erfolge und Aktivitäten der meist marxistisch beeinflußten nationalen Befreiungsbewegungen in den Einflußgebieten des Imperialismus führen auch im Bewußtsein vieler Gläubiger zu Veränderungen, die die Widersprüche in den Kirchen verschärfen. Für die etablierten Kirchenautoritäten stellt sich das aus diesen Entwicklungen entspringende Problem allerdings in anderer Weise dar als für die Gläubigen, die sich in antiimperialistischen Bewegungen betätigen oder sich mit diesen solidarisiert haben. Der hohe Klerus ist in erster Linie bestrebt, die feudale Hierarchie beizubehalten, um jede Entwicklung im Sinne der Herrschenden – vor allem auch im eigenen Interesse – steuern zu können, während viele Gläubige die christliche Botschaft dahingehend verstehen, daß die Kirche vorrangig für die Unterdrückten und Ausgebeuteten einzutreten habe. Die Sorge dieser kritisch-progressiven Gruppe in der Auseinandersetzung mit den reaktionären klerikalen Kräften äußerte Ruiz Giminez, einer der bekanntesten Vertreter des spanischen Katholizismus: „Die Kirche ist mit einer Verspätung von 200 Jahren liberal geworden. Wir müssen verhindern, daß sie mit der gleichen Verspätung erst in 200 Jahren sozialistisch wird. Es steht fest, daß unsere Welt unweigerlich zum Sozialismus schreitet." (12) Die Gläubigen dieser Grup-

pe sind trotz ihrer ständigen Zunahme und ihrer Aktivität noch eine schwache Minderheit in der Kirche. Für eine größere Zahl von Katholiken spielt dagegen das Problem der „Liberalisierung" der Kirche eine vorrangige Rolle. Diese Strömung, die auch im hohen Klerus ihre Anhänger hat, läßt sich nicht mehr ohne ernsthafte Bedenken als „progressiv" bezeichnen. Gerade auch ein Teil des hohen Klerus sieht in dem allzu starren Festhalten an traditionellen Strukturen und Werten eine Gefahr für die Fortexistenz und die Sicherung des Einflusses der Kirche und ist deshalb dazu geneigt, die Kirche zu „modernisieren", ihr einen scheinprogressiven Anstrich zu geben, in der Hoffnung, die Unruhe unter den Gläubigen zu überwinden, ohne größere inhaltliche Veränderungen vornehmen zu müssen. Freilich ist selbst diese Position einem Großteil der Bischöfe und Kardinäle „zu progressiv".

Im Vorwort zum „Kapital" schrieb Karl Marx 1867: „Die englische Hochkirche z.B. verzeiht eher den Angriff auf 38 von ihren 39 Gläubensartikeln als auf 1/39 ihres Geldeinkommens." (13) In Anlehnung hieran kann man die heutigen Gegensätze im Klerus dahingehend charakterisieren, daß man sich über die Beibehaltung des „Einkommens" (was auch die Verquickung mit der herrschenden Klasse beinhaltet) prinzipiell einig ist, daß die „Liberalen" aber für die Sicherung der materiellen Mittel und der Aufrechterhaltung des Einflusses bestimmte Zugeständnisse, vorwiegend rein formaler Art, an die Gläubigen der unteren Klassen für notwendig erachten. Man muß sich grundsätzlich darüber im klaren sein, daß die Reformbereitschaft einiger Kirchenautoritäten im wesentlichen von der Erwägung bestimmt wird, die Glaubhaftigkeit der Kirche bei den Massen der Gläubigen zu erhalten, um so auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen „mäßigend" auf revolutionäre Aktivitäten von christlichen Massen einwirken zu können, die in zunehmendem Maße durch die Ausbeutungs- und Knechtschaftsverhältnisse ihrer Gesellschaften im revolutionären Sinne aktiviert werden.

Auf dem II. Vatikanischen Konzil (1960 - 1965 in Rom) distanzierte sich der hohe Klerus vorsichtig von dem primitiven Antikommunismus der Ära Pius' XII. und bewertete verschiedene Fragen zu Problemen des kapitalistischen Systems (Eigentum) neu, wodurch man Entwicklungen unter den gläubigen Massen, vor allem denen Lateinamerikas, zumindest teilweise Rechnung trug. Aber auch die Diskussion und Ergebnisse des Konzils stellten keinen Bruch der Kirche mit ihrer Vergangenheit dar, sondern ein mehr oder weniger taktisches Manöver, um den Druck von Gläubigen aus den arbeitenden Klassen aufzufangen, sie „bei der Stange zu halten". Ein positives Ergebnis des Konzils bestand jedoch darin, daß die Beziehungen zwischen Arbeiterbewegung und Katholizismus sich in der Zeit nach dem Konzil sichtlich verbesserten. Die Gespräche zwischen Marxisten und Christen im Rahmen der Internationalen Paulus-Gesellschaft (1965 - 1967) bewiesen aber gleichzeitig, daß die hochgeschraubten Hoffnungen einiger in Fragen der Geschichte des Katholizismus bewanderten Marxisten nach den Ereignissen des Konzils sich weitgehend als Illusion erwiesen. Die Paulus-Gesellschaft war ein Organ der ideologischen Unterwanderung sozialistischer Staaten, ein Organ der verfeinerten Formen des Kampfes gegen

den Sozialismus, deren sich der Imperialismus heute, angesichts des realen Kräfteverhältnisses, in manchen Gebieten der Welt bedienen muß. Dafür wurde diese Gesellschaft auch von Stellen subventioniert, denen es nicht um Verständigung und gemeinsamen Handeln von Marxisten und Christen für Frieden, Demokratie und Sozialismus geht. Durch den Druck der Gläubigen – nicht zuletzt den drohenden Schwund des Einflusses der Kirche in Lateinamerika – wurde die offizielle Kirche zwar veranlaßt, einige unhaltbare antikommunistische Positionen aufzugeben, die Neubewertung ging jedoch nicht soweit, daß von einer wirklichen „Erneuerung" gesprochen werden kann. Die Diskussion im Rahmen der Internationalen Paulus-Gesellschaft wurden also von Seiten maßgeblicher christlicher „Dialog"-Partner vorrangig mit dem Ziel geführt, die ideologischen Positionen der Marxisten zu unterminieren, was ihnen teilweise auch gelang. Einige ehemals marxistische Vertreter gerieten in Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterklasse, verrieten schließlich, wie Garaudy, den Marxismus. Für uns kann es allerdings unmöglich Ziel des Dialogs sein, wissenschaftlich gesicherte weltanschauliche Positionen aufzugeben und hierdurch revisionistisches und idealistisches Gedankengut in die revolutionäre Arbeiterbewegung einzubringen, nur um irgendeine Übereinstimmung mit dem Diskussionspartner zu demonstrieren. Bei den grundlegenden weltanschaulichen Positionen kann es keine Koexistenz, sondern nur das klare „entweder oder" geben. Andernfalls wird die Kampfkraft der Arbeiterklasse geschwächt und der Klassenfeind – die Bourgeoisie – gestärkt.

Die atmosphärische Verbesserung der Beziehungen von Arbeiterbewegung und Kirche sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die nach wie vor bestehende Verbindung zwischen Klerus und herrschender Klasse auch dem Dialog seinen Charakter aufprägt. Für Vertreter der offiziellen Kirche (die keine demokratische Legitimation besitzen und deshalb auch nicht als Repräsentanten der Gläubigen bezeichnet werden können) ist der Marxismus und die revolutionäre Arbeiterbewegung nicht ein möglicher Bündnispartner im Bestreben, eine menschenwürdige, von Ausbeutung befreite Zukunft aufzubauen, sondern ein gefährlicher Feind, der die Grundlagen der Ausbeutung beseitigen will, denen die Kirche ihren Segen erteilt hat und von denen sie selbst reichlich profitiert.

Die Neubewertung verschiedener gesellschaftspolitischer Fragen in den Kirchen hat nicht – im Gegensatz zu den Hoffnungen des hohen Klerus – zur Beschwichtigung der Unruhe geführt, die in das Denken und Handeln vieler Gläubiger gekommen ist. Im Gegenteil. Immer mehr Christen orientieren sich an ihren wahren Klasseninteressen und gelangen so zu einer – wenn auch religiös verklärten – antiimperialistischen Praxis. Der Erfolg antiimperialistischer Aktivität, die ihre Motivation aus dem Christentum bezieht, ist aber daran gebunden, ob die marxistischen Kräfte der Arbeiter und Bauern sowie der Intelligenz die Führung im antiimperialistischen Kampf einnehmen, Kräfte also, die von ihren Voraussetzungen her in der Lage sind, diesen Kampf nach wissenschaftlichen Prinzipien zu führen. Ein Kampf, der allein auf religiös-moralischem Protest begründet wird – so aufrichtig, angemessen und verständlich dieser auch sein mag – ist kaum in der Lage – am wenigsten gegen den heutigen Weltimperialismus – zu

langfristig wirksamen Erfolgen zu gelangen, selbst wenn breiteste Massen in den Kampf einbezogen werden.

Der Dialog zwischen Christen und Marxisten hat deshalb die vorrangige Aufgabe, Fragen zu klären, die zum gemeinsamen antiimperialistischen Handeln von Christen und Marxisten führen. Der Dialog muß somit den engen und begrenzten Rahmen theologischer und weltanschaulicher Debatten sprengen und zu Problemen der politischen Praxis führen, denen letztlich zentrale Bedeutung im Kampf der gesellschaftlichen Klassen zukommt. Dies bedeutet für die Marxisten, daß der Dialog wesentlich mit den Gruppen in den Kirchen geführt werden muß, die tatsächliche Erneuerungsbestrebungen in den Kirchen repräsentieren, die diese Institution demokratisieren wollen und die die Verbindung von Kirche und herrschender Klasse ablehnen und bekämpfen. Zweifellos spielen auch in den Diskussionen mit jenen fortschrittlichen Christen — seien es Theologen, Priester oder „Laien" — weltanschauliche Erörterungen eine bedeutende Rolle, jedoch nicht als Selbstzweck, sondern in Bezug auf das Ausmaß und den Charakter gemeinsamer antiimperialistischer Praxis von Marxisten und Christen.

Marxistische Religionskritik

„Die erste Voraussetzung aller Menschengeschichte", schrieben Marx und Engels in der „Deutschen Ideologie", „ist natürlich die Existenz menschlicher Individuen. Der erste zu konstatierende Tatbestand ist also die körperliche Organisation dieser Individuen und ihr dadurch gegebenes Verhältnis zur übrigen Natur. . . Man kann die Menschen durch das Bewußtsein, durch die Religion, durch was man sonst will, von den Tieren unterscheiden. Sie selbst fangen an, sich von den Tieren zu unterscheiden, sobald sie anfangen, ihre Lebensmittel zu produzieren. . . ." (14) Die produktive Tätigkeit, die Arbeit, ist somit das wesentliche Merkmal, das den Menschen in einem langen Entwicklungsprozeß aus dem Tierreich herausgelöst hat. Die Arbeit ist, wie Engels bemerkte, „die erste Grundbedingung alles menschlichen Lebens. . . . sie hat den Menschen selbst geschaffen." (15) Das Bewußtsein, die Vorstellungen, die sich Menschen über sich und ihre Umwelt machen, sind natürlich nicht von der materiellen Tätigkeit des Menschen zu trennen, sie sind vielmehr mit dieser Tätigkeit und dem materiellen Verkehr unmittelbar verbunden und davon abhängig. „Die Menschen sind die Produzenten ihrer Vorstellungen, Ideen pp., aber die wirklichen, wirkenden Menschen, wie sie bedingt sind durch eine bestimmte Entwicklung der Produktivkräfte und des denselben entsprechenden Verkehrs (Produktionsverhältnisse - d.Verf.) bis zu seinen weitesten Formationen hinauf. Das Bewußtsein kann nie etwas anderes sein als das bewußte Sein, und das Sein der Menschen ist ihr wirklicher Lebensprozeß. . . Die Moral, Religion, . . . und sonstige Ideologie und die ihnen entsprechenden Bewußtseinsformen behalten hiermit nicht länger den Schein der Selbständigkeit. Sie haben keine Geschichte, sie haben keine Entwicklung, sondern die ihre materielle Produktion und ihre Wirklichkeit auch ihr Denken und die Produkte ihres Denkens. Nicht das Bewußtsein bestimmt das Leben, sondern das Leben bestimmt das Bewußtsein." (16)

Wie kommt es dann, könnte man fragen, daß „die Menschen . . . sich bisher stets falsche Vorstellungen über sich selbst gemacht (haben), von dem, was sie sind oder sein sollen? Nach ihren Vorstellungen von Gott. . .usw.". fuhren Marx und Engels fort, „haben sie ihre Verhältnisse eingerichtet. Die Ausgeburten ihres Kopfes sind ihnen über den Kopf gewachsen. Vor ihren Geschöpfen haben sie, die Schöper, sich gebeugt." (17)

Marx und Engels gingen bei der Analyse der Religion, der religiösen Vorstellungen, nicht von einem abstrakten Menschen und einem ebenso abstrakten Bewußtsein aus, sondern von konkreten Menschen, die unter konkreten, historisch bedingten gesellschaftlichen Verhältnissen leben. Gegen den deutschen Materialisten Feuerbach hatte Marx angeführt, dieser sehe nicht, „daß das ‚religiöse Gemüt' selbst ein gesellschaftliches Produkt ist und daß das abstrakte Individuum, das er (Feuerbach - d.Verf.) analysiert, einer bestimmten Gesellschaftsform angehört." (18) Für die Marxisten ist die Religion nicht dadurch abgetan, daß man sie als „Unsinn", „Verkehrtheit" oder „Borniertheit des Denkens" bezeichnet. Für die historisch-materialistische Analyse der religiösen Vorstellungen, wie sie von Marx und Engels angestellt wurde, sind zwei Erwägungen bestimmend. Zum einen gehen die Menschen jeder historischen Epoche von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse in der materiellen, gesellschaftlichen Produktion der Güter ein, zum anderen sind diese Produktionsverhältnisse abhängig von dem jeweiligen Entwicklungsstand der Produktivkräfte, der Naturbeherrschung.

In „primitiven" Gesellschaften, die bei einem niedrigen Stand der Produktivkräfte noch weitgehend durchsichtige, unkomplizierte, „vernünftige" Gesellschaftsstrukturen aufwiesen, entstanden religiöse Vorstellungen vorrangig aus den Erfahrungen mit natürlichen Gewalten, denen die „primitiven" Menschen ohnmächtig gegenüberstanden, von denen sie beherrscht wurden. Aus der Personifizierung der Naturgewalten entstanden so die Götter und die ersten Naturreligionen. In dem Maße wie die Menschen fähig wurden, die Natur durch die Weiterentwicklung ihrer Produktivkräfte zu beherrschen und zu verstehen, verschwanden auch die „mehr oder minder beschränkten und sich gegenseitig beschränkenden Götter" und an ihre Stelle trat der „ausschließliche Gott der monotheistischen Religionen". (19) Das Wachstum der Produktivkräfte führte jedoch nicht allein zu einem höheren Grad der Naturbeherrschung und zur Erhöhung der gesellschaftlichen Produktivität, sondern auch zur Veränderung der Produktionsverhältnisse, die nunmehr auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhten. Die entstandenen Ausbeutungs- und Knechtschaftsverhältnisse fanden im vorderasiatischen und europäischen Raum ihre klassische Ausbildung in der antiken Sklavenhaltergesellschaft. Die Entstehung und Ausbreitung des Christentums war unmittelbar mit der römischen Sklavenhalterordnung verbunden, die ihr Imperium über den gesamten Mittelmerrraum ausgedehnt hatte. „Das Christentum entstand aus der Bedrängung und der Hoffnung der einfachen Menschen des römischen Imperiums. Es ist kein Zufall, daß es zuerst unter den Juden auftrat, die, wenn nicht zu den stärksten unterdrückten, so doch zu den aufsässigsten der unterworfenen Völker gehörten." (20) Der Erlösungsglaube des

Christentums und sein universaler Anspruch (den man später für imperialistische Räubereien „dienstbar" machte) erklärt sich somit aus den Klassenauseinandersetzungen innerhalb des römischen Imperiums. In seiner ursprünglichen Form, in den ersten drei Jahrzehnten, besaß das Christentum noch vorwiegend revolutionäre Züge; es war die Religion des Sklaven und Unterdrückten, und die Befreiung (Erlösung) der Menschheit wurde konkret vorgestellt als die Befreiung von den römischen Unterdrückern. Letztere waren sich des revolutionären Charakters des Christentums durchaus bewußt, denn nicht zufällig wurden Jesus' Anhänger für Revolutionäre gehalten und als solche verfolgt und ermordet.

Die zunehmende „Vergeistigung" des Christentums, die Verlagerung der Betonung vom „Diesseits" zum „Jenseits" war eine direkte Folge der enttäuschten Hoffnungen der Christen, die glaubten, durch ihre Ideen das römische Weltreich zum Einsturz bringen zu können. Es war aber nicht die Idee der Nächstenliebe oder der Glaube an Gott, wodurch das römische Reich zusammenbrach, sondern die inneren Widersprüche der Sklavenhalterordnung, der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Die Klassenkämpfe selbst hatten zwar religiöse Züge, die Ursachen des Klassenkampfes waren jedoch nicht religiöser, sondern materieller Natur.

Mit dem Sieg der feudalen Produktionsweise verlor das Christentum vollständig seine revolutionären Inhalte. Die ehemalige Religion der Unterdrückten und Ausgebeuteten wurde nunmehr auch von der herrschenden Feudalklasse angenommen und den Ausbeuterinteressen untergeordnet, was sich unter anderem darin ausdrückte, daß verstärkt Bestandteile der jenseitsbezogenen, idealistischen griechischen Philosophie mit dem ursprünglichen Christentum vermengt wurden. Auch die hierarchische Struktur des in der Kirche organisierten Christentums brachte die Anpassung der religiösen Vorstellungen an die herrschenden feudalen Verhältnisse zum Ausdruck.

Erst die Zuspitzung der Widersprüche der feudalen Gesellschaft, das Aufkommen des Kapitalismus in den Städten des Mittelalters, aktivierten wieder fortschrittliche Traditionen im Christentum. Die ersten tiefgreifenden Klassenschlachten des Mittelalters trugen noch vorwiegend religiöse Züge. Die Absage des aufkommenden Protestantismus an die römische Kirche, besonders des Calvinismus, brachte allerdings weniger die Ablehnung der Glaubenssätze und Satzungen des Katholizismus zum Ausdruck, als die Klasseninteressen des aufstrebenden Bürgertums und deren Kampf gegen die feudale Ordnung, die wesentlich von der Kirche gestützt wurde. Die Durchsetzung der feudalistischen überlegenen kapitalistischen Produktionsweise hatte neben der Aufspaltung der Kirche für das Christentum — wie auch für andere Religionen — noch weitere tiefgreifende Konsequenzen. Die mit der kapitalistischen Produktionsweise verbundene Verwissenschaftlichung vieler Lebensbereiche, zunächst im Bereich der Naturwissenschaften, bedingte in zunehmendem Maße Rückzugsgefechte der Theologie und der Kirche, die sich gezwungen sahen, eine Position nach der anderen zu räumen. Die plastische Vorstellung des „Jenseits" wurde durch das

kopernikanische Weltbild ebenso radikal zertrümmert wie der „göttliche Schöpfungsakt" durch die Entwicklungslehre Darwins u.a. Die Entmythologisierung des Weltbildes durch die Weiterentwicklung der Naturwissenschaften und der Technologie veranlaßt Theologen heute schon von vornherein davon Abstand zu nehmen, religiöse Vorstellungen in „wissenschaftlichen Erkenntnislücken" – die früher oder später geschlossen werden – anzusiedeln (was allerdings Dorfprediger der Kirche nicht hindert, Gläubige in unterentwickelten Regionen mit mittelalterlichem Gedankengut zu berieseln). Die moderne Theologie reduziert das Christentum und den Gottesglauben auf das „Wesentliche", auf abstrakte Formeln, die gegen jegliche Art von Einwänden „immunisiert" sind, und wodurch man seit einiger Zeit die Behauptung ableitet, daß Wissenschaft und Religion, „Boolesche Algebra und Bibelfestigkeit" (21) grundsätzlich vereinbar seien.

Die Fortexistenz und der immer noch große Einfluß der Religion in den hochtechnisierten kapitalistischen Industriestaaten bezeugen, daß die gesellschaftlichen Ursachen der Religion nicht allein in mangelnder Naturbeherrschung und unmittelbaren Knechtschaftsverhältnissen zu suchen sind. Für den Marxisten kann deshalb die Analyse der Religion nicht dort aufhören, wo sich physikalische Beobachtung, chemische Analyse usw. als fruchtlos erweisen, der Erscheinung Religion beizukommen.

Marxistische Religionskritik beginnt schon in den frühen Schriften von Karl Marx. Er übernimmt in den Jahren 1843/44 zunächst die von der bürgerlichen Religionskritik aus ihrer feindlichen Stellung gegenüber dem Feudalismus entwickelte Auffassung, daß der Religion durchaus eine bestimmte gesellschaftliche Funktion zukommt. Die bürgerlichen Aufklärer sahen freilich in der Religion nur das Produkt von Betrügern. Marx ging auch in dieser Frage über die bürgerlichen Aufklärer hinaus. Zweitens knüpfte Marx an den von den bürgerlichen Aufklärern (und auch schon von den alten griechischen Aufklärern) entwickelten Gedanken an, daß nicht Gott den Menschen nach seinem Ebenbilde, sondern der Mensch Gott nach dem seinen schuf, daß also die Götter Menschenwerk sind. Marx verknüpft dies aber sofort mit der Frage, was das denn für ein Mensch sei, der diese Religion erzeuge, warum er sie erzeuge. Und er antwortet darauf: Die Menschen erzeugen darum die Religion, weil ihre gesellschaftlichen Bedingungen unmenschlich sind. Die Religion ist nur die phantastische Verwirklichung des menschlichen Wesens, weil im Diesseits, in dieser Gesellschaft das menschliche Wesen nicht verwirklicht ist. Daraus folgert Marx, daß der Kampf gegen die Religion nicht die Hauptfrage ist, sondern daß gegen jene gesellschaftlichen Gründe gekämpft werden müsse, die die Herausbildung der Religion für die Massen als eine Ersatzlösung ihrer menschlichen Ansprüche notwendig machen. Damit wendet sich die Marxsche Religionstheorie und Religionskritik zur Gesellschaftskritik, zur Revolution. Zitieren wir hier die Stelle im Zusammenhang, die zum ersten Mal jene Marxsche Religionsauffassung enthält: „Das Fundament der irreligiösen Kritik ist: Der Mensch macht die Religion . . . aber der Mensch, das ist kein abstraktes, außer der Welt hockendes Wesen. Der Mensch, das ist die Welt des Menschen." Sie produziert „die Religion, ein verkehrtes Weltbewußtsein, weil sie eine verkehrte Welt" ist. „Die Religion ist die

allgemeine Theorie dieser Welt . . . ihre moralische Sanktion, ihre feierliche Ergänzung, ihr allgemeiner Trost- und Rechtfertigungsgrund. Sie ist die phantastische Verwirklichung des menschlichen Wesens, weil das menschliche Wesen keine wahre Wirklichkeit besitzt. Der Kampf gegen die Religion ist also mittelbar der Kampf gegen jene Welt, deren geistiges Aroma die Religion ist.

Das religiöse Elend ist in einem Ausdruck des wirklichen Elends und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes.

Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die Forderung des wirklichen Glücks. Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusion bedarf. Die Kritik der Religion ist also im Keim die Kritik des Jammertales, dessen Heiligenschein die Religion ist. . . . Die Kritik der Religion enttäuscht den Menschen, damit er denke, handle, die Wirklichkeit gestalte.

Es ist also die Aufgabe der Geschichte, nachdem das Jenseits der Wahrheit verschwunden ist, die Wahrheit des Diesseits zu etablieren. . . Die Kritik des Himmels verwandelt sich damit in die Kritik der Erde. . ." (22)

Diese Religionstheorie und Religionskritik des Marxismus wurde von Marx und Engels stets weiter entwickelt. Wir finden wichtige Darlegungen über die Religion im „Kommunistischen Manifest", im „Kapital", in der Arbeit von Friedrich Engels über den „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates", in seiner Arbeit der „Anti-Düring", in seiner Schrift „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie". „Nun ist alle Religion nichts anderes als die phantastische Widerspiegelung, in den Köpfen der Menschen, derjenigen äußeren Mächte, die ihr alltägliches Dasein beherrschen, eine Widerspiegelung, in der die irdischen Mächte die Form von überirdischen annehmen." So umreißt Friedrich Engels die marxistische Auffassung von der Religion. Anfangs waren es vor allem Mächte der Natur, die das menschliche Dasein beherrschten, so daß die Menschen dazu übergingen, sich jene Naturkräfte und Naturmächte als geheimnisvolle Geister vorzustellen, die das menschliche Leben regierten. Dann traten neben diesen geheimnisvollen Naturmächten auch gesellschaftliche auf, „. . . die den Menschen ebenso fremd und im Anfang ebenso unerklärlich gegenüberstehen, sie mit derselben scheinbaren Naturnotwendigkeit beherrschen, wie die Naturmächte selbst. Die Phantasiegestalten, in denen sich anfangs nur die geheimnisvollen Kräfte der Natur widerspiegelten, erhalten damit gesellschaftliche Attribute, werden Repräsentanten gesellschaftlicher Mächte. . ." Diese Attribute wurden dann auf einen erdachten göttlichen Herrscher übertragen. „. . . der selbst wieder nur der Reflex des abstrakten Menschen ist." (23)

In der Klassengesellschaft treten dem produzierenden Menschen seine Produkte als etwas Fremdes gegenüber, die ihn beherrschen, erscheint seine

Tätigkeit als etwas, das sich gegenüber dem Menschen verselbständigt und entfremdet, wird der eigentliche menschliche Lebensprozeß, der produktive schöpferische Arbeitsprozeß zu einem dem Menschen, dem Produzenten unverständlichen Vorgang. Im Bewußtsein vieler Menschen stellen sich die von ihnen selbst geschaffenen gesellschaftlichen Verhältnisse des Kapitalismus als unumstößliche Naturgesetze dar, wodurch Gefühle der Ohnmacht, des Irrationalismus entstehen und schließlich auch der religiöse Glaube seine gesellschaftliche Grundlage besitzt. Darum formuliert Engels: „Wenn der Mensch also nicht mehr bloß denkt, sondern auch lenkt, dann erst verschwindet die letzte fremde Macht, die sich jetzt noch in der Religion widerspiegelt. . ." Es ist also völlig verkehrt, völlig sinnlos zu glauben, es genüge, lediglich besonders gute Aufklärungsarbeit zu leisten, und die Religion würde, als reiner Aberglaube, von selbst verschwinden. Wer so an das Problem herangeht, der hat die materiellen gesellschaftlichen Ursachen der Religion nicht wirklich verstanden. Wer wirklich die Religion zum Absterben bringen will, der muß jene gesellschaftlichen Bedingungen beseitigen, unter denen die Masse nicht fähig ist, ihre eigenen grundlegenden Lebensprozesse zu durchschauen. Der muß den Kapitalismus, die Klassenspaltung, die damit verknüpfte Unfähigkeit, den eigenen Gesellschaftsprozeß zu durchschauen, überwinden.

Die Existenz von Klassengesellschaften, seien sie „rein" kapitalistischer Art oder kapitalistisch-feudalistisch, jene „geistlosen Zustände," von denen Marx sprach, bilden trotz immenser Fortschritte in der wissenschaftlichen Forschung auch weiterhin die Grundlage für die Religion, für ein „verkehrtes Weltbewußtsein". Der ohnmächtige Zusammenprall unterdrückter, ausgebeuteter, ihre eigenen gesellschaftlichen Grundbeziehungen nicht durchschauender und beherrschender Menschen mit eben diesen gesellschaftlichen „Mächten", die nun als schicksalhaft empfunden werden, erzeugt bei einer Großzahl der Ausgebeuteten und Unterdrückten der Klassengesellschaft das religiöse Bedürfnis, welches die herrschende Klasse skrupellos für ihre Interessen ausbeutet, das sie in ein Instrument (ein Opiat) zur Niederhaltung der unterdrückten Massen verwandelt.

Das Christentum bleibt somit seiner „Produktionsstätte", der Klassengesellschaft, verpflichtet. Die Widersprüchlichkeit – einerseits der humanistische Anspruch, „spezifisch" menschlich zu sein, andererseits aber diese „Menschlichkeit" nur durch die Bezugnahme auf einen außerirdischen Schöpfer im Jenseits „verwirklichen" zu können – ist Ausdruck der Widersprüchlichkeit einer unmenschlichen Gesellschaft, wo die Unterdrückten „ihren Anspruch auf ein halbwegs menschenwürdiges Dasein" im Glauben an einen lieben Gott und ein ewiges Leben „ersäufen" müssen. Solange die gesellschaftlichen Bedingungen, die jeweilige Menschenordnung, als Ausdruck eines bestimmten Ordnungsplanes eines überirdischen Schöpfers begriffen wird – gesellschaftliche Verhältnisse als religiöse Verhältnisse erscheinen – solange werden sich die Gläubigen in einer ständigen Konfliktsituation zwischen Himmel und Erde befinden, zwischen Wirklichkeit und irdischen Interessen einerseits und einem religiösen Denken und Handeln, das diesen irdischen Verhältnissen und Interessen nicht gerecht werden kann, andererseits.

Die historisch-materialistische Untersuchung der Religion zeigt, daß sich hinter der religiösen Nebelwand die wirklichen Verhältnisse der Klassengesellschaft verbergen, und daß hinter den religiösen Interessen der Gläubigen und des Klerus letztlich Klasseninteressen stehen. Wenn sich heute im Christentum in verstärktem Maße ein Aufspaltungsprozeß bemerkbar macht, so ist dieser in Wahrheit gesellschaftlicher, nicht religiöser Natur, bedingt durch die Verschärfung der Unterdrückung und die zugrunde liegenden wachsenden Widersprüche des Imperialismus und seiner Lakaien. Eine allgemeine Abkanzelung der Religion kann deshalb nicht der marxistischen Auffassung entsprechen, denn für eine Vielzahl von Christen und Gläubigen anderer Religionen führt der Weg zur antiimperialistischen Bewegung über religiös-humanistische Ideale, die gegen den Imperialismus zu revolutionärer Praxis anregen können. Ziel des Dialogs mit den fortschrittlichen Christen ist es deshalb, eine koordinierte antiimperialistische Praxis von Marxisten und Christen zu erreichen, nicht jedoch eine ideologische Verbrüderung herbeizuführen, die die Kampfkraft der antiimperialistischen und antimonopolistischen Bewegung nur schwächen kann.

Literaturangaben:

(1) Sonderdruck aus: Marxistische Blätter, 4/69 Frankfurt a.Main 1969, S. 16

(2) Peter Hess, Die Monopolproblematik und der heutige Kapitalismus, in: DWI - Forschungshefte, Berlin 1970, 1/70, S. 19

(3) Günther Wirth, Christen in der DDR, in: Die DDR — Aufbau, Entwicklung und Zukunft, Frankfurt a.Main 1969, S. 167

(4) Zitiert aus: Ebenda, S. 174

(5) Zitiert aus: Ebenda, S. 175

(6) M. Chinigo, Pius XII. sagt, 1958, S. 171, Zitiert aus: Club Voltaire IV., Hamburg 1970, S. 299

(7) Vgl. Karlheinz Deschner, Das Kapital der Kirche in der Bundesrepublik, in: Ebenda

(8) Hirtenbrief v. 23.8.1945, Zitiert nach: Ebenda, S. 314

(9) Zitiert bei: Mohrmann, Über Finanzkapital und Klerikalismus, S. 101

(10) Marx/Engels-Werke, Berlin 1968, Bd. 21, S. 304

(11) Ebenda, S. 305

(12) Weg und Ziel, Wien 1970, 2/70, S. 16

(13) Karl Marx, Das Kapital, Berlin 1968, Bd. 1, S. 16

(14) Marx/Engels-Werke, Berlin 1968, Bd. 3, S. 20/21

(15) Ebenda, Bd. 20, S. 444

(16) Ebenda, Bd. 3, S. 26, 27

(17) Ebenda, S. 13

(18) Ebenda, S. 7

(19) Ebenda, Bd. 21, S. 274

(20) J.D.Bernal, Wissenschaft (Science in History), Hamburg 1970, S. 237

(21) Vgl. Max Bense, Klassenkampf und Intelligenz, in: Club Voltaire III, München 1967, S. 219

(22) Marx/Engels, Über Religion, Dietz-Verlag, Berlin, S. 30 f.

(23) Anti-Düring, siehe im genannten Sammelband, S. 118 ff.

Wohin geht Europa?

Aktuelle Aspekte, Geschichte, Perspektiven des Problems der europäischen Sicherheit

Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von St. Doernberg und P. Klein
Herausgegeben vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin

395 Seiten • 11,80 Mark



VEB Deutscher Verlag
der Wissenschaften
DDR • 108 Berlin • Postfach 1216

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Die „Marxistischen Lehrbriefe" vermitteln in sechs Serien populärwissenschaftlich — nicht in verflachter Form! — anhand der konkreten politischen Praxis die Hauptwissensgebiete des Marxismus.

Serie A: Gesellschaft und Staat

1 Wie der Mensch zum Menschen wurde
2 Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten I. (Von der Urgemeinschaft z. Entwicklg. d. Feudalismus)
3 Die marxistische Lehre v.d. Klassen und d. Klassenkampf (Einführung)
4 Die marxistische Lehre vom Klassenkampf II
5 Was lehrt der Marxismus über den Staat?
6 Die Entstehung des Kapitalismus
7 Der utopische Sozialismus
8 Wie Lenin den Marxismus weiterentwickelte
9 Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus
10 Der wissenschaftliche Sozialismus
Der Marxismus zur nationalen Frage (in Vorbereitung)

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

1 Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
2 Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?
3 Gibt es noch Kapitalismus i. d. BRD?
4 Automation — Freund oder Feind?
5 Die Wirtschaft in der DDR
Teil I. Industrie
6 Die Industrie der Sowjetunion
Struktur — Standorte — Zahlen
7 Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?
8 Probleme des Kampfes um die Mitbestimmung
9 Das neue ökonomische System in der DDR

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

1 Reformation u. Bauernkrieg (1517-25)
2 Das politische Erwachen des deutschen Bürgertums
3 Deutschland im 17. u. 18. Jahrhundert
4 Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit
Die Große Französische Revolution von 1789 und ihre Auswirkungen
5 Wie d. deutsche Arbeiterbewegung entstand
6 Deutschland i. d. Revolution v. 1848
7 Roter Oktober 1917
8 Die deutsche Arbeiterbewegung 1849-63
9 Die Novemberrev. 1918 i. Deutschland
10 Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg
11 Der Untergang d. Weimarer Republik
12 Aus d. Leben u. Wirken v. Karl Marx
13 Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
14 Die Pariser Kommune 1871
15 Friedrich Engels, Leben und Wirken
16 Die deutsche Arbeiterbewegung von 1919-1923

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

1 Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in Deutschland (1945-1949)
2 Von Potsdam nach Bonn
Wie Deutschland gespalten wurde (1945-1949)
3 Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
4 Probleme des Dialogs zwischen Marxisten und Christen
5 Worin besteht die faschistische Gefahr in der BRD?
6 Die Militarisierung der BRD (1949-56)
7 Der Kampf der arabischen Völker gegen Imperialismus und Zionismus
Der Befreiungskampf der Völker Angolas, Guineas und Mocambiques gegen den portugiesischen Kolonialismus (in Vorbereitung)
Der Befreiungskampf der Schwarzen in den USA (in Vorbereitung)

Serie E: Das moderne Weltbild

1 Geschichte - Zufall oder Gesetz?
2 Die Grundfrage der Philosophie
3 Die marxistische Auffassung der Erkenntnis (Erkenntnistheorie)
4 Freiheit in marxistischer Sicht I.
5 Freiheit in marxistischer Sicht II.
6, 7, 8 Einführung in die marxistische Dialektik I — III

Serie F: Kultur und Fortschritt

1 Wer hat Kultur?
Aber wer macht sie?
(wird fortgesetzt)

Jeder Marxistische Lehrbrief hat einen Umfang von rund 20 Seiten und kostet 1,— DM zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellungen über den Buchhandel oder den Verlag.

MARXISTISCHE BLÄTTER

Die „Marxistischen Blätter" sind eine Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Sie erscheint bereits im 8. Jahrgang. Der Umfang jeder Ausgabe liegt zwischen 86 und 106 Seiten.
Der Preis je Einzelheft beträgt ab Januar 1972 DM 3,— plus Zustellgebühr und im Abonnement DM 15,— plus Zustellgebühr.

Die Zeitschrift behandelt Schwerpunkt-Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, Lehre, Entwicklung und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus in den einzelnen Ausgaben.

Sie bringt Berichte über wissenschaftliche Tagungen und politische Konferenzen, und es werden wichtige Neuerscheinungen wissenschaftlicher und politischer Literatur ausführlich besprochen.

Die Autoren sind bekannte Praktiker und Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung.

Beiträge für die Marxistischen Blätter schrieben bisher so namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik wie A. Berg (Moskau), J. Duclos (Paris), S. Segre (Rom), J.D. Bernal (London), H. Aptheker (New York), F. Castro (Havanna), E. März (Wien), G. Klaus (Berlin), W. Abendroth, W. Hofmann (Marburg), M. Reimann (Essen), J. Schleifstein (Köln) u.a.

Themen des Jahrgangs 1971:

Heft 1 Gewerkschaften im Spätkapitalismus
Heft 2 Probleme der europäischen Sicherheit
Heft 3 Neue Erscheinungen im Imperialismus
Heft 4 Politische Parteien in der BRD
Heft 5 Methoden zur Integration der Arbeiterklasse in den staatsmonopolistischen Kapitalismus
Heft 6 Arbeiterklasse und Kultur

Themen des Jahrgangs 1970:

Heft 1 Neofaschismus und Rechtsentwicklung in der BRD
Heft 2 Probleme der Prognose und Futurologie
Heft 3 Eigentumsverhältnisse und Vermögensbildung
Heft 4 Die Sozialdemokratie im Spätkapitalismus
Heft 5 Friedrich Engels/Zu ökonomischen Problemen in der BRD
Heft 6 Weltstrategie des Imperialismus — antiimperialistischer Kampf

Bestellungen über den Buchhandel oder den

VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt/Main, Heddernheimer Ldstr. 78a

Die Bundesrepublik auf dem Wege zur Militarisierung (1949 - 1955)

DKP
Karl Liebknecht Schule
Am Stadtpark 68
5090 Leverkusen
Telefon 0 21 72 / 4 54 18

Serie D:
Politische Probleme unserer Zeit

6

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

Die Bundesrepublik auf dem Wege zur Militarisierung (1949-1955)

	Seite
Die Wiederkehr des Großkapitals	1
Wo lagen die Ursachen für das Drängen nach Waffen?	2
Generale wieder am Werk	3
Volksbefragung gegen Remilitarisierung	4
Großkapital gegen deutsche Einheit	5
Antimilitaristische Opposition wächst	6
Einschränkung demokratischer Rechte	7
Widerstand gegen die Ratifizierung der Militärverträge	8
Die Militarisierung wird Wirklichkeit	9
Neue Möglichkeiten für Frieden und Sicherheit	10
Die Paulskirchenbewegung	11
Anmerkungen	12
Literatur	13

Preis DM 1.--

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Heddernheimer Landstr. 78a

Amely

Die Wiederkehr des Großkapitals

Die Gründung der Bundesrepublik im Herbst 1949 schuf in Europa eine neue politische Lage. Das Großkapital hatte auf dem Wege von Potsdam nach Bonn 1) seine politische und auch wirtschaftliche Macht, wenn auch teils noch eingeschränkt durch das Besatzungsstatut, erneuert. Nunmehr verfügte es wieder über ein eigenes staatliches Gebäude. Vertreter der großen Banken und Konzerne besetzten die Schlüsselstellungen des Staates. Die Verquickung von Großkapital und Staat erfolgte über verschiedene Wege aufs neue.

Vertreter des Großkapitals nahmen so in der Bundesregierung, in den parlamentarischen Ausschüssen und anderen öffentlichen Ämtern führende Positionen ein. Auch im Bundestag überwogen die Vertreter des Großkapitals und des Großgrundbesitzes. Direkt durch Abgeordnete im Parlament waren vertreten u.a. solche einflußreichen Monopolgesellschaften und Banken wie Thyssen (durch August Dresbach), Klöckner (durch Günter Henle), Deutsche Bank (durch Robert Pferdmenges), Commerzbank (durch Franz Etzel).

Das Monopolkapital übte seinen politischen Einfluß vor allem durch seine Spitzenorganisationen, so über den „Bundesverband der Deutschen Industrie" (BDI), aus. Vorsitzender dieser wohl einflußreichsten Unternehmervereinigung war der Großindustrielle Fritz Berg.

Die führende Partei des Großkapitals war die Christlich Demokratische Union (CDU), an deren Wiege die einflußreichen Großindustriellen Pferdmenges, Abs und ihr politischer Vertrauter Konrad Adenauer standen, und die Christlich Soziale Union (CSU – Wirkungsbereich vornehmlich in Bayern!).

Das Großkapital in der BRD verfolgte nach der Gründung der Bundesrepublik über die CDU/CSU und die Freie Demokratische Partei (FDP) auf Sicht gesehen drei eng miteinander verknüpfte Ziele: **Erstens** den weiteren Ausbau der industriellen Macht; **zweitens** den Aufbau einer Armee und die Eingliederung (Integration) der BRD in die NATO über eine „Europa-Armee" als Voraussetzung anvisierter politischer Stärke; **drittens** den Status quo zu überwinden, also die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen, „die Sowjetzone und die Gebiete jenseits der Oder und Neiße für die Freiheit zurückzugewinnen." 2)

Bereits die ersten offiziellen Stellungnahmen der Bundesregierung und ihre unmittelbaren politischen Schritte gaben zu erkennen, daß das Großbürgertum, nunmehr im Besitz von Staatsmacht, diesen Kurs einschlug. Es erwartete durch eine Verschärfung des kalten Krieges die Verwirklichung seiner weitreichenden Pläne. Adenauer machte daraus in seinen schriftlichen Erinnerungen kein Hehl: „Ich war der Auffassung", so schreibt er darin, „der Gegensatz zwischen Rußland und den freien Völkern werde ständig wachsen. Es war auch für Amerika lebensnotwendig, daß ein starkes Westeuropa entstand. Hierzu war Deutschland unentbehrlich. Ein Land in Fes-

seln ist kein guter, vollwertiger Partner . . . Es lag im Interesse der Vereinigten Staaten, daß Deutschland wieder stark würde. Daher konnten die zahlreichen Diskriminierungen, wie z.B. das Ruhrstatut, das Besatzungsstatut und die Bestimmungen über unsere Entwaffnung, die sie mit sich brachten, nur vorübergehender Natur sein. . . Das waren die Leitgedanken meiner Politik gegenüber den Westmächten während all der Jahre, in denen ich Bundeskanzler war und die Richtlinien der Politik zu bestimmen hatte." 3)

Dreh- und Angelpunkt der bundesdeutschen Politik wurde denn auch die Eingliederung der BRD in eine unter amerikanischer Oberhoheit stehende antisowjetisch ausgerichtete westeuropäische Staatenföderation mit der wiederaufgerüsteten BRD als Kernstück. Der Antikommunismus feierte ein Comeback. Der Haßfeldzug gegen die Sowjetunion und gegen die DDR nahm ein großes Ausmaß an. „Schon stand man wieder in der vordersten Front gegen einen absolut bösen Feind, gegen den auch Hitler gestanden hatte." 4)

Jahrelang hat Adenauer seine Rolle als Wegbereiter und treibende Kraft für die Remilitarisierung der BRD bestritten. Erst ein Jahrzehnt später gestand er vor der Presse, „daß er 1950 den Alliierten einen deutschen militärischen Beitrag angeboten hatte." 5)

Wo lagen die Ursachen für das Drängen nach Waffen?

Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang Adenauers Feststellung: „Es wurde mir (1950) klar, daß in einer Zeit, wie der unseren, Politik so viel Kraft hat, wie die Kraft bedeutet, die hinter ihr steht. Wenn man keine Kraft besitzt, kann man keine Politik machen. Ohne Kraft wird unser Wort nicht beachtet." 6) Deshalb machte Adenauer „die Aufstellung deutscher Streitkräfte", nach Aussage von Franz J. Strauß, „zu einer Richtschnur seiner Politik und zu einem festen Teil seines Programms." 7) Die Absicht der USA, die BRD als Speerspitze in den kalten Krieg gegen die Sowjetunion und die sozialistischen Länder einzubeziehen, ja sogar aufgrund ihrer strategisch wichtigen Lage und ihres großen militärischen Reservoirs als Hauptstütze auf dem europäischen Festland auszubauen, 8) entsprach völlig dem politischen Denken Bonns. „Wir waren der Meinung", so erläuterte 1958 Erich Mende diese Konzeption, „daß die freie Welt durch ihren Zusammenschluß und durch den Druck ihrer NATO-Klammer es erreichen könnte, daß die Sowjets sich aus Mitteldeutschland und aus den osteuropäischen Staaten zurückziehen." 9) Hier wird sichtbar, warum die Idee des „Vereinigten Europas" nirgends so großen Widerhall fand wie in Bonn und weshalb Adenauer den „Europa-Gedanken" so hartnäckig zum Leitmotiv seiner Politik erhob. **Bonn erwartete durch die Mitgliedschaft in der NATO, durch ein enges Bündnis mit den USA, durch die radikale Frontstellung gegen die sozialistischen Länder eine Stärkung seiner Stellung innerhalb Europas.**

Vorschläge der DDR und der Sowjetunion, die den Abschluß eines Friedensvertrages vorsahen und auf die friedliche Wiedervereinigung Deutsch-

lands ausgerichtet waren, ging Bonn aus diesem Grund immer wieder aus dem Weg. **Das Nahziel der großbürgerlichen Kreise war die Wiederaufrüstung und Bewaffnung der BRD.**

Generale wieder am Werk

Adenauer selbst hatte bereits im Dezember 1948 dem ehemaligen Hitlergeneral und späteren Inspekteur der Bundeswehr, Speidel, den Auftrag gegeben, „im geheimen... eine Aufstellung über die augenblickliche Unvermeidlichkeit einer deutschen Wiederaufrüstung und ihren ungefähren Umfang und Charakter zu verfassen." [10] Zunächst aber unterlag die militärische Planung strengster Geheimhaltung. Die Öffentlichkeit wurde bewußt in die Irre geführt. „Die Bundesregierung sei fest entschlossen", erklärte Bonn noch Ende 1949, „die Entmilitarisierung des Bundesgebietes aufrecht zu erhalten und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern." [11] **Noch war die Mehrheit des deutschen Volkes gegen die Remilitarisierung der BRD.** „Ein deutscher Beitrag zu einer Verteidigungsarmee war in der Bundesrepublik", so kennzeichnet Konrad Adenauer in seinen Erinnerungen die Einstellung der Bundesbürger zur Wiederaufrüstung und -bewaffnung ja selbst, „ausgesprochen unpopulär." [12] Der Widerstand gegen eine Wiederbewaffnung der Deutschen war aber auch im übrigen Europa, das den deutschen Militarismus ja aus eigenem Erleben nur zu gut kannte, sehr stark.

Darauf nahmen die großbürgerlichen Kräfte zunächst Rücksicht. „Wir müssen sie (die deutschen Divisionen) erst einmal ins Gespräch bringen", diese Auffassung vertrat Adenauer Ende 1948, „und dann das Weitere abwarten." [13] Genau nach dieser Maxime handelte auch der Bundeskanzler. Dabei begnügte er sich keineswegs aber mit der Rolle eines passiv abwartenden Zuschauers. Im Gegenteil! Er entwickelte selbst Initiative und schuf insgeheim vollendete Tatsachen.

Erste geheime Aussprachen über die Remilitarisierung der BRD zwischen ihm und den Hohen Kommissaren der westlichen Besatzungsmächte fanden bereits am 22. November 1949 auf dem **Petersberg** bei Bonn statt. Das dort vereinbarte Abkommen – es ist nie vollständig veröffentlicht worden – sah neben dem Beschluß über die Aufnahme der Bundesrepublik in den Europarat in einer Geheimklausel auch die Aufstellung einer westdeutschen Armee vor. Bereits einen Monat später setzte sich Adenauer in einem Interview einer amerikanischen Zeitschrift für die Aufstellung einer „autorisierten deutschen Streitmacht als eine Abteilung unter einem europäischen Oberkommando" ein. [14] Am 29. August 1950 übergab dann der Bundeskanzler dem amerikanischen Hochkommissar ein Geheimmemorandum. Darin sprach er sich für die **Aufstellung eigener Streitkräfte im Rahmen einer „Europaarmee"** aus. [15]

Dieses geheime Dokument hatte er ohne Kenntnis und ohne Wissen des Bundestages und auch der Regierung überreicht. Der jetzige Bundespräsident Dr. Heinemann, damals noch Innenminister in Bonn, trat aus Protest

über das selbstherrliche und autoritäre Vorgehen Adenauers zurück.

Die Militarisierung der BRD schritt nunmehr zügig voran. Ende September 1950 war sich der Rat der NATO „darüber einig, daß (West-) Deutschland in die Lage versetzt werden soll, einen Beitrag zum Aufbau der Verteidigung Westeuropas zu leisten". [16] Gegenstand intensiver Beratungen wurden als Kernstück der Militarisierung in dieser Entwicklungsphase der **Generalvertrag und das Europäische Verteidigungsgemeinschafts- (EVG-) Abkommen.** Sie waren die vertragliche Plattform der Aufrüstung der Bundesrepublik.

Volksbefragung gegen Remilitarisierung

Die Politik der Bundesregierung und die aus ihr resultierenden Schritte – Wiederaufrüstung, Eingliederung in das westliche Militärbündnis, Verhärtung und Vertiefung der Spaltung Deutschlands – stieß von Anfang an auf den Widerstand antimilitaristischer Kräfte. Es formierte sich alsbald die **Ohne-uns-Bewegung.** Anfangs war sie oftmals noch eine gefühlsmäßige und spontane Ablehnung einzelner Personen oder kleiner pazifistischer Gruppen gegen eine neue Wehrmacht. Erst Ende 1950, als die Diskussion um die Militarisierung der BRD stärker ins Rampenlicht der Öffentlichkeit rückte, gewann sie zunehmend organisatorische Gestalt und auch politische Wirkung. Die antimilitaristische Opposition schuf sich Ende Januar 1951 erstmals eine organisatorische Plattform. 1 700 Gegner der Wiederaufrüstung aus den verschiedensten Gruppierungen, so Pazifisten aus dem Bürgertum und der Kirche, Sozialdemokraten und Kommunisten, Gewerkschafter, viele junge Menschen trafen sich in **Essen auf einem Friedenskongreß** und forderten eine Volksbefragung über die Remilitarisierung. Dieses Stadium der antimilitaristischen Widerstandsbewegung wurde sichtbar sowohl in der Formulierung der Abstimmungsfrage: **„Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951? "** als auch in der Wahl eines Vorbereitungsausschusses für die Volksabstimmung.

CDU/CSU, FDP und auch die Führung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) diffamierten diese Bewegung als eine kommunistische bzw. von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) inszenierte antimilitaristische Kampagne. Die Bundesregierung wiederum verbot am 24. April 1951 die Volksbefragung.

Nur die Kommunisten protestierten im Bundestag gegen das Verbot der Volksbefragung und unterstützten die Aktion auch außerhalb des Parlaments. Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) erklärte: „Wer das Volk daran hindern will, frei und ungehindert auszusprechen, daß es gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951 ist, der gibt damit in aller Welt zur Kenntnis, daß er selbst für die Remilitarisierung eintritt." [17] Die Kommunisten standen so von Anfang an in der vordersten Reihe der antimilitaristischen Opposition und bildeten auch weiterhin den Kern dieser Bewegung.

Die unterschiedlichen Strömungen des Widerstandes gegen die Aufrüstung und die Eingliederung der BRD in die NATO mündeten in die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages ein und gaben ihr Auftrieb. Diese Bewegung breitete sich trotz Verbots über das ganze Bundesgebiet aus, erfaßte Menschen aus allen Schichten, beeinflußte das politische Geschehen der Bundesrepublik. So forderten zahlreiche Gewerkschaftsgliederungen vom **Essener Außerordentlichen Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)** am 22./23. Juni 1951 konkrete Schritte gegen die Aufrüstung.

Die Breite des antimilitaristischen Widerstandes kam vor allem in der Abstimmung selbst zum Ausdruck. Die Mehrheit der Befragten war für den Abschluß eines Friedensvertrages und gegen die Remilitarisierung, so in Aachen, Bielefeld, Darmstadt, Düsseldorf, Hannover, Hamburg, Kassel, Oldenburg, im Ruhrgebiet und an der Küste. Nachdruck erhielt diese Bewegung auch durch 13 Millionen Stimmen aus der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), wo – nach Ersuchen des Hauptausschusses an die Regierung – die Volksbefragung ebenfalls stattfand.

Die Volksbefragung endete im März 1952. Nach Mitteilung des Ausschusses gaben **9 119 667 Bundesbürger ihre Stimme für den Abschluß eines Friedensvertrages und gegen die Remilitarisierung ab.** Der Druck der Volksstimmung zwang die Bundesregierung, wenn auch nur unvollständig, ihre Pläne aufzudecken und die Ratifizierung der Militärverträge hinauszuschieben.

Großkapital gegen deutsche Einheit

Anfang 1952 begann ein neues Stadium des Kampfes um die Militärverträge. Schwerpunkte waren nun das Ringen um das antigewerkschaftliche Betriebsverfassungsgesetz (BVG) und das EVG-Abkommen und den Generalvertrag.

Die Verhandlungen über den konkreten Inhalt der Militärverträge wurden im Laufe des Jahres 1951 weitgehend abgeschlossen und, wie „Die Welt" am 4. September 1951 schrieb, „im deutschen Sinne entschieden". Die **Washingtoner Konferenz der westlichen Außenminister** (10. bis 14. September 1951) präzisierte diese Vereinbarungen und einigte sich über alle wesentlichen militärischen und politischen Probleme des Vertragswerkes. Ende November 1951 fand dann die abschließende Beratung der Westmächte und der Bundesregierung über den **Generalvertrag in Paris** statt. Dort wurde der Vertragsentwurf „vorbehaltlich der endgültigen Bestätigung durch ihre Regierung" gebilligt. Er enthielt konkrete Vereinbarungen der Westmächte und der BRD über die politische und militärische Struktur der EVG und richtete neue Hindernisse gegen die Wiedervereinigung Deutschlands auf. [18]

Nüchterne Politiker aus bürgerlichen Parteien, so Thomas Dehler, der lange Jahre selbst Minister in der Bundesregierung war, die Sachlage also aus

nächster Nähe einzuschätzen vermochte, beurteilten Adenauers Politik als **unreal, ja verhängnisvoll für die deutsche Nation.** „Es müsse Adenauer angelastet werden", zu diesem Urteil kam Dehler 1965, „daß ihm die deutsche Einheit niemals ein Anliegen war! Schon in den Jahren 1952 und 1953, als reale Chancen zur Lösung der deutschen Frage bestanden, habe Adenauer alles getan, daß über derartige Vorschläge wie etwa Verzicht auf die EVG und dafür freie Wahlen, nicht verhandelt wurde." [19]

Bereits am **10. März 1952** hatte die Sowjetunion in einer **Note an die Bundesregierung** vorgeschlagen, Deutschland wieder zu vereinigen, und zwar sollte eine deutsche Regierung, hervorgegangen aus freien gesamtdeutschen Wahlen, kontrolliert von den Besatzungsmächten, an der Ausarbeitung vertraglicher Grundlagen für den Status eines einheitlichen, neutralen deutschen Staates mitwirken. Zugleich wurde Deutschland das Recht auf nationale Streitkräfte zugestanden. Bedingung dafür war allerdings eine militärische Neutralität und Blockfreiheit.

Trotz Forderung der KPD-Fraktion, über dieses großzügige Angebot in Verhandlungen einzutreten und der SPD-Bundestagsfraktion „nach ernster Prüfung der Note der Sowjetregierung vom 10. März 1952 und nach Ausnutzung jeder Verhandlungsmöglichkeit" [20] blieben die sowjetischen Vorschläge „unausgelotet, weil" – wie der jetzige Bundespräsident Gustav Heinemann Bonns Haltung rückblickend einschätzte – „die Bundesrepublik unter allen Umständen in die NATO hinein sollte." [21]

Tatsächlich war des Kanzlers Position zu den Vorschlägen „von Anfang an unerschütterlich fixiert. Kein Angebot der Sowjetunion, wäre es auch noch so entgegenkommend gewesen", so urteilte Thomas Dehler später, „konnte sie bewegen". [22] Adenauer wandte sogar nach Ansicht Sebastian Haffners „seine ganze Gewandtheit auf, um Verhandlungen über das russische Angebot zu verhindern, und als sie sich nicht mehr verhindern ließen, sie zum Scheitern zu bringen". [23]

Antimilitaristische Opposition wächst

Presseberichte über den Inhalt der Militärverträge entfachten aufs neue Protestaktionen, Demonstrationen und Warnstreiks, die sich wie das erste Donnergrollen eines aufziehenden Gewitters anhörten. **Die Arbeiterschaft trat jetzt umfassender und entschlossener in Aktion.** Warnstreiks waren keine Seltenheit. Belegschaften von Großbetrieben verurteilten die Wehrgesetze und forderten von ihrer gewerkschaftlichen Führung den Einsatz wirksamer Kampfmittel. Zugleich bildeten sich in den Schächten und Betrieben **Ausschüsse gegen die Remilitarisierung.** Diese Stufe des antimilitaristischen Widerstandes war insbesondere durch drei Merkmale gekennzeichnet: **Erstens** nahm die Aktivität der Arbeiterklasse gegen die vorgesehene Ratifizierung der Militärverträge im Zusammenhang mit dem Betriebsverfassungsgesetz sprunghaft zu; **zweitens** wurde die Basis der antimilitaristischen Opposition durch eine gewisse Konzentration der Kräfte in der Deutschen Sammlung stabiler; **drittens** nahm die Bewegung gegen die

Remilitarisierung nunmehr zielstrebig Kurs auf die **Verhinderung der Annahme der Militärverträge im Bundestag.**

Nunmehr warnte die Führungsspitze des DGB, unter dem Eindruck starker Proteste aus den eigenen Reihen, vor Schritten, „die dem Wiedererstehen des alten, uns in seinen verhängnisvollen Auswirkungen bekannten Militarismus dienen können und vor jeder aggressiven Außenpolitik". 24) Die DGB-Spitze wich allerdings immer noch einer klaren Entscheidung für oder wider die Remilitarisierung aus. Aber auch von den sozialdemokratischen Führungskräften wurde der Wille vieler Mitglieder und Anhänger, gegen die Remilitarisierung zu kämpfen, oft in falsche Bahnen gelenkt; vor allem **schwächte die Ablehnung außerparlamentarischer Aktionen und der militante Antikommunismus innerhalb der SPD die antimilitaristische Bewegung.** Nach wie vor lehnte die SPD- und auch DGB-Führung die Aktionsgemeinschaft mit der KPD gegen Generalvertrag und EVG-Abkommen ab.

Ungeachtet dessen stand der 1. Mai 1952 ganz im Zeichen antimilitaristischer Aktionen. Millionen Arbeiter und Angestellte verurteilten an diesem Tag in Umzügen, auf Kundgebungen, durch Spruchbänder und Transparente, in Sprechchören und Reden die Militarisierung der BRD.

Einschränkung demokratischer Rechte

Die Adenauer-Regierung ließ in dieser Zeit zur Sicherung ihrer Macht eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen zur Einschränkung der demokratischen Rechte des Volkes – so das Betriebsverfassungsgesetz (BVG), das Treuepflichtgesetz, das Strafrechtsänderungsgesetz (Blitzgesetz), das Verbot der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und den Antrag auf ein Verbot der KPD – beide Organisationen unterstützten aktiv und kompromißlos den Kampf gegen die Remilitarisierung der BRD. Gleichzeitig übte der Staat mehr Druck auf die antimilitaristische Opposition durch verstärkten Einsatz von Polizei aus.

Die innenpolitische Lage spitzte sich insbesondere im Mai-Juni 1952 zu. Damals erfolgte zunächst der Angriff der CDU/CSU und FDP auf die Rechte der Arbeiter in den Betrieben durch das BVG. Zum anderen unterzeichnete Adenauer den Generalvertrag und das EVG-Abkommen.

Die Mehrheit der Arbeiterschaft rang in dieser Zeit um ein fortschrittliches Betriebsverfassungsgesetz – insgesamt streikten und demonstrierten für dieses Ziel 2,5 Millionen Arbeiter und Angestellte. Die Aktionen gingen in der Hauptsache vom DGB aus. Er hatte zum Kampf „für ein fortschrittliches Betriebsverfassungsgesetz als Grundlage der demokratischen Ordnung in Wirtschaft und Verwaltung" 25) aufgerufen. Das Echo auf diesen Aufruf war stark. Die IG Druck und Papier bestreikte so am 27./28. Mai 1952 aus Protest gegen das BVG alle Zeitungsdruckereien.

Leider aber trat der Bundesvorstand des DGB sehr bald den Rückzug an. Zunächst schwächte er die Aktionen durch die Isolierung der Bewegung

gegen das BVG vom Widerstand gegen die Militärverträge. Im Juni 1952 stellte er dann den Kampf gegen das BVG ganz ein. Diese Haltung erleichterte dem Großkapital die Durchsetzung seines Standpunktes und führte zur Annahme des BVG im Bundestag.

Viele Arbeiter verurteilten die Haltung des DGB. Aber auch große Teile gaben aus Enttäuschung heraus den Widerstand gegen das BVG auf. Deshalb ebbten die Kämpfe um das antigewerkschaftliche Gesetz rasch ab.

Widerstand gegen die Ratifizierung der Militärverträge

Nunmehr rückten wieder die Militärverträge in den Vordergrund des politischen Geschehens. Noch hatte der Bundestag den Generalvertrag und das EVG-Abkommen nicht ratifiziert. Gegen diese Absicht richteten sich jetzt die Aktionen, die durch Kräfte aus dem Bürgertum Verstärkung erhielten. Die Gegner der Remilitarisierung aus unterschiedlichen Lagern, so der „Arbeitskreis für deutsche Verständigung, für einen gerechten Friedensvertrag mit Deutschland", die „Notgemeinschaft für den Frieden Europas", die „Darmstädter Aktionsgruppe gegen die Remilitarisierung", der „Nauheimer Kreis" und andere, vereinigten sich in der **„Deutschen Sammlung"**. Diese Vereinigung forderte die Durchführung eines Volksentscheids über die Militärverträge. Das Echo auf diese Forderung war breit und reichte bis in die SPD.

Der Parteivorstand der SPD trat im Gegensatz zu dieser Bewegung nunmehr für Neuwahlen des Bundestages ein. Er wollte auf diesem Wege eine parlamentarische Mehrheit erreichen und dann seine Vorstellungen über die Militärverträge durchsetzen. Nach wie vor verweigerte er Aktionen außerhalb des Parlaments seine Unterstützung. Die SPD verurteilte auf ihrem **Parteitag in Dortmund** (24. bis 28.9.1952) nochmals ausdrücklich die Militärverträge in der vorhandenen Form und versprach ihren Anhängern mehr Aktivität im Kampf gegen die Ratifizierung der Militärverträge. [26]

Die Einwände der SPD gegen Adenauers Wehrkonzept waren jedoch von Anfang an nicht prinzipieller Art. Die SPD stimmte grundsätzlich Rüstungsmaßnahmen zu und beschwor wie die CDU/CSU das Gespenst von der „tödlichen Gefahr der sowjetischen Politik für Europa". [27] Führende Sozialdemokraten wollten „den Westen militärisch genügend stark machen gegen mögliche Angriffe und", hier im Gegensatz zur CDU/CSU, „gleichzeitig das Tor zu Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Wiedervereinigung nicht zuschlagen". [28] Das war die Grundposition der SPD-Führungskräfte. Von dieser Einstellung aus konkretisierten sie ihre Haltung zu den Militärverträgen. Dieselbe Haltung nahmen die DGB-Führungskräfte auf dem **2. Ordentlichen Bundeskongreß des DGB in Westberlin** (13. bis 17. Oktober 1952) ein.

Die Haltung der beiden großen Arbeiterorganisationen SPD und DGB zur Wehrfrage ermunterte die CDU/CSU und FDP am **19. März 1953 zur Rati-**

fizierung der Militärverträge im Parlament gegen die Stimmen der KPD und SPD sowie des Zentrums und einiger unabhängiger Bundestagsabgeordneter.

Die Militarisierung wird Wirklichkeit

Eine große Rolle spielten in dieser Phase der Auseinandersetzung für oder wider die Remilitarisierung zwei Ereignisse: Die Wahlen zum Bundestag im September 1953 und die Abstimmungen über die Militärverträge in den Parlamenten Frankreichs und Italiens.

Das Großkapital hatte über CDU/CSU und ihre Massenmedien sowie andere Instrumente alle reaktionären Kräfte mobilisiert für den Wahlkampf. Es gab Millionen Mark für den Feldzug um die Gunst des Wählers aus. Das „Gespenst des Bolschewismus" ging wieder einmal um und verschreckte den Bundesbürger. Die Mehrheit im Volk gab denn auch den großbürgerlichen Parteien CDU/CSU und FDP ihre Stimmen. Adenauer wertete natürlich dieses Ergebnis als ein Votum zur Militarisierung. Die Annahme der Militärverträge im Bundestag schien nunmehr durch die eindeutigen Mehrheitsverhältnisse für CDU/CSU und FDP nur noch eine formale Angelegenheit zu sein. Adenauer machte triumphierend daraus auch nach der Wahl keinen Hehl.

Die Gefahr für die Ratifizierung der Militärverträge kam aus dem Ausland. **Die Parlamente in Italien und vor allem in Frankreich lehnten mit Mehrheit die Ratifizierung des EVG-Vertrages ab.** Darin war die Aufstellung einer starken westdeutschen Armee von 500 000 Mann vorgesehen. Dagegen war die Mehrheit im französischen Parlament. Der entscheidende Druck war von der Kommunistischen Partei Frankreichs und den französischen Gewerkschaften (CGT) ausgegangen.

Die Entscheidung der französischen Nationalversammlung gegen EVG- und Generalvertrag löste vorübergehend einen Schock aus. Der damalige amerikanische Außenminister John Foster Dulles verlangte schon einen Tag nach dem Scheitern der Militärverträge die sofortige Einberufung des NATO-Rates, um „neue Lösungen" auszuarbeiten. Gleichfalls verärgert reagierte Adenauer. Bonn forderte kategorisch „unverzügliche Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien" [29] über das Schicksal der Militärverträge.

Die USA übten gleichzeitig auch starken wirtschaftlichen Druck auf Frankreich aus. Frankreich gab diesem Druck nach und stimmte schließlich im Herbst 1954 veränderten Vorschlägen zur Militarisierung der BRD und ihrer Eingliederung in die NATO zu – verankert in den **Pariser und Bonner Verträgen.** Diese Verträge regelten die militärische Stärke der BRD innerhalb der NATO und ihre politische Stellung im westlichen Militärpakt. **Die Bundesrepublik wurde danach endgültig als Hauptaufmarschgebiet der NATO in Europa vorgesehen.**

Schon die Ankündigung über neue Verhandlungen mit dem Ziel der Veränderung der Militärverträge löste intensive Widerstandsaktionen in der BRD aus. So stand der **3. Ordentliche Bundeskongreß des DGB** (4. bis 9.10.1954 in Frankfurt am Main) ganz im Zeichen des Protestes gegen die „festgelegte Wiederaufrüstung und Bildung einer deutschen Armee." [30] Die Delegierten verlangten vom DGB wirksame Maßnahmen gegen die Militärverträge und konkrete Schritte für die Wiedervereinigung Deutschlands. „Der Bundeskongreß lehnt jeden Wehrbeitrag ab", erklärte der DGB, „so lange nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind, mit dem Ziel, eine Verständigung der Völker untereinander herbeizuführen, und die Einheit Deutschlands wieder hergestellt ist." [31] Dieser Kongreß war der Ausgangspunkt vieler gewerkschaftlicher Aktionen gegen die Pariser Verträge und wirkte stark in die SPD hinein.

Die Mehrheit der Sozialdemokraten verurteilte nach wie vor die Militarisierung der BRD und forderte von ihrem Vorstand wirksame Aktionen gegen die Militärverträge. Vorstand und andere führende Gremien der SPD warnten aufgrund des Druckes von unten schließlich im Dezember 1954 offiziell „vor dem verhängnisvollen Versuch, durch die Ratifikation der Pariser Verträge militärische Tatsachen zu schaffen, durch die für lange Zeit der Weg zu einer Verständigung der vier Besatzungsmächte über die friedliche Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gesperrt würde." [32] Die SPD bekannte sich gleichfalls „vorbehaltlos zu einer Politik der Entspannung der internationalen Gegensätze und zur friedlichen Regelung aller Streitfragen." [33] Schließlich erwog die sozialdemokratische Führung – unter dem Eindruck der anwachsenden Bewegung – nunmehr auch außerhalb des Parlaments gegen die Politik der CDU/CSU und FDP zu wirken. Die SPD „wird auch außerhalb des Parlaments alles einsetzen", so schrieb der „Neue Vorwärts", „um diese Forderung, zu der sich im Hinblick auf den Ernst der Lage alle Freunde der deutschen Einheit und des Friedens bekennen müssen, Nachdruck zu verleihen." [34]

Die KPD wandte sich auf ihrem **Hamburger Parteitag** (28. bis 30.12.1954) in einem Manifest erneut an die SPD und rief in ihm zu gemeinsamen Aktionen gegen die Militärverträge auf. Darin hieß es: „Ihr fordert eine Politik der Verständigung und der friedlichen Verhandlungen. Dasselbe tun wir! . . .Ihr sprecht gegen aggressive Militärpakte und seid für kollektive Sicherheit in Europa, wir wollen das gemeinsam durchsetzen. Was und wer kann Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Kommunisten daran hindern, diese richtige Politik im gemeinsamen Handeln in die Tat umzusetzen? " [35]

Neue Möglichkeiten für Frieden und Sicherheit

Die Regierung der DDR schlug um die Wende 1954/55 der Bundesregierung erneut gesamtdeutsche Gespräche vor und erklärte, „alle Schritte zu unterstützen, die der Herbeiführung einer Verständigung dienen". Sie warnte auch davor, die Wiederaufrüstung und Eingliederung der Bundesrepublik in den Militärpakt der Westmächte auf Umwegen einzuschlagen. Die

Remilitarisierung sei in jeder Form „für das deutsche Volk unannehmbar, denn sie macht die Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich und gefährdet den europäischen Frieden." [36] Die DDR ging bei ihren Vorschlägen davon aus, „die beiden deutschen Staaten auf demokratischer Grundlage zu vereinigen und einen Friedensvertrag, der mit dem Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland verbunden sein sollte, herbeizuführen." [37] Als Alternative schlug die DDR ein System kollektiver Sicherheit in Europa vor und die Neutralisierung Deutschlands. Die Sowjetunion wiederum erklärte auch ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, über gesamtdeutsche Wahlen, über den Abzug der Besatzungstruppen und über die Durchführung einer Konferenz zur Schaffung eines europäischen Systems kollektiver Sicherheit.

Die Westmächte und die Bundesregierung gingen auf die Vorschläge der UdSSR und der DDR nicht ein. Stur hielten sie im Zusammenwirken mit der Adenauer-Regierung Kurs auf die Remilitarisierung der BRD.

Die Paulskirchenbewegung

Ende Januar 1955 riefen Erich Ollenhauer, Vorsitzender der SPD, und Georg Reuther, stellvertretender Vorsitzender des DGB, zusammen mit Persönlichkeiten aus der Öffentlichkeit, wie Prof. Dr. Alfred Weber und Professor D. Gollwitzer, zu einer Großkundgebung gegen die Pariser und Bonner Verträge in der historischen Stätte der **Frankfurter Paulskirche** auf. Die Teilnehmer dieses eindrucksvollen Treffens drückten in einem **Deutschen Manifest** ihren Willen zur Einheit und Frieden in Deutschland aus. Darin hieß es: „Aus ernster Sorge um die Wiedervereinigung Deutschlands sind wir überzeugt, daß jetzt die Stunde gekommen ist, Volk und Regierung in feierlicher Form zu entschlossenem Widerstand gegen die sich immer stärker abzeichnenden Tendenzen einer endgültigen Zerreißung unseres Volkes aufzurufen. Die Antwort auf die deutsche Schicksalsfrage der Gegenwart – ob unser Volk in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden kann, oder ob es in dem unnatürlichen Zustand der staatlichen Aufspaltung und einer fortschreitenden menschlichen Entfremdung leben muß – hängt heute in erster Linie von der Entscheidung über die Pariser Verträge ab." [38] Diese Veranstaltung wurde zum Auftakt einer breiten Volksbewegung, von der das SPD-Zentralorgan „Vorwärts" damals schrieb, von ihr könne „der Anstoß zu einer Wende des deutschen Schicksals ausgehen." [39]

Die Paulskirchenbewegung dehnte sich rasch über das ganze Bundesgebiet aus, führte zur Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten, erreichte einen großen Grad von Breite und Ausdehnung von Aktionen. **Die Bewegung drohte die militärischen Pläne ernsthaft zu gefährden.** Da lenkten die an der Spitze der Paulskirchenbewegung stehenden Sozialdemokraten die Aktionen in weniger gefährliche Bahnen und beschränkten ihren Widerstand gegen die Adenauer-Politik lediglich auf Unterschriftensammlungen, kleinere Meetings, auf papiernen Protest. Die SPD „hielt es für gefährlich", so betonte Herbert Wehner später die Haltung der deut-

schen Sozialdemokratie, „Stimmung zu wecken und Personen zu sammeln, mit denen die Sozialdemokratie dann von einem bestimmten Punkt an dann gar nicht mehr weiterkonnte." [40] **Die Umkehr der SPD und auch der führenden Männer aus dem DGB brach der Bewegung schließlich das Rückgrat.**

Ermutigt durch die Verhaltensweise der SPD- und DGB-Führer ratifizierte eine CDU/CSU- und FDP-Mehrheit schließlich am **27. Februar 1955** im Bundestag die Militärverträge. Damit war die Entscheidung über „die deutsche Schicksalsfrage" zugunsten „der staatlichen Aufspaltung und einer fortschreitenden menschlichen Entfremdung" – wie es im Deutschen Manifest hieß – gefallen. Die Bundesrepublik wurde zügig aufgerüstet und Mitglied der NATO. Der Graben mitten durch Deutschland war durch die Eingliederung der BRD in den Westblock tiefer geworden. Der Widerstand gegen die Remilitarisierung ebbte langsam ab. Seine Schwächen bestanden, trotz guter Ansätze und hervorragender Beispiele, **vor allem in der Zersplitterung der antimilitaristischen Kräfte, insbesondere aber der Arbeiterbewegung.** Trotzdem hatte er jahrelang die Militarisierung verzögert und schuf wichtige Traditionen im Volk, lebte später weiter im Kampf gegen die Atomrüstung und gegen die Notstandsgesetze.

Anmerkungen

1 Vgl. Marxistischer Lehrbrief, „Von Potsdam nach Bonn – Wie wurde Deutschland gespalten? ", Serie D, Nr. 2
2 Konrad Adenauer, Erinnerungen 1949 bis 1953, Stuttgart 1965, S. 382
3 Ebenda, S. 235 f.
4 Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Heft 3/1964
5 Süddeutsche Zeitung, München, 7.1.1960
6 Ebenda
7 Ebenda
8 Vgl. H. Truman, Memoiren, Bd. 2, Stuttgart 1955, S. 284
9 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Bd. 39, Bonn 1959, S. 6 918
10 Dokumentation der Zeit (DDR), Berlin 1952, Spalte 1/1950
11 Bundesanzeiger, Bonn 1949, Nr. 28
12 Konrad Adenauer, a.a.O., S. 385
13 Der Spiegel, Hamburg, 9.10.1963, S. 66
14 Cleveland Plean Dealer vom 4.12.1949
15 Vgl. Europa-Archiv, Folge 24/1950, S. 3 581
16 Archiv der Gegenwart, 27.9.1950, S. 2 601
17 Vier Jahre Bundestag, Handbuch der Bundestagsfraktion der KPD, Oppau 1953, S. 185
18 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, I. Wahlperiode 1949, Stenographische Berichte, Bd. 9, Bonn 1951, S. 6 930
19 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.3.1965
20 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, I. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 12, Bonn 1952, S. 8 754

21 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.11.1963
22 Ebenda vom 9.12.1963
23 Stern, Hamburg, 24.12.1967, S. 123 f.
24 Die Quelle, Köln 1952, Heft 2, S. 57
25 Welt der Arbeit, Köln, 16.5.1952
26 Vgl. Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD vom 24. bis 28.9.1952 in Dortmund, S. 39-41
27 Jahrbuch der SPD, o.O., 1952/53, S. 205
28 Willi Eichler, 100 Jahre Sozialdemokratie, Bonn 1962, S. 76
29 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, II. Wahlperiode 1953, Stenographische Berichte, Band 21, Bonn 1954, S. 2 228
30 Protokoll des 3. Ordentlichen Bundeskongresses, Frankfurt am Main, 4. bis 9.10.1954, DGB, o.O., o.J., S. 806-811
31 Ebenda
32 Jahrbuch der SPD, Herausgegeben vom Vorstand der SPD, Hannover/Bonn, o.J., S. 330
33 Ebenda
34 Neuer Vorwärts, Hannover, 17.12.1954
35 Freies Volk, Düsseldorf, 1.1.1955
36 Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, Band 2, Berlin 1955, S. 37/38
37 Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin 1967, Heft 4, S. 598
38 Vorwärts, Hannover, 4.2.1955
39 Ebenda
40 Günter Gaus, Staatserhaltende Opposition, oder: Hat die SPD kapituliert? Reinbek 1966, Rororo, Band 942, S. 26

Literatur

Fritz Krause, Antimilitaristische Opposition in der BRD (1949–1955), Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1971
Pawel Naumow, Bonn – Macht und Ohnmacht, Röderberg-Verlag, Frankfurt am Main, 1968
Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln, 1970
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 7, Dietz-Verlag, Berlin, 1966
Sozialdemokratie und Bundeswehr, Verlag J.H.W. Dietz-Nachfolger, Berlin/Hannover, 1957

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
in 15 Kapiteln
Hrsg.: Institut für Marxismus-Leninismus
beim ZK der SED

Kapitel I – Von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis 1849; 167 S., Broschur 1,40 DM

Kapitel II – Von 1849 bis 1871; 150 S., Broschur 1,00 DM

Kapitel III – Von 1871 bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts; 192 S., Broschur 1,20 DM

Kapitel IV – Vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1914; 216 S., Broschur 1,40 DM

Kapitel V – Von 1914 bis 1917; 136 S., Broschur 1,00 DM

Kapitel VI – Vom November 1917 bis Januar 1919; 208 S., Broschur 1,20 DM

Kapitel VII – Vom Januar 1919 bis Ende 1923; 256 S., Broschur 1,40 DM

Kapitel VIII – Von 1924 bis Herbst 1929; 224 S., Broschur 1,40 DM

Kapitel IX – Vom Herbst 1929 bis Januar 1933; 200 S., Broschur 1,20 DM

Kapitel X – Vom Januar 1933 bis August 1939; 252 S., Broschur 1,40 DM

Kapitel XI – Vom September 1939 bis Mai 1945; 224 S., Broschur 1,40 DM

Kapitel XII – Vom Mai 1945 bis 1949; 360 S., Broschur 2,20 DM

Kapitel XIII – Von 1949 bis 1955; 338 S., Broschur 2,20 DM

Kapitel XIV – Von 1956 bis 1961; 314 S., Broschur 1,80 DM

Kapitel XV – Ende 1961 bis Anfang 1963; 144 S., Broschur 1,00 DM



DIETZ VERLAG BERLIN
Deutsche Demokratische Republik
DDR – 1025 Berlin, Wallstraße 76–79

Handbuch der Verträge 1871 – 1964

Herausgegeben von H. Stoecker
1969, 787 Seiten, Leinen, 24,– DM

Im Gegensatz zu anderen anerkannten Werken ähnlicher Thematik, in denen die Dokumente vorwiegend in kommentierender Form wiedergegeben werden, bringt das Handbuch die Verträge und Abkommen original im Wortlaut.

Fall 3

Der Juristenprozeß

Herausgegeben von P. A. Steiniger und K. Leszcynski
1969, 316 Seiten, Leinen, 28,60 DM

Mit diesem Titel wird die Veröffentlichung von Dokumenten der Nachfolgeprozesse fortgesetzt. Den Dokumenten – Urteil mit Urteilsbegründung und Auszügen aus dem Plädoyer der Anklage – ist eine Einleitung von Prof Dr. Steiniger vorangestellt, welche die völkerrechtliche und politische Bedeutung des Prozesses beleuchtet.

J. A. Brodski

Die Lebenden kämpfen

Die illegalen Organisationen
„Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen" (BSW)

Übersetzung aus dem Russischen

1968, 252 Seiten, celloph. Pappband, 8,40 DM

Unter unvorstellbaren Bedingungen gründeten sowjetische Kriegsgefangene 1943 in einem Lager in München eine Widerstandsgruppe, deren Verbindungen bis zur Antinazistischen Deutschen Volksfront in Süddeutschland reichte. 94 kriegsgefangene sowjetische Offiziere wurden ein Jahr später durch die Gestapo ermordet. Vor ihrem Tod baten sie ihre Genossen: „Berichtet der Heimat von uns." – Lesen Sie diesen Bericht, mit dem der Autor jenen in Deutschland fast unbekannten Helden ein würdiges Denkmal setzt.

Bestellungen richten Sie bitte an den Buchhandel oder an die Firma Deutscher Buch-Export und -Import GmbH, DDR – 701 Leipzig, Leninstraße 16

VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften
DDR – 108 Berlin, PSF 1216
Deutsche Demokratische Republik

Marxistische Blätter

Die „Marxistischen Blätter" sind eine Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Sie erscheint bereits im 8. Jahrgang. Der Umfang jeder Ausgabe liegt zwischen 86 und 106 Seiten.

Die Zeitschrift behandelt Schwerpunkt-Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, Lehre, Entwicklung und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus in den einzelnen Ausgaben.

Sie bringt Berichte über wissenschaftliche Tagungen und politische Konferenzen, und es werden wichtige Neuerscheinungen wissenschaftlicher und politischer Literatur ausführlich besprochen.

Die Autoren sind bekannte Praktiker und Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung.

Beiträge für die Marxistischen Blätter schrieben bisher so namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik wie A. Berg (Moskau), J. Duclos (Paris), S. Segre (Rom), J.D. Bernal (London), H. Apteker (New York), F. Castro (Havanna), E. März (Wien), G. Klaus (Berlin), W. Abendroth, W. Hofmann (Marburg), M. Reimann (Essen), J Schleifstein (Köln) u.a.

Themen des Jahrgangs 1970:

Heft 1 Neofaschismus und Rechtsentwicklung in der BRD
Heft 2 Probleme der Prognose und Futurologie
Heft 3 Eigentumsverhältnisse und Vermögensbildung
Heft 4 Die Sozialdemokratie im Spätkapitalismus
Heft 5 Friedrich Engels / Zu ökonomischen Problemen in der BRD
Heft 6 Weltstrategie des Imperialismus – antiimperialistischer Kampf

Themen des Jahrgangs 1971:

Heft 1 Gewerkschaften im Spätkapitalismus
Heft 2 Probleme der europäischen Sicherheit

VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Serie A: Gesellschaft und Staat

Wie der Mensch zum Menschen wurde
Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten
Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf I.
Was lehrt der Marxismus über den Staat?
Die Entstehung des Kapitalismus
Der utopische Sozialismus
Wie Lenin den Marxismus weiterentwickelte
Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus
Der wissenschaftliche Sozialismus

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?
Gibt es noch Kapitalismus in der BRD?
Automation – Freund oder Feind?
Die Wirtschaft in der DDR
Die Industrie der Sowjetunion
Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?
Probleme des Kampfes um die Mitbestimmung
Das neue ökonomische System der DDR

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Reformation und Bauernkrieg (1517 – 1525)
Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert
Das politische Erwachen des deutschen Bürgertums
Die Große Französische Revolution von 1789 und ihre Auswirkungen
Wie die deutsche Arbeiterbewegung entstand
Deutschland in der Revolution von 1848
Die Pariser Kommune 1871
Die deutsche Arbeiterbewegung 1849 – 1863
Roter Oktober 1917
Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
Der Untergang der Weimarer Republik
Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx
Friedrich Engels, Leben und Werk

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in Deutschland (1945 – 1949)
Von Potsdam nach Bonn – wie Deutschland gespalten wurde (1945 – 1949)
Die Bundesrepublik auf dem Wege zur Militarisierung (1949 – 1955)
Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart

Serie E: Das moderne Weltbild

Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Die Grundfrage der Philosophie
Die marxistische Auffassung der Erkenntnis (Erkenntnistheorie)
Freiheit in marxistischer Sicht I – Freiheit im Kapitalismus
Freiheit in marxistischer Sicht II – Freiheit im Sozialismus
Einführung in die marxistische Dialektik I – III

Serie F: Kultur in unserem Leben

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Reihe: Sozialistische Klassiker

K. Marx:	Kritik des Gothaer Programms
F. Engels:	Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie
F. Engels:	Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
F. Engels:	Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates
W.I. Lenin:	Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus
W.I. Lenin:	Staat und Revolution
W.I. Lenin:	Marx / Engels / Marxismus
W.I. Lenin:	Was tun?
W.I. Lenin/ K. Liebknecht:	Militarismus – Antimilitarismus

Reihe: Marxismus aktuell

H. Schäfer:	Lohn, Preis und Profit heute
W. Schellenberg:	Wie lese ich das Kapital?
F. Schuster:	Die September-Streiks. Auf den Arbeiter kommt es an!
Autorenkollektiv:	Lenin und die Arbeiterbewegung heute
F. Krause:	Arbeitereinheit rettet die Republik (Kapp-Putsch 1920)
Autorenkollektiv:	Spätkapitalismus ohne Perspektive
Heiseler/ Schleifstein:	Lenin über Trotzki
L. Salini:	Frankreichs Arbeiter – Mai 1968
Heiseler/Schleifstein/ Steigerwald:	Die „Frankfurter Schule" im Lichte des Marxismus
W. Hollitscher:	Aggression im Menschenbild
M. Conforth:	Marxistische Wissenschaft – Antimarxistisches Dogma
H. Adamo:	Antileninismus in der BRD
Autorenkollektiv:	Leninismus und die Gegenwart
Scheringer/Sprenger:	Arbeiter und Bauern gegen Bosse und Banken
Bartel u.a.:	Revolutionäre Sozialdemokratie und Reichsgründung 1871
F. Krause:	Antimilitaristische Opposition in der BRD (1949-55)

VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11

Der Kampf der arabischen Völker gegen Imperialismus und Zionismus

Serie D:
Politische Probleme
unserer Zeit

7

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

Der Kampf der arabischen Völker gegen Imperialismus und Zionismus

	Seite
Der gegenwärtige Imperialismus im Nahen Osten	1
Der antiimperialistische Kampf der arabischen Staaten	3
Nichtkapitalistische Entwicklung	
a) Syrien	3
b) Agypten (VAR)	4
Welche Rolle spielt Israel in der imerpialistischen Strategie?	6
Der Zionismus und die Ursprünge des Konflikts	8
Die Vertreibung des palästinensischen Volkes	9
Die palästinensischen Flüchtlinge	10
Der Widerstand des palästinensischen Volkes	11

Preis DM 1,-

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main, Heddernheimer Landstr. 78a, Tel.: (0611) 571051.

Druck: F. Freyeisen, 6 Frankfurt am Main, Gutleutstraße 17a

Der nahe Osten ist heute zu einem der größten Krisenherde der Welt geworden. Präsident Nixon, der Führer des US-amerikanischen Imperialismus, bezeichnete die Krise im Nahen Osten als für den Weltfrieden gefährlicher als seinen Unterdrückungskrieg in Indochina. Warum? „Der Kampf der arabischen Völker gegen den Imperialismus und die Aggression Israels ist ein Bestandteil des allgemeinen Kampfes zwischen den Kräften der Freiheit und des Sozialismus in der ganzen Welt einerseits und dem internationalen Imperialismus andererseits." (Zitiert nach: Jakob Goldberg, Zum antiimperialistischen Kampf der arabischen Völker, in: Marxistische Blätter, Heft 6/1970, S. 47) Dies ist ein Aspekt des Nahost-Konflikts, der jedoch auf fast alle derzeitigen Konflikte in aller Welt zutrifft. Diese Krise im Nahen Osten aber unterscheidet sich durch einige besondere Merkmale, von denen die zwei wichtigsten hier behandelt werden sollen.

Das Nahost-Problem ist einerseits das Problem Palästinas, des palästinensischen Volkes und zum anderen das Problem der arabischen Völker im allgemeinen in ihrem Kampf gegen Imperialismus und Neokolonialismus. Diese beiden Probleme sind untrennbar miteinander verbunden, sie können auch nur innerhalb des oben angezeigten internationalen Rahmens verstanden werden.

Der gegenwärtige Imperialismus im Nahen Osten

Die Interessen des Imperialismus im Nahen Osten sind eindeutig: „Auf den Erdölfeldern der arabischen Staaten werden täglich 13 Millionen Barrel Erdöl gewonnen. Sie erbringen einen jährlichen Gewinn von 2,5 Milliarden Dollar, 63 Prozent des Reinertrages fließen in die Taschen der USA-Monopole." (Jakob Goldberg, ebenda) Bis zum Ende dieses Jahrhunderts ist der Weltimperialismus auf das Erdöl als der wichtigsten Energiequelle angewiesen. Der Nahe und Mittlere Osten besitzt rund 70 % der gesamten Erdölreserven der ganzen Welt. 40 Prozent der Gesamtnachfrage nach Erdöl im Welthandel werden durch die arabischen Länder gedeckt, und während die US- und lateinamerikanischen Erdölreserven in zehn Jahren aufgebraucht sein werden, wird in Bezug auf die Erdölreserven der arabischen Welt mit einer Mindest-Ausbeutungsdauer von 75 Jahren gerechnet. Noch krasser sind die Verhältnisse im Hinblick auf Japan und Westeuropa, die beide mehr als 80 Prozent ihres Erdölbedarfs aus dem Nahen Osten decken. (Vgl. Zum antiimperialistischen Kampf im Nahen Osten, in: Al-Djabba, Heft 9/1970)

Auch strategisch ist der Nahe Osten für den Imperialismus, besonders für seine Führungsmacht USA, von großer Bedeutung. Der Nahe Osten ist die wichtigste Brücke zwischen den drei Kontinenten Asien, Afrika und Europa, die das Mittelmeer mit dem Roten Meer bzw. dem Persischen Golf verbindet. Er ist der Schnittpunkt, der die weltimperialistischen Interessen in Afrika und Indien mit den Herrschaftszielen im Mittleren

Osten (Persien und Afghanistan) und in Süd- und Südosteuropa verbindet. Nur wenn es dem Imperialismus gelingt, den Befreiungskampf der arabischen Völker zu unterdrücken, kann er seine Herrschaft in Griechenland, der Türkei und Persien aufrechterhalten. Nur aus diesem Grund hat die USA seit Beginn der sechziger Jahre mit einer Konzentration ihrer militärisch-strategischen Kräfte von West- und Mitteleuropa weg zur Ostflanke des Mittelmeeres hin begonnen; und darum auch die Aufregung der imperialistischen Mächte, als die sowjetische Flotte im Mittelmeer Fuß faßte.

Der Imperialismus stützt sich auf die von ihm abhängigen Länder im Nahen Osten. Da für viele arabischen Staaten das Öl die Haupteinnahmequelle, wenn nicht die einzige, bedeuten, ist es ein leichtes, diese Staaten in völliger Abhängigkeit zu halten. Die drei meistproduzierenden Länder sind Kuweit, die feudalen Staaten in neokolonialistischer Abhängigkeit Saudi-Arabien und Iran. Während die Ölgewinne 70 bis 90 Prozent des Nationaleinkommens ausmachen, wird nur ein minimaler Teil der Bevölkerung dabei beschäftigt (Iran 1 % der arbeitenden Bevölkerung, Saudi-Arabien 2 %, Kuweit 19 %, Aden 6 %). Den ungeheuren Reichtum dieser Länder lassen die herrschenden Feudalherren fast ausschließlich von ausländischen Kapitalgesellschaften ausbeuten. Großbritannien, vor dem zweiten Weltkrieg als imperialistische Macht führend (Kontrolle über 100 % des iranischen und knapp 48 % des irakischen Öls), mußte seine Vorrangstelle an die Vereinigten Staaten abtreten, deren Konzerne heute ca. 44 Prozent des verarbeiteten und ca. 55 Prozent des Rohöls kontrollieren (50 % in Kuweit, 100 % in Saudi-Arabien, 30 % im Iran). Außer den genannten Staaten zählen noch der Libanon (Finanz- und Handelsbourgeoisie), die jordanische Monarchie und Israel, die festeste Stütze des USA-Imperialismus, auf dessen besondere Bedeutung noch eingegangen wird, zu den Hauptstützen des Imperialismus im Nahen Osten.

Um den reibungslosen Ablauf des legalisierten Raubs zu sichern, sind die Westmächte daran interessiert, in den von ihnen beherrschten Ländern die bestehenden Machtverhältnisse zu erhalten und sie in wirtschaftlicher Abhängigkeit zu halten. Die Unterdrückung der nationalen antiimperialistischen Befreiungsbewegung tritt somit in die erste Linie ihrer Interessen im Nahen Osten, wie auch in allen anderen neokolonialistisch beherrschten Ländern der „Dritten Welt". Aber auch die Wiederherstellung der alten Machtverhältnisse in den Ländern, die einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg eingeschlagen haben, wie Ägypten (VAR), Algerien, Syrien, Irak, Sudan, Libyen und Südjemen ist für die imperialistischen Interessen von großer Bedeutung (die amerikanische Intervention im Libanon 1958, wo Bürgerkrieg herrschte, sowie der israelisch-britisch-französische Angriff auf Ägypten 1956 und die vom Weltimperialismus unterstützte Aggression Israels 1967 gegen seine arabischen Nachbarstaaten zeigen, daß dem Imperialismus zur Wahrung bzw. Erreichung seiner Interessen jedes Mittel recht ist).

Der antiimperialistische Kampf der arabischen Staaten

Eine wichtige Rolle im Kampf gegen den Imperialismus spielt heute die am 22. März 1945 gegründete Liga der arabischen Staaten. Die wichtigsten Abkommen dieses Bündnisses sind die über gemeinsame Verteidigung und ökonomische Zusammenarbeit, die Errichtung eines gemeinsamen arabischen Marktes (1962) und die Bildung eines Oberkommandos der arabischen Streitkräfte (1964).

Die Ziele der Liga sind: Kampf gegen Neokolonialismus; Unterstützung der um ihre nationale Unabhängigkeit kämpfenden Völker; Stärkung der Verbindungen zwischen den arabischen Staaten; Ausarbeitung und Koordinierung ihrer Politik; Schutz ihrer Unabhängigkeit und Souveränität. Daß diese antiimperialistische Konzeption aber bis heute weitgehend nur auf dem Papier gültig ist, liegt an der Zusammensetzung der Liga: die unterschiedlichsten Gesellschaftssysteme und die dadurch bestimmten unterschiedlichen Klassenpositionen der Bündnisteilnehmer beeinträchtigen bzw. verhindern bisher einen wirksamen, gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus. Jordanien, Irak, Syrien, die VAR, Libanon, Saudi-Arabien, Jemen, Libyen, Sudan, Marokko, Tunesien, Kuweit, Algerien und Südjemen sind heute die Mitgliedsländer der Liga. Was dieses Bündnis trotz der großen Meinungsverschiedenheiten heute noch zusammenhält, das ist die Existenz des zionistischen Israel, vor dessen Aggression sich die arabischen Staaten nur gemeinsam schützen können (der Sieg Israels im Juni 1967 über die arabischen Armeen zeigt, daß das Bündnis auch hierzu nur sehr beschränkt — wenn überhaupt — in der Lage ist) und der arabische Nationalismus, der als Antwort auf die zionistische Aggression, teilweise nationalistische Züge trägt.

Die Träger dieses potentiell progressiven Bündnisses sind die revolutionärdemokratischen Regime, die ein unterschiedliches Entwicklungsstadium erreicht haben. Besonders zu erwähnen sind hier die VAR und Syrien, die von allen am längsten einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg eingeschlagen haben und die in ihrer Entwicklung am weitesten vorangeschritten sind. Dabei spielte in der VAR vor allem Nasser und seine Partei und in Syrien (wie auch Lybien und Sudan) die Baath-Partei ein große Rolle. Sie ergriffen in diesen Ländern die politische Macht und befreiten sie von der monarchistischen Herrschaft und weitgehend imperialistischer Abhängigkeit.

Nichtkapitalistische Entwicklung

a) Syrien

Beide Strömungen, die Baath-Parteien und die Partei Nassers, sind jedoch nicht als proletarische zu verstehen, sondern sie verkörpern die nationalistische Ideologie des Kleinbürgertums. Beide wurden zunächst von der kleinbürgerlichen Elite des Militärs beherrscht. Die Gründer der syrischen

Baath-Partei vertraten einen nationalistischen „arabischen Sozialismus", der mit Marx, Engels und Lenin nicht viel gemeinsam hat.

Die Baath-Partei, die ihre Stärke hauptsächlich in ihrem militärischen Flügel hat, ergriff am 8. Februar 1963 im Irak und genau einen Monat später in Syrien die Macht. Während in Syrien die Baath-Partei seit 1963 uneingeschränkt herrscht, wurde sie im Irak noch im November 1963 durch eine andere Gruppe ihrer Macht enthoben, konnte sie jedoch 1968 in einem erneuten Putsch wiedererlangen. In Syrien wurde 1966 der „zivile" Flügel durch einen Putsch linker Offoziere derselben Partei abgesetzt und ins Exil geschickt.

Seit 1965 gelang es den progressiven Kräften innerhalb der Baath-Partei, die heute „Arabische Sozialistische Baath-Partei" heißt, immer mehr, den Einfluß der alten opportunistischen Führer zurückzudrängen. Zu diesem Zeitpunkt konnten sie auch entscheidende fortschrittliche Maßnahmen durchsetzen, die den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg Syriens einleiteten. Fast alle industriellen Unternehmungen (mehr als 100 Betriebe mit 12.000 Beschäftigten) wurden ganz oder teilweise nationalisiert, ebenso alle Bodenschätze. Für die wichtigsten Exportgüter (Baumwolle und Getreide) wurde ein staatliches Exportmonopol eingeführt, für die wichtigsten Einfuhrgüter ein Importmonopol. Mit dem Sturz der opportunistischen Parteiführung unter Alfaq am 23. Februar 1966 durch den progressiven Flügel der Partei begann eine neue Etappe in der Politik der Baath-Partei und damit Syriens. Erstmals war die KP Syriens in dem neuen Kabinett vertreten, unter dem die Nationalisierungsbeschlüsse, die vorher auf den Widerstand der mit dem Imperialismus kollaborierenden Parteispitze gestoßen waren, nun konsequent durchgeführt wurden. Die Bodenreform wurde weitgehend beendet. Mit Hilfe sowjetischer Techniker wurden die Erdölvorkommen Syriens ohne Konzessionen an die imperialistischen Ölgesellschaften in eigener Regie erschlossen.

b) Ägypten (VAR)

Eine ähnliche Entwicklung begann in Ägypten 1952, als der von dem Offizier Gamal Abdel Nasser geführte „Bund freier Offiziere" mit Unterstützung breiter Kreise der Bevölkerung das Faruk-Regime stürzte und die antifeudale Umwälzung einleitete. Die „freien Offiziere", die nationalistisch und antikolonialistisch orientiert waren, unterschieden sich in ihrem Standpunkt kaum von den Gründern der Baath-Partei. Die Nation war für sie „immer eine große Familie. Der Klassenkampf könne nur zu ihrer Spaltung beitragen; Nasser hat ihn deshalb stets verabscheut." (Vgl. Bassam Tibi, a.a.O. S. 31 - 37) Soziale Reformen sollten den Klassenkonflikt mindern.

Von Sozialismus war in den ersten Jahren nach dem Putsch niemals die Rede. Es wurde lediglich eine Scheinagrarreform durchgeführt, die es den Großgrundbesitzern auch weiterhin gestattete, ihr parasitäres, luxuriöses Leben zu führen. Aber eine Reihe von Veränderungen wurden erzielt, so zum Beispiel gelang es, rechtsradikale Organisationen zu beseitigen. Das

Unterrichts- und Gesundheitswesen wurde ausgebaut und auch aufs Land ausgedehnt. Aber die „magische Formel" des „arabischen Nationalismus" erwies sich bald als unzureichend, die bestehenden Klassenwiderstände auszugleichen. Einige der führenden Militärs, wenn auch nicht alle, verließen deshalb diesen nationalistischen Standpunkt. Sie sahen sich hierzu durch die zunehmende Verbreitung sozialistischer Ideen und die mit der Industrialisierung gewachsene Arbeiterbewegung gezwungen. In der Erkenntnis, daß die Bourgeoisie den Weg zum Fortschritt versperrt, wurde diese nun bekämpft. In der „Arabischen Sozialistischen Union" (ASU) fanden die fortschrittlichen Militärs in den Kommunisten nun ihre Verbündeten.

Nach den vier Nationalisierungswellen (1961, 1963, 1964 und 1967) befanden sich die gesamte Schwerindustrie, die mittlere Industrie, der Außenhandel, die Banken und das Versicherungswesen, das Verkehrswesen, die Bauunternehmen sowie alle mittleren Handelsfirmen unter staatlicher Kontrolle. Eine Preiskontrolle wurde eingeführt, Privatkapital in Höhe von 3 Milliarden Dollar beschlagnahmt und dem Staat zur Verfügung gestellt. Der Aktienbesitz wurde weitgehend eingeschränkt und die Einkommen hieraus mit einer hohen Steuer belegt. Die ehemaligen Großeigentümer erhielten nur eine sehr geringe Entschädigung, die man wohl als nur symbolisch bezeichnen kann.

Infolge der tiefgreifenden Veränderungen im industriellen und anderen Bereichen verdoppelte sich das Nationaleinkommen von 1954 bis 1964. Bis 1967 wurden 2000 Betriebe errichtet; gegenwärtig erbringt die Industrie bereits ein Drittel des Nationaleinkommens.

In der Landwirtschaft dagegen wurden bisher noch nicht so tiefgreifende Veränderungen durchgeführt. Nach der Scheinreform auf diesem Gebiet in den ersten Jahren nach dem Sturz des feudalistischen Regimes gelang es den Großgrundbesitzern, sofern sie überhaupt von der „Reform" betroffen waren, die alten Verhältnisse weitgehend wiederherzustellen. Von den 16 Millionen Bauernfamilien in der VAR erhielten bis heute nur ungefähr eine Million Land. Das Land ist heute immer noch Schauplatz des Kapitalismus. Hier in der Landwirtschaft wird es sich zeigen, wie weit die progressiven Militärs zu gehen bereit sind. Die weitere Reform auf diesem Gebiet wird von der Staatsführung im Zusammenhang mit den finanziellen Möglichkeiten gesehen, Genossenschaften zu organisieren, in die jene Familien eintreten, die durch die Reform Land erhalten haben.

Die Entwicklung in der VAR ist keineswegs abgeschlossen. Sie hat aber bereits große Teile der Bevölkerung von dem nichtkapitalistischen, revolutionär-demokratischen Weg überzeugt. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen haben sich in den letzten Jahren verbessert. Die Arbeiter haben Anspruch auf ein Viertel des Betriebsgewinns. Der Arbeitstag wurde verkürzt. Die Sozialversicherung wurde eingeführt und die kostenlose Ausbildung bis hin zur Hochschule verwirklicht. Das gilt auch für den Grundsatz der Nationalcharta, daß die Hälfte aller Mitglieder der gewählten Leitungsorgane Arbeiter und Bauern sein müssen.

Den imperialistischen Mächten sind diese Entwicklungen in einigen arabischen Ländern ein Dorn im Auge. Sie sehen darin eine Gefahr für ihre Position in diesem strategisch so wichtigen Gebiet. Daß die Beispiele für eine fortschrittliche Entwicklung, die besonders die VAR und Syrien ihren Nachbarstaaten geben, eine „ansteckende Wirkung" auf die Völker im Nahen Osten haben, verstärkt die Besorgnis und den Argwohn der westlichen Mächte.

Deshalb versuchen sie mit allen Mitteln, die bestehenden progressiven Regime zu stürzen. Innere Intrigen und Putschversuche sowie äußere Aggression; dies alles umfaßt die imperialistische Strategie zur Zerschlagung oder Untergrabung der bestehenden Machtverhältnisse wie auch zur Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegungen in den noch vom Imperialismus abhängigen Ländern.

Welche Rolle spielt Israel in der imperialistischen Strategie?

In dem oben geschilderten Zusammenhang spielt Israel eine besondere Rolle. Die schematische Bezeichnung „imperialistischer Agent", der einzig und allein oder vorwiegend die Interessen des US-Imperialismus vertritt, die von vielen Linken in Bezug auf Israel gebraucht wird, erweist sich bei genauerer Untersuchung der Tatsachen als nicht ausreichend. „Israels Bindung an den vom Imperialismus beherrschten Weltmarkt läßt sich nicht leugnen, auch nicht, daß Israel – aus Gründen seiner nationalen Stärkung – bestmögliche Beziehungen zu den Vereinigten Staaten unterhalten muß. Schon kurz nach der Gründung des Staates Israel hat der zionistische Nationalismus sich als Bastion gegen die „kommunistische Unterwanderung" im Nahen Osten bezeichnet – in genauer Kenntnis des internationalen Kräfteverhältnisses und der Quellen, von denen es Hilfe erwarten konnte." (Gérard Chaliand, Kann Israel noch besiegt werden, Hamburg 1971, S. 130) Doch die Verbindung zwischen dem Imperialismus und dem israelischen Zionismus bestehen schon seit lange vor der Gründung des Staates Israel, worauf in dem Kapitel über den Zionismus noch eingegangen wird.

„Tatsache ist, daß Israel als autonomer Staat errichtet wurde auf fremdem Territorium und durch ein internationales Übereinkommen. Tatsache ist, daß der Zionismus eine vom Imperialismus geschaffene koloniale Situation in Palästina ausgenützt hat, und zwar sowohl mit seiner Hilfe als auch gegen ihn." (Bernd Tichat, Anmerkungen zum Nahost-Konflikt, in: Theorie und Praxis, Jan./Febr. 1970, S. 9) Diese Situation vor und bei der Gründung des Staates Israel ist typisch für sein Verhältnis zum Welt-Imperialismus.

Die Erklärung hierfür ist, daß der Weltimperialismus unter der Führung der USA und der imperialistische Staat Israel am Weiterbestehen einer schwachen gespaltenen arabischen Welt interessiert sind. Die Gründe des Weltimperialismus liegen in den oben beschriebenen strategischen und

wirtschaftlichen Interessen. Israels Interesse ist unterschiedlich, aber nicht weniger zwingend. Israel profitiert in keinem beachtenswerten Ausmaß von der Ausbeutung der arabischen Länder bzw. Völker. Aber seine Existenz beruht auf der Vertreibung eines arabischen Volkes aus seinem Land, aus Palästina. Und durch das Festhalten Israels an seinem zionistischen Charakter praktiziert es eine rassistische Diskriminierung aller Araber.

Die Abhängigkeit Israels von den USA in genauen Zahlen darzustellen ist fast unmöglich. Einschlägige statistische Daten sind widerspruchsvoll. Israel war niemals eine große Profitquelle für die westlichen Kapitalisten, und der Aufbau seiner grundlegend künstlichen Wirtschaft war von Anfang an sehr teuer. So hat Israel von 1949 bis 1964 fast 6000 Millionen Dollar an wirtschaftlicher Hilfe von den Vereinigten Staaten und Spenden sowie Wiedergutmachung von der Bundesrepublik erhalten. Dies entspricht der gigantischen Summe von 3000 Dollar pro Israeli und hilft mit, den unvergleichlich hohen Lebensstandard zu erklären. Diese Unterstützung wächst noch an. Für die fünf letzten Jahre überschritt sie 2,5 Milliarden Dollar, das sind 500 Milliarden Dollar im Jahresdurchschnitt. Mehr als die Hälfte dieser Unterstützung (einseitige Überweisungen, langfristige Kredite) kommen von Juden aus aller Welt, 0,7 Milliarden aus der offiziellen Hilfe der USA und 1,7 Milliarden aus deutschen Wiedergutmachungen. Die finanzielle Hilfe der jüdischen Gemeinschaft in den USA an Israel wird von der geltenden Gesetzgebung begünstigt. Zuwendungen an Israel können von der Steuer abgesetzt werden. Vergleicht man diese ausländischen Zuwendungen mit dem israelischen Bruttonationalprodukt, so erkennt man die Größe dieser Hilfe: In den Jahren 1949 bis 1965 betrugen sie 25 Prozent des Nationalproduktes.

Hier wird auch klar, daß Israel (bei seiner hohen Verschuldung) ohne die ausländischen Zuwendungen wohl kaum in der Lage wäre, eine so kostspielige Kriegspolitik zu betreiben. Der Verteidigungsetat Israels beträgt seit Jahren mehr als 40 Prozent vom gesamten Haushalt und steigt von Jahr zu Jahr weiter. „Das Verteidigungsbudget und der Schuldenausgleich machen 56 % des Haushalts aus. Sie binden unsere Hände, verhindern die wirtschaftliche Entwicklung und verkürzen die Ausgaben für soziale Leistungen." (so der israelische Finanzminister Benhas Savir bei der Vorlage des israelischen Haushalts 1970/71). Der kommende Haushalt 1971/72 sieht eine weitere Steigerung der Kriegsausgaben um 15 % gegenüber denen des laufenden Jahres vor und erreicht mit 13,2 Milliarden israelischen Pfund eine Rekordhöhe. Bei der Vorlage dieses Haushalts im israelischen Parlament dankte der Finanzminister gleichzeitig Washington „für die Gewährung eines Kredites in Höhe von 500 Millionen Dollar, mit dessen Hilfe Israel seine Waffeneinkäufe in den USA finanzieren will." (Vgl. Frankfurter Rundschau, 6. 1. 71) Diese nur knapp skizzierte Abhängigkeit Israels auf wirtschaftlichem, militärischem und auch politischem Gebiet von den westlichen Mächten bindet Israel fest in die Rolle des „imperialistischen Agenten". Nach dem Motto, Freund ist, wer unsere Existenz garantiert, geriet Israel seit Anfang der fünfziger Jahre immer mehr in diese Abhängigkeit. So wenig die Verantwortung für diese Entwicklung Israel allein aufgebürdet werden kann, sowenig kann es davon entbunden wer-

den. Die Folgen dieser Abhängigkeit vom Imperialismus wie auch die Folgen der zionistischen Politik Israels sprechen eine eindeutige Sprache.

Seit 1964/65 begann die kapitalistische Entwicklung der israelischen Wirtschaft zu stagnieren. Die Investitionswelle flaute ab, die westdeutschen Wiedergutmachungsleistungen liefen aus, und die Auslandsverschuldungen stiegen an. Dies hatte u.a. auch einen Rückgang der jüdischen Einwanderung nach Israel zur Folge. Der Staat Israel war vor dem Juni 1967 in einer ernsten Krise. Die Zahl der Arbeitslosen stieg erstmals über 100.000 (fast 10 % der arbeitsfähigen Bevölkerung) und zum ersten Mal überstieg 1966 die Zahl der Auswanderer die der Einwanderer. Die Aggression Israels gegen seine arabischen Nachbarstaaten im Juni-Blitzkrieg 1967 muß in diesem Zusammenhang gesehen werden. Hier liegen die ursächlichen Quellen der expansionistischen Politik Israels. Die hiervon unabhängigen, aber parallelen Interessen des Imperialismus liegen in dem Erstarken der arabischen Staaten, die einen vom Imperialismus unabhängigen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg eingeschlagen haben. So wurde Israel zu seinem Angriff auf die arabischen Nachbarstaaten von den Westmächten, besonders von den USA, ermuntert, die ihnen auch jede Unterstützung (militärisch und finanziell) wie auch die politische Rückendeckung gaben.

Die Hoffnungen der Westmächte haben sich nicht erfüllt. Es ist ihnen nicht gelungen, den revolutionären Prozeß in der arabischen Welt durch Krieg aufzuhalten. Davon zeugen die Veränderungen im Sudan, in Libyen und Südjemen. Die Beziehungen der fortschrittlichen arabischen Staaten zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern haben sich weiter verbessert, die Kampfbereitschaft der arabischen Staaten hat sich verstärkt.

Die Hoffnungen der zionistischen Herrschaftsschicht in Israel haben sich allerdings kurzfristig erfüllt. Seit dem Sieg hat sich die wirtschaftliche Lage bedeutend verbessert. Die ausländischen Investitionen haben sich gegenüber dem Vorjahr verdoppelt, die Arbeitslosenzahl ging zurück, die industrielle Produktion vermehrte sich, besonders auf Grund der Rüstung, um fast ein Drittel. Der Export stieg um 12 %, das Bruttosozialprodukt allein im Jahr 1968 um 14 %. Die Zahl der Einwanderer ausländischer Juden stieg beträchtlich an.

Der Juni-Krieg hat dem zionistischen Israel insofern die erwünschten Erfolge gebracht. Aber er hat gleichzeitig den gesamten historischen Prozeß im Nahen Osten verändert. Kurzfristig hat der Zionismus gesiegt; langfristig hat er sich mit seiner Aggression gegen die arabischen Nachbarn und dem Erstarken der inneren Opposition sein eigenes Grab geschaufelt.

Der Zionismus und die Ursprünge des Konflikts

Nach dem Zusammenbruch der jahrhundertelangen ottomanischen Herrschaft des türkischen Reiches über den Nahen Osten teilten nach dem Zweiten Weltkrieg die Kolonialmächte England und Frankreich den arabi-

schen Orient unter sich auf. Großbritannien erhält das Mandat über den Irak, Palästina und Transjordanien, Frankreich über den Libanon und Syrien. Zwar war die Mandatsherrschaft im Nahen Osten nur von relativ kurzer Dauer; aber in dieser Zeit wurde durch eine britische Initiative der eigentliche Konflikt ausgelöst: 1917 wurde die Balfour-Deklaration verkündet, in der es heißt: „Die Regierung seiner Majestät zieht die Gründung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk wohlwollend in Erwägung." Diese Erklärung muß unter zwei Aspekten gesehen werden: Als Antwort auf den zunehmenden Antisemitismus während der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts entstand in der russisch-jüdischen Diaspora eine Bewegung, die Juden aufrief, in Palästina landwirtschaftliche Kolonien zu gründen.

Diese Bewegung war jedoch anfänglich nur sehr klein, der größte Teil der aus Osteuropa emigrierenden Juden ließ sich in den Vereinigten Staaten und in Westeuropa nieder, wo die Assimilationsbestrebungen der jüdischen Minderheiten auf weniger Widerstand stießen. Doch auch in Westeuropa, besonders in Deutschland, erfährt der ursprünglich religiös begründete Antisemitismus seit Mitte des 19. Jahrhunderts seine moderne Ausprägung, die mehr und mehr von wirtschaftlichen und rassischen Gesichtspunkten bestimmt wird. Sie findet ihren Ausdruck u.a. in der Gründung antisemitischer Ligen, die der beginnenden Assimilation entgegenwirken.

Nach der Dreyfuß-Affäre in Frankreich veröffentlicht Theodor Herzl 1896 sein Buch „Der Judenstaat" und ein Jahr später findet in Basel der erste zionistische Kongreß statt. Die zionistische Idee, die typisch messianische Züge trägt (aus denen sie ihre einzige Berechtigung herleiten kann) findet in den ersten Jahren nur wenig Anhänger unter den Diaspora-Juden. Nur wenige europäische Juden folgen dem Ruf „zurück ins heilige Land", von denen die Mehrzahl in von der europäischen jüdischen Großbourgeoisie (besonders die Rothschilds) finanzierten Siedlungen leben. Erst nach 1933, dem Jahr der Machtübernahme durch die Nazis, beschleunigt sich das Tempo der Kolonisierung Palästinas. Bei der Gründung des Staates Israel 1948 lebten in Palästina ca. 0,7 Millionen Juden gegenüber 1,3 Millionen Arabern.

Der zweite wichtige Aspekt der britischen Unterstützung der zionistischen Kolonisierung Palästinas sind die imperialistischen Interessen Großbritanniens. Eine starke Bevölkerungsgruppe europäischer Juden in Palästina, die zudem von den imperialistischen Mächten abhängig sind, stellen eine gute Basis für die Beherrschung des gesamten Nahen Ostens dar. Heute sehen wir, daß diese Hoffnung der Imperialisten sich erfüllt hat.

Die Vertreibung des palästinensischen Volkes

Der arabische Widerstand gegen die jüdische Infiltration besteht schon seit 1920. In den folgenden Jahren stieß der Zionismus auf den erwachenden arabischen Nationalismus. Von Anfang an waren die zionistischen Führer bestrebt, die Araber zum Verlassen Palästinas zu treiben. „In der

Tat hat Ben Gurion niemals an die Möglichkeit einer Koexistenz mit den Arabern geglaubt. Je weniger Araber es innerhalb der Grenzen des künftigen Staates geben würde, desto besser. . . Eben dieses Prinzip verurteilten die Araber, denn es handelte sich in ihren Augen um die gewaltsame Inbesitznahme eines Teiles ihres Territoriums, dessen Bewohner zum größten Teil vorher vertrieben wurden." (Gerard Chaliand, Kann Israel noch besiegt werden, Reinbeck bei Hamburg 1971, S. 31)

Aller Widerstand der arabischen Palästinenser wurde aber von den zionistischen Einwanderern gebrochen, die palästinensische Bevölkerung wurde systematisch ihres Grund und Bodens beraubt und vertrieben. Nach Schätzungen hat man von 1948 bis 1965 ungefähr eine Million Dunam, das sind 100.000 Hektar Land, enteignet. Eigens für die Durchführung wurden sieben verschiedene Verfahrenstypen entwickelt. Wenn der arabische Bauer glaubte, einen Angriff auf seinen Boden abwehren zu können, stand er einem neuen Gesetz gegenüber, das man aus dem bereits bestehenden oder für diesen Zweck besonders geschaffenen juristischen Arsenal ausgegraben hatte.

Der israelische Kolonialismus unterscheidet sich noch durch ein besonderes Merkmal vom üblichen Kolonialismus. Arabische Arbeitskraft wurde nicht ausgebeutet, sondern durch jüdische ersetzt; die Einwohner nicht proletarisiert, sondern verdrängt. „Jüdische Arbeit" wurde zum Motto, und die Tatsache, daß am Tage der Staatsgründung in Tel Aviv kein einziger arabischer Arbeiter beschäftigt war, zeigt die Gründlichkeit, mit der dieses Motto ausgeführt wurde. Mit dem Motto „jüdische Produkte" wurden arabische Erzeugnisse boykottiert.

Doch nicht nur mit Landraub, Verdrängung vom Arbeitsplatz und dem Boykott arabischer Produkte wurde die palästinensische Bevölkerung vertrieben. Auch blanker Terror wurde angewandt. Eine jüdische Kommando-Truppe überfiel so 1947 das palästinensische Dorf Deir Yassin und massakrierte alle 254 Einwohner. Um jeden Preis sollten die Palästinenser zum Verlassen ihres Heimatlandes gezwungen werden, um dem künftigen Staat eine homogen-jüdische Bevölkerung zu sichern.

Der Plan der UNO von 1947, der vorsah, Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat zu teilen, wobei dem jüdischen Staat die Zonen mit gemischter Bevölkerung zugeordnet wurden (498.000 Juden und 497.000 Araber), während in dem arabischen Staat eine Bevölkerung von 725.000 Arabern und nur 10.000 Juden gelebt hatten, wurde nie verwirklicht. Die Teile des arabischen Gebietes, die nicht von Israel besetzt waren, annektierte im Dezember 1948 Jordanien.

Die palästinensischen Flüchtlinge

Der Erfolg der Vertreibung des palästinensischen Volkes spiegelt sich im Elend der Flüchtlinge, die sich außerhalb der Grenzen Israels hauptsächlich in Jordanien, Syrien, im Libanon und im Gaza-Streifen in großen Flücht-

lingslagern sammelten. Bis 1950 wurden 960.021 Flüchtlinge gezählt. Der UNO-Resolution vom 11. 12. 1948 zufolge sollte Israel den Flüchtlingen, die in ihre Heimat zurückkehren wollten, (nachdem sie wegen des ersten israelisch-arabischen Krieges und wegen der israelischen Vertreibung ihr Land verlassen hatten) dieses Recht zugestehen. Israel verweigerte dies aber. Bis Mai 1967 war die Zahl der palästinensischen Flüchtlinge auf über 1,3 Millionen angewachsen. In Israel selbst lebten nur noch ca. 300.000 Araber, die zwar einen höheren Lebensstandard haben als die Araber der umliegenden Länder, deren Unterdrückung sich aber kaum von der in anderen Kolonialländern unterscheidet. „Systematische Diskriminierung; totale Verachtung der arabischen Bevölkerung des Landes; systematische Verleumdung der arabischen Kultur in den für arabische Schulen bestimmten Lehrprogrammen, mit dem Ziel, das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer arabischen Einheit zu zerstören; Widerstand gegen die Gründung jeglicher arabischer Organisationen im politischen, kulturellen oder auch nur im sportlichen Bereich. Nicht anders als das palästinensische Volk in seiner Gesamtheit, haben auch die nach 1948 in Israel verbliebenen Palästinenser ihre nationalen Rechte verloren. Die Verantwortung liegt in beiden Fällen bei der zionistischen Besiedlung des Landes." (Eli Lobel, Die Juden und Palästina, in: Die Araber in Israel, München 1970, S. 11)

Der Widerstand des palästinensischen Volkes

Erst Anfang der sechziger Jahre entstehen rein palästinensische Widerstandsbewegungen. Der jüdisch-arabische Bürgerkrieg vom Dezember 1947 bis Januar 1948, der Terror der israelischen Juden und die Zerstreuung des palästinensischen Volkes, das menschenunwürdige Leben in den Flüchtlingslagern hatten die fortschrittlichen Elemente dieses Volkes geschwächt. Ihre Interessen wurden in den Jahren danach von anderen arabischen Führern „vertreten", deren eigenen Interessen und Streitigkeiten sie immer wieder zum Opfer fielen.

El Fatah, die erste palästinensische Bewegung rekrutierte Ihre Mitglieder hauptsächlich aus der palästinensischen Studentenunion in Kairo. Die künftigen Kader der El Fatah waren zunächst Intellektuelle und Kleinbürger, denen mehr und mehr zum Bewußtsein kam, daß das palästinensische Volk sich selbst um seine eigenen Belange kümmern muß. Am 1. 1. 1965 eröffnete El Fatah den bewaffneten Kampf gegen Israel. Prallel hierzu formierte sich 1966 eine andere palästinensische Organisation, die F.P.L.P. (Volksfront zur Befreiung Palästinas). Doch bis 1967 blieben die verschiedenen — noch sehr kleinen — Widerstandsbewegungen völlig im Untergrund. Dies „ist weniger dem äußeren Feind Israel zuzuschreiben als der Haltung der arabischen Staaten, in denen für die palästinensischen Kämpfer Meldepflicht am Wohnort bestand und in denen ihnen oft Gefängnis und manchmal noch Schlimmeres drohte." (Chaliand, a.a.O., S. 59) Vor allem im Juni-Krieg 1967 wuchs der palästinensische Widerstand sprunghaft an. So gelang es El Fatah in weniger als 18 Monaten, aus dem Nichts, das die Niederlage von 1967 hinterlassen hatte, Tausende von

Kämpfern auszubilden. Auch die F.P.L.P. wuchs in dieser Zeit bedeutend. Daneben bildeten sich zahlreiche neue Widerstandsgruppen.

1969 wurde die C.L.A.P. als Dachorganisation gegründet, in der heute zehn Kommando-Organisationen ihre politische und militärische Zusammenarbeit koordinieren. Die drei bedeutendsten sind El Fatah (militärischer Zweig El Assifa), die A.G.P.L., die der syrischen Baath-Partei nahesteht (militärischer Zweig El Saika) und die „Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas" (F.D.P.L.P.), die 1969 aus einer Spaltung der F.P.L.P. hervorgegangen ist, deren linker Flügel sie war.

Der bewaffnete Kampf des palästinensischen Volkes hat wesentlich dazu beigetragen, die hoffnungslose Gesellschaft wieder aufzurichten. Der Widerstand hat ihr durch seine Aktionen wieder zur Identität verholfen und das palästinensische Nationalbewußtsein erweckt. Doch fast alle der Widerstandsbewegungen sind in ihrer Ideologie nicht über den kleinbürgerlichen Nationalismus hinausgekommen. Dies ist der größte Mangel der sonst so erfolgreichen und vielversprechenden Organisationen. Die am 6. Mai 1970 angenommenen „Prinzipien der palästinensischen Revolution", die nach Meinung des Nationalrates für alle Organisationen bindend sein sollen, gehen davon aus, daß die palästinensischen und arabischen werktätigen Massen die Triebkräfte der palästinensischen Revolution seien. Der arabische Nationalismus wird als mobilisierendes Element angesehen. Als Feind des palästinensischen Volkes werden der Zionismus, der Staat Israel, der Imperialismus und seine Anhänger betrachtet. Das Ziel der palästinensischen Revolution, so heißt es in der Erklärung, besteht darin, den Staat Israel auf politischem, militärischem, sozialem und kulturellem Gebiet zu liquidieren und ganz Palästina zu befreien.

Das derzeitige Kräfteverhältnis im Nahen Osten läßt darauf schließen, daß dieses nationalistische Ziel in dieser Form nicht erreicht werden kann. Die wohl einzige dauerhafte Lösung des Problems im Nahen Osten kann wohl nur erreicht werden, wenn die fortschrittlichen Kräfte des palästinensischen und des israelischen Volkes sich verbünden und gemeinsam mit den anderen arabischen Staaten und den sozialistischen Ländern in aller Welt ihren Kampf gegen Zionismus und Imperialismus zum Ziel führen.

Quellenangaben und Literaturhinweise:

Gerard Chaliand: Kann Israel noch besiegt werden? oder Die Kommandos kämpfen weiter. Reinbeck bei Hamburg, 1971

Bassam Tibi(hg): Die arabische Linke Frankfurt/M., 1969

Eli Lobel/Sabri Geries: Die Araber in Israel München, 1970

Isaak Deutscher: Der israelisch-arabische Konflikt Berlin

Jörg Högemann: Der US-Imperialismus, Israel und die Araber in: Marxistische Blätter, Heft 4/1967

Jakob Goldberg: Zum antiimperialistischen Kampf der arabischen Völker, in: Marxistische Blätter, Heft 6/1970

Dane/Kadritzke: Politische Tendenzen in Israel, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12/1968

Zeitschriften zum Palästina-Problem: Resistentia-Schriften, El Fatah-Publikation in der BRD („Palästina-Komitee"); Al Djabha, hersg. vom Sozialistischen Palästina-Komitee Heidelberg

Wohin geht Europa?

Aktuelle Aspekte, Geschichte, Perspektiven des Problems der europäischen Sicherheit

Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von St. Doernberg und P. Klein
Herausgegeben vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin

395 Seiten • 11,80 Mark



VEB Deutscher Verlag
der Wissenschaften
DDR • 108 Berlin • Postfach 1216

Prof. Dr. Werner Berthold

Marxistisches Geschichtsbild — Volksfront und antifaschistisch-demokratische Revolution

Zur Vorgeschichte der Geschichtswissenschaft der DDR und zur Konzeption der Geschichte des deutschen Volkes
1970, 304 Seiten, Halbleinen DM 29,—; Bestell-Nr. 7516573 (5749)

Vorliegende Monographie stellt einen wichtigen Beitrag zur Vorgeschichte und Geschichte der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik dar, wofür der Autor größtenteils unbekanntes Material aus zentralen und anderen Archiven ausgewertet hat. Im Mittelpunkt der Darstellung steht die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, die mit Hilfe der sowjetischen Geschichtswissenschaft entscheidende Grundlagen für das Entstehen eines neuen Geschichtsdenkens und Geschichtsbildes schuf und sich dabei vor allem mit den faschistischen Geschichtsfälschungen und Miserekonzeptionen auseinandersetzte. Mit vollem Recht bezieht der Autor den Anteil ein, den auch Antifaschisten aus bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kreisen im Nationalkomitee „Freies Deutschland" im Ergebnis der auf dem VII. Weltkongreß der kommunistischen Internationale entwickelten neuen Etappe der Bündnispolitik der Kommunisten und in unmittelbarem Kontakt mit ihren führenden Vertretern leisteten. In der Folge konnten nach 1945 Fachhistoriker an den Universitäten zur Mitarbeit gewonnen werden. Bereits vor der Vereinigung von KPD und SPD zur SED beteiligten sich auch führende Sozialdemokraten an der Überwindung reaktionärer Geschichtstraditionen und bei der Ausarbeitung eines demokratischen Geschichtsbildes, als den notwendigen Voraussetzungen für den Geschichtsunterricht an den Schulen und der historischen Lehre und Forschung an den Universitäten. Ausführlich werden u.a. folgende wichtige Aspekte der Geschichtswissenschaft behandelt: Partei und Geschichtswissenschaft, Internationalismus und Patriotismus, Weltgeschichte und nationale Geschichte, Humanismus und Geschichtsdenken, Historiographie und Geschichtsunterricht sowie die Rolle der ersten Organe der Volksbildung und des Hochschulwesens in der damaligen sowjetischen Besatzungszone.

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten.



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN
DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

in 15 Kapiteln

Hrsg.: Institut für Marxismus-Leninismus
beim ZK der SED

Kapitel I	— Von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis 1849; 167 S., Broschur 1,40 DM
Kapitel II	— Von 1849 bis 1871; 150 S., Broschur 1,— DM
Kapitel III	— Von 1871 bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts; 192 S., Broschur 1,20 DM
Kapitel IV	— Vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1914; 216 S., Broschur 1,40 DM
Kapitel V	— Von 1914 bis 1917; 136 S., Broschur 1,— DM
Kapitel VI	— Vom November 1917 bis Januar 1919; 208 S., Broschur 1,20 DM
Kapitel VII	— Vom Januar 1919 bis Ende 1923; 256 S., Broschur 1,40 DM
Kapitel VIII	— Von 1924 bis Herbst 1929; 224 S., Broschur 1,40 DM
Kapitel IX	— Vom Herbst 1929 bis Januar 1933; 200 S., Broschur 1,20 DM
Kapitel X	— Vom Januar 1933 bis August 1939; 252 S., Broschur 1,40 DM
Kapitel XI	— Vom September 1939 bis Mai 1945; 224 S., Broschur 1,40 DM
Kapitel XII	— Vom Mai 1945 bis 1949; 360 S., Broschur 2,20 DM
Kapitel XIII	— Von 1949 bis 1955; 338 S., Broschur 2,20 DM
Kapitel XIV	— Von 1956 bis 1961; 314 S., Broschur 1,80 DM
Kapitel XV	— Ende 1961 bis Anfang 1963; 144 S., Broschur 1,— DM



DIETZ VERLAG BERLIN

Deutsche Demokratische Republik

DDR — 1025 Berlin, Wallstraße 76—79

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Die „Marxistischen Lehrbriefe" vermitteln in sechs Serien populärwissenschaftlich — nicht in verflachter Form! — anhand der konkreten politischen Praxis die Hauptwissensgebiete des Marxismus.

Serie A: Gesellschaft und Staat

1 Wie der Mensch zum Menschen wurde
2 Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten I. (Von der Urgemeinschaft z. Entwicklg. d. Feudalismus)
3 Die marxistische Lehre v.d. Klassen und d. Klassenkampf (Einführung)
4 Die marxistische Lehre vom Klassenkampf II
5 Was lehrt der Marxismus über den Staat?
6 Die Entstehung des Kapitalismus
7 Der utopische Sozialismus
8 Wie Lenin den Marxismus weiterentwickelte
9 Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus
10 Der wissenschaftliche Sozialismus
Der Marxismus zur nationalen Frage (in Vorbereitung)

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

1 Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
2 Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?
3 Gibt es noch Kapitalismus i. d. BRD?
4 Automation — Freund oder Feind?
5 Die Wirtschaft in der DDR
Teil I. Industrie
6 Die Industrie der Sowjetunion
Struktur — Standorte — Zahlen
7 Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?
8 Probleme des Kampfes um die Mitbestimmung
9 Das neue ökonomische System in der DDR

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

1 Reformation u. Bauernkrieg (1517-25)
2 Das politische Erwachen des deutschen Bürgertums
3 Deutschland im 17. u. 18. Jahrhundert
4 Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit
Die Große Französische Revolution von 1789 und ihre Auswirkungen
5 Wie d. deutsche Arbeiterbewegung entstand
6 Deutschland i. d. Revolution v. 1848
7 Roter Oktober 1917
8 Die deutsche Arbeiterbewegung 1849-63
9 Die Novemberrev. 1918 i. Deutschland
10 Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg
11 Der Untergang d. Weimarer Republik
12 Aus d. Leben u. Wirken v. Karl Marx
13 Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
14 Die Pariser Kommune 1871
15 Friedrich Engels, Leben und Wirken
16 Die deutsche Arbeiterbewegung von 1919-1923

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

1 Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in Deutschland (1945-1949)
2 Von Potsdam nach Bonn
Wie Deutschland gespalten wurde (1945-1949)
3 Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
4 Probleme des Dialogs zwischen Marxisten und Christen
5 Worin besteht die faschistische Gefahr in der BRD?
6 Die Militarisierung der BRD (1949-56)
7 Der Kampf der arabischen Völker gegen Imperialismus und Zionismus
Der Befreiungskampf der Völker Angolas, Guineas und Mocambiques gegen den portugiesischen Kolonialismus (in Vorbereitung)
Der Befreiungskampf der Schwarzen in den USA (in Vorbereitung)

Serie E: Das moderne Weltbild

1 Geschichte - Zufall oder Gesetz?
2 Die Grundfrage der Philosophie
3 Die marxistische Auffassung der Erkenntnis (Erkenntnistheorie)
4 Freiheit in marxistischer Sicht I.
5 Freiheit in marxistischer Sicht II.
6, 7, 8 Einführung in die marxistische Dialektik I — III

Serie F: Kultur und Fortschritt

1 Wer hat Kultur?
Aber wer macht sie?
(wird fortgesetzt)

Jeder Marxistische Lehrbrief hat einen Umfang von rund 20 Seiten und kostet 1,— DM zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellungen über den Buchhandel oder den Verlag.

MARXISTISCHE BLÄTTER

Die „Marxistischen Blätter" sind eine Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Sie erscheint bereits im 8. Jahrgang. Der Umfang jeder Ausgabe liegt zwischen 86 und 106 Seiten.
Der Preis je Einzelheft beträgt ab Januar 1972 DM 3,— plus Zustellgebühr und im Abonnement DM 15,— plus Zustellgebühr.

Die Zeitschrift behandelt Schwerpunkt-Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, Lehre, Entwicklung und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus in den einzelnen Ausgaben.

Sie bringt Berichte über wissenschaftliche Tagungen und politische Konferenzen, und es werden wichtige Neuerscheinungen wissenschaftlicher und politischer Literatur ausführlich besprochen.

Die Autoren sind bekannte Praktiker und Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung.

Beiträge für die Marxistischen Blätter schrieben bisher so namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik wie A. Berg (Moskau), J. Duclos (Paris), S. Segre (Rom), J.D. Bernal (London), H. Aptheker (New York), F. Castro (Havanna), E. März (Wien), G. Klaus (Berlin), W. Abendroth, W. Hofmann (Marburg), M. Reimann (Essen), J. Schleifstein (Köln) u.a.

Themen des Jahrgangs 1971:

Heft 1 Gewerkschaften im Spätkapitalismus
Heft 2 Probleme der europäischen Sicherheit
Heft 3 Neue Erscheinungen im Imperialismus
Heft 4 Politische Parteien in der BRD
Heft 5 Methoden zur Integration der Arbeiterklasse in den staatsmonopolistischen Kapitalismus
Heft 6 Arbeiterklasse und Kultur

Themen des Jahrgangs 1970:

Heft 1 Neofaschismus und Rechtsentwicklung in der BRD
Heft 2 Probleme der Prognose und Futurologie
Heft 3 Eigentumsverhältnisse und Vermögensbildung
Heft 4 Die Sozialdemokratie im Spätkapitalismus
Heft 5 Friedrich Engels/Zu ökonomischen Problemen in der BRD
Heft 6 Weltstrategie des Imperialismus — antiimperialistischer Kampf

Bestellungen über den Buchhandel oder den

VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt/Main, Heddernheimer Ldstr. 78a

Der Befreiungskampf in Indochina
Teil 1 Vietnam von 1945 bis 1954



Serie D:
Politische Probleme
unserer Zeit

8

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

Der Befreiungskampf in Indochina
Teil 1 — Vietnam von 1945 bis 1954

	Seite
Einige wesentliche Züge der antikolonialen Befreiungsbewegung von 1945	1
Die vietnamesische August-Revolution von 1945 und die Konstituierung der Demokratischen Republik Vietnam	3
Die Behauptung der DRV im Kampf gegen die Aggression des französischen Imperialismus (1945/46)	4
Das Scheitern des zweiten französischen Aggressionskrieges (1946 - 1954) und die Ergebnisse der Genfer Indochinakonferenz von 1954	6
Fußnoten	11
Literatur	11

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main, Heddernheimer Landstr. 78a, Tel.: (0611) 571051.

Druck: F. Freyeisen, 6 Frankfurt am Main, Gutleutstraße 17a

V. Bauer
Hirschenstr. 60
8510 Fürth

Der heldenhafte Kampf der Völker Indochinas um nationale Freiheit, Frieden und sozialen Fortschritt hat weltweite Sympathie gefunden, zu einer in der Geschichte bisher einmaligen Solidaritätsbewegung geführt und wie kein anderes Ereignis seit 1945 den aggressiven und menschenfeindlichen Charakter des Imperialismus vor der breiteren Weltöffentlichkeit sichtbar gemacht. Aktive Solidarität und bewußter Antiimperialismus können nicht allein und nicht einmal in erster Linie auf Emotionen gegründet werden, sie setzen Wissen um die Zusammenhänge und Kenntnis der für das jeweilige Problem entscheidenden historischen und politischen Tatsachen voraus. Diesem Bedürfnis sollen die nachstehenden Ausführungen dienen. Die Vielfalt des Indochina-Problems und die Tatsache, daß seine akute Phase bereits drei Jahrzehnte andauert, verbieten von vornherein den Versuch, hier eine historische Kurzfassung zu geben. Dementsprechend konzentriert sich die Darstellung auf einige für das Verständnis des Gesamtproblems entscheidende Eckpunkte – nämlich im Teil I auf einige Züge der Befreiungsbewegung bis 1945; die Entstehung eines gesamtnationalen, unabhängigen vietnamesischen Staates in Gestalt der Demokratischen Republik Vietnam; die Behauptung der DRV und ihre Anerkennung durch Frankreich 1945/46; das Scheitern des französischen Aggressionskrieges 1946–1954 und die grundsätzliche Bedeutung der Genfer Abkommen von 1954; und im Teil II auf den Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die amerikanische Aggression sowie die Entfesselung des zweiten Indochinakrieges durch den USA-Imperialismus.

Einige wesentliche Züge der antikolonialen Befreiungsbewegung vor 1945

Die Geschichte der Völker Indochinas ist lang und wechselvoll, doch stets waren ihre bestimmenden Merkmale der entschlossene und unbeugsame Kampf gegen fremde Eroberer und das immer wieder zu machtvollen Erhebungen führende Ringen der Bauern um ihre soziale Befreiung.

Französisch-Indochina war vor 1945 noch kein Brennpunkt der nationalen Befreiungsbewegung, obwohl der Widerstand besonders der Vietnamesen in wiederholten Aufständen und Aktionen gegen das Kolonialregime sichtbaren Ausdruck fand. In Nordvietnam war die koloniale Unterdrückung infolge des langandauernden und erbitterten bewaffneten Widerstandes besonders brutal, hier befanden sich jedoch auch die größten Lagerstätten der wichtigsten Bodenschätze und waren die ausnahmslos in französischer Hand befindlichen größeren Industriebetriebe konzentriert. Während daher die einheimische Bourgeoisie im Norden äußerst schwach war, entwickelte sich das Proletariat hier relativ schnell. Folgerichtig wurden daher die Arbeiter, die junge Intelligenz und Teile des städtischen Kleinbürgertums Nordvietnams zu den entscheidenden Repräsentanten der nationalen und gesellschaftlichen Erneuerungsbestrebungen.

Die am 3. Februar 1930 gegründete KP Indochinas wurde nicht nur in kurzer Zeit zur Führerin der Arbeiterklasse, sie war zugleich in den dreißiger Jahren die einzige antikoloniale Kraft von Bedeutung. Durch die enge Zusammenarbeit mit der Französischen Kommunistischen Partei und

in schöpferischer Auswertung der Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale von 1935 (Moskau) gelang es ihr vor allem in Vietnam, die richtigen Kampfformen zu entwickeln. Sie begann in zunehmendem Maße progressive Organisationen um sich zu sammeln und vereinigte sie im März 1937 in der Demokratischen Front Vietnams. Die Bildung der Front war gleichbedeutend mit dem Übergang der Führung der nationalen Befreiungsbewegung an die Arbeiterklasse – ein Vorgang, der für die weitere Entwicklung entscheidende Bedeutung erlangte und zu dieser Zeit in Südostasien keine Parallele fand. Erstmalig in der kolonialen Welt hatte die Arbeiterklasse, obwohl auch in Vietnam zahlenmäßig schwach und erst am Anfang ihrer Entwicklung als Klasse stehend, die politisch-ideologische und organisatorische Reife zur Erringung der Hegemonie in der antikolonialen nationalen Befreiungsrevolution unter Beweis gestellt.

In Französisch-Indochina schuf der Kriegsverlauf besondere Bedingungen, die unter anderem dazu führten, daß der antijapanische Widerstandskampf des vietnamesischen Volkes bis in die letzten Kriegsmonate hinein der Weltöffentlichkeit unbekannt blieb und eine Reihe spezifischer Züge aufwies. In Vietnam kam es nicht zur direkten militärischen Konfrontation mit den japanischen Aggressoren, da diese 1940/41 Teile des Landes im Zuge ihrer Erpressungspolitik auf kaltem Wege annektierten. Für die Befreiungsbewegung entstand daraus die Notwendigkeit, den Kampf gleichermaßen gegen das französische Kolonialregime und die Okkupanten zu richten – eine gewiß nicht unkomplizierte Situation.

Es ist ein besonders schändliches Kapitel in der Geschichte des französischen Kolonialismus, daß die Kolonialverwaltung zum aktiven Handlanger der Okkupanten wurde. Indochina war das einzige besetzte Land Südostasiens, in dem die japanische Militärverwaltung kein Besatzungsgeld einführen mußte, da die Bank von Indochina bereitwillig Anleihen in Höhe von 725 Mill. Piaster gewährte. Gendarmerie und Fremdenlegion führten auf Geheiß der Besatzer Strafexpeditionen durch, sicherten mit Gewalt die Durchführung der japanischen Requirierungspolitik.

Ein besonderes Merkmal der vietnamesischen Befreiungsbewegung während des Krieges war die aus ihrer bisherigen Entwicklung resultierende Geschlossenheit und Zielklarheit, wodurch unorganisierte, zersplitterte und demzufolge opferreiche Guerilla-Aktionen im wesentlichen vermieden werden konnten. Von Anfang an war die konsequente Orientierung auf eine systematisch vorbereitete gesamtnationale Erhebung erkennbar. Am 11. Mai 1941 beschloß das VIII. erweiterte Plenum der KP Indochinas die Gründung der Viet Minh, arbeitete die Grundlinien eines nationalen Programms aus und formulierte als Hauptaufgaben nach dem Sieg der Befreiungsrevolution die konsequente Beendigung der bürgerlich-demokratischen Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Unter Ausnutzung aller legalen, halblegalen und illegalen Möglichkeiten entwickelte sich die Viet Minh bis 1944 zu einer echten gesamtnationalen antijapanischen Interessenvertretung des vietnamesischen Volkes. Damit waren auch bestimmte Voraussetzungen gegeben, den Kampf für die Unabhängigkeit offensiv zu führen.

Die Schaffung nationalrevolutionärer Streitkräfte, ihre zunehmende militärische Aktivität in den Nordprovinzen, die richtige Orientierung der antijapanischen Kräfte auf die wesentlichen nationalen und sozialen Interessen des vietnamesischen Volkes und der schnell anwachsende Masseneinfluß der Viet Minh waren wichtige Voraussetzungen für die im Juni 1945 in Nordvietnam erfolgenden Bildung der „Befreiten Zone Vietbac". Sie umfaßte 6 Provinzen mit Ausnahme der Städte, in ihr lebten über 1 Mill. Menschen und ihre Grenze verlief etwa 60 Kilometer vor Hanoi. Im Juli fielen auch die Städte Baccan, Yenthe, Vinhyen und Tuyenquang. Gleichzeitig kam es zu einer erheblichen Verstärkung des Partisanenkampfes in Südvietnam.

Die vietnamesische August-Revolution von 1945 und die Konstituierung der Demokratischen Republik Vietnam

Der rapide Zusammenbruch der militärischen Positionen Japans in Südostasien nach der Befreiung Burmas sowie die grundlegende Veränderung der Lage im Fernen Osten durch den Eintritt der UdSSR in den Krieg gegen Japan und die schnelle Zerschlagung der japanischen Eliteeinheiten in Nordostchina durch die Sowjetarmee hatte ähnlich wie in Indonesien entscheidende politische Rückwirkungen. Die patriotischen Kräfte Vietnams waren entschlossen und in der Lage, die günstige strategische und taktische Situation zu nutzen.

Am 16. und 17. August 1945 trat in Tantrao (Provinz Tuyenquang, Befreite Zone Vietbac) der Nationale Volkskongreß zusammen, an dem 60 Delegierte aus allen Gebieten Vietnams teilnahmen. Seine Beratungen erhielten durch das überraschende Kapitulationsangebot Japans an die Alliierten vom 15. August einen dramatischen Akzent. Auf Anregung der Kommunistischen Partei Indochinas konstituierte sich unverzüglich das Nationalkomitee zur Befreiung Vietnams. Am 16. August 1945 befürwortete der Volkskongreß den Beschluß über den allgemeinen Aufstand, bestätigte den Befehl Nr. 1 über den Beginn des allgemeinen Aufstandes, den innen- und außenpolitischen Aktionsplan der Viet Minh und rief durch Ho Chi Minh das Volk zur gesamtnationalen Erhebung auf:
„Landsleute! Die entscheidende Stunde im Leben unseres Volkes hat geschlagen. Landsleute im ganzen Lande, erhebt euch zum Kampf für eure Befreiung! Die unterdrückten Völker vieler Länder kämpfen aktiv um ihre Unabhängigkeit. Wir dürfen nicht zögern. Erhebt Euch! Vorwärts, Landsleute, unter dem Banner der Viet Minh mutig vorwärts."[1]

In wenigen Tagen breitete sich der Aufstand über ganz Vietnam aus, und die Stärke der Volksbefreiungsarmee stieg schnell auf 50.000 Mann. Die Viet Minh und die Volksbefreiungsarmee wurden von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung in Annam, Tonkin und Cochin unterstützt, errangen sehr schnell eine militärische Überlegenheit, zwangen zahlreiche japanische Garnisonen zur Waffenstreckung und befreiten schon am 19. August 1945 – nach großen Demonstrationen der Bevölkerung und dem Übergang von Polizei und Bao-Dai-Truppen auf die Seite der Revolution –

die Hauptstadt Hanoi. Am gleichen Tage trat die Bao-Dai-Verwaltung zurück. Am 23. August wurde Hue (Zentralvietnam) und am 25. August die größte Stadt Südvietnams, Saigon, befreit. Am 25. August dankte Bao Dai in der alten Kaiserstadt Hue in aller Form ab, das Nationalkomitee zur Befreiung Vietnams erklärte sich am 28. August zur Provisorischen Revolutionären Regierung Vietnams.

Am 2. September 1945 proklamierte Ho Chi Minh vor 500.000 Menschen auf dem Badinh-Platz von Hanoi die Unabhängigkeit Vietnams. Die Proklamierung der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) war ein außerordentliches Ereignis für ganz Asien, war der erste Sieg einer von der Arbeiterklasse geführten nationalen Befreiungsrevolution in einem kolonialen Land. Die entscheidende Grundlage dieses Erfolges war die Einheit aller patriotischen Kräfte des vietnamesischen Volkes. Ho Chi Minh, das unbestrittene Symbol des antikolonialen Freiheitskampfes, wurde zum Präsidenten der DRV gewählt. Es war von allen Vietnamesen als wahrhaft historischer Akt betrachtet worden, daß Kaiser Bao Dai am 25. August bei seiner Abdankung in der Zitadelle von Hue das Reichssiegel und das kaiserliche Schwert an die Regierung Ho Chi Minh übergeben hatte, während die neue Nationalflagge gehißt wurde.

Aus dem bisher Dargelegten ergibt sich eindeutig, daß 1945 die Volksmacht in Gestalt der Demokratischen Republik Vietnam auf dem gesamten Territorium Vietnams entstand und nicht nur, wie später vom französischen Imperialismus behauptet wurde, im Norden des Landes. Die gleiche unhaltbare These ist auch seit 1955 die „Rechtsgrundlage" der amerikanischen Intervention und späteren offenen Aggression in Vietnam.

Die Behauptung der DRV im Kampf gegen die Aggression des französischen Imperialismus (1945/46)

Die vietnamesische Revolution machte die Pläne für die Restaurierung des Kolinialsystems zunichte, was in Paris äußerste Bestürzung hervorrief. Dennoch wurde in der Annahme, die Niederschlagung der Revolution mit Waffengewalt erreichen zu können, von den französischen Militärs die sofortige Liquidierung der DRV beschlossen. Am 23. September 1945 griffen die französischen Truppen in den frühen Morgenstunden Saigon an und versuchten sich in den Besitz der Stadt zu setzen. Damit hatte der erste Aggressionskrieg gegen die DRV begonnen.

Die kolonialistische Aggression Frankreichs war für die Demokratische Republik Vietnam eine tödliche Gefahr. Nicht allein, weil sie von anglo-indischen und japanischen Truppen unterstützt wurde, sondern auch durch die Anwesenheit weiterer fremder Truppen im Lande. Auf Grund alliierter Beschlüsse rückten 120.000 Mann Kuomintang-Truppen unter General Lu Han bis zum 16. Breitengrad vor. Die Lage in Vietnam und die Gefahr der allgemeinen imperialistischen Intervention machte für die DRV einen Mehrfrontenkrieg unmöglich. Sie vermied daher jeden Zusammenstoß mit den chinesischen und den britischen Truppen. Am 26. September 1945

rief Präsident Ho Chi Minh das gesamte Volk zum Widerstand gegen die Franzosen auf.

Im Ergebnis der militärischen Anstrengungen des vietnamesischen Volkes scheiterte der Versuch der französischen Kolonialtruppen, die DRV im ersten Ansturm zu überrennen. Durch ihre innere Stabilität und Massenbasis, die der Ausdruck dafür war, daß die Proklamierung der DRV zutiefst den Interessen des gesamten Volkes entsprach, konnte die Republik die gefährliche Situation meistern. Ein geradezu klassisches Beispiel für den Einfluß der revolutionären Regierung und die Machtlosigkeit der Franzosen und Rechtsnationalisten waren die am 6. Januar 1946 in ganz Vietnam abgehaltenen allgemeinen Wahlen. Die Wahlen zur Nationalversammlung wurden zu einer überwältigenden Demonstration der Einheit des vietnamesischen Volkes und zu einem triumphalen Erfolg für die Viet Minh und ihren Präsidenten Ho Chi Minh; von den 300 frei aus einer großen Zahl von Kandidaten gewählten Abgeordneten gehörten 230 der Viet Minh an.

Die Regierung entschloß sich, auf dem Verhandlungswege eine Feuereinstellung mit Frankreich zu erreichen, um die Gefahr eines Kuomintang-Putsches zu bannen und eine endgültige Regelung der vietnamesisch-französischen Beziehungen erst nach dem vollständigen Abzug der chinesischen Truppen anzustreben. Auch die neue französische Regierung Gouin war an Verhandlungen interessiert. Einmal war der Druck der demokratischen Kräfte in Frankreich sehr stark und auch einflußreiche Wirtschaftskreise fürchteten um ihre Kapitalanlagen. Die Wirtschaftslage Frankreichs war sehr angespannt und die Regierung wollte sie nicht durch einen fortgesetzten und in seinen Ausmaßen wachsenden Krieg in Indochina noch weiter verschärfen. Sie nahm daher Verhandlungen mit der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam auf.

In der auf der sogenannten Präliminarkonferenz am 6. März 1946 in Hanoi von Ho Chi Minh und J. Sainteny unterzeichneten Französisch-Vietnamesischen Konvention, während der Konferenz von Dalat (17. April – 11. Mai 1946) und gemäß einem von Präsidenten Ho Chi Minh und dem französischen Überseeminister Marius Moutet am 14. September 1946 in Fontainebleau bei Paris vereinbarten „modus vivendi" mußte Frankreich Konsequenzen aus der grundlegenden Veränderung des Kräfteverhältnisses und der politischen Lage in Vietnam ziehen.

In der „Convention Préliminaire" vom 6. März 1946 erkannte Frankreich die Demokratische Republik Vietnam „als einen freien Staat an, der ..., seine Regierung, sein Parlament, sein Heer und sein Finanzwesen hat."[2] Spätere Verhandlungen sollten die „diplomatischen Beziehungen Vietnams zu fremden Staaten, (das) künftige Statut Indochinas und (die) wirtschaftlichen und kulturellen Interessen Frankreichs in Vietnam" endgültig regeln. Die abziehenden Kuomintang-Truppen sollten durch französische Streitkräfte ersetzt werden. Dieses auf 15.000 Mann begrenzte Kontingent hatte die Erfüllung aller sich aus der Kapitulation Japans ergebenden Maßnahmen zu sichern und sollte bis 1951 sukzessiv von vietnamesischen Truppen abgelöst werden. Die französische Regierung verpflichtete sich in einer gesonderten Konvention, Vietnam bis zum April 1951 vollständig zu

räumen. In den Vereinbarungen des Jahres 1946 wurde gleichfalls die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Gewährung der Presse-, Organisations- und Versammlungsfreiheit zugesichert.

Vietnam war das erste Kolonialgebiet, das dem sogenannten Mutterland die Anerkennung seiner staatlichen Unabhängigkeit abzwang. Nichts kann diese Tatsache der Anerkennung der Demokratischen Republik Vietnam in Frage stellen oder eliminieren – ganz abgesehen davon, daß die Legitimität der verwirklichten Selbstbestimmung des vietnamesischen Volkes keinerlei Anerkennung durch Frankreich bedurfte. Vom Charakter und den Ergebnissen der vietnamesischen Augustrevolution ausgehend, kann man daher die französischen Überfälle vom September 1945 und November/Dezember 1946 auf die DRV nicht als Kolonialkriege im landläufigen Sinn – das heißt als bewaffnete Auseinandersetzung einer Kolonialmacht mit den um ihre Befreiung kämpfenden Kräften eines Gebietes, über das sie im Sinne des imperialistischen Rechts die Souveränität ausübt – bezeichnen. Sie erfüllten eindeutig den Tatbestand der Aggression gegen einen selbständigen, vom Aggressor seit dem 6. März 1946 anerkannten Staat, was 1946 außerhalb Vietnams allerdings nicht die gebührende Beachtung fand. In den offiziellen Dokumenten vom 6. März und 14. September 1946 wird die Regierung Ho Chi Minh durchgängig als „Regierung von Vietnam" bezeichnet, und in den einschlägigen Paragraphen heißt es immer Vietnam, wenn von der Demokratischen Republik Vietnam die Rede ist.[3]
Es muß daher immer wieder mit Nachdruck darauf verwiesen werden, daß die DRV ein Völkerrechtssubjekt und der französische Überfall demzufolge eine Aggression war.

Wir haben die Entstehung und Behauptung der DRV hier relativ ausführlich behandelt, weil in ihr die Triebkräfte der vietnamesischen Revolution und die historischen Grundtatsachen in Vietnam – nämlich die Konstituierung der DRV als gesamtnationale und legitime Repräsentanz des vietnamesischen Volkes – sichtbar werden. Ihre Kenntnis und Erkenntnis ist entscheidend für die richtige Einschätzung der Ereignisse nach 1954, vor allem aber der amerikanischen Intervention und Aggression in Indochina. Und es ist keineswegs ein Zufall, daß gerade diese Tatsache von den publizistischen und wissenschaftlichen Interessenvertretern des Monopolkapitals entweder verschwiegen oder in oft haarsträubender Weise entstellt wird.

Das Scheitern des zweiten französischen Aggressionskrieges (1946–1954) und die Ergebnisse der Genfer Indochinakonferenz von 1954

Am 19. Dezember 1946 griffen französische Truppen den Präsidentenpalast in Hanoi an, der französische Imperialismus versuchte erneut, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und die DRV mit Waffengewalt zu vernichten. Der französische Historiker Chesneaux schrieb treffend:
„Die Schlachten von Caobang, Hoabinh und Dien-Bien-Phu waren politisch

gewonnen (oder verloren), noch ehe sie militärisch ausgetragen worden waren."[4] Eine Darstellung des Krieges von 1946 bis 1954 ist an dieser Stelle unmöglich, daher sollen nur seine Hauptentwicklungsetappen nachgezeichnet werden:

1946/47	Allgemeine französische Offensive und beträchtliche Bodengewinne. Das strategische Ziel, die Zerschlagung der DRV wird nicht erreicht.
1947	Französische Großoffensive in Nordvietnam (Schlacht in Vietbac) soll zur Einschließung und Vernichtung der vietnamesischen Volksarmee führen. Erste große militärische Niederlage Frankreichs in Indochina und Übergang zum gesamtnationalen Widerstands- und Befreiungskrieg.
1948/49	Nach der Herbstoffensive 1948 im Delta des Roten Flusses müssen die Aggressoren mehr und mehr zur Verteidigung übergehen.
1949/50	Zerschlagung der französischen Truppen im nördlichen Grenzgebiet. Befreiung mehrerer Provinzen und erstmalige direkte Verbindung zur VR China möglich. Operativ-taktische Initiative geht an die VVA über.
1951/52	Die erbitterten Schlachten um Hoabinh demonstrieren den Übergang der VVA von der Partisanentaktik zu Angriffsoperationen größerer Verbände. 1952 waren die Landgebiete Nordvietnams, ein großer Teil Zentralvietnams sowie das Mekong-Delta fest in der Hand der DRV. Frankreich ist nur noch durch steigende USA-Militärhilfe in der Lage, den Krieg fortzusetzen.
1952/53 1954	Übergang der VVA zur allgemeinen Offensive und umfassende Gegenoperationen der französischen Streitkräfte. Das militärische Vabanquespiel General Navarres führte im Mai 1954 zur Katastrophe von Dien-Bien-Phu.

Die Niederlage des französischen Imperialismus in Indochina, vor allem jedoch die erfolgreiche militärische Behauptung der DRV, hatte langfristige Auswirkungen auf den nationalen Befreiungskampf in Asien. Eine Volksbefreiungsarmee hatte sich imperialistischen Elitetruppen an Kampfkraft und operativ-taktischer Flexibilität überlegen erwiesen. Der französische Oberst Schneider schrieb:
„Die Folgen dieser Niederlage und der darauf eingetretenen Verhandlungen sollten eine Schlappe der ganzen westlichen Welt werden. Denn es handelte sich hier um einen Sieg ... der Kommunisten über die Kapitalisten, der Kolonialisierten über die Kolonialisten."[5]

Der Sieg des vietnamesischen Volkes zwang den französischen Imperialismus und seinen amerikanischen Finanzier nach Genf an den Verhandlungstisch. Die Verhandlungen in Genf erstreckten sich über den Zeitraum vom 26. April 1954 bis zum 21. Juli 1954. Teilnehmer waren die Vertreter der Sowjetunion, Frankreichs, Großbritanniens, der USA, der Volksrepublik China, der Demokratischen Republik Vietnam, der Bao-Dai Verwaltung, Kambodschas und von Laos. Während der wochenlangen Debatten im Genfer Palais des Nations versuchten die imperialistischen Mächte,

namentlich die USA, immer noch, in Vietnam eine militärische Entscheidung zu erzwingen. Deshalb betrieben sie eine gezielte Verzögerungs- und Hinhaltetaktik. Allein die militärische Niederlage Frankreichs war nicht mehr aufzuhalten. Die Siege der Vietnamesischen Volksarmee im Verein mit dem immer mächtiger anschwellenden Protest der Weltöffentlichkeit gegen jedes Hinauszögern von Vereinbarungen über die Beilegung dieses Krieges zwangen die imperialistischen Staaten schließlich zur Anerkennung der Tatsachen auch am Verhandlungstisch. Am 20. bzw. 21. Juli 1954 wurden die Genfer Abkommen, insgesamt 11 Dokumente, verabschiedet.[6] Die wichtigsten sind die Schlußdeklaration der Genfer Konferenz zur Frage der Wiederherstellung des Friedens in Indochina vom 21. Juli 1954 und die Abkommen über die Einstellung der Kampfhandlungen in Vietnam, Laos und Kambodscha vom 20. Juli 1954.

Das Abkommen über die Einstellung der Kampfhandlungen in Vietnam vom 20. Juli 1954 diente im Zusammenhang mit der Schlußdeklaration der Genfer Konferenz vom 21. Juli 1954 vor allem der Durchsetzung des Aggressionsverbots und des Gewaltverzichts, und beide enthielten konkrete Verpflichtungen zur Gewährleistung des Friedens in Vietnam und darüber hinaus in ganz Indochina. Diese Abkommen bildeten die rechtliche Grundlage für die zukünftige friedliche Entwicklung Vietnams.

Im Abkommen über die Einstellung der Kampfhandlungen in Vietnam vom 20. Juli 1954 wurde der 17. Breitengrad zu einer militärischen Demarkationslinie erklärt und die Umgruppierung der Streitkräfte in Vietnam in 2 Zonen, und zwar nördlich bzw. südlich des 17. Breitengrades, festgelegt.

In dem Abkommen werden die beiden Zonen ausdrücklich als Umgruppierungszonen bezeichnet und der rein militärisch-organisatorische Charakter dieser Maßnahme unterstrichen. Es handelte sich ausschließlich darum, die Truppen Frankreichs und der DRV zur Erleichterung aller weiteren, noch einzuleitenden Maßnahmen umzugruppieren. Auch die Schlußdeklaration kennzeichnet in Punkt 6 die militärische Demarkationslinie als eine zeitweilige Linie, die keinesfalls als politische oder territoriale Grenze aufzufassen sei.

Es muß eindeutig unterstrichen werden, daß bereits bei der Formulierung dieser Maßnahmen von der Existenz eines einheitlichen vietnamesischen Staates ausgegangen wurde und auch die Erfüllung der Abkommen keinerlei neue staats- und völkerrechtliche Verhältnisse in Vietnam schaffen konnte.

Um entsprechend den Prinzipien des Völkerrechts zu sichern, daß das vietnamesische Volk eine freie Entscheidung treffen kann und die Souveränität seines Staates auch für die Zukunft gewährleistet wird, mußte die Französische Republik erklären, daß sie ihre Truppen aus Kambodscha, Laos und Vietnam auf Ersuchen der betreffenden Regierungen innerhalb der Fristen abzieht, die durch Übereinkommen zwischen den Parteien zu treffen sind. Außerdem wurde festgelegt, daß die Entsendung ausländi-

scher Truppen und ausländischen Militärpersonals wie auch ausländischer Waffen und Munition nach beiden Zonen verboten wird. Die Errichtung militärischer Stützpunkte eines ausländischen Staates in den Umgruppierungszonen der beiden Parteien wurde untersagt. Diese Zonen sollten ferner nicht in ein Militärbündnis einbezogen und nicht für die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten oder im Dienste einer aggresiven Politik benutzt werden.

Die endgültige Entscheidung über die Gestaltung seiner Zukunft sollte das vietnamesische Volk selbst treffen können, frei von jeglicher ausländischer Einmischung. Mit der Festlegung der Abhaltung geheimer und allgmeiner Wahlen im Jahre 1956 wurde noch einmal nachdrücklich bestätigt, daß die in den Abkommen vom 20./21. Juli 1954 vereinbarte militärische Demarkationslinie eine zeitweilige Linie darstellt und nicht im Sinne einer politischen oder territorialen Trennung Vietnams ausgelegt werden konnte. Die Vereinbarung über die Wahlen schloß ferner den Abzug der französischen Truppen aus Vietnam ein, wodurch auch von dieser Seite her noch einmal die bereits getroffenen Bestimmungen erhärtet wurden.

Von besonderer Wichtigkeit ist schließlich der Punkt 2 der Schlußdeklaration von Genf, weil in ihm die Unterzeichnerstaaten, das heißt also auch Frankreich, die Überzeugung aussprechen, „daß die Inkraftsetzung der in dieser Deklaration und in den Feuereinstellungsabkommen vorgesehenen Beschlüsse Kambodscha, Laos und Vietnam die Möglichkeit geben wird, von nun an in der friedlichen Gemeinschaft der Nationen ihre Rolle völlig unabhängig und souverän zu spielen."[7] Damit wurde im Grunde noch einmal ausdrücklich die seit dem 2. September 1945 existierende Unabhängigkeit und Souveränität Vietnams bestätigt. Der Waffenstillstand für Vietnam wurde zwischen der DRV und Frankreich vereinbart, das heißt die DRV handelte im Namen des gesamten vietnamesischen Volkes und wurde als der legitime Vertreter Vietnams anerkannt. Dafür spricht auch die Tatsache, daß die Schlußdeklaration von Genf vietnamesischerseits die DRV unterschrieb, die damit nicht nur als für ganz Vietnam handelnd akzeptiert, sondern auch als die für die Realisierung des Waffenstillstandsabkommens verantwortliche Macht in Vietnam bestätigt wurde.

Bezeichnenderweise weigerte sich die Regierung der USA, die Schlußdeklaration von Genf zu unterzeichnen. Statt dessen ließ sie durch ihren Beauftragten Bedell Smith eine „Sondererklärung" abgeben, in der sie, um ihr Gesicht vor der Weltöffentlichkeit nicht zu verlieren, die Verpflichtung abgab, sich jeder Beeinträchtigung der Realisierung der Genfer Abkommen zu enthalten.

Die folgenden Jahre zeigten, daß die amerikanische Regierung nicht gewillt war, ihre in Genf völkerrechtlich verbindlich abgegebene Erklärung einzuhalten. Im Gegenteil, die Politik der Einmischung und der Aggression des USA-Imperialismus gegen Vietnam wurde immer offensichtlicher. Die USA traten in Südvietnam an die Stelle des französischen Imperialismus und versuchten, aus diesem Teil Vietnams einen Militärstützpunkt zur Durchsetzung ihrer global-strategischen Pläne in Südostasien zu machen. Dieser brutalen und völkerrechtswidrigen Politik widersetzte sich das

vietnamesische Volk. Die Einmischung der USA in Vietnam durchlief verschiedene Phasen, bis sie schließlich in den offenen Aggressionskrieg mündete. Das völkerrechtswidrige Verhalten der USA gegenüber Vietnam ist inzwischen vor aller Welt entlarvt.

Die grundsätzliche völkerrechtliche und aktuelle Bedeutung dieser Abkommen für Vietnam läßt sich wie folgt zusammenfassen:

1. Ausgehend von den allgemein anerkannten Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen bestätigten die Genfer Abkommen das Recht des vietnamesischen Volkes auf nationale Selbstbestimmung, zu dessen Achtung alle anderen Staaten verpflichtet sind.

2. Die Genfer Abkommen haben an der staats- und völkerrechtlichen Lage in Vietnam nichts geändert. Die bereits bestehende und international anerkannte Tatsache, daß Vietnam seit 1945 durch die Demokratische Republik Vietnam vertreten wird, wurde mit diesen Abkommen nicht aufgehoben, sondern im Gegenteil erneut bestätigt.

3. Die Genfer Verhandlungen hatten und haben nicht zuletzt deshalb eine außerordentliche Bedeutung, weil damit die Demokratische Republik Vietnam durch eine internationale Konferenz, die völkerrechtlich verbindliche Abkommen verabschiedete, als Verhandlungspartner und Repräsentant des gesamten vietnamesischen Volkes erneut anerkannt wurde. Mit der Unterzeichnung der Schlußdeklaration erhielt die DRV das Recht und die Pflicht übertragen, vietnamesischerseits für die Durchsetzung der Abkommen in ganz Vietnam Sorge zu tragen.

4. Die Einzelbestimmungen der Abkommen, insbesondere des Waffenstillstandsabkommens vom 20. Juli, zielten darauf ab, in einer zeitlich begrenzten Periode die im Gefolge des langjährigen Krieges entstandene Lage zu normalisieren, und alle Bedingungen zu schaffen, damit das vietnamesische Volk in den vorgesehenen Wahlen seine endgültige Entscheidung treffen konnte.

5. Langfristig gesehen ließen die Abkommen und vor allem die Genfer Schlußdeklaration keinen Zweifel daran, daß das vietnamesische Volk seine nationale Einheit, Unabhängigkeit und Souveränität verwirklichen sollte.

Die strikte Einhaltung aller Bestimmungen der Genfer Abkommen hätten zur Normalisierung der Verhältnisse in ganz Vietnam geführt und die Einheit des Landes längst wiederhergestellt. Mit dem Abschluß dieser Abkommen bestand die reale Möglichkeit, in demokratischer Weise die allseitige Entwicklung Vietnams als eines unabhängigen und friedliebenden Staates voranzubringen. Wenn diese Möglichkeit bis heute nicht genutzt werden konnte, so nur deshalb, weil die USA-Imperialisten zusammen mit ihren südvietnamesischen Marionetten das Völkerrecht mißachten und ihre Politik der Aggression fortsetzen.

Die Durchsetzung der grundlegenden Prinzipien der Genfer Abkommen ist

nach wie vor Ziel der DRV und der friedliebenden Kräfte Südvietnams. In diesem Sinne unterbreiteten die DRV, die Befreiungsfront Südvietnams sowie die Republik Südvietnam in der Folgezeit zahlreiche konstruktive Vorschläge über die Beendigung der amerikanischen Aggression in Vietnam, die von den sozialistischen Staaten und der gesamten friedliebenden Menschheit unterstützt werden.

In einem am 20. Juli 1969 veröffentlichten Memorandum des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DRV anläßlich des 15. Jahrestages der Genfer Abkommen heißt es:
„Die vergangenen 15 Jahre sind Jahre eines erbitterten Kampfes zwischen zwei Parteien: die eine sind die USA-Imperialisten, die die Genfer Abkommen von 1954 in flagranter Weise sabotieren, und die andere Seite ist das einmütig zu einer Front zusammengeschlossene vietnamesische Volk, das entschlossen ist, sein legitimes Recht auf Selbstverteidigung zu gebrauchen, um seine von den Genfer Abkommen von 1954 anerkannten grundlegenden nationalen Rechte zu schützen... Die grundlegenden Prinzipien der Genfer Abkommen von 1954 sind unantastbar... das vietnamesische Volk wird siegen."[8]

Fußnoten

1 Ho Chi Minh, Aufruf zum allgemeinen Aufstand 1945, in: Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1961, S. 98

2 Zit. nach Handbuch der Verträge 1961–1964, Berlin 1968, S. 397

3 Vgl. ebenda, S. 397 und H. Weiler, Vietnam. Eine völkerrechtliche Analyse des amerikanischen Krieges und seiner Vorgeschichte, Frankenthal – Montreux 1969, S. 286

4 J. Chesneaux, Geschichte Vietnams, Berlin 1963, S. 291

5 F.-Th. Schneider, Philosophie eines „beschränkten" Konfliktes. Betrachtungen über den Vietnamkrieg, Wehrwissenschaftliche Rundschau, Bonn, 18. Jg. (1968), S. 559

6 Siehe Handbuch der Verträge. . ., S. 559–565

7 Zit. nach ebenda, S. 560

8 Memorandum des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DRV anläßlich des 15. Jahrestages der Unterzeichnung des Genfer Abkommens, in: Informationsbulletin der Botschaft der DRV in der DDR, 20. Juli 1969

Literatur:

Von Freyberg/Steinhaus, Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution, Band I (183 Seiten) und Band II (156 Seiten), Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt am Main, DM 3,– (je Band)

Sprigath/Steinhaus, Indochina im Kampf gegen den USA-Imperialismus – Dokumente und Materialien, Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt am Main, 131 Seiten, DM 5,–

Persönlichkeitsforschung
auf marxistisch-leninistischer Grundlage:

L. I. Boshowitsch

Die Persönlichkeit und ihre Entwicklung im Schulalter

Übersetzung aus dem Russischen
320 Seiten, DM 9,80

Das bedeutendste zusammenfassende Werk auf dem Gebiet der Persönlichkeitsforschung der letzten Jahre in der Sowjetunion wird hier vorgelegt.

Die Autorin charakterisiert die Entwicklung der Persönlichkeit auf den verschiedensten Entwicklungsstufen des Schulalters und gibt eine marxistisch-leninistische Theorie dieser Entwicklung mit ihren Triebkräften und psychologischen Gesetzmäßigkeiten. Sie stützt sich dabei vor allem auf die Untersuchungsergebnisse des Instituts für Psychologie der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der UdSSR.

Neben einer differenzierten und prinzipiellen kritischen Analyse bürgerlicher Theorien bietet das Werk eine gründliche und kritische Auswertung der Auffassungen sowjetischer Autoren zur Psychologie der Persönlichkeit.

VOLK UND WISSEN
VOLKSEIGENER VERLAG BERLIN

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Die „Marxistischen Lehrbriefe" vermitteln in sechs Serien populärwissenschaftlich — nicht in verflachter Form! — anhand der konkreten politischen Praxis die Hauptwissensgebiete des Marxismus.

Serie A: Gesellschaft und Staat

1 Wie der Mensch zum Menschen wurde
2 Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten I. (Von der Urgemeinschaft z. Entwickl. d. Feudalismus)
3 Die marxistische Lehre v.d. Klassen und d. Klassenkampf (Einführung)
4 Die marxistische Lehre vom Klassenkampf II
5 Was lehrt der Marxismus über den Staat?
6 Die Entstehung des Kapitalismus
7 Der utopische Sozialismus
8 Wie Lenin den Marxismus weiterentwickelte
9 Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus
10 Der wissenschaftliche Sozialismus

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

1 Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
2 Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?
3 Gibt es noch Kapitalismus i. d. BRD?
4 Automation — Freund oder Feind?
5 Die Wirtschaft in der DDR
Teil I. Industrie
6 Die Industrie der Sowjetunion
Struktur — Standorte — Zahlen
7 Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?
8 Probleme des Kampfes um die Mitbestimmung
9 Das neue ökonomische System in der DDR

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

1 Reformation u. Bauernkrieg (1517-25)
2 Das politische Erwachen des deutschen Bürgertums
3 Deutschland im 17. u. 18. Jahrhundert
4 Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit
Die Große Französische Revolution von 1789 und ihre Auswirkungen
5 Wie d. deutsche Arbeiterbewegung entstand
6 Deutschland i. d. Revolution v. 1848
7 Roter Oktober 1917
8 Die deutsche Arbeiterbewegung 1849-63
9 Die Novemberrev. 1918 i. Deutschland
10 Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg
11 Der Untergang d. Weimarer Republik
12 Aus d. Leben u. Wirken v. Karl Marx
13 Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
14 Die Pariser Kommune 1871
15 Friedrich Engels, Leben und Wirken
16 Die deutsche Arbeiterbewegung von 1919-1923

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

1 Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in Deutschland (1945-1949)
2 Von Potsdam nach Bonn
Wie Deutschland gespalten wurde (1945-1949)
3 Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
4 Probleme des Dialogs zwischen Marxisten und Christen
5 Worin besteht die faschistische Gefahr in der BRD?
6 Die Militarisierung der BRD (1949-56)
7 Der Kampf der arabischen Völker gegen Imperialismus und Zionismus
8 Der Befreiungskampf der Völker Angolas, Guineas und Mocambiques gegen den portugiesischen Kolonialismus

Der Befreiungskampf der Schwarzen in den USA (in Vorbereitung)

Serie E: Das moderne Weltbild

1 Geschichte - Zufall oder Gesetz?
2 Die Grundfrage der Philosophie
3 Die marxistische Auffassung der Erkenntnis (Erkenntnistheorie)
4 Freiheit in marxistischer Sicht I.
5 Freiheit in marxistischer Sicht II.
6, 7, 8 Einführung in die marxistische Dialektik I — III

Serie F: Kultur und Fortschritt

1 Wer hat Kultur?
Aber wer macht sie?
(wird fortgesetzt)

Jeder Marxistische Lehrbrief hat einen Umfang von rund 20 Seiten und kostet 1,— DM zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellungen über den Buchhandel oder den Verlag.

MARXISTISCHE BLÄTTER

Die „Marxistischen Blätter" sind eine Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Sie erscheint bereits im 8. Jahrgang. Der Umfang jeder Ausgabe liegt zwischen 86 und 106 Seiten.
Der Preis je Einzelheft beträgt ab Januar 1972 DM 3,— plus Zustellgebühr und im Abonnement DM 15,— plus Zustellgebühr.

Die Zeitschrift behandelt Schwerpunkt-Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, Lehre, Entwicklung und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus in den einzelnen Ausgaben.

Sie bringt Berichte über wissenschaftliche Tagungen und politische Konferenzen, und es werden wichtige Neuerscheinungen wissenschaftlicher und politischer Literatur ausführlich besprochen.

Die Autoren sind bekannte Praktiker und Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung.

Beiträge für die Marxistischen Blätter schrieben bisher so namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik wie A. Berg (Moskau), J. Duclos (Paris), S. Segre (Rom), J.D. Bernal (London), H. Aptheker (New York), F. Castro (Havanna), E. März (Wien), G. Klaus (Berlin), W. Abendroth, W. Hofmann (Marburg), M. Reimann (Essen), J. Schleifstein (Köln) u.a.

Themen des Jahrgangs 1972:

Heft 1 Umweltschutz und Gesellschaft
Heft 2 Bürgerliche und sozialistische Demokratie
Heft 3 Kapitalistische und sozialistische Integration
Heft 4 Wirtschaftskrisen unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus
Heft 5 Arbeiterklasse und Bündnispolitik
Heft 6 Zur Europapolitik
Sonderheft Die Verträge von Moskau und Warschau und ihre Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft

Themen des Jahrgangs 1971:

Heft 1 Gewerkschaften im Spätkapitalismus
Heft 2 Probleme der europäischen Sicherheit
Heft 3 Neue Erscheinungen im Imperialismus
Heft 4 Politische Parteien in der BRD
Heft 5 Methoden zur Integration der Arbeiterklasse in den staatsmonopolistischen Kapitalismus
Heft 6 Arbeiterklasse und Kultur

Bestellungen über den Buchhandel oder den

VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt/Main, Heddernheimer Ldstr. 78a

Revolutionäre Kämpfe in Lateinamerika

Serie D:
Politische Probleme
unserer Zeit

10

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

Revolutionäre Kämpfe in Lateinamerika

	Seite
Klassen, Schichten, Institutionen	2
Die kommunistischen Parteien Lateinamerikas	6
Im Kampf für antiimperialistisch-demokratische Einheitsfronten	9
Der Sieg der Unidad Popular in Chile	10
Anmerkungen	14

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main, Heddernheimer Landstr. 78a, Tel.: (0611) 571051.

Druck: F. Freyeisen, 6 Frankfurt am Main, Gutleutstraße 17a

Der lateinamerikanische Subkontinent stellt eine wichtige Front in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus dar. Aus einem sicheren strategischen Hinterland des USA-Imperialismus ist seit Ende der 50er Jahre eine Zone latenter sozialer Krisen und politischer Erschütterungen geworden. „Unter diesen Bedingungen", erklärte R. Arismendi, Generalsekretär der KP Uruguays, auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU, „entfaltet sich der Befreiungskampf in Lateinamerika. Wenig mehr als zehn Jahre sind seit der Heldentat Kubas vergangen, und wir sind Zeugen einer höchst bedeutsamen Wende in der historischen Schlacht unserer Völker gegen die Yankee-Imperialisten. Die jüngsten Ereignisse ... zeugen von einer grundlegenden Veränderung des Kräfteverhältnisses. Charakter und soziale Ebene dieser siegreichen Bewegungen sind unterschiedlich. Unterschiedlich ist auch das Ausmaß der Teilnahme der Arbeiter an der Führung des Kampfes; klar ersichtlich ist jedoch, daß wir an einem Wendepunkt in der Vorwärtsentwicklung der lateinamerikanischen Revolution angelangt sind. Die Volksmacht ist heute das konkrete historische Ziel aller unserer Völker. Der harte und opferreiche Kampf der lateinamerikanischen Völker in seinem ganzen Formenreichtum – seien es Streiks oder Demonstrationen, illegale oder legale Arbeit, Partisanenkrieg und Aufstand oder der Wahlsieg in Chile – tritt in eine neue, vielversprechende Etappe ein."[1]

Ausgehend von dieser Lage in den Ländern Lateinamerikas wird sichtbar, daß der gemeinsame Nenner der breiten Volksbewegung in der Beseitigung der Herrschaft der ausländischen Monopole und ihrer einheimischen Stützen in Gestalt der reaktionären Oligarchien liegt. Die Forderungen nach Souveränität, politischer und ökonomischer Unabhängigkeit von der Vorherrschaft des USA-Imperialismus, nach Demokratie, ökonomischer und kultureller Entwicklung, nach Land, nach Arbeit, nach gesellschaftlichem Fortschritt laufen in dieser Aufgabe zusammen. Während sich so die soziale Basis für den Volkskampf ständig verbreitert, wird sie zugleich für den USA-Imperialismus und seine einheimischen Stützen ständig schmaler.

Diese Charakteristik trifft im wesentlichen für alle Länder Lateinamerikas zu, die eine vielfältige und komplizierte Einheit sehr verwandter und dennoch sehr eigenständiger Länder sind. Einerseits bestimmen viele Faktoren die Gemeinsamkeit und Solidarität der Völker dieses Subkontinents im Kampf für die Umgestaltung ihres Lebens, wie ähnliche historische Wurzeln, weitgehende Gemeinsamkeit der geschichtlichen Entwicklung, eine größere Sprach- und Kultureinheit im Vergleich zu jedem anderen Erdteil, eine lebendige Erinnerung an die teilweise gemeinsamen Befreiungskämpfe von der spanischen Kolonialherrschaft und nicht zuletzt die derzeitige ökonomische Abhängigkeit von den ausländischen Monopolen. Andererseits gibt es aber gleichzeitig wesentliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, wie z.B. im Niveau und Charakter ihrer sozialökonomischen Entwicklung, im Grad der Abhängigkeit jedes dieser Länder vom ausländischen Kapital, im politischen Kräfteverhältnis, im Niveau der politischen Entwicklung und in den Formen der Staatsmacht.

Bei einer solchen Betrachtung schälen sich drei Ländergruppen heraus: Erstens: Brasilien, Argentinien, Mexiko, Chile, Venezuela, Uruguay. In diesen Ländern existiert auf der Grundlage einer relativ entwickelten Industrie ein zahlreiches, organisiertes Industrieproletariat und ist der soziale Differenzierungsprozeß relativ weit fortgeschritten. Zweitens: In Kolumbien, Peru, Kostarika, Ekuador, Bolivien und Panama existiert im Verhältnis zur ersten Gruppe eine schwächer organisierte Arbeiterklasse in Industrie und Landwirtschaft und ist der soziale Differenzierungsprozeß weniger weit fortgeschritten. Kolumbien und Peru befinden sich in einer Anschlußposition zur ersten Gruppe. Drittens: Die restlichen lateinamerikanischen Länder haben eine nur schwach entwickelte Arbeiterklasse. In diesen Ländern haben der Großgrundbesitz und die mit dem Export verbundenen gesellschaftlichen Gruppen ein eindeutiges Übergewicht.

Trotz der Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern bzw. Gruppierungen werden immer größere Teile aller Klassen und Schichten der Bevölkerung in den einzelnen Ländern in den Strudel der sozialen und politischen Auseinandersetzungen einbezogen, zum Nachdenken gezwungen und zu einer Stellungnahme veranlaßt. Die Ursachen dieser politischen Polarisierung und sozialen Differenzierung sind objektiver Natur und ergeben sich in erster Linie aus den in den vergangenen Jahren akkumulierten sozialen, politischen und ökonomischen Widersprüchen und Spannungen zwischen den breiten Volksmassen einerseits und dem US-amerikanischen Imperialismus und den lateinamerikanischen Oligarchien andererseits. Um welche Klassen und Schichten handelt es sich dabei?

Klassen, Schichten, Institutionen

Ungeachtet des unterschiedlichen Entwicklungsniveaus in den Staaten Lateinamerikas wächst die Rolle der Arbeiterklasse im revolutionären Prozeß. Sie ist die wichtigste und konsequenteste politische Kraft im Kampf der lateinamerikanischen Völker für den gesellschaftlichen Fortschritt. Charakteristisch für die lateinamerikanische Arbeiterklasse ist ihre zahlenmäßige Stärke[2] und ihr schnelles Wachstum (1950 – 18 Millionen, 1970 – 50 Millionen Lohnarbeiter) sowie ihre relativ hohe Organisiertheit und Bewußtheit. Sie ist die größte soziale Gruppe der lateinamerikanischen Bevölkerung und hat ein größeres spezifisches Gewicht in der Klassenstruktur der Gesellschaft als in den Ländern Asiens und Afrikas. Deshalb ist auch der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit viel stärker ausgeprägt. Etwa 60 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung Lateinamerikas sind Lohnarbeiter (Westeuropa 80 Prozent, Asien 30 Prozent, Afrika 18 Prozent). Die Zahl der Industriearbeiter wird auf ca. 20 Millionen geschätzt, wobei das Industrieproletariat zahlenmäßig in Brasilien, Argentinien und Mexiko besonders stark ist. In einer Reihe von Ländern stellt das Landproletariat zahlenmäßig die stärkste Formation der Arbeiterklasse dar (Kolumbien, Ekuador, Guatemala u.a.).

Die lateinamerikanische Arbeiterklasse verfügt über große Kampftraditionen und umfangreiche Klassenkampferfahrungen. Sie reichen von der Bewegung „Hände weg von Sowjetrußland!", den großen Streiks der 20er

und 30er Jahre, den ersten Volksfronterfahrungen in Chile (1938–1948), dem demokratischen Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg, den bitteren Niederlagen Anfang der 50er Jahre, der Verteidigung der kubanischen Revolution bis hin zu den jüngsten Generalstreiks in Argentinien und dem Wahlsieg der Unidad Popular in Chile.

Die lateinamerikanische Arbeiterklasse hat frühzeitig begonnen, sich politisch zu organisieren. Sie hat heute einen relativ hohen Organisationsgrad erreicht, der ständig weiter zunimmt. In allen Ländern wirken kommunistische und Arbeiterparteien sowie Gewerkschaftsorganisationen. Die Gewerkschaften sind jedoch meistens in zahlreiche Verbände zersplittert und befinden sich teilweise unter reformistischer, meist von den USA beeinflußter Führung. Dadurch wird die Kampfkraft der Arbeiterklasse entscheidend geschwächt. So ist z.B. der Grad der Organisation der Arbeiter in Venezuela sehr hoch, aber die Gewerkschaften sind in ihrer Mehrzahl zersplittert und reformistisch beeinflußt. In Chile beträgt dahingegen der Organisationsgrad „nur" 35 Prozent, aber es existiert ein einheitlicher nationaler Gewerkschaftsverband (CUT — Confederación Unica de los Trabajadores de Chile), der heute über eine Million Mitglieder zählt. Ähnlich sind die Verhältnisse in Uruguay, wo die Aktionseinheit der Arbeiterklasse auf gewerkschaftlicher Grundlage ebenfalls hergestellt ist. Starke Gewerkschaftsverbände, in denen die kommunistischen Parteien bedeutende Positionen innehaben, gibt es außer in Chile und Uruguay noch in Argentinien, Kolumbien, Peru und Ekuador.

Eine entscheidende Voraussetzung für die Beschleunigung und den Erfolg des antiimperialistischen Kampfes ist das feste **Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft.** Im Mittelpunkt dieses Bündnisses steht der gemeinsame Kampf für die revolutionäre Umgestaltung der Verhältnisse auf dem Lande. In Chile, Uruguay, Kolumbien, Peru und Bolivien gelang es, breite Massen der Bauernschaft in den organisierten antiimperialistischen Kampf einzubeziehen. Allgemein wird die politisch-ideologische und organisatorische Formierung der Bauernschaft noch durch solche Faktoren gehemmt, wie die allgemeine Rückständigkeit auf dem Lande, die politische, soziale und ideologische Unterdrückung durch die herrschende Klasse und ihre Institutionen, durch den Einfluß reformistischer Demagogie und nicht zuletzt auch durch den Einfluß abenteuerlicher ultralinker Kräfte. Trotzdem zeugen die Kämpfe der Bauern und Landarbeiter in den Ländern Lateinamerikas davon, daß sich die Klassengegensätze und alle anderen sozialen und politischen Widersprüche vertiefen und sich die Kampfbereitschaft der Bauern und Landarbeiter erhöht. Bei ihnen setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, daß ihre Forderungen nach einer tiefgreifenden Agrarreform nur im Bündnis mit der Arbeiterklasse verwirklicht werden können.

Die in allen Ländern Lateinamerikas zahlenmäßig starken und politisch aktiven **kleinbürgerlichen Schichten** sind innerhalb der antiimperialistisch-demokratischen Kampffront zu einem wichtigen Verbündeten der Arbeiterklasse geworden. Es vertiefen sich die Voraussetzungen dafür, daß breite kleinbürgerliche Kräfte anhand der Entwicklung ihrer eigenen Lage sowie der wachsenden Erfolge des real existierenden Sozialismus erkennen, daß

sie ihre Probleme wirksam nur im Bündnis mit der Arbeiterklasse lösen können. Der Übergang auf die politischen und ideologischen Positionen der Arbeiterklasse ist aber ein komplizierter Prozeß, der oftmals nicht nur zögernd erfolgt, sondern auch starken Schwankungen unterworfen ist. Der weit über seine Klassengrenzen hinaus wirkende politisch-ideologische Einfluß des Kleinbürgertums weist sowohl revolutionäre als auch konterrevolutionäre Positionen auf.

Die Bedeutung der kleinbürgerlichen Schichten als Bündnispartner im antiimperialistischen Kampf ergibt sich u.a. aus ihrer zahlenmäßigen Stärke in den Hauptstädten und anderen Großstädten, ihrem Einfluß in großen Teilen der Intelligenz und solchen Institutionen, wie den Universitäten, den Streitkräften und der Kirche sowie in einem bedeutenden Teil der Massenmedien. Ihre oftmals schwankende und unstabile Position ergibt sich aus ihrer sozialen Lage und den daraus erwachsenden kleinbürgerlichen Auffassungen und Zielen, aus mangelnden Erfahrungen im Klassenkampf, sozialer und politischer Unausgeglichenheit, Unverständnis für solche Eigenschaften des revolutionären Proletariats wie straffe Organisiertheit, Disziplin, Ausdauer usw. Diese Eigenschaften führen bei Teilen des Kleinbürgertums zu einem Hang zum Abenteurertum, zum Anarchismus, Revisionismus und Opportunismus.

Ähnliches trifft auch für die lateinamerikanische Studentenbewegung zu, die sich in ihrem Kern vorwiegend aus Kräften kleinbürgerlicher Herkunft zusammensetzt. Ihre revolutionär-demokratischen Positionen sind verhältnismäßig stark. Die wirkliche revolutionäre Rolle der Studentenbewegung hängt entscheidend von der ideologischen, politischen und organisatorischen Reife der Arbeiterbewegung im jeweiligen Land ab. So sind in Chile und Uruguay, wo die Aktionseinheit der Arbeiterklasse einen hohen Grad erreicht hat, wo die kommunistischen Parteien wirkliche Massenparteien sind und wo es unabhängige Klassengewerkschaften gibt, die Studentenbewegungen in ihrem Hauptteil zu einem wichtigen, mit der Arbeiterbewegung und -jugend verbundenen Bestandteil der einheitlichen antiimperialistisch-demokratischen Bewegung geworden. In den Ländern, wo die historische Rolle der Arbeiterbewegung nicht erkannt bzw. anerkannt wird, kommt es dazu, daß Teile der Intelligenz und der Studenten eigene Führungsansprüche anmelden oder beanspruchen und dabei eine abenteuerliche – meist linksopportunistische – Linie einschlagen und damit der Einheit der antiimperialistischen Kräfte großen Schaden zufügen.[3]

Dennoch hat die Studentenbewegung in den Ländern Lateinamerikas einen großen Aufschwung genommen und spielt im antiimperialistisch-demokratischen Kampf eine große Rolle. Die politische und organisatorische Reife der Studentenbewegung wächst, und trotz aller Schwierigkeiten nimmt sie in steigendem Maße am Kampf der Massen teil. So hat sie in jenen Ländern, wo die Aktionsmöglichkeiten der Arbeiterbewegung durch brutalen Terror stark behindert werden, wie in Brasilien, Argentinien und Mexiko, verschiedentlich große und umfassende Massenaktionen ausgelöst.

Im Zusammenhang mit der sich vertiefenden gesellschaftlichen und

politischen Krise sowie dem Aufschwung der antiimperailistisch-demokratischen Bewegung wurden auch die ideologischen, politischen und ökonomischen Positionen der Kirche in Lateinamerika ernstlich berührt. Wenn auch der Differenzierungsprozeß innerhalb der Kirche angesichts der Lebensfragen der lateinamerikanischen Völker noch in den Anfängen steckt und von Land zu Land unterschiedlich stark ausgeprägt ist, zeichnen sich doch heute bereits in der Haltung der Kirche vier Gruppierungen ab: Erstens: gibt es eine offene konservative Fraktion, die nach wie vor für die Erhaltung der alten Machtstrukturen eintritt und den gegenwärtigen Status quo verteidigt. Neben der Mehrheit der Bischofshierarchie gehören dieser Fraktion besondere Teile der Land- und Missionsgeistlichkeit an. Zweitens tritt immer mehr eine „liberale" Fraktion hervor, die auf der Grundlage der Enzyklika „Über den Fortschritt der Völker" einen gemäßigten Reformismus vertritt. Ihr Ziel geht dahin, im Rahmen der sogenannten Entwicklungspolitik die kapitalistische Gesellschaft zu „erneuern", um auf diesem Wege die vor den lateinamerikanischen Völkern stehenden Lebensfragen zu lösen. Drittens hat sich eine radikal-reformistische Gruppierung herausgebildet – die etwa personifiziert wird durch den brasilianischen Bischof Helder Camara –, die einen Kompromiß mit der bestehenden Ordnung ablehnt und die die revolutionäre Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrem Sinne gleichzeitig, aber als Alternative gegenüber einer von der Arbeiterbewegung geführten Revolution betrachtet. Viertens existiert vor allem unter den jüngeren Angehörigen des Klerus eine revolutionäre linke Strömung, die dem politisch-ideologischen Vermächtnis des im Guerillakampf gefallenen kolumbianischen Priesters Camilo Torres[4] folgt. Obwohl sie von der Kirchenhierarchie stark behindert wird, breitet sie sich über den ganzen Subkontinent aus und ist bestrebt, ihr vorerst noch geringes Gewicht zu vergrößern.

Angesichts der Tatsache, daß die Bevölkerung Lateinamerikas zu mehr als 90 Prozent katholisch ist, die Kirche als ideologische, soziale und ökonomische Institution sowie als „Ordnungsfaktor" weiterhin eine große Rolle spielt und nach wie vor besonders unter bäuerlichen und bürgerlichen Kräften und auch unter Teilen des Proletariats einen großen Einfluß ausübt, ist die innerhalb der Kirche vor sich gehende Entwicklung für den antiimperialistisch-demokratischen Kampf von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Sie wird von der Arbeiterbewegung und ihren marxistisch-leninistischen Parteien aufmerksam beobachtet und in ihrer Strategie und Taktik berücksichtigt, weil diese Entwicklung neue und komplizierte Fragen der Bündnispolitik aufwirft.

Der auf Grund der sozialökonomischen Entwicklung und der permanenten gesellschaftlichen Krise vor sich gehende Polarisierungsprozeß in den Ländern Lateinamerikas hat auch Stellung und Funktion der Armeen gründlich beeinflußt. Die Zusammensetzung des Offizierskorps hat sich verändert, und der wachsende Anteil von Kadern aus dem Kleinbürgertum, der Intelligenz und der mittleren Bourgeoisie unter den Führungskräften hat zu einer ideologischen Differenzierung und zu einer im einzelnen unterschiedlich verlaufenden Stärkung von Gruppierungen mit national-progressiver Orientierung geführt.

Diese zum Teil auch schon früher zu beobachtende Tendenz verläuft von Land zu Land unterschiedlich. Ebenso unterschiedlich ist auch die Skala der ideologischen Differenzierung. Die Positionen reichen von einer antikommunistisch angelegten großbürgerlichen „Entwicklungspolitik", wie zum Beispiel in Brasilien und Argentinien, bis zu Ansätzen und echten Versuchen einer national-revolutionären Politik im Rahmen radikaler und tiefgehender politischer, sozialer und ökonomischer Strukturreformen. In Peru z.B. haben die progressivsten Teile der militärischen Führung mit der Durchführung tiefgehender radikaler Reformen begonnen, die die Stellung der Oligarchie erschüttern und antiimperialistischen Charakter tragen. In diesem Land hat ein hartes Ringen um den weiteren Weg eingesetzt.

Den aufbegehrenden Massen und progressiven politischen Kräften steht auf der anderen Seite nur eine kleine Schicht der lateinamerikanischen Bevölkerung gegenüber; die einheimischen Kapitalisten, Bankiers, Großgrundbesitzer, der reaktionäre Teil der Militärs und der Geistlichkeit. Sie sitzen in den meisten Ländern weiterhin an den Schalthebeln der Macht, dirigieren den Gewaltapparat gegen das Volk und verfügen nach wie vor über den größten und besten Teil des Grund und Bodens (0,3 Prozent der Bevölkerung Lateinamerikas besitzen 65 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche). Das gesamte Potential des Imperialismus gibt ihnen einen starken Rückhalt; und nur deshalb können sie teilweise ihre Positionen noch halten. Im Verein mit den USA und dem westdeutschen Imperialismus versuchen sie – entweder durch den Einsatz brutaler Gewalt oder mit Hilfe von Reformen – das angeschlagene kapitalistische System zu erhalten und Bedingungen für seine „Modernisierung" zu schaffen. Teile der lateinamerikanischen Großbourgeoisie gehen dabei unter bewußter Schürung des Nationalismus so weit, daß sie dort, wo dies der erreichte Stand der sozialökonomischen Entwicklung gestattet, eigene Führungsansprüche geltend machen, wie sich das am deutlichsten in Mexiko, Brasilien und Argentinien zeigt.

Die kommunistischen Parteien Lateinamerikas

Die antiimperialistisch-demokratische Bewegung in den Ländern Lateinamerikas entwickelt sich kompliziert und widerspruchsvoll. Wie die Entwicklung in den letzten zehn Jahren zeigt, folgen auf Siege zeitweilige Niederlagen – kürzlich wieder in Bolivien –, insgesamt aber schreitet diese Bewegung unaufhaltsam vorwärts. Charakter, Tiefe und Entwicklungstempo dieser Bewegung werden in zunehmendem Maße von den kommunistischen Parteien bestimmt. Sie spielen „eine immer wichtigere Rolle in der antiimperialistischen Bewegung Lateinamerikas."[5] Gegenwärtig gibt es in fast[6] allen Ländern Lateinamerikas kommunistische Parteien, die ca. 400.000 Mitglieder zählen.
In den 30, 40 oder 50 Jahren ihres Bestehens wirkten sie als prinzipienfeste Organisation im Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. In diesem Kampf, der mit großen Siegen und Fortschritten, aber auch mit Teilniederlagen und Fehlern verbunden war, wuchsen sie, wurden stärker und sammelten Erfahrungen im revolutionären Kampf. Ihr Kampf erfolgte

stets unter komplizierten und wechselnden Bedingungen. Die Mehrheit ist immer noch illegal, einige seit ihrer Gründung; manche haben einen halblegalen Status, und die wenigsten von ihnen kämpften unter legalen Bedingungen, wie die KP Chiles, Uruguays, Venezuelas, Perus, Martiniques, Guadeloupes und Guayanas. Diejenigen Parteien, die unter halblegalen Bedingungen kämpften, wie z.B. in Kolumbien, Mexiko, Ekuador, Panama und Kostarika, müssen eine bedeutende Einschränkung ihrer politischen Rechte und Aktionsmöglichkeiten hinnehmen. Die kommunistischen Parteien in Paraguay, Brasilien und in den meisten zentralamerikanischen Ländern, die unter den Bedingungen der tiefsten Illegalität arbeiten, müssen sich eines mächtigen Terrors erwehren, so daß sich die Tätigkeit der Kommunisten in diesen Ländern unter ständiger Todesgefahr vollzieht.

Ausgehend von den unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedingungen des Kampfes der kommunistischen Parteien Lateinamerikas ist ihre zahlenmäßige Stärke, ihr Einfluß auf die Massen und im politischen Leben von Land zu Land verschieden. Einige kommunistische Parteien Lateinamerikas haben nur eine geringe Mitgliederzahl, andere zählen dahingegen mehr als 50.000 und die KP Chiles mehr als 125.000 Mitglieder. Das erklärt u.a., daß der revolutionäre Prozeß in Lateinamerika – wie überall in der Welt – ungleichmäßig verläuft. Er ist dort wuchtiger und breiter geworden, wo die politische Aktivität der Massen relativ weit fortgeschritten, eine erfahrene Arbeiterbewegung vorhanden und wo das bestehende Herrschaftssystem besonders labil ist. Er wird dort beschleunigt, wo die kommunistischen und Arbeiterparteien auf der Höhe ihrer Aufgaben stehen.

Eine bedeutende und einflußreiche Kraft ist die **Kommunistische Partei Chiles**, die unter den anderen kommunistischen Parteien eine hohe Achtung genießt. Sie ist eine wirkliche Massenpartei, die auf das politische Kräfteverhältnis im Lande entscheidenden Einfluß ausübt. Mit ihrem XIV. Parteitag im November 1969, ein Jahr vor dem Sieg der Unidad Popular, hat sie auf zahlreiche Fragen der Strategie und Taktik eine schöpferische Antwort gegeben. Heute, da sich Chile in einer fortgeschrittenen Phase der antiimperialistisch-demokratischen Revolution befindet, stellt sich die KP Chiles die Aufgabe, ihren ideologischen Einfluß auf die Massen weiter zu erhöhen, das bereits seit mehr als 15 Jahren währende Kampfbündnis mit der Sozialistischen Partei Chiles weiter zu festigen, die mit der Unidad Popular verbundene Massenbewegung zu vertiefen und zu organisieren, um dadurch die antiimperialistisch-demokratische Umwälzung weiter in Richtung Sozialismus zu lenken.

Verdiente Autorität bei der Arbeiterklasse und allen Werktätigen des Landes genießt die **Kommunistischen Partei Uruguays**. Seit 1955, wo sie eine ernste Krise durchzustehen hatte, ist die KPU auf Grund ihrer marxistisch-leninistischen theoretischen und taktischen Orientierung, auf Grund ihrer Bindungen zur Arbeiterklasse und den Volksmassen ebenso wie die KP Chiles heute eine wirkliche Massenpartei geworden. Im Dezember 1970 führte sie ihren XX. Parteitag durch, der die nächste Etappe des Kampfes umriß: „Diese Etappe", heißt es im Bericht des ZK an den Parteitag, „wird ein neuer Abschnitt im Prozeß des Kräftesammelns

sein, in der die Bedingungen für eine breite Einheitsfront der fortgeschrittenen, patriotischen und demokratischen Kräfte heranreifen, die fähig ist, eine reale Alternative zur Macht darzustellen, die den Interessen der Werktätigen und der ganzen Nation dient."

Unter andersartigen Bedingungen als die KP Chiles und Uruguays muß die älteste kommunistische Partei Lateinamerikas vorgehen, die **Kommunistische Partei Argentiniens**, die 1968 unter den Bedingungen der Illegalität und eines scharfen Terrors seitens der argentinischen Militärdiktatur ihren 50jährigen Gründungstag feierte. Nach dem im Juni 1966 erfolgten Staatsstreich befindet sich die KPA in tiefster Illegalität. Charakteristisch ist jedoch, daß ihre Autorität unter den Massen selbst in der Illegalität und unter den Bedingungen schärfter Verfolgungen wächst. Gegenwärtig befindet sie sich erneut im Prozeß des Kräftesammelns. Sie orientiert auf die Mobilisierung und Einigung aller patriotischen und demokratischen Kräfte unter der Losung „der Diktatur keine Ruhepause" zu gönnen.

Eine neue Etappe in ihrer Tätigkeit macht gegenwärtig die **Kommunistische Partei Venezuelas** durch. Seit 1969 wieder legal, setzte sie sich auf ihrem IV. Parteitag Anfang 1971 mit der Spalterfraktion um Teodore Petkoff auseinander. Ausgehend von der historischen Mission der Arbeiterklasse orientierte der Parteitag darauf, die Arbeit der Partei unter den Werktätigen, besonders unter der Jugend und in den Gewerkschaften zu verstärken, um die Partei in kürzester Zeit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zu einer schlagkräftigen Vorhut der Arbeiterklasse und zu einer Massenpartei zu entwickeln. Der Parteitag rief die verschiedenen Klassen und Schichten der Bevölkerung auf, gemeinsam mit den Kommunisten im Interessen der gesamten Nation eine Volksfront zu bilden.

Die angeführten Beispiele zeigen, wie die kommunistischen Parteien Lateinamerikas unter Berücksichtigung der jeweils besonderen Bedingungen in ihren Ländern schöpferisch an die Ausarbeitung ihrer Taktik, die sich von einer Etappe zur anderen ändern kann, herangehen. Hiervon zeugt auch die Erfahrung der **Kommunistischen Partei Kolumbiens**, die die Anwendung aller revolutionären Kampfformen vorsieht, was ihr in der Arbeiterklasse, bei der Bauernschaft und unter der Jugend große Autorität verschafft, wovon nicht zuletzt die rasche Zunahme ihrer Mitgliederzahl zeugt.

Die **Kommunistische Partei Brasiliens** hat in den letzten Jahren ihre durch den Staatsstreich von 1964 zerschlagenen Organisationen wieder aufgebaut und auf dem in der Illegalität durchgeführten VI. Parteitag unterstrichen, daß sie die Parteiarbeit unter den Massen verstärken will, wobei sie einen energischen Kampf gegen rechts- und „links"-opportunistische Strömungen führt. „Wir sind davon überzeugt", schrieb Luis Carlos Prestes, „daß die Praxis des Massenkampfes und unsere geduldige Aufklärungsarbeit es gestatten werden, die ehrlichen — vor allem jungen und unerfahrenen — Menschen, die in dem komplizierten Auf und Ab des Klassenkampfes in den Links-Radikalismus verfallen sind, für die richtigen revolutionären Positonen und sogar für die Reihen der Partei zu gewinnen."[7]

Mit dem Aufschwung der Volksbewegung in ihren Ländern und im Zusammenhang mit einer klugen Massenarbeit gelang es den kommunistischen Parteien in **Ekuador, Kostarika, Peru** u.a. in jüngster Zeit, verlorene Positionen zurückzugewinnen und ihre Aktionsmöglichkeiten wesentlich zu erweitern. Die **Kommunistische Partei Perus** nimmt darüber hinaus von einer eigenen klassenmäßig begründeten Konzeption aus eine konstruktive und vorwärtsweisende Haltung gegenüber den progressiven militärischen Führungskräften und ihrer nationalen, antiimperialistischen Politik ein. Sie orientiert die Arbeiter, Bauern und Gewerkschafter auf die aktive Mitwirkung und Unterstützung der existierenden Massenbewegung, um damit die demokratischen, nationalen und progressiven Maßnahmen der Militärregierung zu unterstützen, zu sichern und ihr eine Massenbasis zu geben, um so den gesamten antiimperialistischen Entwicklungsprozeß in Peru zu beschleunigen und zu vertiefen.

Im Kampf für antiimperialistisch-demokratische Einheitsfronten

Unter den gegenwärtigen Bedingungen und Erfahrungen des Kampfes der lateinamerikanischen Völker messen die lateinamerikanischen Kommunisten der Leninschen Idee, breiteste soziale Schichten in den revolutionären Kampf einzubeziehen, d.h. antiimperialistisch-demokratische Einheitsfronten zu schaffen, allergrößte Bedeutung bei. Heute hat sich bei der Mehrzahl der Parteien die Erkenntnis durchgesetzt, daß die ganze Vielfalt der Aufgaben der antiimperialistischen, antioligarchischen und demokratischen Revolution nur das Bündnis aller für wahre Unabhängigkeit und tiefgreifende sozialökonomische Umgestaltungen eintretenden Kräfte lösen kann. „Auf die Tagesordnung der politischen Entwicklung der Länder des Kontinents hat das Leben selbst die Frage der Schaffung von Fronten der Volkseinheit gesetzt."[8]

In zahlreichen lateinamerikanischen Ländern, wo sich Regimes der bürgerlichen Demokratie an der Macht befinden – wie zum Beispiel in Uruguay, Venezuela, Mexiko u.a. –, dient als Plattform für eine einheitliche antiimperialistisch-demokratische Front der Kampf für tiefgreifende sozialökonomische Umwandlungen, die solche Forderungen enthalten, wie die Beschränkung und Liquidierung des Auslandskapitals in der Wirtschaft, die Durchführung einer demokratischen Agrarreform, die Verteidigung und Verbreiterung demokratischer politischer Institutionen, eine progressive Außenpolitik usw. In solchen Ländern dahingegen, wo sich äußerst reaktionäre Kräfte an der Macht befinden, wie in Paraguay, Haiti, Honduras, Nikaragua u.a. –, sind die grundlegenden Forderungen der nationalen Einheitsfront der Sturz der reaktionären Diktaturen und die Schaffung nationaler, demokratischer Regierungen.[9]

In ihren Kampfprogrammen berücksichtigen die lateinamerikanischen Kommunisten auch andere wichtige Besonderheiten der Lage auf ihrem Kontinent. In der überwiegenden Mehrheit der Länder Lateinamerikas befinden sich Vertreter der Großbourgeoisie, die eng mit den amerikanischen Monopolen verbunden sind, an der Macht. Daraus folgt, daß der Kampf gegen die Monopole und die einheimische Oligarchie immer mit

dem Kampf gegen das USA-Kapital verbunden ist. Das heißt, daß neben den Aufgaben des antimonopolistischen und antikapitalistischen Kampfes das Element des nationalen Befreiungskampfes eine sehr große Rolle spielt. (In dieser Beziehung ähnelt die Lage in den Ländern Lateinamerikas der Lage in den Ländern Asiens und Afrikas.)

Neben den sich an der Macht befindlichen Vertretern der Großbourgeoisie gibt es in den lateinamerikanischen Ländern gleichzeitig auch Teile der Bourgeoisie, die gegen die Vorherrschaft der US-Monopole und die Oligarchie auftreten und deren Haltung zu einem wesentlichen Faktor im antiimperialistischen Kampf werden kann. Aus diesem Grunde betrachten die kommunistischen Parteien Chiles, Uruguays, Argentiniens u.a. bestimmte Kreise der Bourgeoisie als möglichen Verbündeten der Arbeiterklasse in einer nationalen Einheitsfront. **Der Kern der nationalen Front ist jedoch das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und nicht das Bündnis mit der nationalen Bourgeoisie.**

Die große Unterschiedlichkeit der politischen und sozialökonomischen Entwicklung der einzelnen Länder Lateinamerikas bestimmt die Unterschiede der Taktik der kommunistischen Parteien im Kampf um eine Einheitsfront. So steht in Argentienien an erster Stelle die Aufgabe der Festigung der Einheit der Arbeiterklasse und die Erlangung eines einheitlichen Handelns des Proletariats mit anderen demokratischen und antiimperialistischen Kräften. In Uruguay wird die Einheitsfront auf der Grundlage der Aktionseinheit der Arbeiterklasse mit studentischen, mittleren städtischen Schichten, Angestellten, progressiven Intellektuellen u.a. geschmiedet. In Nikaragua, Paraguay und einigen anderen Ländern wird die Einheitsfront auf der Grundlage der Aktionseinheit aller Kämpfer gegen die Tyrannei, unabhängig von ihren politischen Überzeugungen und ihrer Klassenzugehörigkeit, geschaffen.

Der Sieg der Unidad Popular in Chile

Bedeutende Erfolge in der Vereinigung aller progressiven Kräfte im Kampf gegen den Imperialismus und die Kräfte der einheimischen Reaktion errangen die Kommunisten Chiles. Bereits 1969 wies der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles, Luis Corvalan, auf der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau auf die Möglichkeit der Schaffung breiter demokratischer und antiimperialistischer Fronten hin. „Noch niemals bestanden so reale Möglichkeiten", erklärte er, „den Feind zu isolieren und die breitesten revolutionären und fortschrittlichen Kräfte im Kampf gegen ihn zusammenzuschließen. Über die Arbeiterklasse und die Kommunisten hinaus schließen sich neue Formationen dem Kampf an."[10]

Wie der Wahlsieg der Unidad Popular (Volkseinheit) in Chile am 4. September 1970 überzeugend demonstrierte, war diese von den chilenischen Kommunisten gegebene Einschätzung der Lage in Lateinamerika nicht nur eine theoretische Frage, denn bei der Herstellung der Einheit des chilenischen Volkes und der Sicherung des Wahlsieges der Unidad Popular

spielten sie eine hervorragende Rolle. Entscheidende Faktoren dabei waren der Kurs der Partei auf die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes, die von ihr ausgearbeitete Konzeption der chilenischen Revolution, die Festigung und Elastizität der Taktik sowie die beharrliche Arbeit unter den Massen.

Die unter maßgeblichem Einfluß der KP Chiles zustandegekommene Volkseinheit entstand wesentlich auf der Grundlage der Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialisten. Ihre Formierung vollzog sich im praktischen antiimperialistischen Kampf und zeichnete sich durch eine flexible Kombination aller Formen des Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zum richtigen Zeitpunkt aus. Die Unidad Popular war von Anfang an als Einheitsfront zur praktischen Umgestaltung der Gesellschaft, als Kampforgan der revolutionären Macht programmiert. Trotz aller Probleme und Schwierigkeiten erzog sie bereits im Prozeß des Kampfes um die Macht breiteste Massen zur praktischen gesellschaftlichen Verantwortung.

Um diesen Kampf zielstrebig und organisiert zu führen, entwickelte die Unidad Popular ein klares Programm (Programa Basico de Gobierno de la Unidad Popular – Basisprogramm der Regierung der Volkseinheit) und eine feste Organisationsstruktur von der nationalen Ebene bis zu Gemeinden, Schulen, Betrieben, Verwaltungen usw. Große Bedeutung für den Ausgang der Wahlen erlangten die in ihrer Vorbereitung geschaffenen ca. 15.000 Volkskomitees im ganzen Land, die sich als „politische Schulen des Volkes" aus Vertretern und Sympathisierenden der verschiedenen Parteien zusammensetzten und die Politik und das Programm der Unidad Popular an Ort und Stelle erläuterten.

Der Kampf der Unidad Popular beschränkte sich jedoch nicht nur auf die politische Wahlvorbereitung. Er wurde an allen Fronten geführt. Entscheidende Bedeutung hatte z.B. der gesamtnationale Streik, der von der einheitlichen Gewerkschaftszentrale der Werktätigen Chiles (CUT) organisiert wurde, um den geplanten Militärputsch gegen den Sieg des Kandidaten der Volkseinheit zu verhindern. Somit war der Block der Volkseinheit kein einfaches Wahlbündnis oder nur das Resultat von Abmachungen zwischen den beteiligten Parteiführungen, sondern Ausdruck und Ergebnis „gemeinsamer Aktionen und der Verständigung zwischen den Werktätigen, ja des ganzen Volkes."[11]

Neben dem politischen und ökonomischen Kampf spielte die ideologische Auseinandersetzung eine große Rolle, wie die Abwehr ideologischer Diversionen der Bourgeoisie, antikommunistischer und antisowjetischer Losungen sowie „ultralinker" und rechtsopportunistischer Tendenzen. Dieser Kampf an der ideologischen Front förderte und festigte den Zusammenschluß aller Kräfte der Volkseinheit gegen ihre Hauptfeinde – den Imperialismus und die Oligarchie.

Am Ende dieser an allen Fronten geführten großen und kleinen Kämpfe stand der Sieg des chilenischen Volkes. Ähnlich wie der Sieg der kubanischen Revolution von 1959 kann diese neue Entwicklung des

Klassenkampfes für Chile selbst, für ganz Lateinamerika und auf das internationale Kräfteverhältnis erhebliche Auswirkungen haben. Die zurückliegende Zeit machte sichtbar, daß die Volksregierung unter ihrem Präsidenten Dr. Salvador Allende ernsthafte Schritte auf innen- und außenpolitischem Gebiet unternimmt, um das zum Regierungsprogramm erhobene Grundsatzdokument der Unidad Popular zu verwirklichen.

Die Schwierigkeiten, die der Verwirklichung des Programms in den Weg gelegt werden können, sind vielfältiger Natur. Wie sich bereits andeutet, ist es nicht ausgeschlossen, daß das chilenische Volk in Zukunft gezwungen sein wird, diese oder jene Form des bewaffneten Kampfes anzuwenden. „Also kommt es heute darauf an, die Gegner der Umgestaltungen in die Enge zu treiben, ihnen die Zwangsjacke anzulegen, das Land vor dem Bürgerkrieg zu bewahren, in den es sie gern stürzen möchten."[12] Der Erfolg der Volksregierung wird maßgeblich davon bestimmt, auf welche Massenbasis sie sich bei den Umgestaltungen stützen kann und wie es ihr gelingt, diese Massenbasis ständig zu verbreitern, zu vertiefen und zu organisieren. Daß sie in dieser Richtung große Fortschritte gemacht hat, bewiesen die Gemeindewahlen am 4. April 1971, bei denen auf die Kandidaten der Parteien und Bewegungen der Unidad Popular 50,86 Prozent aller Stimmen entfielen.

Bei der Verallgemeinerung der chilenischen Erfahrungen ist zu berücksichtigen, daß die Entwicklung in den einzelnen Staaten Lateinamerikas sehr unterschiedlich verläuft, daß die Bedingungen und Voraussetzungen für den Kampf der Arbeiterbewegung und anderer fortschrittlicher Kräfte in diesen Ländern sehr voneinander abweichen und daß zu diesen objektiven Bedingungen noch verschiedenartige subjektive Bedingungen treten, die sich aus der Entwicklung der Arbeiterbewegung und ihrer marxistisch-leninistischen Parteien ergeben. Wenn man diese Faktoren berücksichtigt, kann man, ausgehend von den chilenischen Erfahrungen verallgemeinernd feststellen, daß Wahlen, wenn sie als Waffe einer kämpfenden Koalition von Kommunisten, Sozialisten und anderen fortschrittlichen Kräften genutzt werden, zum Sieg führen können. Dabei liegt die Betonung auf „können", denn eine Verabsolutierung des Wahlkampfes für ganz Lateinamerika wäre eine falsche, d.h. rechtsopportunistische Schlußfolgerung. Weiter unterstreichen die chilenischen Erfahrungen die Notwendigkeit, im Kampf gegen den Imperialismus und die Oligarchie Einheitsfronten zu schaffen, die auf Grund der konkreten Umstände die verschiedensten Formen annehmen können. Dabei spielen Massenkämpfe und Massenbewegungen, die sich durch eine flexible Kombination aller Formen des Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zur richtigen Zeit auszeichnen, eine wichtige Rolle.

Von entscheidender Bedeutung für die Bildung und den Bestand der chilenischen Einheitsfront erwies sich das von den sechs Parteien bzw. Bewegungen in Übereinstimmung festgelegte System der Beziehungen untereinander. Zu den Normen dieser Beziehungen gehört die Gleichberechtigung aller Partner bei der Darlegung verschiedener Standpunkte und die Einmütigkeit bei der Beschlußfassung. Ohne Einhaltung dieser Normen wäre die Verständigung zwischen den Parteien der Unidad Popular nicht

zustandegekommen. Unabhängig von allen Schwierigkeiten des Kampfes und vom Ausgang zukünftiger Zusammenstöße wird der Wahlsieg der Unidad Popular und die Bildung der ersten konsequent antiimperialistischen und antioligarchischen Volksregierung in Chile – deren Ziel die Schaffung der Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus ist – in die Geschichte unserer Zeit als ein historisches Ereignis auf dem lateinamerikanischen Kontinent und der weltweiten antiimperialistischen und demokratischen Bewegung eingehen.

Neben Chile kämpfen auch die kommunistischen Parteien Uruguays, Argentiniens, Ekuadors, Venezuelas u.a. für die Schaffung breiter Volksfronten, für die Aktionseinheit der Massen. Dabei hat dieser Kampf in jedem Land des Kontinents seine charakteristischen Besonderheiten. Die Entwicklung in diesen Ländern zeigt, daß die Fähigkeit der kommunistischen Parteien, eine feste und breite Einheitsfront, die Zusammenarbeit mit anderen fortschrittlichen antiimperialistischen und demokratischen Kräften zu verwirklichen, sehr flexibel und prinzipienfest auf die verschiedenen Ereignisse zu reagieren, immer mehr zu einem entscheidenden Kriterium ihrer Rolle innerhalb der gesamten revolutionären Entwicklung wird. Immer mehr schält sich heraus, daß breite und feste Einheitsfronten zu einer entscheidenden innenpolitischen Voraussetzung für die Zurückdrängung und schließliche Überwindung der imperialistischen und oligarchischen Kräfte werden. Dabei ist der Einfluß der Kommunisten auf diese Kampffronten nicht einfach an der Zahl ihrer Mitglieder zu messen. Er ist zumeist weitaus größer.

Dazu trägt nicht unwesentlich der ideologische Kampf der kommunistischen Parteien Lateinamerikas bei. Indem sie ihren prinzipiellen Kampf gegen den rechten und „linken" Opportunismus, gegen Revoluzzertum, Anarchismus und Trotzkismus verstärken, richten sie gleichzeitig große Aufmerksamkeit darauf, im gemeinsamen antiimperialistisch-demokratischen Kampf die ideologischen Divergenzen zu überwinden, um alle diejenigen, die objektiv dazu berufen sind, am Kampf des Volkes teilzunehmen, für den Marxismus-Leninismus zu gewinnen. Damit tragen sie dazu bei, die in Lateinamerika vielerorts anzutreffene unheilvolle Spaltung der linken Kräfte zu überwinden. Angesichts der bedeutenden sozialen und politischen Veränderungen und der spezifischen Auswirkungen der ideologischen Krise der herrschenden Klassen in breiten Sektoren, vor allem unter der Intelligenz, den Studenten und den städtischen Mittelschichten, treten komplizierte Fragen auf. Das stellt die lateinamerikanischen Kommunisten vor die notwendige Aufgabe, die theoretischen Formulierungen mit den politischen Zielen und der taktischen Initiative in einer lebendigen Form zu verbinden.

*

Die Länder Lateinamerikas werden in den siebziger Jahren immer mehr in den Schnittpunkt aller inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems rücken. Schon jetzt entwickelt sich in dieser Region der revolutionäre Prozeß in schnellerem Tempo als in anderen Teilen der nichtsozialistischen Welt. Alles deutet darauf hin, daß dieser Prozeß noch nicht seinen

Höhepunkt erreicht hat und noch weiter anwachsen wird, Lateinamerika sich in einen der Hauptschauplätze des Kampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus verwandeln wird.

Anmerkungen

1 Rodney Arismendi, Begrüßungsansprache auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU, in: Presse der Sowjetunion 49/1971, Berlin, S. 313

2 Vgl. Arbeiterklasse und antiimperialistische Revolution in Asien, Afrika und Lateinamerika; Autorenkollektive, Moskau, 1969 (russ.)

3 Vgl. Die gegenwärtige Etappe des Befreiungskampfes in Lateinamerika und die Rolle der Arbeiterklasse, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus (ferner: PFS) 7/1971, Berlin, S. 956 f.

4 Vgl. German Guzman, Camilo Torres – Persönlichkeit und Entscheidung, Berlin 1969

5 Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien (Moskau 1969), Berlin 1969, S. 35

6 Keine kommunistischen Parteien gibt es in Trinidad Tabago, Jamaica und Barbados

7 Luis Carlos Prestos, Das Erbe Lenins und der Kampf gegen den Opportunismus in der Brasilianischen Kommunistischen Partei, in: PFS 11/1970, S. 1468

8 Die gegenwärtige Etappe des Befreiungskampfes. . ., in: PFS 7/1971, S. 953

9 V.V. Zagladin, (Hrsg), Die internationale kommunistische Bewegung – Abriß der Strategie und Taktik, Moskau 1970, S. 258 (russ)

10 Internationale Beratung. . . ., S. 331

11 Luis Corvalan, Chile, Das Volk kommt an die Macht, in: PFS 12/1971, S. 1600

12 Ebenda, S. 1598

Persönlichkeitsforschung
auf marxistisch-leninistischer Grundlage:

L. I. Boshowitsch

Die Persönlichkeit und ihre Entwicklung im Schulalter

Übersetzung aus dem Russischen
320 Seiten, DM 9,80

Das bedeutendste zusammenfassende Werk auf dem Gebiet der Persönlichkeitsforschung der letzten Jahre in der Sowjetunion wird hier vorgelegt.

Die Autorin charakterisiert die Entwicklung der Persönlichkeit auf den verschiedensten Entwicklungsstufen des Schulalters und gibt eine marxistisch-leninistische Theorie dieser Entwicklung mit ihren Triebkräften und psychologischen Gesetzmäßigkeiten. Sie stützt sich dabei vor allem auf die Untersuchungsergebnisse des Instituts für Psychologie der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der UdSSR.

Neben einer differenzierten und prinzipiellen kritischen Analyse bürgerlicher Theorien bietet das Werk eine gründliche und kritische Auswertung der Auffassungen sowjetischer Autoren zur Psychologie der Persönlichkeit.



VOLK UND WISSEN
VOLKSEIGENER VERLAG BERLIN















International beachtet!
Arbeiterzeitungen -
Kommunistische Zeitungen



Dr. Wenzel-Verlag GmbH
4100 Duisburg-Beeck · Pothmannstraße 12

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Die „Marxistischen Lehrbriefe" vermitteln in sechs Serien populärwissenschaftlich — nicht in verflachter Form! — anhand der konkreten politischen Praxis die Hauptwissensgebiete des Marxismus.

Serie A: Gesellschaft und Staat

1 Wie der Mensch zum Menschen wurde
2 Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten I. (Von der Urgemeinschaft z. Entwickig. d. Feudalismus)
3 Die marxistische Lehre v.d. Klassen und d. Klassenkampf (Einführung)
4 Die marxistische Lehre vom Klassenkampf II
5 Was lehrt der Marxismus über den Staat?
6 Die Entstehung des Kapitalismus
7 Der utopische Sozialismus
8 Wie Lenin den Marxismus weiterentwickelte
9 Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus
10 Der wissenschaftliche Sozialismus

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

1 Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
2 Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?
3 Gibt es noch Kapitalismus i. d. BRD?
4 Automation — Freund oder Feind?
5 Die Wirtschaft in der DDR Teil i. Industrie
6 Die Industrie der Sowjetunion Struktur — Standorte — Zahlen
7 Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?
8 Probleme des Kampfes um die Mitbestimmung
9 Das neue ökonomische System in der DDR

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

1 Reformation u. Bauernkrieg (1517-25)
2 Das politische Erwachen des deutschen Bürgertums
3 Deutschland im 17. u. 18. Jahrhundert
4 Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit Die Große Französische Revolution von 1789 und ihre Auswirkungen
5 Wie d. deutsche Arbeiterbewegung entstand
6 Deutschland i. d. Revolution v. 1848
7 Roter Oktober 1917
8 Die deutsche Arbeiterbewegung 1849-63
9 Die Novemberrev. 1918 i. Deutschland
10 Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg
11 Der Untergang d. Weimarer Republik
12 Aus d. Leben u. Wirken v. Karl Marx
13 Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
14 Die Pariser Kommune 1871
15 Friedrich Engels, Leben und Wirken
16 Die deutsche Arbeiterbewegung von 1919-1923

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

1 Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in Deutschland (1945-1949)
2 Von Potsdam nach Bonn Wie Deutschland gespalten wurde (1945-1949)
3 Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
4 Probleme des Dialogs zwischen Marxisten und Christen
5 Worin besteht die faschistische Gefahr in der BRD?
6 Die Militarisierung der BRD (1949-56)
7 Der Kampf der arabischen Völker gegen Imperialismus und Zionismus
8 Der Befreiungskampf der Völker Angolas, Guineas und Mocambiques gegen den portugiesischen Kolonialismus

Der Befreiungskampf der Schwarzen in den USA (in Vorbereitung)

Serie E: Das moderne Weltbild

1 Geschichte - Zufall oder Gesetz?
2 Die Grundfrage der Philosophie
3 Die marxistische Auffassung der Erkenntnis (Erkenntnistheorie)
4 Freiheit in marxistischer Sicht I.
5 Freiheit in marxistischer Sicht II.
6, 7, 8 Einführung in die marxistische Dialektik I — III

Serie F: Kultur und Fortschritt

1 Wer hat Kultur? Aber wer macht sie? (wird fortgesetzt)

Jeder Marxistische Lehrbrief hat einen Umfang von rund 20 Seiten und kostet 1,— DM zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellungen über den Buchhandel oder den Verlag.

MARXISTISCHE BLÄTTER

Die „Marxistischen Blätter" sind eine Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Sie erscheint bereits im 8. Jahrgang. Der Umfang jeder Ausgabe liegt zwischen 86 und 106 Seiten.
Der Preis je Einzelheft beträgt ab Januar 1972 DM 3,— plus Zustellgebühr und im Abonnement DM 15,— plus Zustellgebühr.

Die Zeitschrift behandelt Schwerpunkt-Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, Lehre, Entwicklung und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus in den einzelnen Ausgaben.

Sie bringt Berichte über wissenschaftliche Tagungen und politische Konferenzen, und es werden wichtige Neuerscheinungen wissenschaftlicher und politischer Literatur ausführlich besprochen.

Die Autoren sind bekannte Praktiker und Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung.

Beiträge für die Marxistischen Blätter schrieben bisher so namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik wie A. Berg (Moskau), J. Duclos (Paris), S. Segre (Rom), J.D. Bernal (London), H. Aptheker (New York), F. Castro (Havanna), E. März (Wien), G. Klaus (Berlin), W. Abendroth, W. Hofmann (Marburg), M. Reimann (Essen), J. Schleifstein (Köln) u.a.

Themen des Jahrgangs 1972:

Heft 1 Umweltschutz und Gesellschaft
Heft 2 Bürgerliche und sozialistische Demokratie
Heft 3 Kapitalistische und sozialistische Integration
Heft 4 Wirtschaftskrisen unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus
Heft 5 Arbeiterklasse und Bündnispolitik
Heft 6 Zur Europapolitik
Sonderheft Die Verträge von Moskau und Warschau und ihre Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft

Themen des Jahrgangs 1971:

Heft 1 Gewerkschaften im Spätkapitalismus
Heft 2 Probleme der europäischen Sicherheit
Heft 3 Neue Erscheinungen im Imperialismus
Heft 4 Politische Parteien in der BRD
Heft 5 Methoden zur Integration der Arbeiterklasse in den staatsmonopolistischen Kapitalismus
Heft 6 Arbeiterklasse und Kultur

Bestellungen über den Buchhandel oder den

VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt/Main, Heddernheimer Ldstr. 78a

Die nationale Befreiungsbewegung und Entwicklungsprobleme Schwarzafrikas

Serie D:

Politische Probleme unserer Zeit

11

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

	Seite
Sozialismus und nationale Befreiungsbewegung	1
Die nationale Befreiungsbewegung in ihrer ersten Etappe	3
Die Entwicklung der antiimperialistisch-demokratischen Bewegung nach der Erringung der staatlichen Unabhängigkeit	6
Der nichtkapitalistische Weg der Völker Afrikas	10
Anmerkungen	12
Literatur	12

Preis DM 1,-

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main, Heddernheimer Landstr. 78a, Tel.: (0611) 571051.

Druck: H. Zohner, 63 Gießen-Klein-Linden, Hegweg 3

Sozialismus und nationale Befreiungsbewegung

Die Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, die im Juni 1969 in Moskau tagte, würdigte die nationale Befreiungsbewegung als einen wichtigen Teil des weltweiten antiimperialistischen Kampfes. Es heißt in der Entschließung: „Im Kampf gegen den Imperialismus vereinigen sich drei mächtige Kräfte der Gegenwart: das sozialistische Weltsystem, die internationale Arbeiterklasse und die nationale Befreiungsbewegung. Charakteristisch für die gegenwärtige Etappe sind die wachsenden Möglichkeiten für den weiteren Vormarsch der revolutionären und fortschrittlichen Kräfte. Gleichzeitig erhöhen sich die durch den Imperialismus und seine aggressive Politik heraufbeschworenen Gefahren." 1) Die Hauptstoßkraft gegen den Imperialismus ist das sozialistische Weltsystem. Erst unter den Bedingungen der Existenz und des Erstarkens der UdSSR und der sozialistischen Staatengemeinschaft gelang es der nationalen Befreiungsbewegung, so weltverändernde Erfolge wie die Zerschlagung des imperialistischen Kolonialsystems zu erreichen. Die Erkenntnis von der Rolle der sozialistischen Staatengemeinschaft widerspiegelt sich z.B. in den Worten des Generalsekretärs der Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverdischen Inseln: „Wir schmälern nicht die Bedeutung der afrikanischen Solidarität und der Solidarität der anderen antikolonialistischen Kräfte der Welt, wenn wir offen sagen, daß wir gerade von der Sowjetunion in unserem Kampf die größte Hilfe erhalten." 2)

Und in der Tat ist die Existenz der sozialistischen Staatengemeinschaft ein entscheidender Faktor für die Entfaltung der nationalen Befreiungsbewegung. Nach dem Zusammenbruch der Kolonialreiche in Asien unmittelbar nach Beendigung des zweiten Weltkrieges glaubten die Kolonialmächte, in Afrika weiterhin ein sicheres Hinterland zu haben. Sie begannen stärker als zuvor, Afrika wirtschaftlich auszuplündern. Aber nur einenhalb Jahrzehnte später waren auch im größten Teil Afrikas politisch selbständige Staaten entstanden. Das hängt eng zusammen mit dem Sieg des Sozialismus in mehreren europäischen und asiatischen Staaten. Er schuf qualitativ neue Klassenkampfbedingungen im internationalen Rahmen und damit auch für die nationale Befreiungsbewegung.

Der wachsende reale Einfluß auf das politische Geschehen ist der Hauptbeitrag der sozialistischen Staaten für die Entfaltung der nationalen Befreiungsbewegung. Heute bindet die Macht der sozialistischen Staatengemeinschaft die Hauptkräfte des Imperialismus in Europa und schränkt damit die Handlungsfreiheit der imperialistischen Mächte auch in den übrigen Teilen der Welt ein. Weiterhin wurde das ökonomische Monopol der imperialistischen Staaten auf Lieferung von Produktionsmitteln gebrochen. Die Unterstützung seitens der sozialistischen Staaten durch Lieferung von Produktionsmitteln zwang die Imperialisten, ihre alte Taktik zu ändern und eine gewisse industrielle Entwicklung einzukalkulieren. Der Bau des Assuan-Staudammes in Ägypten ist dafür eines der jüngsten und anschaulichsten Beispiele. Der Bau eines Stahlwerkes in Indien, die Unterstützung bei der Schaffung einer nationalen Erdölindustrie in Syrien, Ägypten, Algerien u.a. Staaten sind weitere Beweise.

Die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben die gemeinsamen Interessen des revolutionären Proletariats und der unterdrückten Völker in den damaligen Kolonialgebieten stets hervorgehoben. Die Worte von Engels, eine „Nation kann nicht frei werden und zugleich fortfahren andere Nationen zu unterdrücken," [3] sind zu einem wichtigen Gradmesser des wahren revolutionären Charakters der Führer der internationalen Arbeiterbewegung und der einzelnen Parteien geworden.

Die Behauptung bürgerlicher Politiker und Ideologen, die Klassiker hätten sich wenig um die Zukunft der Kolonien gekümmert, entbehrt jeglicher Grundlage. D. Schröder schrieb z.B. in völliger Verdrehung der Tatsachen, Marx und Engels hätten kaum und Lenin erst relativ spät die koloniale Frage in ihre Überlegungen einbezogen. [4] Es war Karl Marx der schrieb, daß die Befreiung und weitere Entwicklung der unterdrückten Völker untrennbar mit dem Kampf und dem Sieg der revolutionären Arbeiterbewegung verbunden ist, [5] daß der Sieg des revolutionären Proletariats in den Metropolen die Voraussetzung für die Beseitigung der Kolonialherrschaft darstellt. [6]

W.I. Lenin hat dann in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution diese wissenschaftlichen Voraussagen von Marx und Engels weiterentwickelt und dabei vor allem die Rolle der nationalen Befreiungsbewegung im revolutionären Weltprozeß herausgearbeitet. Er hob den großen Einfluß der siegreichen proletarischen Revolution in Rußland auf die nationale Befreiungsbewegung hervor und vertrat die Auffassung, daß die Annäherung zwischen dem europäischen Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegung und die Verschmelzung ihrer Interessen im gemeinsamen Kampf gegen den Weltimperialismus auch die Positionen des Sozialismus festigen. [7] Auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale im Jahre 1921 begründete er die Rolle der nationalen Befreiungsbewegung als Verbündeten der Arbeiterbewegung, indem er darauf hinwies, daß „in den kommenden entscheidenden Schlachten der Weltrevolution die ursprünglich auf die nationale Befreiung gerichtete Bewegung der Mehrheit der Bevölkerung des Erdballs sich gegen den Kapitalismus und Imperialismus kehren und vielleicht eine größere revolutionäre Rolle spielen wird, als wir erwarten." [8]

Der antiimperialistische Kampf erfordert sowohl von den Kommunisten als auch von den progressiven Führungskräften der nationalen Befreiungsbewegung eine Auseinandersetzung mit den imperialistischen Bestrebungen, die nationale Befreiungsbewegung vom sozialistischen Weltsystem zu trennen, und beide Bewegungen gegeneinander auszuspielen.

Es muß konstatiert werden, daß verschiedene imperialistische Kreise mit faktischer Unterstützung der chinesischen Führer in den letzten Jahren sich im verstärkten Maße bemühen, die Theorien eines angeblichen „Nord-Süd-Konfliktes" unter den Führungskräften der nationalen Befreiungsbewegung zu verbreiten. Sie nutzen dabei die schwierige ökonomische Lage der Mehrzahl dieser Staaten und die komplizierten gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen aus. Im Ergebnis dieser Lage, geschürt von den imperialisti-

schen Mächten, forderten auf dern II. UNCTAD auch die afrikanischen Staaten unterschiedslos von den „Industriemächten" 1 % des Bruttosozialproduktes als Entwicklungshilfe.

Auch in den Resolutionen der Konferenz nichtpaktgebundener Staaten (Lusaka 1970) werden die Entwicklungsländer oder „armen Nationen" den „reichen Nationen", den „entwickelten Ländern" gegenübergestellt. Diese „Arm-Reich-Theorie", dieses Gleichsetzen von imperialistischen und sozialistischen Industriestaaten dient dem Versuch, die nationale Befreiungsbewegung von ihrem natürlichen Verbündeten, den sozialistischen Staaten, zu trennen und die prinzipiellen Unterschiede zwischen den beiden Weltsystemen zu verwischen.

Letztlich verfolgt diese Taktik das Ziel, die Staaten Afrikas von den Aufgaben im internationalen Klassenkampf abzulenken und sie zu veranlassen, sich auf einen fruchtlosen Kampf gegen alle „Reichen", also auch gegen die sozialistischen Staaten, zu orientieren.

Die sozialistischen Staaten, die keine Kolonien besaßen, tragen auch keine Schuld an den Hinterlassenschaften der Kolonialzeit. Die Forderung nach 1 % des Bruttosozialprodukts an die Kolonialmächte bestehen zu Recht im Sinne einer gewissen Wiedergutmachung der Schäden aus der Kolonialperiode. Deshalb unterstützen die sozialistischen Staaten auch die finanziellen Forderungen der Entwicklungsländer an die imperialistischen Mächte. Nach wie vor erfolgt eine brutale Ausplünderung der Naturschätze der afro-asiatischen und lateinamerikanischen Staaten, und sagenhafte Gewinne fließen in die Taschen der imperialistischen Monopole. An dieser Ausplünderung nahmen die sozialistischen Staaten nicht teil. Wenn also die Monopole durch die sogenannte Entwicklungshilfe — in der Regel zu Lasten des Staatshaushaltes — einige Geldmittel zurückfließen lassen, so ist das nur ein sehr geringer Teil der Gewinne.

Die sozialistischen Länder gaben bis 1967 insgesamt 9.013 Mio Dollar Kredite an Entwicklungsländer (davon die UdSSR allein 5.525 Mio = 61,34 %).
Die sowjetischen Kredite nach dem Stand von Januar 1970 wurden wie folgt verwendet:

Industrie	68,7 %
Landwirtschaft	6,2 %
geol. Forschung	10,0 %
Bildung, Wissenschaft, Kultur, Gesundheitswesen und Sport	4,2 %

Die Sowjetunion hatte mit Entwicklungsländern folgende Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit:

1955	2	
1960	14	
1970	40	davon mit 20 afrikanischen Entwicklungsländern, mit 18 asiatischen und mit 2 lateinamerikanischen.

Im Rahmen dieser Abkommen unterstützte die Sowjetunion die Entwicklungsländer bei 714 verschiedenen Objekten, 325 davon waren am 1.1.1970 ihrer Bestimmung übergeben.

Die nationale Befreiungsbewegung in ihrer ersten Etappe

Die antikoloniale Bewegung begann in Afrika bereits vor der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Sie war in dieser Zeit jedoch noch schwach, unorganisiert, trug oft spontanen Charakter und stand meist unter der Führung von Stammeshäuptlingen und feudaler Herrscher. Eine große Bedeutung hatte auch die antikoloniale Bauernbewegung unter der Flagge religiöser Sekten.

Bereits zu dieser Zeit unterstützten die fortschrittlichen Kräfte in der internationalen Arbeiterbewegung diese antikoloniale Bewegung und entlarvten die Kolonialpolitik der imperialistischen Staaten. Erinnert sei an die Arbeiten Lenins und das Programm der russischen Bolschewiki sowie an das Auftreten August Bebels, Franz Mehrings, Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Klara Zetkins, vor allem an deren Kampf im deutschen Reichstag gegen die Forderungen der Militaristen und Kolonialisten zur Niederschlagung des Herero- und Hottentottenaufstandes in Südwestafrika.

Die nationale Befreiungsbewegung in Afrika entwickelte sich auf der Grundlage objektiver Faktoren. Ungewollt und unbewußt hat die imperialistische Kolonialherrschaft selbst — allein von den Herrschafts- und Profitinteressen ausgehend — eine soziale Differenzierung unter der afrikanischen Bevölkerung hervorgerufen. Die Ausplünderung der Kolonien, der Bau von Bergwerken, Straßen, die Errichtung von Plantagen und Staudämmen und während der Kriegsjahre gezwungenermaßen auch einer kleinen verarbeitenden Industrie in einigen Kolonien — all das konnten die Kolonialherren nicht ohne afrikanische Arbeiter schaffen. Durch die Vertreibung der Bauern von ihrem Boden (vor allem in Ost- und Südafrika), aber auch infolge der Ruinierung der afrikanischen Handwerker durch die ausländische Konkurrenz sowie durch die soziale Differenzierung unter der Bauernschaft auf Grund der Einbeziehung eines Teiles der Landwirtschaft in den kapitalistischen Weltmarkt entstanden Voraussetzungen zur Entstehung einer afrikanischen Arbeiterklasse.

Gleichzeitig entwickelten sich aus Kreisen der afrikanischen Feudalherren,

Händler und reichen Bauern die ersten Elemente der afrikanischen Bourgeoisie, des Beamtentums und der Intelligenz, ohne die der Kolonialismus seinen Ausbeutungs- und Unterdrückungsapparat nicht voll entfalten konnte. Im Laufe der Entwicklung mußten selbst diese Kräfte in zunehmendem Maße in einen Widerspruch zur Kolonialherrschaft geraten. Damit bewahrheitete sich die wissenschaftliche Voraussage von Marx und Engels — dargestellt vor allem in den Schriften von Marx über die britische Herrschaft in Indien 9) —, daß die Kolonialherrschaft objektiv zur Entstehung jener Klassen der modernen Gesellschaft in Asien und Afrika führen wird, die nicht nur das Kolonialregime, sondern im Bunde mit der internationalen Arbeiterbewegung gleichzeitig den Sturm auf die Bastionen des Weltimperialismus aufnehmen werden.

Nachdem die imperialistischen Mächte die Welt unter sich aufgeteilt hatten, nahm die Bedeutung der Stammesrevolten gegen die Kolonialherrschaft ab. Sie waren nicht in der Lage, die imperialistische Kolonialherrschaft zu beseitigen. Neue antiimperialistische Kräfte entstanden mit der jungen afrikanischen Arbeiterklasse, besonders dort, wo sie zu jener Zeit am meisten entwickelt war — in Südafrika, Südrhodesien und im Kongo-Gebiet.

1928 kam es in Angola und Brazzaville bereits zu bewaffneten Arbeiteraufständen. Auf dem Territorium des heutigen Ghana und in Sierra Leone entstanden die ersten Gewerkschaften, die bereits Streiks organisierten. **Die Arbeiterklasse Afrikas spielte somit schon von ihrer Geburtsstunde an eine aktive Rolle in der nationalen Befreiungsbewegung.**

Zu einem regelrechten Bauernkrieg kam es 1931-36 am Kongo im Kampf gegen die Steuerpolitik und die Zwangsarbeiten, die die Kolonialherren von den Bauern forderten. Es gab erste Anzeichen dafür, daß sich die Bauernbewegung auch gegen die einheimischen Feudalherren zu richten begann.

Besondere Bedeutung errangen im Kampf gegen die Kolonialherrschaft der afrikanische Nationalismus und die panafrikanische Bewegung, vor allem in Westafrika. In der Regel erfaßten diese oftmals rassistisch gefärbten und von reichen Negern aus Westindien dirigierten Bewegungen jedoch nur die städtische Bourgeoisie und die Intelligenz. Ihre positiven Aspekte bestanden in der kontinentalen Vereinigung dieser antikolonialen Kräfte unabhängig von den Kolonialgrenzen. Gesamtnationale Bewegungen im Kampf gegen die Kolonialherrschaft, die sich die politische Unabhängigkeit als Ziel stellten, entstanden in Afrika jedoch erst unter dem Einfluß des Sieges der Antihitlerkoalition und besonders der Sowjetunion über den Faschismus, mit der Entstehung des sozialistischen Weltsystems.

In dieser Situation entstand unter Führung bürgerlicher und kleinbürgerlicher Elemente in Afrika eine breite Volksbewegung, die alle demokratischen Kräfte umfaßte und in der die Arbeiterklasse zunehmend an Bedeutung gewann. Erinnert sei nur an den gewaltigen Bergarbeiterstreik 1949 in Nigeria. In den britischen Kolonialgebieten wurden die Feudalkreise innerhalb der Befreiungsbewegung immer mehr isoliert, in den französischen

Kolonien hatten sie kaum Bedeutung. Im engen Zusammenhang mit der nationalen Befreiungsbewegung in Französisch-Westafrika, deren Völker oft mit Unterstützung der französischen Kommunisten gleich nach Kriegsende ihre nationalen und Arbeiterorganisationen schufen, entwickelte sich die nationale Befreiungsbewegung im französischen Zentralafrika, die seit 1954 auch Angola erfaßte. Bedeutung hatte dabei die Entfaltung der antifaschistischen Bewegung zur nationalen Befreiungsbewegung. Dies geschah in Ländern wie Äthiopien und Somalia, deren Völker auf eigenem Boden gegen den italienischen Faschismus gekämpft hatten, aber auch in jenen Kolonialgebieten, die Truppenkontingente in der französischen und britischen Armee für den Kampf gegen den Faschismus stellten.

Die Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung in Afrika nach dem zweiten Weltkrieg führte in kurzer Zeit zum fast völligen Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems. 1960 wurde zum Jahr Afrikas, in dem die meisten Länder dieses Kontinents ihre staatliche Unabhängigkeit errangen. Heute stehen, abgesehen von den großen portugiesischen Kolonialbesitzungen sowie Südwestafrika (Namibia), das noch widerrechtlich von der Südafrikanischen Republik besetzt gehalten wird, nur noch wenige kleine Kolonialgebiete Spaniens und Frankreichs sowie einige den afrikanischen Kontinent umgebende Inseln unter direkter Kolonialherrschaft. In der Südafrikanischen Republik und in Südrhodesien (Zimbabwe) herrschen rassistische weiße Minderheitsregime über die Masse der afrikanischen Bevölkerung.

Der Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems war eine unmittelbare Folge der Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung. Sie konnte sich unter dem Einfluß des sozialistischen Weltsystems, das eine Konzentrierung der Kräfte des Weltimperialismus gegen die nationale Befreiungsbewegung verhinderte, voll entfalten. Die Völker Afrikas erhielten diesen Erfolg von den imperialistischen Kolonialherren also nicht geschenkt, auch dann nicht, wenn die staatliche Unabhängigkeit nicht im bewaffneten Kampf errungen wurde. Mehr als eine Milliarde Menschen schüttelten die koloniale Sklaverei ab. Die Völker der afrikanischen Kolonien griffen unmittelbar in die Weltpolitik ein. Aus Anhängseln der Klassenherrschaft der imperialistischen Monopolbourgeoisie entstanden unabhängige Staaten und damit Voraussetzungen für ihre unabhängige Außenpolitik. Die Bildung der neuen Staaten auf der Grundlage des Zerfalls des imperialistischen Kräfteverhältnisses zugunsten der antiimperialistischen Kräfte ist eine entscheidende ökonomische, militärische, politische und moralische Schwächung des Imperilaismus.

Die Entwicklung der antiimperialistisch-demokratischen Bewegung nach der Erringung der staatlichen Unabhängigkeit

Das reale Ausmaß der politischen Unabhängigkeit wird durch die Wechselwirkung einer Reihe innerer und äußerer Faktoren bestimmt. Sie resultiert aus der unterschiedlichen Struktur der nationalen Befreiungsbewegung in den einzelnen Ländern, dem dadurch festgelegten Weg zur Unabhängigkeit und der Stärke der imperialistischen Positionen in den einzelnen Ländern.

So gelangten z.B. in der Republik Elfenbeinküste mit der Erringung der staatlichen Unabhängigkeit mit dem Auslangskapital verbundene Kräfte an die Macht, mit deren Hilfe sogar eine Steigerung der früheren kolonialen Ausbeutung des Landes durch den Imperialismus vorgenommen werden konnte. Die Unabhängigkeit Nigerias war von Anfang an in besonders starkem Maße vom kolonialen Erbe belastet. Großbritannien zwang Nigeria eine Verfassung auf, die die von der Kolonialmacht praktizierte Politik der unterschiedlichen ökonomischen, politischen und sozialen Entwicklung der einzelnen Landesteile zementiert. Diese britische Politik legte den Grundstein für die Vorherrschaft der feudalen Kräfte Nordnigerias während der ersten Jahre der Republik und gleichzeitig für die Entfachung regionalistischer und ethnischer Gegensätze sowie separatistischer Bestrebungen, die von imperialistischen Kreisen gefördert wurden. Ihren Höhepunkt fanden sie in der Bildung der sog. Republik „Biafra", die schließlich zu einem blutigen Bürgerkrieg führte. Besonders starke Positionen hinterließ das internationale Monopolkapital auch in der Republik Zaire, um deren „Verteidigung" willen der Imperialismus ebenfalls einen blutigen Bürgerkrieg entfesselte.

Unter wesentlich günstigeren Bedingungen konnte die Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten gefestigt werden, deren nationale Befreiungsbewegungen unter der Führung revolutionärer Demokraten stand, aber auch dort, wo der Einfluß feudaler, separatistischer und mit dem Imperialismus kollaborierender bürgerlicher Kreise bereits zur Zeit der Erringung der politischen Unabhängigkeit eingeschränkt werden konnte und wo schließlich auch die Positionen des ausländischen Monopolkapitals schwächer waren. Das gilt besonders für die Staaten, die später einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg einschlugen. Allerdings geben auch diese günstigen Ausgangspositionen keinem Land die Gewähr für eine ungestörte weitere Entwicklung bei der Festigung der nationalen Unabhängigkeit. Wie unlängst das Beispiel Guineas gezeigt hat, läßt der Weltimperialismus in Verbindung mit den einheimischen reaktionären Kräften nichts unversucht, um das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Andererseits gab es in Uganda in den letzten Jahren — ehe durch den Staatsstreich Amins erneut das Blatt gewendet wurde — reale Ansätze für eine progressive Entwicklung zur Festigung der Souveränität, obwohl in Uganda ursprünglich ähnliche Probleme bestanden wie in Nigeria.

All das macht deutlich, daß mit der Erringung der staatlichen Unabhängigkeit die antiimperialistische nationale Befreiungsrevolution noch nicht zu Ende ist. Die antiimperialistische Kraft der nationalen Befreiungsbewegung wird erst dann voll wirksam werden, wenn sie in einem langen Entwicklungsprozeß die antiimperialistisch-demokratische Befreiungsrevolution zu Ende führt. Es geht jetzt um die Beseitigung aller Formen und Grundlagen der imperialistischen Herrschaft und um soziale und politische Veränderungen, damit der Weg für die Entfaltung der Schöpferkraft der Völker freigelegt wird.

In der bürgerlichen Literatur kann man oft lesen, daß die Zeit des Imperialismus vorüber sei, daß jedes Gerede von einer neokolonialistischen Gefahr kommunistische Propaganda sei. In Wirklichkeit ist der Imperialismus

auch heute nicht bereit, in Afrika kampflos das Feld zu räumen. Er unterstützt die Rassistenregime in Südafrika und Südrhodesien mit Waffen und anderen Mitteln, damit diese zusammen mit Portugal einen rassistischen Block im Süden Afrikas bilden können. Dieser ist gegen die unabhängigen afrikanischen Staaten und besonders gegen die progressive antiimperialistische Bewegung in Afrika gerichtet. Der Imperialismus leistet den portugiesischen Söldnertruppen Hilfe, die in Guinea einfallen, und er fördert den Tribalismus, d.h. separatistische Bestrebungen, die die afrikanischen Staaten spalten und schwächen sowie den ausländischen Monopolen neue Einflußsphären sichern sollen.

Die Förderung der Separatisten, der Feudalherren und vor allem einer korrumpierten bürokratischen bourgeoisen Elite ist das Ziel der sozialen Strategie des Neokolonialismus, der zur Hauptgefahr in Afrika geworden ist. Er bedient sich dabei der ökonomischen Abhängigkeit vieler afrikanischer Staaten vom Imperialismus und der Tatsache, daß die afrikanischen Staaten noch immer zum kapitalistischen Weltwirtschaftssystem gehören. Er nutzt die Beziehungen der ausländischen Monopole und die europäischen Siedler, die militärischen und anderen ausländischen „Berater", er stützt sich auf die modernen Ausbeutungsformen, die die imperialistischen Staaten demagogisch als „Entwicklungshilfe" deklarieren. Der Neokolonialismus soll vor allem verhindern, daß sich in Afrika eine breite, auf den Sozialismus orientierte, nicht kapitalistische Entwicklung vollzieht.

In vielen offiziellen Erklärungen der Bundesregierung wird als Ziel der bundesdeutschen Entwicklungspolitik die Partnerschaft angegeben. Große Zahlenreihen über die Entwicklungshilfe und eine organisierte Kampagne, daß die Entwicklungshilfe zu groß sei, und deshalb innere soziale Reformen in der Bundesrepublik nicht durchgeführt werden können, gehören zum Arsenal dieser Politik. So unterschiedlich diese Meinungen auch scheinen mögen, sie sollen letztendlich von der Ausplünderung der „Dritten Welt" ablenken. Trotz aller Veränderungen, die in den letzten Jahrzehnten eingetreten sind, gilt die Feststellung Lenins in seiner Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", daß der Kapitalexport eine gigantische Entwicklung erfährt und eine „der wesentlichsten ökonomischen Grundlagen des Imperialismus" ist. [10]

Im Jahre 1967 hatten die Auslandsinvestitionen der größten imperialistischen Mächte (USA, Großbritannien, Frankreich und BRD) die Summe von 181,5 Md. Dollar erreicht. Zum Vergleich sei erwähnt, daß 1902 Großbritannien, Frankreich und Deutschland, die damals mächtigsten Staaten, 20 bis 22 Md. Dollar im Ausland angelegt hatten. Gerade in den letzten Jahrzehnten stieg der Kapitalexport. In 22 Jahren nach dem zweiten Weltkrieg vergrößerten die USA, heute größter Kapitalexporteur, ihre Auslandsanlagen um 550 % (18,7 Md. Dollar — 1946; 122,3 Md. Dollar — 1967). Im Jahre 1967 waren in den Entwicklungsländern 59,3 Md. Dollar direkte, langfristige Privatinvestitionen getätigt, davon 2,3 Md. Dollar in Afrika. Die USA haben im Ausland rd. 13.000 Tochtergesellschaften, die mehr als 6 Mio. Arbeiter beschäftigen und deren Bruttosozialprodukt jährlich 120 Md. Dollar erreicht, d.i. mehr als jedes andere kapitalistische Land, außer den USA selbst, als Jahresbruttosozialprodukt erzeugt.

Früher waren die Kolonien Hauptanlagesphäre des Kapitalexports. Nach dem zweiten Weltkrieg gingen zwei Dirttel in hochentwickelte kapitalistische Staaten Westeuropas und nach Japan. Eine der wesentlichen Ursachen dieser Änderung der geographischen Richtung der Kapitalströme ist die wissenschaftlich-technische Revolution. Sie ermöglicht es, höchste Profite in den dynamischen Zweigen, die für die Mechanisierung und Automatisierung maßgebend sind, zu erzielen.

Obwohl dieser Prozeß der Verlagerung der Hauptanlagesphären des Kapitalexports einschneidend in der kapitalistischen Weltwirtschaft ist, verloren damit die Entwicklungsländer keineswegs an Bedeutung, im Gegenteil, die imperialistische Ausplünderung wuchs. Zunächst muß erwähnt werden, daß die absolute Summe der Kapitalexporte nach Lateinamerika, Asien und Afrika größer geworden ist. Zwischen 1956 und 1967 hat sie sich etwa verdoppelt. Der staatliche Kapitalexport in die Entwicklungsländer hat enorm zugenommen und überwiegt im Verhältnis zum Privatkapital. Ursache dafür ist das Wachsen staatsmonopolistischer Tendenzen und die Verlagerung der „Erschließungsarbeiten" für hochprofitable Investitionen auf die Schultern des imperialistischen Staates und damit zu Lasten der Steuergelder.

Die Profite, die in den Entwicklungsländern erzielt werden, liegen weit über den jährlichen Kapitalien, die in diese Staaten fließen. Zwischen 1950 und 1965 betrug der reine Kapitalabfluß aus den Entwicklungsländern etwa 17 Md. Dollar, die Verluste aus der Preisschere sind nicht einbegriffen.

Regierungen, die willfährige Werkzeuge sind, und Staaten, die in der USA-Strategie eine wichtige Rolle spielen, erhalten hohe Summen aus den USA als Kredite und Zuschüsse. Von 1945 bis 1966 betrugen diese z.B. für Südkorea 4,0, für Thailand 2,1 und für Südvietnam 2,8 Md. Dollar. Im gleichen Zeitraum erhielten die Staaten Afrikas zusammen 2,6 Md. Dollar.

Revolutionäre Führer des neuen Afrika haben seit langem versucht, der antiafrikanischen imperialistischen Front eine antiimperialistische afrikanische Einheitsfront gegenüberzustellen. Sie schufen 1963 die Organisation der Afrikanischen Einheit (DAU), eine kontinentale afrikanische Organisation nichtpaktgebundener Staaten, die den Kampf gegen Kolonialismus, Rassismus und Neokolonialismus auf ihre Fahnen geschrieben hat. Diese Organisation versucht, innerafrikanische Streitigkeiten mit eigenen Mitteln, auf friedliche Weise und ohne Einmischung imperialistischer Mächte zu lösen. Sie koordiniert die politischen Aktionen gegen solche imperialistischen Machenschaften wie den geplanten Bau des Cabora-Bassa-Staudamms in Mozambique, der eine überwältigende Macht weißer Siedler im Süden Afrikas schaffen würde, sowie die Waffenlieferungen imperilaistischer Staaten nach Südafrika oder gegen die portugiesische Söldnerinvasion im Guinea. Aber auch die OAU, der alle afrikanischen Staaten, also auch solche, die von reaktionären Regimen geführt werden, angehören, kann keine klassenneutrale Organisation sein. Die soziale Differenzierung in und zwischen den afrikanischen Staaten führt auch zu einer Differenzierung innerhalb der OAU.

Der nichtkapitalistische Weg der Völker Afrikas

Unter den Bedingungen unserer Epoche, deren Inhalt vom weltweiten Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus bestimmt wird, kann die nationale Befreiungsbewegung keinen dritten Weg gehen. Sie kann allerdings angesichts der zum Teil noch recht unentwickelten Klassenverhältnisse in Afrika längere Zeit versuchen, zwischen den beiden Weltsystemen zu lavieren, sich nicht für einen bestimmten Entwicklungsweg zu entscheiden. Objektiv steht sie jedoch vor der Aufgabe einer — wie Lenin sagte — „Annäherung" an den Sozialismus. Andernfalls führt die Politik des Lavierens früher oder später entweder durch Machtwechsel oder „Annäherung" an die Reaktion zu einem offenen Paktieren mit dem Imperialismus, zum Verrat der nationalen Befreiungsbewegung. Eine solche Politik führt dazu, daß sich bürgerliche oder feudale Regimes entwickeln, die ihre Klasseninteressen über die der nationalen Befreiungsbewegung stellen und sich von ihr entfernen. So begonnen beispielsweise einige afrikanische Staaten, wie die Elfenbeinküste, Madagaskar, Gabun und Ghana, mit der Südafrikanischen Republik in einen Dialog zu treten. Staaten wie Malawi, Swaziland und Botswana stehen bereits unter dem Einfluß des südafrikanischen Rassistenregimes.

Es wird immer deutlicher, daß der soziale Fortschritt und die Überwindung der Rückständigkeit in den afrikanischen Staaten unter Führung der einheimischen Bourgeoisie nicht mehr möglich ist und daß der Aufbau eines „nationalen" Kapitalismus keine Perspektive bietet. Der Abstand zwischen einer kleinen Gruppe führender entwickelter imperialistischer Industriestaaten einerseits und einer Gruppe von kapitalistischen Staaten, die in ihrer Entwicklung weit zurückliegen, andererseits wird immer größer. Sie läßt den Entwicklungsländern Afrikas um so weniger Chancen, als sie nicht über die klassischen Möglichkeiten verfügen, die einst in Europa während der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals ausgeschöpft wurden.

Angesichts der veränderten Weltlage eröffnete sich auch den Völkern Afrikas die Möglichkeit, eine grundsätzliche neue Entwicklungsrichtung, den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg, einzuschlagen. Hier bestätigt sich die Voraussage Lenins, daß in unserer Epoche die Völker, die die Kolonialherrschaft abschüttelten, einen Weg zu sozialem Fortschritt einschlagen können unter Vermeidung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Der nichtkapitalistische Weg ist seinem Wesen nach antiimperialistisch-demokratisch und darauf gerichtet, die Voraussetzungen für den späteren Übergang zum Sozialismus zu schaffen. Er ist kein dritter Weg, sondern eine Übergangsform von vorkapitalistischen Verhältnissen zum Sozialismus, unter Umgehung des Kapitalismus, bzw. dessen entwickelteren Formen. Er ist eine, wie Uljanowski schrieb, „in vieler Hinsicht widersprüchliche und äußerst komplizierte Verbindung sozialökonomischer und politischer Prozesse, die die Perspektiven des Fortschritts und des Sozialismus erschließen. In dieser Etappe vollzogene Umgestaltungen nehmen dem Kapitalismus den Charakter naturhistorischer Unvermeidlichkeit, schaffen Möglichkeiten für den Vormarsch zum Sozialismus, deren Realisierung ganz und

gar vom Grad der Bereitschaft und Reife der revolutionär-demokratischen Kräfte abhängen wird." 11)

Entgegen verschiedenen abenteuerlichen Vorstellungen, die mit dem Marxismus nichts gemein haben, steht in Schwarzafrika die sozialistische Revolution noch nicht auf der Tagesordnung. Angesichts der tiefen Rückständigkeit der ehemaligen Kolonialgebiete, der Tatsache, daß die Nationenbildung noch nicht abgeschlossen und die Arbeiterklasse noch sehr schwach entwickelt ist, müssen die afrikanischen Völker eine längere Übungsphase durchlaufen.

Die Führung des nichtkapitalistischen Weges liegt in Händen von fortschrittlichen Vertretern der Intelligenz, progressiver Offiziere oder anderer revolutionär-demokratischer Kräfte. Die Erfolge in Guinea, Somalia, Tansania und der Volksrepublik Kongo (Brazzaville) zeigen, daß, wenn Maßnahmen im Interesse der Völker durchgeführt werden, der Weg, allen Hindernissen zum Trotz, erfolgreich beschritten wird und die Staatsmacht sich stabilisiert.

Anmerkungen

1. Internationale Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien Moskau 1969, Berlin 1969, S. 12

2. Zitiert aus: Presse der SU, Nr. 50/1971, S. 343

3. Marx/Engels, Werke Bd. 4, Berlin 1959, S. 417

4. D. Schröder, Die Konferenzen der „Dritten Welt", Hamburg 1968, S. 26 ff

5. Marx/Engels, a.a.O., S. 416

6. Marx/Engels, a.a.O., S. 224

7. W.I. Lenin, Werke Bd. 23, Berlin 1957, S. 61

8. Ebenda, Bd. 32, S. 505

9. Karl Marx, Die britische Herrschaft in Indien, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 9; Karl Marx, Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft, in: Indien, ebenda

10. W.I. Lenin, Werke, Bd. 22, S. 281

11. R.A. Uljanowski, Besonderheiten und Schwierigkeiten der nationaldemokratischen Revolution auf dem nichtkapitalistischen Entwicklungsweg, in: Einheit, Berlin 6/1970, S. 785

Literatur

1. Tjulpanow, Politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern, Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt am Main 1972

2. Parviz Khalatbari, Ökonomische Unterentwicklung. Mechanismus — Probleme — Ausweg. Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt am Main 1972

3. Achmed Iskenderow, Die nationale Befreiungsbewegung. Probleme — Gesetzmäßigkeiten — Perspektiven, Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt am Main 1972

4. Renate Wünsche u.a., Die Staaten Afrikas und Asiens. Innere Entwicklung und Außenpolitik, Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt am Main 1971

Der Presse- und Informationsdienst

NEUE KOMMENTARE

informiert über:

— die neonazistischen Organisationen und Parteien und deren Einfluß in der BRD,

— die Umtriebe der revanchistischen Landsmannschaften,

— die neonazistischen und revanchistischen Jugendorganisationen,

— die Tätigkeit der antikommunistisch ausgerichteten Ostinstitute,

— den Inhalt der revanchistischen und neonazistischen Presse,

— die Finanzierung der revanchistischen und neonazistischen Organisationen und Parteien,

— die Beziehungen der Landsmannschaften zu Bundesregierung, Landesregierungen und Bundestagsparteien,

— „Ostkunde im Unterricht",

— die sogenannte „ostdeutsche Kulturarbeit"

— das „ostdeutsche Patenschaftswesen"

— die Auslandsbeziehungen der revanchistischen Organisationen, u. a. m.

NEUE KOMMENTARE erscheinen zweimal im Monat in 6000 Frankfurt/Main, Mauerweg 20. (Herausgeber: Georg Herde.) Der monatliche Bezugspreis für den Presse- und Informationsdienst beträgt DM 5,—. (Studenten und Jugendliche erhalten Sonderrabatt.)

Überzeugen Sie sich von dem Wert der Informationsquelle „Neue Kommentare". Fordern Sie ein Probeexemplar bei uns an.

Persönlichkeitsforschung auf marxistisch-leninistischer Grundlage:

L. I. Boshowitsch

Die Persönlichkeit und ihre Entwicklung im Schulalter

Übersetzung aus dem Russischen
320 Seiten, DM 9,80

Das bedeutendste zusammenfassende Werk auf dem Gebiet der Persönlichkeitsforschung der letzten Jahre in der Sowjetunion wird hier vorgelegt.

Die Autorin charakterisiert die Entwicklung der Persönlichkeit auf den verschiedensten Entwicklungsstufen des Schulalters und gibt eine marxistisch-leninistische Theorie dieser Entwicklung mit ihren Triebkräften und psychologischen Gesetzmäßigkeiten. Sie stützt sich dabei vor allem auf die Untersuchungsergebnisse des Instituts für Psychologie der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der UdSSR.

Neben einer differenzierten und prinzipiellen kritischen Analyse bürgerlicher Theorien bietet das Werk eine gründliche und kritische Auswertung der Auffassungen sowjetischer Autoren zur Psychologie der Persönlichkeit.



VOLK UND WISSEN
VOLKSEIGENER VERLAG BERLIN

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

---

Das „Antiimperialistische Informationsbulletin" hat die Aufgabe:

- den Kampf der antiimperialistischen Bewegungen der drei Kontinente in deren Selbstdarstellungen zu dokumentieren;
- den verbrecherischen und klassenbedingten Charakter imperialistischer Politik — insbesondere der USA und der BRD — aufzudecken;
- diesen Kampf als Teil des gemeinsamen Kampfes aller fortschrittlichen Kräfte ins allgemeine Bewußtsein rücken;
- die Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen verstärken helfen, um damit auch einen Beitrag zum Kampf gegen die eigene herrschende Klasse zu leisten.

Das „Antiimperialistische Informationsbulletin" erfüllt diese Aufgabe, indem es die wichtigsten Dokumente der nationalen Befreiungsbewegung und Materialien zu speziellen Problemen des antiimperialistischen Kampfes in Asien, Afrika und Lateinamerika veröffentlicht.

In seinen ersten 10 Heften hat es Dokumente und Materialien über folgende Länder veröffentlicht:

ÄGYPTEN	INDIEN	REPUBLIK GUINEA
ANGOLA	ISRAEL	RHODESIEN
BRASILIEN	KAMBODSCHA	SÜDVIETNAM
CHILE	LAOS	SÜDWESTAFRIKA
DR VIETNAM	MOCAMBIQUE	SYRIEN
GUINEA-BISSAU	PERU	VR KONGO

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin
p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg, Liebigstraße 46

Bezugspreis:
Einzelheft 1,50 DM, Jahresabonnement 15,— DM

Kliment Woroschilow

An der Wiege der Revolution

Erinnerungen

270 Seiten, Leinen, DM 5,80

Der Autor dieser Jugenderinnerungen hat in der deutschen Arbeiterbewegung einen guten Namen. In den zwanziger Jahren war er zum Symbol der engen Klassensolidarität der deutschen mit der sowjetischen Jugend, mit dem Aufbau im ersten sozialistischen Staat geworden. Als Held im Befreiungskrieg der jungen Sowjetmacht gegen Eindringlinge und weiße Reaktion, als späterer Marschall der Sowjetunion und bedeutender Staatsmann war er der ganzen fortschrittlichen Menschheit zum Begriff geworden.

Die Erinnerungen Woroschilows sind eine geglückte Verbindung aus der fesselnden Darstellung eigenen Erlebens und der anschaulichen Schilderung eines wichtigen Ausschnittes der Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Der Aufstieg vom Hirtenjungen und Analphabeten zum klassenbewußten Proletarier und Berufsrevolutionär, den der Autor nachzeichnet, ist charakteristisch für den Lebensweg vieler hervorragender Revolutionäre der russischen Arbeiterbewegung.

Höhepunkte der Erinnerungen sind die Begegnungen Woroschilows mit W. I. Lenin in Petrograd, Stockholm und London sowie mit anderen Führern der revolutionären Arbeiterbewegung.



DIETZ VERLAG BERLIN

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Die „Marxistischen Lehrbriefe" vermitteln in sechs Serien populärwissenschaftlich – nicht in verflachter Form! – anhand der konkreten politischen Praxis die Hauptwissensgebiete des Marxismus.

Serie A: Gesellschaft und Staat

1 Wie der Mensch zum Menschen wurde
2 Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten I. (Von der Urgemeinschaft z. Entwicklg. d. Feudalismus)
3 Die marxistische Lehre v.d. Klassen und d. Klassenkampf (Einführung)
4 Die marxistische Lehre vom Klassenkampf II
5 Was lehrt der Marxismus über den Staat?
6 Die Entstehung des Kapitalismus
7 Der utopische Sozialismus
8 Wie Lenin den Marxismus weiterentwickelte
9 Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus
10 Der wissenschaftliche Sozialismus
Der Marxismus zur nationalen Frage (in Vorbereitung)

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

1 Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
2 Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?
3 Gibt es noch Kapitalismus in der BRD?
4 Automation – Freund oder Feind?
5 Die Wirtschaft in der DDR
Teil I. Industrie
6 Die Industrie der Sowjetunion
Struktur – Standorte – Zahlen
7 Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?
8 Probleme des Kampfes um die Mitbestimmung
9 Das neue ökonomische System in der DDR

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

1 Reformation u. Bauernkrieg (1517-25)
2 Das politische Erwachen des deutschen Bürgertums
3 Deutschland im 17. u. 18. Jahrhundert
4 Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit
Die Große Französische Revolution von 1789 und ihre Auswirkungen
5 Wie d. deutsche Arbeiterbewegung entstand
6 Deutschland i.d. Revolution v. 1848
7 Roter Oktober 1917
8 Die deutsche Arbeiterbewegung 1849-63
9 Die Novemberrev. 1918 i. Deutschland
10 Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg
11 Der Untergang d. Weimarer Republik
12 Aus d. Leben u. Wirken v. Karl Marx
13 Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
14 Die Pariser Kommune 1871
15 Friedrich Engels, Leben und Wirken
16 Die deutsche Arbeiterbewegung von 1919-1923
17 Der Faschismus an der Macht u.d. antifaschistische Widerstand 1933-1939
18 Der zweite Weltkrieg und der Widerstandskampf d. deutschen Arbeiterklasse

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

1 Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in Deutschland (1945-1949)
2 Von Potsdam nach Bonn
Wie Deutschland gespalten wurde (1945-1949)
3 Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
4 Probleme des Dialogs zwischen Marxisten und Christen
5 Worin besteht die faschistische Gefahr in der BRD?
6 Die Militarisierung der BRD (1949-56)
7 Der Kampf der arabischen Völker gegen Imperialismus und Zionismus
Der Befreiungskampf der Völker Angolas, Guineas und Mocambiques gegen den portugiesischen Kolonialismus (in Vorbereitung)
Der Befreiungskampf der Schwarzen in den USA (in Vorbereitung)

Serie E: Das moderne Weltbild

1 Geschichte – Zufall oder Gesetz?
2 Die Grundfrage der Philosophie
3 Die marxistische Auffassung der Erkenntnis (Erkenntnistheorie)
4 Freiheit in marxistischer Sicht I.
5 Freiheit in marxistischer Sicht II.
6 Einführung in die marxistische
7 Dialektik
8 I – III

Serie F: Kultur und Fortschritt

1 Wer hat Kultur?
Aber wer macht sie?
(wird fortgesetzt)

Jeder Marxistische Lehrbrief hat einen Umfang von rund 20 Seiten und kostet 1,– DM zuzüglich Zustellgebühr.

Bestellungen über den Buchhandel oder den Verlag.

MARXISTISCHE BLÄTTER

Die „Marxistischen Blätter" sind eine Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Sie erscheint bereits im 8. Jahrgang. Der Umfang jeder Ausgabe liegt zwischen 86 und 106 Seiten.
Der Preis je Einzelheft beträgt ab Januar 1972 DM 3,— plus Zustellgebühr und im Abonnement DM 15,— plus Zustellgebühr.

Die Zeitschrift behandelt Schwerpunkt-Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, Lehre, Entwicklung und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus in den einzelnen Ausgaben.

Sie bringt Berichte über wissenschaftliche Tagungen und politische Konferenzen, und es werden wichtige Neuerscheinungen wissenschaftlicher und politischer Literatur ausführlich besprochen.

Die Autoren sind bekannte Praktiker und Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung.

Beiträge für die Marxistischen Blätter schrieben bisher so namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik wie A. Berg (Moskau), J. Duclos (Paris), S. Segre (Rom), J.D. Bernal (London), H. Aptheker (New York), F. Castro (Havanna), E. März (Wien), G. Klaus (Berlin), W. Abendroth, W. Hofmann (Marburg), M. Reimann (Essen), J. Schleifstein (Köln) u.a.

Themen des Jahrgangs 1971:

Heft 1 Gewerkschaften im Spätkapitalismus
Heft 2 Probleme der europäischen Sicherheit
Heft 3 Neue Erscheinungen im Imperialismus
Heft 4 Politische Parteien in der BRD
Heft 5 Methoden zur Integration der Arbeiterklasse in den staatsmonopolistischen Kapitalismus
Heft 6 Arbeiterklasse und Kultur

Themen des Jahrgangs 1972:

Heft 1 Umweltschutz und Gesellschaft
Heft 2 Bürgerliche und sozialistische Demokratie
Heft 3 Kapitalistische und sozialistische Integration
Heft 4 Wirtschaftskrisen unter den Bedingungen des staatsmonopolitischen Kapitalismus
Heft 5 Arbeiterklasse und Bündnispolitik
Heft 6 Zur Europapolitik

Bestellungen über den Buchhandel oder den

VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt/Main, Heddernheimer Ldstr. 78a